Stadt Herzogenrath
Der Bürgermeister

Vorlage	Drucksachen-Nr: **V/2014/161-E05**
Erstellt durch: Amt 61 - Stadtplanung	Status: öffentlich

Bebauungsplan II/65 B "Kämpchenstraße - Teil B"
Hier: 1. Beschluss über die Abwägungen der im Rahmen der Beteiligungsverfahren eingegangenen Anregungen
2. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Beratungsfolge: **TOP: 4**

Datum	Gremium	Einst.	Ja	Nein	Enth.
14.05.2019	Umwelt- und Planungsausschuss				
14.05.2019	Rat der Stadt Herzogenrath				

Beschlussvorschlag Umwelt- und Planungsausschuss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt

1. die Abwägung der im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens (Anlage 3), der öffentlichen Auslegung (Anlage 2) und der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung (Anlage 1) eingegangenen Anregungen und

empfiehlt dem Rat den Beschluss

1. der Abwägung der im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens (Anlage 3), der öffentlichen Auslegung (Anlage 2) und der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung (Anlage 1) eingegangenen Anregungen,

2. des Bebauungsplanes II/65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Beschlussvorschlag Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt

1. die Abwägung der im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens (Anlage 3), der öffentlichen Auslegung (Anlage 2) und der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung (Anlage 1) eingegangenen Anregungen,

2. den Bebauungsplan II/65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten werden vom Entwicklungsträger übernommen.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 29.11.2012 wurde mit der Drucksache V/2012/179-E01 der städtebauliche Entwurf für den gesamten Entwicklungsbereich der Wohnbebauung „Kämpchenstraße“ vorgestellt. Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung u.a. die abschnittsweise Entwicklung des rd. 12 ha großen Gebiets beschlossen (s. Drucksachen-Nr. V/2012/179-E02).

Das städtebauliche Konzept für das gesamte Wohngebiet Kämpchenstraße wurde im Rahmen der Aufstellung des ersten Bauabschnitts (Teil A) gem. § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig in der Bürgerversammlung am 06.02.2013 den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Die Niederschrift der Bürgerversammlung ist als Anlage 4 der Beschlussvorlage beigefügt.

In der Sitzung am 08.04.2014 wurde vom Umwelt- und Planungsausschuss der Aufstellungsbeschluss für den Teilabschnitt B gefasst (siehe Drucksachen-Nr. V/2014/161) und in gleicher Sitzung ein erster aktualisierter städtebaulicher Entwurf vorgestellt.

Aufgrund der Größe des Gesamtgebietes und des engen sachlichen und räumlichen Zusammenhangs der einzelnen Bauabschnitte erfolgt das Aufstellungsverfahren im herkömmlichen Verfahren gemäß § 2 BauGB. Dies bedeutet, dass für den Abschnitt B neben einer Ausgleichsbilanzierung auch eine Umweltprüfung einschließlich Landschaftspflegerischem Fachbeitrag erstellt wurde (s. Anlage 8).

Entwicklung und Vermarktung des geplanten Wohngebietes werden von der Entwicklungsgesellschaft GEG übernommen. Da die planerischen und ausführenden Leistungen von der GEG erbracht werden, wird von der Verwaltung derzeit ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet, der dem Umwelt- und Planungsausschuss vorgelegt wird. Die Kosten für die zur Planaufstellung erforderlichen Gutachten wurden von der GEG übernommen.

Die Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB einschließlich Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie einer erneuten Bürgerversammlung wurden am 04.10.2018 beschlossen (siehe Drucksachen-Nr. V/2014/161-E03). Der Bebauungsplanentwurf, die Begründung einschließlich Umweltbericht und umweltrelevanter Stellungnahmen und Gutachten haben in der Zeit vom 12.11.2018 bis einschließlich 14.12.2018 öffentlich ausgelegen. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 07.11.2018.

Die Zusammenfassung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und die entsprechenden Abwägungsvorschläge sind als Anlage 2 beigefügt. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sind in Anlage 10 enthalten.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung hat das Umweltamt der StädteRegion Aachen bemängelt, dass keine Nachweisunterlagen bzgl. der Regenklärbecken, Regenrückhaltebecken und der Entwässerungskanäle vorgelegt wurden. Die Abwägung die Stellungnahme verweist auf die (zwischenzeitlich erfolgte) notwendige Abstimmung mit der StädteRegion Aachen zur Klärung des Sachverhalts. Weiter teilte der Aachener Verkehrsverbund (AVV) in seiner Stellungnahme mit, dass das Plangebiet im Nahverkehrsplan 2020 als relevant für die künftige Erschließung durch öffentliche Nahverkehrsmittel verzeichnet wird.

Die erneute Bürgerversammlung fand am 21.11.2018 im Technologiepark Herzogenrath statt. Die Niederschrift über die Bürgerversammlung ist der Vorlage als Anlage 5 beigefügt.

Aufgrund von Änderungen und Ergänzungen der Textfestsetzungen und der Planzeichnung, die sich aus der Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen ergeben haben bzw. vonseiten des Entwicklungsträger herangetragen wurden, hat der Umwelt- und Planungsausschuss in seiner Sitzung am 21.03.2019 eine verkürzte erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplans beschlossen (siehe Drucksachen-Nr. V/2014/161-E04). Diese fand vom 01.04.2019 bis einschließlich 12.04.2019 statt. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 27.03.2019.

Die Zusammenfassung der im Rahmen der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen und die entsprechenden Abwägungsvorschläge sind als Anlage 1 beigefügt. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit sind in Anlage 9 enthalten.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung hat das Umweltamt der StädteRegion Aachen nochmals auf die Nachreichung der Nachweisunterlagen bzgl. der Regenklärbecken, Regenrückhaltebecken und der Entwässerungskanäle hingewiesen. Zwischenzeitlich konnte das mit der Entwässerungsplanung beauftragte Planungsbüro Brendt den Sachverhalt mit dem Umweltamt der StädteRegion Aachen, Herrn Heining, einvernehmlich klären, sodass keine Bedenken mehr bestehen.

Da die eingegangenen Anregungen keine Änderungen der Planinhalte erfordern, empfiehlt die Verwaltung, den Bebauungsplan II/65 „Kämpchenstraße – Teil B“ als Satzung zu beschließen. Als Anlage 6 sind der Bebauungsplan und die textlichen Festsetzungen beigefügt.

HINWEIS FÜR DIE STADTRATSSITZUNG:

Die Sitzungsunterlagen wurden allen Mitgliedern des Umwelt- und Planungsausschusses zur Verfügung gestellt. Aufgrund des Umfangs der Beschlussvorlage wurde auf einen nochmaligen Ausdruck der Anlagen für die Stadtratssitzung verzichtet. Die vollständige Beschlussvorlage einschließlich aller Anlagen ist im Ratsinformationssystem (Allris) einsehbar.

Rechtliche Grundlagen:

BauGB

Anlagen:

Anlage 1: Zusammenfassung der im Rahmen der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen und Abwägungsvorschlag

Anlage 2: Zusammenfassung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen und Abwägungsvorschlag

Anlage 3: Zusammenfassung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen und Abwägungsvorschlag

Anlage 4: Niederschrift über die Bürgerversammlung vom 06.02.2013

Anlage 5: Niederschrift über die erneute Bürgerversammlung vom 21.11.2018

Anlage 6: Geltungsbereich und Bebauungsplan (Planzeichnung, Legende, Textliche Festsetzungen)

Anlage 7: Begründung zum Bebauungsplan

Anlage 8: Umweltbericht einschl. Landschaftspflegerischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan

Anlage 9: Eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung

Anlage 10: Eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung

Anlage 11: Eingegangene Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung

Anlage 12: Verkehrsgutachten *

Anlage 13: Schallschutzgutachten *

Anlage 14: Artenschutzprüfung *

Anlage 15: Bergbauuntersuchung (Bericht) *

Anlage 16: Bergbauuntersuchung (Anlage mit Plänen) *

Anlage 17: Bodengutachten *

Anlage 18: Bodenuntersuchung gem. LAGA *

* Die Anlagen 12 bis 18 sind wegen ihrer Größe nicht der Druckvorlage beigefügt. Die Unterlagen sind im Ratsinformationssystem (Allris) hinterlegt.

ANLAGE 1

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Zusammenfassung
der im Rahmen der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung
(01.04.2019 bis 12.04.2018)
eingegangenen Stellungnahmen

und Abwägungsvorschlag

Bebauungsplan II/65 B “Kämpchenstraße-Teil B"

Zusammenfassung der im Rahmen der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und

Abwägungsvorschlag

I. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

1. **PLEdoc GmbH**, Schreiben vom 02.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

2. **StädteRegion Aachen**, Schreiben vom 18.04.2019

A 70 – Umweltamt

Allgemeiner Gewässerschutz:

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans bestehen aus wasserrechtlicher Sicht zurzeit Bedenken.

Entgegen der im Erläuterungsbericht aufgeführten Angaben zur Entsorgung der anfallenden Niederschlagswässer sind entsprechende Nachweise noch vorzulegen. Für das Bebauungsgebiet Kämpchen, Teil A wurde am 28.09.2015 die Erlaubnis erteilt, Niederschlagswasser über ein Regenklärbecken in den Amstelbach einzuleiten. Das Regenklärbecken wurde mit Bescheid vom 24.02.2002 genehmigt. Zudem liegt eine Kanalnetzanzeige (Regelungsbescheid vom 17.04.2015) vor. Das Regenklärbecken wurde für den Anschluss aller befestigten Flächen des Gebietes A zu klein bemessen. Die Stadt Herzogenrath muss deshalb jährlich eine Flächenbilanz mit dazugehörigem Lageplan vorlegen. Das geplante Gebiet B soll an das bestehende Entwässerungssystem angeschlossen werden. Entgegen den Angaben im Erläuterungsbericht wurden der StädteRegion Aachen keine Nachweisunterlagen vorgelegt, dass das Regenklärbecken ausreichend bemessen ist. Es sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Bewertung der Belastung des Niederschlagswassers nach Trennerlass v. 26.05.2004 bzw. nach Runderlass zur Niederschlagswasserbeseitigung gem. § 51a LWG v. 18.05.1998.
- Gesamtbilanz des Regenklärbeckens und Regenrückhaltebeckens für das gesamte Bebauungsplangebiet (Teil A und B) sowie das Aixtron-Gelände. Bei Anschluss von weiteren Flächen (z.B. Auffangen von Außengebietswasser) sind diese bei der Bemessung zu berücksichtigen.

Aufgrund der Erweiterung sind folgende Anträge erforderlich:

- Erlaubnis nach §§ 8, 9, 10 WHG
- Bei Erweiterung des Regenklärbeckens: Genehmigung nach § 57 (2) LWG

Natur und Landschaft:

Die in der Stellungnahme vom 30.08.2017 vorgebrachten Bedenken können nur unter folgenden Voraussetzungen aufgehoben werden:

- Vor Inkrafttreten der Rechtskraft des Bebauungsplans sind die zur Schaffung eines Ersatzlebensraums für die Feldlerche durchzuführenden Maßnahmen (sog. Cef-Maßnahmen) nach Standort, Art und Umfang in ausreichend rechtlich abgesicherter Form und in einvernehmlicher Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde konkret und detailliert festzusetzen.
- Die o.a. erforderlichen Maßnahmen sind vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Stellungnahme Natur und Landschaft vom 30.08.2017
Gegen die Aufstellung des B-Plans bestehen derzeit aus landschaftspflegerischer Sicht Bedenken. Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum B-Plan II/65 Teil A wurde festgestellt, dass das Plangebiet zwei Paaren der besonders geschützten, planungsrelevanten Feldlerche als Lebensraum dient. Ein Paar davon wurde im Bereich der Teilfläche A kartiert. Dies hatte zur Folge, dass die artenschutzrechtlichen Bedenken lediglich dadurch aufgehoben wurden, dass für diese Feldlerche ein 5.000 qm umfassender Ersatzlebensraum zur Verfügung gestellt wurde (CEF-Maßnahme). Dieser wurde noch vor Erschließung des B-Plangebietes II/65 Teil A im Bereich des B-Plangebietes II/65 Teil B unter der Voraussetzung angelegt, dass noch vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Teilgebiet B ein anderer, außerhalb liegender Ersatzlebensraum gefunden und hergerichtet werden muss.

Da sich die ökologische Funktion der von dem Eingriff (B-Plan II/65 Teil A) betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Feldlerche nicht gegenüber dem Voreingriffsbestand verschlechtern darf, ist weiterhin dauerhaft ein Ersatzlebensraum zu schaffen.

Die Bedenken können erst dann aufgehoben werden, wenn ein solcher Ersatzlebensraum außerhalb des Plangebietes im gleichen Naturraum gefunden, die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen rechtlich sichergestellt wurde und die Maßnahme durchgeführt wurde. Der Ersatzlebensraum soll gemäß dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ des Landesumweltministeriums NRW eine Mindestgröße von 10.000 qm aufweisen. Diese Mindestgröße kann gemäß dem o.g. Leitfaden unter folgenden Bedingungen auf 5.000 qm reduziert werden:

- *Parallele Anlage von mehreren 10-12 m breiten Streifen aus Sommergetreide, Luzerne und Brache*
- *Als Erfolgskontrolle ist ein mindestens 3 Jahre umfassendes Monitoring festzusetzen, das auch ein Risikomanagement mit ggfls. Festlegung von Korrekturmaßnahmen für den Fall enthält, dass der zur Verfügung gestellte Ersatzlebensraum der Feldlerche nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß angenommen wird.*

Der Ersatzlebensraum ist dauerhaft bereitzustellen bzw. zu erhalten, d.h. dass die ökologische Funktion dauerhaft erfüllt bleiben muss.
Art, Lage und Umfang der auf der Ersatzlebensraumfläche durchzuführenden Maßnahmen sind frühzeitig und einvernehmlich mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
Es wird darauf hingewiesen, dass diese artenschutzrechtlichen Bedenken nicht der bauleitplanerischen Abwägung unterliegen.

zu 2. Stellungnahme der Verwaltung

A 70 - Umweltamt
Allgemeiner Gewässerschutz:
Das mit der Entwässerungsplanung beauftragte Planungsbüro Brendt teilte mit E-Mail vom 24.04.2019 mit, dass die vorliegenden Unterlagen zur Entwässerung nochmals mit dem Umweltamt erläutert und abgestimmt wurden und der Sachverhalt einvernehmlich geklärt werden konnte. In der telefonischen Rückfrage von A61 am 26.04.2019 wurde von Herrn

Heining, Umweltamt der StädteRegion Aachen, bestätigt, dass die Bedenken ausgeräumt wurden und eine positive Stellungnahme in Aussicht gestellt bzw. nachgereicht werde. Diese liegt zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung noch nicht vor.

Natur und Landschaft:
Die Anregungen werden berücksichtigt. Nach wie vor steht der Projektentwickler GEG bezüglich der zeitnahen Umsetzung der CEF-Maßnahme in Verhandlung mit den Flächeneigentümern und der Stadtverwaltung. Die Maßnahme wird in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde umgesetzt.

Abwägung Stellungnahme Natur und Landschaft vom 30.08.2017, Sitzung vom 04.10.2018:
Die Anregung wird berücksichtigt. Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen zur Umsetzung der Ersatzmaßnahme Flächen im Banker Feld westlich der Ortslage Bank zur Verfügung. Hierzu finden zurzeit Abstimmungen mit den jeweiligen Landwirten statt.

3. Straßen.NRW., Schreiben vom 04.04.2019

Es wird auf die vorangegangenen Stellungnahmen verwiesen.

Stellungnahme Straßen.NRW. vom 04.09.2017
In der Vergangenheit haben zwischen der Stadt Herzogenrath und dem Landesbetrieb mehrere Abstimmungsgespräche hinsichtlich der Bauleitplanungen und den Verkehrsverhältnissen im Stadtgebiet stattgefunden. Sämtliche Gespräche basieren auf der Aussage, dass die derzeitige Verkehrssituation keine weiteren Zunahmen erlaubt. Im Ergebnis wurde Einigkeit erzielt, dass zunächst Verbesserungen im Verkehrsablauf herbeigeführt werden müssen, bevor zusätzliche Belastungen ausgelöst werden. Neben eines 4-streifigen Ausbaus der L 232 sind weitere verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant. Hierzu gehört mittelfristig eine neue Abbiegespur in das Gewerbegebiet Dornkaul. Sollte diese nicht ausreichend zum zügigen Verkehrsablauf beitragen, kann eine zusätzliche Ertüchtigung des Knotenpunktes L 232/Dornkaulweg erforderlich sein. Diese Forderung wird seitens des Landesbetriebes weiterhin aufrecht gehalten.

zu 3. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden berücksichtigt. Die Stadt Herzogenrath befindet sich diesbezüglich nach wie vor im Planungs- und Abstimmungsprozess.

4. Unitymedia, Schreiben vom 01.04.2019

Im Plangebiet liegen Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Es besteht Interesse, das Baugebiet mit Produkten der Unitymedia zu versorgen.

zu 4. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und an den Entwicklungsträger weitergeleitet.

5. Bundesamt für Infrastruktur, Schreiben vom 02.04.2019

Durch die Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- u. Rechtslage bestehen keine Einwände. Der Planungsbereich liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes

Geilenkirchen. Es wird davon ausgegangen, dass bauliche Anlagen, einschl. untergeordneter Gebäudeteile, eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten. Sollte diese Höhe überschritte werden, wird vor Erteilung einer Baugenehmigung um Zuleitung der Planunterlagen gebeten.

zu 5. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird berücksichtigt. Gebäudehöhen von über 30 m über Grund sind nicht Gegenstand der vorliegenden Planung.

6. Westnetz GMBH, Schreiben vom 16.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

7. Polizeipräsidium Aachen, Städtebaul. Kriminalprävention, Schreiben vom 08.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

8. Polizeipräsidium Aachen, Verkehr, Schreiben vom 01.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

9. NABU Kreisverband Aachen, Schreiben vom 06.04.2019

Es wird angeregt, bei der Festlegung der Vorgärten und Gärten wegen des Artensterbens Schottergärten zu verbieten.

zu 9. Stellungnahme der Verwaltung

In den für die erneute öffentliche Auslegung überarbeiteten Bebauungsplanentwurf wurde, angesichts der derzeitigen Diskussion um das Artensterben, bereits unter Punkt 6.1 „Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ eine Festsetzung aufgenommen, die die Gestaltung und Bepflanzung von Vorgärten regelt und sog. Schottergärten weitgehend ausschließt.

10. Bezirksregierung Arnsberg, Schreiben vom 02.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

11. Thyssengas GmbH, Schreiben vom 08.04.2019

Am östlichen Rand des Plangebietes verlaufen die Gasfernleitungen L019/003/000 und L019/003/005 der Thyssengas GmbH. Die Gasfernleitungen liegen innerhalb eines Schutzstreifens von bis zu 8,0 m (4,0 m links u. rechts der Leitungsachse), in dem aufgrund technischer Vorschriften bestimmte Nutzungen und Tätigkeiten untersagt sind. Eine Überbauung des Schutzstreifens ist nicht möglich, da das Errichten von geschlossenen Bauwerken und sonstigen baulichen Anlagen jeglicher Art innerhalb des Schutzstreifens gem. den für diese Leitungen gültigen Regeln des DVGW (Deutscher

Verein des Gas- u. Wasserfachs e.V.) nicht gestattet ist. Darüber hinaus dürfen keine sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder den Betrieb der Gasfernleitung beeinträchtigen oder gefährden. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Maßnahmen, auch außerhalb des Schutzstreifens, die Auswirkungen auf den Bestand und den Betrieb der Versorgungsanlagen haben könnten, zwecks Prüfung frühzeitig unter Vorlage detaillierter Projektpläne (Lagepläne, Längenschnitte, Querprofile etc.) anzuzeigen sind. Diese Unterlagen müssen frühzeitig zur Verfügung werden, damit ein ausreichender Zeitraum zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme verbleibt.
Eventuell geplante neue Baumstandorte sind gem. DVGW Merkblatt GW 125 (M) sowie des Merkblattes der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. FGSV Nr. 939 mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Um die Gasfernleitung vor Beeinträchtigungen durch Wurzelwuchs zu schützen und eine gefährdungsfreie Lebensdauer der Bäume zu gewährleisten, sollte der Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschritten werden.
Dem Überfahren der Gasfernleitung mit Baufahrzeugen bei unbefestigter Oberfläche in Längs- bzw. Querrichtung kann nur nach erfolgten druckverteilenden Maßnahmen, wie Auslegen von Baggermatratze oder dergleichen, zugestimmt werden.
Im Weiteren sind die in der Stellungnahme beschriebenen Sicherungsmaßnahmen zu berücksichtigen.
Weiterhin wird darum gebeten, dass

- die Gashochdruckleitung L019/003/005 inklusive des Schutzstreifens als mit Leitungsrecht zu belastende Fläche der Thyssengas GmbH dargestellt wird,
- die Gasfernleitung bei Bau- u. Erschließungsmaßnahmen berücksichtigt werden,
- das beiliegende Merkblatt für die Aufstellung von Flächennutzungs- u. Bebauungsplänen sowie die allgemeine Schutzanweisung für Gasfernleitungen der Thyssengas GmbH Anwendung findet,
- die Thyssengas GmbH am weiteren Verfahren beteiligt wird.

Die überlassenen Planunterlagen der Thyssengas GmbH dürfen nur zu Planungszwecken verwandt werden, eine Weitergabe an eine Baufirma darf nicht erfolgen.

zu 11. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden berücksichtigt. Die im Plangebiet befindliche Gasfernleitung ist bereits in der Planzeichnung enthalten. Ergänzend wird ein Hinweis bzgl. der einzuhaltenden Sicherungsmaßnahmen aufgenommen.

12. Landwirtschaftskammer NRW, Schreiben vom 08.04.2019

Es werden keine Bedenken vorgebracht. Es ist dafür zu sorgen, dass die verbleibenden landwirtschaftlichen Flächen für landwirtschaftliche Fahrzeuge weiterhin erreichbar sind.

zu 12. Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich ist die Erreichbarkeit der verbleibenden Landwirtschaftsfläche über die Kämpchenstraße gegeben.

13. BUND, Schreiben vom 17.04.2019

Im Hinblick auf die CEF-Maßnahme wird auf den Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ verwiesen.

Weiterhin sollen die Dächer so ausgerichtet sein, dass die Errichtung von Solar- und Photovoltaikanlagen möglich ist

zu 13. Stellungnahme der Verwaltung

Für das Plangebiet wurde eine Artenschutzprüfung (ASP) nach den §§ 44 und 45 BNatSchG Stufe I und Stufe II erstellt. Darin enthalten ist der notwendige Lebensraum der Feldlerche. Die CEF-Maßnahme gibt zur Lage eines geeigneten Standortes u.a. wie folgt vor:

- Lage von streifenförmigen Maßnahmen nicht entlang von frequentierten (Feld-) Wegen

Seitens der unteren Naturschutzbehörde wurden zu den Ausführungen der Artenschutzprüfung keine Bedenken erhoben, sodass von einer hinreichenden Berücksichtigung der Artenschutzbelange ausgegangen wird. Die zeitnahe Umsetzung der CEF-Maßnahme wird in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde erfolgen.

Der Anregung zur Solar- und Photovoltaiknutzung wurde im vorliegenden Bebauungsplan mit Zulässigkeit der Anlagen Rechnung getragen. Eine verbindliche Nutzung würde den jeweiligen Bauherrn zu sehr in seinem Ermessens- und Gestaltungsspielraum einschränken. Der Großteil der im Bebauungsplan festgesetzten überbaubaren Fläche ist nach Südosten ausgerichtet und ermöglicht die Nutzung der Sonnenenergie.

14. ASEAG, Schreiben vom 09.04.2019

Gegen die Aufstellung bestehen keine Bedenken.
Die Erschließung des Plangebiets durch den ÖPNV wird durch die neu erschlossene Haltestelle „Dornkaulstraße“ mit Anbindung an die Linie WÜ1 sowie die im Osten des Wohngebiets gelegene Haltestelle Kämpchen mit den Linien 34, 35, WÜ1 in ausreichendem Maße sichergestellt. Damit bestehen umsteigefreie Busverbindungen in Richtung Aachen-Innenstadt, Kerkrade, Herzogenrath, Merkstein, Würselen und Euchen.

zu 14. Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

15. Regionetz GmbH, Schreiben vom 04.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

16. IHK Aachen, Schreiben vom 10.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

17. Stadt Aachen, Schreiben vom 04.04.2019

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

ANLAGE 2

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Zusammenfassung
der im Rahmen der öffentlichen Auslegung
(12.11.2018 bis 14.12.2018)
eingegangenen Stellungnahmen

und Abwägungsvorschlag

Bebauungsplan II/65 B “Kämpchenstraße-Teil B"

Zusammenfassung der im Rahmen der öffentlichen Auslegung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen und

Abwägungsvorschlag

I. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

1. Deutsche Bahn AG, Schreiben vom 19.11.2018

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall) wird vorsorglich hingewiesen:
Es besteht kein Anspruch auf Schutz vor Immissionen aus dem Bahnbetrieb.
Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Betriebsanlagen entstehen Immissionen. Entschädigungsansprüche oder Ansprüche auf Schutz- oder Ersatzmaßnahmen können gegen die DB AG nicht geltend gemacht werden, da die Bahnstrecke eine planfestgestellte Anlage ist. Spätere Nutzer sind frühzeitig und in geeigneter Weise auf die Beeinflussungsgefahr hinzuweisen.

zu 1. Stellungnahme der Verwaltung

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

2. PLEdoc GmbH, Schreiben vom 12.11.2018

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

3. StädteRegion Aachen, Schreiben vom 11.12.2018

A 61 – Amt für Immobilienmanagement
Es bestehen Bedenken.
Im Bebauungsplangebiet soll der Radschnellweg Euregio (Aachen - Kohlscheid – Herzogenrath) in der Lage verlaufen, die im Entwurf des Rechtsplans eingetragen ist. Das Land NRW wird in Kürze das Linienbestimmungsverfahren einleiten. Die Linienführung wurde in einer Machbarkeitsstudie durch die Projektpartner Stadt Herzogenrath, Stadt Aachen und StädteRegion Aachen entwickelt. Der Bau- und Verkehrsausschuss der Stadt Herzogenrath hat am 06.07.2017 beschlossen, dass die ausgearbeitete Linienführung u.a. in diesem Bebauungsplan zu berücksichtigen ist. Daher sind folgende Punkte zu beachten:

1. An der Querung der Planstraße E mit dem Radschnellweg muss sich die Planstraße auch in der Höhenlage dem Radschnellweg anpassen. Vom Radschnellweg muss in Richtung des Wohngebiets in der Planstraße eine

Aufstellfläche von mindestens 6 m Länge mit einer maximalen Längsneigung von 3 % eingeplant werden. Notwendige Rampen zur Überbrückung des Höhenunterschieds zum Wohngebiet können erst in der daran anschließenden Strecke der Planstraße realisiert werden.

2. Die Flächen des Radschnellwegs einschließlich der Bankette und notwendigen Böschungen sowie die erforderlichen Sichtdreiecke aus beiden Fahrtrichtungen von der Planstraße auf den Radschnellweg stehen für Ausgleichsmaßnahmen nicht zur Verfügung (Sichtdreiecke gem. RaSt 06). Die Sichtdreiecke sind von jeglichen Sichthindernissen, u.a. Baumpflanzungen, freizuhalten. Im Landschaftspflegerischen Begleitplan für den Bebauungsplan ist dies als Ökowertermittlung zu berücksichtigen.
3. Auf der östlichen Seite des Wohngebiets ist parallel zum alten Bahndamm ein Streifen mit der Zweckbestimmung „Flächen für die Landwirtschaft“ festgesetzt. Dieser ist stellenweise nur 2 m breit. Wenn dieser Streifen als Anbindung zu den Grünflächen dienen soll, die im nördlichen Bereich des Bebauungsplans festgesetzt werden, reicht die Breite für die Befahrung mit Fahrzeugen nicht aus. Das östlich liegende Flurstück mit dem alten Bahndamm wird für den Radschnellweg benötigt und steht hierfür nicht zur Verfügung.

Die Entwurfs- und Ausführungsplanung der Planstraße E ist mit dem Land NRW als Baulastträger des Radschnellwegs abzustimmen.

Erneute Stellungnahme A 61 – Amt für Immobilienmanagement vom 01.03.2019

nach telefonische Rücksprache mit Hr. Sordon am 27.02.2019, bestehen keine Bedenken mehr zum Bebauungsplan.

Es wird gebeten, die nachfolgend aufgeführten Hinweise zu berücksichtigen:

1. An der Querung der Planstraße E mit dem Radschnellweg muss sich die Planstraße auch in der Höhenlage dem Radschnellweg anpassen. Vom Radschnellweg muss in Richtung des Wohngebiets in der Planstraße eine Aufstellfläche von mindestens 6 m Länge mit einer maximalen Längsneigung von 3 % eingeplant werden. Notwendige Rampen zur Überbrückung des Höhenunterschieds zum Wohngebiet können erst in der daran anschließenden Strecke der Planstraße realisiert werden. Die Entwurfs- und Ausführungsplanung der Planstraße E ist mit dem Land Nordrhein-Westfalen als Baulastträger des Radschnellwegs abzustimmen. Gemäß einer Planungsvereinbarung wird die StädteRegion in Zusammenarbeit mit der Stadt Herzogenrath für das Land die Planung durchführen.
2. Die Flächen des Radschnellwegs einschließlich der Bankette und notwendigen Böschungen sowie die erforderlichen Sichtdreiecke aus beiden Fahrtrichtungen von der Planstraße auf den Radschnellweg werden teilweise die Grünflächen in Anspruch nehmen, die für Ausgleichsmaßnahmen des Wohngebiets vorgesehen sind. Ich bitte, in diesen Flächen zumindest von Baumpflanzungen (z.B. Obstbäumen) Abstand zu nehmen.
3. Auf der östlichen Seite des Wohngebiets ist parallel zum alten Bahndamm ein Streifen mit der Zweckbestimmung „Flächen für die Landwirtschaft“ festgesetzt. Dieser ist stellenweise nur 2 m breit. Wenn dieser Streifen als Anbindung zu den Grünflächen dienen soll, die im nördlichen Bereich des B-Plans festgesetzt werden, reicht die Breite für die Befahrung mit Fahrzeugen nicht aus. Das östlich liegende Flurstück mit dem alten Bahndamm wird für den Radschnellweg benötigt und steht hierfür nicht zur Verfügung. Es wäre vorteilhaft, den oben genannten Streifen als Grünfläche festzusetzen.

A 70 – Umweltamt

Allgemeiner Gewässerschutz:

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplans bestehen aus wasserrechtlicher Sicht Bedenken.

Für das Bebauungsgebiet Kämpchen Teil A wurde am 28.09.2015 die Erlaubnis erteilt, Niederschlagswasser über ein Regenklärbecken und Regenrückhaltebecken in den Amstelbach einzuleiten. Das Regenklärbecken wurde mit Bescheid vom 24.02.2002 genehmigt. Zudem liegt eine Kanalnetzanzeige (Regelungsbescheid vom 17.04.2015) vor. Das Regenklärbecken wurde für den Anschluss aller befestigten Flächen des Gebietes A zu klein bemessen. Die Stadt Herzogenrath muss deshalb jährlich eine Flächenbilanz mit dazugehörigem Lageplan vorlegen. Das geplante Gebiet B soll an das bestehende Entwässerungssystem angeschlossen werden. Entgegen der Angaben im Erläuterungsbericht wurden der StädteRegion Aachen keine Nachweisunterlagen vorgelegt, dass das Regenklärbecken, Regenrückhaltebecken und die Entwässerungskanäle ausreichend bemessen sind. Es sind die folgenden Unterlagen vorzulegen:

- Bewertung der Belastung des Niederschlagswassers nach Trennerlass v. 26.05.2004 bzw. nach Runderlass zur Niederschlagswasserbeseitigung gem. § 51a LWG v. 18.05.1998.
- Hochwassernachweis für den Amstelbach
- Gesamtbilanz des Regenklärbeckens und Regenrückhaltebeckens für das gesamte Bebauungsplangebiet (Teil A und B) sowie das Aixtron-Gelände; Bei Anschluss von weiteren Flächen (z.B. Auffangen von Außengebietswasser) sind diese bei der Bemessung zu berücksichtigen.

Aufgrund der Erweiterung sind folgende Anträge erforderlich:

- Erlaubnis nach §§ 8, 9, 10 WHG
- Bei Erweiterung des Regenklärbeckens: Genehmigung nach § 57 (2) LWG
- Kanalnetzanzeige nach § 57 (1) LWG

Natur und Landschaft:

Die in der Stellungnahme vom 30.08.2017 vorgebrachten Bedenken können nur unter folgenden Voraussetzungen aufgehoben werden:

- Vor Inkrafttreten der Rechtskraft des Bebauungsplans sind die zur Schaffung eines Ersatzlebensraums für die Feldlerche durchzuführenden Maßnahmen (sog. Cef-Maßnahmen) nach Standort, Art und Umfang in ausreichend rechtlich abgesicherter Form und in einvernehmlicher Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde konkret und detailliert festzusetzen.
- Die o.a. erforderlichen Maßnahmen sind vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Stellungnahme Natur und Landschaft vom 30.08.2017

Gegen die Aufstellung des B-Plans bestehen derzeit aus landschaftspflegerischer Sicht Bedenken. Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum B-Plan II/65 Teil A wurde festgestellt, dass das Plangebiet zwei Paaren der besonders geschützten, planungsrelevanten Feldlerche als Lebensraum dient. Ein Paar davon wurde im Bereich der Teilfläche A kartiert. Dies hatte zur Folge, dass die artenschutzrechtlichen Bedenken lediglich dadurch aufgehoben wurden, dass für diese Feldlerche ein 5.000 qm umfassender Ersatzlebensraum zur Verfügung gestellt wurde (CEF-Maßnahme). Dieser wurde noch vor Erschließung des B-Plangebietes II/65 Teil A im Bereich des B-Plangebietes II/65 Teil B unter der Voraussetzung angelegt, dass noch vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Teilgebiet B ein anderer, außerhalb liegender Ersatzlebensraum gefunden und hergerichtet werden muss.

Da sich die ökologische Funktion der von dem Eingriff (B-Plan II/65 Teil A) betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Feldlerche nicht gegenüber dem Voreingriffsbestand verschlechtern darf, ist weiterhin dauerhaft ein Ersatzlebensraum zu schaffen.

Die Bedenken können erst dann aufgehoben werden, wenn ein solcher Ersatzlebensraum außerhalb des Plangebietes im gleichen Naturraum gefunden, die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen rechtlich sichergestellt wurde und die Maßnahme durchgeführt wurde. Der Ersatzlebensraum soll gemäß dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ des Landesumweltministeriums NRW eine Mindestgröße von 10.000 qm aufweisen. Diese Mindestgröße kann gemäß dem o.g. Leitfaden unter folgenden Bedingungen auf 5.000 qm reduziert werden:

- *Parallele Anlage von mehreren 10-12 m breiten Streifen aus Sommergetreide, Luzerne und Brache*
- *Als Erfolgskontrolle ist ein mindestens 3 Jahre umfassendes Monitoring festzusetzen, das auch ein Risikomanagement mit ggfls. Festlegung von Korrekturmaßnahmen für den Fall enthält, dass der zur Verfügung gestellte Ersatzlebensraum der Feldlerche nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß angenommen wird.*

Der Ersatzlebensraum ist dauerhaft bereitzustellen bzw. zu erhalten, d.h. dass die ökologische Funktion dauerhaft erfüllt bleiben muss.
Art, Lage und Umfang der auf der Ersatzlebensraumfläche durchzuführenden Maßnahmen sind frühzeitig und einvernehmlich mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
Es wird darauf hingewiesen, dass diese artenschutzrechtlichen Bedenken nicht der bauleitplanerischen Abwägung unterliegen.

zu 3. Stellungnahme der Verwaltung

A 61 – Amt für Immobilienmanagement

Hinsichtlich der Planung des Radschnellweges fanden im Zuge der Bearbeitung und Erstellung des Bebauungsplanentwurfs Abstimmungen zwischen der Stadtverwaltung (Stadtplanung, Tiefbauamt) und der StädteRegion Aachen, Hr. Oswald, statt. Die Ergebnisse wurden einvernehmlich in den Bebauungsplanentwurf eingearbeitet. Hierauf wurde im o.g. Telefonat am 27.02.2019 nochmals hingewiesen, sodass die Bedenken in der Stellungnahme vom 11.12.2018 zurückgenommen wurden und in der ergänzenden Stellungnahme vom 01.03.2019 als Hinweise vorgebracht wurden.
Zu Punkt 1: Soweit in dem Detaillierungsgrad möglich, wurde der Hinweis bzgl. des Ausbaus der Planstraße E im Bebauungsplan berücksichtigt. Die weitere Planung des Kreuzungspunktes des Radschnellweges mit der Planstraße E wird in Abstimmung mit der StädteRegion erfolgen.
Zu Punkt 2: Die grünordnerischen Festsetzungen werden dahingehend ergänzt, dass im Bereich der potenziellen Flächen für den Radschnellweg von Baumanpflanzungen abzusehen ist, um eine erneute Anpflanzung bzw. Umpflanzung von Bäumen zu vermeiden.
Zu 3: Da die nördlich der geplanten Wohnbebauung gelegene Ausgleichsfläche nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird und daher nicht über einen landwirtschaftlichen Weg erschlossen werden muss, erfolgt für die östliche Randfläche entlang des ehemaligen Bahndamms die Festsetzung als öffentliche Grünfläche.

A 70 - Umweltamt

Allgemeiner Gewässerschutz:
Die Bedenken werden dahingehend berücksichtigt, dass zwischen dem Tiefbauamt der Stadt Herzogenrath und der StädteRegion derzeit eine Abstimmung über die nachzureichenden Unterlagen stattfindet, sodass von einer einvernehmlichen Klärung auszugehen ist. Seitens des mit der Entwässerungsplanung beauftragten Ingenieurbüros Brendt wurde diesbezüglich darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Netzanzeige RW

von 2015 zu Teilbereich A bereits auch der Teilbereich B in den zugehörigen Planunterlagen berücksichtigt wurde und der StädteRegion vorliegen müsste.

Natur und Landschaft:
Die Anregungen werden berücksichtigt. Nach wie vor steht der Projektentwickler GEG bezüglich der zeitnahen Umsetzung der CEF-Maßnahme in Verhandlung mit den Flächeneigentümern und der Stadtverwaltung. Die Maßnahme wird in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde umgesetzt.

Abwägung Stellungnahme Natur und Landschaft vom 30.08.2017, Sitzung vom 04.10.2018:
Die Anregung wird berücksichtigt. Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen zur Umsetzung der Ersatzmaßnahme Flächen im Banker Feld westlich der Ortslage Bank zur Verfügung. Hierzu finden zurzeit Abstimmungen mit den jeweiligen Landwirten statt.

4. Straßen.NRW., Schreiben vom 19.11.2018

Es wird auf die vorangegangene Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung verwiesen.

Stellungnahme Straßen.NRW. vom 04.09.2017
In der Vergangenheit haben zwischen der Stadt Herzogenrath und dem Landesbetrieb mehrere Abstimmungsgespräche hinsichtlich der Bauleitplanungen und den Verkehrsverhältnissen im Stadtgebiet stattgefunden. Sämtliche Gespräche basieren auf der Aussage, dass die derzeitige Verkehrssituation keine weiteren Zunahmen erlaubt. Im Ergebnis wurde Einigkeit erzielt, dass zunächst Verbesserungen im Verkehrsablauf herbeigeführt werden müssen, bevor zusätzliche Belastungen ausgelöst werden. Neben eines 4-streifigen Ausbaus der L 232 sind weitere verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant. Hierzu gehört mittelfristig eine neue Abbiegespur in das Gewerbegebiet Dornkaul. Sollte diese nicht ausreichend zum zügigen Verkehrsablauf beitragen, kann eine zusätzliche Ertüchtigung des Knotenpunktes L 232/Dornkaulweg erforderlich sein. Diese Forderung wird seitens des Landesbetriebes weiterhin aufrecht gehalten.

zu 4. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden berücksichtigt. Die Stadt Herzogenrath befindet sich diesbezüglich nach wie vor im Planungs- und Abstimmungsprozess.

5. Unitymedia, Schreiben vom 16.11.2018

Es wird auf die Stellungnahme vom 25.08.2017 verwiesen.

Stellungnahme Unitymedia vom 25.08.2017
Im Plangebiet liegen Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Es besteht Interesse, das Baugebiet mit Produkten der Unitymedia zu versorgen.

zu 5. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und an den Entwicklungsträger weitergeleitet.

6. Bundesamt für Infrastruktur, Schreiben vom 14.11.2018

Es wird auf die Stellungnahme vom 24.07.2017 verwiesen.

Stellungnahme Bundesamt für Infrastruktur vom 25.08.2018
Die Bundeswehr ist von der Maßnahme betroffen, der Planungsbereich liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass bauliche Anlagen, einschließlich untergeordneter Gebäudeteile, eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten. Sollte diese Höhe überschritten werden, sind in jedem Einzelfall die Planungsunterlagen vor Erteilung einer Baugenehmigung zur Prüfung zuzuleiten.

zu 6. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird berücksichtigt. Gebäudehöhen von über 30 m über Grund sind nicht Gegenstand der vorliegenden Planung.

7. Wasserverband Eifel-Rur WVER, Schreiben vom 17.12.2018

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

8. Westnetz GMBH, Schreiben vom 22.11.2018

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

9. Polizeipräsidium Aachen, Schreiben vom 26.11.2018

Es wird auf die „Checkliste zur Städtebaulichen Kriminalprävention“ verwiesen, welche im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit Schreiben vom 14.08.2017 übersandt wurde.

Stellungnahme Polizeipräsidium vom 14.08.2017
Es wird eine Checkliste zur städtebaulichen Kriminalprävention übersandt. Im weiteren Verfahren kann aus kriminalpräventiver Sicht detailliert Stellung genommen werden.
Damit einbruchhemmende Maßnahmen bereits bei der Planung von Gebäuden einbezogen werden können, sollten Architekten/-innen umfassend und frühzeitig informiert werden. Wenn der Einbau von Sicherungseinrichtungen (Mechanik, Überfall- und Einbruchmeldetechnik, Beleuchtung etc.) bereits in der Planungsphase von Neubauten mit berücksichtigt wird, sind die Kosten deutlich niedriger als bei einer Nachrüstung der vorhandenen Elemente.
Durch textlichen Hinweis z.B. im Bebauungsplan sollte deshalb auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen hingewiesen werden.

zu 9. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen wurden bereits berücksichtigt. Der Bebauungsplan enthält einen entsprechenden Hinweis.

10. NABU Kreisverband Aachen, Schreiben vom 22.11.2018

Ergänzend zu den Ausführungen vom 09.08.2017 finden im artenschutzrechtlichen Gutachten die zwei nachgewiesenen Brutreviere der Feldlerche zu wenig Beachtung. Da auch schon durch den Bebauungsplan Kämpchenstraße Teil A große Flächen für die Feldlerche verloren gehen, müssen im Nahbereich Ausgleichsflächen geschaffen werden. Diese müssen in von Verkehr und Fußgängern ungestörten Bereichen angelegt werden.

Ca. 5 m breite Streifen mitten in den Feldern mit doppeltem Reihenabstand sind wesentlich effektiver als eine Verbreiterung der Feldrandstreifen an den Wegen.

Weiter wird angeregt, dass die Beleuchtungen auf den Straßen im Baugebiet für Fledermäuse unschädlichen sein müssen.

Stellungnahme NABU vom 09.08.2017
Es wird angeregt, bei der weiteren Planung Solaranlagen auf den Dächer verbindlich vorzuschreiben. Ebenso wird eine Nutzung der Erdwärme als sinnvoll erachtet.

zu 10. Stellungnahme der Verwaltung

Für das Plangebiet wurde eine Artenschutzprüfung (ASP) nach den §§ 44 und 45 BNatSchG Stufe I und Stufe II erstellt. Darin enthalten ist der notwendige Lebensraum der Feldlerche. Die CEF-Maßnahme gibt zur Lage eines geeigneten Standortes u.a. wie folgt vor:

- Lage von streifenförmigen Maßnahmen nicht entlang von frequentierten (Feld-) Wegen

Seitens der unteren Naturschutzbehörde wurden zu den Ausführungen der Artenschutzprüfung keine Bedenken erhoben, sodass von einer hinreichenden Berücksichtigung der Artenschutzbelange ausgegangen wird. Die zeitnahe Umsetzung der CEF-Maßnahme wird in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde erfolgen.
Die Anregung hinsichtlich der Straßenbeleuchtung wird zur Kenntnis genommen und an den Projektentwickler weitergeleitet.

Abwägung Stellungnahme NABU vom 09.08.2017, Sitzung vom 04.10.2018:
Der Anregung zur Solarnutzung und Erdwärme wurde im vorliegenden Bebauungsplan mit Zulässigkeit der Anlagen Rechnung getragen. Eine verbindliche Nutzung von Solarenergie würde den jeweiligen Bauherrn zu sehr in seinem Ermessens- und Gestaltungsspielraum einschränken.
Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu Teil A wurde ein Energiekonzept für das gesamte Baugebiet erstellt, das unterschiedliche Versorgungskonzepte für das Wohngebiet beschreibt und Vor- und Nachteile aufzeigt.

11. Landschaftsverband Rheinland LVR, Schreiben vom 15.11.2018

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

12. Aachener Verkehrsverbund AVV, Schreiben vom 03.12.2018

Die zentrumsnahe Entwicklung des Wohngebietes wird begrüßt. Aufgrund seiner Ausdehnung und der beabsichtigten Nutzung wird der Planbereich als für den öffentlichen Nahverkehr bedienungspflichtigen Raum eingeschätzt. Es wird daher vorgesehen, im Nahverkehrsplan der StädteRegion Aachen ab 2020 das betreffende Gebiet als relevant für die künftige Erschließung durch öffentliche Nahverkehrsmittel (Wohngebiet in Planung) zu verzeichnen. Der Nahverkehrsplan der StädteRegion Aachen sieht für die betreffende Raumkategorie (Mittelzentrum, Kernrandlage am zentralen Ortsteil) eine fußläufige Erreichbarkeit von bis zu 400 m zur nächsten Bushaltestelle vor. Es wird dringend angeregt, entsprechende Ansätze zur Sicherstellung der ÖPNV-Anbindung im Zuge der Bebauungsplanung einzubringen. Dazu gehören ausreichende Querschnitte und Kurvenradien und insbesondere auch die Einplanung von Haltestellen (Flächen für

Wartebereiche, ggfs. Witterungsschutz und weitere Haltestelleninfrastruktur) in fußläufig günstiger Lage. Der planerische Ansatz einer Netzoptimierung unter Einbeziehung der in Kohlscheid verkehrenden Linien und der Einbindung des Straßenzuges Kämpchenstraße würde seitens des AVV begrüßt und begleitet werden.

zu 12. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen und zwecks weiterer Abstimmung und Planung einer ÖPNV-Anbindung an die zuständige städtische Verkehrsbehörde weitergeleitet.

ANLAGE 3

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Zusammenfassung
der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
(24.07.2017 bis 04.09.2017)
eingegangenen Stellungnahmen

und Abwägungsvorschlag

Bebauungsplan II/65 B “Kämpchenstraße"

Zusammenfassung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie von der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen und

Abwägungsvorschlag

I. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

1. ASEAG, E-Mail vom 31.07.2017

Es wird darauf hingewiesen, dass das Plangebiet bis zu 640 m bzw. 580 m von den nächstliegenden Bushaltestellen „Kircheich“ der Buslinien 47, 80, 147 und „Kircheichstraße“ der Buslinien 34, 57, WÜ1 entfernt liegt und somit nicht ausreichend vom öffentlichen Personennahverkehr erschlossen wird. Der Nahverkehrsplan 2016-2020 für die StädteRegion Aachen weist 400 m als Grenzwert für die zumutbare Erreichbarkeit der Haltestellen in der betreffenden Ortslage aus. Die Erschließung durch den ÖPNV dient der Grundversorgung der Einwohner und Beschäftigten und sichert darüber hinaus die Zielsetzung, die Lagegunst der Stadt Herzogenrath zu stärken und die Erreichbarkeit zu sichern.

zu 1. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird dahingehend berücksichtigt, dass die Stellungnahme an das zuständige Fachamt weitergeleitet wurde. Im Zuge der Entwicklung des Gesamtprojektes Kämpchenstraße werden entsprechende Vorschläge zur Optimierung der ÖPNV-Anbindung erarbeitet.

2. Bezirksregierung Arnsberg, Schreiben vom 17.08.2017

Aus Sicht der Bezirksregierung Arnsberg wird ausführlich auf die bergbauliche Situation eingegangen und die altbergbaulichen Verhältnisse auf Basis des Gutachtens „Positivkarte Stadt Herzogenrath“ durch das Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH (IHS) ausreichend berücksichtigt. Es gibt keine Bedenken, den Empfehlungen des Gutachters zu folgen.
Es wird weiterhin empfohlen, soweit nicht bereits erfolgt, zur Frage zukünftiger bergbaulicher Planungen sowie erforderlicher Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen bezüglich möglicher Bodenbewegungen des Tiefbergbaus, die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven als Eigentümerin der überdeckenden Bergbauberechtigung zu beteiligen.

zu 2. Stellungnahme der Verwaltung

Die Stellungnahme wird dahingehend berücksichtigt, dass die Anregungen und Hinweise in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen werden. Die Feldeseigentümerin EBV GmbH wird am Aufstellungsverfahren beteiligt.
Hinsichtlich des tagesnahen Bergbaus und der vorhandenen Schächte wurden Untersuchungen und Sondierungsbohrungen zur Klärung der Tragfähigkeit des Untergrundes durchgeführt. Die Ergebnisse des Bergbaugutachtens sind in die Planungen eingeflossen. Der Planentwurf enthält entsprechende zeichnerische und textliche Festsetzungen und Vorkehrungen, die in Abstimmung mit den Gutachtern ausgearbeitet wurden.

3. Bezirksregierung Köln, Dez. 33, Schreiben vom 03.08.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

4. DB Services Immobilien GmbH, Schreiben vom 27.07.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

5. EBV, Schreiben vom 30.08.2017

Der Geltungsbereich liegt innerhalb der EBV-Berechtsame Steinkohle.
Nach dem Kartenwerk „Tagesöffnungen und Oberflächennaher Bergbau“ der Bezirkregierung Arnsberg, Abteilung 6, befindet sich das Plangebiet im Bereich des ehemaligen oberflächennahen Grundeigentümerbergbaus. Es werden entsprechende Baugrunduntersuchungen empfohlen. Außerdem liegen in unmittelbarer Nähe des Planungsgebietes Tagesöffnungen des historischen Bergbaus mit der Bezeichnung 2505/5632/024 und 2506/5632/019, die nicht in die Verantwortlichkeit des EBV fallen Bei den Tagesöffnungen ist eine Ausgasungsschutzzone von 20 m (zuzüglich Lageungenauigkeit des Schachtes) einzuhalten oder eine entsprechende Gasdrainage anzulegen. Bauherren sollen entsprechend informiert werden.
Eine Kennzeichnung nach § 9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB wird empfohlen.

zu 5. Stellungnahme der Verwaltung

Hinsichtlich des tagesnahen Bergbaus und der vorhandenen Schächte wurden Untersuchungen und Sondierungsbohrungen zur Klärung der Tragfähigkeit des Untergrundes durchgeführt. Die Ergebnisse des Bergbaugutachtens sind in die Planungen eingeflossen. Der Planentwurf enthält entsprechende zeichnerische und textliche Festsetzungen und Vorkehrungen, die in Abstimmung mit den Gutachtern ausgearbeitet wurden.

6. enwor, Schreiben vom 02.08.2017

Gegen den Bebauungsplan werden keine Bedenken erhoben. Die Erschließung kann über das Leitungsnetz des bereits vorhandenen Bauabschnittes “A“ sowie die vorhandenen Gas-, Wasser- und Stromleitungen südlich in der Kämpchenstraße erfolgen. Für den Bau einer erforderlichen Trafostation soll ein Grundstück der Größe 4,00 x 6,00m, welches von der enwor GnbH erworben wird, im Bebauungsplan als “Versorgungsfläche“ ausgewiesen werden.
Es wird weiterhin um Beachtung der Leitungen im Einmündungsbereich sowie entlang des ehemaligen Bahndammes im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Fernradweges Aachen-Herzogenrath gebeten. Die drei im Bereich des Böschungsfußes des

Bahndammes gelegenen drei 20 KV-Leitungen sollen durch Eintragung einer Dienstbarkeit (eines Leitungsrechts) gesichert werden. Nachrichtlich wird darauf hingewiesen, dass dies auch die dort liegende Thyssen-Ferngasleitung betrifft. Es wird um weitere Beteiligung am Verfahren gebeten.

zu 6. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der benötigten Trafostation für die weitere Erschließung des Baugebietes sowie einer nachrichtlichen Übernahme der Leitungstrassen erfolgte bereits eine Abstimmung und entsprechende Festsetzung im Bebauungsplanentwurf.

7. Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, E-Mail vom 09.08.2017

Zuständigkeitshalber wurde die Anfrage an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr weitergeleitet.

8. Geologischer Dienst NRW, Schreiben vom 09.08.2017

1. Erdbebengefährdung
Zum Bebauungsplan wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen ist. Die Gemarkung Kohlscheid der Stadt Herzogenrath ist der Erdbebenzone 3 und geologischer Untergrundklasse R zuzuordnen.
Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 und der entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen.
Die Erdbebengefährdung wird in der bauaufsichtlich weiterhin geltenden DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen beurteilt, die anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland, Bundesland NRW für einzelne Standorte bestimmt werden.

2. Baugrunduntersuchung
Es wird empfohlen, die Baugrundeigenschaften, insbesondere hinsichtlich der Tragfähigkeit und des Setzungsverhaltens, objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten. Den Baugrund bildet tiefgründiger Löß über tertiärzeitlichen Terrassenablagerungen (Feinsand bis Kies) über Tonstein (Kohlscheid- und Obere Stolberg-Schichten / Karbon).

3. Umgang mit Boden in der Bauleitplanung
3.1 Schutzgut Boden
Im Rahmen des erforderlichen Umfangs und Detailierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 1 BauGB wird darauf hingewiesen, dass für die Stadt Herzogenrath einschl. der Wurmniederung flächendeckende Bodenkartierungen durch den Geologischen Dienst NRW vorliegen.
3.2 Vorsorgender Bodenschutz im Rahmen der Bauleitplanung
Festsetzungsempfehlungen zur Vermeidung und Verminderung von Schädigungen der natürlichen Bodenfunktionen
a) Der Schutz des Mutterbodens ist gem. § 202 BauGB zu gewährleisten.
b) Umgang mit Bodenaushub: Bei Baumaßnahmen ist die obere Bodenschicht gemäß den einschlägigen Fachnormen getrennt vom Unterboden abzutragen. Darunter liegende Schichten unterschiedlicher Ausgangssubstrate sind entsprechend der Schichten zu trennen und zu lagern. Zu Beginn der Baumaßnahmen sind Bereiche für die

Materialhaltung und Oberbodenzwischenlagerung zur Minimierung der Flächenbeeinträchtigung abzugrenzen.
c) Zur Versickerung vorgesehene Flächen dürfen nicht befahren werden.
d) Im Bereich der Kompensationsflächen ist der Boden in möglichst großem Umfang in naturnahem Zustand zu belassen (kein Abtrag, kein Befahren).
e) Bei Eingriffen in Böden ist eine bodenbezogene Kompensation zu empfehlen. In diesem Fall ist ein schutzwürdiger und sehr schutzwürdiger Boden aufgrund seiner jeweiligen Regelungs- und Pufferfunktion / natürlichen Bodenfruchtbarkeit betroffen.
3.3 Bodenfunktionsbezogene Ausgleichsmaßnahmen
Es wird empfohlen, bei der Beschreibung von Böden im Umweltbericht und der Erstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplans auf die vorliegenden Bodenkartierungen des Geologischen Dienstes NRW zurückzugreifen.

zu 8. Stellungnahme der Verwaltung

Zu 1. Erdbebengefährdung
Die Anregung bzgl. der Erdbebenzone bzw. -gefährdung wird als Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

Zu 2. Baugrunduntersuchung
Im Rahmen der Ausarbeitung des Bebauungsplans wurde ein geotechnischer Bericht über den Baugrund erstellt. Bzgl. der Gründung der Wohnhäuser stellt das Gutachten fest, dass baugrundbedingte Gründungsmehrtiefen nicht zu erwarten sind.
Zudem wurde für das Baugebiet eine Erkundung über den tagesnahen Altbergbau durchgeführt.

Zu 3. Umgang mit Boden in der Bauleitplanung
Das Schutzgut Boden wurde im Rahmen der Erstellung des zum Bebauungsplan zugehörigen Umweltberichtes untersucht. Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen u.a. auf den Boden zu berücksichtigen. Entsprechend wurden der Umweltbericht und die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung zum Bebauungsplan von einem fachkundigen Büro nach den geltenden Vorschriften und Normen durchgeführt, sodass eine hinreichende Berücksichtigung der Schutzwürdigkeit des Bodens gewährleistet wird. Der Umweltbericht und die Bilanzierung sind in die Planfassung zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bzw. zur öffentlichen Auslegung eingearbeitet.

Die o.g. Festsetzungsempfehlungen betreffen geltende Vorschriften und Normen, z.T. aufgrund anderer rechtlicher Grundlagen wie z.B. die DIN 18935, die im Rahmen der Baustelleneinrichtung und während der Baumaßnahme auch ohne explizite Festsetzung im Bebauungsplan einzuhalten sind. Eine textliche Festsetzung wird daher zwar nicht befürwortet, die Empfehlungen werden jedoch als Hinweise in den Bebauungsplan aufgenommen.

9. IHK Aachen, Schreiben vom 11.08.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

10. Gemeente Kerkrade, Schreiben vom 31.07.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

11. Landwirtschaftskammer NRW, Schreiben vom 25.08.2017 u. 30.11.2017

Nach Rücksprache der Landwirtschaftskammer mit dem Neffen eines betroffenen Landwirts verbleiben am nördlichen Rand des Plangebiets noch 4 Flurstücke in einer Gesamtgröße von 0,9741 ha zur landwirtschaftlichen Nutzung. Solange diese Flächen bewirtschaftet werden, muss eine Erreichbarkeit dieser Flächen mit landwirtschaftlichen Maschinen zwingend gegeben sein. Die Wegeanbindung für landwirtschaftliche Flächen liegt in der Verantwortung der Kommune.
Aus Sicht der Landwirtschaftskammer genügt es, lediglich das Flurstück 2780 an einen Wirtschaftsweg anzubinden, da es wie die Nachbargrundstücke von demselben Landwirt bewirtschaftet wird. Die Landwirtschaftskammer regt an, den geplanten Radschnellweg auf dem alten Bahndamm bis zur Grundstücksgrenze des Flurstücks 2780 auch als Wirtschaftsweg für landwirtschaftlichen Verkehr auszuweisen und eine Zufahrt vom Damm zum Flurstück 2780 anzulegen. Andernfalls müsste der jetzige Wirtschaftsweg als grüner Weg erhalten bleiben, um die Erreichbarkeit der verbleibenden Ackerflächen zu garantieren.

zu 11. Stellungnahme der Verwaltung

Die betreffende landwirtschaftliche Fläche wurde zwischenzeitlich von dem Projektentwickler, der GEG, erworben und wird zukünftig nicht mehr landwirtschaftlich genutzt. Im Bebauungsplan wird die Fläche als öffentliche Grünfläche festgesetzt.

12. PLEDOC, Schreiben vom 31.07.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

13. StädteRegion Aachen, Schreiben vom 30.08.2017

Es werden folgende Anregungen und Hinweise gegeben:
A 70 - Umweltamt
Wasserwirtschaft:
Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 1. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, soll gem. § 55 Wasserhaushaltsgesetz i.V.m. § 44 Landeswassergesetz ortsnah versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.
Die Niederschlagswasserentsorgung ist in den vorliegenden Unterlagen nicht dargestellt. Für die wasserwirtschaftliche Prüfung ist die Vorlage von detaillierten Unterlagen und Nachweisen erforderlich. Hierzu wird auf das Rundschreiben vom 02.04.2008 – Niederschlagswasserentsorgung im Bebauungsplanverfahren verwiesen. Nach Vorlage eines Entwässerungskonzeptes mit Nachweis der Niederschlagswasserentsorgung erfolgt eine weitere Stellungnahme. Die anfallenden Schmutzwässer sind der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten.

Bodenschutz und Altlasten:
Im Plangebiet befinden sich keine Altlast-Verdachtsflächen. Unter der Voraussetzung, dass im noch aufzustellenden Umweltbericht auf die Belange des Bodenschutzes eingegangen wird, bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des B-Plans.

Natur und Landschaft:
Gegen die Aufstellung des B-Plans bestehen derzeit aus landschaftspflegerischer Sicht Bedenken. Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum B-Plan II/65 Teil A wurde festgestellt, dass das Plangebiet zwei Paaren der besonders geschützten, planungsrelevanten Feldlerche als Lebensraum dient. Ein Paar davon wurde im Bereich der Teilfläche A kartiert. Dies hatte zur Folge, dass die artenschutzrechtlichen Bedenken lediglich dadurch aufgehoben wurden, dass für diese Feldlerche ein 5.000 qm umfassender Ersatzlebensraum zur Verfügung gestellt wurde (CEF-Maßnahme). Dieser wurde noch vor Erschließung des B-Plangebietes II/65 Teil A im Bereich des B-Plangebietes II/65 Teil B unter der Voraussetzung angelegt, dass noch vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Teilgebiet B ein anderer, außerhalb liegender Ersatzlebensraum gefunden und hergerichtet werden muss.

Da sich die ökologische Funktion der von dem Eingriff (B-Plan II/65 Teil A) betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Feldlerche nicht gegenüber dem Voreingriffsbestand verschlechtern darf, ist weiterhin dauerhaft ein Ersatzlebensraum zu schaffen.

Die Bedenken können erst dann aufgehoben werden, wenn ein solcher Ersatzlebensraum außerhalb des Plangebietes im gleichen Naturraum gefunden, die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen rechtlich sichergestellt wurde und die Maßnahme durchgeführt wurde. Der Ersatzlebensraum soll gemäß dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ des Landesumweltministeriums NRW eine Mindestgröße von 10.000 qm aufweisen. Diese Mindestgröße kann gemäß dem o.g. Leitfaden unter folgenden Bedingungen auf 5.000 qm reduziert werden:
- Parallele Anlage von mehreren 10-12 m breiten Streifen aus Sommergetreide, Luzerne und Brache
- Als Erfolgskontrolle ist ein mindestens 3 Jahre umfassendes Monitoring festzusetzen, das auch ein Risikomanagement mit ggfls. Festlegung von Korrekturmaßnahmen für den Fall enthält, dass der zur Verfügung gestellte Ersatzlebensraum der Feldlerche nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß angenommen wird.

Der Ersatzlebensraum ist dauerhaft bereitzustellen bzw. zu erhalten, d.h. dass die ökologische Funktion dauerhaft erfüllt bleiben muss.
Art, Lage und Umfang der auf der Ersatzlebensraumfläche durchzuführenden Maßnahmen sind frühzeitig und einvernehmlich mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.
Es wird darauf hingewiesen, dass diese artenschutzrechtlichen Bedenken nicht der bauleitplanerischen Abwägung unterliegen.

A 61.1 Straßenbau und Verkehrslenkung
Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten
Im städtebaulichen Entwurf ist die geplante Trasse für den Radschnellweg Euregio berücksichtigt. Die exakte Lage der Trasse wird zurzeit in einer Entwurfsplanung erarbeitet, um die benötigten Flächen zu ermitteln. Diese Ergebnisse sind im Bebauungsplan bei der Zuweisung der Flächen zu berücksichtigen.
Die Trasse des Radschnellwegs soll als Verkehrsfläche im B-Plan festgesetzt werden.

zu 13. Stellungnahme der Verwaltung

Zu Wasserwirtschaft:
Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Das Schmutzwasser wird dem öffentlichen Schmutzwasserkanal, das Niederschlagswasser dem öffentlichen Regenwasserkanal zugeführt.
Der zum Bebauungsplanverfahren II/65-B vorgelegte geotechnische Bericht hat ergeben, dass eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser wegen der insgesamt zu geringen Bodendurchlässigkeiten nicht möglich ist.

Eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen kann nach einer grundstücks- und projektbezogenen Bodenuntersuchung im Einzelfall zugelassen werden. Eine ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) sowie eine gezielte Versickerung von kleineren versiegelten Flächen wie Terrassen, Haus- und PKW-Garagenzugängen / -zufahrten ist in der oberflächennahen Schicht 2 möglich. Der geotechnische Bericht von Kramm Ingenieure vom 24.03.2018 ist zu beachten.

Das Regenwasser wird ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.

Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind. Bezüglich des RRB wurde vom WVER eine Untersuchung durchgeführt, die gezeigt hat, dass weder aus Gründen des Hochwasserschutzes noch des Gewässerschutzes am Amstelbach Erweiterungen des RRB erforderlich sind. Für die Kanalisation und das RKB wurden zwischenzeitlich die erforderlichen Nachweisunterlagen bei der Städteregion Aachen vorgelegt. Auch hier sind keine Erweiterungen erforderlich.

Bodenschutz:
Es bestehen keine Bedenken.

Natur und Landschaft:
Die Anregung wird berücksichtigt. Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen zur Umsetzung der Ersatzmaßnahme Flächen im Banker Feld westlich der Ortslage Bank zur Verfügung. Hierzu finden zurzeit Abstimmungen mit den jeweiligen Landwirten statt.

Straßenbau und Verkehrslenkung:
Da die exakte Lage der Trasse noch ermittelt wird, ist eine verbindliche Festsetzung einer Verkehrsfläche aus Sicht der Stadt Herzogenrath nicht zielführend. Für die Flächen entlang der Kämpchenstraße wird daher textlich (ohne konkrete Verortung) festgesetzt, dass innerhalb der öffentlichen Grünflächen und der landwirtschaftlichen Flächen die Errichtung eines Radweges zulässig ist. Im östlichen Bereich entlang des ehemaligen Bahndamms befindet sich die voraussichtliche Trassenführung außerhalb des Planbereichs, eine mögliche Verbreiterung der dortigen Radwegeverbindung ist durch die Festsetzung als Grünfläche im Plangebiet entlang der östlichen Grenze möglich.

14. Straßen NRW, Regionalniederlassung Ville-Eifel, Schreiben vom 04.09.2017

In der Vergangenheit haben zwischen der Stadt Herzogenrath und dem Landesbetrieb mehrere Abstimmungsgespräche hinsichtlich der Bauleitplanungen und den Verkehrsverhältnissen im Stadtgebiet stattgefunden. Sämtliche Gespräche basieren auf der Aussage, dass die derzeitige Verkehrssituation keine weiteren Zunahmen erlaubt. Im Ergebnis wurde Einigkeit erzielt, dass zunächst Verbesserungen im Verkehrsablauf herbeigeführt werden müssen, bevor zusätzliche Belastungen ausgelöst werden. Neben eines 4-streifigen Ausbaus der L 232 sind weitere verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant. Hierzu gehört mittelfristig eine neue Abbiegespur in das Gewerbegebiet Dornkaul. Sollte diese nicht ausreichend zum zügigen Verkehrsablauf beitragen, kann eine zusätzliche Ertüchtigung des Knotenpunktes L 232/Dornkaulweg erforderlich sein. Diese Forderung wird seitens des Landesbetriebes weiterhin aufrecht gehalten.

zu 14. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden berücksichtigt. Die Stadt Herzogenrath befindet sich diesbezüglich nach wie vor im Planungs- und Abstimmungsprozess.

15. Deutsche Telekom Technik GmbH, Schreiben vom 31.07.2017

Zur Versorgung des neuen Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien, glasfaserbasierte Festnetz FTTH-Technologie über SpeedNet- Rohrverbände im Plangebiet vorgesehen.
Zur Abstimmung der Bauweise und für die rechtzeitige Bereitstellung der Telekommunikationsdienstleistungen sowie zur Koordinierung mit Straßenbau- bzw. Erschließungsmaßnahmen der anderen Versorger ist es dringend erforderlich, dass sich der Vorhabenträger mindestens 3 Monate vor Baubeginn mit der Telekom in Verbindung setzt.

zu 15. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen und an den Vorhabenträger weitergeleitet, um eine frühzeitige Abstimmung der Erschließungsmaßnahmen zu gewährleisten.

16. Unitymedia NRW GmbH, Schreiben vom 25.08.2017

Im Plangebiet liegen Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Es besteht Interesse, das Baugebiet mit Produkten der Unitymedia zu versorgen.

zu 16. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und an den Entwicklungsträger weitergeleitet.

17. Bundesamt für Infrastruktur, Schreiben vom 31.07.2017

Die Bundeswehr ist von der Maßnahme betroffen, der Planungsbereich liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen. Hierbei wird davon ausgegangen, dass bauliche Anlagen, einschließlich untergeordneter Gebäudeteile, eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten. Sollte diese Höhe überschritten werden, sind in jedem Einzelfall die Planungsunterlagen vor Erteilung einer Baugenehmigung zur Prüfung zuzuleiten.

zu 17. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregung wird berücksichtigt. Gebäudehöhen von über 30 m über Grund sind nicht Gegenstand der vorliegenden Planung.

18. Wasserverband Eifel-Rur, Schreiben vom 02.08.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

19. Westnetz, Schreiben vom 24.07.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

20. Medicom AG Kabelservice, Schreiben vom 27.07.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

21. Polizeipräsidium Aachen, Schreiben vom 14.08.2017

Es wird eine Checkliste zur städtebaulichen Kriminalprävention übersandt. Im weiteren Verfahren kann aus kriminalpräventiver Sicht detailliert Stellung genommen werden.
Damit einbruchhemmende Maßnahmen bereits bei der Planung von Gebäuden einbezogen werden können, sollten Architekten/-innen umfassend und frühzeitig informiert werden. Wenn der Einbau von Sicherungseinrichtungen (Mechanik, Überfall- und Einbruchmeldetechnik, Beleuchtung etc.) bereits in der Planungsphase von Neubauten mit berücksichtigt wird, sind die Kosten deutlich niedriger als bei einer Nachrüstung der vorhandenen Elemente.
Durch textlichen Hinweis z.B. im Bebauungsplan sollte deshalb auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen hingewiesen werden.

zu 21. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden berücksichtigt. In den Bebauungsplan wird ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

22. NABU, Schreiben vom 09.08.2017

Es wird angeregt, bei der weiteren Planung Solaranlagen auf den Dächer verbindlich vorzuschreiben. Ebenso wird eine Nutzung der Erdwärme als sinnvoll erachtet.

zu 22. Stellungnahme der Verwaltung

Der Anregung zur Solarnutzung und Erdwärme wurde im vorliegenden Bebauungsplan mit Zulässigkeit der Anlagen Rechnung getragen. Eine verbindliche Nutzung von Solarenergie würde den jeweiligen Bauherrn zu sehr in seinem Ermessens- und Gestaltungsspielraum einschränken.
Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu Teil A wurde ein Energiekonzept für das gesamte Baugebiet erstellt, das unterschiedliche Versorgungskonzepte für das Wohngebiet beschreibt und Vor- und Nachteile aufzeigt.

23. Naturfreunde Herzogenrath, Schreiben vom 04.09.2017

Wegen der südlichen Lage des Gebiets wird die Festsetzung von Solaranlagen auf den Dächern, ggfs. in Teilbereichen, angeregt.

zu 23. Stellungnahme der Verwaltung

Der Anregung zur Solarnutzung wurde im vorliegenden Bebauungsplan mit Zulässigkeit der Anlagen Rechnung getragen. Eine verbindliche Nutzung von Solarenergie würde den jeweiligen Bauherrn zu sehr in seinem Ermessens- und Gestaltungsspielraum einschränken.
Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu Teil A wurde ein Energiekonzept für das gesamte Baugebiet erstellt, das unterschiedliche Versorgungskonzepte für das Wohngebiet beschreibt und Vor- und Nachteile aufzeigt.

24. **Stadt Aachen**, Schreiben vom 01.08.2017

Es werden keine Anregungen vorgebracht.

25. **LVR – Amt für Bodendenkmalpflege**, Schreiben vom 05.09.2017

Zur Einschätzung der archäologischen Situation im Plangebiet wurden die dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege vorliegenden Archivunterlagen ausgewertet und unter Berücksichtigung von Forschungsergebnissen bewertet. Diese Datenbasis ist jedoch nicht das Ergebnis einer systematischen Erfassung und macht daher grundsätzlich nur eine Prognose möglich.
Aus dem Planungsgebiet selbst sind bisher keine archäologischen Fundstellen bekannt. 2013 wurde auf einer Teilfläche des Bebauungsplanes durch das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege eine Grunderfassung durchgeführt, die aber aufgrund schlechter Begehungsvoraussetzungen keine Hinweise auf im Untergrund erhaltene Bodendenkmäler lieferte.
Bei dem Plangebiet handelt sich jedoch um eine siedlungsgünstige Region, die nachweislich bereits in der Vorgeschichte intensiv besiedelt war. Dies wurde durch zahlreiche Fundstellen in der Umgebung der Fläche bestätigt. Von daher ist nicht auszuschließen, dass in der Fläche Bodendenkmäler erhalten sind.
Grundsätzlich sind Bodendenkmäler als Zeugnisse der Geschichte dann, wenn diese für die wissenschaftliche Forschung bedeutend sind, als Bodenarchiv für kommende Generationen zu erhalten und zu sichern. Entsprechende rechtliche Vorgaben ergeben sich insbesondere aus den §§ 11,3, 7, 8 DSchG NW.

Zur Prüfung der Auswirkungen der Planung auf das archäologische Kulturgut im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Grundlagen für den Umweltbericht und damit insbesondere zur Vorbereitung einer Abwägungsentscheidung ist es daher empfehlenswert - als Teil der Umweltprüfung - in der Fläche eine Prospektion durchführen zu lassen. Dies würde ggf. auch Konflikte mit den bodendenkmalpflegerischen Belange im Zuge der Planausführung vermeiden.
Hinweise zu Bodendenkmälern können in diesem Zusammenhang auf dem Acker verteilte keramische Gefäßscherben und Ziegelbruchstücke liefern. Derartige Fundstücke gelangen dann, wenn Bodendenkmäler im Boden erhalten sind, durch die Pflugtätigkeit an die Ackeroberfläche. Dabei werden aber nur oberflächennahe archäologische Befunde erfasst. Das Ergebnis der Prospektion ermöglicht Aussagen dazu, in welchem Umfang die Belange des Bodendenkmalschutzes entscheidungserheblich für die Planung sind.
Ausgehend von der Ausgangssituation bleibt es jedoch ihnen als planende Gemeinde überlassen, ob Sie diese Maßnahme in Erwägung ziehen, zumal hierfür die Fläche vorbereitet, d.h. gepflügt und geeggt sein müsste.

zu 25. Stellungnahme der Verwaltung

Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Verpachtung und landwirtschaftlichen Nutzung dieser Fläche, die bereits auf der Teilfläche A zu den o.a. schlechten Begehungsvoraussetzungen führten, ist eine erneute Prospektion aus Sicht der Stadt Herzogenrath wenig sinnvoll. Zudem sind, wie in der Stellungnahme beschrieben, bisher keine archäologischen Fundstellen bekannt, auch lieferte die o.a. Grunderfassung keine Hinweise auf Bodendenkmäler.
Im Bebauungsplan wird folgender Hinweis aufgenommen:
„Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege Im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind

zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten."

I. Anregungen der Öffentlichkeit aus der Bürgerversammlung

Das Gesamtkonzept des Neubaugebiets Kämpchenstraße wurde in der Bürgerversammlung am 06.02.2013 im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans II/65A – „Kämpchenstraße Teil A" vorgestellt.

Die nachfolgende Nummerierung der Anregungen bezieht sich auf die als Anlage 2 beigefügte Niederschrift der Bürgerversammlung vom 06.02.2013.

Anregung/Frage 5:

Es wird zu bedenken gegeben, dass der Geländetiefpunkt im Bereich Wagnerstraße/Schumannstraße liegt und alle 4-5 Jahre bei Starkregenereignissen die Keller unter Wasser stehen.

zu 5. Stellungnahme der Verwaltung

In der Bürgerversammlung wurde auf die Ausarbeitung eines Entwässerungskonzeptes durch das zuständige Tiefbauamt verwiesen.
Es wird nicht davon ausgegangen, dass durch das Neubaugebiet Kämpchenstraße Teil B negative Auswirkungen auf den o.g. Bereich Wagnerstraße/Schumannstraße entstehen, da das auf den versiegelten Flächen anfallende Niederschlagswasser im Plangebiet der Kanalisation zugeführt werden soll und nicht, wie bislang auf den landwirtschaftlichen Flächen, frei abfließt.
Der zum Bebauungsplanverfahren II/65-A vorgelegte geotechnische Bericht hat ergeben, dass eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser wegen der insgesamt zu geringen Bodendurchlässigkeiten nicht möglich ist. Ebenso ist allgemein eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen aus Gründen der Betriebssicherheit gegebenenfalls nur nach einer vorherigen grundstücks- und projektbezogenen, ergebnisoffenen Bodenuntersuchung im Einzelfall möglich.
Daher wird das Regenwasser ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.

Anregung/Frage 12:

Es wird die Errichtung eines Rückhaltebeckens sowie die Berechnung der Querschnitte der Entwässerungskanalisation für den Gesamtbereich angeregt.

zu 12. Stellungnahme der Verwaltung

Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind. Bezüglich des RRB wurde vom WVER eine Untersuchung durchgeführt, die gezeigt hat, dass weder aus Gründen des Hochwasserschutzes noch des Gewässerschutzes am Amstelbach Erweiterungen des RRB erforderlich sind. Für die Kanalisation und das RKB wurden die erforderlichen

Nachweisunterlagen bei der Städteregion Aachen vorgelegt. Auch hier sind keine Erweiterungen erforderlich.

Anregung/Frage 18:

Es wird vorgeschlagen, das Regenwasser auf den Grundstücksflächen zu versickern. Weiterhin wird angeregt, für eine gute Radwegeverbindung zu sorgen.

zu 18. Stellungnahme der Verwaltung

Der zum Bebauungsplanverfahren II/65-A vorgelegte geotechnische Bericht hat ergeben, dass eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser wegen der insgesamt zu geringen Bodendurchlässigkeiten nicht möglich ist. Ebenso ist allgemein eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen aus Gründen der Betriebssicherheit gegebenenfalls nur nach einer vorherigen grundstücks- und projektbezogenen, ergebnisoffenen Bodenuntersuchung im Einzelfall möglich.
Daher wird das Regenwasser ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.

Hinsichtlich der Radwegeverbindung wird auf den derzeit in Planung befindlichen Euregio-Radschnellweg, der voraussichtlich entlang der Kämpchenstraße führen wird, verwiesen.

ANLAGE 4

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Niederschrift
über die Bürgerversammlung vom 06.02.2013

Stadt Herzogenrath

Niederschrift

über die Bürgerversammlung zur Vorstellung des städtebaulichen Entwurfs zum Bebauungsplan II/65A „Kämpchenstraße – Teil A", am 06. Februar 2013, um 19:30 Uhr im Technologiepark Herzogenrath (TPH), Kaiserstraße 100, Raum 1-3 in Herzogenrath-Kohlscheid

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 20:12 Uhr

Leitung: Herr Gronowski, Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses

von der Verwaltung: Herr Mingers, Fachbereichsleiter FB 3
Frau Fraedrich, Sekretariat FB 3
Herr Sordon, Bauleitplanung

An der Bürgerversammlung nehmen laut Anwesenheitsliste 66 Bürgerinnen und Bürger teil.

Herr Gronowski begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie Herrn Mingers, Frau Fraedrich und Herrn Sordon von der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass die ordnungsgemäße Bekanntmachung in den Schaukästen in allen drei Ortsteilen, auf der Homepage der Stadt Herzogenrath, im amtlichen Mitteilungsblatt der Stadt Herzogenrath sowie als Information in der Presse veröffentlicht wurde.

Er macht ebenfalls darauf aufmerksam, dass der heute vorgestellte Entwurf bis einschließlich Freitag, den 15.02.2013 ausliegt und während der Dienststunden im Rathaus der Stadtverwaltung, Zimmer 324, eingesehen werden kann. Alle vorgebrachten Anregungen werden in die weiteren Beratungen des Rates bzw. der Fachausschüsse der Stadt Herzogenrath eingehen. Herr Gronowski bittet die Anwesenden im Anschluss an die Vorstellung der Planinhalte, ihre Anregungen, Einwände oder Fragen unter Benennung ihres Namens vorzutragen. Ebenfalls bittet er, sich in die ausliegenden Anwesenheitslisten einzutragen.

Anhand einer Beamer-Präsentation erläutert Herr Sordon sodann den Geltungsbereich sowie die wesentlichen Planinhalte des städtebaulichen Entwurfs zum Bebauungsplan II/65A „Kämpchenstraße – Teil A".

Im Anschluss an die Vorstellung der Planinhalte melden sich verschiedene Bürgerinnen und Bürger mit nachfolgenden Fragen und Themen zu Wort. Diese werden erörtert und seitens der Verwaltung oder Herrn Gronowski beantwortet.

Anregung/Frage 1):
[redacted] fragt nach der Zeitschiene bis zur Rechtskraft des Bebauungsplanes und wann mit der Bebauung begonnen werden kann.

Antwort zu 1):
Herr Mingers antwortet, dass voraussichtlich im Herbst dieses Jahres der Satzungsbeschluss erfolgen und die Erschließung und Vermarktung der Grundstücke ab Frühjahr 2014 beginnen kann.

Anregung/Frage 2):
[redacted] bittet um Auskunft, ob der Flächennutzungsplan im Bereich Brucknerstraße/Wagnerstraße geändert wurde. Seiner Ansicht nach war, im Gegensatz zur Darstellung in der Präsentation, dieser Bereich früher als Mischgebiet im Flächennutzungsplan ausgewiesen.

Antwort zu 2):
Herr Mingers erläutert, dass der Flächennutzungsplan seit 1999 rechtswirksam ist und seit dieser Zeit der angesprochene Bereich als Wohnbaufläche ausgewiesen ist, also auch keine Änderungen hinsichtlich des Gebietscharakters vorgenommen wurden.

Anregung/Frage 3):
[redacted] erkundigt sich, inwieweit die Bodenordnung vorangeschritten ist bzw. die Eigentumsverhältnisse für den ersten und auch die weiteren Abschnitte geklärt sind.

Antwort zu 3):
Herr Mingers erklärt, dass die Grunderwerbsverhandlungen parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes laufen. Für den ersten Abschnitt wurden bereits in 2011 Flächen erworben. Bezüglich der weiteren Abschnitte wird die Stadt Kontakt mit den Eigentümern aufnehmen, wenn die Entwicklung der Bereiche absehbar ist.

Anregung/Frage 4):
[redacted] möchte wissen, ob der benachbarte landwirtschaftliche Betrieb bereits eingestellt worden ist bzw. inwieweit die einzuhaltenden Abstände berücksichtigt werden.

Antwort zu 4):
Herr Mingers weist darauf hin, dass im Zuge der frühzeitigen Beteiligung neben der Öffentlichkeit auch die zuständigen Behörden und Träger öffentlicher Belange wie z.B. die Landwirtschaftskammer beteiligt werden. Diese werden, sofern erforderlich, in ihrer Stellungnahme entsprechende Informationen und Vorgaben für die Planerarbeitung mitteilen.

Anregung/Frage 5):
[redacted] gibt zu bedenken, dass seiner Ansicht nach der geplante Kreisverkehr zum einen angesichts des anliegenden Gewerbegebietes, wo u.a. eine Spedition untergebracht ist, viel zu klein dimensioniert ist und zum anderen an dieser Stelle verkehrstechnisch nicht effektiv und in der Folge nicht erforderlich ist. [redacted] schlägt vor, den Kreisverkehr besser zur Ortseinfahrt hin anzulegen und damit einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung zu leisten.

Antwort zu 5):
Herr Mingers antwortet, dass die Anregung protokolliert wird und im Zuge der weiteren Erarbeitung des Bebauungsplanes geprüft wird. Das bestehende Gewerbegebiet wird in jedem Fall bei der Dimensionierung des Kreisverkehrs berücksichtigt.
Herr Sordon ergänzt, dass der vorgestellte Plan, wie schon in der Präsentation geschildert, als ein erster städtebaulicher Entwurf verstanden werden soll, in dem noch nicht alle Details, wie z.B. die genaue Größe des Kreisverkehrs, abschließend geklärt sind.

Anregung/Frage 6):
[redacted] erkundigt sich, ob die Bodenordnung auf freiwilliger Basis erfolgt oder ein Umlegungsverfahren durchgeführt wird und wie die Zeitschiene hierzu aussieht.
Weiterhin fragt er nach, ob die Bodenrichtwerte für das Gebiet schon feststehen.

Antwort zu 6):
Herr Mingers erläutert, dass die Grundstücksentwicklungsgesellschaft Herzogenrath nach entsprechenden Verhandlungen mit den Eigentümern die Flächen erwerben will. Nach Schaffung des Baurechts durch die Aufstellung des Bebauungsplanes werden die fertig erschlossenen Grundstücke veräußert. Der Preis wird sich dabei an den umliegenden Richtwerten orientieren.
Erst wenn beim Grunderwerb kein Einvernehmen mit dem Eigentümer erzielt wird, besteht grundsätzlich die Möglichkeit eines sog. Umlegungsverfahrens. Herr Mingers erklärt hierzu kurz den Ablauf des Umlegungsverfahrens.

Anregung/Frage 7):
[redacted] fragt nach, warum von oben nach unten geplant wird, also beginnend im Bereich an der Dornkaulstraße. Weiterhin regt er an, die im letzten Abschnitt vorgesehenen Mehrfamilienhäuser in den Bauabschnitt an der Dornkaulstraße zu legen, da der Geschosswohnungsbau die Bebauung an der Straße „In der Linen" verschatten könnte und daher besser an die Dornkaulstraße passt.

Antwort zu 7):
Herr Sordon führt als Antwort zum einen bergbauliche Gründe an. Im Abschnitt A an der Dornkaulstraße sind die Bergbauhinterlassenschaften relativ unproblematisch, so dass in dem Bereich am ehesten mit der Entwicklung begonnen werden kann. Zum anderen soll in diesem Abschnitt die sehr große Nachfrage an Einfamilienhäusern gedeckt werden. Die Mehrfamilienhäuser im letzten Abschnitt werden sich in der Höhenentwicklung in das Umfeld einfügen, außerdem ist der Abstand im Hinblick auf eine Verschattung als ausreichend groß zu betrachten.
Nach nochmaliger Rückfrage von [redacted] zu vorgenanntem Thema ergänzt Herr Mingers, dass die Entwicklung sich am Bedarf orientieren muss und daher im Bauabschnitt A Flächen für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden.

Anregung/Frage 8):
[redacted] möchte wissen, wie die Entwässerung geregelt wird. Er weist darauf hin, dass der Tiefpunkt im Bereich an der Wagnerstraße/Schumannstraße liegt. Als Anwohner der Wagnerstraße gibt er zu bedenken, dass alle 4-5 Jahre bei heftigen Regenfällen die Keller unter Wasser stehen.

Antwort zu 8):
Herr Mingers verweist auf die Zusammenarbeit mit den Kollegen vom Fachbereich Tiefbau, mit denen die Entwässerung des Gebietes ausgearbeitet wird. Nach jetzigem Erkenntnisstand erfolgt die Entwässerung nicht in Richtung Wagnerstraße, sondern zur Dornkaulstraße hin.

Anregung/Frage 9):
[redacted] weist nochmals auf den Tiefpunkt Wagnerstraße/Schumannstraße hin.

Antwort zu 9):
Herr Mingers erwidert, dass die Anregung protokolliert wird. Er ergänzt, dass die Bürgerversammlung auch dazu dient, derartige Informationen aufzunehmen und an die entsprechenden Fachbereiche weiterzugeben.

Anregung/Frage 10):
[redacted] fragt nach den Parkmöglichkeiten im neuen Wohngebiet.

Antwort zu 10):
Herr Sordon antwortet, dass im Plangebiet durch entsprechende Straßenbreiten ausreichend Parkmöglichkeiten berücksichtigt werden. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit dem zuständigen Fachbereich der Verwaltung.

Anregung/Frage 11):
[redacted] erkundigt sich nach der Bepflanzung im geplanten Grünstreifen.

Antwort zu 11):
Herr Mingers weist nochmals auf das frühe Stadium der Planung hin. Daher kann hierzu noch keine abschließende Aussage gemacht werden. In jedem Fall wird der Grünzug eine städtische Fläche mit einer adäquaten Bepflanzung, jedoch darf nicht die Qualität eines Parks erwartet werden.

Anregung/Frage 12):
[redacted] ist der Ansicht, dass aufgrund der zwei Tiefpunkte und der zuvor geschilderten Überflutung der Straße der Bedarf eines Rückhaltebeckens besteht. Ebenso regt er eine Berechnung der Querschnitte der Entwässerungskanalisation für den Gesamtbereich an.

Antwort zu 12):
Herr Mingers bedankt sich für die Anregung und betont nochmals die Wichtigkeit der Information für die weitere Planung.

Anregung/Frage 13):
[redacted] erkundigt sich nach den bergbaulichen Untersuchungen des Baugrundes im Planbereich.

Antwort zu 13):
Herr Mingers erklärt, dass im Zuge der Planaufstellung Bodenuntersuchungen durchgeführt werden und je nach Untersuchungsergebnis eine Sicherung des Baugrundes erfolgt.

Anregung/Frage 14):
[redacted] fragt, wie der Zeitplan angesichts des hohen Bedarfs für den Abschnitt B aussieht und warum dieser Teil nicht zuerst entwickelt wird, was seiner Ansicht nach vorteilhafter hinsichtlich des Ablaufes und der Erschließung des Gesamtgebietes ist.

Anregung/Frage 14):
Herr Mingers weist auf den knappen städtischen Haushalt und das derzeitig laufende Haushaltssicherungskonzept hin. Daher ist nur eine abschnittweise Entwicklung, die über die Entwicklungsgesellschaft GEG erfolgt, möglich. Aus Sicht der Stadtverwaltung ist der Beginn der Entwicklung mit dem Abschnitt A an der Dornkaulstraße die sinnvollste Variante.
Wie die Zeitschiene für den Abschnitt B aussehen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös beantwortet werden.

Anregung/Frage 15):
[redacted] knüpft an die letzte Frage an und möchte wissen, warum nicht von innen nach außen, also beginnend mit Abschnitt B, geplant wird. Er befürchtet, dass bei eventuell auftretenden Bergbauproblemen in Abschnitt B dann die Baulandentwicklung zu Lasten des Grünzuges erfolgt.

Antwort zu 15):
Herr Mingers erklärt, dass die städtebauliche Planung sich nach den bergbaulichen Erkenntnissen richten muss. Danach werden der Sanierungsaufwand und die Sanierungskosten im Abschnitt B höher sein als im Abschnitt A. Zudem verfügt die Stadt Herzogenrath derzeit in Abschnitt A über mehr Flächen als in den weiteren Abschnitten. Insofern sprechen vor allem auch wirtschaftliche Gründe für einen Beginn in Abschnitt A.

Herr Wirtz, Fachbereich 4, meldet sich zu Wort und erläutert ergänzend, dass auch entwässerungstechnische Gründe für den von Herrn Mingers geschilderten Ablauf sprechen. Die neue Entwässerungsachse des Gesamtgebietes wird an die Dornkaulstraße angebunden, somit sind Erschließungsmaßnahmen in Teil A schon zu Beginn der Gesamtentwicklung notwendig und ein Beginn in diesem Bereich daher sinnvoll.

Anregung/Frage 16):
[redacted] möchte wissen, inwieweit die Lärmentwicklung durch das benachbarte Gewerbegebiet Dornkaulstraße bei der Planung berücksichtigt wird.

Antwort zu 16):
Herr Mingers geht hierzu auf die Festsetzungen des für das Gewerbegebiet Dornkaulstraße geltenden Bebauungsplanes ein. Bei dessen Aufstellung vor 15 Jahren wurde bereits berücksichtigt, dass die Flächen an der Kämpchenstraße zukünftig als Wohngebiet entwickelt werden sollen. Um eine Verträglichkeit zu gewährleisten, setzt der Bebauungsplan Abstandsklassen fest, die die zulässigen Lärmemissionen regeln.

Anregung/Frage 17):
[redacted] fragt nach, ob angesichts der geplanten Fuß- und Radwegeverbindung im Grünzug mit einer Kostenbeteiligung für die Anlieger zu rechnen ist.

Antwort zu 17):
Herr Mingers verneint diese Frage. Die Anlieger werden nicht zu Beiträgen herangezogen.

Anregung/Frage 18):
[redacted] schlägt vor, das Regenwasser auf den Grundstücksflächen zu versickern.
Weiterhin befürwortet sie die geplante Radwegeverbindung und regt im Hinblick auf das in Aachen geplante Baugebiet „Richtericher Dell" an, in Abstimmung mit der Stadt Aachen für eine gute Radwegeverknüpfung zu sorgen. Ebenso sollten an den Plätzen im Neubaugebiet Radfahrbügel angebracht werden.
Abschließend fragt [redacted] nach, was mit den Ahornbäumen an der Kämpchenstraße geschieht.

Antwort zu 18):
Herr Mingers antwortet, dass die Anregungen aufgenommen werden und verweist auf diverse Initiativen und Projekte, die im Zusammenhang mit dem Thema Radverkehr/Mobilität stehen und mit denen man z.T. auch mit der Stadt Aachen im Gespräch steht. Als Beispiele nennt er den beabsichtigten Fahrradschnellweg zum Campus-Gelände.
Bezüglich der Ahornbäume stellt Herr Mingers vorab eine Falschmeldung des Radiosenders Antenne AC richtig, wonach es bei dieser Bürgerversammlung um die Bäume an der Dahlemer Straße ginge. Er betont, dass die Bäume an der Kämpchenstraße in die Planung integriert werden und erhalten bleiben.

Anregung/Frage 19):
[redacted] möchte wissen, ob das Gesamtgebiet in drei Abschnitten entwickelt wird.

Anregung/Frage 19):
Herr Sordon erklärt, dass die Abschnittsunterteilung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend feststeht. Wahrscheinlich wird eine Teilung in vier Abschnitte vorgenommen, die Herr Sordon anhand des abgebildeten Gesamtentwurfes an der Leinwand aufzeigt.

Anregung/Frage 20):
[redacted] erkundigt sich, ob beim Abverkauf des Abschnittes A feststehen wird, dass die weiteren Abschnitte folgen werden.

Antwort zu 20):
Herr Mingers bekräftigt, dass eine Entwicklung des Gesamtgebietes beabsichtigt ist, die je nach Nachfrage und Verkauf der Grundstücke in drei oder vier Abschnitten erfolgen soll. Bis zur Entwicklung des letzten Abschnitts kann es aber durchaus vier bis sechs Jahre dauern.

Anregung/Frage 21):
[redacted] möchte wissen, wie die Straßenplanung aussieht, insbesondere ob die Straßen verkehrsberuhigt ausgebaut werden.

Antwort zu 21):
Herr Sordon teilt mit, dass das Gesamtgebiet über eine Haupterschließungsachse angebunden wird. Bei dieser Straße ist die weitere Ausbauplanung noch abzuklären. Die von dieser Straße abgehenden Stiche und Ringstraßen werden verkehrsberuhigt ausgebaut.

Anregung/Frage 22):
[redacted] fragt weiter nach, wie die Vermarktung erfolgt und ob bei der Vermarktung Familien bevorzugt behandelt werden.

Antwort zu 22):
Herr Mingers antwortet, dass bei der Vermarktung des Wohngebietes Schleypenhof Familien bevorzugt berücksichtigt wurden. Im Wohngebiet Kämpchenstraße wird die Vermarktung über die Grundstücksentwicklungsgesellschaft GEG erfolgen. Eine Bevorzugung von Familien ist sehr wahrscheinlich nicht vorgesehen.

Anregung/Frage 23):
[redacted] erkundigt sich nach der Vermarktungsart, insbesondere, ob die Bebauung über einen Bauträger oder über den Bauherren erfolgen soll.

Antwort zu 23):
Herr Mingers erklärt, dass der individuelle Wohnungsbau das Ziel der GEG ist. Sofern sich dies als schwierig erweisen sollte, kann eine Übertragung an einen Bauträger in Betracht gezogen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, bedankt sich Herr Gronowski für die Beteiligung und schließt die Bürgerversammlung um 20.12 Uhr.

Herzogenrath, den 12.02.2013

(Dieter Gronowski)
Vorsitzender

aufgestellt durch:

(Markus Sordon)
Schriftführer

ANLAGE 5

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Niederschrift
über die erneute Bürgerversammlung vom 21.11.2018

Stadt Herzogenrath

Niederschrift

über die Bürgerversammlung zur Vorstellung des Entwurfs des Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße – Teil B“, am 21. November 2018, um 19:00 Uhr im Technologiepark Herzogenrath (TPH), Kaiserstraße 100, Raum 1-3 in Herzogenrath-Kohlscheid

Beginn: 19.00 Uhr
Ende: 19.40 Uhr

Leitung:	Herr Spiertz	Vorsitzender Umwelt- und Planungsausschuss
Verwaltung:	Herr Migenda	Techn. Beigeordneter
	Frau Heß	Amtsleitung A 61
	Herr Sordon	Techn. Angestellter A 61
	Herr Wirtz	Techn. Angestellter A 65
Presse:	Herr Longerich	Aachener Zeitung

Herr Spiertz begrüßt die erschienenen Bürgerinnen und Bürger (46 laut Anwesenheitsliste) zur Bürgerversammlung und weist darauf hin, dass die ordnungsgemäße Bekanntmachung im amtlichen Mitteilungsblatt und auf der Homepage der Stadt Herzogenrath sowie als Information in der Presse veröffentlicht wurde. Von der Verwaltung stellt er den Technischen Beigeordneten Herrn Migenda sowie Frau Heß, Herrn Sordon und Herrn Wirtz vor.

Herr Spiertz macht darauf aufmerksam, dass der heute vorgestellte Entwurf bis einschließlich Freitag, den 14.12.2018 ausliegt und während der Dienststunden im Rathaus der Stadtverwaltung, Zimmer 324, eingesehen werden kann. Alle vorgebrachten Anregungen werden in die weiteren Beratungen des Rates bzw. der Fachausschüsse der Stadt Herzogenrath eingehen. Er bittet die Anwesenden im Anschluss an die Vorstellung der Planinhalte, ihre Anregungen, Einwände oder Fragen unter Benennung ihres Namens vorzutragen.

Herr Migenda begrüßt die Anwesenden und zeigt sich erfreut, dass die Realisierung des Bebauungsplanes Kämpchenstraße Teil B vorangebracht werde. Er weist darauf hin, dass es bereits bei der Entwicklung von Teil A im Jahre 2013 eine Bürgerversammlung gegeben habe, in der die Gesamtplanung vorgestellt wurde. Da aber die nun zu entwickelnde Fläche eine Größe von ca. 5 ha vorweise, erfolge eine zusätzliche Infoveranstaltung seitens der Verwaltung.

Herr Migenda erläutert, dass es sich aufgrund der Nähe zu Aachen und dem Campus Aachen um ein Gebiet mit großer Bedeutung handele, die Lage in Kohlscheid erfreue sich großer Beliebtheit und hoher Nachfrage. Mit der Entwicklung des ca. 5,8 ha großen Wohngebietes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den bestehenden Bedarf an Wohnbauflächen geschaffen werden.

Anhand eines PowerPoint-Vortrages stellt Herr Sordon ausführlich den Bebauungsplan-entwurf vor.

Im Anschluss an die Vorstellung der Planinhalte melden sich verschiedene Bürgerinnen und Bürger zu Wort. Im Folgenden sind die Anregungen und Fragen der Bürger chronologisch aufgeführt.

BürgerIn 1

Er fragt nach, ob Flachdächer zwingend vorgeschrieben werden.

Herr Sordon erläutert, dass das städtebauliche Konzept dem des bereits zu großen Teilen realisierten Teils A entspräche. Demnach seien für die Bereiche WA 1 und WA 3 Flachdächer vorgeschrieben.

Herr Migenda ergänzt, dass sich diese Festlegungen auch an den Wünschen der Investoren orientierten.

BürgerIn 2

Sie möchte wissen, ob eine ähnliche Optik wie in Teil A zu erwarten sei. Sie nehme diese als sehr ungeordnet wahr.

Herr Sordon antwortet, dass für Teil B ähnliche Festsetzungen wie für Teil A getroffen werden sollen, so dass die optische Erscheinung ähnlich sei.

Herr Migenda ergänzt, dass die Wünsche nach „ordnender Hand" nachvollziehbar seien, da hierdurch ein ruhigeres Erscheinungsbild erlangt werden könne. Dem stünden aber die Wünsche der Architekten und Bauherren entgegen, letztlich sei das städtebauliche Konzept und der Bebauungsplan auch politischer Wille, in der Summe jedoch, aus Sicht der Verwaltung, ausgewogen.

BürgerIn 3

Er erkundigt sich, ob alle Gebäude zweigeschossig errichtet werden sollen und ob Keller zulässig seien.

Herr Sordon antwortet, dass zwei Vollgeschosse plus ein Staffelgeschoss sowie auch Keller zulässig seien.

BürgerIn 4

Er bittet um Erläuterung der Bergbausituation.

Herr Sordon erklärt anhand des Planes die vom Bergbau betroffenen Flächen und verweist außerdem auf das Gutachten des Büros Heitfeld-Schetelig

BürgerIn 2

Sie kritisiert, dass die Sicht auf die Stellplatzanlagen von der Kämpchenstraße aus schon bei Teil A optisch "nicht ansprechend sei" und fragt nach, ob die Ausführung in Teil B ebenso erfolgen solle.

Herr Sordon erläutert, dass eine Eingrünung durch Heckenanpflanzung vorsehen sei, um die Sicht auf die Stellplatzanlagen zu verdecken.

Architekt und Mitinvestor im Neubaugebiet Kämpchenstraße, ergänzt, dass diese Eingrünung auch noch für Teil A erfolgen werde.

BürgerIn 5

Er möchte wissen, ob an der Südseite des Plangebietes erhöhter Schallschutz vorgesehen sei.

Herr Sordon antwortet, dass Festsetzungen zum Schallschutz aufgrund des Verkehrsaufkommens auf der Kämpchenstraße und des angrenzenden Gewerbegebietes im Bebauungsplan enthalten seien.

BürgerIn 6

Als Anwohner der Wagnerstraße möchte er wissen, wie die Entwässerung des neuen Gebietes geplant sei.

Herr Migenda erklärt, dass das Oberflächenwasser zukünftig in einem Trennsystem abgeleitet werden solle.

Herr Wirtz ergänzt, dass abweichend zu Teil A das Oberflächenwasser in einem neuen Kanalsystem in Richtung Dornkaulstraße in ein neues Regenrückhaltebecken geführt werden solle.

BürgerIn 4

Er erkundigt sich, wann mit der Vermarktung des Bebauungsplangebietes begonnen werden könne.

Vertreter der Entwicklungsgesellschaft GEG, antwortet, dass nach Erlangen der Rechtskraft mit der Ausschreibung der Erschließungsarbeiten begonnen werden könne und dann auch erst eine Preiskalkulation möglich sei. Die Vermarktung laufe über die GEG in Zusammenarbeit mit der S-Immo GmbH, die als Ansprechpartner für die Bewerbung um ein Grundstück fungiere. Die Vergabe laufe über die Gesellschafterversammlung, die hälftig aus Stadt und S-Immo bestehe.

Herr Migenda fügt hinzu, dass die Vergabe nach fairen Gesichtspunkten und auch unter Berücksichtigung sozialer Aspekte erfolgen würde.

Presse

Er fragt nach, ob eine bauliche Veränderung an der Kreuzung Dornkaulstraße/ Roermonder Straße, die durch das Neubaugebiet verkehrlich noch weiter belastet werde, vorgesehen sei.

Herr Wirtz antwortet, dass zurzeit noch keine Veränderung der Verkehrsführung geplant sei.

Herr Migenda erläutert, dass bei der Ausweisung eines Neubaugebietes viele Aspekte zu beachten seien, unter anderem auch der Verkehr. Dieser müsse aber in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden, man stehe mit Straßen.NRW in Kontakt und berücksichtige dabei auch andere bauliche Maßnahmen.

BürgerIn 7

Sie möchte wissen, ob es sinnvoll sei, die privaten Außenanlagen in Teil A herstellen zu lassen, bevor der Endausbau der Straßen in Teil A erfolge und fragt weiter nach, ob dieser erst gemeinsam mit Teil B erfolge.

Herr Wirtz bekräftigt, dass der Endausbau in Teil A unabhängig von Teil B erfolge und für Februar bis April 2019 geplant sei. Es sei auf keinen Fall sinnvoll, die eigenen Außenanlagen vorher fertigstellen zu lassen.

BürgerIn 8

Er erkundigt sich, wann der Spielplatz in Teil A hergestellt werden solle.

Herr Wirtz antwortet, dass die Herstellung des Spielplatzes parallel mit dem Ausbau der Straße stattfinden werde.

BürgerIn 9

Er fragt nach, ob die Teilgebiete A und B erst dann verkehrlich verbunden werden, wenn Teil B abgeschlossen werde.

Herr Wirtz bestätigt, dass dies genauso geplant sei.

BürgerIn 2

Sie möchte wissen, welche Verkehrsströme zukünftig durch das Neubaugebiet erwartet werden.

Herr Wirtz erklärt, dass ein Verkehrsgutachten erstellt wurde, welches zeigt, dass der größte Anteil der Verkehre über die Roermonder Straße abgeleitet werde. Über die Rumpener Straße würden eher weniger Verkehre abgeleitet, obwohl in dieser Richtung noch mehr Kapazitäten zur Verfügung stünden.

Herr Spiertz weist noch einmal darauf hin, dass alle Unterlagen zum Bebauungsplanverfahren auf der Homepage der Stadt Herzogenrath eingesehen werden können.

Herzogenrath, den 14.02.2019

W. Spiertz

Werner Spiertz
(Vorsitzender)

aufgestellt durch: M. Sordon

Markus Sordon
(Schriftführer)

ANLAGE 6

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Geltungsbereich

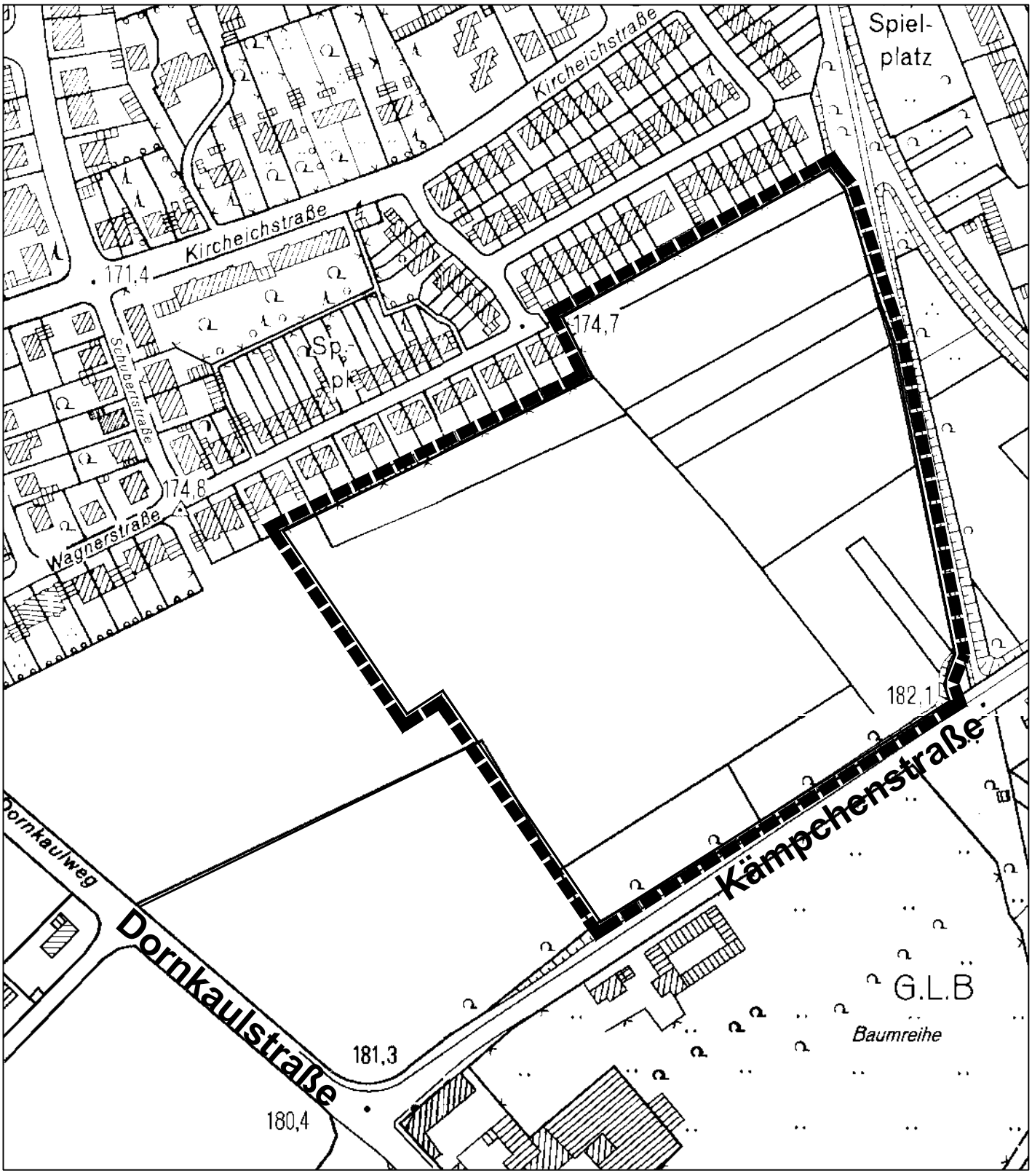
und Bebauungsplan
(Planzeichnung, Legende, Textliche Festsetzungen)

Stadt Herzogenrath

Bebauungsplan II/65-B- "Kämpchenstraße - Teil B"

Räumlicher Geltungsbereich

Auszug aus der Deutschen Grundkarte, maßstabslos



WA 1	II
0,4 s. textl. Fests.	GH≤ 6,50 DH≤ 9,50
E	FD
2 Wo	

WA 2	II
0,4 s. textl. Fests.	TH ≤ 6,50 FH ≤ 10,50
ED	GH≤ 6,50 DH≤ 9,50
2 Wo	

WA 3	II
0,4 s. textl. Fests.	GH≤ 6,50 DH≤ 9,50
E	FD
9 Wo	

B-Plan II/65-B
"Kämpchenstrasse - Teil B"

M 1:1250 Entwurf Rechtsplan Stand: Satzungsbeschluss 14.05.2019

LEGENDE

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 5 (2) Nr. 1, § 9 (1) Nr. 1 des Baugesetzbuchs -BauGB-, §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung -BauNVO-)

WA — Allgemeine Wohngebiete gem. § 4 BauNVO

z.B. 2 Wo — Beschränkung der Zahl der Wohnungen (§ 9 (1) Nr. 6 -BauGB-)

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 5 (2) Nr.1, (§ 9 (1) Nr. 1 und (4) -BauGB-, §§ 16 -BauNVO-)

0,4 — Grundflächenzahl

(II) — Zahl der Vollgeschosse (zwingend)

II — Zahl der Vollgeschosse (als Höchstmaß)

 — Hauptfirstrichtung

GH≤ 6,50 m — max. Gebäudehöhe über EFH

DH≤ 9,50 m — max. Dachhöhe über EFH

TH ≤ 6,50 m — max. Traufhöhe über EFH

FH ≤ 10,50 m — max. Firsthöhe über EFH

FD — Flachdach

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

(§ 9 (1) Nr. 2 -BauGB-, §§ 22 und 23 -BauNVO-)



nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig



nur Einzelhäuser zulässig

 — Baugrenze

6. Verkehrsflächen

(§ 9 (1) Nr. 11und (6) BauGB)



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, verkehrsberuhigter Bereich



Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, öffentliche Parkfläche


Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, Fußgängerbereich / Radweg


Straßenverkehrsflächen

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

7. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie Ablagerungen

(§ 5 (2) Nr.4 und (4), § 9 (1) Nr.12, 14 und (6) (BauGB)

 — Elektrizität

8. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen

(§ 5 (2) Nr.4 und (4), § 9 (1) Nr.13 und (6) (BauGB)

 — Ferngasleitung unterirdisch

9. Grünflächen

(§ 5 (2) Nr. 5 und (4), § 9 (1) Nr. 15 und (6) -BauGB-)

 — öffentliche Grünflächen

12. Flächen für die Landwirtschaft und Wald

(§ 5 (2) Nr. 9 und (4), § 9 (1) Nr. 18 und (6) -BauGB-)

 — Flächen für die Landwirtschaft

13. Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(§ 5 (2) Nr. 10 und (4), § 9 (1) Nr. 20,25 und (6) -BauGB-)

z.B. 

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) Nr. 25 a) und (6) -BauGB-)

 — Erhaltung von Bäumen (§ 9 (1) Nr. 25 und (6) -BauGB-)

 — Anpflanzung von Bäumen (§ 9 (1) Nr. 25 und (6) -BauGB-)

15. Sonstige Planzeichen

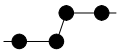


Umgrenzung von Flächen für Stellplätze, Garagen und Carports (§ 9 (1) Nr. 4 und 22 -BauGB-)



Umgrenzung von Flächen für Stellplätze, Garagen und Carports (§ 9 (1) Nr. 4 und 22 -BauGB-)

 — Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (7) -BauGB-)

 — Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (z.B. § 1 (4), § 16 (5) -BauNVO-)

z.B. 

Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§ 5 (2) Nr. 6 und (4) -BauGB-)

 — Mit Leitungsrecht zu belastende Flächen, Überbauung nicht möglich (Schutzzone Ferngasleitung) (§ 9 (1) Nr. 21 und (6) -BauGB-)

Kennzeichnungen

 — ungesicherte Schächte mit Darstellung der Schachtschutzbereiche



Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind“, Teilbereich 1 -Schachtschutzbereich aus Gründen der Standsicherheit- (s. Textl. Festsetzungen, B. Kennzeichnungen, Pkt. 2)



Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind“, Teilbereich 2 -Schachtschutzbereich aus Gründen möglicher Ausgasung- (s. Textl. Festsetzungen, B. Kennzeichnungen, Pkt. 2)

z.B. 

Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 Nr. 2 und Abs. 6 BauGB als „Fläche, unter der der Bergbau umging“ (s. Textl. Festsetzungen, B. Kennzeichnungen, Pkt. 1)

z.B. 
Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind“, Teilbereich A -oberflächennaher Altbergbau- (s. Textl. Festsetzungen, C. Kennzeichnungen, Pkt. 1)

Nachrichtlich

 — möglicher Trassenverlauf Radschnellweg

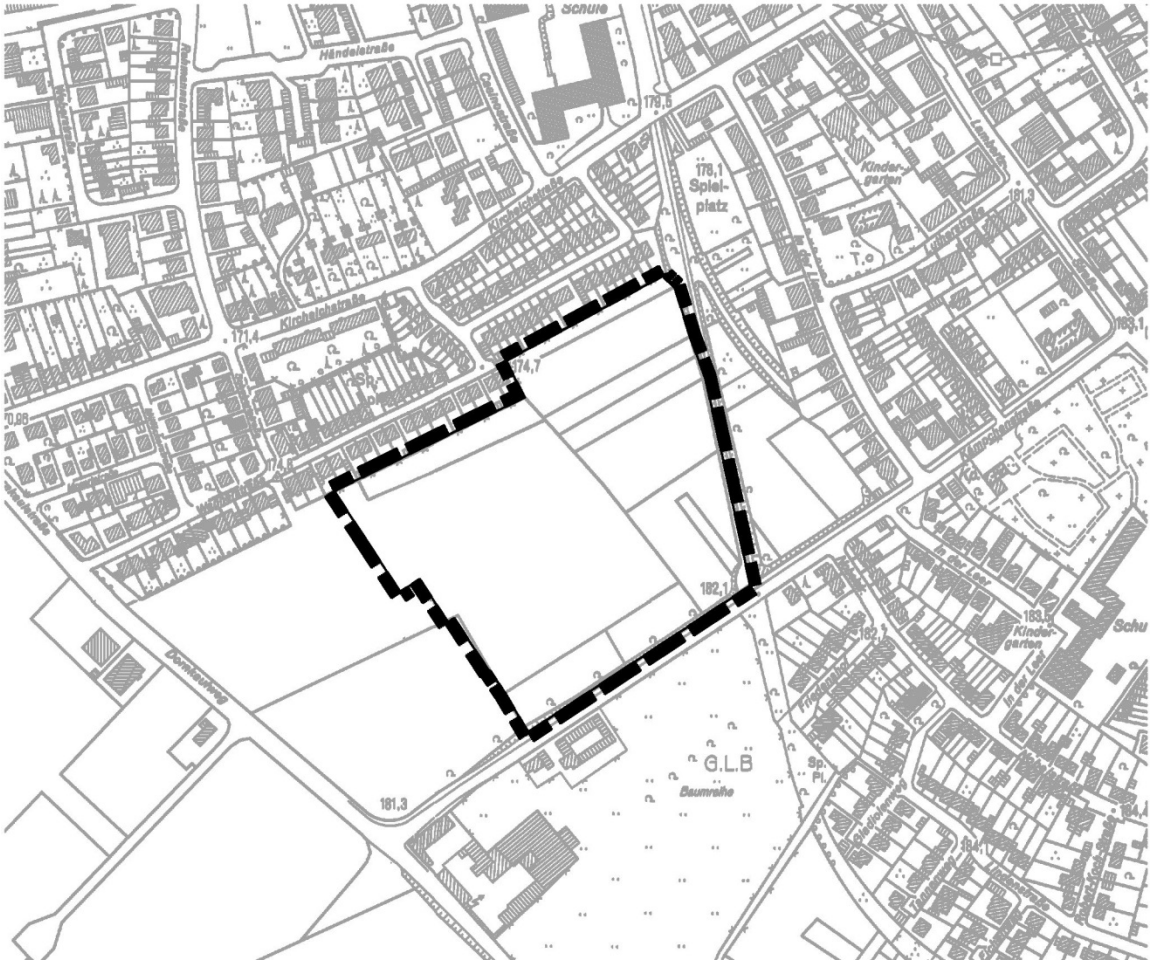
BEBAUUNGSPLAN II / 65 - B

Kämpchenstraße – Teil B

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Stand: 25.04.2019

Exemplar zum Satzungsbeschluss



Stadt Herzogerath

A 61 - Stadtplanungsamt

Inhaltsverzeichnis textliche Festsetzungen

A Planungsrechtliche Festsetzungen 3

1. ART UND MAß DER BAULICHEN NUTZUNG 3
1.1 Art der baulichen Nutzung 3
1.2 Maß der baulichen Nutzung 3
1.3 Beschränkung der Zahl der Wohnungen 4
1.4 Bauweise 4

2. ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN 4
2.1 Nebenanlagen, Garagen und Carports 5

3. BESTIMMUNG DER GELÄNDEOBERFLÄCHE 5

4. ENTWÄSSERUNG 5

5. IMMISSIONSSCHUTZ 6

6. GRÜNODNERISCHE FESTSETZUNGEN 6
6.1 Flächen zum Anpflanzen (Pflanzgebote) 6
6.2 Flächen für die Erhaltung (Erhaltungsgebote) 7
7. Flächen für Landwirtschaft 8

B. Örtliche Bauvorschriften 9

C. Kennzeichnungen 9

D. Hinweise 10

1. BODENDENKMALE 10
2. GEOLOGIE 10
3. NEULASTEN 11
4. ALTLASTEN 11
5. BODEN 11
6. BERGBAU 11
7. KAMPFMITTEL 11
8. KRIMINALPRÄVENTION 11
9. REGENWASSERSCHUTZ 11
10. FERNGASLEITUNG 12

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

1.1 Art der baulichen Nutzung

Allgemeine Wohngebiete gem. § 4 BauNVO

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass die gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Anlagen
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe und
- Tankstellen

im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht zulässig sind.

1.2 Maß der baulichen Nutzung

Grundflächenzahl im Allgemeinen Wohngebiet: GRZ 0,4

Gem. § 19 (4), Satz 3, BauNVO wird bestimmt, dass bei der Ermittlung der Grundfläche die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit Ihren Zufahrten und Nebenanlagen nicht mitzurechnen sind, sobald diese nicht an den öffentlichen Entwässerungskanal angeschlossen oder wasserdurchlässig ausgeführt werden.
Außerdem sind die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit Ihren Zufahrten innerhalb der Flächen für Gemeinschaftsgaragen (GGa) bei der Ermittlung der Grundfläche nicht mitzurechnen.

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind II Vollgeschosse als Höchstmaß zugelassen. In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 3 sind II Vollgeschosse zwingend festgesetzt.

Bei Flachdächern im Sinne der unter Punkt B. folgenden örtlichen Bauvorschriften ist oberhalb des zweiten Vollgeschosses nur ein im gegenüber allen Außenwänden des darunterliegenden Geschosses um mindestens 1 m zurückgesetztes, oberstes Geschoss zulässig, das eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m über drei Viertel oder weniger als drei Viertel der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses hat.

Die Höhen der zu errichtenden baulichen Anlagen und der Gebäude werden gemäß § 16 Abs. 2 Ziffer 4 BauNVO wie folgt festgesetzt:

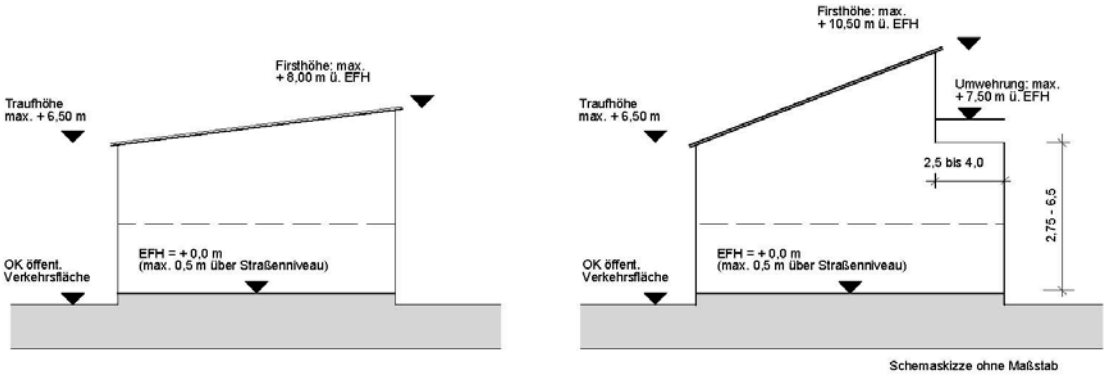
Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß über einen Bezugspunkt.

TH maximale Traufhöhe bei Gebäuden mit geneigten Dächern: 6,50 m über EFH
FH maximale Firsthöhe bei Gebäuden mit geneigten Dächern : 10,50 m über EFH
GH maximale Gebäudehöhe bei Gebäuden mit Flachdächern ohne Staffelgeschoss: 6,50 m über EFH
DH maximale Dachhöhe bei Gebäuden mit Flachdächern mit Staffelgeschoss: 9,50 m über EFH

Die maximale Höhe der Umwehrungen bei Dachterrassen ist mit max. 7,50 m über EFH festgesetzt.

Bei einer Pultdachausbildung darf die Traufe eine Höhe von 6,50 m über EFH und der First eine Höhe von 10,50 m über EFH nicht überschreiten. Gebäudewände mit einer Höhe über 8,0 m über EFH, müssen in einer Höhe zwischen 2,75 m und 6,50 m um mindestens 2,50 m bis höchstens 4 m in Richtung Traufe zurückspringen (siehe folgende Skizze).

Mögliche Pultdachausbildungen:



Die Traufhöhe (TH) ist der Schnittpunkt der Oberkante Dachhaut mit der Außenwand des Gebäudes. Die Firsthöhe (FH) ist die gesamte Gebäudehöhe bei geneigten Dächern. Die Gebäudehöhe (GH) bei Gebäuden mit Flachdächern ohne Staffelgeschoss ist die Oberkante der Dachhaut des obersten Vollgeschosses. Die Dachhöhe (DH) bei Gebäuden mit Flachdächern mit Staffelgeschoss ist die Oberkante der Dachhaut der obersten Decke.

Die Höhenangaben beziehen sich auf die Fußbodenhöhen im Erdgeschoss bzw. im Eingangsgeschoss (EFH). Diese Fußbodenhöhe (EFH) bezieht sich jeweils auf die Höhenlage des Schnittpunktes, der sich in der Verlängerung der Mittelachse des geplanten Gebäudes (Mittelachse Einzelhaus bzw. Mittelachse Doppelhaus / Hausgruppe) rechtwinklig zur Straßenbegrenzungslinie befindet. Dieser Schnittpunkt ist auf der Grundlage der im Bebauungsplan entlang der Straßenbegrenzungslinie zeichnerisch festgesetzten Höhenbezugspunkte für das jeweilige Gebäude eindeutig durch Interpolation ermittelbar. Die Fußbodenhöhe (EFH) darf maximal 0,5m über diesem Höhenbezugspunkt liegen.

1.3 Beschränkung der Zahl der Wohnungen

Die Zahl der Wohneinheiten sind gem. § 9 (1) 6 BauGB im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 2 auf höchstens 2 Wohnungen pro Gebäude, Doppelhaushälfte, Reihenhauseinheit beschränkt.

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 3 sind max. 9 Wohnungen je Gebäude zulässig.

1.4 Bauweise gem. § 22 BauNVO

Es wird eine offene Bauweise festgesetzt. Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 3 sind nur Einzelhäuser, im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

2. Überbaubare Grundstückflächen gem. § 23 (3) BauNVO

Überschreitungen der rückwärtigen Baugrenzen (von der zugehörigen Erschließungsstraße aus gesehen) um max. 3 m sind zulässig für Gebäudeteile die überwiegend offen oder verglast und eingeschossig sind (Wintergärten, Terrassenüberdachungen).

Alle festgesetzten Baugrenzen können um max. 1,50 m durch Balkone überschritten werden.

2.1 Nebenanlagen, Garagen und Carports

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebengebäude (untergeordnete Nebenanlagen, die Gebäude sind) mit einer Grundfläche von mehr als 12 qm nicht zulässig.

Gem § 23 Abs. 3 BauNVO sind Terrassen außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Garagen, Carports und Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen sowie in den gekennzeichneten Flächen für Garagen (Ga / GGa) zulässig, Stellplätze und Carports sind zusätzlich in den gekennzeichneten Flächen für Stellplätze (St) zulässig.

Garagen und Carports dürfen die rückwärtigen Baugrenzen um max. 2.0 m überschreiten.

Stellplätze dürfen auch in dem Bereich zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und vorderer, d.h. der zur Straße hin orientierten Baugrenze und deren gedachten Verlängerungen / Fluchtlinien errichtet werden.

3. Bestimmung der Geländeoberfläche

Als Geländeoberfläche im Sinne des §2 Abs. 4 BauO NRW wird der Bezugspunkt in der maßgeblichen Erschließungsstraße entsprechend 1.2 festgelegt.

Eine Veränderung der Geländeoberfläche ist grundsätzlich nur auf eigenem Grundstück zulässig. Entlang der rückwärtigen Grundstücksgrenzen ist in einer Tiefe von mind. 1,50 die erforderliche Abfangung des Geländes naturnah als Böschung anzulegen. Auf dieser Fläche dürfen nur Gehölze der Artenliste 2 gepflanzt werden. Die Böschungsoberkante darf nicht höher liegen als der Bezugspunkt in der höher liegenden Erschließungsstraße, die Böschungsunterkante darf nicht tiefer liegen als der Bezugspunkt der tiefer liegenden Erschließungsstraße.

4. Entwässerung

Die Entwässerung erfolgt im Trennsystem. Das Schmutzwasser ist dem öffentlichen Schmutzwasserkanal, das Niederschlagswasser dem öffentlichen Regenwasserkanal zuzuführen.

Es dürfen max. 70% der Grundstücksflächen versiegelt bzw. befestigt werden. Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 2 dürfen max. 60 % der Grundstücksfläche, im allgemeinen Wohngebiet WA 3 max. 65 % der Grundstücksfläche an den Kanal angeschlossen werden.

Eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser ist nicht möglich. Eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen kann nach einer grundstücks- und projektbezogenen Bodenuntersuchung im Einzelfall zugelassen werden. Ei-

ne ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) sowie eine gezielte Versickerung von kleineren versiegelten Flächen wie Terrassen, Haus- und PKW-Garagenzugängen / -zufahrten ist in der oberflächennahen Schicht 2 möglich. Der geotechnische Bericht von Kramm Ingenieure vom 24.03.2018 ist zu beachten.

5. Immissionsschutz

An den gekennzeichneten Fassaden sind Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen erforderlich (passiver Schallschutz). Die der Kämpchenstraße zugewandten Fassadenbauteile müssen zum Schutz von Aufenthaltsräumen das in der nachfolgenden Tabelle angegebene Schalldämmmaß nach DIN 4109 aufweisen.

Maßgeblicher Außenlärmpegel dB(A)	Lärmpegelbereich Lpb	Erforderliches Schalldämmmaß R'w, res für Wohnräume etc. dB	Erforderliches Schalldämmmaß R'w, res für Büros etc. dB
56-60	II	30	30

6. Grünordnerische Festsetzungen

Im Zuge der Realisierung des Radschnellweges ist innerhalb der öffentlichen Grünflächen die Anlage einer öffentlichen Verkehrsfläche zulässig, einschließlich aller damit verbundenen Baumaßnahmen wie z.B. Böschungen oder Stützmauern. Der durch diese Maßnahme verursachte Eingriff ist im Rahmen der Trassenplanung zu bilanzieren und auszugleichen.

6.1 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr.25a BauGB (Pflanzgebote)

Anlage einer Streuobstwiese/ Ausgleichsflächen 1 und 2

Im Bereich der mit 1 und 2 gekennzeichneten Ausgleichsfläche ist zur Verbesserung der Struktur- und Artenvielfalt und als Puffer zur nördlich gelegenen Wohnbebauung, sowie zur Kämpchenstraße eine Streuobstwiese mit Obstbäumen der Artenliste 1 anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Es ist mindestens alle 200 m² ein Obstbaum zu pflanzen.
Die Fläche ist mit einer artenreichen Wiesenmischung einzusäen. Die Mahd erfolgt max. 2 x pro Jahr ab dem 15. Juni.
Entlang der Außengrenzen der mit 1 gekennzeichneten Ausgleichsfläche ist eine Schnitthecke aus Gehölzen der Artenliste 2 anzulegen und dauerhaft zu erhalten.

In den Flächen des möglichen Radschnellwegs einschließlich der Bankette und notwendigen Böschungen sowie die erforderlichen Sichtdreiecke aus beiden Fahrtrichtungen von der Planstraße auf den Radschnellweg sollen keine Baumpflanzungen (Obstbäume) vorgenommen werden.

Einzelbaumpflanzungen im Bereich der Straßenverkehrsfläche

Im Bereich der Straßenverkehrsfläche sind zur Auflockerung und Strukturierung, sowie zur Verbesserung des Mikroklimas 35 Einzelbäume der Artenliste 3 zu pflanzen, sowie 63 m Schnitthecke mit Gehölzen der Artenliste 2 anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Die Einzelbäume sind mit einem Pfahldreibock und durch einen Anfahrschutz zu sichern. Die Pflanzbeete sind mit einer Gebrauchsrasenmischung einzusäen oder mit Bodendeckern zu bepflanzen.

Bepflanzung der Vorgartenflächen

Vorgartenflächen (als Teil des Freiflächenanteils eines Baugrundstücks im Allgemeinen Wohngebiet WA) sind, sofern nicht als Fläche zum Nachweis notwendiger Stellplätze und ihren Zufahrten genutzt, gärtnerisch mindestens als Kombination bestehend aus Rasen-/Wiesen-/Staudenflächen unter Verwendung einheimischer und standortgerechter Laubgehölze der Artenliste 2 zu gestalten und dauerhaft zu erhalten. Standort- und Sortenauswahl sind auf die Platzverhältnisse abzustimmen. Das Einbringen von Natursteinen z.B. in Form einzelner Findlinge oder flächenmäßig begrenzter Kies-/ Schotterflächen als Standort für trockenheitsliebende Pflanzen auf max. 15 % der Vorgartenflächen ist zulässig. Das Einbringen von Folien und Vliesmaterialien zur Bodenabdichtung ist unzulässig.
Definition: Ein Vorgarten ist die Fläche zwischen der Straßenbegrenzungslinie der das Baugrundstück erschließenden Planstraße (öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung) und der vorderen Bauflucht in der kompletten Breite des Baugrundstücks, i.d.R. 3 bis 5 m zu der erschließenden Planstraße.

6.2 Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB (Erhaltungsgebote)

Die gekennzeichneten Bäume der vorhandenen Baumreihe an der Kämpchenstraße sind zu erhalten und während der Bautätigkeiten vor Beschädigungen zu schützen. Die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ ist zu beachten und anzuwenden.

Artenliste 1:

Apfelhochstämme:	Boskop Kaiser Wilhelm Rheinischer Bohnapfel Rheinischer Seidenhemdchen Eiserapfel Jakob Lebel Jakob Fischer Rote Sternrenette
Birnenhochstämme:	Köstliche von Charneu Williams Christbirne Claps Liebling Münsterbirne Gellerts Butterbirne
Pflaumen- Mirabellenhochstämme:	Deutsche Hauszwetsche Große, grüne Reneclode Nancy Mirabelle
Kirschhochstämme:	Schattenmorelle Große, schwarze Knorpelkirsche (süß) Gelbe Knorpelkirsche

<u>Pflanzqualität / Pflanzvorgaben:</u>

Hochstamm (d.h. Verzweigung darf erst ab 180 cm Höhe beginnen**!**), 2 x verpflanzt, mit oder ohne Ballen (je nach Art), Stammumfang mind. 10 - 12 cm, entsprechend den Qualitätsanforderungen des Bundes deutscher Baumschulen.

- Der Abstand zwischen den Obstbäumen und der Abstand zu anderen Bäumen muss mindestens 10 m betragen.
- Die Bäume sind mit mindestens zwei Baumpfählen und geeignetem Bindematerial (Kokosstrick o.ä.) zu sichern. Die Anbindungen sind jährlich auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen und ggf. zu erneuern.
- Bei Weidenutzung sind die Bäume mit einem entsprechend dimensionierten 4-Pfahl-Holzgerüst aus Baumpfählen, Latten und Draht gegen Verbiss zu schützen und mit geeignetem Bindematerial zu sichern (Kokosstrick o.ä.). Verbissschutz und Anbindung sind jährlich auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen und ggf. zu erneuern. Alternativ sind die Bäume durch einen Elektrozaun zu schützen.
- Die Obstbäume müssen je nach Sorte regelmäßig gepflegt werden (Erziehungsschnitt in den ersten Jahren, regelmäßige Kontrolle von Anbindung, Krankheiten und Schädlingen - bei Bedarf Gegenmaßnahmen ergreifen). Wenn die Arbeiten nicht selbst durchgeführt werden können, ist ein(e) Fachmann/Fachfirma zu beauftragen.
- Das Aufbringen von Gülle, mineralischen Düngern und Bioziden ist unzulässig.
- Ein Umbruch des Grünlandes (auch Pflegeumbruch) sowie ein Abschleppen oder Walzen der Fläche ist unzulässig.
- Die Fläche ist maximal zweimal pro Jahr ab 15. Juni zu mähen. Das Mähgut ist aus der Fläche zu entfernen.
- Eine gleichzeitige Beweidung mit mehr als einem Pferd beziehungsweise Kuh / Rind oder mit mehr als 5 Schafen oder Ziegen je ha ist unzulässig.

Artenliste 2:

Rotbuche	Fagus sylvatica
Hainbuche	Carpinus betulus
Weißdorn	Crataegus monogyna

Pflanzqualität:
Strauch / Heister 2 x verpfl., ohne Ballen, Höhe: 100-150 cm

Artenliste 3:

Feldahorn	Acer campestre
Spitzahorn	Acer platanoides
Bergahorn	Acer pseudoplatnaus
Hainbuche	Carpinus betulus
Baumhasel	Corylus colurna
Esche	Fraxinus excelsior
Stieleiche	Quercus robur
Vogelkirsche	Prunus avium
Traubenkirsche	Prunus padus
Stadtbirne	Pyrus calleryana
Winterlinde	Tilia cordata

Pflanzqualität:
- Hochstamm, 3 x verpfl., mit Drahtballen, Stammumfang 16-18 cm
- Die Bäume sind vor Verbiss zu schützen.

7. Flächen für Landwirtschaft

Im Zuge der Realisierung des Radschnellweges ist innerhalb der festgesetzten Flächen für die Landwirtschaft die Anlage einer öffentlichen Verkehrsfläche zulässig, einschließ-

lich aller damit verbundenen Baumaßnahmen wie z.B. Böschungen oder Stützmauern. Der durch diese Maßnahme verursachte Eingriff ist im Rahmen der Trassenplanung zu bilanzieren und auszugleichen.

B. Örtliche Bauvorschriften (gem. § 89 BauO NW)

Bei Flachdächern ist bei einer umlaufenden Traufhöhe eine max. Dachneigung von 22° zulässig.

Doppelhäuser und Hausgruppen/Reihenhäuser müssen ein einheitliches Erscheinungsbild aufweisen. Dazu zählen eine gemeinsame Trauf-, First- bzw. Gesamtgebäude- und Dachhöhe sowie einheitliche Dachformen, Dachneigungen und farblich ähnliche Dacheindeckungen. Teilweise wird die Hauptfirstrichtung zeichnerisch festgesetzt.

Für die äußere Gestaltung der Dachhaut der geneigten Dächer sind schwarze, anthrazitfarbene, dunkelgraue oder dunkelrote Dachziegel, Metalleindeckungen sowie Dachbegrünungen zulässig. Glänzende Dachziegel sind nicht gestattet. Andere Materialien können zugelassen werden, wenn dies zur regenerativen Energiegewinnung notwendig ist.

Im Bereich zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und vorderer, d.h. der zur Straße hin orientierten Baugrenze (auch vor Garagen) und deren gedachten Verlängerungen / Fluchtlinien dürfen keine Wärmepumpen und keine Grundstückseinfriedungen angeordnet werden.

Im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Nachweises der notwendigen Stellplätze sind in den allgemeinen Wohngebieten mind. 2 private unabhängig voneinander anfahrbare Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen.

In den festgesetzten Flächen für Gemeinschaftsgaragen (GGa) sind die Garagen, Carports und Stellplätze wie folgt zu gestalten. Es sind Garagengruppen mit maximal 4 Einzelgaragen bis 3.0 m Garagenbreite zulässig. Garagengruppen und Carportreihen auf diesen Flächen sind seitlich und auf der Rückseite mit Fassadenbegrünung zu versehen. Die Stellplätze auf diesen Flächen sind auf der Rückseite mit einer Schnitthecke der Artenliste 2 abzugrenzen.

C. Kennzeichnungen

1. Umgrenzung der Flächen, unter denen der Bergbau umgeht (§ 9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB)

Innerhalb der gekennzeichneten Flächen ist mit Hinterlassenschaften des oberflächennahen Altbergbaus zu rechnen (Hohlräume, Flöze). Bei Baumaßnahmen Innerhalb des Teilbereiches **A** sind vorab Sicherungsmaßnahmen erforderlich.

Für die folgenden Nutzungen auf diesen Flächen ist eine gesonderte gutachterliche Stellungnahme nicht erforderlich:

- **Straßen** usw. für öffentliche Erschließungen sind auf diesen Flächen ohne Sicherungsmaßnahmen realisierbar. Die von der Stadt Herzogenrath für die Verlegung von **Kanälen** im öffentlichen Raum festgelegten Maßnahmen sollten auch hier zugrunde gelegt werden
- **Terrassen** ohne abgestützte Überdachungen sind ohne Zusatzmaßnahmen realisierbar

- Bei **Carports** sind die Baugruben/Fundamentsohlen von einem Bergbau-Sachverständigen nach § 36 GewO im Hinblick auf mögliche Auffälligkeiten, die auf konkrete Einwirkungen bergbaulicher Hinterlassenschaften hinweisen, abzunehmen. Bei Auffälligkeiten sind ggf. Sicherungsmaßnahmen erforderlich.
- Bei **Garagen in konventioneller (gemauerter) Bauweise** sind die Baugruben/Fundamentsohlen von einem Bergbau-Sachverständigen nach § 36 GewO im Hinblick auf mögliche Auffälligkeiten, die auf konkrete Einwirkungen bergbaulicher Hinterlassenschaften hinweisen, abzunehmen. Bei Auffälligkeiten sind ggf. Sicherungsmaßnahmen erforderlich. Sofern keine Auffälligkeiten festgestellt werden, sollte die Gründung auf Freilagen von 2,0 m bemessen werden.
- Bei **Fertiggaragen in monolithischer Bauweise** ist zu bestätigen, dass auch bei einem Tagesbruchereignis (ø 2,0 m) der Grenzzustand des Versagens durch Verlust der Gesamtstandsicherheit (GEO-3) eingehalten ist.

Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen auf diesen Flächen sind zu beachten.

2. Umgrenzung von Flächen, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind (§ 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB)

Bei den gekennzeichneten Bereichen handelt es sich um Schachtschutzbereiche aus Gründen der Standsicherheit und aus Gründen möglicher Ausgasungen:

- Innerhalb des Teilbereiches **1** (Schachtschutzbereiche aus Gründen der Standsicherheit) ist eine Bebauung erst dann möglich, wenn die Schächte nach den derzeit geltenden Richtlinien gesichert sind. Eine Bebauung bis max. 3,0 m in die Schachtschutzzone hinein kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn in Abstimmung mit einem Bergbausachverständigen nach § 36 GewO durch besondere Gründungsmaßnahmen sichergestellt wird, dass in dem nach Lage und Tiefe potenziellen bergbaulichen Einwirkungsbereich keine Bauwerkslasten in den Untergrund abgeleitet werden.
- Die obigen Ausführungen gelten auch für Nebenanlagen
- Innerhalb des Teilbereiches **2** (Schachtschutzbereiche aus Gründen möglicher Ausgasung) sind im Falle einer Bebauung bauliche Anlagen mit Gasdrainagen zu versehen und Ver- und Entsorgungsleitungen in gasdichten Kanälen oder Schutzrohren zu verlegen.

D. Hinweise

1. Bodendenkmale

Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NW die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder das Rheinische Amt für Denkmalpflege, **Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Telefon 02425/9039-0, Fax. 02425/9039-199**, unverzüglich zu informieren. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

2. Geologie

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.
Die Gemarkung Kohlscheid ist der Erdbebenzone 3 in geologischer Untergrundklasse R zuzuordnen.
Der Sachverständige für Geotechnik gibt aus örtlicher Baugrunderkundung die Baugrundklasse C an.

3. Neulasten

Bei Anlagen und Anlagenteilen, in denen mit wassergefährdenden Stoffen oder Materialien, denen wassergefährdende Stoffe anhaften, umgegangen wird, ist entsprechend § 62 (Anforderungen an den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt durch Gesetz vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986) geändert, zu beachten.

4. Altlasten

Im Plangebiet befinden sich keine Altlasten-Verdachtsflächen

5. Boden

Der Anstehende Bodenaushub entspricht dem Zuordnungswertebereich Z 0* nach LAGA TR-Boden (Kramm Ingenieure, Aachen, den 24.07.2018)

Baubegleitende Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Schädigungen der natürlichen Bodenfunktionen:

a. Der Schutz des Mutterbodens ist gemäß § 202 BauGB zu gewährleisten
b. Bei Baumaßnahmen ist die obere Bodenschicht gemäß der einschlägigen Fachnormen getrennt vom Unterboden abzutragen. Darunter liegende Schichten unterschiedlicher Ausgangssubstrate sind entsprechend der Schichten zu trennen und zu lagern. Zu Beginn der Baumaßnahmen sind Bereiche für die Materialhaltung und Oberbodenzwischenlagerung zu Minimierung der Flächenbeeinträchtigung abzugrenzen.
c. Zur Versickerung vorgesehene Flächen dürfen nicht befahren werden.
d. Im Bereich der Kompensationsflächen ist der Boden in möglichst großem Umfang in naturnahem Zustand zu belassen (kein Befahren, kein Abtrag).

6. Bergbau

Mit Hinterlassenschaften des oberflächennahen Altbergbaus ist nur innerhalb der gekennzeichneten Teilbereiche **A**, **1** und **2** zu rechnen. Alle sonstigen Flächen sind frei von bergbaulichen Restriktionen und können ohne die Einschaltung eines Bergbausachverständigen bebaut werden.

7. Kampfmittel

Die Luftbildauswertung und die Testsondierung haben keine konkreten Hinweise auf die Existenz von Bombenblindgängern bzw. Kampfmitteln ergeben. Es ist nicht auszuschließen, dass noch Kampfmittel im Boden vorhanden sind. Erdarbeiten sind mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen etc. (auch Bohrungen im Zuge von Bergbauuntersuchungen) ist eine Sicherheitsdetektion durchzuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, sind die Arbeiten sofort einzustellen und umgehend die Ordnungsbehörde, die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu benachrichtigen.

8. Kriminalprävention

Es wird auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen (Kriminalkommissariat Vorbeugung - KK 44 – Jesuitenstr. 5, 52062 Aachen, Tel.: 0241/9577-34401 oder unter vorbeugung.aachen@polizei.nrw.de hingewiesen.

9. Regenwasserschutz

Zum Schutz vor Starkregenereignissen sind wassergefährdete Bereiche der Gebäude mind. 10 cm über dem tiefsten Punkt der angrenzenden Straßenbegrenzungslinie auszuführen.

10. Ferngasleitung

Eine Überbauung der Ferngasleitung mit ihrer Schutzzone ist nicht möglich. Neue Baumstandorte sollten einen Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschreiten. Der Schutzstreifen kann landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt werden. Dabei darf Strauchwerk bis zu 2,0 m Höhe in solchen Abständen gepflanzt werden, dass auf Dauer Kontrollbegehungen der Leitungstrasse ohne Beeinträchtigungen möglich sind. Die Gasfernleitungen sind bei Bau- und Erschließungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Vor Beginn der Arbeiten an oder innerhalb des Schutzstreifens ist die Thyssengas GmbH rechtzeitig zu benachrichtigen unter Thyssengas GmbH, Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund, T: +49 231 91291-2277, F: +49 231 91291-2266, leitungsauskunft@thyssengas.com , www.thyssengas.com

ANLAGE 7

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

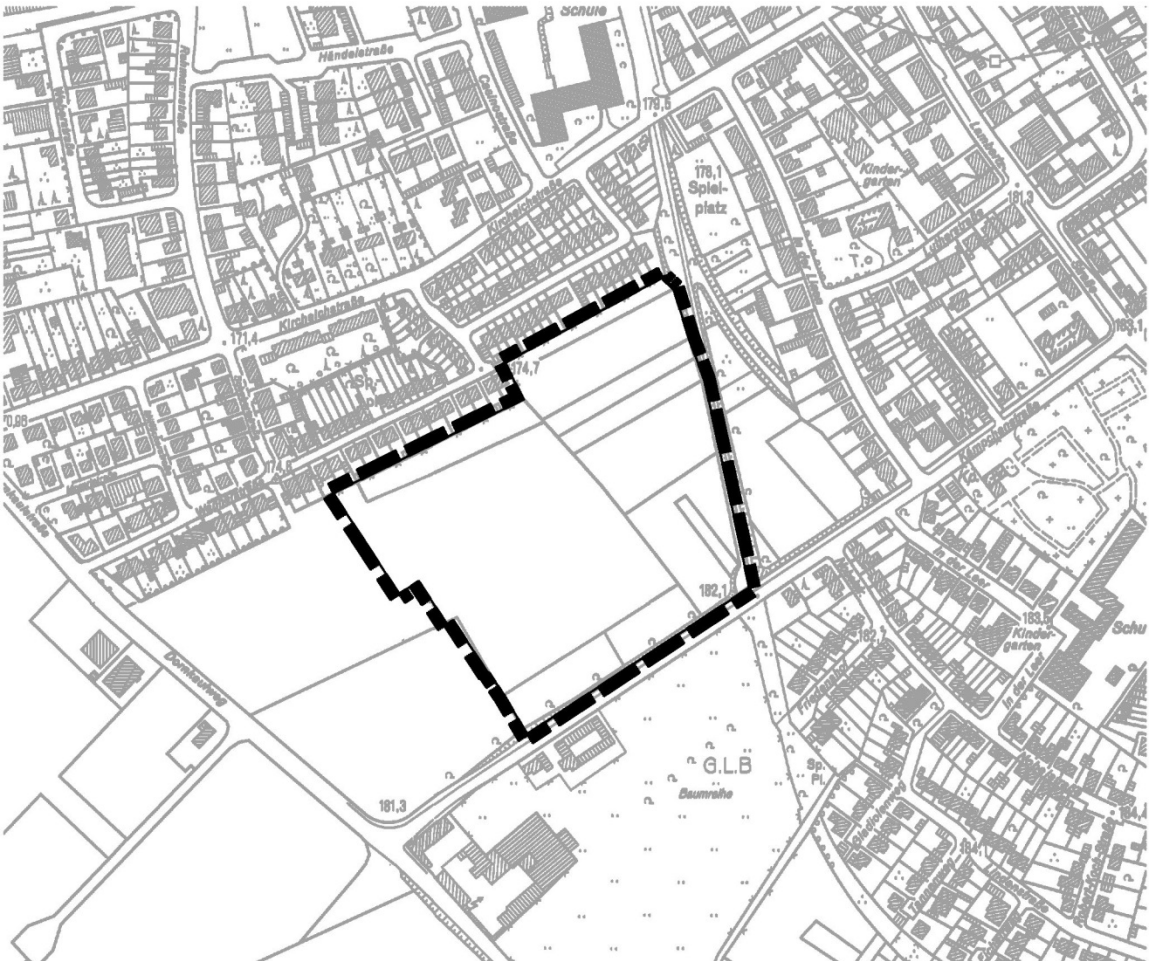
Begründung zum Bebauungsplan

BEBAUUNGSPLAN II / 65 - B

Kämpchenstraße – Teil B

BEGRÜNDUNG

Stand: 25.04.2019
Exemplar zum Satzungsbeschluss



Stadt Herzogerath

A 61 - Stadtplanungsamt

Inhaltsverzeichnis Begründung

A) PLANUNGSVORGABEN 3

1. Verfahren 3
2. Geltungsbereich 4
3. Darstellung des Flächennutzungsplans 4

B) SITUATION 4

C) PLANUNGSZIELE 5

D) STÄDTEBAULICHE PLANUNG 5

1. Städtebauliches Konzept 5
2. Bebauung 6
3. Verkehrserschließung 7
4. Entwässerung 9
5. Erschließung mit Gas, Wasser, Strom 10

E) UMWELTBELANGE 10

1. Gesamtkonzept 10
2. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung 11
3. Artenschutz 11
4. Boden 12
5. Immissionsschutz 12
6. Oberflächennaher Bergbau / Tagesöffnung 13

F) FLÄCHENBILANZ 13

G) ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN 13

H) HINWEISE 14

1. Bodendenkmale 14
2. Geologie 14
3. Neulasten 15
4. Altlasten 15
5. Boden 15
6. Bergbau 15
7. Kampfmittel 15
8. Kriminalprävention 15
9. Regenwasserschutz 15
10. Ferngasleitung 16

A) PLANUNGSVORGABEN

1. Verfahren

Bereits in der Vergangenheit wurden für dieses Gebiet verschiedene Bebauungsplan-Änderungsverfahren in die Wege geleitet (4. Änderung II/12 “Dornkaul/Kämpchen“, 10. Änderung II/ “Kircheich“), jedoch nicht zur Rechtskraft geführt. Insbesondere aufgrund der bislang unklaren Bergbauproblematik erfolgte seitdem keine erneute Überplanung oder bauliche Entwicklung in diesem Bereich.

In seiner Sitzung vom 14.06.2012 hat der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Herzogenrath die Aufstellung des Bebauungsplanes II/65 „Kämpchenstraße“ beschlossen.

Nach Klärung der vorhandenen Bergbausituation durch ein umfangreiches Gutachten wurde auf dieser Grundlage ein städtebaulicher Entwurf für den Gesamtbereich erarbeitet und dem Umwelt- und Planungsausschuss in der Sitzung am 29.11.2012 vorgestellt. Gleichzeitig wurde in dieser Sitzung die abschnittsweise Entwicklung des rund 12 ha. großen Gebiets beschlossen. Das städtebauliche Konzept für das gesamte Wohngebebiet Kämpchenstraße wurde im Rahmen der Aufstellung des ersten Bauabschnitts (Teil A) gem. § 3 m Abs. 1 BauGB frühzeitig in der Bürgerversammlung vom 06.02.2013 den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.

Aufgrund der Gesamtgröße und um eine zügige Umsetzung der Planung zu gewährleisten, wurde das Gebiet in zwei Bauabschnitte unterteilt. Der erste Bauabschnitt, Bebauungsplan II/ 65 - A „Kämpchenstraße – Teil A“, ist durch Bekanntmachung vom 21.05.2015 als Satzung in Kraft getreten.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohneigentum in Kohlscheid, sollten zügig die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung des zweiten Abschnitts des Gebietes geschaffen werden. Aus diesem Grund wurde dem Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Herzogenrath bereits am 08.04.2014 ein erster aktualisierter städtebaulicher Entwurf des zweiten Teilbereichs vorgestellt und der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan II/ 65 - B „Kämpchenstraße – Teil B“ gem. § 2 BauGB gefasst.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 24.07.2017.

Entsprechend des Offenlage-Beschlusses des Umwelt- und Planungsausschusses vom 04.10.2018 hat der Bebauungsplan nach Bekanntmachung vom 30.10.2018 in der Zeit vom 12.11.2018 bis einschließlich 14.12.2018 öffentlich ausgelegen. Eine Bürgerversammlung wurde am 21.11.2018 durchgeführt und die Träger öffentlicher Belange mit Schreiben vom 07.11.2018 beteiligt.

Als Ergebnis der Offenlage wurden kleinere Änderungen im B-Plan-Entwurf vorgenommen. Entsprechend dem Offenlage-Beschluss des Umwelt- und Planungsausschusses vom 21.03.2019 hat der Bebauungsplan nach Bekanntmachung vom 22.03.2019 in der Zeit vom 01.04.2019 bis einschließlich 12.04.2019 öffentlich ausgelegen. Die von der Änderung betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 27.03.2019 beteiligt.

Grundlage des Verfahrens ist das **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), sowie die **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786). Es gilt die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 – BauO NRW 2018) vom 21.07.2018.

2. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes II/ 65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ umfasst ein ca. 5,8 ha großes Gebiet im Süd-Westen des Herzogenrather Ortsteils Kohlscheid und wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch die rückwärtigen Grundstücksgrenzen der vorhandenen Bebauung an der Wagnerstraße und der Brucknerstraße
- Im Westen durch die Bebauung „Kämpchenstraße - Teil A“
- Im Süden durch die Kämpchenstraße
- Im Osten durch den alten Bahndamm
- Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 3430, 4976, 5013, 9, 3435, 3431, 3434, 3865, 3868, 3864, 1719, 3863, 3869, 3870, 3871, 3872, 3883, Teil aus 4549, 3874, 3875, 3876, 3878, 3879, 2728, 3887, 3889, 3890, 3892, 3896, 3895, und 2727 der Flur 8, Gemarkung Kohlscheid. Die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist kartographisch bestimmt.

3. Darstellung des Flächennutzungsplans

Der Flächennutzungsplan der Stadt Herzogenrath stellt für das gesamte Plangebiet „Wohnbaufläche“ dar. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb des Geltungsbereiches eines Landschaftsplanes.

B) SITUATION

Derzeit wird die Fläche im Geltungsbereich ackerbaulich genutzt.

Die umliegende Bebauung in den Wohngebieten nördlich, östlich und westlich des Plangebietes besteht überwiegend aus zwei- bis dreigeschossigen Ein- und Mehrfamilienhäusern. Im Süden befinden sich ein von Wiesen umgebener landwirtschaftlicher Betrieb sowie in Insellage dreigeschossige Mehrfamilienhäuser mit anliegendem nicht störendem Kleingewerbe. Weiter westlich liegt das Gewerbegebiet Dornkaul mit nicht störendem Gewerbe, das noch nicht gänzlich bebaut ist.

Der Planbereich liegt im Süden des Ortsteils Kohlscheid, etwa 1,5 km südwestlich des Stadtteilzentrums. Die wichtigsten Versorgungseinrichtungen liegen größtenteils in fußläufiger Entfernung. Die nahe liegende Roermonder Straße (L 232), als wichtigste überörtliche Nord-Süd-Verbindung, gewährleistet eine optimale örtliche und überörtliche Erschließung des Bereiches und eine Verbindung mit den einzelnen Ortsteilen sowie mit dem Oberzentrum Aachen und mit anderen Fernstraßen (Autobahn u.a.).

Mit entsprechenden Haltestellen an der Roermonder Straße und an der Klosterstraße, die eine hohe Busfrequenz aufweisen, ist das Plangebiet sehr gut durch den ÖPNV erschlossen. Die wichtigen Verbindungen in die Herzogenrather und Kohlscheider Innenstadt sowie nach Aachen sind sehr gut. Der Bahnhof, auch Haltepunkt der Euregiobahn, befindet sich ca. 1,5 km entfernt und ist mit dem Auto, dem Fahrrad, dem Bus oder zu Fuß zügig erreichbar. Er bietet schnelle Verbindungen in Richtung Aachen und Herzogenrath-Mitte sowie Alsdorf.

Der Technologiepark Herzogenrath (TPH) mit zahlreichen Arbeitsplätzen liegt ca. 600 m entfernt.

In unmittelbarer Nähe befinden sich zahlreiche soziale, kulturelle und Freizeiteinrichtungen wie Schulen, Sportstätten, zwei Kindergärten sowie zwei Kirchen und ein Friedhof. Die umliegenden Naherholungsgebiete wie das Wurmtal, das Paulinenwäldchen, der weiße Weg und die Halde Wilsberg sind ebenfalls schnell erreichbar.

Innerhalb des Plangebietes sowie dem unmittelbaren Umfeld liegen potentielle Einwirkungsbereiche des tagesnahen Altbergbaus. Erkundungsbohrungen haben die Abbautätigkeit der Flöze untersucht. Im Norden befinden sich die ungesicherten Tagesöffnungen 019 und 024.

C) PLANUNGSZIELE

Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung von Baurecht für etwa 68 Einfamilienhäuser und 7 Mehrfamilienhäuser. Die Bebauung ist, entsprechend dem Umfeld, in offener Bauweise vorgesehen.

Aufgrund des für die Stadt Herzogenrath wirtschaftlich bedeutsamen Standortes des TPH mit den dort ansässigen Firmen sowie der Nähe zum Oberzentrum Aachen als einen renommierten Wissenschaftsstandort, ist der Herzogenrather Ortsteil Kohlscheid ein beliebter Wohnstandort mit großer Nachfrage nach Baugrundstücken. Nicht zuletzt durch die Auslagerung von Teilbereichen der RWTH-Aachen und den Planungen zum neuen Campus ist zu erwarten, dass der Wohnstandort Kohlscheid weiter an Bedeutung gewinnen und die Nachfrage nach entsprechendem Bauland noch weiter ansteigen wird. Die Schaffung neuer Wohnbauflächen in diesem Bereich ist ein wichtiges städtebauliches Ziel.

Alle Bauflächen im Plangebiet werden als „allgemeine Wohngebiete“ gemäß § 4 BauNVO festgesetzt. Die gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Anlagen werden im gesamten Geltungsbereich ausgeschlossen.

D) STÄDTEBAULICHE PLANUNG

1. Städtebauliches Konzept

Der Bebauungsplan II/ 65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ ist Bestandteil eines Gesamtkonzeptes, das 2 Teilbereiche für die Bebauung vorsieht.

Im gesamten Planbereich sollen überwiegend Einfamilienhäuser sowie 7 Mehrfamilienhäuser in offener Bauweise entstehen, was der Nachfrage und dem städtebaulichen Gesamtcharakter der Umgebung entspricht. Angestrebt ist eine gemischte Nutzung mit zweigeschossigen Einfamilienhäusern als Einzel- und Doppelhäuser, mit Reihenhäusern und mit kleineren zweigeschossigen Mehrfamilienhäusern, die eine differenzierte Bewohnerstruktur zum Ziel hat.

Die Erschließung des Teilbereiches B erfolgt einerseits direkt über die Kämpchenstraße und andererseits über den bereits realisierten Teilbereich A zur Dornkaulstraße. Hier soll die Wilhelm-Schultheis-Straße fortgeführt werden.

Die geplante Bebauung wird entlang einer Ringstraße mit kleinen Stichstraßen angeordnet. Im Norden und Süden wird das Baugebiet durch landwirtschaftliche Flächen, im Osten durch den Grünzug entlang des alten Bahndamms gesäumt. Im Westen grenzt der bereits realisierte Teilbereich A an

Eine geplante Fuß- und Radwegeverbindung soll das Plangebiet über den Fußweg auf dem Nord-Östlich angrenzenden Bahndamm mit der Wagnerstraße und den anschließenden vorhandenen Wohnquartieren und Einrichtungen im Norden verbinden. Über den alten Bahndamm besteht eine Verknüpfung mit dem vorhandenen Kinderspielplatz Kircheichstraße. Im Rahmen des Bebauungsplanes soll diese Spielfläche vergrößert und qualitativ aufgewertet werden, so dass erstmals in Kohlscheid ein Spielplatz der Kategorie A mit einer zentralen Funktion für den Ortsteil realisiert werden kann.

2. Bebauung

2.1 Art der baulichen Nutzung

Das Plangebiet wird als „Allgemeines Wohngebiet“ gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Um den Gebietscharakter nicht zu gefährden sowie um unerwünschte und ggf. Lärm emittierende Nutzungen auszuschließen, wird gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO textlich festgesetzt, dass die gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Anlagen im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes II/ 65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ nicht zulässig sind.

2.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird gemäß § 16 BauNVO bestimmt durch die Festsetzungen der maximal zulässigen Zahl der Vollgeschosse, der GRZ und der Höhe der baulichen Anlagen.

Die maximal zulässige GRZ wird mit 0,4 festgesetzt. Auf diese Weise wird bei den vorgesehenen Grundstücksgrößen ein ausreichendes Maß der baulichen Nutzung ermöglicht und gleichzeitig eine übermäßige Verdichtung vermieden.

Gem. § 19 (4), Satz 3, BauNVO wird bestimmt, dass bei der Ermittlung der Grundfläche die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit Ihren Zufahrten nicht mitzurechnen sind. Damit wird der Forderung nach 2 Stellplätzen je Wohneinheit Rechnung getragen, ohne dass die späteren Grundstückseigentümer zu stark in der Nutzung ihrer Grundstücke eingeschränkt werden.

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind II Vollgeschosse als Höchstmaß zugelassen. In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 3 sind II Vollgeschosse zwingend festgesetzt. Aus gestalterischen Gründen soll die zwingende Geschossigkeitsfestsetzung eine zu starke Höhendifferenzierung der Bebauung zur Kämpchenstraße hin vermeiden und bestimmte Bereiche im Baugebiet akzentuieren. Andererseits soll in Teilen barrierefreies Bauen möglich sein.

Bei Flachdächern im Sinne der unter Punkt B. folgenden örtlichen Bauvorschriften ist oberhalb des zweiten Vollgeschosses nur ein gegenüber allen Außenwänden des darunterliegenden Geschosses um mindestens 1 m zurückgesetztes, oberstes Geschoss zulässig, das eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m über drei Viertel oder weniger als drei Viertel der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses hat. Dadurch soll das städtebauliche Grundkonzept des Gesamtgebietes gesichert werden, indem optisch dreigeschossig wirkende Gebäude vermieden werden.

2.3 Höhenlage baulicher Anlagen / Dachformen

Weiterhin werden aus städtebaulich-gestalterischen Gründen die Gebäudehöhen in Abhängigkeit von der Dachform festgesetzt.

Bei geneigten Dächern wird die maximale Traufhöhe mit 6,50 m, die Firsthöhe mit 10,50 m festgesetzt. Bei Flachdächern beträgt die max. Höhe ohne Staffelgeschoss 6,50 m, mit Staffelgeschoss 9,50 m. Die maximale Höhe der Umwehrungen bei Dachterrassen ist mit max. 7,50 m festgesetzt. Somit wird zusätzlich zur Festsetzung der Geschossigkeit die Höhe der baulichen Anlagen beschränkt und innerhalb eines angemessenen Spielraumes vereinheitlicht.

Zusätzlich werden in den allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 3 aus gestalterischen Gründen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 BauO NW Flachdächer als die zulässige Dachform festgesetzt. In Anknüpfung an den Teilbereich A sollen im WA 1 eckbetonende Punkthäuser im Bereich der markanten Grundstücke im Kreuzungsbereich realisiert werden und sich als Thema durch das gesamte Gebiet durchziehen. Zusätzlich werden die Häuserreihen entlang der Planstraßen A2 und D durch diese Festsetzung gegliedert. Bei den Mehr-

familienhäusern im WA 3 soll die Festsetzung der Flachdächer, die ein nötiges Zurückspringen des Dachgeschosses nach sich zieht, die wahrnehmbare Massivität der Gebäude reduzieren.

Die vorhandene Topographie im Plangebiet im Zusammenhang mit der Höhe der geplanten Verkehrsanlagen wird in Teilen der Grundstücke eine Anpassung der Grundstückshöhen nach sich ziehen. Eine Veränderung der Geländeoberfläche ist grundsätzlich nur auf eigenem Grundstück zulässig. Entlang der rückwärtigen Grundstücksgrenzen ist in einer Tiefe von mind. 1,50 die erforderliche Abfangung des Geländes naturnah als Böschung anzulegen. Auf dieser Fläche dürfen nur Gehölze der Artenliste 2 gepflanzt werden. Die Böschungsoberkante darf nicht höher liegen als der Bezugspunkt in der höher liegenden Erschließungsstraße, die Böschungsunterkante darf nicht tiefer liegen als der Bezugspunkt der tiefer liegenden Erschließungsstraße. Somit sind die Eigentümer der Grundstücke an der oberen Erschließungsstraße verpflichtet, den Garten abzusenken, die der tiefer liegenden Grundstücke müssen hingegen anheben. Es wird eine einheitliche, naturnahe und für die Anlieger verträgliche Geländemodellierung sichergestellt. Entlang der seitlichen Grundstücksgrenzen sind die Maßnahmen der Geländeabfangung frei wählbar. Hier können in Abstimmung mit dem Nachbarn auch andere flächensparende Maßnahmen durchgeführt werden.

2.4 Beschränkung der Zahl der Wohnungen

Die Zahl der Wohneinheiten ist im allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 2 auf höchstens 2 Wohnungen pro Gebäude, im allgemeinen Wohngebiet WA 3 auf max. 9 Wohnungen je Gebäude beschränkt. Der Gebietscharakter soll hauptsächlich durch
Einfamilien- und Zweifamilienhäuser geprägt werden. Lediglich zur Kämpchenstraße hin, wo im rückwärtigen Bereich Garagen und Stellplätze angeordnet werden können, sollen in Fortführung des Teilbereichs A einige kleine Mehrfamilienhäuser möglich sein.

2.5 Bauweise

Es wird eine offene Bauweise festgesetzt. Im allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 3 sind nur Einzelhäuser zulässig. Im WA 1 soll das Thema der eckbetonenden Punkthäuser fortgeführt und eine Gliederung der Gebäudereihen entlang der Planstraßen A2 und D bewirkt werden. Im WA 3 ist eine Aneinanderreihung einzelner Nutzungseinheiten unerwünscht. Im allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig, um eine aufgelockerte Baustruktur zu erreichen.

2.6 Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden gemäß § 23 BauNVO mit Baugrenzen festgesetzt. Die überbaubaren Grundstücksflächen sind so festgesetzt, dass einerseits eine städtebaulich sinnvolle Bebauung entlang der Straßen entsteht und die städtebaulichen Ziele umsetzt, andererseits bleibt eine gewisse Flexibilität in der Gebäudeanordnung und bei der späteren Parzellierung gewährleistet.

Gebäudeteile, die überwiegend offen oder verglast und eingeschossig sind, wie Wintergärten und Terrassenüberdachungen, können ebenfalls die rückwärtigen Baugrenzen überschreiten, und bieten so den Nutzern die Möglichkeit einer flexiblen Nutzung ihrer privaten Freiflächen.

Balkone können um max. 1,50 m die festgesetzten Baugrenzen überschreiten.

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebengebäude bis 12 m² Grundfläche und Terrassen zulässig.

3. Verkehrserschließung

3.1 Kfz-Verkehr

Die Erschließung der Teilbereiche A und B erfolgt über die Kämpchenstraße und über die Dornkaulstraße, die Nordwesten in der Roermonder Straße mündet.

Die ringförmige Haupterschließung wird mit einem Querschnitt zwischen 5,50 m ohne straßenbegleitendem Parken und 8,50 m mit straßenbegleitetem Parken festgesetzt. Die Straßenräume werden als Verkehrsberuhigter Bereich im Mischprinzip mit gestalterischen Elementen wie Stellplätze und Straßenbäume ausgebaut. Die Anbindung der Bebauung an die Kämpchenstraße erfolgt in Form einer leistungsfähigen T-Einmündung.

Hinsichtlich der Anbindung beider Plangebiete an die übergeordneten Straßen wurde ein verkehrstechnisches Gutachten erstellt[1], das die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Entwicklung auf die umliegenden Straßenzüge und Knotenpunkte ermittelt und dargestellt.

Da die Erschließung des Baugebietes zusätzliche Belastungen der Verkehrsverhältnisse entlang der übergeordneten Straßen auslöst, sind verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant.

Die Knotenzufahren an der Dornkaulstraße und an der Kämpchenstraße können die prognostizierten Zusatzverkehre aus den Teilbereichen A und B und aus der finalen Entwicklung des gegenüber an der Dornkaulstraße liegenden Gewerbegebietes II/39 leistungsfähig abwickeln. Die im Verhältnis geringen Zusatzverkehre aus dem Plangebiet II/65 haben insgesamt nur marginale Auswirkungen auf die Verkehrsabläufe am Knotenpunkt Roermonderstraße.

Die vorgesehene Anbindung an die Kämpchenstraße als unsignalisierte Standardknotengeometrie ist für die prognostizierten Quell- und Zielverkehre ausreichend. Die Verkehrsbelastungen der umliegenden Straßenzüge Dornkaulstraße und Kämpchenstraße sind auch mit den zusätzlichen Verkehren aus der Grundstücksentwicklung verkehrstechnisch vertretbar.

3.2 Ruhender Kfz-Verkehr

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Nachweises der notwendigen Stellplätze in den allgemeinen Wohngebieten mind. 2 private Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen.

Garagen, Carports und Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen sowie in den gekennzeichneten Flächen für Garagen und Stellplätze zulässig. Garagen und Carports dürfen die rückwärtigen Baugrenzen um max. 2.0 m überschreiten.

Stellplätze dürfen auch in dem Bereich zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und vorderer, d.h. der zur Straße hin orientierten Baugrenze und deren gedachten Verlängerungen / Fluchtlinien errichtet werden.

Diese Festsetzungen erfolgen aus städtebaulich-gestalterischen Gründen.

Zusätzlich zu den privaten Stellplätzen werden straßenbegleitend öffentliche Stellplätze angelegt, deren Realisierung durch die Breite der öffentlichen Verkehrsflächen und durch die Festsetzung von Bereichen ohne Zufahrten sichergestellt werden soll.

[1] Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan II/65 „Kämpchenstraße“ vom 13.04.2015, IGEPA Verkehrstechnik GmbH, Dipl.-Ing. Markus Geuenich, Eschweiler.
Anmerkung: Die Untersuchung bezieht sich auf die Teilbereiche A und B.

3.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Die L 232 (Roermonder Straße) und die L244 (Klosterstraße) sind die Hauptachsen des straßengebundenen ÖPNV in Herzogenrath-Kohlscheid. Über diese Straßen führen mehrere Buslinien, die das Plangebiet direkt mit dem Kohlscheider Zentrum und den übrigen Herzogenrather Stadtteilen sowie mit dem Oberzentrum Aachen verbinden. Die Haltestellen je Fahrtrichtung befinden sich in den Kreuzungsbereichen Dornkaulstraße/Roermonder Straße und Kämpchenstraße/Josef-Lambertz-Straße/Klosterstraße. Aufgrund der geplanten Verbindung zwischen der Kämpchenstraße und der Dornkaulstraße innerhalb des Gesamtgebietes sind die Bushaltestellen schnell erreichbar.

Der Kohlscheider Bahnhof liegt etwa 1,5 km vom Plangebiet entfernt und ist mit dem Bus, aber auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad in kurzer Zeit erreichbar. Somit ist eine gute Erschließung des Plangebietes durch Busse und Bahnen gewährleistet.

3.4 Fuß- / Radverkehr

Die Ausbauart der inneren Wohnstraßen als Mischflächen sowie die geplante Anbindung an die vorhandenen Fuß- / Radwege sollen im Rahmen der Gesamtplanung der Teilbereiche A und B einen umwegfreien und gefahrlosen Fuß- und Radverkehr erlauben. Im Zuge der Kämpchenstraße wird ein befestigter straßenbegleitender Gehweg von der vorhandenen Bebauung In der Leer bis zur geplanten T-Einmündung hergestellt. Die wichtigsten Ziele im Nahbereich (vorhandener Kindergarten, Schulen und Sportplatz) sind auf direktem Wege ohne Querung der Hauptverkehrsstraßen über zahlreich ausgebaute Rad- und Fußwege erreichbar. Weiter entfernt liegende Ziele (Zentrum, Bahnhof, Naherholungsgebiete etc.) sind ebenfalls fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar. Die notwendigen Querungen über die Hauptverkehrsstraßen Roermonder Straße und Josef-Lambertz-Straße/ Klosterstraße sind mit Ampeln oder Querungshilfen gesichert.

Die dargestellte Trasse für den geplanten Radschnellweg Euregio ist realisierbar. Sie liegt innerhalb öffentlicher Grünflächen und innerhalb landwirtschaftlicher Flächen. Die Festsetzungen für diese Flächen ermöglichen die spätere Anlage einer öffentlichen Verkehrsfläche im Zuge der Durchführung des Radweges.

4. Entwässerung

Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Das Schmutzwasser wird dem öffentlichen Schmutzwasserkanal, das Niederschlagswasser dem öffentlichen Regenwasserkanal zugeführt.

4.1 Schmutzwasserbeseitigung

Die Erstellung der Schmutzwasserkanalisation erfolgt im Zuge der Herstellung der Erschließungsstraßen. Das Schmutzwasser wird dem Mischwassernetz in der Dornkaulstraße zugeführt und gelangt dann zur Kläranlage Aachen-Horbach.

Es dürfen max. 70% der Grundstücksflächen versiegelt bzw. befestigt werden. Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 und WA 2 dürfen max. 60 % der Grundstücksfläche, im allgemeinen Wohngebiet WA 3 max. 65 % der Grundstücksfläche an den Kanal angeschlossen werden. Dadurch wird einer Überbelastung der öffentlichen Entwässerungsanlagen und einer übermäßigen Grundstücksversiegelung vorgebeugt.

4.2 Beseitigung von Niederschlagswasser

Der zum Bebauungsplanverfahren II/65-B vorgelegte geotechnische Bericht[2] hat ergeben, dass eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser wegen der insgesamt zu geringen Bodendurchlässigkeiten nicht möglich ist.

[2] Geotechnischer Bericht über Baugrund und seine Wasserführung zum B-Plan II/65-B, Kramm Ingenieure, Aachen, 24.03.2018

Eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen kann nach einer grundstücks- und projektbezogenen Bodenuntersuchung im Einzelfall zugelassen werden. Eine ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) sowie eine gezielte Versickerung von kleineren versiegelten Flächen wie Terrassen, Haus- und PKW-Garagenzugängen / -zufahrten ist in der oberflächennahen Schicht 2 möglich. Der geotechnische Bericht von Kramm Ingenieure vom 24.03.2018 ist zu beachten.

Das Regenwasser wird ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.

Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind. Bezüglich des RRB wurde vom WVER eine Untersuchung durchgeführt, die gezeigt hat, dass weder aus Gründen des Hochwasserschutzes noch des Gewässerschutzes am Amstelbach Erweiterungen des RRB erforderlich sind. Für die Kanalisation und das RKB wurden zwischenzeitlich die erforderlichen Nachweisunterlagen bei der Städteregion Aachen vorgelegt. Auch hier sind keine Erweiterungen erforderlich.

5. Erschließung mit Wasser, Strom, Gas

Nach Aussage der enwor- energie & wasser vor ort GmbH ist die Erschließung mit Wasser, Strom und Gas durch das umliegende Versorgungsnetz in der Dornkaul- und Kämpchenstraße sowie durch die Stromleitungen im alten Bahndamm gewährleistet. Für die Erschließung des Baugebietes sind im Teilbereich B zwei neue Trafostationen geplant. Am östlichen Rand des Planbereichs, entlang des Bahndamms, verläuft eine unterirdische Ferngasleitung. Der Schutzbereich der Leitung wird als mit Leitungsrecht zu belastende Fläche festgesetzt.

E) UMWELTBELANGE

1. Gesamtkonzept

Eines der bestimmenden Elemente des städtebaulichen Entwurfes für das ca. 11,9 ha große Gesamtgebiet ist ein Grüngürtel, der die geplante Bebauung allseitig säumt. (vgl. Gesamtkonzept / Rahmenplan). In diesem Bereich, der mit bergbaulichen Restriktionen behaftet ist, kann kein Bauland ausgewiesen werden. Teile der Grünanlagen werden im Zuge des Teilbereiches A realisiert und im Teilbereich B fortgeführt. Die Ausgleichsfläche im Norden des Geltungsbereichs und die Ausgleichsfläche an der Kämpchenstraße im Süden des Geltungsbereichs werden als Obstwiese angelegt. Die vorhandene Baumreihe entlang der Kämpchenstraße wird erhalten, bis auf einen Baum, der zur Realisierung der Erschließungsstraße gefällt werden muss. Ein Teil des südlichen Grünstreifens wird als landwirtschaftliche Fläche erhalten bleiben, da die Fläche zur Realisierung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen nicht zur Verfügung steht

Zur Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes nach §1, Abs.6, Nr.7 sowie §1a BauGB wurde im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes II/ 65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ durch das Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung Dipl.-Ing. Guido Beuster eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die zum Verfahrenszeitpunkt bekannten sowie prognostizierten Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter Mensch, Pflanzen und Tiere, Boden, Wasser, Luft / Klima, Landschaft sowie Kultur und sonstige Sachgüter beschrieben und bewertet werden.[3]

Das Plangebiet ist für die Schutzgüter insgesamt von mittlerer Bedeutung. Durch die geplante Bebauung sind Auswirkungen und Beeinträchtigungen auf die verschiedenen Schutzgüter

[3] Umweltbericht zum Bebauungsplan II/ 65 B „Kämpchenstraße – Teil B“, Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung Dipl.-Ing. Guido Beuster, Erkelenz, 24.07.2018.

zu erwarten, welche Vermeidungs-, Verminderungs- sowie Kompensationsmaßnahmen erforderlich machen.

Die Naherholungsfunktion innerhalb des Plangebietes wird durch die Anlage des Grüngürtels verbessert, mit wesentlichen kleinklimatischen Veränderungen ist nicht zu rechnen. Der Charakter des Siedlungsrandbereichs / des Landschaftsbildes bleibt weitgehend erhalten, Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht betroffen.

Nach Umsetzung der Planung und Realisierung der Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung, sowie der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bestehen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

2. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird im Umweltbericht ein Landschaftspflegerischer Fachbeitrag durch das Büro für Freiraum und Landschaftsplanung Dipl.-Ing. Guido Beuster erarbeitet, in dem detailliert Maßnahmen dargestellt werden, die die unvermeidbaren Beeinträchtigungen ausgleichen bzw. in sonstiger Weise kompensieren werden.

Durch die geplante bauliche Entwicklung wird das Plangebiet vollständig überprägt. Der entstehende Eingriff in den Naturhaushalt wurde nach der *Methode zur ökologischen Bewertung von Biotoptypen von Dankwart Ludwig, aufgestellt 1990 Büro Froelich + Sporbeck* bestimmt. Der Eingriff in Natur und Landschaft wird soweit möglich innerhalb des Plangebietes durch die Anlage von freiwachsenden Hecken und einer Streuobstwiese, sowie durch die Pflanzung von Straßenbäumen mit lebensraumtypischen Gehölzarten ausgeglichen.

Die Vermeidungsmaßnahme für den Artenschutz stellt zugleich eine ökologische Aufwertung dar. Sie bewirkt einen externen Ausgleich, der das ökologische Defizit im Geltungsbereich kompensiert. Hierzu sollen intensiv genutzte Ackerflächen gemäß den Vorgaben des LANUVs extensiviert werden

3. Artenschutz

Um den Belangen des Artenschutzes Rechnung zu tragen, wurde im Rahmen der Bauleitplanung für den Teilbereich A durch den Dipl.-Biologen Horst Klein eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt.

Im Rahmen einer Bestandserfassung an 3 Begehungsterminen im Frühjahr 2014 wurden zwei Brutreviere der Feldlerche kartiert, eines davon im Teilbereich A und eines im Teilbereich B. Andere Arten sind vorhabenbedingt nicht betroffen. Im Zuge der Realisierung des Teilbereichs A wurde für den Verlust des Brutlebensraumes der Feldlerche ein 5.000 m² umfassender Ersatzlebensraum im Bereich des Plangebietes B zur Verfügung gestellt. Nach Realisierung des Ersatzraumes wurde ein dreijähriges Monitoring durchgeführt. Die Feldlerchen wurden nicht mehr gesichtet. Um die ökologische Funktion der vor dem Eingriff (Teilbereich A) betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Feldlerche gegenüber dem Voreingriffstatbestand nicht zu verschlechtern, sollen für den Verlust eines Feldlerchenreviers aus dem Teilbereich A des Bebauungsplans intensiv genutzte Ackerflächen gemäß den Vorgaben des LANUVs extensiviert werden. Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen hierfür Flächen im Banker Feld westlich der Ortslage Bank zu Verfügung. Hierzu werden derzeit die Verträge vorbereitet.

Durch das geplante Vorhaben werden bei Beachtung von Maßnahmen zur Vermeidung eingriffsbedingter Tötungen wildlebender Vogelarten und von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahme) für die planungsrelevante Brutvogelart Feldlerche keine Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG ausgelöst.

4. Boden

Durch die Umsetzung des Bebauungsplanes werden rund 2,35 ha Bodenfläche versiegelt. In die Hinweise der textlichen Festsetzungen werden baubegleitende Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung der Beeinträchtigungen von natürlichen Bodenfunktionen aufgenommen.

Der geotechnisch relevante, gewachsene Baugrund ist oberflächennah wie folgt von oben nach unten zweigeteilt: Unter dem Ackerboden folgt bis rd. 1,4 m und 4,4 m unter Flur eine lehmige Deckschicht aus Löß (Flugsandablagerungen), die z.T. infolge Verwitterung zu Lößlehm zersetzt ist. Darunter steht ein zwischen 11 m und 13 m dickes Paket aus mitteldicht bis dicht gelagerten Sanden und kiesen eiszeitlicher Ablagerungen der Hochterrasse an. Darunter beginnt dann ab rd. 16 m die o.a. tiefere Schichtenfolge aus tertiären Schichten und dem Grundgebirge. Das Grundwasser steht zwischen 11 und 20 m unter Flur an, spielt also bautechnisch keine Rolle.

Aufgrund der geringen Wasserdurchlässigkeit des Bodens, sind erdberührte Bauteile gegen von außen drückendes Wasser und aufstauendes Sickerwasser nach Teil 6 der DIN 18195, Abschnitt 9 abzudichten. Alternativ können Dränagen nach DIN 4095 mit einer einfachen Abdichtung gegen nicht drückendes Wasser nach Teil 4 der DIN 18195 ausgeführt werden.

Geeigneter Gründungsboden für nicht unterkellerte und unterkellerte Gebäude ist die Schicht 2. In größeren Teilen des Plangebietes wird bei unterkellerten Häusern auch die Oberseite der Schicht 3 aufgedeckt. Hier ist durch die große Lagerungsdichte die Gründung sogar setzungsfrei und es können höhere Bemessungswerde angesetzt werden. Baugrundbedingte Mehrtiefen sind nicht zu erwarten. Der Geotechnische Bericht ist zu beachten.

Es wurde eine chemisch-analytische Bodenuntersuchung zur Beurteilung der Wiederverwertungsmöglichen des Bodenaushubs durchgeführt.[4] Der Anstehende Bodenaushub entspricht dem Zuordnungswerteberiech Z 0* nach LAGA TR-Boden.

Die vorhandenen bergbaulichen Hinterlassenschaften und ihre Auswirkungen auf die Planung wurden umfassend erkundet und im städtebaulichen Entwurf berücksichtigt.

5. Immissionsschutz

Für die Teilbereiche A und B wurde von Kempen Krause Ingenieure aus Aachen eine lärmtechnische Untersuchung zur Ermittlung der zu erwartenden Schallbelastung an den geplanten Gebäuden durchgeführt.[5] Dazu wurden die gewerblichen Betriebe und der landwirtschaftliche Betrieb in der näheren Umgebung inkl. der aktuell vorhandenen und der zukünftig zu erwartenden Verkehre untersucht.

Unter den genannten Bedingungen ergeben sich keine Konflikte an der geplanten Wohnbebauung nach TA Lärm. Durch den Verkehrslärm sind an den im B-Plan gekennzeichneten Orten Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte nach 16. BImSchV zu erwarten. Hier werden passive Schallschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Damit ein Schutz der Wohnbebauung gemäß Baugesetzbuch gewährleistet ist, wird eine Einteilung in Lärmpegelbereiche vorgenommen.

[4] Ergebnisse der chemisch-analytischen Bodenuntersuchengen nach GAGA TR-Boden, Kramm Ingenieure, Aachen, den 24.07.2018)

[5] Schalltechnisches Gutachten zum B-Plan II/65, Teilbereich A und B, Kempen Krause Ingenieure GmbH, Aachen 07.11.2014.
Anmerkung: Das Gutachten bezieht sich auf die Teilbereiche A und B.

6. Oberflächennaher Bergbau / Tagesöffnung

Im Plangebiet sowie dem unmittelbaren einwirkungsrelevanten Umfeld streichen die Flöze Rauschenwerk, Senteweck, Grauweck, Grafweck, Furth, Croat, Gellarsch und Meister an der Karbonoberfläche aus. Erkundungsbohrungen haben fünf Flöze örtlich abgebaut angetroffen. Diese im Norden und im Süden liegenden Flöze liegen außerhalb der überbaubaren Flächen (Bereich A), das größtenteils im Teilbereich A des Bebauungsplanes liegende tagesnah abgebaute Flöz Grafweck wurde saniert und vom Bergbausachverständigen für die Bebauung frei gegeben. Die Einwirkungsbereiche der tagesnah abgebauten Flöze werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB als „Fläche, unter der der Bergbau umgeht" gekennzeichnet. Die restlichen Flöze wurden nicht abgebaut.

Im Norden des Plangebietes befinden sich die ungesicherten Tagesöffnungen 019 und 024. Die Einwirkungsbereiche der Schächte werden von Bebauung frei gehalten, innerhalb der Ausgasungsschutzzonen werden Flächendrainagen vorgesehen. Die Bereiche werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind" gekennzeichnet.

Die textlichen Festsetzungen wurden im Hinblick auf die Untersuchungsergebnisse der bergbaulichen Erkundungsarbeiten mit dem Bergbausachverständigen abgestimmt, die zeichnerische Lage der Einwirkungsbereiche an den öffentlich bestellten Vermessungsingenieur übermittelt.

F) FLÄCHENBILANZ

Allgemeines Wohngebiet	ca.	37.588 qm	65 %
Straßenverkehrsflächen	ca.	5.798 qm	10 %
Grünflächen	ca.	11.805 qm	20 %
Landwirtschaftliche Flächen	ca.	3.116 qm	5 %
Gesamtfläche	**ca.**	**58.307 qm**	**100 %**

G) ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Beim Plangebiet handelt es sich um eine Fortführung der vorhandenen Baugebiete, insbesondere des Teilbereichs A. Die verträgliche Einbindung in die stadträumliche Situation soll über die textlichen Festsetzungen sichergestellt und durch die vorgesehenen örtlichen Bauvorschriften ergänzt werden. Diese Kombination einer örtlichen Bauvorschrift und einer BauGB-Festsetzung gewährleistet, dass eine akzeptable Integration der Gebäude in die Umgebung erreicht wird und keine bedeutsame Störung der vorhandenen Situation erfolgt. Die gestalterischen Festsetzungen erfolgen gemäß § 86 BauO NRW. Die Gestaltung einer ästhetisch ansprechenden Umwelt gehört zu den wesentlichen öffentlichen Aufgaben einer Stadt. Ziel der gestalterischen Festsetzungen ist die Entstehung einer zeitgemäßen Architektur für die Wohngebäude.

Gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 BauO NRW wird festgesetzt, dass in den allgemeinen Wohngebieten bei festgesetzten Flachdächern eine max. Dachneigung von 22° bei einer umlaufenden Traufhöhe zulässig ist. Bei dieser Dachneigung werden die Dächer als flach geneigt wahrgenommen und es kann die konventionelle Ziegeldeckung eingesetzt werden.

Da vollkommen unterschiedlich gestaltete Doppelhaushälften in der Regel verunstaltend wirken, soll durch gemeinsame Trauf-, First-, Gebäude- und Dachhöhen sowie einheitliche

Dachformen und Dachneigungen und farblich ähnliche Dacheindeckungen ein einheitliches Erscheinungsbild entstehen.

Aus dem gleichen Grund wird im Bebauungsplan festgesetzt, dass bei geneigten Dächern nur dunkelfarbige, nicht glänzende Materialien, wie z.B. anthrazit, zu verwenden sind. Andere Materialien können ausnahmsweise zugelassen werden, wenn dies zur regenerativen Energiegewinnung erforderlich ist.

Des Weiteren wird aus gestalterischen Gründen entlang der Planstraßen des Plangebietes die Hauptfirstrichtung, d.h. die Firstrichtung der Hauptbaukörper, vorgegeben. Die Festsetzung soll einer städtebaulichen Homogenität dienen bzw. ein unruhiges und unstrukturiertes Straßenbild durch eine nicht erwünschte Formenvielfalt verhindern.

Um das Straßenbild nicht zu stören, dürfen im Bereich zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und vorderer, d.h. der zur Straße hin orientierten Baugrenze (auch vor Garagen) und deren gedachten Verlängerungen / Fluchtlinien keine Wärmepumpen und keine Grundstückeinfriedungen angeordnet werden.

Im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Nachweises der notwendigen Stellplätze sind in den allgemeinen Wohngebieten mind. 2 private unabhängig voneinander anfahrbare Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen. Mit dieser Festsetzung soll ein zu starker Parkdruck auf den öffentlichen Parkplätzen vermeiden werden.

In den festgesetzten Flächen für Gemeinschaftsgaragen (GGa) sind die Garagen, Carports und Stellplätze wie folgt zu gestalten. Es sind Garagengruppen mit maximal 4 Einzelgaragen bis 3.0 m Garagenbreite zulässig. Garagengruppen und Carportreihen auf diesen Flächen sind seitlich und auf der Rückseite mit Fassadenbegrünung zu versehen. Die Stellplätze auf diesen Flächen sind auf der Rückseite mit einer Schnitthecke der Artenliste 2 abzugrenzen. Dadurch wird der Homogenität dieser Gemeinschaftsanlagen entgegengewirkt. Durch die Begrünungen und durch die Festsetzung zusätzlicher Einzelbäume im unmittelbaren Umfeld soll eine optische Aufwertung dieser Flächen erreicht werden.

H) HINWEISE

1. Bodendenkmale

Aus dem Plangebiet sind bisher keine archäologischen Fundstellen bekannt. Auch eine 2013 auf einer Teilfläche des Bebauungsplanes durch das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege durchgeführte Grunderfassung lieferte keine Hinweise auf im Untergrund erhaltene Bodendenkmäler. Grundsätzlich ist nicht auszuschließen, dass in der Fläche Bodendenkmäler erhalten sind. Weitere Untersuchungen wurden vom LVR - Amt für Denkmalpflege im Rheinland als nicht angemessen eingestuft. Der folgende Hinweis wird in die textlichen Festsetzungen aufgenommen:
Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NW die Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder das Rheinische Amt für Denkmalpflege, **Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Telefon 02425/9039-0, Fax. 02425/9039-199**, unverzüglich zu informieren. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

2. Geologie

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.
Die Gemarkung Kohlscheid ist der Erdbebenzone 3 in geologischer Untergrundklasse R zuzuordnen.

Der Sachverständige für Geotechnik gibt aus örtlicher Baugrunderkundung die Baugrundklasse C an.

3. Neulasten

Bei Anlagen und Anlagenteilen, in denen mit wassergefährdenden Stoffen oder Materialien, denen wassergefährdende Stoffe anhaften, umgegangen wird, ist entsprechend § 62 (Anforderungen an den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt durch Gesetz vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986) geändert, zu beachten.

4. Altlasten

Im Plangebiet befinden sich keine Altlasten-Verdachtsflächen

5. Boden

Der Anstehende Bodenaushub entspricht dem Zuordnungswerteberiech Z 0* nach LAGA TR-Boden (Kramm Ingenieure, Aachen, den 24.07.2018)

Baubegleitende Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Schädigungen der natürlichen Bodenfunktionen:

a. Der Schutz des Mutterbodens ist gemäß § 202 BauGB zu gewährleisten
b. Bei Baumaßnahmen ist die obere Bodenschicht gemäß der einschlägigen Fachnormen getrennt vom Unterboden abzutragen. Darunter liegende Schichten unterschiedlicher Ausgangssubstrate sind entsprechend der Schichten zu trennen und zu lagern. Zu Beginn der Baumaßnahmen sind Bereiche für die Materialhaltung und Oberbodenzwischenlagerung zu Minimierung der Flächenbeeinträchtigung abzugrenzen.
c. Zur Versickerung vorgesehene Flächen dürfen nicht befahren werden.
d. Im Bereich der Kompensationsflächen ist der Boden in möglichst großem Umfang in naturnahem Zustand zu belassen (kein Befahren, kein Abtrag).

6. Bergbau

Mit Hinterlassenschaften des oberflächennahen Altbergbaus ist nur innerhalb der gekennzeichneten Teilbereiche **A**, **1** und **2** zu rechnen. Alle sonstigen Flächen sind frei von bergbaulichen Restriktionen und können ohne die Einschaltung eines Bergbausachverständigen bebaut werden.

7. Kampfmittel

Die Luftbildauswertung und die Testsondierung haben keine konkreten Hinweise auf die Existenz von Bombenblindgängern bzw. Kampfmitteln ergeben. Es ist nicht auszuschließen, dass noch Kampfmittel im Boden vorhanden sind. Erdarbeiten sind mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen etc. (auch Bohrungen im Zuge von Bergbauuntersuchungen) ist eine Sicherheitsdetektion durchzuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, sind die Arbeiten sofort einzustellen und umgehend die Ordnungsbehörde, die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu benachrichtigen.

8. Kriminalprävention

Es wird auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen (Kriminalkommissariat Vorbeugung – KK 44 – Jesuitenstr. 5, 52062 Aachen, Tel: 0241/9577–34401 oder vorbeugung.aachen@polizei.nrw.de) hingewiesen.

9. Regenwasserschutz

Zum Schutz vor Starkregenereignissen sind wassergefährdete Bereiche der Gebäude mind. 10 cm über dem tiefsten Punkt der angrenzenden Straßenbegrenzungslinie auszuführen.

10. Ferngasleitung

Eine Überbauung der Ferngasleitung mit ihrer Schutzzone ist nicht möglich. Neue Baumstandorte sollten einen Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschreiten. Der Schutzstreifen kann landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt werden. Dabei darf Strauchwerk bis zu 2,0 m Höhe in solchen Abständen gepflanzt werden, dass auf Dauer Kontrollbegehungen der Leitungstrasse ohne Beeinträchtigungen möglich sind. Die Gasfernleitungen sind bei Bau- und Erschließungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Vor Beginn der Arbeiten an oder innerhalb des Schutzstreifens ist die Thyssengas GmbH rechtzeitig zu benachrichtigen unter Thyssengas GmbH, Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund, T: +49 231 91291-2277, F: +49 231 91291-2266, leitungsauskunft@thyssengas.com , www.thyssengas.com

ANLAGE 8

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Umweltbericht einschl. Landschaftspflegerischer Fachbeitrag zum Bebauungsplan



BEBAUUNGSPLAN II / 65 - B
„KÄMPCHENSTRASSE - TEIL B“ IN HERZOGENRATH

Umweltbericht

Datum: 29. April 2019

Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung
Dipl.-Ing. Guido Beuster
Freier Landschaftsarchitekt

In Granterath 11 Tel. 02431 / 94 34 478
41812 Erkelenz Fax. 02431 / 94 34 953
guido-beuster@t-online.de www.guido-beuster.de

AUFTRAGGEBER:

Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH
c/o Sparkassen Immobilien GmbH
Monnetstraße 24

52146 Würselen

BEARBEITUNG:

Guido Beuster Landschaftsarchitekt

Erkelenz, den 29. April 2019

INHALTSVERZEICHNIS SEITE

1.	**EINLEITUNG**	**1**
1.1	**KURZDARSTELLUNG DER INHALTE UND ZIELE DES BEBAUUNGSPLANES**	**1**
1.2	**DARSTELLUNG DER IN EINSCHLÄGIGEN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTEN UMWELTRELEVANTEN ZIELE UND IHRE BERÜCKSICHTIGUNG**	**7**
2.	**BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELT-AUSWIRKUNGEN**	**11**
2.1	**BESTANDSAUFNAHME UND BEWERTUNG**	**11**
2.1.1	Schutzgut Mensch	11
2.1.2	Schutzgut Tiere und Pflanzen	12
2.1.3	Schutzgut Boden	17
2.1.4	Schutzgut Wasser	20
2.1.5	Schutzgut Luft / Klima	21
2.1.6	Schutzgut Landschaft	22
2.1.7	Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	23
2.1.8	Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen	24
2.1.9	Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter	25
2.2	**PROGNOSE UND ENTWICKLUNG DES UMWELTZUSTANDES**	**26**
2.2.1	**Entwicklung bei Durchführung der Planung**	**26**
2.2.2	**Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung**	**26**
2.2.3	**Betrachtung anderweitiger Planungs- und Lösungsmöglichkeit.**	**26**
2.3	**GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH NACHTEILIGER UMWELTAUSWIRKUNGEN**	**27**
2.3.1	Vermeidungs-, Verminderungs- und Schutzmaßnahmen	27
2.3.2	Kompensationsmaßnahmen	30
2.3.3	Eingriffs- /Ausgleichsbilanzierung	35
3.	**ZUSÄTZLICHE ANGABEN**	**37**
3.1	**BESCHREIBUNG DER WICHTIGSTEN MERKMALE DER VERWENDETEN TECHNISCHEN VERFAHREN**	**37**
3.2	**MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG ERHEBLICHER UMWELTAUSWIRKUNGEN / MONITORING**	**38**
3.3	**ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG**	**38**

Büro für Freiraum und Landschaftsplanung | Tel. 02431/ 943 44 78 | Fax 02431/ 943 49 53
Dipl.-Ing. Guido Beuster | guido-beuster@t-online.de | www.guido-beuster.de
Freier Landschaftsarchitekt | **In Granterath 11** | **41812 Erkelenz**

1. EINLEITUNG

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes II / 65 - B „Kämpchenstraße - Teil B“ wurde zur Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs.6 Nr.7 BauGB sowie § 1a BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt. Darin werden die vorrausichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung beschränkt sich dabei auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand, allgemein anerkannten Prüfmethoden, sowie Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans in angemessener Weise verlangt werden kann. Die Ergebnisse der für die Bearbeitung des Bebauungsplans erforderlichen Gutachten wurden hierbei berücksichtigt. Die Beschreibung und Bewertung der geprüften Umweltbelange erfolgt in dem vorliegenden Umweltbericht.

1.1 KURZDARSTELLUNG DER INHALTE UND ZIELE DES BEBAUUNGS-PLANES

In seiner Sitzung vom 14.06.2012 hat der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Herzogenrath die Aufstellung des Bebauungsplanes II/65 „Kämpchenstraße“ beschlossen.

Aufgrund der Gesamtgröße und um eine zügige Umsetzung der Planung zu gewährleisten, wurde das Gebiet in zwei Bauabschnitte unterteilt. Der erste Bauabschnitt, Bebauungsplan II/ 65 - A „Kämpchenstraße – Teil A“, ist durch Bekanntmachung vom 21.05.2015 als Satzung in Kraft getreten.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohneigentum in Kohlscheid, sollten zügig die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung des zweiten Abschnitts des Gebietes geschaffen werden. Aus diesem Grund wurde dem Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Herzogenrath bereits am 08.04.2014 ein erster aktualisierter städtebaulicher Entwurf des zweiten Teilbereichs vorgestellt und der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan II/ 65 - B „Kämpchenstraße – Teil B“ gem. § 2 BauGB gefasst.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes II/ 65 B „Kämpchenstraße - Teil B“ umfasst ein ca. 5,8 ha großes Gebiet im Süd-Westen des Herzogenrather Ortsteils Kohlscheid und wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch die rückwärtigen Grundstücksgrenzen der vorhandenen Bebauung an der Wagnerstraße und der Brucknerstraße
- Im Westen durch die Bebauung „Kämpchenstraße - Teil A“
- Im Süden durch die Kämpchenstraße
- Im Osten durch den alten Bahndamm

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 3430, 4976, 5013, 9, 3435, 3431, 3434, 3865, 3868, 3864, 1719, 3863, 3869, 3870, 3871, 3872, 3883, Teil aus 4549, 3874, 3875, 3876, 3878, 3879, 2728, 3887, 3889, 3890, 3892, 3896, 3895, und 2727 der Flur 8, Gemarkung Kohlscheid. Die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ist kartographisch bestimmt.

Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung von Baurecht für etwa 68 Einfamilienhäuser und 7 Mehrfamilienhäuser. Die Bebauung ist, entsprechend dem Umfeld, in offener Bauweise vorgesehen.

Das Plangebiet wird als „Allgemeines Wohngebiet“ gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Um den Gebietscharakter nicht zu gefährden sowie um unerwünschte und ggf. Lärm emittierende Nutzungen auszuschließen, wird gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO textlich festgesetzt, dass die gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO in allgemeinen Wohngebieten ausnahmsweise zulässigen Anlagen im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes II/ 65 B „Kämpchenstraße - Teil B“ nicht zulässig sind.

Das Maß der baulichen Nutzung wird gemäß § 16 BauNVO bestimmt durch die Festsetzungen der maximal zulässigen Zahl der Vollgeschosse, der GRZ und der Höhe der baulichen Anlagen.
Die maximal zulässige GRZ wird mit 0,4 festgesetzt. Auf diese Weise wird bei den vorgesehenen Grundstücksgrößen ein ausreichendes Maß der baulichen Nutzung ermöglicht und gleichzeitig eine übermäßige Verdichtung vermieden.
Gemäß § 19 (4), Satz 3, BauNVO wird bestimmt, dass bei der Ermittlung der Grundfläche die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit Ihren Zufahrten und Nebenanlagen nicht mitzurechnen sind, sobald diese nicht an den öffentlichen Entwässerungskanal angeschlossen oder wasserdurchlässig ausgeführt werden.

Büro für Freiraum und Landschaftsplanung Tel. 02431/ 943 44 78 Fax 02431/ 943 49 53
Dipl.-Ing. Guido Beuster guido-beuster@t-online.de www.guido-beuster.de
Freier Landschaftsarchitekt **In Granterath 11** **41812 Erkelenz**

Außerdem sind die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten innerhalb der Flächen für Gemeinschaftsgaragen (GGa) bei der Ermittlung der Grundfläche nicht mitzurechnen.
Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind II Vollgeschosse als Höchstmaß zugelassen. In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 3 sind II Vollgeschosse zwingend festgesetzt.

Weiterhin werden aus städtebaulich-gestalterischen Gründen die Gebäudehöhen in Abhängigkeit von der Dachform festgesetzt.
Bei geneigten Dächern wird die maximale Traufhöhe mit 6,50 m, die Firsthöhe mit 10,50 m festgesetzt. Bei Flachdächern beträgt die max. Höhe ohne Staffelgeschoss 6,50 m, mit Staffelgeschoss 9,50 m. Die maximale Höhe der Umwehrungen bei Dachterrassen ist mit max. 7,50 m festgesetzt. Somit wird zusätzlich zur Festsetzung der Geschossigkeit die Höhe der baulichen Anlagen beschränkt und innerhalb eines angemessenen Spielraumes vereinheitlicht.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden gemäß § 23 BauNVO mit Baugrenzen festgesetzt. Die überbaubaren Grundstücksflächen sind so festgesetzt, dass einerseits eine städtebaulich sinnvolle Bebauung entlang der Straßen entsteht und die städtebaulichen Ziele umsetzt, andererseits bleibt eine gewisse Flexibilität in der Gebäudeanordnung und bei der späteren Parzellierung gewährleistet.
Gebäudeteile die überwiegend offen oder verglast und eingeschossig sind, wie Wintergärten und Terrassenüberdachungen, können ebenfalls die rückwärtigen Baugrenzen überschreiten, und bieten so den Nutzern die Möglichkeit einer flexiblen Nutzung ihrer privaten Freiflächen.
Balkone können um max. 1,50 m die festgesetzten Baugrenzen überschreiten.
Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebengebäude bis 12 m² Grundfläche und Terrassen zulässig.

Die Erschließung der Teilbereiche A und B erfolgt über die Kämpchenstraße und über die Dornkaulstraße, die im Nordwesten in die Roermonder Straße mündet.
Die ringförmige Haupterschließung wird mit einem Querschnitt zwischen 5,50 m ohne straßenbegleitendem Parken und 8,50 m mit straßenbegleitetem Parken festgesetzt. Die Straßenräume werden als Verkehrsberuhigter Bereich im Mischprinzip mit gestalterischen Elementen wie Stellplätze und Straßenbäume ausgebaut. Die Anbindung der Bebauung an die Kämpchenstraße erfolgt in Form einer leistungsfähigen T-Einmündung.

Hinsichtlich der Anbindung beider Plangebiete an die übergeordneten Straßen wurde ein verkehrstechnisches Gutachten erstellt, das die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Entwicklung auf die umliegenden Straßenzüge und Knotenpunkte ermittelt und darstellt.
Da die Erschließung des Baugebietes zusätzliche Belastungen der Verkehrsverhältnisse entlang der übergeordneten Straßen auslöst, sind verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Nachweises der notwendigen Stellplätze in den allgemeinen Wohngebieten mind. je 2 private Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen.

Die L 232 (Roermonder Straße) und die L244 (Klosterstraße) sind die Hauptachsen des straßengebundenen ÖPNV in Herzogenrath-Kohlscheid. Über diese Straßen führen mehrere Buslinien, die das Plangebiet direkt mit dem Kohlscheider Zentrum und den übrigen Herzogenrather Stadtteilen sowie mit dem Oberzentrum Aachen verbinden.

Die Ausbauart der inneren Wohnstraßen als Mischflächen sowie die geplante Anbindung an die vorhandenen Fuß- / Radwege sollen im Rahmen der Gesamtplanung der Teilbereiche A und B einen umwegfreien und gefahrlosen Fuß- und Radverkehr erlauben. Im Zuge der Kämpchenstraße wird ein befestigter straßenbegleitender Gehweg von der vorhandenen Bebauung In der Leer bis zur geplanten T-Einmündung hergestellt.
Die dargestellte Trasse für den geplanten Radschnellweg Euregio ist realisierbar. Sie liegt innerhalb öffentlicher Grünflächen und innerhalb landwirtschaftlicher Flächen.

Eines der bestimmenden Elemente des städtebaulichen Entwurfes für das ca. 11,9 ha große Gesamtgebiet ist ein Grüngürtel, der die geplante Bebauung allseitig säumt. (vgl. Gesamtkonzept / Rahmenplan). In diesem Bereich, der mit bergbaulichen Restriktionen behaftet ist, kann kein Bauland ausgewiesen werden. Teile der Grünanlagen werden im Zuge des Teilbereiches A realisiert und im Teilberich B fortgeführt. Die Ausgleichsfläche im Norden des Geltungsbereichs und die Ausgleichsfläche an der Kämpchenstraße im Süden des Geltungsbereichs werden als Obstwiese angelegt. Die vorhandene Baumreihe entlang der Kämpchenstraße wird erhalten, bis auf einen Baum, der zur Realisierung der

Erschließungsstraße gefällt werden muss. Ein Teil des südlichen Grünstreifens wird als landwirtschaftliche Fläche erhalten bleiben, da die Fläche zur Realisierung von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen nicht zur Verfügung steht.

Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Die Erstellung der Schmutzwasserkanalisation erfolgt im Zuge der Herstellung der Erschließungsstraßen. Das Schmutzwasser wird dem Mischwassernetz in der Dornkaulstraße zugeführt und gelangt dann zur Kläranlage Aachen-Horbach

Das Niederschlagswasser wird dem öffentlichen Regenwasserkanal zugeführt.

Der zum Bebauungsplanverfahren II/65-B vorgelegte geotechnische Bericht hat ergeben, dass eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser wegen der insgesamt zu geringen Bodendurchlässigkeiten nicht möglich ist.
Eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen kann nach einer grundstücks- und projektbezogenen Bodenuntersuchung im Einzelfall zugelassen werden. Eine ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) sowie eine gezielte Versickerung von kleineren versiegelten Flächen wie Terrassen, Haus- und PKW-Garagenzugängen / -zufahrten ist in der oberflächennahen Schicht 2 möglich. Der geotechnische Bericht von Kramm Ingenieure vom 24.03.2018 ist zu beachten.
Daher wird das Regenwasser ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.
Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind. Bezüglich des RRB wurde vom WVER eine Untersuchung durchgeführt, die gezeigt hat, dass weder aus Gründen des Hochwasserschutzes noch des Gewässerschutzes am Amstelbach Erweiterungen des RRB erforderlich sind. Für die Kanalisation und das RKB wurden zwischenzeitlich die erforderlichen Nachweisunterlagen bei der Städteregion Aachen vorgelegt. Auch hier sind keine Erweiterungen erforderlich.

Am östlichen Rand des Planbereichs, entlang des Bahndamms, verläuft eine unterirdische Ferngasleitung. Der Schutzbereich der Leitung wird als mit Leitungsrecht zu belastende Fläche festgesetzt.

Durch den Verkehrslärm sind an den im B-Plan gekennzeichneten Orten Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte nach 16. BImSchV zu erwarten. Damit

ein Schutz der Wohnbebauung gemäß Baugesetzbuch gewährleistet ist, wird eine Einteilung in Lärmpegelbereiche vorgenommen.

Im Plangebiet sowie dem unmittelbaren einwirkungsrelevanten Umfeld streichen die Flöze Rauschenwerk, Senteweck, Grauweck, Grafweck, Furth, Croat, Gellarsch und Meister an der Karbonoberfläche aus. Erkundungsbohrungen haben fünf Flöze örtlich abgebaut angetroffen. Diese im Norden und im Süden liegenden Flöze liegen außerhalb der überbaubaren Flächen (Bereich A), das größtenteils im Teilbereich A des Bebauungsplanes liegende tagesnah abgebaute Flöz Grafweck wurde saniert und vom Bergbausachverständigen für die Bebauung frei gegeben. Die Einwirkungsbereiche der tagesnah abgebauten Flöze werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB als „Fläche, unter der der Bergbau umgeht“ gekennzeichnet. Die restlichen Flöze wurden nicht abgebaut.
Im Norden des Plangebietes befinden sich die ungesicherten Tagesöffnungen 019 und 024. Die Einwirkungsbereiche der Schächte werden von Bebauung frei gehalten, innerhalb der Ausgasungsschutzzonen werden Flächendrainagen vorgesehen. Die Bereiche werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind“ gekennzeichnet.

1.2 DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTEN ZIELE DES UMWELTSCHUTZES UND DIE ART DER BERÜCKSICHTIGUNG DER ZIELE

Regionalplan

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen ist das Plangebiet als *Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)* dargestellt.

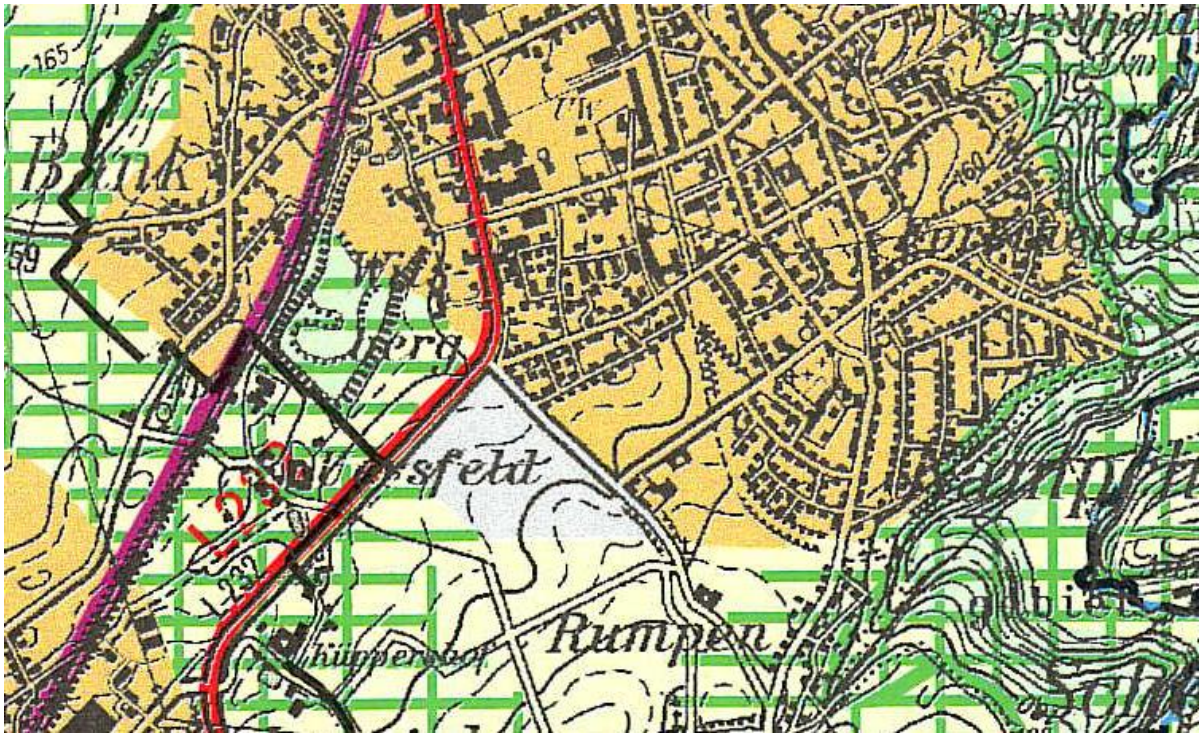


Abb.1 Auszug aus dem Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, Stand 2003, Blatt L 5100/510

Flächennutzungsplan FNP

Im derzeit rechtsgültigen Flächennutzugsplan der Stadt Herzogenrath ist der Geltungsbereich vollständig als *Wohnbaufläche* dargestellt.

Landschaftsplan / Schutzgebiete

Das Plangebiet liegt außerhalb des Geltungsbereichs des Landschaftsplanes I Herzogenrath - Würselen der StädteRegion Aachen.



Abb. 2: Auszug aus dem Landschaftsplan I Herzogenrath - Würselen der StädteRegion Aachen, Fassung: 1. Änderung, Stand 28.02.2005

Bundesnaturschutzgesetz

Innerhalb des Planungsgebietes sind weder schützenswerte Biotope gemäß § 30 BNatSchG vorhanden noch werden Flächen im Biotopkataster NRW (Schutzwürdige Biotope in Nordrhein-Westfalen) geführt.
Innerhalb des Plangebietes und in unmittelbarer Nähe (300 m Radius) liegen keine FFH- und Vogelschutzgebiete.

Eingriffsregelung

Sind auf Grund der Aufstellung von Bauleitplänen Eingriffe in Natur und Landschaft gemäß § 18 BNatSchG zu erwarten, so ist über die Vermeidung und den Ausgleich nach § 1a Abs. 3 BauGB zu entscheiden. Vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind zu unterlassen, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen auszugleichen. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird der Eingriff bewertet und im vorliegenden Umweltbericht werden detailliert Maßnahmen dargestellt, die die unvermeidbaren Beeinträchtigungen ausgleichen bzw. in sonstiger Weise kompensieren.

Bodenschutz (Bundesbodenschutzgesetz)

Die Bodenschutzklausel § 1a Abs. 2 BauGB fordert u. a. einen sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden, sowie eine Begrenzung der Bodenversiegelung auf das notwendige Maß. Leitziel des Bodenschutzes ist es, die Funktionsfähigkeit der natürlichen Abläufe und Wirkungszusammenhänge in ihrer ungestörten, naturraumspezifischen, biotischen und abiotischen Vielfalt zu erhalten.

Niederschlagswasserbeseitigung (Wasserhaushaltsgesetz / Landeswassergesetz)

Gemäß § 55 Wasserhaushaltsgesetzt in Verbindung mit § 44 Landeswassergesetz NRW wird für Grundstücke, die nach dem 01.01.1996 erstmals bebaut werden gefordert, dass das anfallende Niederschlagswasser vor Ort versickert, verrieselt oder einem ortsnahen Oberflächengewässer zugeführt wird.

Lärmschutz (Bundes-Immissionsschutzgesetz)

Zu den Aufgaben der Bauleitplanung gehört die am Grundgedanken des vorbeugenden Immissionsschutzes (§ 1 BauGB) orientierte Ordnung der baulichen Nutzungen. Diese soll so erfolgen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete soweit wie möglich vermieden werden (§ 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz).

Die DIN 18005 ‚Schallschutz im Städtebau’ enthält als Zielvorstellung schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung.

Baumschutzsatzung der Stadt Herzogenrath

Nach der Baumschutzsatzung der Stadt Herzogenrath sind Bäume mit einem Stammumfang von 80 cm und mehr, und Nadelbäume mit einem Stammumfang von 100 cm mehr gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden (geschützte Bäume), Eiben stehen mit einem Stammumfang von 80 cm und mehr gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden unter Schutz, sofern sie baumartig gewachsen sind. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, so ist der Stammumfang unmittelbar unter dem Kronenansatz maßgebend. Mehrstämmige Bäume sind geschützt, wenn die Summe der Stammumfänge 80 cm beträgt und mindestens ein Stamm einen Stammumfang von 30 cm aufweist.
Diese Satzung gilt auch für Bäume, die aufgrund von Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu erhalten sind und für die nach dieser Satzung vorgenommenen Ersatzpflanzungen, auch wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.
Nicht unter diese Satzung fallen unbeschadet von Abs. 3 Obstbäume bis 100 cm Umfang, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden, mit Ausnahme von Walnussbäumen und Esskastanien.

Büro für Freiraum und Landschaftsplanung Tel. 02431/ 943 44 78 Fax 02431/ 943 49 53
Dipl.-Ing. Guido Beuster guido-beuster@t-online.de www.guido-beuster.de
Freier Landschaftsarchitekt **In Granterath 11** **41812 Erkelenz**

2. BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN

2.1 BESTANDSAUFNAHME UND BEWERTUNG

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen erfolgt verbal argumentativ. Dabei werden drei Stufen unterschieden: geringe, mittlere und hohe Erheblichkeit.

2.1.1 Schutzgut Mensch

Bestandsbeschreibung

Ein Hauptaspekt des Schutzes von Natur und Landschaft ist es, im Sinne einer Daseinsvorsorge die Lebensgrundlage des Menschen nachhaltig, d.h. auch für zukünftige Generationen, zu bewahren und zu entwickeln. Die Betrachtung des Menschen einschließlich der menschlichen Gesundheit zielt vorrangig auf die Aspekte des gesundheitlichen Wohlbefindens ab. Diese werden in Zusammenhang mit der Daseinsgrundfunktion gebracht (Wohnen, Arbeiten, Kommunikation, in Gemeinschaft leben, Bildung, Versorgung und Erholung). Zu berücksichtigen sind daher die Wohn-, Wohnumfeld- sowie die Erholungsfunktion. Neben dem indirekten Schutz durch Sicherung der übrigen Schutzgüter sollen gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie quantitativ und qualitativ ausreichender Erholungsraum für den Menschen gesichert werden.

Für die Teilbereiche A und B wurde von KempenKrause Ingenieure aus Aachen eine lärmtechnische Untersuchung zur Ermittlung der zu erwartenden Schallbelastung an den geplanten Gebäuden durchgeführt. Dazu wurden die gewerblichen Betriebe und der landwirtschaftliche Betrieb in der näheren Umgebung inkl. der aktuell vorhandenen und der zukünftig zu erwartenden Verkehre untersucht.

Das Plangebiet wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Die Bedeutung für die Naherholung ist gering.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Unter den oben genannten Bedingungen ergeben sich keine Konflikte an der geplanten Wohnbebauung nach TA Lärm. Durch den Verkehrslärm sind an den im B-Plan gekennzeichneten Orten Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte nach 16. BImSchV zu erwarten. Hier werden passive Schallschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Damit ein Schutz der Wohnbebauung gemäß Baugesetzbuch gewährleistet ist, wird eine Einteilung in Lärmpegelbereiche vorgenommen.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche geht verloren.

Bewertung

Die geplante Entwicklung des Wohngebietes kommt dem anhaltenden Bedarf an Wohnbauland nach.

Mit den Belangen des Immissionsschutzes ist das geplante Wohngebiet vereinbar.

Die Naherholungsfunktion innerhalb des Plangebietes wird durch die Anlage des Grüngürtels verbessert.

2.1.2 Schutzgut Pflanzen und Tiere

Bestandsbeschreibung

Die gegenwärtig vorhandenen Biotopstrukturen wurden vor Ort aufgenommen und gemäß der *Methode zur ökologischen Bewertung von Biotoptypen von Dankwart Ludwig, aufgestellt 1990 Büro Froelich + Sporbeck* bewertet.

Der Großteil des Plangebietes stellt sich als intensiv genutzte Ackerfläche dar. Am südöstlichen Plangebietsrand entlang der Kämpchenstraße stockt in einem straßenbegleitenden Grasflurstreifen eine Baumreihe mit standorttypischen Ahornbäumen *Acer platanoides*, die ein mittleres Baumholz aufweisen.



Foto 1: Plangebiet aus nordwestlicher Richtung



Foto 2: Plangebiet aus südöstlicher Richtung

Gemäß des § 44 Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG müssen die Belange des Artenschutzes bei allen genehmigungspflichtigen Planungsverfahren entsprechend berücksichtigt werden.
Um dem Gesetz Rechnung zu tragen wurde durch den Dipl.-Biologe Horst Klein für die Teilbereiche A und B eine Artenschutzrechtliche Vorprüfung ASP I durchgeführt.

Demnach führt das Fachinformationssystem Geschützte Arten in NRW (FIS) des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz LANUV NRW in dem betroffenem Messtischblatt (MTB 5102) für die betroffenen Lebensraumtypen 9 Säugetierarten, 34 Vogelarten, 3 Amphibienarten und eine Käferart als planungsrelevante Arten auf.
An Hand der ökologischen Ansprüche und des Lebensraumangebote erfolgte eine Einschätzung ob diese Arten im Wirkungsbereich des Vorhabens Vorkommen könnten.

Demnach ist das Vorkommen von 4 Fledermausarten: Braunes Langohr, Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler und Zwergfledermaus denkbar.

Eine Anfrage zu einem möglichen Vorkommen der Art des Anhangs IV FFH-RL Feldhamster im Vorhabenbereich wurde seitens des Umweltamtes der StädteRegionAachen, Herrn THYSSEN (schriftl. Mitt. 12.05.2014), wie folgt beantwortet: Für den Bereich des Plangebietes und seiner Umgebung hat es in den letzten 3 Jahrzehnten keinen Nachweis der Art gegeben. Das B-Plangebiet ist ca. 3,5 km von den nächstgelegenen Nachweisbereichen ("Avantis-Hamster") entfernt. Dazwischen liegen eine Ortschaft, ein Gewerbegebiet und 2 stark befahrene Straßen. Insofern kann man davon ausgehen, dass im Plangebiet kein Feldhamster vorkommt.

Als potentielle Gastvogelarten ist das Vorkommen von: Mäusebussard, Mehlschwalbe, Rauchschwalbe, Rotmilan, Saatkrähe, Schleiereule, Sperber, Turmfalke und Waldkauz möglich. Als potentielle Brutvogelarten sind Waldohreule, Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel und Feldschwirl möglich.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Durch die geplante bauliche Entwicklung wird das Plangebiet vollständig überprägt.

Der Eingriff in Natur und Landschaft wird soweit möglich innerhalb des Plangebietes durch die Anlage von Streuobstwiesen, sowie durch die Pflanzung von Straßenbäumen mit lebensraumtypischen Gehölzarten ausgeglichen.

Das verbleibende Ökologische Restdefizit wird durch Ersatzmaßnahmen kompensiert.

Das Vorhaben ist nicht mit einer Rodung von Gehölzen mit Baumhöhlen oder –spalten oder mit Eingriffen in Gebäude verbunden, die als Quartiere für Fledermausarten fungieren könnten.

Für die Gastvogelarten ist mit keinen vorhabenbedingten Beeinträchtigungen zu rechnen. Brutvorkommen dieser Arten können in Vorhabenbereich ausgeschlossen werden. Eine essentielle Bedeutung als Nahrungsraum ist nicht ersichtlich.

Koniferen (Fichten) in den Gärten, die im Norden an die Teilfläche A grenzen, könnten von der Waldohreule als Brut- oder Ruheplatz genutzt werden. Falls eine Entfernung einzelner Koniferen im Bereich des geplanten Weges von der Teilfläche A zur Wagnerstraße nicht zu vermeiden ist, ist eine Zerstörung einer Fortpflanzungs-/Ruhestätte der Waldohreule nicht auszuschließen. Verluste bzw. Beeinträchtigungen weiterer Koniferen in ihrer möglichen Funktion als Brut-/Ruheplätze für Waldohreulen sind nach den vorliegenden Planentwürfen jedoch nicht zu erwarten. Mögliche Eingriffe betreffen somit allenfalls Einzelbäume und einen insgesamt sehr geringen Anteil der Gehölze. Im (wenig wahrscheinlichen) Falle einer Betroffenheit eines Brut-/Ruheplatzes der Waldohreule stehen daher Baumbestände mit einer vergleichbaren Eignung als Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung. Somit bleibt die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang für das lokale Vorkommen der Waldohreule auch ohne weitere Maßnahmen gewahrt.
Dies gilt auch für den Fall, dass der Vorhabenbereich als Nahrungsraum für die Waldohreule fungiert.

Für die als potenziell vorkommend eingestuften planungsrelevanten Vogelarten Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel und Feldschwirl ist denkbar, dass vorhabenbedingte Auswirkungen zur Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände führen. Im

Rahmen einer Bestandserfassung wurde daher geprüft, ob diese Arten im Vorhabenbereich vorkommen.
Die Bestandserfassung von Brutvogelarten erfolgte im Frühjahr 2014 und zielte schwerpunktmäßig auf eine Erfassung derjenigen planungsrelevanten Vogelarten ab, für die auf Grundlage der Potenzialeinschätzung von einer möglichen Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände auszugehen war (Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Feldschwirl).
Die Erfassung erfolgte im Rahmen von 3 Begehungsterminen (15.05., 23.05., 14.06.2014).
Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurde 1 Revier der planungsrelevanten Brutvogelart Feldlerche im Teilbereich A und 1 Revier im Teilbereich B nachgewiesen.
Die als potenziell vorkommend eingestuften planungsrelevanten Brutvogelarten Rebhuhn, Wachtel und Feldschwirl wurden nicht nachgewiesen. Daher ist nicht von einer vorhabenbedingten Betroffenheit dieser Arten auszugehen.
Für den Verlust des Brutlebensraumes der Feldlerche im Teilbereich A wurde bis 2017 eine temporäre CEF-Maßnahme im Teilbereich B geschaffen. Der funktionale Ausgleich für diesen Lebensraumverlust wurde durch lebensraumverbessernde Maßnahmen im Ackerland geleistet.
Für diese Maßnahme erfolgte in den Jahren 2015, 2016 und 2017 durch den Dipl. -Biologen Sven Kreutz ein Monitoring. Hierzu wurde die Fläche in den jeweiligen Jahren im April und Mai an drei Terminen bei geeigneten Wetterbedingungen begangen und auf Vorkommen der Feldlerche untersucht. Die CEF- Maßnahme wurde augenscheinlich, ordnungsgemäß durchgeführt. Es konnten jedoch in keinem der 3 Jahre Reviere der Feldlerche festgestellt werden.
Nach mehreren Abstimmungen mit der Unteren Naturschutzbehörde der StädteRegion wurde daher festgelegt, dass vor Realisierung des Teilbereichs B die temporäre CEF-Maßnahme für das festgestellte Revier der Feldlerche aus dem Teilbereich A an anderer Stelle erfolgen muss. Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen hier für Flächen im Banker Feld westlich der Ortslage Bank zu Verfügung. Hierzu finden derzeit Gespräche mit den jeweiligen Landwirten statt.
Für das im Rahmen der Bestandsaufnahme festgestellte Revier im Teilbereich B muss keine CEF-Maßnahme umgesetzt werden.

Bewertung

Die ökologische Wertminderung in den Naturhaushalt wird in der Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung Kap. 2.3.3 ermittelt.

Unter der Berücksichtigung, dass der Eingriff für die bauliche Entwicklung so weit wie möglich innerhalb des Plangebietes ausgeglichen wird und das verbleibende ökologische Defizit über Ersatzmaßnahmen kompensiert wird, ist insgesamt von einer mittleren Erheblichkeit auszugehen.

Eine Betroffenheit europäisch geschützter Arten kann unter Beachtung der beschriebenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.

2.1.3 Schutzgut Boden

Bestandsbeschreibung

Die Geländeoberfläche des Plangebietes ist weitgehend eben und wird zurzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Gemäß der Bodenkarte des Geologischen Landesamtes NRW, Blatt L 5102 Geilenkirchen befindet sich im Plangebiet überwiegend *Parabraunerde, z.T. Pseudogley-Parabraunerde*. Hierbei handelt es sich um schluffige Lehmböden, mit einem hohen bis sehr hohen Ertrag, einer hohen Sorptionsfähigkeit, einer hohen nutzbaren Wasserkapazität und einer mittleren Wasserdurchlässigkeit. Die Bodenwertzahl liegt bei 65-80.

Gemäß Auskunftssystem BK 50 Karte besteht eine Schutzwürdigkeit der Böden aufgrund des Wasserspeichers im 2-Meter Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion.

Seitens der Kramm Ingenieure GmbH & Co.KG wurde eine Baugrunduntersuchung durchgeführt und ein Geotechnischer Bericht mit Stand: 24.03.2018 vorgelegt.
Demnach ist der geotechnisch relevante, gewachsene Baugrund oberflächennah wie folgt von oben nach unten zweigeteilt: Unter dem Ackerboden folgt bis rd. 1,4 m und 4,4 m unter Flur eine lehmige Deckschicht aus Löß (Flugsandablagerungen),

die z.T. infolge Verwitterung zu Lößlehm zersetzt ist. Darunter steht ein zwischen 11 m und 13 m dickes Paket aus mitteldicht bis dicht gelagerten Sanden und kiesen eiszeitlicher Ablagerungen der Hochterrasse an. Darunter beginnt dann ab rd. 16 m die o.a. tiefere Schichtenfolge aus tertiären Schichten und dem Grundgebirge.

Eine betriebssichere, gezielte Versickerung größerer Wassermengen in der Schicht 2 ist wegen der hauptsächlichen Schluffanteile d.h. wegen der zu geringen Bodendurchlässigkeiten entsprechend Durchlässigkeitsbeiwerten (k-Wert) von < 1x10-6 m/s, aus technischer Sicht nicht möglich. Grundsätzlich möglich ist dagegen eine gezielte Versickerung von Niederschlagswasser kleinerer versiegelter Flächen wie Terrassen sowie Haus- und PKW-Gragenzuwegungen. Eine ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) ist in der Schicht 2 möglich.
Eine gezielte Versickerung von Niederschlagswassermengen aus Bauwerksdränagen ist in der Schicht 3 dort möglich, wo die Verlehmung in den Kiesen nicht zu stark ist. Für die Versickerung größerer Wassermengen, wie z.B. von Dachflächen und dicht versiegelten Verkehrsflächen, reicht auch die natürliche Durchlässigkeit in der Schicht 3 nicht aus, d.h. das Dachwasser muss über die Kanalisation abgeleitet werden.
Von der Unteren Wasserbehörde der StädteRegion Aachen wird eine gezielte Versickerung in der Schicht 3 aus wasserrechtlichen Schutzaspekten i.d.R. nur dann genehmigt, wenn die Tiefenlage der ausreichend durchlässigen Schicht nicht tiefer als 3 m unter Gelände liegt. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Baugrunderkundung Versickerungsversuche in den Bohrlöchern der Baugrunderkundung demzufolge nur dort durchgeführt, wo die Schicht 3 nicht tiefer als 3 m unter Gelände beginnt.
Demnach ist eine gezielte Versickerung von Niederschlagswasser nur in Teilbereichen des Bebauungsplangebietes möglich und muss daher entsprechenden Einzelprüfungen auf den späteren Baugrundstücken vorbehalten bleiben.

Das Plangebiet befindet sich gemäß der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland zu DIN 4149 in der Erdbebenzone 3 in der Untergrundklasse R.

Im Plangebiet sowie dem unmittelbaren einwirkungsrelevanten Umfeld streichen die Flöze Rauschenwerk, Senteweck, Grauweck, Grafweck, Furth, Croat, Gellarsch und Meister an der Karbonoberfläche aus. Erkundungsbohrungen haben fünf Flöze

örtlich abgebaut angetroffen. Diese im Norden und im Süden liegenden Flöze liegen außerhalb der überbaubaren Flächen (Bereich A), das größtenteils im Teilbereich A des Bebauungsplanes liegende tagesnah abgebaute Flöz Grafweck wurde saniert und vom Bergbausachverständigen für die Bebauung frei gegeben.
Im Norden des Plangebietes befinden sich die ungesicherten Tagesöffnungen 019 und 024.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Bei Umsetzung des Bebauungsplanes werden 23.492 m² Bodenfläche dauerhaft versiegelt. Auf diesen Flächen geht die ökologische Funktionsfähigkeit der Böden nahezu vollständig verloren. Aber auch die nicht überbaubaren Flächen können im Zuge der Baumaßnahmen durch Umgestaltung oder Verdichtung in Folge von Befahrung und Lagerung betroffen sein.

Die Einwirkungsbereiche der tagesnah abgebauten Flöze werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB als „Fläche, unter der der Bergbau umgeht“ gekennzeichnet.

Die Einwirkungsbereiche der Schächte werden von Bebauung frei gehalten, innerhalb der Ausgasungsschutzzonen werden Flächendrainagen vorgesehen. Die Bereiche werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind“ gekennzeichnet.

Bewertung

Der Bebauungsplan ermöglicht für einen großen Teil des Plangebietes die Veränderung und Versiegelung von Bodenfläche.

Die vorhandene Bergbausituation ist im städtebaulichen Entwurf berücksichtigt.

Insgesamt ist von einer hohen Erheblichkeit auszugehen.

2.1.4 Schutzgut Wasser

Beschreibung

Innerhalb des Plangebietes sind keine Oberflächengewässer vorhanden.

Das zusammenhängende, unbeeinflusste Grundwasser ist in den amtlichen hydrologischen Karten (z.B. im „Rahmenplan Rur“) ab rd. NN + 160 m bis NN + 165 m eingetragen, was bei Geländehöhen im Plangebiet zwischen rd. + 176 m und + 180 m Grundwasserflurabstände zwischen rd. 11 m und 20 m bedeutet.

Der zum Bebauungsplanverfahren II/65-B vorgelegte geotechnische Bericht hat ergeben, dass eine gezielte Versickerung größerer Wassermengen wie Dachwasser wegen der insgesamt zu geringen Bodendurchlässigkeiten nicht möglich ist.
Eine gezielte Versickerung von Wasser aus Bauwerksdränagen kann nach einer grundstücks- und projektbezogenen Bodenuntersuchung im Einzelfall zugelassen werden. Eine ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) sowie eine gezielte Versickerung von kleineren versiegelten Flächen wie Terrassen, Haus- und PKW-Garagenzugängen / -zufahrten ist in der oberflächennahen Schicht 2 möglich. Der geotechnische Bericht von Kramm Ingenieure vom 24.03.2018 ist zu beachten.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Die Erstellung der Schmutzwasserkanalisation, die ausschließlich innerhalb von öffentlichen Verkehrsflächen liegt, erfolgt im Zuge der Herstellung der Erschließungsstraßen. Das Schmutzwasser wird dem Mischwassernetz in der Dornkaulstraße zugeführt und gelangt dann zur Kläranlage Aachen-Horbach.

Bei Umsetzung des Bebauungsplanes muss in Folge der Erschließung und der Bebauung Regenwasser von 23.492 m² versiegelter Bodenfläche abgeleitet werden.
Aufgrund der zu geringen Bodendurchlässigkeit wird das Regenwasser daher ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.

Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind. Bezüglich des RRB wurde vom WVER eine Untersuchung durchgeführt, die gezeigt hat, dass weder aus Gründen des Hochwasserschutzes noch des Gewässerschutzes am Amstelbach Erweiterungen des RRB erforderlich sind. Für die Kanalisation und das RKB wurden zwischenzeitlich die erforderlichen Nachweisunterlagen bei der Städteregion Aachen vorgelegt. Auch hier sind keine Erweiterungen erforderlich.

Bewertung

Der Bebauungsplan ermöglicht für einen großen Teil des Plangebietes die Versiegelung von Bodenfläche. Aufgrund der unzureichenden Versickerungsfähigkeit der Böden muss das anfallende Niederschlagswasser überwiegend an das das Kanalsystem / die Vorflut abgeleitet werden. Dadurch wird das Kanalsystem / die Vorflut belastet. Insgesamt ist von einer mittleren Erheblichkeit auszugehen.

2.1.5 Schutzgut Luft / Klima

Beschreibung

Die Stadt Herzogenrath liegt in einer kühl gemäßigten bis ozeanischen Klimazone. Die Winter sind relativ mild und die Sommer verhältnismäßig kühl. Die mittlere Lufttemperatur/Jahr beträgt zwischen 9 und 10°C. Die mittlere Niederschlagshöhe liegt etwa zwischen 750 und 800 mm/Jahr.

Die kleinklimatischen Verhältnisse innerhalb des Plangebiets sind dem Freilandklima und dem Klima von Siedlungsrandbereichen zuzuordnen. Es herrscht ein vergleichsweise günstiges Mikroklima vor, in dem stadtklimatische Effekte noch wenig ausgeprägt sind.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Durch die Umsetzung des Bebauungsplanes werden Flächen mit der Funktion des Freilandklimas und dem Klima der Siedlungsrandbereiche in Anspruch genommen.
Bei Bebauung der Flächen kommt es zu einer negativen, klimatischen Wirkung, da sich versiegelte Flächen schneller erwärmen und eine ungünstigere Strahlungsbilanz besitzen.

Bewertung

Anpflanzungen im Bereich des Plangebietes (Grüngürtel, Gärten, Straßenbäume und entlang der Kämpchenstraße) wirken der negativen, klimatischen Wirkung entgegen. Der Charakter des Siedlungsrandbereis mit kleinen Frischluftschneisen bleibt erhalten, so dass insgesamt von einer nur geringen Erheblichkeit auszugehen ist.

2.1.6 Schutzgut Landschaft

Beschreibung

Das Plangebiet befindet sich im südwestlichen Bereich der Ortslage Kohlscheid und wird durch den weitgehend offenen Charakter der landwirtschaftlich genutzten Flächen geprägt.
Nördlich und östlich befinden sich Siedlungsstrukturen mit den dazugehörigen Gärten. Westlich des Plangebietes befindet sich die bereits weitgehend realisierte Wohnbebauung des Teilbereichs A.

Eine landschaftsprägende Struktur besteht zudem in Form einer Baumreihe entlang der Kämpchenstraße am südlichen Plangebietsrand.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Bei Umsetzung der baulichen Entwicklung geht der offene Charakter der landwirtschaftlich genutzten Flächen weiter verloren. Der Siedlungsrandbereich wird in südliche Richtung verlagert.

Bewertung

Der Charakter des Siedlungsrandbereichs bleibt weitgehend erhalten. Anpflanzungen entlang der Kämpchenstraße und der Erhalt der vorhandenen Baumreihe an der Kämpchenstraße wirken sich positiv auf das Landschaftsbild aus. Insgesamt ist von einer nur geringen Erheblichkeit auszugehen.

2.1.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Beschreibung

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Kultur- und Sachgüter betroffen.

Hinsichtlich archäologischer Kulturgüter wurde auf Teilflächen eine Untersuchung durchgeführt. Konkrete Hinweise auf Kulturgüter wurden in der begangenen Fläche nicht ermittelt. Es kann jedoch grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass im Plangebiet Bodendenkmäler erhalten sind. Weitere Untersuchungen wurden vom LVR – Amt für Denkmalpflege im Rheinland als nicht angemessen eingestuft. Ein entsprechender Hinweis wurde in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.

Die Luftbildauswertung und die Testsondierung haben keine konkreten Hinweise auf die Existenz von Bombenblindgängern bzw. Kampfmitteln ergeben. Es ist nicht auszuschließen, dass noch Kampfmittel im Boden vorhanden sind. Erdarbeiten sind mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen etc. (auch Bohrungen im Zuge von Bergbauuntersuchungen) ist eine Sicherheitsdetektion durchzuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, sind die Arbeiten sofort einzustellen und umgehend die Ordnungsbehörde, die nächstgelegenen Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu benachrichtigen.

Auswirkungen durch die Umsetzung des Vorhabens

Auf Grund des Befunds ergeben sich keine Auswirkungen auf die Planung.

Bewertung

Es werden keine Kultur- und Sachgüter beeinträchtigt.

2.1.8 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen

Im Rahmen der Umweltprüfung sind neben den einzelnen Schutzgütern auch die Wechselwirkungen zwischen diesen zu berücksichtigen. Der Begriff, Wechselwirkungen’ umfasst die in der Umwelt ablaufenden Prozesse.
Die o.g. Schutzgüter Mensch, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft / Klima sowie Kultur- und Sachgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Diese Wirkungsketten und -netze sind bei der Beurteilung der Folgen eines Eingriffs zu betrachten, um sekundäre Effekte und Summationswirkungen erkennen und bewerten zu können.

Die geplante Nutzung erfordert eine zusätzliche Versiegelung innerhalb des Plangebietes. Dies führt zu einem zunehmenden Verlust der Bodenfunktion. Aufgrund der nach derzeitigen Erkenntnissen unzureichenden Versickerungsfähigkeit der Böden muss das anfallende Niederschlagswasser der versiegelten Flächen an das Kanalsystem / die Vorflut abgeleitet werden, wodurch das Kanalsystem / die Vorflut belastet wird. Zudem führt die Versiegelung in geringem Maße zu sommerlichen Aufheizungen, dem mit Anpflanzungen entgegengewirkt wird.

Insgesamt betrachtet werden die Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern nur mit einer geringen Erheblichkeit bewertet.

2.1.9 Zusammengefasste Darstellung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter

In der folgenden Tabelle werden die vorhabensbedingten Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter kurz zusammengefasst.

Schutzgut	**Beurteilung der Umweltauswirkungen**	**Erheblichkeit**
Mensch	Entwicklung von Wohngebietsflächen, Festsetzen von Schallschutzmaßnahmen, Verbesserung der Naherholungssituation durch Anlage des Grüngürtels	gering
Tier und Pflanzen	Verlust von intensiv genutzter Ackerfläche, Kompensation des Eingriffs durch Anpflanzungen innerhalb des Plangebietes und durch Ersatzmaßnahmen, keine Betroffenheit geschützter Arten unter Beachtung der beschriebenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen	mittel
Boden	Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung	hoch
Wasser	Belastung des Kanalsystems und der Vorflut, aufgrund unzureichender Versickerungsfähigkeit muss das anfallende Niederschlagswasser abgeleitet werden	mittel
Luft / Klima	Leichte Veränderung des Kleinklimas aufgrund schnellerer Erwärmung von versiegelten Flächen, Entgegenwirken durch Anpflanzungen innerhalb des Plangebietes	gering
Landschaft	Der Charakter des Siedlungsrandbereich bleibt weitgehend erhalten, Erhalt der Baumreihe und Anpflanzungen entlang der Kämpchenstraße wirken sich positiv auf das Landschaftsbild aus	gering
Kultur- und sonstige Sachgüter	Kultur- und Sachgüter sind nicht bekannt, somit bestehen keine Auswirkungen	keine
Wechsel-wirkungen	Veränderung der Wechselverhältnisse	gering

2.2 PROGNOSEN ZUR ENTWICKLUNG DES UMWELTZUSTANDES

2.2.1 Entwicklung bei Durchführung der Planung

Der Bebauungsplan II / 65 - B „Kämpchenstraße - Teil B“ ermöglicht die Entwicklung eines Wohngebietes für etwa 68 Einfamilienhäuser und 7 Mehrfamilienhäuser.
Damit verbunden sind die im Kap. 2.1 genannten Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter.
Durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen können negative Auswirkungen auf die jeweiligen Schutzgüter eingeschränkt werden.
Weiterhin erfolgt im Rahmen der Realisierung des Bauvorhabens die Kompensation des ökologischen Eingriffs.

2.2.2 Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung würde die Fläche weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.
Die beschriebenen Auswirkungen auf die Schutzgüter würden ausbleiben.

2.2.3 Betrachtung anderweitiger Planungs- und Lösungsmöglichkeiten

In der Vergangenheit wurden für das Gebiet verschiedene Bebauungsplan-Änderungsverfahren in die Wege geleitet (4. Änderung II/12 “Dornkaul/Kämpchen“, 10. Änderung II/ “Kircheich“), jedoch nicht zur Rechtskraft geführt. Insbesondere aufgrund der bislang unklaren Bergbauproblematik erfolgte seit dem keine erneute Überplanung oder bauliche Entwicklung in diesem Bereich.

2.3 GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, VERRINGERUNG UND ZUM AUSGLEICH NACHTEILIGER UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die Belange des Umweltschutzes sind bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen. Auf der Grundlage der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung sind die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch geplante Baumaßnahmen zu beurteilen und Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen zu entwickeln, genauso wie Aussagen zum Ausgleich des Eingriffs. Durch die Aufwertung von Teilflächen können Wertverluste, die durch die Bebauung entstehen, soweit wie möglich innerhalb bzw. außerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden.

2.3.1 Vermeidungs-, Verminderungs- und Schutzmaßnahmen

Maßnahmen zum Schutz der Menschen

- Damit ein Schutz der Wohnbebauung gemäß Baugesetzbuch gewährleistet ist, wird eine Einteilung in Lärmpegelbereiche vorgenommen.

Maßnahmen zum Schutz der Vegetation

- Die vorhandene Baumreihe an der Kämpchenstraße ist so weit wie möglich zu erhalten und während der Bautätigkeiten vor Beschädigungen zu schützen. Die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ ist zu beachten und an zu wenden.

Maßnahmen für den Artenschutz

- Ausschlusszeiten für die Bauflächenräumung zur Vermeidung von Verlusten von Individuen und Entwicklungsstadien während der Brutzeit wildlebender Vogelarten:
  Bau-/anlagebedingte Eingriffe in Vegetationsflächen und (falls nicht vermeidbar) in Gehölze im Zuge der Bauflächenräumung sind auf den Zeitraum 1. Oktober bis 28. Februar zu beschränken. Durch diese zeitliche Vorgabe können

Gefährdungen von Vogelnestern, Eiern und Jungtieren in den von Eingriffen betroffenen Bereichen vermieden werden.
Dies gilt auch für die Ackerflächen, da hier Brutvorkommen von Feldvogelarten nachgewiesen wurden. Die Ackerflächen sind im Winter vor Baubeginn zu räumen, die Flächen sind bis zum Beginn der Baumaßnahmen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Grubbern) vegetationsfrei zu halten.

- Vermeidung bau- und anlagebedingter Inanspruchnahmen von Gehölzen:
  Bau- und anlagebedingte Verluste von Baum- und Strauchbeständen sind zu vermeiden. Im vorliegenden Fall gilt dies insbesondere für die Baumreihe entlang der Kämpchenstraße und den Baumbestand auf dem Bahndamm an der östlichen Plangebietsgrenze.
  Es handelt sich um eine allgemeine Vermeidungsmaßnahme, zur Minimierung möglicher Lebensraumverluste für in Gehölzen ruhende bzw. brütende wildlebende Vogelarten. Eine Inanspruchnahme einzelner Gehölze ist aber bei Beachtung der vorgenannten Maßnahme nicht mit der Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände verbunden

- Reduzierung von Lichtemissionen:
  Bestimmte Fledermausarten reagieren empfindlich auf künstliche Beleuchtung. Falls vorhabenbedingt eine Installation von Außenbeleuchtungen vorgesehen ist, sind die Lichtemissionen durch geeignete technische Maßnahmen zu reduzieren, z.B. durch Verwendung von Leuchten mit geringer Leuchtstärke, niedriger Leuchtpunkthöhe und gerichteter Lichtabgabe (Vermeidung von Streulicht) oder durch Verwendung von Natriumdampflampen. Dies ist insbesondere im Falle einer geplanten Außenbeleuchtung im Bereich der östlichen und südlichen Plangebietsgrenze zu beachten, da der ehemaligen Bahntrasse und dem Baumbestand entlang der Kämpchenstraße eine mögliche Funktion als Leitstruktur für Fledermäuse zuzuordnen ist.
  Es handelt sich um eine allgemeine Vermeidungsmaßnahme, zur Minimierung möglicher Störwirkungen auf Fledermäuse. Sie ist aber zur Vermeidung des Eintretens eines artenschutzrechtlichen Tatbestandes nicht zwingend erforderlich.

Maßnahmen zum Schutz des Bodens

- Anpflanzungen auf Flächen im Plangebiet tragen zum Schutz des Bodens bei.
- Im Bereich der Kompensationsflächen ist der Boden in möglichst großem Umfang in naturnahem Zustand zu belassen (kein Abtrag, kein Befahren).
- Zur Versickerung vorgesehene Flächen dürfen nicht befahren werden.
- Schutz und Sicherung angrenzender Bereiche und Vegetationsbestände, die nicht zu befahren, zu betreten oder für die Lagerung von Baumaterialien zu nutzen sind.
- Abfälle aller Art, die während der Bauarbeiten anfallen (Gebinde, Verpackung etc.) sind ordnungsgemäß zu entsorgen.
- Baubedingt beanspruchte Flächen sind unter Berücksichtigung der baulichen und gestalterischen Erfordernisse nach Beendigung der Baumaßnahme wiederherzustellen.
- Oberboden ist abzuschieben und getrennt vom übrigen Bodenaushub zu lagern. Der Boden ist nach Möglichkeit vor Ort wieder zu verwenden.
- Der Boden ist während der Bauzeit durch schichtengerechte Lagerung zu sichern, Bodenverdichtungen sind auf ein Minimum zu begrenzen. Nach Beendigung der Arbeiten sind im Bereich von Vegetationsflächen die natürlichen Bodenfunktionen wieder zu aktivieren (Tiefenlockerung).
- Der Mutterbodenschutz ist im § 202 BauGB verankert und mit der DIN 18915 werden genaue Anweisungen zum Umgang gegeben. Die sachgerechte Zwischenlagerung und der sachgerechte Wiedereinbau des Oberbodens, der im Bebauungsplangebiet aus leistungsfähigem Ackerboden besteht, sind zu gewährleisten.
- Eine Kontamination von Boden und Wasser während des Baubetriebs ist durch entsprechende Maßnahmen zu vermeiden.
- Einsatz natürlicher Schüttgüter

Maßnahmen zum Schutz des Landschaftsbildes

- Eingrünung des Plangebietes entlang der Kämpchenstraße.

2.3.2 Kompensationsmaßnahmen

Gemäß § 1a (3) BauGB ist „die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz)“ zu berücksichtigen.

Nach § 15 (1) und (2) Bundesnaturschutzgesetz BNatschG ist der „Verursacher eines Eingriffs zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen und zu verpflichten, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen).“

Nachfolgend werden die im Plangebiet realisierbaren Ausgleichs-, Ersatz- und CEF-Maßnahmen (vorgezogenen Ausgleichmaßnahmen für den Artenschutz) beschrieben:

Ausgleichsmaßnahmen

Anlage einer Streuobstwiese/ Ausgleichsflächen 1 und 2

Im Bereich der mit 1und 2 gekennzeichneten Ausgleichsfläche ist zur Verbesserung der Struktur- und Artenvielfalt und als Puffer zur nördlich gelegenen Wohnbebauung, sowie zur Kämpchenstraße eine Streuobstwiese mit Obstbäumen der Artenliste 1 anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Es ist mindestens alle 200 m² ein Obstbaum zu pflanzen.
Zudem sind auf der mit 2 gekennzeichneten Ausgleichsfläche entlang der WA-Fläche 5 Einzelbäume und im Bereich der mit 1 gekennzeichneten Ausgleichsfläche an der nordöstlichen Plangebietsgrenze 2 Einzelbäume der Artenliste 3 zur Strukturierung, sowie zur Verbesserung des Mikroklimas zu pflanzen und dauerhaft

zu erhalten. Die Einzelbäume sind mit einem Pfahldreibock zu sichern. Die Grenzen gemäß Nachbarrechtsgesetz sind einzuhalten.
Die Fläche ist mit einer artenreichen Wiesenmischung einzusäen. Die Mahd erfolgt max. 2 x pro Jahr ab dem 15. Juni.
Entlang der Außengrenzen der mit 1 und 2 gekennzeichneten Ausgleichsflächen sind Schnitthecken aus Gehölzen der Artenliste 2 anzulegen und dauerhaft zu erhalten.

Einzelbaumpflanzungen im Bereich der Straßenverkehrsfläche

Im Bereich der Straßenverkehrsfläche sind zur Auflockerung und Strukturierung, sowie zur Verbesserung des Mikroklimas 35 Einzelbäume der Artenliste 3 zu pflanzen, sowie 63 m Schnitthecke mit Gehölzen der Artenliste 2 anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Die Einzelbäume sind mit einem Pfahldreibock und durch einen Anfahrschutz zu sichern.
Die Pflanzbeete sind mit einer Gebrauchsrasenmischung einzusäen oder mit Bodendecker zu bepflanzen.

Einzelbaumpflanzungen im Bereich der WA-Fläche

Im Bereich der WA-Fläche sind an der südwestlichen Plangebietsgrenze und an der südwestlichen Seite der Planstraße E jeweils 2 Einzelbäume der Artenliste 3 zur Strukturierung, sowie zur Verbesserung des Mikroklimas zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Einzelbäume sind mit einem Pfahldreibock zu sichern. Die Grenzen gemäß Nachbarrechtsgesetz sind einzuhalten. (Die 4 Bäume sind in der Bilanzierung nicht berücksichtigt).

Artenliste 1:

Apfelhochstämme:	Boskop
	Kaiser Wilhelm
	Rheinischer Bohnapfel
	Rheinischer Seidenhemdchen
	Eiserapfel

	Jakob Lebel
	Jakob Fischer
	Rote Sternrenette
Birnenhochstämme:	Köstliche von Charneu
	Williams Christbirne
	Claps Liebling
	Münsterbirne
	Gellerts Butterbirne
Pflaumen- Mirabellenhochstämme:	Deutsche Hauszwetsche
	Große, grüne Reneclode
	Nancy Mirabelle
Kirschhochstämme:	Schattenmorelle
	Große, schwarze Knorpelkirsche (süß)
	Gelbe Knorpelkirsche

Pflanzqualität / Pflanzvorgaben:

Hochstamm (d.h. Verzweigung darf erst ab 180 cm Höhe beginnen**!**), 2 x verpflanzt, mit oder ohne Ballen (je nach Art), Stammumfang mind. 10 - 12 cm, entsprechend den Qualitätsanforderungen des Bundes deutscher Baumschulen.

- Der Abstand zwischen den Obstbäumen und der Abstand zu anderen Bäumen muss mindestens 10 m betragen.
- Die Bäume sind mit mindestens zwei Baumpfählen und geeignetem Bindematerial (Kokosstrick o.ä.) zu sichern. Die Anbindungen sind jährlich auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen und ggf. zu erneuern.
- Bei Weidenutzung sind die Bäume mit einem entsprechend dimensionierten 4-Pfahl-Holzgerüst aus Baumpfählen, Latten und Draht gegen Verbiss zu schützen und mit geeignetem Bindematerial zu sichern (Kokosstrick o.ä.). Verbissschutz und Anbindung sind jährlich auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen und ggf. zu erneuern. Alternativ sind die Bäume durch einen Elektrozaun zu schützen.
- Die Obstbäume müssen je nach Sorte regelmäßig gepflegt werden (Erziehungsschnitt in den ersten Jahren, regelmäßige Kontrolle von Anbindung, Krankheiten und Schädlingen - bei Bedarf Gegenmaßnahmen ergreifen). Wenn

die Arbeiten nicht selbst durchgeführt werden können, ist ein(e) Fachmann/Fachfirma zu beauftragen.
- Das Aufbringen von Gülle, mineralischen Düngern und Bioziden ist unzulässig.
- Ein Umbruch des Grünlandes (auch Pflegeumbruch) sowie ein Abschleppen oder Walzen der Fläche ist unzulässig.
- Die Fläche ist maximal zweimal pro Jahr ab 15. Juni zu mähen. Das Mähgut ist aus der Fläche zu entfernen.
- Eine gleichzeitige Beweidung mit mehr als einem Pferd beziehungsweise Kuh / Rind oder mit mehr als 5 Schafen oder Ziegen je ha ist unzulässig.

Artenliste 2:

Rotbuche	Fagus sylvatica
Hainbuche	Carpinus betulus
Weißdorn	Crataegus monogyna

Pflanzqualität:

Strauch / Heister 2 x verpfl., ohne Ballen, Höhe: 100-150 cm

Artenliste 3:

Feldahorn	Acer campestre
Spitzahorn	Acer platanoides
Bergahorn	Acer pseudoplatnaus
Hainbuche	Carpinus betulus
Baumhasel	Corylus colurna
Esche	Fraxinus excelsior
Stieleiche	Quercus robur
Vogelkirsche	Prunus avium
Traubenkirsche	Prunus padus
Stadtbirne	Pyrus calleryana
Winterlinde	Tilia cordata

Pflanzqualität:

- Hochstamm, 3 x verpfl., mit Drahtballen, Stammumfang 16-18 cm
- Die Bäume sind vor Verbiss zu schützen.

Ersatzmaßnahme

Für den Verlust eines Feldlerchenreviers im Teilbereich A des Bebauungsplans sollen intensiv genutzte Ackerflächen gemäß den Vorgaben des LANUVs extensiviert werden. Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen hier für Flächen im Banker Feld westlich der Ortslage Bank zu Verfügung. Hierzu werden derzeit die Verträge vorbereitet.
Ggf. wird die Maßnahme für den Verlust des Feldlerchenreviers auch auf einer alternativen Flächen kompensiert. Die endgültige Festlegung wird im Erschließungsvertrag geregelt.

Diese Maßnahme stellt zugleich eine ökologische Aufwertung dar, mit der das Ökologische Gesamtdefizit in Höhe von - 35.330 Ökologische Werteinheiten ÖW kompensiert werden kann.

Die Extensivierung einer 5.000 m² großen, bisher intensiv genutzten Ackerfläche würde zu einer Aufwertung von 40.000 Ökologische Werteinheiten ÖW führen.

Bestand	m²	ÖW/m²	Entwicklungsziel	ÖW/m²	Wertsteigerung	Summe ÖW
Acker intensiv	5.000	6	Acker extensiv	14	8	40.000

Das Ökologische Defizit wäre damit vollständig kompensiert, bzw. es würde ein ökologischer Überschuss von 4.670 Ökologische Werteinheiten ÖW erzielt, der ggf. noch für anderweitige Maßnahmen angerechnet werden könnte.

Die Extensivierung einer 10.000 m² großen, bisher intensiv genutzten Ackerfläche würde zu einer Aufwertung von 80.000 Ökologische Werteinheiten ÖW führen

Bestand	m²	ÖW/m²	Entwicklungsziel	ÖW/m²	Wertsteigerung	Summe ÖW
Acker intensiv	10.000	6	Acker extensiv	14	8	80.000

Das Ökologische Defizit wäre damit vollständig kompensiert, bzw. es würde ein ökologischer Überschuss von 44.670 Ökologische Werteinheiten ÖW erzielt, der ggf. noch für anderweitige Maßnahmen angerechnet werden könnte.
Ggf. wird das Ökologische Gesamtdefizit in Höhe von - 35.330 Ökologische Werteinheiten ÖW auch über das Öko-Konto der EBV GmbH verrechnet. Die endgültige Festlegung wird im Erschließungsvertrag geregelt.

2.3.3 Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung

In den folgenden Tabellen werden die ökologischen Werteinheiten der Biotoptypen nach der *Methode zur ökologischen Bewertung von Biotoptypen von Dankwart Ludwig, aufgestellt 1990 Büro Froelich + Sporbeck* zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme dem Wert der Biotoptypen nach Realisierung des Bebauungsplanes Nr. II/65-B „Kämpchenstraße - Teil B“ gegenübergestellt.

Ökologische Wertigkeit vor dem Eingriff (Bestand)

Code	**Biotoptyp**	**Fläche in m²**	**Faktor**	**Summe-ÖW**
BF32	Baumreihe, standorttyp., mittl. Baumholz	350	15	5.250
HH7	Grasflur	369	12	4.428
HA0	Acker	57.588	6	345.528
	Summe vorher:	**58.307**		**355.206 ÖW**

Ökologische Wertigkeit nach dem Eingriff (Planung)

Code	Biotoptyp	Fläche in m²	Faktor	Summe-ÖW
	Ausgleichsfläche 1			
HK21	Obstwiese ohne alt Baumbestand	10.806	17	183.702
	Ausgleichsfläche 2			
BF32	Erhalt der Baumreihe an d. Kämpchenstr. standorttyp., mit mittl. Baumholz	191	15	2.865
HH7	Erhalt der Grasflur	176	12	2.112
	Landwirtschaftliche Fläche			
BF32	Erhalt der Baumreihe an d. Kämpchenstr. standorttyp., mit mittl. Baumholz	127	15	1.905
HH7	Erhalt der Grasflur	175	12	2.100
HA0	Acker	3.446	6	20.676
	WA-Fläche			
HJ5	Garten ohne Pflanzbindung (50 % der WA-Flächen)	18.794	6	112.764
HY1	Überbauung / Versiegelung (50 % der WA-Flächen /GRZ 0,4 zzgl. 25 v.H.)	18.794	0	0
	Straßenverkehrsfläche			
BF31	Straßenbäume standorttypisch / (35 Stck. x 30 m²)	1.050	12	12.600
BD3	Schnitthecke, standorttypisch	50	11	550
HY1	Versiegelte Fläche	4.698	0	0
	Summe nachher:	**58.307**		**339.274 ÖW**
Summe vorher - Summe nachher (Ökologisches Defizit):				**- 15.932 ÖW**

Dies bedeutet, dass bei Realisierung des Bebauungsplanes Nr. II/65-B „Kämpchenstraße - Teil B“ ein Ökologisches Defizit in Höhe von - 15.932 ÖW verbleibt.

Zusammen mit dem Ökologischen Defizit aus dem Teil A des Bebauungsplans in Höhe von - 19.398 ÖW müssen somit insgesamt noch - 35.330 Ökologische Werteinheiten ÖW kompensiert werden.

Die Kompensation des Ökologischen Defizits von - 35.330 Ökologische Werteinheiten ÖW soll durch die unter Ersatzmaßnahmen beschriebene Extensivierung von Ackerfläche erfolgen.

3. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

3.1 BESCHREIBUNG DER WICHTIGSTEN MERKMALE DER VERWENDETEN TECHNISCHEN VERFAHREN

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen des Bebauungsplanes II / 65 - B „Kämpchenstraße - Teil B“ erfolgte verbal argumentativ.
Es wurden drei Stufen der Umwelterheblichkeit (gering, mittel und hoch) unterschieden. Die Ausgleichbarkeit von Beeinträchtigungen ist bei der Bewertung der Erheblichkeit von großer Bedeutung.

Aus der Kartierung der Biotoptypen ließen sich wesentliche Aussagen zu Tieren und Pflanzen, Luft und Klima sowie zum Landschaftsbild ableiten.

Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung der Biotoptypen erfolgt gemäß der *Methode zur ökologischen Bewertung von Biotoptypen von Dankwart Ludwig, aufgestellt 1990 Büro Froelich + Sporbeck.*

Folgende Gutachten, Untersuchungen und Planungen im Rahmen der Erarbeitung des Umweltberichtes zum Bebauungsplan II / 65 - B „Kämpchenstraße - Teil B“ wurden herangezogen.

- Begründung des Bebauungsplanes II / 65 - B „Kämpchenstraße Teil - B“ Heins Architekten, Stand: 17. September 2018
- Textliche Festsetzungen des Bebauungsplanes II / 65 - B „Kämpchenstraße Teil - B“ Heins Architekten, Stand: 17. September 2018
- Umweltbericht zum Bebauungsplan II / 65 - A „Kämpchenstraße Teil - A“, Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung Dipl. -Ing. Guido Beuster, Stand: 09. März 2015
- Artenschutzprüfung ASP nach den §§ 44 und 45 BNatSchG Stufe I und Stufe II zum Bebauungsplan II / 65 - A „Kämpchenstraße“ (Teil A und Teil B), Dipl. - Biologe Horst Klein, Stand: 23.07.2014
- Abschlussbericht zum Monitoring bezüglich der temporären CEF-Maßnahme für die Feldlerche im Teil B des Bebauungsplanes II / 65 „Kämpchenstraße“, Dipl. – Biologe Sven Kreutz, Stand: 14.07.2017

- Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan II / 65 „Kämpchenstraße“, IGEPA Verkehrstechnik GmbH, Stand: 13.04.2015
- Geotechnischer Bericht über Baugrund und Wasserführung zum Bebauungsplan II / 65 - B „Kämpchenstraße - Teil B“, Kramm Ingenieure GmbH & Co.KG, Stand: 24.03.2018
- Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan II / 65 - A „Kämpchenstraße - Teil A“, KempenKrause Ingenieure GmbH, Stand: 07.11.2014

3.2 MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG ERHEBLICHER UMWELT-AUSWIRKUNGEN / MONITORING

Maßnahmen zu Überwachung von Umweltauswirkungen sind derzeit nicht vorgesehen.

3.3 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

In dem vorliegenden Umweltbericht zum Bebauungsplan II / 65 - B „Kämpchenstraße - Teil B“ werden die zum Verfahrenszeitpunkt bekannten sowie prognostizierten Auswirkungen der Planung beschrieben und bewertet.

In seiner Sitzung vom 14.06.2012 hat der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Herzogenrath die Aufstellung des Bebauungsplanes II/65 „Kämpchenstraße“ beschlossen.
Aufgrund der Gesamtgröße und um eine zügige Umsetzung der Planung zu gewährleisten, wurde das Gebiet in zwei Bauabschnitte unterteilt. Der erste Bauabschnitt, Bebauungsplan II/ 65 - A „Kämpchenstraße – Teil A“, ist durch Bekanntmachung vom 21.05.2015 als Satzung in Kraft getreten.
Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohneigentum in Kohlscheid, sollten zügig die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung des zweiten Abschnitts des Gebietes geschaffen werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes II/ 65 B „Kämpchenstraße – Teil B“ umfasst ein ca. 5,8 ha großes Gebiet im Süd-Westen des Herzogenrather Ortsteils Kohlscheid.
Ziel des Bebauungsplanes ist die Schaffung von Baurecht für etwa 68 Einfamilienhäuser und 7 Mehrfamilienhäuser. Die Bebauung ist, entsprechend dem Umfeld, in offener Bauweise vorgesehen.
Das Plangebiet wird als „Allgemeines Wohngebiet“ gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Die maximal zulässige GRZ wird mit 0,4 festgesetzt.
Die Erschließung der Teilbereiche A und B erfolgt über die Kämpchenstraße und über die Dornkaulstraße, die im Nordwesten in die Roermonder Straße mündet.
Die ringförmige Haupterschließung wird mit einem Querschnitt zwischen 5,50 m ohne straßenbegleitendem Parken und 8,50 m mit straßenbegleitetem Parken festgesetzt.
Eines der bestimmenden Elemente des städtebaulichen Entwurfes für das ca. 11,9 ha große Gesamtgebiet ist ein Grüngürtel, der die geplante Bebauung allseitig säumt. Die Ausgleichsfläche im Norden des Geltungsbereichs und die Ausgleichsfläche an der Kämpchenstraße im Süden des Geltungsbereichs werden als Obstwiese angelegt. Die vorhandene Baumreihe entlang der Kämpchenstraße wird bis auf einen Baum erhalten.
Die Entwässerung des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Das Schmutzwasser wird dem Mischwassernetz in der Dornkaulstraße zugeführt und gelangt dann zur Kläranlage Aachen-Horbach. Das Niederschlagswasser wird ortsnah über den vorhandenen Regenwasserkanal des benachbarten Gewerbegebietes Dornkaul in das vorhandene Regenklärbecken (RKB) und das ebenfalls vorhandene Regenrückhaltebecken (RRB) gedrosselt in den Amstelbach abgeleitet.
Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind.
Durch den Verkehrslärm sind an den im B-Plan gekennzeichneten Orten Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte nach 16. BImSchV zu erwarten. Damit ein Schutz der Wohnbebauung gemäß Baugesetzbuch gewährleistet ist, wird eine Einteilung in Lärmpegelbereiche vorgenommen.
Die Einwirkungsbereiche der tagesnah abgebauten Flöze werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB als „Fläche, unter der der Bergbau umgeht“ gekennzeichnet.

Die Bereiche der Tagesöffnungen werden gem. §9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als „Fläche, bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind“ gekennzeichnet.

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen ist das Plangebiet als *Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)* dargestellt.

Im derzeit rechtsgültigen Flächennutzugsplan der Stadt Herzogenrath ist der Geltungsbereich vollständig als *Wohnbaufläche* dargestellt.

Das Plangebiet liegt außerhalb des Geltungsbereichs des Landschaftsplanes I Herzogenrath - Würselen der StädteRegion Aachen.

Das Plangebiet ist für die Schutzgüter insgesamt von mittlerer Bedeutung. Durch die geplante Bebauung sind Auswirkungen und Beeinträchtigungen auf die verschiedenen Schutzgüter zu erwarten, welche Vermeidungs-, Verminderungs- sowie Kompensationsmaßnahmen erforderlich machen.

Die geplante Entwicklung des Wohngebietes kommt dem anhaltenden Bedarf an Wohnbauland nach.
Mit den Belangen des Immissionsschutzes ist das geplante Wohngebiet vereinbar.
Die Naherholungsfunktion innerhalb des Plangebietes wird durch die Anlage des Grüngürtels verbessert.

Durch die geplante bauliche Entwicklung wird das Plangebiet vollständig überprägt. Der entstehende Eingriff in den Naturhaushalt wurde nach der *Methode zur ökologischen Bewertung von Biotoptypen von Dankwart Ludwig, aufgestellt 1990 Büro Froelich + Sporbeck* bestimmt.
Der Eingriff in Natur und Landschaft wird soweit möglich innerhalb des Plangebietes durch die Anlage von Streuobstwiesen, sowie durch die Pflanzung von Straßenbäumen mit lebensraumtypischen Gehölzarten ausgeglichen.
Das verbleibende Ökologische Restdefizit wird durch Ersatzmaßnahmen kompensiert.
Nach Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen ist der Eingriff vollständig ausgeglichen.

Um den Belangen des Artenschutzes Rechnung zu tragen, wurde durch den Dipl. - Biologen Horst Klein eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt.
Eine Betroffenheit europäisch geschützter Arten kann unter Beachtung der beschriebenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.

Durch die Umsetzung des Bebauungsplanes werden 23.492 m² Bodenfläche dauerhaft versiegelt.

Das Ableiten des anfallenden Niederschlagswasser an das örtliche Kanalsystem / die Vorflut führt zu einer Belastung des Kanalsystems / der Vorflut. Das vorhandene RRB, RKB und die Ableitungskanäle sind jedoch so groß bemessen, dass keine Erweiterungen erforderlich sind.

Mit wesentlichen, kleinklimatischen Veränderungen ist nicht zu rechnen.

Der Charakter des Siedlungsrandbereichs / des Landschaftsbildes bleibt weitgehend erhalten

Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht betroffen.

Nach Umsetzung der Planung, Realisierung der Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung, sowie der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bestehen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

Bebauungsplan II / 65 - B Kämpchenstraße - Teil B in Herzogenrath Kohlscheid / Bestandsplan



Legende

Plangebietsgrenze

Biotoptypen

Bestand

- BF32 Einzelbaum, standorttypisch
- HH7 Grasflur
- HA0 Acker

Projekt:	**Bebauungsplan II / 65 - B Kämpchenstraße - Teil B in Herzogenrath Kohlscheid**		
Plan:	Bestandsplan		
Bearb.: Beuster	Projekt-Nr.: 17-29	Datum: 12.04.2017	Maßstab: 1:1.400
Gezeich.: Siek	Plan-Nr.: 1	Geändert:	Geändert:

Auftraggeber:
Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH
C/o Sparkassen Immobilien GmbH
Monnetstraße 24
52146 Würselen

Auftragnehmer:
Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung
Dipl.-Ing. Guido Beuster
Freier Landschaftsarchitekt
In Granterath 11
41812 Erkelenz
guido-beuster@t-online.de
Tel. 0 24 31 - 9 43 44 78
Fax 0 24 31 - 9 43 49 53
www.guido-beuster.de

Bebauungsplan II / 65 - B Kämpchenstraße - Teil B in Herzogenrath Kohlscheid / Eingriffs-/ Ausgleichsplan



Legende

Plangebietsgrenze

Biotoptypen

Bestandserhalt

- BF32 Einzelbaum, standorttypisch
- HH7 Grasflur
- HA0 Acker

Planung

- BF32 Einzelbaum, standorttypisch
- Ausgleichsfläche 1-2
- HJ5 Garten mit geringem Gehölzbestand
- HY1 Versiegelte Fläche / Straßen
- HY1 Versiegelte Fläche / Gebäude

Projekt:	**Bebauungsplan II / 65 - B Kämpchenstraße - Teil B in Herzogenrath Kohlscheid**		
Plan:	Eingriffs-/Ausgleichsplan		
Bearb.: Beuster	Projekt-Nr.: 17-29	Datum: 12.04.2018	Maßstab: 1:1.400
Gezeich.: Red.-T.	Plan-Nr.: 2	Geänd.:18.09.2018	Geänd.:29.04.2019

Auftraggeber: **Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH**
C/o Sparkassen Immobilien GmbH
Monnetstraße 24
52146 Würselen

Auftragnehmer: Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung
Dipl.-Ing. Guido Beuster
Freier Landschaftsarchitekt
In Granterath 11
41812 Erkelenz
guido-beuster@t-online.de
Tel. 0 24 31 - 9 43 44 78
Fax 0 24 31 - 9 43 49 53
www.guido-beuster.de

ANLAGE 9

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Eingegangene Stellungnahmen
im Rahmen der verkürzten erneuten öffentlichen Auslegung
vom 01.04.2019 bis 12.04.2019

PLEDOC

Ein Unternehmen der Open Grid Europe

①

Netzauskunft

Telefon 0201/36 59 - 0
Telefax 0201/36 59 - 160
E-Mail leitungsauskunft@pledoc.de

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

Stadt Herzogenrath
Dezernat III - A 61 Stadtplanung
Markus Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

zuständig Björn Ansell
Durchwahl 0201 / 3659 - 345

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
3.2-10007-17-23	27.03.2019	PLEdoc	**20190400230**	**02.04.2019**

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B" - Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über die erneute verkürzte Auslegung gem. § 4a (3) BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezug auf Ihre o.g. Maßnahme teilen wir Ihnen Nachfolgendes mit.

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.
Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme nicht betroffen:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen *(hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)*
- Viatel GmbH, Frankfurt

Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.

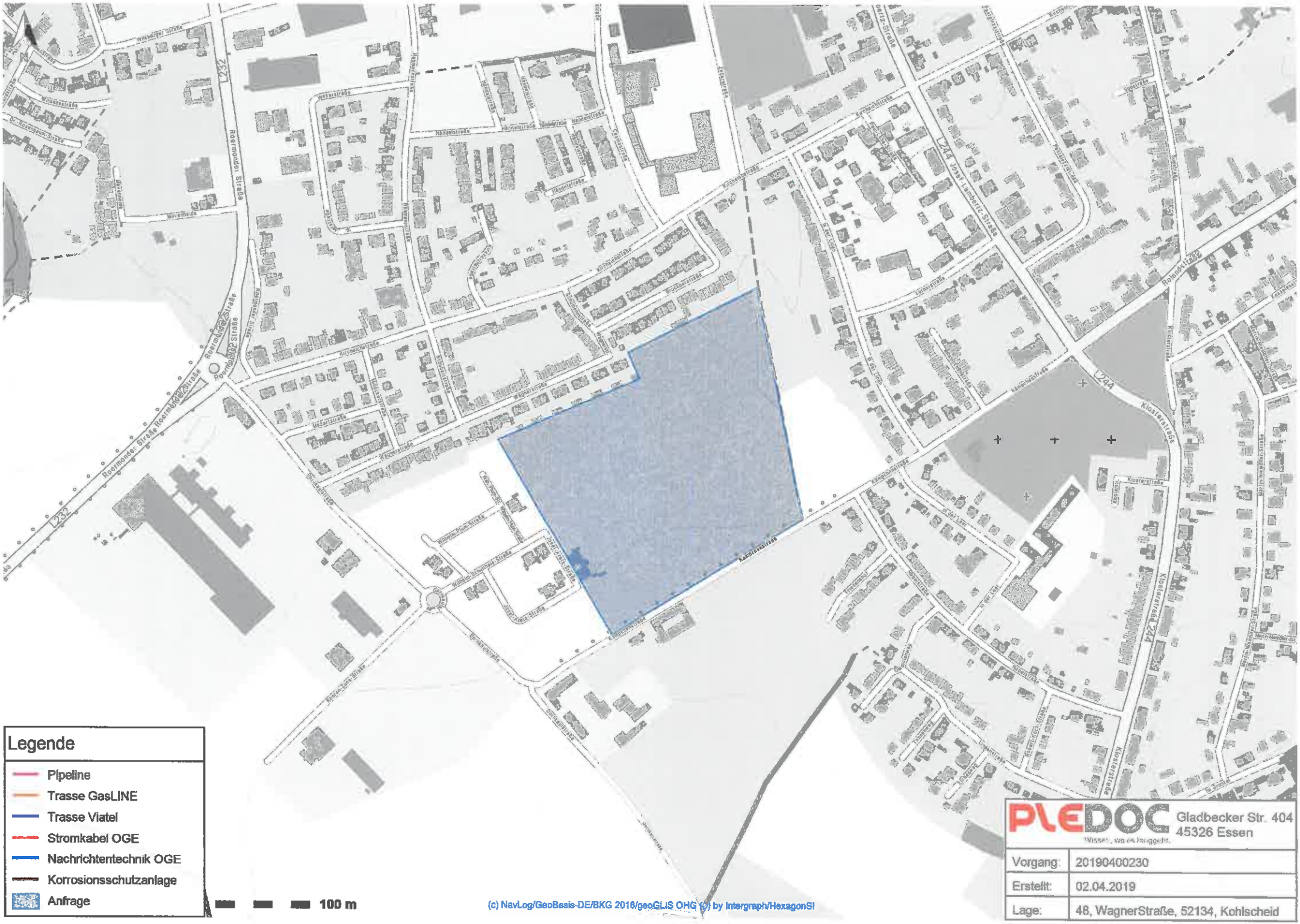
Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.

Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Anlage(n)
Übersichtskarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2014 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)


Legende
Pipeline
Trasse GasLINE
Trasse Viatel
Stromkabel OGE
Nachrichtentechnik OGE
Korrosionsschutzanlage
Anfrage
100 m
(c) NavLog/GeoBasis-DE/BKG 2016/geoGLIS OHG (c) by Intergraph/HexagonSI
PLEDOC
Gladbecker Str. 404
45326 Essen
Vorgang: 20190400230
Erstellt: 02.04.2019
Lage: 48, WagnerStraße, 52134, Kohlscheid

StädteRegion Aachen

StädteRegion · Aachen · 52090 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 - Stadtplanung
Herrn M. Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

(2)

Der Städteregionsrat

A 70.5
Mobilität, Klimaschutz und Regionalentwicklung

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2528

Telefax
0241 / 5198 - 82528

E-Mail
Ruth.Roelen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Ruth Roelen

Zimmer
F 204

Aktenzeichen
RR

Datum
18.04.2019

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90
Bürgertelefon
0800 / 5198 000
Internet
http://www.
staedteregion-aachen.de
Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSDE 33
IBAN DE21 3905 0000
0000 3042 04
Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE52 3701 0050
0102 9865 08
Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13, 14, 21, 27, 33, 34, 37, 46, 56, 57, 77, 163 bis Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof.
*** Elektronischer Zugang zur StädteRegion Aachen**
Bitte beachten Sie die Hinweise unter
www.staedteregion-aachen.de/eZugang

Bebauungsplan II/ 65 B „Kämpchenstraße Teil B"
Ihr Schreiben vom 27.03.2019

Sehr geehrter Herr Sordon,

die StädteRegion Aachen nimmt zum genannten Bauleitplan wie folgt Stellung:

A 70 - Umweltamt
Allgemeiner Gewässerschutz:
Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen aus wasserrechtlicher Sicht zurzeit Bedenken.

Entgegen der im Erläuterungsbericht aufgeführten Angaben zur Entsorgung der anfallenden Niederschlagswässer sind entsprechende Nachweise noch vorzulegen.

Für das Bebauungsgebiet Kämpchen, Teil A wurde am 28.09.2015 die Erlaubnis erteilt, Niederschlagswasser über ein Regenklärbecken und Regenrückhaltebecken in den Amstelbach einzuleiten.
Das Regenklärbecken wurde mit Bescheid vom 24.02.2002 genehmigt. Zudem liegt eine Kanalnetzanzeige (Regelungsbescheid vom 17.04.2015) vor.
Das Regenklärbecken wurde für den Anschluss aller befestigten Flächen des Gebietes A zu klein bemessen. Die Stadt Herzogenrath muss deshalb jährlich eine Flächenbilanz mit dazugehörigem Lageplan vorlegen.

Das geplante Gebiet B soll an das bestehende Entwässerungssystem angeschlossen werden. Entgegen den Angaben im Erläuterungsbericht wurden der StädteRegion Aachen keine Nachweisunterlagen vorgelegt, dass das Regenklärbecken ausreichend bemessen ist.

Es sind die folgenden Unterlagen vorzulegen:

- Bewertung der Belastung des Niederschlagswassers nach Trennerlass v. 26.05.2004 bzw. nach Runderlass zur Niederschlagswasserbeseitigung gemäß § 51a LWG v. 18.05.1998.
- Gesamtbilanz des Regenklärbeckens und Regenrückhaltebeckens für das gesamte Bebauungsplangebiet (Teil A und B) sowie das Aixtron-Gelände; Bei Anschluss von weiteren Flächen (z.B. Auffangen von Außengebietswasser) sind diese bei der Bemessung zu berücksichtigen.

Aufgrund der Erweiterung sind die folgenden Anträge erforderlich:

- Erlaubnis nach §§ 8, 9, 10 WHG
- bei Erweiterung des Regenklärbeckens: Genehmigung nach § 57 (2) LWG

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Veit unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2240 zur Verfügung.

Natur und Landschaft:

Meine mit Stellungnahme vom August 2017 vorgebrachten Bedenken können nur unter folgenden Voraussetzungen aufgehoben werden:

- Vor Inkrafttreten der Rechtskraft des Bebauungsplans sind die zur Schaffung eines Ersatzlebensraums für die Feldlerche durchzuführenden Maßnahmen (sog. cef-Maßnahmen) nach Standort, Art und Umfang in ausreichend rechtlich abgesicherter Form und in einvernehmlicher Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde konkret und detailliert festzusetzen.
- Die o.a. erforderlichen Maßnahmen sind vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Thyssen unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2180 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Richard Böllig)

③

08.04.

Straßen.NRW.
Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Regionalniederlassung Ville-Eifel

Stadt Herzogenrath
05. April 2019
A 61 | X | R | Vb | tR

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Ville-Eifel
Postfach 120161 · 53874 Euskirchen

Stadt Herzogenrath
A 61 Stadtplanung
Postfach 12 80
52115 Herzogenrath

Kontakt: Frau Hess
Telefon: 02251-796-210
Fax: 0211-87565-1172210
E-Mail: marlis.hess@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.02.09(116/19)/VE/4402
(Bei Antworten bitte angeben.)
Datum: 04.04.2019

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B"; Beteiligung gem. § 4 a (3) BauGB
Ihr Schreiben vom 27.03.2019; Az: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich verweise auf meine vorangegangenen Stellungnahmen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Marlis Hess

unitymedia

(4)

Unitymedia NRW GmbH | Postfach 10 20 28 | 34020 Kassel

Stadt Herzogenrath
Der Bürgermeister
Herr Markus Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Bearbeiter(in): Frau Jungbluth
Abteilung: Zentrale Planung
Direktwahl: +49 561 7818-280
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: 275478

Datum
01.04.2019

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"
Az.: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrter Herr Sordon,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Im Planbereich liegen Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Wir sind grundsätzlich daran interessiert, unser glasfaserbasiertes Kabelnetz in Neubaugebieten zu erweitern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Breitbandversorgung für Ihre Bürger zu leisten.

Ihre Anfrage wurde an die zuständige Fachabteilung weiter geleitet, die sich mit Ihnen zu gegebener Zeit in Verbindung setzen wird. Bis dahin bitten wir Sie, uns am Bebauungsplanverfahren weiter zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere oben stehende Vorgangsnummer an.

Freundliche Grüße

Zentrale Planung Unitymedia

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Infra I 3

Infrastruktur
Wir. Dienen. Deutschland.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr • Postfach 29 63 • 53019

Stadt Herzogenrath
Stadtentwicklung und Umwelt
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

5

Fontainengraben 200, 53123 Bonn
Postfach 29 63, 53019 Bonn
Telefon: +49 (0)228 5504- 4597
Telefax: +49 (0)228 5504 - 5763
BAIUDBwToeB@bundeswehr.org

Nur per E-Mail markus.sordon@herzogenrath.de

Aktenzeichen	Bearbeiter/-in	Bonn,
45-60-00 /K-III-453-19	Herr Nogueira Duarte Mack	2. April 2019

BETREFF **Anforderung einer Stellungnahme;**
hier: Bebauungsplan II_65B "Kämpchenstr. Teil B"
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß BauGB

BEZUG Ihr Schreiben vom 27.03.2019 - Ihr Zeichen 3.2-10007-17-23

ANLAGE - / -

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Der Planungsbereich liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen.

Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen –einschl. untergeordneter Gebäudeteile -eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten.

Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen –vor Erteilung einer Baugenehmigung- zur Prüfung zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Nogueira Duarte Mack

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

WESTNETZ

Teil von **innogy**

Westnetz GmbH · Neue Jülicher Straße 60 · 52353 Düren

Stadt Herzogenrath
Dezernat III A 61
Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
17. April 2019
A61 | X | R | Vb | tR

Regionalzentrum
Westliches Rheinland

Ihre Zeichen	3.2-10007-17-23
Ihre Nachricht	27.03.2019
Unsere Zeichen	DRW-F/WP/DN/Ma
Name	Helmut Maaßen
Telefon	02421 47 2920
Telefax	02421 47 2032
E-Mail	helmut.maassen@westnetz.de

Düren, 16. April 2019

Bauleitplanung der Stadt Herzogenrath
Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,

diese Stellungnahme betrifft nur das von uns betreute Nieder- und Mittelspannungsnetz bis zur 35-kV-Spannungsebene und ergeht auch im Auftrag und mit Wirkung für die innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümerin des Nieder- und Mittelspannungsnetzes.

Gegen die oben angeführten Planungen der Stadt Herzogenrath bestehen unsererseits keine Bedenken, da keine von uns betreuten Versorgungsanlagen betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Westnetz GmbH

i. A. Lothar Kurtz

i. A. Helmut Maaßen

Anlage(n):

Polizeipräsidium
Aachen

Polizeipräsidium Aachen, Postfach 500111, 52085 Aachen

7

Stadt Herzogenrath
Dez. III A 61 Stadtplanung
Herr Sordon
Rathausplatz 1

52134 Herzogenrath

Aktenzeichen
3.2-10007-17-23

(bei Antwort bitte angeben)

Sachbearbeiter
Frau Zimutta

Telefon 0241/9577-34436
Fax 0241/9577-34405
E-Mail
Ute.Zimutta
@polizei.nrw.de

Dienstgebäude
Jesuitenstraße 5
52062 Aachen

Öffentliche Verkehrsmittel
Buslinien
25, 35, 45, 55 und 65
Haltestelle
Brand

Bebauungsplan II/65 B 'Kämpchenstraße Teil B'

Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über die erneute verkürzte öffentliche Auslegung gem. § 4a (3) BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB

Städtebauliche Kriminalprävention – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Sordon,
sehr geehrte Damen und Herren,

gegen das im Betreff genannte Verfahren bestehen aus kriminalpräventiver Sicht keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

- Zimutta -

Lieferanschrift
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Telefon 0241/95770
Fax 0241/9577-20555
poststelle.aachen@polizei.nrw.de
www.polizei.nrw.de/aachen

Zahlungen an
Landeskasse Düsseldorf
Helaba
IBAN
DE34 3005 0000 0000 0965 60
BIC
WELADEDD

8

Von: "Kaever, Stephan" <Stephan.Kaever@polizei.nrw.de>
An: "'bauleitplanung@Herzogenrath.de'" <bauleitplanung@Herzogenrath.de>
Datum: 01.04.2019 15:03
Betreff: Stellungnahme Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"
Anlagen: scan_201904011429_53575157098.pdf

Ihr Schreiben vom 27.03.2019
Ihr Zeichen 3.2-10007-17-23

Sehr geerhter Herr Sordon,

bezugnehmend auf Ihr o.a. Schreiben, insbesondere Ihrem Hinweis, dasss Stellungnahmen nur zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen abgegeben werden können, bestehen aus verkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen den Bebauungsplan, wenn die erschlossene Fläche unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften und hier insbesondere StVO und RASt 06 an das öffentliche Straßennetz angebunden wird und die Sicherheit in den bestehenden Verkehrsbeziehungen gewährleistet ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stephan Kaever, Polizeihauptkommissar
Polizeipräsidium Aachen
Direktion Verkehr
Führungsstelle
Strategie & Controlling
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Telefon: +49-241-9577-40102 CN-Pol: 07-342-40102
Telefax: +49-241-9577-40105 CN-Pol: 07-342-40105
E-Mail: stephan.kaever@polizei.nrw.de<mailto:stephan.kaever@polizei.nrw.de>
Funktionspostfach: VStrat.Aachen@polizei.nrw.de<mailto:VStrat.Aachen@polizei.nrw.de>

9

Von: Eike Lange <info@nabu-aachen-land.de>
An: <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 06.04.2019 11:52
Betreff: BPII/65B Kämpchen

Dr. Heinz-Eike Lange (1.Vorsitzender)Sebastianusstr.58, 52146 WÜRSELEN.
Tel. 02405-94708, Mail: eike.lange@nabu-aachen-land.de

Über www.nabu-aachen-land.de <http://www.nabu-aachen-land.de> können auch Sie Mitglied werden!

An die

StadtverwaltungA61

52112 Herzogenrath

Btr. 3.2-10007-17-236.4.19

Sehr geehrter Herr Sordon,

bei der Festlegung der Vor/Gartengestaltungmüssen wegen des Artensterbens unbedingt Schottergärten verboten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Eike Lange

Diese E-Mail wurde von Avast Antivirus-Software auf Viren geprüft.
https://www.avast.com/antivirus

Bezirksregierung Arnsberg

(10)

Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

Stadt Herzogenrath
Dez. III - A 61 Stadtplanung
Postfach 12 80
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
08. April 2019
AG | X | R | VB | tR

Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW

Datum: 2. April 2019
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2017-507
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Habicht
joerg.habicht@bezreg-arnsberg.nrw.de
Telefon: 02931/82-3651
Fax: 02931/82-47219

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"
Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über die erneute verkürzte Auslegung gemäß § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB

Ihr Schreiben vom 24.07.2017 – 3.2-10007-17-23 –
Schreiben der BR Arnsberg vom 17.08.2017 – 65.52.1-2017-507 –
Ihr Schreiben vom 07.11.2018 - 3.2-10007-17-23 -
Ihr Schreiben vom 27.03.2019 - 3.2-10007-17-23 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit hat die Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW der Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 17.08.2017 – 65.52.1-2017-507 – Stellungnahme abgegeben.

Nach Prüfung der von Ihnen mit Schreiben vom 27.03.2019 - 3.2-10007-17-23 - übersandten Unterlagen, haben sich aus hiesiger Sicht keine weiteren entscheidungserheblichen Sachverhalte ergeben. Daher werden über die in der Stellungnahme vom 17.08.2017 – 65.52.1-2017-507

Hauptsitz:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADEDD

Umsatzsteuer ID:
DE123878675

Wichtiger Hinweis (wegen weiterer digitaler Postbearbeitung):
Unterlagen bitte nicht klammern, heften oder kleben und möglichst im DIN-A4-Format senden.

– geäußerten Hinweise und Anregungen hinaus, keine weiteren Hinweise und Anregungen zu der in Rede stehenden Planmaßnahme gegeben.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf
Im Auftrag:

Habicht

(Habicht)

Thyssengas

Thyssengas GmbH, Postfach 10 40 42, 44040 Dortmund

Stadt Herzogenrath
Dezernat
A 61 Stadtplanung
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
10. April 2019
A61 | X | R | V6 | tR

Liegenschaften und Geoinformation/ Dokumentation

Ihre Zeichen	3.2-10007-17-23
Ihre Nachricht	27.03.2019
Unsere Zeichen	B-I-D/An 2019-TÖB-0349
Name	Herr Anke
Telefon	+49 231 91291-6431
Telefax	+49 231 91291-2266
E-Mail	leitungsauskunft @thyssengas.com

Dortmund, 08. April 2019

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
Thyssengasfernleitungen L019/003/000 Bl. 25, Schutzstreifenbreite 8,0 m; L019/003/005 Bl.1, Schutzstreifenbreite 6,0 m

Sehr geehrte Damen und Herren,

am östlichen Rand des o.g. Bebauungsplanes verlaufen die im Betreff genannten Gasfernleitungen L019/003/000 und L019/003/005 der Thyssengas GmbH. Beigefügt erhalten Sie die oben genannten Bestandspläne sowie einen Übersichtsplan im Maßstab 1: 2500.

Die Gasfernleitungen liegt innerhalb eines Schutzstreifens von bis zu 8,0 m (4,0m links und rechts der Leitungsachse), in dem aufgrund technischer Vorschriften bestimmte Nutzungen und Tätigkeiten untersagt sind.

Eine Überbauung des Schutzstreifens ist nicht möglich, da das Errichten von geschlossenen Bauwerken und sonstigen baulichen Anlagen jeglicher Art innerhalb des Schutzstreifens gemäß den für diese Leitungen gültigen Regeln des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) nicht gestattet ist. Darüber hinaus dürfen keine sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder den Betrieb unserer Gasfernleitung beeinträchtigt oder gefährden.

Wir weisen jetzt schon darauf hin, dass alle Maßnahmen, auch außerhalb des Schutzstreifens, die Auswirkungen auf den Bestand und den Betrieb der Versorgungsanlagen haben könnten, frühzeitig unter Vorlage detaillierter Projektpläne (Lagepläne, Längenschnitte, Querprofile, etc.) anzuzeigen sind, damit wir prüfen können, ob die jeweils angezeigte Maßnahme in der geplanten Form durchgeführt werden kann oder Sicherungs- und Anpassungsmaßnahmen an der jeweiligen Versorgungsanlage erforderlich werden.

Diese Unterlagen müssen uns entsprechend frühzeitig zur Verfügung gestellt werden, damit uns ein ausreichender Zeitraum zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme verbleibt.

...

Thyssengas GmbH
Emil-Moog-Platz 13
44137 Dortmund
T +49 231 91291-0
F +49 231 91291-2012
I www.thyssengas.com

Geschäftsführung:
Dr. Thomas Gößmann
(Vorsitzender)
Jörg Kamphaus

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Prof. Dr.-Ing. Klaus Homann

Sitz der Gesellschaft:
Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr.
HR B 21273

Bankverbindung:
Commerzbank Essen
BLZ 360 400 39
Kto.-Nr. 140 2908 00
IBAN:
DE 64 3604 0039 0140290800
BIC: COBADEFF360

USt.-IdNr. DE 119497635

Eventuell geplante neue Baumstandorte sind gemäß DVGW Merkblatt GW 125 (M) sowie des Merkblattes der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. FGSV Nr. 939 mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Um die Gasfernleitung vor Beeinträchtigungen durch Wurzelwuchs zu schützen und eine gefährdungsfreie Lebensdauer der Bäume zu gewährleisten, sollte der Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschritten werden.

Dem Überfahren der Gasfernleitung mit Baufahrzeugen bei unbefestigter Oberfläche in Längs- bzw. Querrichtung können wir nur nach erfolgten druckverteilenden Maßnahmen - wie Auslegen von Baggermatratzen oder dergleichen - zustimmen.

Unsere Gasfernleitung L019/003/000 ist bereits nachrichtlich in Ihrem Bebauungsplanentwurf dargestellt.

Nachfolgende Sicherungsmaßnahmen sind im Voraus zu berücksichtigen:

1. Auskofferungs- und Verdichtungsarbeiten dürfen nur dann maschinell erfolgen, wenn über der Leitung ein Erdpolster von 0,5 m gewährleistet ist und Verdichtungsgeräte, deren Erregerkraft pro Aufstandsfläche den Wert von 8,5 N/cm^2 nicht überschreiten, eingesetzt werden.

2. Bei Näherungen im Horizontalabstand unter 1,0 m und im Vertikalabstand unter 0,5 m zu unseren Anlagen dürfen Erdarbeiten nur von Hand ausgeführt werden.

3. Verlegen von Leitungen, Kanälen, Kabeln und Drainagen
   Bei offener Bauweise sind die lichten Abstände unter Berücksichtigung der Leitungsdurchmesser, der örtlichen und technischen Gegebenheiten und der betrieblichen Belange festzulegen.

Sie sollen	0,40 m bei Kreuzungen
und in kurzen Abständen	1,0 m bei Parallelführungen
nicht unterschreiten.	

   Sollte nicht in offener Bauweise verlegt werden, ist das Verfahren mit uns im Detail abzustimmen, die Abstände zur Leitung und die begleitende Einmessung festzulegen. Dieses hat rechtzeitig einige Werktage vor Baubeginn zu erfolgen.

4. Bei Rammarbeiten in Leitungsnähe sind Schwingungsmessungen erforderlich. Falls die max. zulässige resultierende Schwingungsgeschwindigkeit V < 30 mm/sec überschritten wird, sind Maßnahmen zur Reduzierung der Schwingungsgefährdung vorzusehen. Verbleibende Spundwände können in einem lichten Abstand von 2,0 m, Spundwände, die wieder gezogen werden, in einem lichten Abstand von 1,0 m zur Gasfernleitung gesetzt werden.

5. Bei Durchpressungsmaßnahmen sind die entsprechenden Leitungsabschnitte vorsorglich freizulegen, um den Pressvorgang in den Leitungsbereichen beobachten zu können. Die Pressgruben sind in Absprache mit unserem Projektleiter an Ort und Stelle festzulegen.

6. Freigelegte Rohre und leitungszugehörige Bestandteile, einschließlich Begleitkabel, sind durch eine Holzummantelung o.ä. so zu sichern, dass die Rohrisolierung vor mechanischen Beschädigungen geschützt wird

7. Kanalschächte und Schachtbauwerke sind außerhalb des Schutzstreifens anzuordnen.

8. Die Baugrube im Kreuzungsbereich ist sorgfältig anzulegen, wobei die freigelegte Leitungslänge das Maß von max. 3 m (Stützweite) nicht überschreiten darf. Bei der Verfüllung des Rohrgrabens muss die Leitung in einer Schichtdicke von mindestens 0,2 m allseitig in Sand eingebettet werden.

9. Bodenabtrag bzw. –auftrag ist nur bis zu einer verbleibenden Gesamtüberdeckung der Leitung von mindestens 1,0 m bis höchstens 1,5 m erlaubt.

10. Baustelleneinrichtungen oder das Lagern von Bauelementen sind im Leitungsschutzstreifen nicht gestattet.

11. Der Zustand der Rohrisolierung ist frühzeitig vor Baubeginn durch eine Intensivmessung auf eventuelle Schäden zu überprüfen, die ggf. vorher zu beseitigen sind.

12. Zusätzliche Auflagen
Weitergehende Sicherungs- und/bzw. Anpassungsmaßnahmen, die erst an Ort und Stelle geklärt werden können, behalten wir uns ausdrücklich vor.

Wir bitten Sie, die nachfolgenden Punkte zu berücksichtigen, dass

1. unsere Gashochdruckleitung L019/003/005 inklusiv des Schutzstreifens als mit Leitungsrecht zu belastende Fläche der Thyssengas GmbH dargestellt wird,

2. die Gasfernleitungen bei Bau- und Erschließungsmaßnahmen berücksichtigt werden,

3. das beiliegende Merkblatt für die Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie unsere allgemeine Schutzanweisung für Gasfernleitungen der Thyssengas GmbH Anwendung findet,

4. wir am weiteren Verfahren beteiligt werden.

...

Die Ihnen überlassenen Planunterlagen unseres Hauses dürfen nur zu Planungszwecken verwandt werden, eine Weitergabe an eine Baufirma darf nicht erfolgen.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thyssengas GmbH

i. V. Pietzner

i. V. Anke

Anlagen

Thyssengas

Merkblatt 60.6

Berücksichtigung von unterirdischen Gasfernleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen

Die Gasfernleitungen dienen der öffentlichen Energieversorgung. Sie sind bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen und bei den sich daraus ergebenden Folgemaßnahmen zu berücksichtigen.

In vielen Fällen verläuft ein Begleitkabel parallel zu den Leitungen in unterschiedlichen Abständen und geringer Überdeckung. Bestimmte Leitungsarmaturen treten an die Erdoberfläche und sind durch Straßenkappen geschützt.

Gegen Außenkorrosion sind die Leitungen kathodisch geschützt.

Die Leitungen und Kabel liegen innerhalb eines Schutzstreifens, der 2 bis 15 m breit sein kann. Leitungsverlauf, zutreffende Schutzstreifenbreite und weitere Einzelheiten ergeben sich aus unseren Betriebsplänen.

Leitungsrechte für unsere Gasfernleitungen bestehen grundsätzlich in Form von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten (§§ 1090 ff. BGB), die im Grundbuch eingetragen sind, bzw. in schuldrechtlichen Verträgen.

Berühren die Flächennutzungs- und Bebauungspläne oder die sich aus Ihnen ergebenden Folgemaßnahmen den Schutzstreifen, bitten wir, folgende Punkte zu beachten:

1. Der Verlauf der Gasfernleitung ist mit entsprechender Signatur in den Bebauungsplan zu übernehmen. Lagepläne – wenn erforderlich mit Einmessungszahlen – werden bei Bedarf zur Verfügung gestellt, oder die Leitungen werden von uns in eine Kopie des Bebauungsplanes einkartiert. In der Legende des Planes, oder an sonst geeigneter Stelle, ist auf die jeweilige Schutzstreifenbreite hinzuweisen.

2. Grundsätzlich nicht zulässig sind innerhalb des Schutzstreifens
- die Errichtung von Gebäuden aller Art sowie Mauern parallel über bzw. unmittelbar neben den Gasfernleitungen. Oberflächenbefestigungen in Beton, Dauerstellplätze z.B. für Campingwagen, Verkaufswagen usw., sowie das Lagern von schwertransportablem Material.
- sonstige Einwirkungen, die den Bestand oder den Betrieb der Leitung gefährden oder beeinträchtigen.

3. Niveauänderungen im Schutzstreifen dürfen nur mit unserer besonderen Zustimmung vorgenommen werden.

4. Zur Vermeidung unzulässiger Einwirkungen bitten wir außerdem, die Anlage von kreuzenden oder parallel führenden Straßen, Wegen, Kanälen, Rohrleitungen, Kabeln, Hochspannungsfreileitungen und Gleichstromleitungen, sofern eine Leitungsbeeinflussung nicht ausgeschlossen werden kann, rechtzeitig mit uns abzustimmen.

Thyssengas

Merkblatt 60.6

Berücksichtigung von unterirdischen Gasfernleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen

5. Vor Beginn von Baumaßnahmen in Leitungsnähe – auch außerhalb des Schutzstreifens – bitten wir, uns in jedem Falle zu benachrichtigen, damit erforderlichenfalls die Lage der Leitung und des Kabels sowie die mit der Leitung verbundenen oberirdischen Armaturen durch uns in der Örtlichkeit angezeigt werden können (besonders wichtig bei Einsatz von Raupenfahrzeugen).

6. Der Schutzstreifen kann landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt werden. Dabei darf Strauchwerk bis zu 2,0 m Höhe in solchen Abständen gepflanzt werden, dass auf Dauer Kontrollbegehungen der Leitungstrasse ohne Beeinträchtigungen möglich sind. Eventuell geplante Baumstandorte sind gem. DVGW Merkblatt GW 125 (M) sowie des Merkblattes der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. FGSV Nr. 939 mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Um die Gasfernleitung vor Beeinträchtigungen durch Wurzelwuchs zu schützen und eine gefährdungsfreie Lebensdauer der Bäume zu gewährleisten, sollte der Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschritten werden.

7. Wir bitten, uns – im beiderseitigen Interesse – bereits bei der Planung über alle Maßnahmen und Vorhaben an oder innerhalb des Schutzstreifens zu unterrichten, damit Schutzmaßnahmen rechtzeitig vereinbart werden können.

Wir verweisen insoweit als Träger öffentlicher Belange auf § 4 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, I 2414; zuletzt geändert durch Art. 4 G vom 31.07.2009, I 2585.

Thyssengas GmbH
Liegenschaften und Geoinformationen, Dokumentation

44137 Dortmund
Emil-Moog-Platz 13
T +49 231 91291-2277
F +49 231 91291-2266
E leitungsauskunft@thyssengas.com
I www.thyssengas.com

130.1 Anweisung Hochspannungsbeeinflusste Gastransportleitungen

Thyssengas

Anwendungsbereich

Diese Anweisung legt Schutzmaßnahmen für das Arbeiten an hochspannungsbeeinflussten Gastransportleitungen fest.

Grundlage: DVGW GW 22 (A) textgleich mit der AfK-Empfehlung Nr. 3 / TE 7
DVGW GW 309 (A)
BGR 500 Kap. 2.31

Gefahren für Mensch und Umwelt

Bei Arbeiten an hochspannungsbeeinflussten Gastransportleitungen besteht eine elektrische Gefährdung. Bei Vorhandensein einer explosionsfähigen Atmosphäre besteht Explosionsgefahr bei Funkenüberschlag.

Unzulässige Berührungsspannungen an erdverlegten Stahlrohrleitungen können folgende Ursachen haben:



- Zufallsverbindungen zwischen Rohrleitungen und Spannungsführenden elektrischen Anlagen (z. B. Elektroinstallationen oder beschädigte Stromkabel)
- Einfluß von Wechselstrom-Bahnanlagen
- Einwirkungen von Hochspannungsanlagen durch induktive oder kapazitive Kopplungen. (z. B. bei Parallelverlauf und Kreuzung von Hochspannungsleitungen / Erdkabeln / Bahntrassen)
- Hochspannung durch Kopplungseffekte bei Umspannanlagen / Hochspannungskabeln
- Erdkurzschlussströme in Hochspannungsnetzen
- Blitzeinschlag

Hochohmige Umhüllungsmaterialien (z.B. PE-Umhüllung) begünstigen unzulässig hohe Berührungsspannungen. Hinweise zur Bewertung von Hochspannungsbeeinflussungen und den zu treffenden Schutzmaßnahmen enthält das DVGW Arbeitsblatt GW 22 (A).

Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln

Die folgenden Schutzmaßnahmen sind immer dann zu treffen, wenn eine Hochspannungsbeeinflussung der Gastransportleitung nicht durch eine qualifizierte Beurteilung eines KKS-Sachkundigen ausgeschlossen werden kann. Es ist abhängig von der Art der Tätigkeit und den örtlichen Gegebenheiten — die Schutzmaßnahme „Standortisolierung" durch den Einsatz von:



- persönlicher Schutzausrüstung (Bekleidung) entsprechend DIN 57680-1 (VDE 0680-1), (z. B. Gummistiefel und wasserabweisende Schutzbekleidung in feuchten Baugruben, ansonsten isolierende Handschuhe (mind. Klasse 0).



- für eine Isolierung des Standortes ist nach DIN EN 61936-1 (VDE 0101-1), DIN EN 50522 (VDE 0101-2) eine sedimentfreie Schotterschicht aus geeignetem, hochohmigem Material von mindestens 10 cm Dicke oder eine Asphaltschicht von mindestens 1 cm Stärke zu verwenden. Bei Arbeiten im Sitzen oder Liegen ist eine Gummi- oder Kunststoffunterlage von mindestens 2,5 mm Stärke zu verwenden (DIN 57680-1 (VDE 0680-1)).
- isoliertem Werkzeug entsprechend DIN EN 60900 (VDE 0682-201) (z. B. isolierte Schlüssel, isolierte Schraubendreher) anzuwenden.

Bei Gewitter sind die Arbeiten an durchgehend geschweißten Stahlrohrleitungen einzustellen!

Vor dem Trennen einer Rohrleitung (Schneiden, Ausbau von Armaturen, Setzen oder Ziehen von Steckscheiben usw.) und beim Einbinden von Rohrleitungen ist eine elektrische Überbrückung gem. DVGW GW 309 (A) herzustellen, wenn nicht anderweitig eine elektrisch leitende Überbrückung besteht.

flexibles, isoliertes Kupferseil (DIN VDE 0295)
- Querschnitt 25 mm² bis 10 m Länge
- Querschnitt 50 mm² bis 20 m Länge (ggf. höher nach Berechnung!)

Die Überbrückung muss dauerhaft bestehen bleiben!

Entsprechend dem Fortschritt der Instandhaltungsarbeiten sind vorhandene Erder und Steuererder in der Leitungstrasse wieder mit der Rohrleitung zu verbinden. Das Verbindungskabel ist zuerst am Erder und dann an die Rohrleitung anzuschließen. Bei einer hochspannungsbeeinflussten Rohrleitung mit metallenem Grabenverbau (z.B. Spunddielen) ist der Grabenverbau im Arbeitsbereich isolieren abzudecken. Entsprechend DVGW GW 309 ist es erforderlich, bei Arbeiten an Gasrohrleitungen, den kathodischen Korrosionsschutz abzuschalten.

60.52 Datenschutzinformationen zur Netzauskunft und Einweisung von Fremdfirmen

Thyssengas

Wir bei der Thyssengas nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Ihre Privatsphäre ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken. Personenbezogene Daten im Sinne dieser Datenschutzinformation sind sämtliche Informationen, die einen Bezug zu Ihrer Person aufweisen.

Verantwortlicher
Thyssengas GmbH
Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund

Datenschutzbeauftragter
Thyssengas GmbH
datenschutz@thyssengas.com

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten im Rahmen der Netzauskunft und Einweisung von Fremdfirmen ist das berechtigte Interesse der Thyssengas, die Einhaltung der in §49 (1) EnWG geforderten allgemein anerkannten Regeln der Technik nachweisen zu können.

Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Bestandteil der Dokumentation einer erfolgten Informationsbereitstellung (Planwerk, Auflagen und Sicherungsmaßnahmen). Ebenso die Identifizierbarkeit im Falle eines sicherheitsrelevanten Vorfalls.

Empfänger der Daten

Es erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Dazu gehören auch die von uns beauftragten Dienstleister. Selbstverständlich werden diese Empfänger auf die Einhaltung unserer datenschutzrechtlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen verpflichtet. Darüber hinaus erhalten Dritte grundsätzlich keinen Zugriff zu Ihren Daten, es sei denn es liegt eine Rechtsgrundlage vor. Dies ist insbesondere der Fall, wenn gesetzliche Vorschriften uns zur Weitergabe verpflichten oder eine Einwilligung Ihrerseits vorliegt.
Thyssengas lässt einzelne Aufgaben und Serviceleistungen durch sorgfältig ausgewählte und beauftragte (IT-) Dienstleister ausführen, welche ihren Sitz innerhalb der EU haben. Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU findet nicht statt.

Dauer der Speicherung

Nicht mehr benötigte Daten werden von uns unverzüglich gelöscht, sofern dem keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder andere sachliche Gründe entgegenstehen.

Ihre Rechte

- Auskunft, Berichtigung, Löschung etc.: Gerne geben wir Ihnen Auskunft darüber, ob und welche personenbezogenen Daten von Ihnen bei uns gespeichert sind und an wen wir diese ggf. weitergegeben haben. Nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen können Sie folgende weitere Rechte geltend machen: Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung für bestimmte Zwecke) sowie Datenübertragung.

- Widerspruchsrecht gegen Direktwerbung, etc.: Sofern wir eine Verarbeitung von Daten auf Grundlage der sog. Interessenabwägung vornehmen, haben Sie jederzeit das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Insbesondere haben Sie das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung zu Werbezwecken einzulegen.

- Widerrufsrecht: Sofern Sie uns eine gesonderte Einwilligung für die Verarbeitung Ihrer Personenbezogenen Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit uns gegenüber widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zum Widerruf bleibt von einem Widerruf unberührt.

- Fragen oder Beschwerden: Sie haben das Recht, sich bei Fragen oder Beschwerden an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden. Eine Übersicht über die Landesdatenschutzbeauftragten mit ihren Kontaktinformationen finden Sie auf der folgenden Webseite der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit: https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html



In diesem Übersichtsplan sind die Veränderungen des Gasfernleitungsnetzes nicht tagesaktuell nachgewiesen. Die Darstellung der Leitungstrassen ist den Maßstabsebenen entsprechend generalisiert. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.a.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in diesem Übersichtplan nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.

Übersichtsplan

Anlage zum Schreiben

2019-TÖB-0349

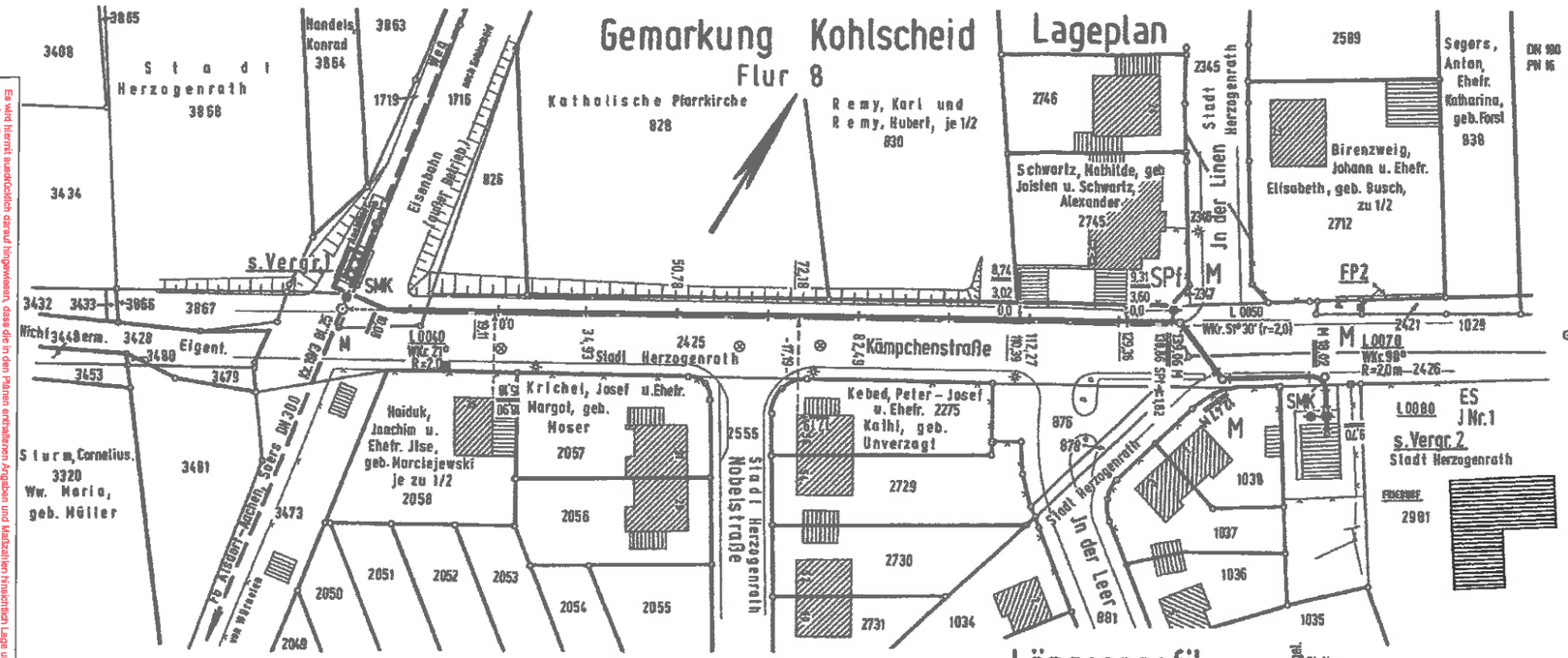
Thyssengas

Projekt: BP II/65-B Kämpchenstraße-Teil B		
Ort / Straße: Herzogenrath		
Maßstab: 1:2500	Erstellt von:	Erstellt am: 01.04.2019

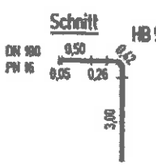
Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht verzichtet werden. Die Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschächte, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die eingezeichneten Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für Maßnahmen, die innerhalb von 90 Tagen nach Anlegen anderer Versorgungsmaßnahmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Eingezeichnete Leitungen sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.

Gemarkung Kohlscheid Flur 8

Lageplan

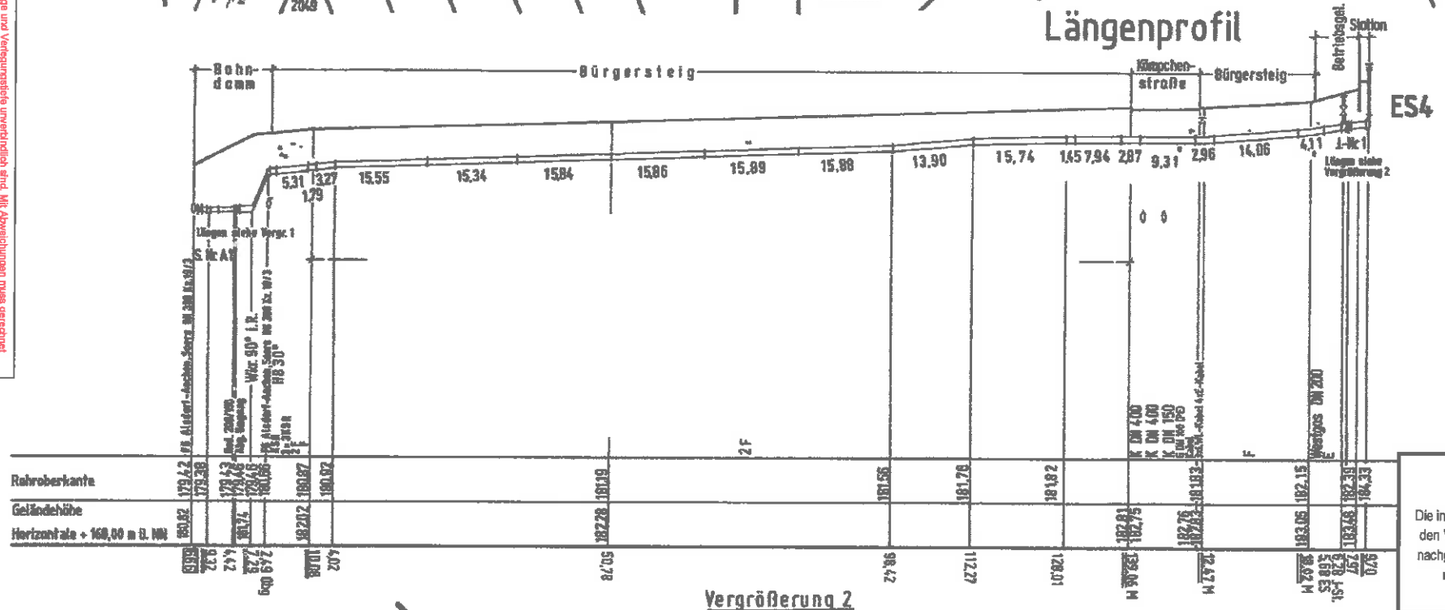


Schnitt



Flurst. 1038 Eigent. Peitsch, Gerhard u. Ehefr. Christa, geb. Sawelsberg, zu 1/2

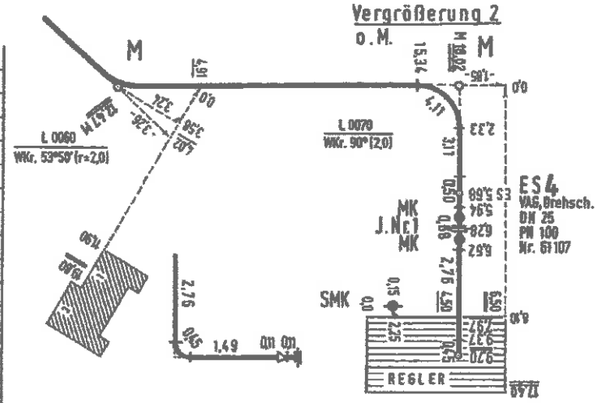
Längenprofil



+++Vorsicht eventuell Niveauänderung+++

Die in den Längenprofilen angegebenen Höhenzahlen ü. NN beziehen sich auf den Verlegungszeitpunkt. Zwischenzeitliche Niveauänderungen wurden nicht nachgetragen. Zur genauen Bestimmung der Erdüberdeckungen sind deshalb nach Abstimmung mit uns Probeaufgrabungen oder ein Nivellement, angeschlossen an NN, durchzuführen.

Vergrößerung 2



PNR	25	56	Höhe ü. NN
-	-	-	-
-	-	-	-
-	-	-	-
-	-	-	-
L0080	06 391,80	32 089,61	-
L0070	06 387,35	32 094,66	-
L0060	06 372,87	32 084,19	-
L0050	06 360,97	32 088,13	-
L0040	06 245,82	32 012,12	-
L0030	06 235,10	32 009,72	-
L0020	06 233,45	32 016,75	
L0010	06 236,04	32 017,32	-
-	-		-
FP.2	EB Hauer		183,12
FP.1	HB Nr.55 Kz. 19/3 Bl.25		180,76

SNr.5 Pörringer u. Schindler DN 300, PN 25 Nr. 21 015

SNr.A1 VAG, Elita DN 150, PN 25 Nr. 20991

SNr.U1 VAG, Elita DN 150, PN 25 Nr. 23623

ES 1 VAG, Elita DN 100, PN 25 Nr. 23908

ES 2 VAG Elita DN 100 PN 25 Nr. 24 856

ES 3 VAG, Elita DN 100, PN 25 Nr. 24 858

Ltr. 19/3 Alsdorf – Aachen – Soers DN 300 Bl. 25a

-	-								
-	-								
-	-								
-	-								
-	-								
-	-								
23.09.2014	N-L-D								
22.08.2014	VIB-PWL								
07.07.2014	VIB-PWL								
08.10.2012	ETG-B-I-N								
25.07.2011	VIB-PWL								
28.11.2007	unbekannt								
Änderungsdatum vom:									

Erdgas Südwest ERDGASLOGISTIK

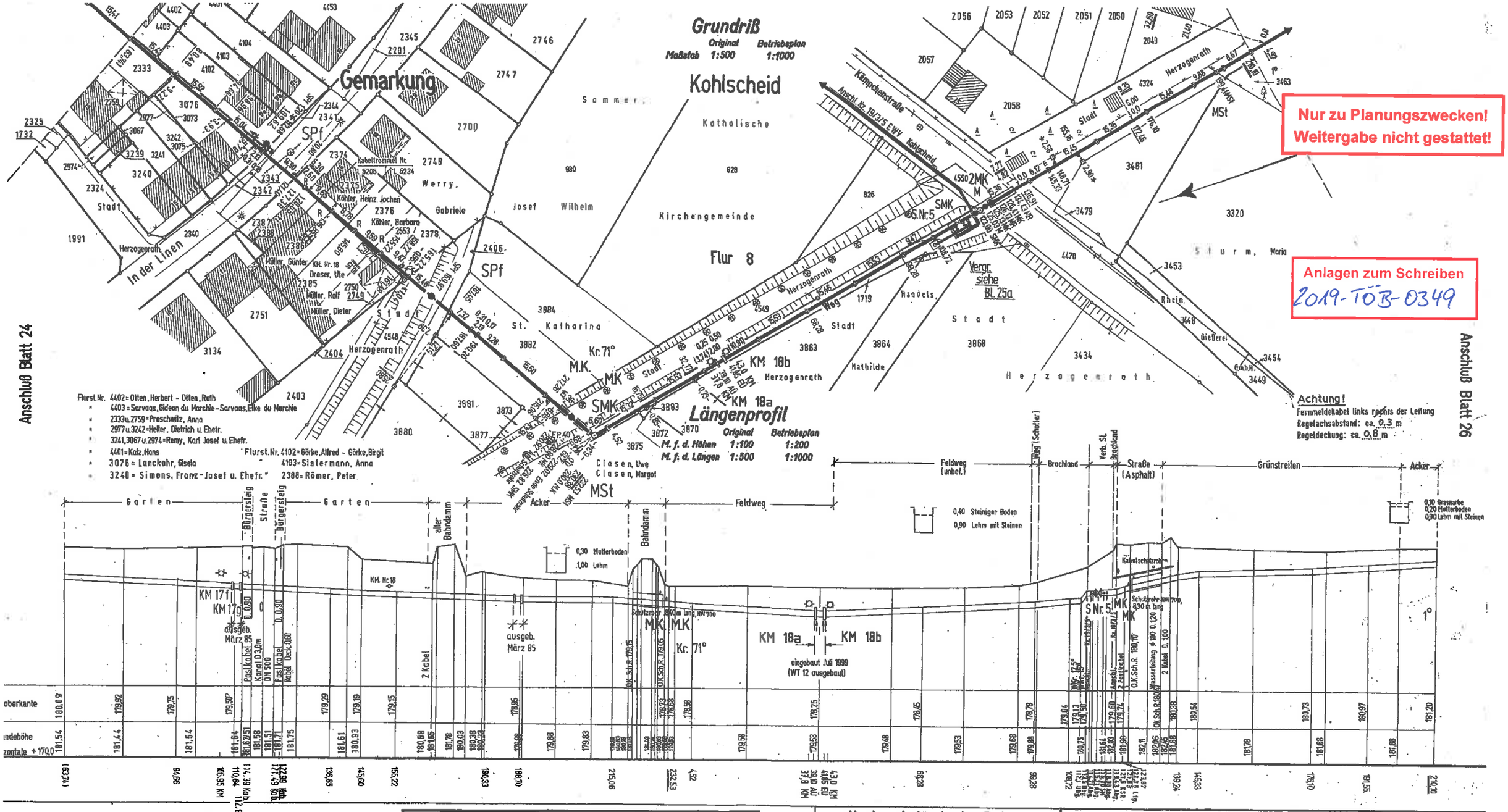
① Gastransportleitung

A ENWOR Kohlscheid – Kämpchenstraße

Leitungs-Nr.:	19/3/5 + siehe links								
Blatt-Nr.:	1								
⑦ Inbetriebnahme: 25.10.1979	Kreis: Landkreis Aachen								Maßstab
⑥ Druckprobe: 24.10.1979	Gemeinde: Herzogenrath								Lageplan 1:1000
⑤ Prüfdruck: 38 bar	Gemarkung: Kohlscheid								Längenprofil 1:1000/200
⑧ DP 25 bar	⑮ Feldbuch-Nr.:		Kat.-Stand: -						Erstellt durch:
Schutzstreifenbreite: 6,00 m	1 - 3		Top.-Stand: -						Blattlänge: 196,90 m
	⑨ DN	⑩ d_a	⑪ S	⑫ Material	⑬ Herstellungsart	⑭ Hersteller	Länge	⑯ Rohrumhüllung	
	200 mm	219,1 mm	5,0 mm	StE 290.7	Längsnaht	Mannesmann	187,44 m	Kunststoff	
	150 mm	168,3 mm	4,5 mm	StE 290.7	Längsnaht	Mannesmann	9,46 m	Kunststoff	
	mm	mm	mm				m		

Nur zu Planungszwecken!
Weitergabe nicht gestattet!

Anlagen zum Schreiben
2019-TÖB-0349



Nur zu Planungszwecken!
Weitergabe nicht gestattet!

Anlagen zum Schreiben
2019-TÖB-0349

Achtung!
Fernmeldekabel links rechts der Leitung
Regelachsabstand: ca. 0,3 m
Regeldeckung: ca. 0,8 m

+++Vorsicht eventuell Niveauänderung+++

Die in den Längenprofilen angegebenen Höhenzahlen ü. NN beziehen sich auf den Verlegungszeitpunkt. Zwischenzeitliche Niveauänderungen wurden nicht nachgetragen. Zur genauen Bestimmung der Erdüberdeckungen sind deshalb nach Abstimmung mit uns Probeaufgrabungen oder ein Nivellement, angeschlossen an NN, durchzuführen.

Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.

Letzte Änderung am 29.10.2002

Nockenabstände der Dehner

D Nr.	Dat.	mm	Dat.	mm	Dat.	mm	Dat.	mm
124	10.5.61	666						
125	10.5.61	671						

Thyssengas GmbH 29.12.99

Ferngasleitung: Ltg. Alsdorf - Aachen, Soers

Bauabschnitt: 2
Rohrbau: Westdeutsche Schweißwerke
Tiefbau: Huppertz, Rheinhausen
Bauführer: Hullermann
Rohrlieferant: Phoenix-Rheinrohr
NW: 300
Wanddicke: 6,3 mm
Rohrmaterial: MUST 37-2
Muffen: Kugel- und Einsteckmuffen
Isolierung: Bäumen auf Glasvlies
Druckprobe am 28.6.1961 98 kp/cm²
Inbetriebnahme am 5.7.1961

Trassierung
aufgemessen: Verm. Büro Lohberg
kartiert: Nacht Regnus
Feldbuch Nr.:

Leitungsverlegung
aufgemessen: Verm. Büro Lohberg
kartiert: Nacht Regnus
Feldbuch Nr.: 7+8

Festpunktverzeichnis von 1960

F. Nr.	Bezeichnung d. Pkt.	H. ü. N. N.
40	HB Nr. 55	180,76

Leitungslänge auf diesem Blatt
NW: 300 378,90 m
NW: m
NW: m
NW: m
berichtigt:
Plan berichtigt:
Schutzstreifenbreite: 8,0 m
Datum des Negativs
Übersichtsblatt:
System: 1913 Bl. Nr. 25

(12)

Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Kreisstellen Aachen/Düren/Euskirchen
Rütger-von-Scheven-Straße 44 · 52349 Düren

11.04.

Stadt Herzogenrath
Dezernat III/A61 Stadtplanung
Herrn Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
10. April 2019
A61 | X | R | Vb | tR

HS 18.4.

Kreisstelle
☒ **Aachen**
Mail: aachen@lwk.nrw.de
☐ **Düren**
Mail: dueren@lwk.nrw.de
☐ **Euskirchen**
Mail: euskirchen@lwk.nrw.de
Rütger-von-Scheven-Str. 44
52349 Düren
Tel.: 02421 5923-0, Fax -66
www.landwirtschaftskammer.de
Auskunft erteilt: Frau Lock / bü
Durchwahl: 16
Fax : 66
Mail : susanne.lock@lwk.nrw.de
19_054_ Stadt Herzogenrath_1BP II-65B Kämpchenstr. Teil B.docx
Düren 08.04.2019

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über die erneute verkürzte öffentliche Auslegung gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB

Ihr Schreiben vom 27.03.2019 – 3.2-10007-17-23

Sehr geehrter Herr Sordon,

zum o.a. Vorhaben nehmen wir als Fachbehörde wie folgt Stellung:

Aus landwirtschaftlich-fachlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken.
Es ist dafür zu sorgen, dass die verbleibenden landwirtschaftlichen Flächen für landwirtschaftliche Fahrzeuge weiterhin erreichbar sind.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Lock

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY
Kreisgruppe Aachen-Land
Alfred Schulte, Coudenhovestr. 4, 52066 Aachen

13

An
Stadt Herzogenrath
Dezernat III Stadtplanung
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Düren, 17.04.2019

Betr.: BBP II/65B „Kämpchenstraße Teil B"
Ihr Zeichen: 3.2-1007-17-23
Landesbüro Zeichen: AC – 313/17

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu obiger Planung geben wir folgende Stellungnahme ab.

ASP

Wir verweisen hier auf dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen" für die Berücksichtigung artenschutzrechtlich erforderlicher Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen für die Feldlerche.

CEF Maßnahmen

- Die Maßnahmen müssen die Funktion der Fortpflanzungs und Ruhestätten nachweislich vollständig ersetzen (volle Funktionalität
- Es verbleibt keine zeitliche Lücke zwischen dem Verlust der alten Lebensstätte und der Funktionsfähigkeit der neuen Lebensstätte (zeitliche Kontinuität)
- Die vom Verlust der alten Lebensstätte konkret betroffenen Individuen werden die neue Lebensstätte annehmen (räumliche Kontinuität
- der Anwendungsbereich von CEF Maßnahmen ist auf die Beeinträchtigung von Fortpflanzungs und Ruhestätten beschränkt bei Störungs und Tötungsverboten sind CEF Maßnahmen unzulässig

Die Feldlerche wird in der RL NRW in der Gefährdungskategorie 3 „gefährdet" geführt. Der Rückgang dieser ehemaligen „Allerweltsart" in den letzten Jahren ist landesweit dramatisch. Im Brutvogelatlas 2013 wird der Trend mit stark abnehmend angegeben (NWO & LANUV 2013: Die Brutvögel Nordrhein-Westfalens). Gegenüber den 1980er Jahren dürfte der Bestandsverlust landesweit etwa 80% betragen (Sudmann et al. 2008). Dementsprechend bewertet das LANUV den Erhaltungszustand der Art aktuell als „ungünstig mit deutlichem Abnahmetrend". Bei abnehmender Populationsgröße der Feldlerche in ganz NRW sind weitere Verluste nicht akzeptabel.

Die Dächer sollten so ausgerichtet sein das die Errichtung von Solar und Photovoltaikanlagen möglich sind.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Alfred Schulte

BUND Kreisgruppe Aachen-Land
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.

Wir gehören dem BUND-NRW an.
Vereinsregister: VR Nr. 5463, Düsseldorf
1. Vorsitzender der Kreisgruppe Düren: Walter

19

Markus Sordon - Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Von: "Blaumann, Marco (ASEAG, BPBT)" <Marco.Blaumann@Aseag.de>
An: "Sordon, Markus (Herzogenrath)" <Markus.Sordon@Herzogenrath.de>
Datum: 09.04.2019 13:54
Betreff: Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Hier: Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über die erneute verkürzte öffentliche Auslegung gem. § 4a (3) BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB
Bezug: Ihr Schreiben vom 27.03.2019

Sehr geehrter Herr Sordon,

gegen die Aufstellung des Bebauungsplans II/65B "Kömpchenstraße Teil B" zur Errichtung neuen Wohnraums bestehen seitens der ASEAG keine Bedenken.

Die Erschließung des Plangebietes durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird durch die neu erschlossene Haltestelle "Dornkaulstraße" mit Anbindung an die Linie WÜ1 sowie die im Osten des Wohngebietes gelegene Haltestelle Kämpchen mit den Linien 34,54,WÜ1 in ausreichendem Maße sichergestellt. Damit bestehen umsteigefreie Busverbindungen in Richtung Aachen-Innenstadt, Kerkrade, Herzogenrath, Merkstein, Würselen und Euchen.

i.A. Marco Blaumann, M.Eng.
Betriebsplanung / Verkehrstechnik

ASEAG, Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 1688-3356
marco.blaumann@aseag.de
www.aseag.de

Sitz der Gesellschaft: Aachen
Registergericht Aachen, Handelsregister Abtlg. B Nr. 124

Aufsichtsratsvorsitzender: Heiner Höfken
Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke, M.Sc.

Unsere Datenschutzinformationen finden Sie auf unserer Webseite unter www.aseag.de/datenschutz

15

Bauleitplanung - Bebauungsplan II/65B Kämpchenstraße Teil B

Von: Meessen Rudolf <Rudolf.Meessen@Regionetz.de>
An: "'bauleitplanung@herzogenrath.de'" <bauleitplanung@herzogenrath.de>
Datum: 04.04.2019 08:59
Betreff: Bebauungsplan II/65B Kämpchenstraße Teil B

Sehr geehrte Damen und Herren,

im o. a. Bereich befinden sich keine Versorgungsanlagen der Regionetz GmbH.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Rudolf Meeßen
Planung und Bau PB-Z

Regionetz GmbH
Dienstsitz: Zum Hagelkreuz 16
52249 Eschweiler
Tel. 0241 41368-5527
Rudolf.Meessen@regionetz.de
www.regionetz.de

Sitz der Gesellschaft: Aachen
Amtsgericht Aachen, HRB 12668
Geschäftsführer: Axel Kahl, Stefan Ohmen

Wir sind die neue Regionetz GmbH, der Netzbetreiber für Aachen, Städteregion Aachen sowie Teile der Kreise Düren und Heinsberg. Als ein gemeinsames Unternehmen von STAWAG, Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, und EWV, Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, lösen wir die beiden bisherigen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz ab.

Wenn diese E-Mail nicht für Sie bestimmt ist, bitten wir Sie, uns umgehend über den irrtümlichen Empfang zu informieren und diese E-Mail zu löschen. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung.
If you are not the addressee, please inform us immediately that you have received this e-mail by mistake and delete it. We thank you for your support.

16

Industrie- und Handelskammer
Aachen

IHK Aachen | Postfach 10 07 40 | D-52007 Aachen

Stadt Herzogenrath
Herrn Markus Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Theaterstraße 6-10
D-52062 Aachen
http://www.aachen.ihk.de

Auskunft erteilt
Nils Jagnow
Telefon: 0241 4460-234
Telefax: 0241 4460-148
E-Mail: dienst@aachen.ihk.de

Unser Zeichen
jg/lb

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom
3.2-10007-17-23
27.03.2019

Aachen,
10. April 2019

Bauleitplanung
hier: Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“

Guten Tag Herr Sordon,

da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder - wo es der Fall ist - hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer Aachen keine Bedenken.

Freundliche Grüße

Industrie- und Handelskammer
Aachen

F. Rötting

Fritz Rötting
Geschäftsführer

(17)

Von: "vorbereitende Bauleitplanung" <vorbereitende.Bauleitplanung@mail.aachen.de>
An: <bauleitplanung@herzogenrath.de>
CC: <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 04.04.2019 11:03
Betreff: Bebauungsplan II/65B -Kämpchenstraße Teil B - Aktenzeichen: 35043-2017, Stellungnahme Beteiligter gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch (BBauG)

hier: Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über die erneute verkürzte öffentliche Auslegung gem. §4a (3) BauGB i.V.m §3 (2) und §4(2) BauGB

Sehr geehrter Herr Sordon,

von Seiten der vorbereitenden Bauleitplanung der Stadt Aachen betsehen keine Bedenken hinsichtlich der o.g. Planung.

Mit freundlichen Grüßen,

Michaela Gude-Starke
Sachbearbeiterin
vorbereitende Bauleitplanung FB 61-100
Stadt Aachen

ANLAGE 10

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Eingegangene Stellungnahmen
im Rahmen der öffentlichen Auslegung
vom 12.11.2018 bis 14.12.2018

(1)

23.11.18

HE 26.11.18

Deutsche Bahn AG
DB Immobilien
Region West
Erna-Scheffler-Straße 5
51103 Köln
www.deutschebahn.com

Robert Lemper - extern -
Tel.: 0221 141-3712
robert.lemper-extern@deutschebahn.com
Zeichen: CS.R-W-L(A) lm
TÖB-KÖL-18-41299

Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Erna-Scheffler-Str. 5, 51103 Köln

Stadt Herzogenrath
Dezernat III
A 61 Stadtplanung
Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

19.11.2018

Ihr Zeichen: 3.2-10007-17.23
Bebauungsplan II/65 B „Kämpchenstraße Teil B“

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Sordon,

die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt.

Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen. Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.

- Kein Anspruch auf Schutz vor Immissionen aus dem Bahnbetrieb;

  Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Betriebsanlagen entstehen Immissionen. Entschädigungsansprüche oder Ansprüche auf Schutz- oder Ersatzmaßnahmen können gegen die DB AG nicht geltend gemacht werden, da die Bahnstrecke eine planfestgestellte Anlage ist. Spätere Nutzer sind frühzeitig und in geeigneter Weise auf die Beeinflussungsgefahr hinzuweisen.

Bei möglichen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Deutsche Bahn AG

i. V.
Dennis Trobisch

i. A.
Robert Lemper

Deutsche Bahn AG
Sitz: Berlin
Registergericht:
Berlin-Charlottenburg
HRB: 50 000
USt-IdNr.: DE 811569869

Vorsitzender des
Aufsichtsrates:
Michael Odenwald

Vorstand:
Dr. Richard Lutz,
Vorsitzender

Alexander Doll
Berthold Huber
Prof. Dr. Sabina Jeschke
Ronald Pofalla
Martin Seiler

Unser Anspruch:

DB 2020+ **Profitabler Qualitätsführer**
Top-Arbeitgeber
Umwelt-Vorreiter

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier: www.deutschebahn.com/datenschutz

(2)

PLEDOC

Ein Unternehmen der Open Grid Europe

Leitungsauskunft
Fremdplanungsbearbeitung

Telefon 0201/36 59 - 0
Telefax 0201/36 59 - 160
E-Mail leitungsauskunft@pledoc.de

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

Stadt Herzogenrath
Dezernat III - A 61 Stadtplanung
Markus Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

zuständig Sven Göhring
Durchwahl 0201/3659 328

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
3.2-10007-17-23	07.11.2018	PLEdoc	**20181102142**	**12.11.2018**

Bebauungsplan 11/65B "Kämpchenstraße Teil B" der Stadt Herzogenrath Benachrichtigung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezug auf Ihre o.g. Maßnahme teilen wir Ihnen Nachfolgendes mit.

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.
Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme nicht betroffen:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen *(hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)*
- Viatel GmbH, Frankfurt

Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.

Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

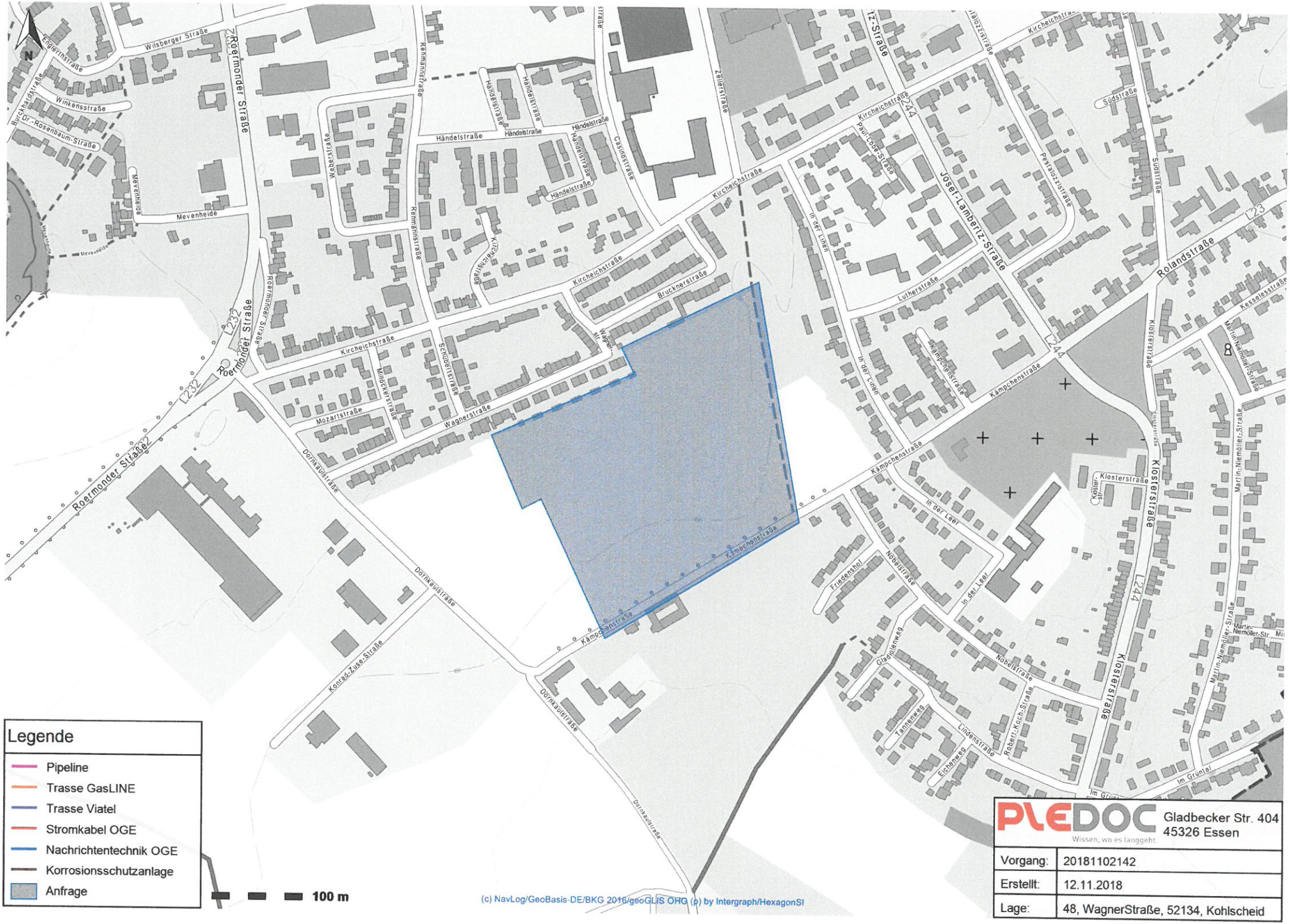
PLEDOC

Ein Unternehmen der Open Grid Europe

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Anlage(n)
Übersichtskarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2014 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)


Legende
Pipeline
Trasse GasLINE
Trasse Viatel
Stromkabel OGE
Nachrichtentechnik OGE
Korrosionsschutzanlage
Anfrage
100 m
(c) NavLog/GeoBasis-DE/BKG 2016/geoGLIS ORG (p) by Intergraph/HexagonSI
PLEDOC
Wissen, wo es langgeht.
Gladbecker Str. 404
45326 Essen
Vorgang: 20181102142
Erstellt: 12.11.2018
Lage: 48, WagnerStraße, 52134, Kohlscheid

(3)

Bitte FK an A65 Vol. a. 19.12.18

HE 20.12.

StädteRegion · Aachen · 52090 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 Stadtplanung
Herrn M. Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
17. Dez. 2018
A61 | X | R | Vk | tR

20.12.

11.12. nach Prüfg.

StädteRegion Aachen

Der Städteregionsrat

A 70.5
Mobilität, Klimaschutz und Regionalentwicklung

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 - 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 - 2528

Telefax
0241 / 5198 - 82528

E-Mail
Ruth.Roelen@
staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Ruth Roelen

Zimmer
F 204

Aktenzeichen
RR

Datum
11.12.2018

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90
Bürgertelefon
0800 / 5198 000
Internet
http://www.
staedteregion-aachen.de
Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSDE 33
IBAN DE2139050000
0000304204
Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508
Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13, 14, 21, 27, 33, 34, 37, 46, 56, 57, 77, 163 bis Haltestelle Normaluhr.
Ca. 5 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof.
* Elektronischer Zugang zur StädteRegion Aachen
Bitte beachten Sie die Hinweise unter
www.staedteregion-aachen.de/eZugang

Bebauungsplan II/ 65 B „Kämpchenstraße Teil B“
Ihr Schreiben vom 07.11.2018

Sehr geehrter Herr Sordon,
die StädteRegion Aachen nimmt zum vorgelegten verbindlichen Bauleitplan wie folgt Stellung.

A 61 - Amt für Immobilienmanagement und Verkehr
Es bestehen Bedenken.

Im Bebauungsplangebiet soll der Radschnellweg Euregio (Aachen - Kohlscheid - Herzogenrath) in der Lage verlaufen, die im Entwurf des Rechtsplans eingetragen ist. Das Land Nordrhein Westfalen wird in Kürze das Linienbestimmungsverfahren einleiten.
Die Linienführung wurde in einer Machbarkeitsstudie durch die Projektpartner Stadt Herzogenrath, Stadt Aachen und StädteRegion Aachen entwickelt. Der Bau- und Verkehrsausschuss der Stadt Herzogenrath hat am 06.07.2017 beschlossen, dass die ausgearbeitete Linienführung u.a. in diesem Bebauungsplan zu berücksichtigen ist.
Daher sind im Bebauungsplan die folgenden Punkte zu beachten:

1. An der Querung der Planstraße E mit dem Radschnellweg muss sich die Planstraße auch in der Höhenlage dem Radschnellweg anpassen. Vom Radschnellweg muss in Richtung des Wohngebiets in der Planstraße eine Aufstellfläche von mindestens 6 m Länge mit einer maximalen Längsneigung von 3 % eingeplant werden. Notwendige Rampen zur Überbrückung des Höhenunterschieds zum Wohngebiet können erst in der daran anschließenden Strecke der Planstraße realisiert werden.

2. Die Flächen des Radschnellwegs einschließlich der Bankette und notwendigen Böschungen sowie die erforderlichen Sichtdreiecke aus beiden Fahrtrichtungen von der Planstraße auf den Radschnellweg stehen für Ausgleichsmaßnahmen nicht zur Verfügung (Sichtdreiecke gemäß RaSt 06). Die Sichtdreiecke sind von jeglichen Sichthindernissen, u.a. Baumpflanzungen, freizuhalten. Im Landschaftspflegerischen Begleitplan für den Bebauungsplan ist dies in der Ökowertermittlung zu berücksichtigen.

3. Auf der östlichen Seite des Wohngebiets ist parallel zum alten Bahndamm ein Streifen mit der Zweckbestimmung „Flächen für die Landwirtschaft" festgesetzt. Dieser ist stellenweise nur 2 m breit. Wenn dieser Streifen als Anbindung zu den Grünflächen dienen soll, die im nördlichen Bereich des Bebauungsplans festgesetzt werden, reicht die Breite für die Befahrung mit Fahrzeugen nicht aus. Das östlich liegende Flurstück mit dem alten Bahndamm wird für den Radschnellweg benötigt und steht hierfür nicht zur Verfügung.

Die Entwurfs- und Ausführungsplanung der Planstraße E ist mit dem Land Nordrhein-Westfalen als Baulastträger des Radschnellwegs abzustimmen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Oswald unter der Tel.-Nr. 0241/5198-3705 zur Verfügung.

A 70 - Umweltamt

Allgemeiner Gewässerschutz:

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen aus wasserrechtlicher Sicht Bedenken.

Für das Bebauungsgebiet Kämpchen, Teil A wurde am 28.09.2015 die Erlaubnis erteilt, Niederschlagswasser über ein Regenklärbecken und Regenrückhaltebecken in den Amstelbach einzuleiten.

Das Regenklärbecken wurde mit Bescheid vom 24.02.2002 genehmigt. Zudem liegt eine Kanalnetzanzeige (Regelungsbescheid vom 17.04.2015) vor.

Das Regenklärbecken wurde für den Anschluss aller befestigten Flächen des Gebietes A zu klein bemessen. Die Stadt Herzogenrath muss deshalb jährlich eine Flächenbilanz mit dazugehörigem Lageplan vorlegen.

Das geplante Gebiet B soll an das bestehende Entwässerungssystem angeschlossen werden. Entgegen der Angaben im Erläuterungsbericht wurden der StädteRegion Aachen keine Nachweisunterlagen vorgelegt, dass das Regen-

klärbecken, Regenrückhaltebecken und die Entwässerungskanäle ausreichend bemessen sind.

Es sind die folgenden Unterlagen vorzulegen:

- Bewertung der Belastung des Niederschlagswassers nach Trennerlass v. 26.05.2004 bzw. nach Runderlass zur Niederschlagswasserbeseitigung gemäß § 51a LWG v. 18.05.1998.
- Hochwassernachweis für den Amstelbach
- Gesamtbilanz des Regenklärbeckens und Regenrückhaltebeckens für das gesamte Bebauungsplangebiet (Teil A und B) sowie das Aixtron-Gelände; Bei Anschluss von weiteren Flächen (z.B. Auffangen von Außengebietswasser) sind diese bei der Bemessung zu berücksichtigen.

Aufgrund der Erweiterung sind die folgenden Anträge erforderlich:

- Erlaubnis nach §§ 8, 9, 10 WHG
- bei Erweiterung des Regenklärbeckens: Genehmigung nach § 57 (2) LWG
- Kanalnetzanzeige nach § 57 (1) LWG

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Heining unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2286 zur Verfügung.

Natur und Landschaft:

Meine mit Stellungnahme vom 30.08.2017 vorgebrachten Bedenken können nur unter folgenden Voraussetzungen aufgehoben werden:

- Vor Inkrafttreten der Rechtskraft des Bebauungsplans sind die zur Schaffung eines Ersatzlebensraums für die Feldlerche durchzuführenden Maßnahmen (sog. cef-Maßnahmen) nach Standort, Art und Umfang in ausreichend rechtlich abgesicherter Form und in einvernehmlicher Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde konkret und detailliert festzusetzen.
- Die o.a. erforderlichen Maßnahmen sind vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Thyssen unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2180 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

(Thomas Pilgrim)

3

Markus Sordon - Bebauungslan II/65 B Kämpchenstraße Teil B, Stadt Herzogenrath

Von: Oswald, Ralf (Städteregion Aachen) <Ralf.Oswald@staedteregion-aachen.de>
An: Markus Sordon <Markus.Sordon@Herzogenrath.de>
Datum: 01.03.2019 12:37
Betreff: Bebauungslan II/65 B Kämpchenstraße Teil B, Stadt Herzogenrath
CC: Roelen, Ruth (Städteregion Aachen) <Ruth.Roelen@staedteregion-aachen.de>...

Sehr geehrter Herr Sordon, sehr geehrte Frau Strempel,

nach der telefonischen Rücksprache mit Ihnen, Herr Sordon, am 27.2.2019, bestehen meinerseits keine Bedenken mehr zum Bebauungsplan.

Ich bitte, die nachfolgend aufgeführten Hinweise zu berücksichtigen:

1. An der Querung der Planstraße E mit dem Radschnellweg muss sich die Planstraße auch in der Höhenlage dem Radschnellweg anpassen. Vom Radschnellweg muss in Richtung des Wohngebiets in der Planstraße eine Aufstellfläche von mindestens 6 m Länge mit einer maximalen Längsneigung von 3 % eingeplant werden. Notwendige Rampen zur Überbrückung des Höhenunterschieds zum Wohngebiet können erst in der daran anschließenden Strecke der Planstraße realisiert werden. Die Entwurfs- und Ausführungsplanung der Planstraße E ist mit dem Land Nordrhein-Westfalen als Baulastträger des Radschnellwegs abzustimmen. Gemäß einer Planungsvereinbarung wird die StädteRegion in Zusammenarbeit mit der Stadt Herzogenrath für das Land die Planung durchführen.

2. Die Flächen des Radschnellwegs einschließlich der Bankette und notwendigen Böschungen sowie die erforderlichen Sichtdreiecke aus beiden Fahrtrichtungen von der Planstraße auf den Radschnellweg werden teilweise die Grünflächen in Anspruch nehmen, die für Ausgleichsmaßnahmen des Wohngebiets vorgesehen sind. Ich bitte, in diesen Flächen zumindest von Baumpflanzungen (z.B. Obstbäumen) Abstand zu nehmen.

3. Auf der östlichen Seite des Wohngebiets ist parallel zum alten Bahndamm ein Streifen mit der Zweckbestimmung „Flächen für die Landwirtschaft" festgesetzt. Dieser ist stellenweise nur 2 m breit. Wenn dieser Streifen als Anbindung zu den Grünflächen dienen soll, die im nördlichen Bereich des B-Plans festgesetzt werden, reicht die Breite für die Befahrung mit Fahrzeugen nicht aus. Das östlich liegende Flurstück mit dem alten Bahndamm wird für den Radschnellweg benötigt und steht hierfür nicht zur Verfügung. Es wäre vorteilhaft, den oben genannten Streifen als Grünfläche festzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Oswald

StädteRegion Aachen
A 61
Straßenbau und Verkehrslenkung
Raum E 391, Zollernstraße 16, 52070 Aachen
Postanschrift:
StädteRegion Aachen
52090 Aachen
Telefon +49(241)51983705
Telefax +49(241)51983277
E-Mail: ralf.oswald@staedteregion-aachen.de
http://www.staedteregion-aachen.de
http://www.facebook.com/StaedteRegionAachen

zu (3) alte Stellungnahme vom 30.08.2017

05.09.

StädteRegion Aachen

Der Städteregionsrat

StädteRegion Aachen • 52090 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 – Stadtplanung und Verkehr
Herrn Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
31. Aug. 2017
AG1 | X | R | Vb | tR

HS 6.9.17

4.1.17

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B"
Ihr Schreiben vom 24.07.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen das vorgelegte Verfahren bestehen seitens der StädteRegion Aachen zurzeit Bedenken.

A 70 – Umweltamt
Allgemeiner Gewässerschutz:
Es bestehen zurzeit Bedenken.

Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 1. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, soll gemäß § 55 Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit § 44 Landeswassergesetz ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Die Niederschlagswasserentsorgung ist in den vorliegenden Unterlagen nicht dargestellt. Für die wasserwirtschaftliche Prüfung ist die Vorlage von detaillierten Unterlagen und Nachweisen erforderlich. Hierzu verweise ich auf mein Rundschreiben vom 02.04.2008 – Niederschlagswasserentsorgung im Bebauungsplanverfahren. Nach

A 85
Regionalentwicklung und Europa

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 – 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 – 2165

Telefax
0241 / 5198 – 82165

E-Mail
Nicole.Friederichs@staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Frau Friederichs

Zimmer
C 139

Aktenzeichen

Datum:
30.08.2017

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
http://www.staedteregion-aachen.de

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSDE 33
IBAN DE2139050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13, 14, 21, 27, 33, 34, 37, 46, 56, 57, 77, 163 bis Haltestelle Normaluhr. Ca. 5 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof.

Vorlage eines Entwässerungskonzeptes mit Nachweis der Niederschlagswasserentsorgung erfolgt eine weitere Stellungnahme.
Die anfallenden Schmutzwässer sind der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Heining unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2286 zur Verfügung.

Bodenschutz und Altlasten:
Im Plangebiet befinden sich keine Altlasten-Verdachtsflächen.

Unter der Voraussetzung, dass im noch aufzustellenden Umweltbericht auf die Belange des Bodenschutzes eingegangen wird (analog wie im Umweltbericht zum Bebauungsplan II/65 Teil A), bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplan II/65B.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau A. Schneider unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2159 zur Verfügung.

Natur und Landschaft:
Gegen die Aufstellung des B-Planes bestehen derzeit aus landschaftspflegerischer Sicht Bedenken.

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum B-Plan II/65 Teil A wurde festgestellt, dass das Plangebiet zwei Paaren der besonders geschützten, planungsrelevanten Feldlerche als Lebensraum dient. Ein Paar davon wurde im Bereich der Teilfläche A kartiert. Dies hatte zur Folge, dass die artenschutzrechtlichen Bedenken lediglich dadurch aufgehoben wurden, dass für diese Feldlerche ein 5.000 m² umfassender Ersatzlebensraum zur Verfügung gestellt wurde (cef-Maßnahme). Dieser wurde noch vor Erschließung des B-Plangebietes II/65 Teil A im Bereich des B-Plangebietes II/65 Teil B unter der Voraussetzung angelegt, dass noch vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Teilgebiet B ein anderer, außerhalb liegender Ersatzlebensraum gefunden und hergerichtet werden muss.

Da sich die ökologische Funktion der von dem Eingriff (B-Plan II/65 Teil A) betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Feldlerche

nicht gegenüber dem Voreingriffstatbestand verschlechtern darf, ist weiterhin dauerhaft ein Ersatzlebensraum bereitzustellen.

Meine Bedenken können erst dann aufgehoben werden, wenn ein solcher Ersatzlebensraum außerhalb des Plangebietes im gleichen Naturraum gefunden, die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen rechtlich sichergestellt wurde und die Maßnahmen durchgeführt wurden.
Der Ersatzlebensraum soll gemäß dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen" des Landesumweltministeriums NRW eine Mindestgröße von 10.000 m² aufweisen. Diese Mindestgröße kann gemäß dem o.a. Leitfaden unter folgenden Bedingungen auf 5.000 m² reduziert werden:

- Parallele Anlage von mehreren 10–12 m breiten Streifen aus Sommergetreide, Luzerne und Brache
- Als Erfolgskontrolle ist ein mindestens 3 Jahre umfassendes Monitoring festzusetzen, das auch ein Risikomanagement mit gegebenenfalls Festlegung von Korrekturmaßnahmen für den Fall enthält, dass der zur Verfügung gestellte Ersatzlebensraum von der Feldlerche nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß angenommen wird.

Der Ersatzlebensraum ist dauerhaft bereitzustellen bzw. zu erhalten, d.h. dass die ökologische Funktion dauerhaft erfüllt bleiben muss.

Lage, Art und Umfang der auf der Ersatzlebensraumfläche durchzuführenden Maßnahmen sind frühzeitig und einvernehmlich mit meiner unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Ich weise schon zu diesem Zeitpunkt darauf hin, dass diese artenschutzrechtlichen Bedenken nicht der bauleitplanerischen Abwägung unterliegen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Thyssen unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2180 zur Verfügung.

StädteRegion Aachen

A 61.1 - Straßenbau und Verkehrslenkung
Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten:
Im städtebaulichen Entwurf ist die geplante Trasse für den Radschnellweg Euregio berücksichtigt. Die exakte Lage der Trasse wird zurzeit in einer Entwurfsplanung erarbeitet, um die benötigten Flächen zu ermitteln. Diese Ergebnisse sind im Bebauungsplan bei der Zuweisung der Flächen zu berücksichtigen.

Die Trasse des Radschnellwegs soll als Verkehrsfläche im B-Plan festgesetzt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Oswald unter der Tel.-Nr. 0241/5198-3705 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Roelen)

(4)

Straßen.NRW.
Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Regionalniederlassung Ville-Eifel

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Ville-Eifel
Postfach 120161 · 53874 Euskirchen

23.11.
HE 26.11.

Stadt Herzogenrath
Stadtplanung
Postfach 12 80
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
21. Nov. 2018
1
A63 | X | R | VB | tR

Kontakt: Frau Hess
Telefon: 02251-796-210
Fax: 0211-87565-1172210
E-Mail: marlis.hess@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.02.09(393/18)/VE/4402
(Bei Antworten bitte angeben.)
Datum: 19.11.2018

Bitte FK an AS Herr Dirk
V d. 22.11.18

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“; Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB
Ihr Schreiben vom 07.11.2018; Az: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich verweise auf meine vorangegangene Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Marlis Hess

zu ④ alte Stellungnahme
vom 04.09.2017

Straßen.NRW.
Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Ville-Eifel
Postfach 120161 53874 Euskirchen

Regionalniederlassung Ville-Eifel

Stadt Herzogenrath
Stadtplanung und Verkehr
Postfach 12 80
52112 Herzogenrath

Kontakt: Frau Hess
Telefon: 02251-796-210
Fax: 0211-87565-1172210
E-Mail: marlis.hess@strassen.nrw.de
Zeichen: 21000/40400.020/1.13.03.07(290/17)
(Bei Antworten bitte angeben.)
Datum: 04.09.2017

Bebauungsplan II/65 B „Kämpchenstraße Teil B"; Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB
Hier: Ihr Schreiben vom 24.07.2017; Az:

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Vergangenheit haben es zwischen der Stadt Herzogenrath und dem Landesbetrieb mehrere Abstimmungsgespräche hinsichtlich der Bauleitplanungen und den Verkehrsverhältnissen im Stadtgebiet stattgefunden. Sämtliche Gespräche basierten auf der Aussage, dass die derzeitige Verkehrssituation keine weiteren Zunahmen erlaubt. Im Ergebnis wurde Einigkeit erzielt, dass zunächst Verbesserungen im Verkehrsablauf herbeigeführt werden müssen bevor zusätzliche Belastungen ausgelöst werden.
Neben eines 4-streifigen Ausbaues der L 232 –Skizzen vom Dez. 2015- sind weitere verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant.

Hierzu gehört mittelfristig eine neue Abbiegespur in das Gewerbegebiet Dornkaul. Sollte diese nicht ausreichend zum zügigen Verkehrsablauf beitragen, kann eine zusätzliche Ertüchtigung des Knotenpunktes L 232/ Dornkaulweg erforderlich sein. Diese Forderung behalte ich mir weiterhin vor.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Marlis Hess

5

unitymedia

Unitymedia NRW GmbH | Postfach 10 20 28 | 34020 Kassel

Stadt Herzogenrath
Herr Markus Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Bearbeiter(in): Herr Korkmaz
Abteilung: Zentrale Planung
Direktwahl: +49 561 7818-150
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: 275478

Datum
16.11.2018

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Zum o. a. Bauvorhaben haben wir bereits mit Schreiben vom 25.08.2017 Stellung genommen.

Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere oben stehende Vorgangsnummer an.

Freundliche Grüße

Zentrale Planung Unitymedia

zu (5)
alte Stellungnahme
vom 25.08.2017

unitymedia

Unitymedia NRW GmbH | Postfach 10 20 28 | 34020 Kassel

Stadt Herzogenrath
Herr Markus Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Bearbeiter(in): Herr Kiewning
Abteilung: Zentrale Planung
Direktwahl: +49 561 7818-149
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: 275478

Datum
25.08.2017

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Im Planbereich liegen keine Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Wir sind grundsätzlich daran interessiert, unser glasfaserbasiertes Kabelnetz in Neubaugebieten zu erweitern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Breitbandversorgung für Ihre Bürger zu leisten.

Ihre Anfrage wurde an die zuständige Fachabteilung weiter geleitet, die sich mit Ihnen zu gegebener Zeit in Verbindung setzen wird. Bis dahin bitten wir Sie, uns am Bebauungsplanverfahren weiter zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere oben stehende Vorgangsnummer an.

Freundliche Grüße

Zentrale Planung Unitymedia

6

Markus Sordon - Ihr Schreiben vom 07.11.2018, Ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23; Mein Az: 45-60-00 / K-III-497-17-BBP;

Von: <BAIUDBwInfraI3TOeB@bundeswehr.org>
An: <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 14.11.2018 12:37
Betreff: Ihr Schreiben vom 07.11.2018, Ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23; Mein Az: 45-60-00 / K-III-497-17-BBP;

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Stellungnahme vom 24.07.2017 hat vollinhaltlich weiter Gültigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Reiner Nogueira Duarte Mack
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz
und Dienstleistungen
der Bundeswehr
Referat Infra I 3
Fontainengraben 200
53123 Bonn
BAIUDBwToeB@bundeswehr.org

zu (6) alte Stellungnahme vom 31. Juli 2017

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Infra I 3

Infrastruktur
Wir. Dienen. Deutschland.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr • Postfach 29 63 • 53019 Bonn

Stadt Herzogenrath
Stadtplanung und Verkehr
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Fontainengraben 200, 53123 Bonn
Postfach 29 63, 53019 Bonn
Telefon: +49 (0)228 5504 - 4596
Telefax: +49 (0)228 5504 - 4597
Bw: 3402 - 4596
BAIUDBwTOEB@bundeswehr.org

Aktenzeichen
Infra I 3 – 45-60-00 /
K-III-497-17-BBP

Bearbeiter/-in
Herr Nogueira Duarte Mack

Bonn,
31. Juli 2017

BETREFF **Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstr. Teil B" der Stadt Herzogenrath;**

hier: Stellungnahme der Bundeswehr

BEZUG Ihr Schreiben vom 24.07.2017 Ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der im Betreff genannten Maßnahme, bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, ist die Bundeswehr berührt und betroffen.

Der Planungsbereich liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen.

Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen –einschl. untergeordneter Gebäudeteile- eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten.

Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen –vor Erteilung einer Baugenehmigung- zur Prüfung zuzuleiten.

Hinweis: Die Fernleitungs-Betriebsgesellschaft ist eine nachgeordnete Behörde/Gesellschaft des BAIUDBw und wird im Rahmen der Beteiligung öffentlicher Träger, als Fachdienststelle von mir, bei Betroffenheit beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Nogueira Duarte Mack

(7)

WASSERVERBAND EIFEL-RUR

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Wasserverband Eifel-Rur • Postfach 10 25 64 • 52325 Düren

21.12

Stadt Herzogenrath
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
19. Dez. 2018
A61 | X | R | Vb | tR

HE 27.12.

Dezernat IV
Flussgebietsmanagement

Auskunft erteilt:
Arno Hoppmann

Verwaltungsgebäude:
Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Telefon: 02421 494 - 1312
Telefax: 02421 494 - 1019
E-Mail: arno.hoppmann@wver.de
Internet: www.wver.de

DWA TSM Bestätigt

Ihr Zeichen	**Ihre Nachricht vom**	**Unser Zeichen**	**Datum**
3.2-10007-17-23	07.11.2018	4.02 Hop/NZ 16052	17.12.2018

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
hier: Stellungnahme des Wasserverbandes Eifel - Rur

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur bestehen keine Bedenken gegen das Vorhaben.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Arno Hoppmann
Stabsstellenleiter

WESTNETZ

8

23.11.18

HE 26.M.

Teil von **innogy**

Westnetz GmbH · Neue Jülicher Straße 60 · 52353 Düren

Stadt Herzogenrath
Dezernat III A 61
Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Regionalzentrum
Westliches Rheinland

Ihre Zeichen	3.2-10007-17-23
Ihre Nachricht	07.11.2018
Unsere Zeichen	DRW-F/WP/DN/Ma
Name	Helmut Maaßen
Telefon	02421 47 2920
Telefax	02421 47 2032
E-Mail	helmut.maassen@westnetz.de

Düren, 22. November 2018

Bauleitplanung der Stadt Herzogenrath
Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,

diese Stellungnahme betrifft nur das von uns betreute Nieder- und Mittelspannungsnetz bis zur 35-kV-Spannungsebene und ergeht auch im Auftrag und mit Wirkung für die innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümerin des Nieder- und Mittelspannungsnetzes.

Gegen die oben angeführten Planungen der Stadt Herzogenrath bestehen unsererseits keine Bedenken, da keine von uns betreuten Versorgungsanlagen betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Westnetz GmbH

i. A. Frank Wergen

i. A. Helmut Maaßen

Anlage(n):

(9)

Polizeipräsidium Aachen

Polizeipräsidium Aachen, Postfach 500111, 52085 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 Stadtplanung
Herr Sordon
Rathausplatz 1

52134 Herzogenrath

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Sachbearbeiter
Frau Zimutta

Telefon 0241/9577-34436
Fax 0241/9577-34405
E-Mail
Ute.Zimutta
@polizei.nrw.de

Dienstgebäude
Jesuitenstraße 5
52062 Aachen

Öffentliche Verkehrsmittel
Buslinien
25, 35, 45, 55 und 65
Haltestelle
Brand

Bebauungsplan II/65B ‚Kämpchenstraße Teil B'
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung § 4 (2) BauGB

Städtebauliche Kriminalprävention – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Sordon,
sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf o.a. Bebauungsplan wird auf unsere ‚*Checkliste zur Städtebaulichen Kriminalprävention*' verwiesen, die Ihnen mit Schreiben vom 14.08.2017 übersandt wurde.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens kann darüber hinaus aus kriminalpräventiver Sicht detailliert Stellung genommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

- Zimutta -

Lieferanschrift
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Telefon 0241/95770
Fax 0241/9577-20555
poststelle.aachen@polizei.nrw.de
www.polizei.nrw.de/aachen

Zahlungen an
Landeskasse Düsseldorf
Helaba
IBAN
DE34 3005 0000 0000 0965 60
BIC
WELADEDD

zu (9)
alte Stellungnahme
vom 14.08.2017

Polizeipräsidium Aachen

21.08.

Polizeipräsidium Aachen, Postfach 500111, 52085 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 Stadtplanung und Verkehr
Herr Sordon
Rathausplatz 1

52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
18. Aug. 2017 He 228.
A61 | X | R | Vb | tR

14.08.2017
Seite 1 von 2

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Sachbearbeiter
Frau Zimutta

Telefon 0241/9577-34436
Fax 0241/9577-34405
E-Mail
Ute.Zimutta
@polizei.nrw.de

Dienstgebäude
Jesuitenstraße 5
52062 Aachen

Öffentliche Verkehrsmittel
Buslinien
25, 35, 45, 55 und 65
Haltestelle
Brand

Lieferanschrift
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Telefon 0241/95770
Fax 0241/9577-20555
poststelle.aachen@polizei.nrw.de
www.polizei.nrw.de/aachen

Zahlungen an
Landeskasse Düsseldorf
Helaba
IBAN
DE34 3005 0000 0000 0965 60
BIC
WELADEDD

Bebauungsplan II/65B ‚Kämpchenstraße Teil B'
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Städtebauliche Kriminalprävention – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Sordon,
sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf o.a. Bebauungsplan wird Ihnen anliegende *Checkliste zur städtebaulichen Kriminalprävention* übersandt.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens kann aus kriminalpräventiver Sicht detailliert Stellung genommen werden.

Damit einbruchhemmende Maßnahmen bereits bei der Planung von Gebäuden einbezogen werden können, sollten Architekten/-innen umfassend und frühzeitig informiert werden.
Wenn der Einbau von Sicherungseinrichtungen (Mechanik / Überfall- und Einbruchmeldetechnik, Beleuchtung etc.) bereits in der Planungsphase von Neubauten mit berücksichtigt wird, sind die Kosten deutlich niedriger als bei einer Nachrüstung der vorhandenen Elemente.

Durch textlichen Hinweis z. B. im Bebauungsplan sollte deshalb auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen (Kriminalkommissariat Vorbeugung - KK 44 - Jesuitenstr. 5, 52062 Aachen, Tel.: 0241 / 9577 – 34401 oder per Email unter vorbeugung.aachen@polizei.nrw.de) hingewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

Zimutta

- Zimutta -

Direktion Kriminalität
Kriminalkommissariat 44
- Kriminalprävention/Opferschutz -

POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Checkliste für die städtebauliche Kriminalprävention

1. Grundsätzliche Empfehlungen zur Verbesserung der Wohnqualität und Infrastruktur

- Die Planung allgemeiner Wohngebiete (WA), besonderer Wohngebiete (WB), bzw. Mischgebiete (MI) sollte gegenüber monostrukturierten Nutzungen – wie sie auch reine Wohngebiete darstellen – angestrebt werden.
- Bautypenmischung, Beschränkung der Geschossflächenzahl sowie die Anzahl der Wohneinheiten, die durch einen Eingang erschlossen werden, beachten.
- Die Grundversorgung der Bevölkerung durch eine ausreichende Infrastruktur mit Dienstleistungsangeboten im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich ist wünschenswert.
- Die fußläufige Nähe und sichere Gestaltung der Wegeverbindungen zu Infrastruktureinrichtungen erhöht die soziale Kontrolle
- Mischung unterschiedlicher Grundstücksgrößen im Wohngebiet.
- Prüfung der Verkehrsberuhigung und –vermeidung in allen Bereichen z.B. durch Stichstraßen und Tempo 30-Zonen.
- Integration des sozialen Wohnungsbaues.
- Berücksichtigung generationenübergreifender Wohnangebote.

2. Wohnumfeld

2.1 Grün- Frei- und überbaubare Flächen

- Herstellen von guter und ausreichender Beleuchtung sowie Überschaubarkeit des öffentlich begehbaren Raumes.
- Berücksichtigung eines ausreichenden Pflanzabstandes zu Wegen, Beleuchtung und Gebäuden sowie die Vorgabe der Pflanzenhöhe bei Hecken und Büschen von höchstens ca. 80 cm und mindestens 2 Metern Stammlänge bei Bäumen.
- Grundstückseinfriedungen/Sichtschutzmaßnahmen zu frei zugänglichen Grünflächen oder öffentlichen Bereichen sollten zur Vermeidung von Tatgelegenheiten die Höhe von einem Meter nicht überschreiten.
- Klare Abgrenzung öffentlicher Flächen von Privatflächen durch niedrig wachsende Hecken, Einfriedungen und unterschiedliche Bodenbeläge.
- Die Standortauswahl von Spielplätzen soll die Sichtnähe zu Wohnungen, die Einsehbarkeit und gefahrlose Erreichbarkeit berücksichtigen.

- Kommunikationsbereiche und multifunktional nutzbare Grün- und Freiflächen in der Nähe von Wohngebäuden steigern die soziale Kontrolle.
- Pflege von öffentlichem und halböffentlichem Raum durch die Eigentümer/Bewohner.
- Grundstücksflächen so anordnen, dass keine uneinsehbaren Bereiche und Angsträume geschaffen werden.
- Einen Wohnbereich (z.B. die Wohnküche) möglichst zur Straße hin ausrichten, um die Einsehbarkeit der Straße von der Wohnung aus zu ermöglichen.
- Einsehbare Gestaltung und gute Ausleuchtung des Zuganges zum Hauseingang berücksichtigen.
- Abfallsammelplätze sollten zentral geplant und transparent gestaltet werden.

2.2 Stellflächen für PKW und Zweiräder

- Übersichtliche, beleuchtete und gesicherte öffentliche Parkplätze schaffen.
- Einstellplätze möglichst auf den Grundstücken planen – Sammelparkflächen vermeiden.
- Abseits gelegene und nicht einsehbare Stellplätze vermeiden.
- Abschließbare „Fahrradkäfige" oder Fahrradabstellplätze mit Anschließmöglichkeiten des Fahrrades am Rahmen in einsehbaren Bereichen der Wohnanlagen anbieten.

3. Öffentliche Verkehrsflächen

- Gemeinsame Erschließung von Pkw, Fuß- und Radwegen, aber deutliche Trennung der unterschiedlichen Nutzung z.B. durch entsprechende Markierungen.
- Gute Beleuchtung des Verkehrsraumes.
- Möglichst Verzicht auf Über- und Unterführungen bei Fuß- und Radwegen.
- Erschließung möglichst über Stichstraßen.
- Öffnung von Sackgassen für Fuß- und Radwege

4. Tiefgaragen und Parkhäuser

- Ausreichende und konstante Beleuchtung in allen Bereichen vorsehen.
- Tiefgaragen und deren Zugänge mit graffitiresistenten und abwaschbaren Farben anlegen.
- Gestaltung durchbrochener Fassadenelemente mit Tageslichteinfall.
- Einrichten von Notrufeinrichtungen und Überwachungsanlagen.

- Anbringen von sichtbaren Hinweisschildern und Gehmarkierungen zur Orientierung der Wegführung.
- Schaffung überschaubarer Areale und Vermeidung von toten Ecken.
- Einrichtung von Frauenparkplätzen in der Nähe von Ein- und Ausfahrten und Gewährleistung der Überwachung.
- Einbindung von Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäften mit heller Glasfront im Anschluss an Tiefgaragenparkplätze.

5. Bahnhöfe und Haltestellen

- Für fußläufige Erreichbarkeit von Einrichtungen und Haltestellen sorgen.
- Ausleuchten und Überschaubarkeit des Raumes mit durchsichtigen Außenwänden gewährleisten.
- Straßenbegrünung in der Nähe von Haltestellen auf max. 80 cm begrenzen.
- Getrennte Zu- und Abgänge anlegen.
- Notruf-, Überwachungs- und Kommunikationseinrichtungen einplanen.
- Umgehende Beseitigung von Müll, Beschädigungen und Graffiti.
- Einsatz von vandalismusresistenten Materialien.
- Positionierung von Informationstafeln und Fahrkartenautomaten an übersichtlichen Stellen.

6. Unterführungen und Tunnel – zum DB-Bahnhof

- Einsehbarkeit und vandalismusresistente Ausleuchtung von Ein- und Ausgangsbereichen sowie des Durchganges gewährleisten.
- Möglichst gerade Linienführung, ansonsten Installierung von Spiegeln und Vermeidung von dunklen Ecken und Nischen.
- Installierung von Notruf- und Video-Überwachungsanlagen.
- Für übersichtliche und gut ausgeleuchtete Beschilderung sorgen.
- Ein- und Ausgänge behinderten- und kindgerecht gestalten, wie z.B. Rampe für Rollstühle und Kinderwagen.
- Wände mit graffitiresistenten Materialien versehen.

7. Einbruchschutz

Damit einbruchshemmende Maßnahmen bereits bei der Planung von Gebäuden einbezogen werden können, müssen Architekten/innen und Bauherren/innen umfassend und frühzeitig informiert werden.

Durch textlichen Hinweis im Bebauungsplan sollte deshalb auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen hingewiesen werden:

SCHUTZ VOR EINBRÜCHEN

Wohngebäude und Garagen sowie Gewerbeobjekte sollen zum wirksamen Schutz vor Einbrüchen an sämtlichen Zugangsmöglichkeiten mit einbruchhemmenden Türen, Fenstern, Toren und Verschlusssystemen entsprechend den einschlägigen Empfehlungen der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen ausgestattet werden.

Die Beratung ist kostenlos. Weitere Informationen erhalten Sie unter:

Tel.: 0241 / 9577 – 34401 oder per E-Mail vorbeugung.aachen@polizei.nrw.de

Anhand nachfolgender Literatur wurde diese Checkliste erstellt

- Städtebau und Kriminalprävention – Herausgeber: Programm polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) 2003
- Städtebau und Kriminalprävention Rheinland-Pfalz – Herausgeber: LKA Rheinland-Pfalz 2002
- Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen für Neubaugebiete im ländlichen Raum – Herausgeber/in: Stadt Detmold, Gleichstellungsbeauftragte; Der Landrat als Kreispolizeibehörde
- Dokumentation der Fachtagung am 10.03.2005 – Herausgeber: Landespräventionsrat NRW

10

Markus Sordon - BP: II65 B Kämpchenstr. B

Von: Eike Lange <info@nabu-aachen-land.de>
An: <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 23.11.2018 18:39
Betreff: BP: II65 B Kämpchenstr. B

NABU
Kreisverband Aachen-Land

Dr. Heinz-Eike Lange (1.Vorsitzender)

Sebastianusstr.58, 52146 WÜRSELEN. Tel. 02405-94708, Mail: eike.lange@nabu-aachen-land.de

Über www.nabu-aachen-land.de können auch Sie Mitglied werden!

An die

Stadtverwaltung A61

52134 Herzogenrath

Btr.BP: II65 B Kämpchenstr. B 22.11.18

Sehr geehrter Herr Sordon,

Ergänzend zu meinen Ausführungen vom 9.8.17 finden im artenschutzrechtlichen Gutachten die 2 nachgewiesenen Brutreviere der Feldlerche zu wenig Beachtung.

Da auch schon durch die Bebauungspläne KämpchenA große Flächen für die Feldlerche verloren gehen, müssen im Nahbereich Ausgleichsflächen geschaffen werden. Diese müssen in von Verkehr und Fußgängern ungestörten Bereichen angelegt werden. Ca. 5m breite Streifen mitten in den Feldern mit doppeltem Reihenabstand sind wesentlich effektiver als eine Verbreiterung der Feldrandstreifen an den Wegen.

Die Beleuchtungen auf den Straßen im Baugebiet müssen Fledermaus**un**schädlich sein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr.E.Lange

Virenfrei. www.avast.com

Markus Sordon - Btr. 3,2-10007-17-23 Kämpchenstr.

Von: Eike Lange <eike.lange@nabu-aachen-land.de>
An: <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 09.08.2017 13:20
Betreff: Btr. 3,2-10007-17-23 Kämpchenstr.

zu (10)
alte Stellungnahme
vom 09.08.2017

NABU
<!--[if !vml]-->*Kreisverband Aachen-Land* <!
[endif]-->
Dr. Heinz-Eike Lange (1.Vorsitzender)
Sebastianusstr.58, 52146 WÜRSELEN. Tel. 02405-94708,
Mail: eike.lange@nabu-aachen-land.de
Über www.nabu-aachen-land.de können auch Sie Mitglied werden!

An die
Stadtverwaltung III A61
52112 Herzogenrath

Btr. 3,2-10007-17-23 Kämpchenstr. 9.8.17

Sehr geehrter Herr Sordon!

Gegen den BP.II/65B haben wir keine Einwände. Bei der weiteren Planung würden wir es begrüßen, wenn eine Gemeinde einmal eine Solarausrüstung der Dächer verbindlich vorschreiben würde. Wenn Traufenhöhen, Dachformen und Ähnliches vorgeschrieben werden können, warum dann nicht auch Solarpanelen. Bei einer Unterstützung durch die Gemeinde in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Stromversorger und etwas gutem Willen sollte eine solche umweltfreundliche Baumaßnahme möglich sein. Auch eine Nutzung der Erdwärme für die gesamte Siedlung scheint mir sehr sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen
Eike Lange

Virenfrei. www.avast.com

11

Markus Sordon - Bebauungsplan II/65 B -Kämpchenstraße Teil B

Von: "Ludes, Torsten" <torsten.ludes@lvr.de>
An: "'markus.sordon@herzogenrath.de'" <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 15.11.2018 13:19
Betreff: Bebauungsplan II/65 B -Kämpchenstraße Teil B

Sehr geehrter Herr Sordon,

hiermit möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o. g. Maßnahme bestehen.

Diese Stellungnahme gilt nicht für das Rheinische Amt für Denkmalpflege in Pulheim und für das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.

Ich bedanke mich vielmals für Ihre Bemühungen und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Torsten Ludes

Landschaftsverband Rheinland
Kaufm. Immobilienmanagement, Haushalt, Gebäudeservice
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln

Tel: 0221/809-4228
Fax: 0221/8284-4806
E-mail:Torsten.Ludes@lvr.de

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 18.000 Beschäftigten für die 9,4 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 41 Schulen, zehn Kliniken, 19 Museen und Kultureinrichtungen, drei Heilpädagogischen Netzen, vier Jugendhilfeeinrichtungen und dem Landesjugendamt erfüllt er Aufgaben, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Der LVR ist Deutschlands größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen und engagiert sich für Inklusion in allen Lebensbereichen. "Qualität für Menschen" ist sein Leitgedanke.

Die 13 kreisfreien Städte und die zwölf Kreise im Rheinland sowie die StädteRegion Aachen sind die Mitgliedskörperschaften des LVR. In der Landschaftsversammlung Rheinland gestalten Politikerinnen und Politiker aus den rheinischen Kommunen die Arbeit des Verbandes.

12

b.R. HE 6.12.18

Aachener Verkehrsverbund GmbH | Neuköllner Straße 1 | D-52068 Aachen

06.12.

Stadt Herzogenrath
A 61 Stadtplanung
Herrn Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
05. Dez. 2018
A61 | X | R | Vb | tR

Aachener Verkehrsverbund GmbH
Neuköllner Straße 1
D-52068 Aachen
Tel.: 0241 96897-0
Fax: 0241 96897-20
info@avv.de
www.avv.de

Sie erreichen uns mit den Linien 23, 30 und 47. Haltestelle: ASEAG

Geschäftsführung:
Hans-Peter Geulen
Dipl.-Ing. (FH) Heiko Sedlaczek

Aufsichtsratsvorsitzender:
Jörg Lindemann

Bankverbindung:
Sparkasse Aachen
IBAN: DE57 3905 0000 0006 0946 50
BIC: AACSDE33

Registereintrag:
Registergericht Aachen,
Handelsregister Abt. B Nr. 5952

USt-Id-Nr.:
DE 169 963 856

Steuernummer:
201 5940 3252

Ansprechpartner	E-Mail/Durchwahl	Dokument	Datum
Juan Zaplana	j.zaplana@avv.de/-15	Dokument1	03.12.2018

Bebauungsplan II/65 B „Kämpchenstraße Teil B“
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange,
Ihr Schreiben vom 7.11.2018

Sehr geehrter Herr Sordon,

wir danken Ihnen für die Bereitstellung der Planunterlagen zu o.g Vorhaben. Zum Planentwurf möchten wir Stellung nehmen.

Gegen die beabsichtigte Änderung bestehen seitens des Aachener Verkehrsverbundes keine Bedenken. Im Gegenteil halten die zentrumsnah beabsichtigte Entwicklung eines neuen Wohngebietes für begrüßenswert.

Auf Grund seiner Ausdehnung und der beabsichtigten Nutzung schätzen wir den Planbereich als für den öffentlichen Nahverkehr bedienungspflichtigen Raum ein. Wir sehen daher vor, im Nahverkehrsplan der StädteRegion Aachen ab 2020 das betreffende Gebiet als relevant für die künftige Erschließung durch öffentliche Nahverkehrsmittel (Wohngebiet in Planung) zu verzeichnen.

Der Nahverkehrsplan der StädteRegion sieht für die betreffende Raumkategorie (Mittelzentrum, Kernrandlage am zentralen Ortsteil) eine fußläufige Erreichbarkeit von bis zu 400 m zur nächsten Bushaltestelle vor.

Wir regen dringend an, entsprechende Ansätze zur Sicherstellung der ÖPNV-Anbindung im Zuge der Bebauungsplanung einzubringen. Dazu gehören ausreichende Querschnitte und Kurvenradien und insbesondere auch die Einplanung von Haltestellen (Flächen für Wartebereichen, gfs. Witterungsschutz und weitere Haltestellen-infrastruktur) in fußläufig günstiger Lage.

Den planerischen Ansatz einer Netzoptimierung unter Einbeziehung der in Kohlscheid verkehrenden Linien und der Einbindung des Straßenzuges Kämpchenstraße würden wir begrüßen und gerne auch begleiten.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Aachener Verkehrsverbund GmbH

i. A. Dr. von der Ruhren

i. A. Zaplana

Durchschrift:
StädteRegion Aachen, Mobilität, Strukturentwicklung und Tourismus (A 85.2)
ASEAG

ANLAGE 11

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Eingegangene Stellungnahmen
im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung
vom 24.07.2017 bis 04.09.2017

Brigitte Drießen - Wtrlt: Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Von: Bauleitplanung
An: Drießen, Brigitte
Datum: 31.08.2017 12:16
Betreff: Wtrlt: Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

(1)

>>> "Lewandowski, Rainer (ASEAG, BPBT)" <Rainer.Lewandowski@Aseag.de> 29.08.2017 14:57 >>>
Hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
Bezug: Ihr Schreiben vom 24.07.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir weisen darauf hin, dass die Fußwegentfernungen vom Plangebiet bis zu den Bushaltestellen "Kircheich" (Linien 47, 80 147) und "Kircheichstraße (Linien 34, 57, WÜ1)" bis zu 640 m bzw. 580 m entfernt liegt und somit keine ausreichende Erschließungsqualität durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gegeben ist. Der Nahverkehrsplan 2016 - 2020 für die StädteRegion Aachen weist als Zielvorstellung für eine zumutbare fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen für ein Mittelzentrum, Ortsteil in Randlage 400 m aus. Die Erschließung durch den ÖPNV dient der Grundversorgung der Einwohner und Beschäftigten und sichert darüber hinaus die Zielsetzungen, die Lagegunst der Stadt Herzogenrath zu stärken und die Erreichbarkeit zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen
i. A.
Dipl.-Ing. Rainer Lewandowski
Abt. Betriebsplanung / Verkehrstechnik

ASEAG Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG
Neuköllner Straße 1
52068 Aachen
Telefon: 0241 1688-3332
Rainer.Lewandowski@aseag.de
www.aseag.de

Sitz der Gesellschaft: Aachen
Registergericht Aachen, Handelsregister Abtlg. B Nr. 124

Aufsichtsratsvorsitzender: Heiner Höfken
Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke , M.Sc.

Bezirksregierung Arnsberg

(2)

Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

Stadt Herzogenrath
Fachbereich 3
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
21. Aug. 2017
HE
228.

461	X	R	Vb	tR

Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW

Datum: 17. August 2017
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2017-507
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Schneider
peter.schneider@bra.nrw.de
Telefon: 02931/82-3685
Fax: 02931/82-3624

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

Bebauungsplan II/65B „ Kämpchenstraße Teil B“

Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange

Ihr Schreiben vom 24.07.2017 - Ihr Zeichen 3.2-10007-17-23

Sehr geehrter Herr Sordon,

in Ihrer Erläuterung des Bebauungsplanes gehen Sie ausführlich auf die bergbauliche Situation ein. Nach hiesiger Auffassung werden die altbergbaulichen Verhältnisse – soweit erkennbar- auf Basis des Gutachtens „Positivkarte Stadt Herzogenrath“ durch das Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH (IHS) ausreichend berücksichtigt.

Von unserer Seite gibt es keine Bedenken, den Empfehlungen des Gutachters zu folgen.

Soweit nicht bereits erfolgt, empfehle ich zur Frage zukünftiger bergbaulicher Planungen sowie erforderlicher Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen bezüglich möglicher Bodenbewegungen des Tiefbergbaus die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven als Eigentümerin der überdeckenden Bergbauberechtigung am Verfahren zu beteiligen.

Hauptsitz:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeskasse Düsseldorf bei der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADEDD

Umsatzsteuer ID:
DE123878675

Wichtiger Hinweis (wegen weiterer digitaler Postbearbeitung):
Unterlagen bitte nicht klammern, heften oder kleben und möglichst im DIN-A4-Format senden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Schneider)

Bezirksregierung Köln

(3)

Bezirksregierung Köln, 50606 Köln

Stadt Herzogenrath
Der Bürgermeister
Dez. III-A 61-Stadtplanung
z. Hd. Herrn Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

11.08.

Stadt Herzogenrath
09. Aug. 2017

161	X	R	Vb	tR

Datum: 03.08.2017
Seite 1 von 1

Aktenzeichen:
Dezernat 33
52231

Auskunft erteilt:
Frau Rombey

yvonne.rombey@bezreg-koeln.nrw.de
Zimmer: R 2050
Telefon: (0221) 147 - 4125
Fax: (0221) 147 - 4181

Blumenthalstraße 33,
50670 Köln

DB bis Köln Hbf,
U-Bahn bis
Reichenspergerplatz

Telefonische Sprechzeiten:
mo. - do.: 8:30 - 15:00 Uhr

Besuchertag:
donnerstags: 8:30 - 15:00 Uhr
(weitere Termine nach Vereinbarung)

Landeskasse Düsseldorf:
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN:
DE34 3005 0000 0000 0965 60
BIC: WELADEDDXXX
Zahlungsavise bitte an
zentralebuchungsstelle@brk.nrw.de

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB)

Ihr Schreiben vom 24.07.2017 Ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die Planung sind aus Sicht der von mir wahrzunehmenden öffentlichen Belange der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung keine Bedenken vorzubringen.

Planungen bzw. Maßnahmen des Dezernates 33 sind in dem Planungsbereich nicht vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Rombey)

Hauptsitz:
Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln
Telefon: (0221) 147 – 0
Fax: (0221) 147 - 3185
USt-ID-Nr.: DE 812110859

poststelle@brk.nrw.de
www.bezreg-koeln.nrw.de

(4)

03.08.

Deutsche Bahn AG • DB Immobilien • Deutz-Mülheimer Straße 22-24 • 50679 Köln

Stadt Herzogenrath
Der Bürgermeister
Fachbereich 3
Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
02. Aug. 2017

A61	X	R	Vb	tR

Deutsche Bahn AG
DB Immobilien
Region West
Deutz-Mülheimer Straße 22-24
50679 Köln
www.deutschebahn.com

Karl-Heinz Sandkühler
Telefon 0221 141-3797
Telefax 0221 141-2244
karl-heinz.sandkuehler@deutschebahn.com

Zeichen GS.R-W-L(A) TÖB-KÖL-17-11887 (Sa 20484)

27.07.2017

Ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23

Ihre Nachricht vom 24.07.2017

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme:

Bezüglich der o.g. Bauleitplanung bestehen unsererseits keine Anregungen oder Bedenken.

Bei möglichen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Deutsche Bahn AG

i.V. Strauß

i.A. Lemper

Deutsche Bahn AG
Sitz Berlin
Registergericht
Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000
USt-IdNr.: DE 811569869

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht

Vorstand:
Dr. Richard Lutz
Vorsitzender

Berthold Huber
Ronald Pofalla
Ulrich Weber

Unser Anspruch:
Profitabler Qualitätsführer
Top-Arbeitgeber
Umwelt-Vorreiter

(5)

EBV

EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven

Stadt Herzogenrath
Dezernat III
A 61 Stadtplanung u. Verkehr
Herrn Markus Sordon
Postfach 12 80
D – 52112 Herzogenrath

01.09.

Stadt Herzogenrath
31. Aug. 2017
61 | X | R | Vb | tR

HE 4.9.

Bergschädenabteilung
Myhler Str. 83, 41836 Hückelhoven

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Telefon-Durchwahl	Telefax	Datum
3.2-10007-17-23 24.07.2017	VU/22 I e 2 0175_Kr/Sh	(0 24 33) 444025-676	(0 24 33) 444025-649	30.08.2017

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“

Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Sordon,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 24.07.2017 teilen wir Ihnen mit, dass der o. g. Bereich innerhalb unserer Berechtsame auf Steinkohle liegt.

Wir verweisen auf den beiliegenden Auszug der Karte „Tagesöffnungen und Oberflächennaher Bergbau“ der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6. Aus diesem geht hervor, dass das Planungsgebiet im Bereich des oberflächennahen Grundeigentümerbergbaus liegt. Wir empfehlen daher entsprechende Baugrunduntersuchungen.

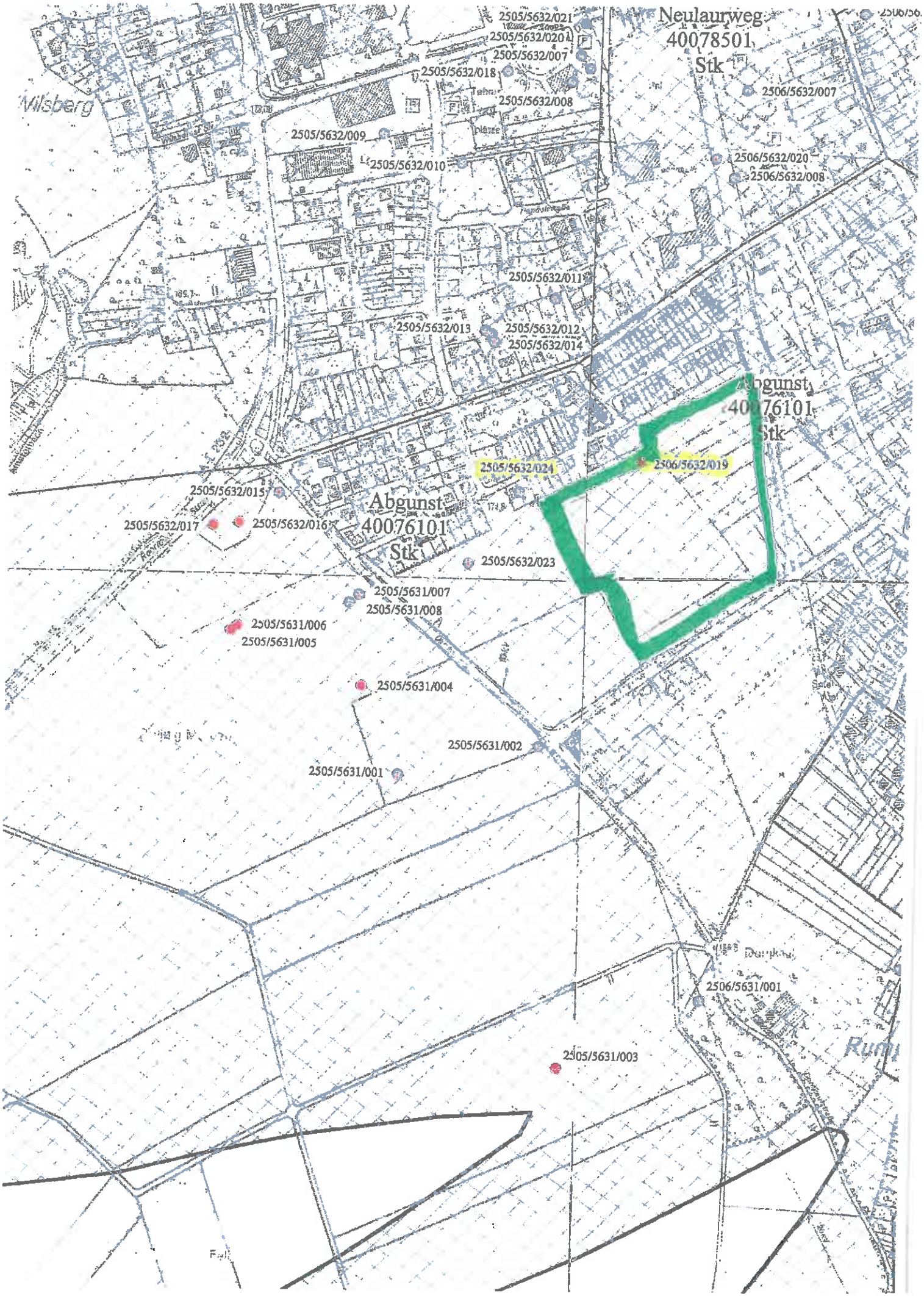
Außerdem liegen in unmittelbarer Nähe des Planungsgebiets Tagesöffnungen des historischen Bergbaus mit der Bezeichnung 2505/5632/024 und 2506/5632/019, die nicht in die Verantwortlichkeit der EBV GmbH fallen. Bei den Tagesöffnungen ist eine Ausgasungsschutzzone von 20 m (zuzüglich Lageungenauigkeit des Schachtes) einzuhalten oder eine entsprechende Gasdrainage anzulegen. Wir empfehlen, Bauherren entsprechend zu informieren.

Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. halten wir für erforderlich.

Mit freundlichem Glückauf
EBV GmbH

i. V. ppa.

Anlage


Neulaurweg
40078501
Stk
2505/5632/021
2505/5632/020
2505/5632/007
2505/5632/018
2505/5632/008
2505/5632/009
2505/5632/010
2506/5632/007
2506/5632/020
2506/5632/008
2505/5632/011
2505/5632/013
2505/5632/012
2505/5632/014
Abgunst
40076101
Stk
2505/5632/024
2506/5632/019
2505/5632/015
2505/5632/017
2505/5632/016
Abgunst
40076101
Stk
2505/5632/023
2505/5631/007
2505/5631/008
2505/5631/006
2505/5631/005
2505/5631/004
2505/5631/002
2505/5631/001
2506/5631/001
2505/5631/003

enwor
energie & wasser vor ort

(6)

05.09.

Stadt Herzogenrath
FB 3 Stadtplanung und Verkehr
z. H. Herrn Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
04. Sep. 2017
A61 | X | R | Vb | tR

HE69.

02. August 2017
Herbert Zubel
Abteilung T-DP
Planung/Liegenschaften
Telefon 02407 579-3146
Telefax 02407 579-3335
herbert.zubel@enwor.de

Für Sie vor Ort
Kaiserstraße 100 I Herzogenrath
Mo. - Do. 08:00 - 16:00 Uhr
Fr. 08:00 - 15:00 Uhr
www.enwor.de

Betreff: Bebauungsplan II / 65 B, "Kämpchenstraße Teil B"
Bezug: Unser Schreiben vom 18.03.2013, Ihr Schreiben vom 24.07.2017

Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Sordon,

der Teilabschnitt "B" des Bebauungsplanes II/65 kann über das Leitungsnetz des bereits vorhandenen Bauabschnittes "A" sowie den vorhandenen Gas-, Wasser- und Stromleitungen südlich in der Kämpchenstraße (s. Bestandspläne Anlage) versorgt werden. Wie bereits in unserem Schreiben vom 18.03.2013 erwähnt, wird für diesen zweiten, größeren Bauabschnitt eine neue Trafostation erforderlich. Diese ist planerisch bereits mittig des Erschließungsgebietes am nördlichen Weg vorgesehen (s. Lageplan mit Markierung). Das Grundstück für diese Trafostation soll die Größe von 4,00 x 6,00 m besitzen und wird von enwor - energie & wasser vor ort GmbH für diesen Zweck erworben. Wir bitten Sie, dieses Grundstück im Bebauungsplan als "Versorgungsfläche" auszuweisen, da dann erfahrungsgemäß bei den zukünftigen Nachbarn eine größere Akzeptanz zu erwarten ist. Ferner bitten wir Sie um besondere Beachtung unserer Leitungen im Einmündungsbereich und entlang des ehemaligen Bahndammes im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Fernradweges Aachen-Herzogenrath. Die vorh. drei 20 KV-Mittelspannungsleitungen liegen jetzt auf einem Wegegrundstück entlang des Böschungsfußes des Bahndammes. Dieses fällt jetzt in den neuen BP II/65 B und wird Grünfläche. Wir bitten die Stadt um Eintragung einer Dienstbarkeit für diese Versorgungsleitungen. (Nachrichtlich: Ebenso betrifft dies die dort liegende Thyssen-Ferngasleitung, über die Kohlscheid versorgt wird.) Wir bitten Sie um eine weitere Beteiligung am Verfahren. Für nähere Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
enwor - energie & wasser vor ort GmbH

i.A. D. Düppengießer

i.A. H. Zubel

Markus Sordon - 7/00/N20843/17 - BBP II/65B "Kämpfenstraße Teil B"

Von: "Leidner, Natalie" <natalie.leidner@fbg.de>
An: "markus.sordon@herzogenrath.de" <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 09.08.2017 15:14
Betreff: 7/00/N20843/17 - BBP II/65B "Kämpfenstraße Teil B"

Ihr Az.: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Referat Infra I3 TÖB
Fontainengraben 200
53123 Bonn.
BAIUDBwToeB@bundeswehr.org

Info: Die in unserem Zuständigkeitsbereich befindlichen Produktenfernleitungen der NATO und der Bundeswehr sind vom Vorhaben nicht betroffen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Natalie Leidner i.A. Dirk Schäfer

FERNLEITUNGS-BETRIEBSGESELLSCHAFT MBH

Hohlstr. 12
55743 Idar-Oberstein
Tel.: 06781-206171
E-Mail: Planauskunft@FBG.de

Vorsitzende des Aufsichtsrats: Ministerialrätin Imke von Bornstaedt-Küpper
Geschäftsführer: Ministerialrat Dipl.-Ing. Horst Saal
Sitz der Gesellschaft: Bonn, Eingetragen beim Amtsgericht Bonn HRB 157

(8)

www.gd.nrw.de Geologischer Dienst NRW

1957 – 2017

Landesbetrieb
De-Greiff-Straße 195
D-47803 Krefeld
Fon +49 (0) 21 51 897-0
Fax +49 (0) 21 51 897-505
poststelle@gd.nrw.de

Helaba
Girozentrale
IBAN: DE31300500000004005617
BIC: WELADEDD

11.08.

Geologischer Dienst NRW - Landesbetrieb - Postfach 10 07 63 - D-47707 Krefeld

Stadt Herzogenrath
16. Aug. 2017
461 | X | R | Vb | tR

Stadt Herzogenrath
Der Bürgermeister
Dezernat III
A 61 Stadtplanung und Verkehr
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Bearbeiter: Frau Dr. Hantl
Durchwahl: 897-430
E-Mail: hantl@gd.nrw.de
Datum: 9. August 2017
Gesch.-Z.: 31.130/5619/2017

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
Ihr Schreiben vom 24. Juli 2017, Zeichen 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o.g. Planverfahren übermittle ich Ihnen nachfolgende Anregungen:

1 Erdbebengefährdung

Zum o. g. Vorgang wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen ist.

- Die Gemarkung *Kohlscheid* der Stadt Herzogenrath ist der Erdbebenzone **3** und geologischer Untergrundklasse **R** zuzuordnen.

Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 und der entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen.

Die Erdbebengefährdung wird in der bauaufsichtlich weiterhin geltenden DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen beurteilt, die anhand der *Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350 000, Bundesland Nordrhein-Westfalen* (Geologischer Dienst NRW 2006) für einzelne Standorte bestimmt werden.

2 Baugrunduntersuchung

Ich empfehle, die Baugrundeigenschaften, insbesondere hinsichtlich der Tragfähigkeit und des Setzungsverhaltens, objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten.
Den Baugrund bildet tiefgründiger Löß über tertiärzeitlichen Terrassenablagerungen (Feinsand bis Kies) über Tonstein (Kohlscheid- und Obere Stolberg-Schichten / Katbon).

3 Umgang mit Boden in der Bauleitplanung

3.1 Schutzgut Boden

Im Rahmen des erforderlichen Umfanges und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 4 (1) BauGB weise ich darauf hin, dass für die Stadt Herzogenrath einschließlich der Wurmniederung flächendeckende Bodenkartierungen durch den Geologischen Dienst NRW im Maßstab 1 : 5.000 vorliegen:

Die Planfläche ist im **BK 5 – Kartierverfahren Aachen – Kohlscheid, WRRL** erfasst, einschließlich der Darstellung von schutzwürdigen Böden :

- PCODE: L1309, von 2014. Vektordaten. Blatt 0294_5634.

Diese Darstellung ist dem Maßstab 1 : 50.000[1] auf der Ebene der Bebauungspläne vorzuziehen.

Weitere **BK 5 - Kartierverfahren** für den Raum Herzogenrath sind:

- BK 5 - Kartierverfahren:
- Wurmtal, PCODE: F9910
- Richterich, PCODE: LA239
- Birk, PCODE: LA017

➢ Ansprechpartnerin für Bodenkartierungen im Maßstab 1 : 5000 ist Frau Robbe, (Tel.: 02151 897 220) .

[1] **Auskunftssystem BK50 von NRW mit Karte der schutzwürdigen Böden.**
Unter http://www.gd.nrw.de/zip/g_bk50hinw.pdf sind Hinweise zur kostenfreien Nutzungsmöglichkeit dieser Karte als WMS-Version (TIM online Kartenserver) abrufbar.
Inhaltliche Erläuterungen zur Schutzwürdigkeitsauswertung sind zu finden unter http://www.gd.nrw.de/zip/g_bkswb.pdf
Unter Link „Dienst hinzuladen" http://www.wms.nrw.de/gd/bk050? einfügen.

3.2 Vorsorgender Bodenschutz im Rahmen der Bauleitplanung:

Festsetzungsempfehlungen zur Vermeidung und Verminderung von Schädigungen der natürlichen Bodenfunktionen

a. Der **Schutz des Mutterbodens** ist gemäß § 202 BauGB zu gewährleisten.

b. **Umgang mit Bodenaushub:** Bei Baumaßnahmen ist die obere Bodenschicht gemäß den einschlägigen Fachnormen getrennt vom Unterboden abzutragen. Darunter liegende Schichten unterschiedlicher Ausgangssubstrate sind entsprechend der Schichten zu trennen und zu lagern. Zu Beginn der Baumaßnahmen sind Bereiche für die Materialhaltung und Oberbodenzwischenlagerung zur Minimierung der Flächenbeeinträchtigung abzugrenzen.

c. Zur **Versickerung** vorgesehene Flächen dürfen nicht befahren werden.

d. Im Bereich der **Kompensationsflächen** ist der Boden in möglichst großem Umfang in naturnahem Zustand zu belassen (kein Abtrag, kein Befahren).

e. Bei Eingriffen in Böden ist eine **bodenbezogene Kompensation** zu empfehlen. In diesem Fall ist ein schutzwürdiger und ein sehr schutzwürdiger Boden aufgrund seiner jeweiligen Regelungs- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit betroffen.

3.3 Bodenfunktionsbezogene Ausgleichsmaßnahmen

Ich empfehle o.g. vorliegende Bodenkartierungen im Maßstab 1 : 5.000 für die
a. Beschreibung von Böden im Umweltbericht zu nutzen als auch zur
b. Erstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplans.

Im Rahmen von Flächennutzungsplanungen können anhand dieser großmaßstäbigen Bodenkartierungen **Suchräume für bodenfunktionsbezogene Ausgleichsmaßnahmen** definiert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

(Dr. Hantl)

(9)

Industrie- und Handelskammer
Aachen



IHK Aachen | Postfach 10 07 40 | D-52007 Aachen

Stadt Herzogenrath
Postfach 1280
52112 Herzogenrath



Theaterstraße 6-10
D-52062 Aachen
http://www.aachen.ihk.de

Auskunft erteilt
Nils Jagnow
Telefon: 0241 4460-234
Telefax: 0241 4460-148
E-Mail: dienst@aachen.ihk.de

Unser Zeichen
jg/hck

Ihr Zeichen/
Ihre Nachricht vom
3.2-10007-17-23
24.07.2017

Aachen,
11. August 2017

Bauleitplanung
hier: Aufstellung des Bebauungsplans Nr. II/65B „Kämpchenstraße Teil B“

Sehr geehrte Damen und Herren,

da der vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirtschaft entweder gar nicht berührt oder - wo es der Fall ist - hinreichend berücksichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer Aachen keine Bedenken.

Freundliche Grüße

Industrie- und Handelskammer
Aachen

F. Rötting

Fritz Rötting
Geschäftsführer

Gemeente Kerkrade

Bestuursdienst

(10)

Bezoekadres:
Markt 33, 6461 EC Kerkrade
Telefoonnummer: 14 045
E-mail: gemeentehuis@kerkrade.nl

AAN:
Stadt Herzogenrath
Postfach 1280
52112 HERZOGENRATH

Stadt Herzogenrath
07. Aug. 2017
A63 | X | R | Vb | tR

Uw kenmerk: 3.2-10007-17-23
Uw brief van: 24/07/2017

Ons kenmerk: 17i0015034
Onderwerp: Ontvangstbevestiging

Datum: 31/07/2017

Geachte heer/mevrouw,

De gemeente Kerkrade heeft op 31/07/2017 uw brief ontvangen inzake bestemmingsplan II/65B Kämpchenstrasse Teil B.

Registratie:
In onze postregistratie hebben wij uw brief geboekt onder nummer: 17i0015034.
Als u contact met ons wilt opnemen over de afhandeling of beantwoording ervan, verwijs dan altijd naar dit registratienummer. Wij kunnen dan gemakkelijk terugvinden waar uw contact over gaat.

Beantwoording:
Uw poststuk sturen wij door naar de behandelende ambtenaar of afdeling. U zult zo spoedig mogelijk bericht ontvangen dan wel geïnformeerd worden over de afhandeling van uw brief.

Vragen?
Voor tussentijdse informatie kunt u contact opnemen met de gemeente Kerkrade, telefonisch te bereiken onder nummer 14 045.

Gemeente Kerkrade
Cluster Documentaire Informatievoorziening en Archief.

Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

(11)

Kreisstellen Aachen/Düren/Euskirchen
Rütger-von-Scheven-Straße 44 · 52349 Düren

29.08.

Stadt Herzogenrath
Dezernat III
A 61Stadtplanung und Verkehr
z. Hd. Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
28. Aug. 2017
30.8.
A61 | X | R | Vb | tR

Kreisstelle
☒ **Aachen**
Mail: aachen@lwk.nrw.de
☐ **Düren**
Mail: dueren@lwk.nrw.de
☐ **Euskirchen**
Mail: euskirchen@lwk.nrw.de
Rütger-von-Scheven-Str. 44
52349 Düren
Tel.: 02421 5923-0, Fax -66
www.landwirtschaftskammer.de
Auskunft erteilt: Frau Lock / ho
Durchwahl: 16
Fax : 66
Mail : susanne.lock@lwk.nrw.de
17_138_ Stadt Herzogenrath_ BP II-65B_Kämpchenstraße Teil B.docx
Düren 25.08.2017

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem.
gem. § 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 24.07.17 AZ: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Sordon,

zum o.a. Vorhaben nehmen wir als Fachbehörde wie folgt Stellung:

Es bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Lock

Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen

Kreisstellen Aachen/Düren/Euskirchen
Rütger-von-Scheven-Straße 44 · 52349 Düren

05.12.
HE 6.12

Stadt Herzogenrath
Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Kreisstelle
☒ **Aachen**
Mail: aachen@lwk.nrw.de
☐ **Düren**
Mail: dueren@lwk.nrw.de
☐ **Euskirchen**
Mail: euskirchen@lwk.nrw.de
Rütger-von-Scheven-Str. 44
52349 Düren
Tel.: 02421 5923-0, Fax -66
www.landwirtschaftskammer.de

Auskunft erteilt: Frau Lock
Durchwahl: 16
Mobil :
Fax : 66
Mail: Susanne.lock@lwk.nrw.de
Ihr Schreiben:
vom:
17_138 BPII_65B_Herz.rath Kämpchenstraße TeilB.docx
Düren 30.11.2017

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B“
Hier: Ergänzung unserer Stellungnahme vom 25.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
dem o.a. Planungsvorhaben in Form einer Wohnbebauung haben wir mit unserer Stellungnahme vom 25.08.2017 keine Bedenken entgegengebracht.

Nach Rücksprache mit Herrn [redacted] Neffe des Landwirts [redacted] aus Herzogenrath-Kohlscheid verbleiben am nördlichen Rand des Plangebiets noch 4 Flurstücke in einer Gesamtgröße von 0,9741 ha zur landwirtschaftlichen Nutzung. Solange diese Flächen bewirtschaftet werden, muss eine Erreichbarkeit dieser Flächen mit landwirtschaftlichen Maschinen zwingend gegeben sein. Die Wegeanbindung für landwirtschaftliche Flächen liegt in der Verantwortung der Kommune.

Aus Sicht der Landwirtschaftskammer genügt es, lediglich das Flurstück 2780 an einen Wirtschaftsweg anzubinden, da es wie die Nachbargrundstücke von demselben Landwirt bewirtschaftet wird. Die Landwirtschaftskammer regt an, den geplanten Radschnellweg auf dem alten Bahndamm bis zur Grundstücksgrenze des Flurstücks 2780 auch als Wirtschaftsweg für landwirtschaftlichen Verkehr auszuweisen und eine Zufahrt vom Damm zum Flurstück 2780 anzulegen. Andernfalls müsste der jetzige Wirtschaftsweg als grüner Weg erhalten bleiben, um die Erreichbarkeit der verbleibenden Ackerflächen zu garantieren.

Im Auftrag

Lock

PLEDOC
Wissen, wo es langgeht.

(12)

Leitungsauskunft
Fremdplanungsbearbeitung

Telefon 0201/36 59 - 0
Telefax 0201/36 59 - 160
E-Mail leitungsauskunft@pledoc.de

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

Stadt Herzogenrath
Stadtentwicklung und Planung
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

zuständig Ralf Sulzbacher
Durchwahl 0201/36 59 - 325

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Anfrage an	unser Zeichen	Datum
3.2-10007-17-23, Sordon	24.07.2017	PLEdoc GmbH	**1469374**	**31.07.2017**

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B" der Stadt Herzogenrath

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezug auf Ihr o.g. Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass in dem von Ihnen angefragten Bereich keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen vorhanden sind. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Bitte überprüfen Sie diese Darstellung auf Vollständig- und Richtigkeit und nehmen Sie bei Unstimmigkeiten umgehend mit uns Kontakt auf.

Wir beauskunften die Versorgungseinrichtungen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen
- Viatel GmbH, Frankfurt

Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungseinrichtungen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.

Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.

Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Anlage(n)
Übersichtkarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2014 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)


Legende
GasLINE
Gasleitung
LA_Anlagen
Nachrichtentechnik
Anfrage
100 m
© Navlog/GeoBasis-DE/BKG 2015/geoGLIS OHG (p) by Intergraph/HexagonSI
Open Grid Europe
The Gas Wheel
Kallenbergstr. 5
45141 Essen
Vorgangs-Nr.: 1469374
erstellt am: 31.07.2017
Maßstab: maßstäblich
Roermonder Straße
Kirchenstraße
Handelstraße
Mevenheide
Kämpchenstraße
Klosterstraße
Rolandstraße
Dornenstraße
Mozartstraße
Wagnerstraße
Schubertstraße
Brucknerstraße
Lutherstraße
Josef-Lambertz-Straße
Robert-Koch-Straße
Im Grantal
In der Leer
Finkenhof
Eichenweg
Lindenstraße
Ginsterweg
Korfanty-Straße
Dorfstraße
L232
L24

StädteRegion Aachen

(13)

05.09.

StädteRegion Aachen • 52090 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 - Stadtplanung und Verkehr
Herrn Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
31. Aug. 2017
A61 | X | R | Vb | tR

4.1.17

6.9.17

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B"
Ihr Schreiben vom 24.07.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen das vorgelegte Verfahren bestehen seitens der StädteRegion Aachen zurzeit Bedenken.

A 70 - Umweltamt
Allgemeiner Gewässerschutz:
Es bestehen zurzeit Bedenken.

Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 1. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, soll gemäß § 55 Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit § 44 Landeswassergesetz ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Die Niederschlagswasserentsorgung ist in den vorliegenden Unterlagen nicht dargestellt. Für die wasserwirtschaftliche Prüfung ist die Vorlage von detaillierten Unterlagen und Nachweisen erforderlich. Hierzu verweise ich auf mein Rundschreiben vom 02.04.2008 - Niederschlagswasserentsorgung im Bebauungsplanverfahren. Nach

Der Städteregionsrat

A 85
Regionalentwicklung und Europa

Dienstgebäude
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Telefon Zentrale
0241 / 5198 – 0

Telefon Durchwahl
0241 / 5198 – 2165

Telefax
0241 / 5198 – 82165

E-Mail
Nicole.Friederichs@staedteregion-aachen.de

Auskunft erteilt
Frau Friederichs

Zimmer
C 139

Aktenzeichen

Datum:
30.08.2017

Telefax Zentrale
0241 / 53 31 90

Bürgertelefon
0800 / 5198 000

Internet
http://www.staedteregion-aachen.de

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00
Konto 304 204
SWIFT AACSDE 33
IBAN DE2139050000
0000304204

Postgirokonto
BLZ 370 100 50
Konto 1029 86-508 Köln
SWIFT PBNKDEFF
IBAN DE5237010050
0102986508

Erreichbarkeit
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13, 14, 21, 27, 33, 34, 37, 46, 56, 57, 77, 163 bis Haltestelle Normaluhr. Ca. 5 Minuten Fußweg vom Hauptbahnhof.

Vorlage eines Entwässerungskonzeptes mit Nachweis der Niederschlagswasserentsorgung erfolgt eine weitere Stellungnahme.
Die anfallenden Schmutzwässer sind der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Heining unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2286 zur Verfügung.

Bodenschutz und Altlasten:
Im Plangebiet befinden sich keine Altlasten-Verdachtsflächen.

Unter der Voraussetzung, dass im noch aufzustellenden Umweltbericht auf die Belange des Bodenschutzes eingegangen wird (analog wie im Umweltbericht zum Bebauungsplan II/65 Teil A), bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplan II/65B.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau A. Schneider unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2159 zur Verfügung.

Natur und Landschaft:
Gegen die Aufstellung des B-Planes bestehen derzeit aus landschaftspflegerischer Sicht Bedenken.

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum B-Plan II/65 Teil A wurde festgestellt, dass das Plangebiet zwei Paaren der besonders geschützten, planungsrelevanten Feldlerche als Lebensraum dient. Ein Paar davon wurde im Bereich der Teilfläche A kartiert. Dies hatte zur Folge, dass die artenschutzrechtlichen Bedenken lediglich dadurch aufgehoben wurden, dass für diese Feldlerche ein 5.000 m² umfassender Ersatzlebensraum zur Verfügung gestellt wurde (cef-Maßnahme). Dieser wurde noch vor Erschließung des B-Plangebietes II/65 Teil A im Bereich des B-Plangebietes II/65 Teil B unter der Voraussetzung angelegt, dass noch vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen im Teilgebiet B ein anderer, außerhalb liegender Ersatzlebensraum gefunden und hergerichtet werden muss.

Da sich die ökologische Funktion der von dem Eingriff (B-Plan II/65 Teil A) betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte der Feldlerche

nicht gegenüber dem Voreingriffstatbestand verschlechtern darf, ist weiterhin dauerhaft ein Ersatzlebensraum bereitzustellen.

Meine Bedenken können erst dann aufgehoben werden, wenn ein solcher Ersatzlebensraum außerhalb des Plangebietes im gleichen Naturraum gefunden, die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen rechtlich sichergestellt wurde und die Maßnahmen durchgeführt wurden.
Der Ersatzlebensraum soll gemäß dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen" des Landesumweltministeriums NRW eine Mindestgröße von 10.000 m² aufweisen. Diese Mindestgröße kann gemäß dem o.a. Leitfaden unter folgenden Bedingungen auf 5.000 m² reduziert werden:

- Parallele Anlage von mehreren 10–12 m breiten Streifen aus Sommergetreide, Luzerne und Brache
- Als Erfolgskontrolle ist ein mindestens 3 Jahre umfassendes Monitoring festzusetzen, das auch ein Risikomanagement mit gegebenenfalls Festlegung von Korrekturmaßnahmen für den Fall enthält, dass der zur Verfügung gestellte Ersatzlebensraum von der Feldlerche nicht bzw. nicht in ausreichendem Maß angenommen wird.

Der Ersatzlebensraum ist dauerhaft bereitzustellen bzw. zu erhalten, d.h. dass die ökologische Funktion dauerhaft erfüllt bleiben muss.

Lage, Art und Umfang der auf der Ersatzlebensraumfläche durchzuführenden Maßnahmen sind frühzeitig und einvernehmlich mit meiner unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Ich weise schon zu diesem Zeitpunkt darauf hin, dass diese artenschutzrechtlichen Bedenken nicht der bauleitplanerischen Abwägung unterliegen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Thyssen unter der Tel.-Nr. 0241/5198-2180 zur Verfügung.

StädteRegion Aachen

A 61.1 - Straßenbau und Verkehrslenkung
Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten:
Im städtebaulichen Entwurf ist die geplante Trasse für den Radschnellweg Euregio berücksichtigt. Die exakte Lage der Trasse wird zurzeit in einer Entwurfsplanung erarbeitet, um die benötigten Flächen zu ermitteln. Diese Ergebnisse sind im Bebauungsplan bei der Zuweisung der Flächen zu berücksichtigen.

Die Trasse des Radschnellwegs soll als Verkehrsfläche im B-Plan festgesetzt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Oswald unter der Tel.-Nr. 0241/5198-3705 zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Roelen)

Heike Fraedrich - II_65 A Kämpchenstraße Teil B

Von: <Marlis.Hess@strassen.nrw.de>
An: <ragnar.migenda@herzogenrath.de>
Datum: 04.09.2017 16:47
Betreff: II_65 A Kämpchenstraße Teil B
Anlagen: II_65 A Kämpchenstraße Teil B.pdf

Sehr geehrter Herr Migenda,

anbei erhalten Sie meine überarbeitete Stellungnahme zu BP II/65 B vorab per Mail. Die vorherige Stellungnahme ziehe ich zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Marlis Hess
Landesbetrieb Straßenbau.NRW.
Regionalniederlassung Ville-Eifel
Jülicher Ring 101-103
Abt. 4 Betrieb und Verkehr
53789 Euskirchen

☎ 02251 / 796-210
Fax 0211 / 87565-1172210
Email marlis.hess@strassen.nrw.de

Straßen.NRW.
Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Ville-Eifel
Postfach 120161 53874 Euskirchen

Stadt Herzogenrath
Stadtplanung und Verkehr
Postfach 12 80
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
07. Sep. 2017
61.1 | X | R | Vb | tR

Regionalniederlassung Ville-Eifel

Kontakt: Frau Hess
Telefon: 02251-796-210
Fax: 0211-87565-1172210
E-Mail: marlis.hess@strassen.nrw.de
Zeichen: 21000/40400.020/1.13.03.07(290/17)
(Bei Antworten bitte angeben.)
Datum: 04.09.2017

Sind damit hinsichtl. o.g. Pedilig. die Anderungen bzgl. Kompetenz II ausgeräumt?

Bebauungsplan II/65 B „Kämpchenstraße Teil B"; Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB
Hier: Ihr Schreiben vom 24.07.2017; Az:

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Vergangenheit haben es zwischen der Stadt Herzogenrath und dem Landesbetrieb mehrere Abstimmungsgespräche hinsichtlich der Bauleitplanungen und den Verkehrsverhältnissen im Stadtgebiet stattgefunden. Sämtliche Gespräche basierten auf der Aussage, dass die derzeitige Verkehrssituation keine weiteren Zunahmen erlaubt. Im Ergebnis wurde Einigkeit erzielt, dass zunächst Verbesserungen im Verkehrsablauf herbeigeführt werden müssen bevor zusätzliche Belastungen ausgelöst werden.
Neben eines 4-streifigen Ausbaues der L 232 –Skizzen vom Dez. 2015- sind weitere verkehrsverbessernde innerörtliche Maßnahmen geplant.

Sollte die mittelfristig geplante neue Abbiegespur in das Gewerbegebiet Dornkaul nicht ausreichend zum zügigen Verkehrsablauf beitragen, kann eine zusätzliche Ertüchtigung des Knotenpunktes L 232/ Dornkaulweg erforderlich sein. Diese Forderung behalte ich mir weiterhin vor.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Marlis Hess

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH
Am Gut Wolf 9a, 52070 Aachen

Stadt Herzogenrath
Stadtentwicklung und Umwelt

Rathausplatz 1

52134 Herzogenrath

15

REFERENZEN
ANSPRECHPARTNER Christian Buchenau, PB1
TELEFONNUMMER +49 241 919 1128
DATUM 31.07.2017
BETRIFFT Bebauungsplan II/65-B "Kämpchenstraße - Teil B"

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Information.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Zur Versorgung des neuen Baugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien, glasfaserbasierte Festnetz FTTH-Technologie über SpeedNet-Rohrverbände, im Plangebiet vorgesehen.

Als Anlage fügen wir 1 Satz Bestandspläne der Telekommunikationsanlagen der Deutschen Telekom Technik GmbH bei. Die eingefügte Trasse ist nur für die Planungszwecke bestimmt.

Zur Abstimmung der Bauweise und für die rechtzeitige Bereitstellung der Telekommunikationsdienstleistungen sowie zur Koordinierung mit Straßenbau- bzw. Erschließungsmaßnahmen der anderen Versorger ist es dringend erforderlich, dass Sie sich rechtzeitig, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, mit uns in Verbindung setzen.

Für weitere Fragen bzw. Informationen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DATUM 31.07.2017
EMPFÄNGER Stadt Herzogenrath
SEITE 2

Mit freundlichen Grüßen

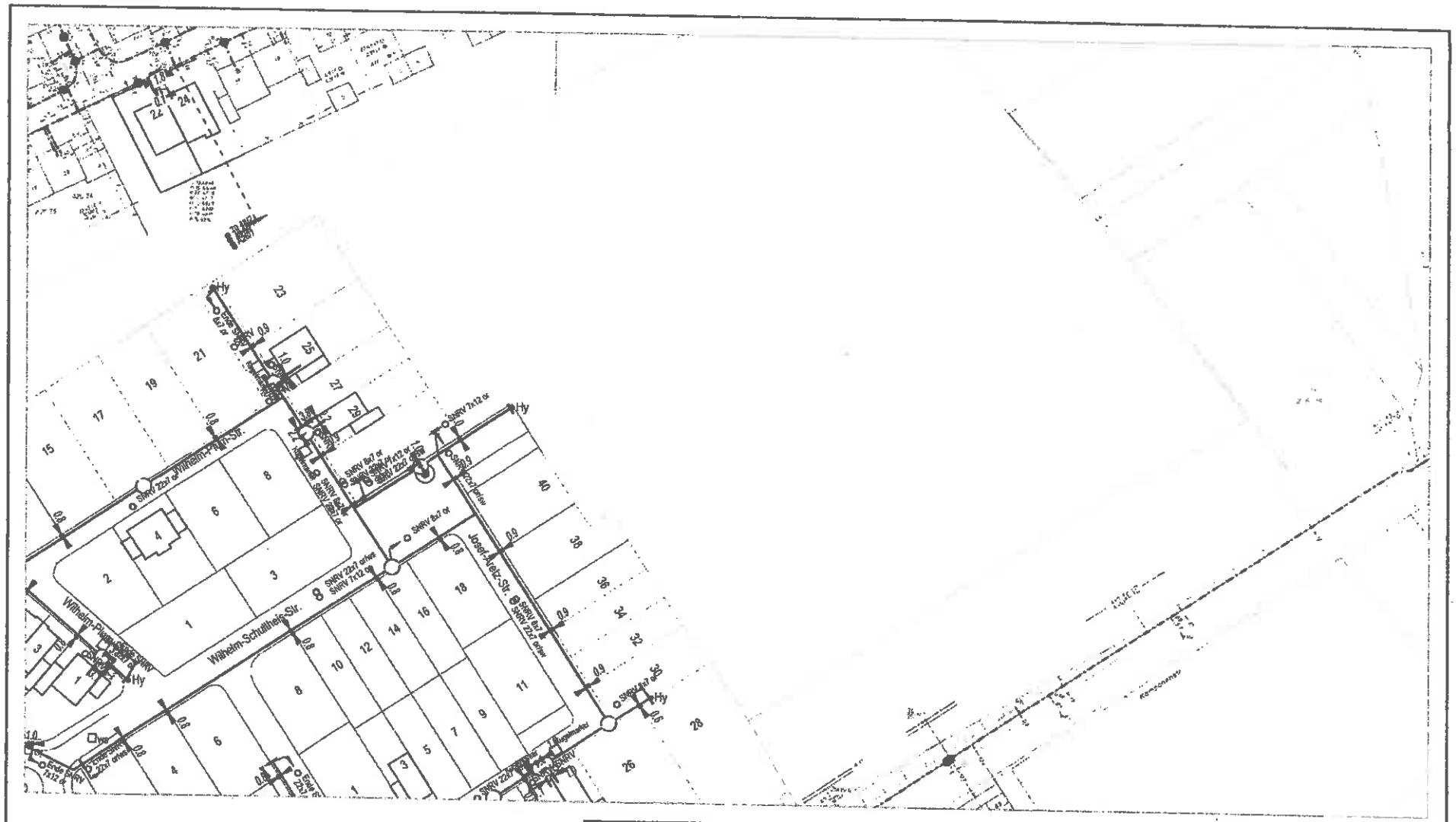
i. V.

Herbert Müller, TI PB 1

i.A.

Christian Buchenau, Sb PB 1

Anlage: 1 Lageplan



AT/Vh-Bez.:	Kein aktiver Auftrag			AT/Vh-Nr.:	Kein aktiver Auftrag
TI NL	West				
PTI	Aachen				
ONB	Kohlscheid	AsB	1		
Bemerkung:		VsB		Sicht	Lageplan
		Name	Christian Buchenau PTI 24	Maßstab	1:1000
		Datum	31.07.2017	Blatt	1

erhalten 31.8.2017 HE

16

Unitymedia NRW GmbH | Postfach 10 20 28 | 34020 Kassel

Stadt Herzogenrath
Herr Markus Sordon
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

Bearbeiter(in): Herr Klewning
Abteilung: Zentrale Planung
Direktwahl: +49 561 7818-149
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: 275478

Datum
25.08.2017

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Im Planbereich liegen keine Versorgungsanlagen der Unitymedia NRW GmbH. Wir sind grundsätzlich daran interessiert, unser glasfaserbasiertes Kabelnetz in Neubaugebieten zu erweitern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Breitbandversorgung für Ihre Bürger zu leisten.

Ihre Anfrage wurde an die zuständige Fachabteilung weiter geleitet, die sich mit Ihnen zu gegebener Zeit in Verbindung setzen wird. Bis dahin bitten wir Sie, uns am Bebauungsplanverfahren weiter zu beteiligen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere oben stehende Vorgangsnummer an.

Freundliche Grüße

Zentrale Planung Unitymedia

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Infra I 3

Infrastruktur
Wir. Dienen. Deutschland.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr · Postfach 29 63 · 53019 Bonn

Stadt Herzogenrath
Stadtplanung und Verkehr
Rathausplatz 1
52134 Herzogenrath

17

Fontainengraben 200, 53123 Bonn
Postfach 29 63, 53019 Bonn
Telefon: +49 (0)228 5504 - 4596
Telefax: +49 (0)228 5504 - 4597
Bw: 3402 - 4596
BAIUDBwTOEB@bundeswehr.org

Aktenzeichen	Bearbeiter/-in	Bonn,
Infra I 3 – 45-60-00 / K-III-497-17-BBP	Herr Nogueira Duarte Mack	31. Juli 2017

BETREFF **Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstr. Teil B" der Stadt Herzogenrath;**

hier: Stellungnahme der Bundeswehr

BEZUG Ihr Schreiben vom 24.07.2017 Ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Damen und Herren,

von der im Betreff genannten Maßnahme, bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, ist die Bundeswehr berührt und betroffen.

Der Planungsbereich liegt im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen.

Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen –einschl. untergeordneter Gebäudeteile- eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten.

Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen –vor Erteilung einer Baugenehmigung- zur Prüfung zuzuleiten.

Hinweis: Die Fernleitungs-Betriebsgesellschaft ist eine nachgeordnete Behörde/Gesellschaft des BAIUDBw und wird im Rahmen der Beteiligung öffentlicher Träger, als Fachdienststelle von mir, bei Betroffenheit beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Nogueira Duarte Mack

WASSERVERBAND EIFEL-RUR

Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Flussgebietsmanagement -

Auskunft erteilt:
Herr Hoppmann

Verwaltungsgebäude:
Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Telefon: +49 (02421) 494 1312
Telefax: +49 (02421) 494 1019
E-Mail: Arno.Hoppmann@WVER.de
Internet: www.wver.de

DWA TSM

18

Wasserverband Eifel-Rur • Postfach 10 25 64 • 52325 Düren

Stadt Herzogenrath
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
04. Aug. 2017
A63 | A | R | Vb | tR

402.10-020-0104
BLPL__14521

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Datum
3.2-10007-17-23	24.07.2017	4.02 Hop/RL 14521	02.08.2017

Bebauungsplan II765B „Kämpchenstraße Teil B“
hier: Stellungnahme des Wasserverbandes Eifel - Rur

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens des Wasserverbandes Eifel – Rur werden keine Bedenken geäußert.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Franz-Josef Hoffmann

WESTNETZ

Teil von **innogy**

Westnetz GmbH · Neue Jülicher Straße 60 · 52353 Düren

Stadt Herzogenrath
Dezernat III A 61
Herr Sordon
Postfach 1280
52112 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
14. Aug. 2017
A61 | X | R | Vb | tR

Regionalzentrum
Westliches Rheinland

Ihre Zeichen	3.2-10007-17-23
Ihre Nachricht	24.07.2017
Unsere Zeichen	DRW-F/WP/DN/Ma
Name	Helmut Maaßen
Telefon	02421 47 2920
Telefax	02421 47 2032
E-Mail	helmut.maassen@westnetz.de

Düren, 10. August 2017

Bebauungsplan II/65B „Kämpchenstraße Teil B"

Sehr geehrter Herr Sordon,

diese Stellungnahme betrifft nur das von uns betreute Nieder- und Mittelspannungsnetz bis zur 35-kV-Spannungsebene und ergeht auch im Auftrag und mit Wirkung für die innogy Netze Deutschland GmbH als Eigentümerin des Nieder- und Mittelspannungsnetzes.

Gegen die oben angeführten Planungen der Stadt Herzogenrath bestehen unsererseits keine Bedenken, da keine von uns betreuten Versorgungsanlagen betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Westnetz GmbH

i. V. Jürgen Weitmann

i. A. Helmut Maaßen

Anlage(n):

BREITBANDKABELSERVICE

KOPIE BLAU

(20)

Medicom AG Kabelservice - Postfach 12 28 - 52462 Alsdorf

Stadt Herzogenrath
Der Bürgermeister

Rathausplatz 1

52134 Herzogenrath

Medicom AG Kabelservice
Schillerstr. 103

Stadt Herzogenrath
01. Aug. 2017
A61 | X | R | Vb | tR

02.08.

Kundennummer	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Telefon	Datum
#-69175		is	02404/9498-0	27.07.2017

Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstrasse Teil B"

Sehr geehrte Frau Peikert,

hiermit teilen wir Ihnen mit, daß in diesem Bereich von uns keine Versorgungsleitungen bestehen.

Ebenenfalls bestehen hier unsererseits keine Bedenken.

Mit freundlichem Gruß

Medicom AG
i. A. I. Schöttl

Polizeipräsidium
Aachen

(21)

21.08.

Polizeipräsidium Aachen, Postfach 500111, 52085 Aachen

Stadt Herzogenrath
A 61 Stadtplanung und Verkehr
Herr Sordon
Rathausplatz 1

52134 Herzogenrath

Stadt Herzogenrath
18. Aug. 2017 HE 228
A61 | X | R | Vb | tR

14.08.2017

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Sachbearbeiter
Frau Zimutta

Telefon 0241/9577-34436
Fax 0241/9577-34405
E-Mail
Ute.Zimutta
@polizei.nrw.de

Dienstgebäude
Jesuitenstraße 5
52062 Aachen

Öffentliche Verkehrsmittel
Buslinien
25, 35, 45, 55 und 65
Haltestelle
Brand

Lieferanschrift
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Telefon 0241/95770
Fax 0241/9577-20555
poststelle.aachen@polizei.nrw.de
www.polizei.nrw.de/aachen

Zahlungen an
Landeskasse Düsseldorf
Helaba
IBAN
DE34 3005 0000 0000 0965 60
BIC
WELADEDD

Bebauungsplan II/65B ‚Kämpchenstraße Teil B'
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Städtebauliche Kriminalprävention – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Sordon,
sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf o.a. Bebauungsplan wird Ihnen anliegende *Checkliste zur städtebaulichen Kriminalprävention* übersandt.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens kann aus kriminalpräventiver Sicht detailliert Stellung genommen werden.

Damit einbruchhemmende Maßnahmen bereits bei der Planung von Gebäuden einbezogen werden können, sollten Architekten/-innen umfassend und frühzeitig informiert werden.
Wenn der Einbau von Sicherungseinrichtungen (Mechanik / Überfall- und Einbruchmeldetechnik, Beleuchtung etc.) bereits in der Planungsphase von Neubauten mit berücksichtigt wird, sind die Kosten deutlich niedriger als bei einer Nachrüstung der vorhandenen Elemente.

Durch textlichen Hinweis z. B. im Bebauungsplan sollte deshalb auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen (Kriminalkommissariat Vorbeugung - KK 44 - Jesuitenstr. 5, 52062 Aachen, Tel.: 0241 / 9577 – 34401 oder per Email unter vorbeugung.aachen@polizei.nrw.de) hingewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

Zimutta

- Zimutta -

Direktion Kriminalität
Kriminalkommissariat 44
- Kriminalprävention/Opferschutz -

POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Checkliste für die städtebauliche Kriminalprävention

1. Grundsätzliche Empfehlungen zur Verbesserung der Wohnqualität und Infrastruktur

- Die Planung allgemeiner Wohngebiete (WA), besonderer Wohngebiete (WB), bzw. Mischgebiete (MI) sollte gegenüber monostrukturierten Nutzungen – wie sie auch reine Wohngebiete darstellen – angestrebt werden.
- Bautypenmischung, Beschränkung der Geschossflächenzahl sowie die Anzahl der Wohneinheiten, die durch einen Eingang erschlossen werden, beachten.
- Die Grundversorgung der Bevölkerung durch eine ausreichende Infrastruktur mit Dienstleistungsangeboten im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich ist wünschenswert.
- Die fußläufige Nähe und sichere Gestaltung der Wegeverbindungen zu Infrastruktureinrichtungen erhöht die soziale Kontrolle
- Mischung unterschiedlicher Grundstücksgrößen im Wohngebiet.
- Prüfung der Verkehrsberuhigung und –vermeidung in allen Bereichen z.B. durch Stichstraßen und Tempo 30-Zonen.
- Integration des sozialen Wohnungsbaues.
- Berücksichtigung generationenübergreifender Wohnangebote.

2. Wohnumfeld

2.1 Grün- Frei- und überbaubare Flächen

- Herstellen von guter und ausreichender Beleuchtung sowie Überschaubarkeit des öffentlich begehbaren Raumes.
- Berücksichtigung eines ausreichenden Pflanzabstandes zu Wegen, Beleuchtung und Gebäuden sowie die Vorgabe der Pflanzenhöhe bei Hecken und Büschen von höchstens ca. 80 cm und mindestens 2 Metern Stammlänge bei Bäumen.
- Grundstückseinfriedungen/Sichtschutzmaßnahmen zu frei zugänglichen Grünflächen oder öffentlichen Bereichen sollten zur Vermeidung von Tatgelegenheiten die Höhe von einem Meter nicht überschreiten.
- Klare Abgrenzung öffentlicher Flächen von Privatflächen durch niedrig wachsende Hecken, Einfriedungen und unterschiedliche Bodenbeläge.
- Die Standortauswahl von Spielplätzen soll die Sichtnähe zu Wohnungen, die Einsehbarkeit und gefahrlose Erreichbarkeit berücksichtigen.

- Kommunikationsbereiche und multifunktional nutzbare Grün- und Freiflächen in der Nähe von Wohngebäuden steigern die soziale Kontrolle.
- Pflege von öffentlichem und halböffentlichem Raum durch die Eigentümer/Bewohner.
- Grundstücksflächen so anordnen, dass keine uneinsehbaren Bereiche und Angsträume geschaffen werden.
- Einen Wohnbereich (z.B. die Wohnküche) möglichst zur Straße hin ausrichten, um die Einsehbarkeit der Straße von der Wohnung aus zu ermöglichen.
- Einsehbare Gestaltung und gute Ausleuchtung des Zuganges zum Hauseingang berücksichtigen.
- Abfallsammelplätze sollten zentral geplant und transparent gestaltet werden.

2.2 Stellflächen für PKW und Zweiräder

- Übersichtliche, beleuchtete und gesicherte öffentliche Parkplätze schaffen.
- Einstellplätze möglichst auf den Grundstücken planen – Sammelparkflächen vermeiden.
- Abseits gelegene und nicht einsehbare Stellplätze vermeiden.
- Abschließbare „Fahrradkäfige" oder Fahrradabstellplätze mit Anschließmöglichkeiten des Fahrrades am Rahmen in einsehbaren Bereichen der Wohnanlagen anbieten.

3. Öffentliche Verkehrsflächen

- Gemeinsame Erschließung von Pkw, Fuß- und Radwegen, aber deutliche Trennung der unterschiedlichen Nutzung z.B. durch entsprechende Markierungen.
- Gute Beleuchtung des Verkehrsraumes.
- Möglichst Verzicht auf Über- und Unterführungen bei Fuß- und Radwegen.
- Erschließung möglichst über Stichstraßen.
- Öffnung von Sackgassen für Fuß- und Radwege

4. Tiefgaragen und Parkhäuser

- Ausreichende und konstante Beleuchtung in allen Bereichen vorsehen.
- Tiefgaragen und deren Zugänge mit graffitiresistenten und abwaschbaren Farben anlegen.
- Gestaltung durchbrochener Fassadenelemente mit Tageslichteinfall.
- Einrichten von Notrufeinrichtungen und Überwachungsanlagen.

- Anbringen von sichtbaren Hinweisschildern und Gehmarkierungen zur Orientierung der Wegführung.
- Schaffung überschaubarer Areale und Vermeidung von toten Ecken.
- Einrichtung von Frauenparkplätzen in der Nähe von Ein- und Ausfahrten und Gewährleistung der Überwachung.
- Einbindung von Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäften mit heller Glasfront im Anschluss an Tiefgaragenparkplätze.

5. Bahnhöfe und Haltestellen

- Für fußläufige Erreichbarkeit von Einrichtungen und Haltestellen sorgen.
- Ausleuchten und Überschaubarkeit des Raumes mit durchsichtigen Außenwänden gewährleisten.
- Straßenbegrünung in der Nähe von Haltestellen auf max. 80 cm begrenzen.
- Getrennte Zu- und Abgänge anlegen.
- Notruf-, Überwachungs- und Kommunikationseinrichtungen einplanen.
- Umgehende Beseitigung von Müll, Beschädigungen und Graffiti.
- Einsatz von vandalismusresistenten Materialien.
- Positionierung von Informationstafeln und Fahrkartenautomaten an übersichtlichen Stellen.

6. Unterführungen und Tunnel – zum DB-Bahnhof

- Einsehbarkeit und vandalismusresistente Ausleuchtung von Ein- und Ausgangsbereichen sowie des Durchganges gewährleisten.
- Möglichst gerade Linienführung, ansonsten Installierung von Spiegeln und Vermeidung von dunklen Ecken und Nischen.
- Installierung von Notruf- und Video-Überwachungsanlagen.
- Für übersichtliche und gut ausgeleuchtete Beschilderung sorgen.
- Ein- und Ausgänge behinderten- und kindgerecht gestalten, wie z.B. Rampe für Rollstühle und Kinderwagen.
- Wände mit graffitiresistenten Materialien versehen.

7. Einbruchschutz

Damit einbruchshemmende Maßnahmen bereits bei der Planung von Gebäuden einbezogen werden können, müssen Architekten/innen und Bauherren/innen umfassend und frühzeitig informiert werden.

Durch textlichen Hinweis im Bebauungsplan sollte deshalb auf die kostenfreie Beratung durch die polizeilichen Beratungsstellen hingewiesen werden:

SCHUTZ VOR EINBRÜCHEN

Wohngebäude und Garagen sowie Gewerbeobjekte sollen zum wirksamen Schutz vor Einbrüchen an sämtlichen Zugangsmöglichkeiten mit einbruchhemmenden Türen, Fenstern, Toren und Verschlusssystemen entsprechend den einschlägigen Empfehlungen der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen ausgestattet werden.

Die Beratung ist kostenlos. Weitere Informationen erhalten Sie unter:

Tel.: 0241 / 9577 – 34401 oder per E-Mail vorbeugung.aachen@polizei.nrw.de

---

Anhand nachfolgender Literatur wurde diese Checkliste erstellt

- Städtebau und Kriminalprävention – Herausgeber: Programm polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) 2003
- Städtebau und Kriminalprävention Rheinland-Pfalz – Herausgeber: LKA Rheinland-Pfalz 2002
- Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen für Neubaugebiete im ländlichen Raum – Herausgeber/in: Stadt Detmold, Gleichstellungsbeauftragte; Der Landrat als Kreispolizeibehörde
- Dokumentation der Fachtagung am 10.03.2005 – Herausgeber: Landespräventionsrat NRW

Markus Sordon - Btr. 3,2-10007-17-23 Kämpchenstr.

Von: Eike Lange <eike.lange@nabu-aachen-land.de>
An: <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 09.08.2017 13:20
Betreff: Btr. 3,2-10007-17-23 Kämpchenstr.

(22)

<!--[if !vml]-->*Kreisverband Aachen-Land* <!
[endif]-->
Dr. Heinz-Eike Lange (1.Vorsitzender)
Sebastianusstr.58, 52146 WÜRSELEN. Tel. 02405-94708,
Mail: eike.lange@nabu-aachen-land.de
Über www.nabu-aachen-land.de können auch Sie Mitglied werden!

An die
Stadtverwaltung III A61
52112 Herzogenrath

Btr. 3,2-10007-17-23 Kämpchenstr. 9.8.17

Sehr geehrter Herr Sordon!

Gegen den BP.II/65B haben wir keine Einwände. Bei der weiteren Planung würden wir es begrüßen, wenn eine Gemeinde einmal eine Solarausrüstung der Dächer verbindlich vorschreiben würde. Wenn Traufenhöhen, Dachformen und Ähnliches vorgeschrieben werden können, warum dann nicht auch Solarpanelen. Bei einer Unterstützung durch die Gemeinde in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Stromversorger und etwas gutem Willen sollte eine solche umweltfreundliche Baumaßnahme möglich sein. Auch eine Nutzung der Erdwärme für die gesamte Siedlung scheint mir sehr sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen
Eike Lange

Virenfrei. www.avast.com

Bauleitplanung - AC-313/17: Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

Von: "Bruno Barth" <brunobarth@web.de>
An: <bauleitplanung@herzogenrath.de>, <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: Montag, 4. September 2017 08:07
Betreff: AC-313/17: Bebauungsplan II/65B "Kämpchenstraße Teil B"

23

Sehr geehrter Herr Sordon,

ich antworte für die NaturFreunde Herzogenrath-Merkstein im Namen der LNU: Frühzeitige Beteiligung „Träger öffentlicher Belange".

Von meiner Seite gibt es keine grundlegenden Einwände gegen den Bebauungsplan. Als Anregung gebe ich mit auf den Weg, wegen der südlichen Lage des Gebietes bevorzugt Solaranlage auf den Dächern vorzusehen, ggf. diese in einem Teilgebiet vorzuschreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Barth

Virenfrei. www.avast.com

Markus Sordon - Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. §4 (1) BauGB - Kämpchenstraße Teil B -

Von: Michaela Gude-Starke
An: markus.sordon@herzogenrath.de
Datum: 01.08.2017 12:47
Betreff: Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. §4 (1) BauGB - Kämpchenstraße Teil B -

(24)

Bezugnehmend auf ihr Schreiben vom 24.07.2017 zum Bebauungsplan II765/65b - Kämpchenstraße Teil B - ihr Zeichen: 3.2-10007-17-23

Sehr geehrte Herr Sordon,

zur o.g. Planung bestehen von Seiten der vorbereitenden Bauleitplanung, nach Prüfung ihrer Unterlagen, **keine** Bedenken gegen die Planung. im Bereich Kämpchenstraße.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

Michaela Gude-Starke

Stadt Aachen
Fachbereich für Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen

Verwaltungsgebäude am Maschiertor
Lagerhausstraße 20

52 064 Aachen

Telefon: 0241 - 432 6116
Telefax: 0241 - 432 6199
e-mail: Michaela.Gude-Starke@mail.aachen.de

25

Markus Sordon - B-Plan Nr. II/65B "Kämpchenstraße Teil B

Von: "Francke, Ursula Dr." <Ursula.Francke@lvr.de>
An: "'markus.sordon@herzogenrath.de'" <markus.sordon@herzogenrath.de>
Datum: 05.09.2017 11:59
Betreff: B-Plan Nr. II/65B "Kämpchenstraße Teil B
CC: "Becker, Oliver" <Oliver.Becker@lvr.de>

B-Plan Nr. II/65B "Kämpchenstraße Teil B
Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4(1) BauGB
Ihr Schreiben vom 24.7.2017

vielen Dank für die Übersendung der Planungsunterlagen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange zu der o.a. Planung. Ich boitte meine verspätete Stellungnahme zu entschuldigen.

Zur Einschätzung der archäologischen Situation im Plangebiet wurden die dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege vorliegenden Archivunterlagen ausgewertet und unter Berücksichtigung von Forschungsergebnissen bewertet. Diese Datenbasis ist jedoch nicht das Ergebnis einer systematischen Erfassung und macht daher grundsätzlich nur eine Prognose möglich.
Aus dem Planungsgebiet selbst sind bisher keine archäologischen Fundstellen bekannt. 2013 wurde auf einer Teilfläche des Bebauungsplanes durch das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege eine Grunderfassung durchgeführt, die aber aufgrund schlechter Begehungsvoraussetzungen keine Hinweise auf im Untergrund erhaltene Bodendenkmäler lieferte.
Bei dem Plangebiet handelt sich jedoch um eine siedlungsgünstige Region, die nachweislich bereits in der Vorgeschichte intensiv besiedelt war. Dies wurde durch zahlreiche Fundstellen in der Umgebung der Fläche bestätigt. Von daher ist nicht auszuschließen, dass in der Fläche Bodendenkmäler erhalten sind.
Grundsätzlich sind Bodendenkmäler als Zeugnisse der Geschichte dann, wenn diese für die wissenschaftliche Forschung bedeutend sind, als Bodenarchiv für kommende Generationen zu erhalten und zu sichern. Entsprechende rechtliche Vorgaben ergeben sich insbesondere aus den §§ 11,3, 7, 8 DSchG NW.

Zur Prüfung der Auswirkungen der Planung auf das archäologische Kulturgut im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Grundlagen für den Umweltbericht und damit insbesondere zur Vorbereitung einer Abwägungsentscheidung ist es daher empfehlenswert - als Teil der Umweltprüfung - in der Fläche eine Prospektion durchführen zu lassen. Dies würde ggf. auch Konflikte mit den bodendenkmalpflegerischen belange im Zuge der Planausführung vermeiden.
Hinweise zu Bodendenkmälern können in diesem Zusammenhang auf dem Acker verteilte keramische Gefäßscherben und Ziegelbruchstücke liefern. Derartige Fundstücke gelangen dann, wenn Bodendenkmäler im Boden erhalten sind, durch die Pflugtätigkeit an die Ackeroberfläche. Dabei werden aber nur oberflächennahe archäologische Befunde erfasst. Das Ergebnis der Prospektion ermöglicht Aussagen dazu, in welchem Umfang die Belange des Bodendenkmalschutzes entscheidungserheblich für die Planung sind.
Ausgehend von der Ausgangssituation bleibt es jedoch ihnen als planende Gemeinde überlassen, ob Sie diese Maßnahme in Erwägung ziehen, zumal hierfür die Fläche vorbereitet , d.h. gepflügt und geeggt sein müsste.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Dr. Ursula Francke
LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
Endenicher Straße 133
53115 Bonn
Tel: 0228/9834-134
E-Mail: ursula.francke@lvr.de

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 18.000 Beschäftigten für die 9,6 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 41 Schulen, zehn Kliniken, 19 Museen und Kultureinrichtungen, drei Heilpädagogischen Netzen, vier Jugendhilfeeinrichtungen und dem Landesjugendamt erfüllt er Aufgaben, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Der LVR ist Deutschlands größter Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen und engagiert sich für Inklusion in allen Lebensbereichen. "Qualität für Menschen" ist sein Leitgedanke.

Die 13 kreisfreien Städte und die zwölf Kreise im Rheinland sowie die StädteRegion Aachen sind die Mitgliedskörperschaften des LVR. In der Landschaftsversammlung Rheinland gestalten Politikerinnen und Politiker aus den rheinischen Kommunen die Arbeit des Verbandes.

ANLAGE 12

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Verkehrsgutachten

Stadt Herzogenrath

Bebauungsplan II/65
„Kämpchenstraße“

Verkehrsuntersuchung



Bearbeitet:
IGEPA Verkehrstechnik GmbH
Dipl.-Ing. Markus Geuenich
Ardennenstraße 30
52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349
Fax : 02403/5087354
igepa@gmx.de

13.04.2015

Stadt Herzogenrath

Bebauungsplan II/65 „Kämpchenstraße“

Verkehrsuntersuchung

Erläuterungsbericht

1.) Einführung und Aufgabenstellung

Das bisher unbebaute Eckgrundstück an der Dornkaulstraße / Kämpchenstraße in Herzogenrath, soll einer neuen Nutzung zugeführt werden.
Für das B-Plan-Gebiet ist zukünftig Wohnnutzung mit insgesamt 113 Einfamilienhäusern sowie Mehrfamilienhäusern mit einer Gesamtwohnfläche von 5.175 m² geplant.
Das Grundstück wird im Südwesten an die Dornkaulstr. und im Süden an die Kämpchenstr. angebunden.

Die Realisierung der Bebauung ist in Teilabschnitten vorgesehen. Das Verkehrsgutachten berücksichtigt abstimmungsgemäß die komplette Gebietsentwicklung.

Im Rahmen dieser Verkehrsuntersuchungen sollen die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Entwicklung auf die umliegenden Straßenzüge Dornkaulstr. und Kämpchenstr. sowie die leistungstechnischen Auswirkungen auf die „Netzanschlussknoten“ Roermonder Str. / Dornkaulstr. und Klosterstr. / J.-Lambert-Str. / Kämpchenstr. ermittelt und dargestellt werden.

Die anhängenden Bilder werden im jeweiligen Textbezug in *Kursivschrift* benannt.

2.) Analysebelastungsdaten als Grundlage der Bearbeitung

Als Grundlage der weiteren Bearbeitungen wurden zunächst knotenstrombezogene Verkehrsbelastungsdaten für die o.a. Knotenpunkte erhoben. Die Erhebungen wurden an einem repräsentativen Werktag (Do., 10.09.13) jeweils von 6:00 - 9:00 Uhr und 16:00 - 19:00 Uhr durchgeführt. In Absprache mit der Stadt Herzogenrath wurden die Erhebungsdaten der Verkehre im Zuge der L232 am 25./26.11.14 nochmals anhand einer Querschnittszählung mittels Seitenradarmessgerät in der L232, östlich der Einmündung Dornkaulstraße, geeicht und angepasst.

Die Analyse-Verkehrsbelastungen für die resultierenden Spitzenstunden-belastungen morgens (7:00 - 8:00 Uhr) und nachmittags (16:00 - 17:00 Uhr) sind in den *Bildern A1 und A2* knotenstrombezogen dargestellt.

3.) Ermittlung der zu erwartenden Verkehrserzeugungen aus der Grundstücksentwicklung

Die Ermittlung der Verkehrserzeugung wurde anhand der in den einschlägigen Studien (*z.B. Studie des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen, „Integration von Verkehrsplanung und räumlicher Planung“, Teil 2: „Abschätzung der Verkehrserzeugung aus Vorhaben der Bauleitplanung“ (Bosserhoff), Veröffentlichung der Forschungsgesellschaft für Strassen- und Verkehrswesen (FGSV) „Hinweise zur Schätzung des Verkehrsaufkommens von Gebietstypen“*) für derartige Nutzungsstrukturen ausgewiesenen Parametern, basierend auf den entsprechenden - mit eigenen Erhebungen vergleichbarer Nutzungsstrukturen abgeglichenen - Tagesganglinien dieser Nutzungen durchgeführt.

Die detaillierte Ermittlung der Verkehrserzeugung ist den *Bildern V1 und V2* zu entnehmen.
Hieraus ergeben sich insgesamt **671 Kfz-Fahrten/Tag** aus dem Bebauungsplan.

Für die in den späteren Leistungsfähigkeitsberechnungen relevanten Spitzenstunden sind gemäß der in der o.a. Studie ausgewiesenen Tagesganglinie für die hier maßgebenden Stundenintervalle folgende resultierende **Spitzenstundenverkehre** anzusetzen:

Morgenspitze 7:00 - 8:00 Uhr

Quellverkehr:	**48 Pkw-E/h**
Zielverkehr:	**8 Pkw-E/h**

Nachmittagsspitze 16:00 - 17:00 Uhr

Quellverkehr:	**21 Pkw-E/h**
Zielverkehr:	**48 Pkw-E/h**

4.) Verteilung der Zusatzverkehre im Netz

Die Verteilung der zusätzlichen Verkehre aus dem Bebauungsplan wird aufgrund der umliegenden Infrastruktur gutachterlich wie nachfolgend dargestellt angenommen:



Abb. 1

Die knotenstrombezogene Verteilung innerhalb der untersuchten Knotenpunkte ist in *Bild V3* dargestellt.

5.) Verkehrsbelastungsdaten für einen Prognosehorizont 2025 (Prognose-0-Fall)

In Abstimmung mit der Stadt Herzogenrath haben die unter Kap. 2 beschriebenen Analyseverkehrsdaten 2014 – für die Verkehrsbelastungen im Zuge der L232 - grundsätzlich auch für den Prognose-0-Fall 2025 Gültigkeit.

Begründung: In dem Verkehrsmodell der StädteRegion Aachen wird für den Prognose-0-Fall 2025 eine, im Vergleich zu heute, nahezu unveränderte Verkehrsbelastung der L232 ausgewiesen. In dieser Prognose enthalten sind u.a. Infrastrukturmaßnahmen „Richtericher Dell", in der Dornkaulstraße sowie der hier behandelte B-Plan II/65. Die gleichbleibende Verkehrsbelastung ist in Netzerweiterungen im Umfeld, wie B57n, L50n, dem Netzschluss des „Buitenringes" in den Niederlanden sowie der dort prognostizierten Strukturabnahmen und den damit verbundenen Verkehrsentlastungen in der L232 begründet. Eine Netzergänzung B258n, aus der u.U. weitere Verkehrsentlastungen für die L232 resultieren können, ist im Netzmodell noch nicht berücksichtigt.

Knotenspezifisch wurden in Abstimmung mit der Stadt Herzogenrath allerdings weitere Verkehrszunahmen im Zusammenhang mit einer finalen Entwicklung der Gewerbeflächen (Plangebiet II/39) an der Dornkaulstraße angesetzt.

70% des Verkehrsaufkommens der Fa. Aixtron sind bereits in den Analysebelastungsdaten enthalten, demnach sind noch 30% der Verkehre zusätzlich zu berücksichtigen. Das seinerzeitige Schallgutachten geht pauschal von einer Verkehrszunahme von 250 Kfz-Fahrten/Tag im Quellverkehr und 250 Kfz-Fahrten/Tag im Zielverkehr aus. Hierbei handelt es sich allerdings auch um Mitarbeiter im Schichtbetrieb, die den Knotenpunkt außerhalb der Spitzenstunden beaufschlagen. Der Anteil dieser Mitarbeiter liegt bei ca. 20%. Somit ergeben sich für die Spitzenstunden 250 x 0,30 x 0,80 = 60 Kfz im Zielverkehr (morgens) und 60 Kfz im Quellverkehr (nachmittags).

Eine Freifläche soll demnächst von der Firma Intravis besiedelt werden. Gemäß den Angaben der Stadt Herzogenrath sind dort ca. 200 Arbeitsplätze vorgesehen.

Hieraus sind gemäß den unter 3.) beschriebenen Studien 36 Kfz im Zielverkehr (morgens) und 18 Kfz im Quellverkehr (nachmittags) zu erwarten (*Bild V3*).

In dem Plangebiet II/39 sind nach Auskunft der Stadt Herzogenrath außerdem noch ca. 19.000 m² unbelegt. Für diese Flächen sind gemäß den unter 3.) beschriebenen Studien 37 Kfz im Zielverkehr (morgens) und 16 Kfz im Quellverkehr (nachmittags) anzusetzen (*Bild V4*).

Die zusätzlichen Verkehre aus dem Plangebiet II/39 verteilen sich zu 60% auf die L232 in Richtung Aachen und zu 25% auf die L232 in Richtung Herzogenrath. Die restlichen 15% orientieren sich in Richtung Kämpchenstraße.

Die resultierenden knotenstrombezogenen Prognosebelastungen der Spitzenstunden für den Prognose-Null-Fall 2025 sind in den *Bildern P01 und P02* dargestellt.

6.) Prognose-Plan-Fall 2025

Die unter Kap. 3) für den B-Plan II/65 ermittelten Zusatzverkehre wurden in das Netz verteilt und mit den Verkehrsbelastungsdaten des Prognose-0-Falles überlagert.

Die hieraus resultierenden, knotenstrombezogenen Prognosebelastungen der Spitzenstunden sind in den *Bildern PF1 und PF2* dargestellt.

7.) Leistungsfähigkeitsuntersuchungen

Die Knotenpunkte Roermonder Str. / Dornkaulstr. und Klosterstr. / J.-Lambert-Str. / Kämpchenstr. sind lichtsignalgesteuert. Die leistungstechnischen Berechnungen für diese Knotenpunkte erfolgen auf Grundlage der seitens der Stadt Herzogenrath zur Verfügung gestellten, signaltechnischen Unterlagen.

Die maßgebenden Signalzeitenpläne wurden unverändert editiert.

Fußgängeranforderungen werden in jedem Signalumlauf berücksichtigt.

Die Berechnungsergebnisse sind in der anhängenden *Tabelle B1* zusammengefasst aufgeführt.

7.1 Berechnungsverfahren für die Aufgabenstellung

Für die verkehrstechnischen Berechnungen als signalisierte Standardknotengeometrie wird das bundesweit anerkannte Programm **„Ampel“** (Prof. Brilon, Ahn u. Partner) eingesetzt. Dieses Programm ermittelt über den Vergleich der max. abwickelbaren Belastung (M-mögl.) mit der vorhandenen Belastung, die jeweiligen Leistungsreserven für die einzelnen Ströme bzw. Signalgruppen. Hierbei werden Behinderungen für Abbieger, sowohl gegenüber bevorrechtigten Kfz-Strömen als auch gegenüber „parallel“ geführten Fußgängern/Radfahrern, berücksichtigt.

Mit dem Programm Ampel werden die Leistungsfähigkeitsnachweise, insbesondere auch die mittleren Wartezeiten der einzelnen Knotenströme und darüber die Qualitätsstufen (*QSV*) gemäß Kap. 6 des HBS sowie die entsprechenden Rückstauerscheinungen berechnet bzw. bewertet.

Die Einstufung in die maßgebende Qualitätsstufe nach HBS sieht wie folgt aus:

Grenzwerte der mittleren Wartezeit für die Qualitätsstufen (gemäß HBS)

QSV	***Mittlere Wartezeit w [s]***
A	*≤ 20*
B	*≤ 35*
C	*≤ 50*
D	*≤ 70*
E	*≤ 100*
F	*> 100*

Stufe A: Die Mehrzahl der Verkehrsteilnehmer kann ungehindert den Knotenpunkt passieren. Die Wartezeiten sind sehr kurz.

Stufe B: Alle während der Sperrzeit ankommenden Verkehrsteilnehmer können in der nachfolgenden Freigabezeit weiterfahren oder –gehen.

Stufe C: Nahezu alle während der Sperrzeit ankommenden Verkehrsteilnehmer können in der nachfolgenden Freigabezeit weiterfahren oder -gehen. Die Wartezeiten sind spürbar. Beim Kraftfahrzeugverkehr tritt im Mittel nur geringer Stau am Ende der Freigabezeit auf.

Stufe D: Im Kraftfahrzeugverkehr ist ständiger Reststau vorhanden. Die Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmer sind beträchtlich. Der Verkehrszustand ist noch stabil.

Stufe E: Die Verkehrsteilnehmer stehen in erheblicher Konkurrenz zueinander. Im Kraftfahrzeugverkehr stellt sich ein allmählich wachsender Stau ein. Die Wartezeiten sind sehr lang. Die Kapazität wird erreicht.

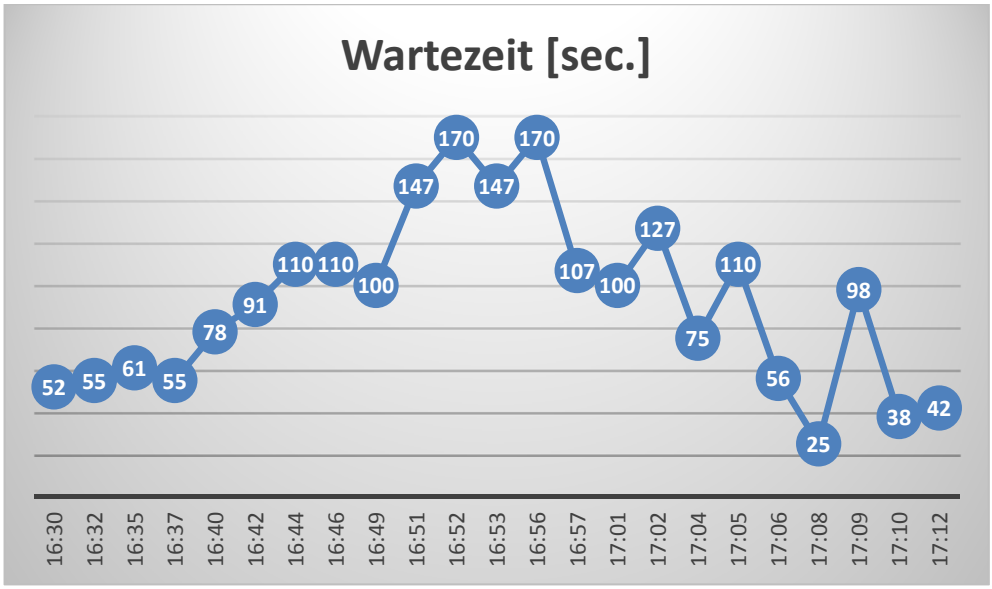
Stufe F: Die Nachfrage ist größer als die Kapazität. Die Fahrzeuge müssen bis zu ihrer Abfertigung mehrfach vorrücken. Der Stau wächst stetig. Die Wartezeiten sind extrem lang. Die Anlage ist überlastet.

7.2 Knoten Roermonder Str. / Dornkaulstr.

Der Knotenpunkt ist in Richtung Herzogenrath „Anfangsknoten“ und in Richtung Aachen „Endknoten“ einer Koordinierung im Zuge der L232 durch Kohlscheid und Herzogenrath.

Aufgrund zeitweiliger Leistungsdefizite am benachbarten Knotenpunkt L232 / Kaiserstr. treten in der Nachmittagsspitze Rückstauerscheinungen vom Knoten Kaiserstr. bis an den hier behandelten Knotenpunkt auf. Dies führt wiederum dazu, dass die Verkehre in Richtung Herzogenrath den Knotenpunkt Dornkaulstr. zeitweise nicht während der zur Verfügung stehenden Grünzeit räumen können und sich somit entsprechende Rückstauerscheinungen in der L232 in Richtung Aachen und damit verbundene längere Wartezeiten ergeben. Im Rahmen einer Ortsbesichtigung wurden die Wartezeiten der in Richtung Herzogenrath orientierten Verkehre – vom Eintreffen am Stauende bis zum Überfahren der Haltelinie am Knotenpunkt Dornkaulstr. – aufgenommen. Hierbei war festzustellen, dass sich über einen Zeitraum von ca. 40 Minuten (ca. 16:30 bis ca. 17:10 Uhr) Wartezeiten in der o.a. Form zwischen 55 sec. und 170 sec. einstellten. Der Rückstau in der L232 erreichte hierbei kurzzeitig eine Länge von ca. 500m und lag größtenteils im Bereich von ca. 200 - 300 m.

Die erfassten Wartezeiten sind der Übersichthalber in dem nachstehenden Diagramm dargestellt.



Die größten Wartezeiten traten über einen Zeitraum von ca. 25 min. auf.
Vor und nach der auftretenden Verkehrsspitze waren keine nennenswerten Rückstauerscheinungen feststellbar.

Eindeutig erkennbar ist, dass die hier festgestellten Wartezeiten und Rückstauerscheinungen nicht aus mangelnden Freigabezeiten an diesem Knotenpunkt entstehen (die zur Verfügung stehenden Grünzeiten können zeitweise gar nicht komplett genutzt werden), sondern ursächlich mit den offensichtlichen Leistungsdefiziten am Nachbarknoten Kaiserstr. zusammenhängen. Dort besteht demnach offenbar schon heute Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Leistungsfähigkeiten.

Die nachstehenden Ergebnisse der HBS-Berechnungen sind daher für die Verkehre in Fahrtrichtung Herzogenrath (Signalgruppe K1) für die Nachmittagsspitze nur bedingt gültig und für die o.a. Spitzenzeit nicht aussagekräftig.

7.2.1 Morgenspitzenstunde

Prognose-0-Fall 2025

Für die Verkehre im Zuge der Roermonder Str. ergibt sich eine Qualitätsstufe des Verkehrs (QSV) = A. Der Linksabbieger von der L232 in die Dornkaulstraße wird in einer QSV = B abgewickelt. Der Rechtseinbieger von der Dornkaulstr. in die L232 liegt in einer QSV = C. Ungünstigster Fahrstrom ist der Linkseinbieger von der Dornkaulstraße in die L232 mit einer QSV = D und einer mittl. Wartezeit von 51,6 sec.

Prognose-Plan-Fall 2025

Für die Verkehre im Zuge der Roermonder Str. ergibt sich weiterhin eine Qualitätsstufe des Verkehrs (QSV) = A. Der Linksabbieger von der L232 in die Dornkaulstraße wird in einer QSV = B abgewickelt. Der Rechtseinbieger von der Dornkaulstr. in die L232 liegt in einer QSV = C. Ungünstigster Fahrstrom ist weiterhin der Linkseinbieger von der Dornkaulstraße in die L232 mit einer QSV = D und einer mittl. Wartezeit von jetzt 65,5 sec.

7.2.2 Nachmittagsspitzenstunde

Prognose-0-Fall 2025

Der Geradeausstrom in Richtung Herzogenrath liegt zwar nach den Berechnungsmethoden des HBS bei einer Qualitätsstufe des Verkehrs (QSV) = B und der Rechtsabbieger von der L232 in die Dornkaulstr. bei einer QSV = A, allerdings sind diese Berechnungsergebnisse für die Nachmittagsspitze in dieser Form nicht aussagekräftig, da sich – wie oben beschrieben – in der Spitzenzeit – aufgrund der Rückstauerscheinungen vom Nachbarknoten Kaiserstr. - teilweise erheblich größere Wartezeiten mit entsprechenden Rückstauerscheinungen in dieser Zufahrt ergeben. Die tatsächliche Leistungsfähigkeit dieser Zufahrt ist während dieser Zeit erheblich geringer als in den HBS-Berechnungen ausgewiesen.

Der Geradeausstrom in Richtung Aachen weist eine QSV = A aus, der Linksabbieger von der L232 in die Dornkaulstraße eine QSV = B. Der Rechtseinbieger von der Dornkaulstr. in die L232 liegt in einer QSV = C, der Linkseinbieger in einer QSV = D, mit einer mittl. Wartezeit von 56,0 sec.

Prognose-Plan-Fall 2025

Die Qualitätsstufen des Verkehrs bleiben für alle Signalgruppen unverändert.

Für die Verkehre der L232 in Ri. Herzogenrath gilt das oben gesagte analog.

Die mittl. Wartezeit für den Linkseinbieger aus der Dornkaulstr. liegt jetzt bei 63,3 sec.

7.3 Knoten Klosterstr. / J.-Lambert-Str. / Kämpchenstr.

7.3.1 Morgenspitzenstunde

Prognose-0-Fall 2025

Die Zufahrt Kämpchenstr liegt in einer QSV = B, die Zufahrt Klosterstr. in einer QSV = A und die Zufahrt Rolandstr. in einer QSV = B. Der geradeaus/rechts der Zufahrt J.-Lambert-Str. liegt in einer QSV = B, der dortige Linksabbieger in einer QSV = A.

Prognose-Plan-Fall

Die Qualitätsstufen aller Zufahrten bleiben unverändert. Die mittl. Wartezeiten erhöhen sich marginal um 0,1 sec. bis 0,2 sec.

7.3.2 Nachmittagsspitzenstunde

Prognose-0-Fall 2025

Die Zufahrt Kämpchenstr liegt in einer QSV = B, die Zufahrt Klosterstr. in einer QSV = A, die Zufahrt Rolandstr. in einer QSV = B und die Zufahrt J.-Lambert-Str. in einer QSV = A.

Prognose-Plan-Fall

Die Qualitätsstufen aller Zufahrten bleiben unverändert. Die mittl. Wartezeiten erhöhen sich marginal um teilweise 0,1 sec.

8.) Koordinierung und ÖPNV-Beschleunigung im Zuge der L232

Die derzeit versorgten Signalzeitenpläne des Knotenpunktes L232 / Dornkaulstraße wurden für die leistungstechnischen Berechnungen unverändert editiert und die unter Punkt 7.2 beschriebenen Ergebnisse basieren auf diesen unveränderten Signalzeitenplänen. Somit wird weder die Koordinierung im Zuge der L232 noch die dortige ÖPNV-Beschleunigung durch das Bauvorhaben negativ tangiert.

9.) Querschnittsbelastungen DTVa.T.

Die Ergebnisse der Verkehrserhebungen des 3-Std.-Intervalls 16:00 - 19:00 Uhr der Straßenzüge Dornkaulstr. und Kämpchenstr. wurden mit den maßgebenden Faktoren des HBS *(Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen)* zunächst auf „werktägliche“ 24-Std.-Werte hochgerechnet und danach auf „alle Tage“-Werte umgerechnet.

Für die beiden Straßenzüge wurde der TGw-Typ 3 angenommen.
Aus Tabelle 2-3 HBS ergeben sich für den o.a. TGw-Typ folgende %-Anteile für das Intervall 16:00-19:00 Uhr am Tagesverkehr (DTVw):

Pkw = 25,9% Lkw = 12,1%

Aus Tabelle 2-5 HBS ergeben sich für den Erhebungstag, bei einem Sonntagsfaktor von 0,7, folgende Werte:

Pkw = 0,961 Lkw = 0,740

Aus Tabelle 2-6 HBS ergeben sich für die Tage der Verkehrserhebungen folgende Halbmonatsfaktoren (1. Julihälfte)

Pkw = 1,001 Lkw = 1,030

Aus Tabelle 2-7 HBS ergeben sich für die Umrechnung von DTVw auf DTVa.T., bei einem Sonntagsfaktor von 0,7, folgende Werte:

Pkw = 1/1,069 = 0,935 Lkw = 1/1,230 = 0,813

Die DTVa.T. - Belastungen der Analyse, des Prognose-0-Falles und des Prognose-Planfalles sind in den *Bildern D1 bis D3* dargestellt.

10.) Äußere und innere Erschließung

Die äußere Erschließung des Wohngebietes ist an zwei Punkten, im Südwesten an die Dornkaulstr., gegenüber der Konrad-Zuse-Str. und im Südosten an die Kämpchenstr. vorgesehen. Beide Erschließungen sind als unsignalisierte Standardknotengeometrie geplant.
Aufgrund der dortigen Gesamtquerschnittsbelastungen von rund 500 Kfz/h an der Anbindung Dornkaulstr. bzw. rund 432 Kfz/h an der Anbindung Kämpchenstr. sind die Erschließungen in der geplanten Geometrieform aus gutachterlicher Sicht leistungstechnisch und verkehrssicherheitstechnisch ausreichend.

Ein Ausbau in einer leistungsfähigeren Geometrieform (Kreisverkehr oder LSA) ist derzeit nicht erforderlich.

Innerhalb des Wohngebietes soll eine Durchfahrt zwischen den beiden o.a. Anbindungen an der Dornkaulstr. und der Kämpchenstr. möglich sein.
Schleichverkehre durch das Wohngebiet sind hierdurch nicht zu erwarten, da sich in dem Straßenzug Dornkaulstr. - Kämpchenstr., in diesem Bereich, keine erkennbaren

Fahrwiderstände befinden, die ein „Umfahren“ durch das Wohngebiet attraktiv erscheinen lassen. Im Gegenteil würde die Fahrzeit durch das Wohngebiet wahrscheinlich sogar länger sein.

Aus gutachterlicher Sicht besteht demnach keine Erfordernis, die Durchfahrt durch das Wohngebiet, beispielsweise mittels Pollern, zu verhindern.

11.) Zusammenfassung / Resümee

Im Rahmen dieser Verkehrsuntersuchung wurden die verkehrlichen und leistungstechnischen Auswirkungen der vorgesehenen Grundstücks-entwicklung auf die umliegenden Straßenzüge und Knotenpunkte ermittelt und dargestellt. Hierbei wurde auch eine finale Entwicklung des gegenüber an der Dornkaulstraße liegenden Plangebietes II/39 berücksichtigt.

Aus der Grundstücksentwicklung sind insgesamt 671 Kfz-Fahrten/Tag zu erwarten.

In der Morgenspitzenstunde sind die prognostizierten Verkehre am Knotenpunkt Roermonder Str. / Dornkaulstr. in allen Zufahrten leistungstechnisch abwickelbar. In der Nachmittagsspitze treten heute schon in der Zufahrt der L232 aus Richtung Aachen teils erhebliche Rückstauerscheinungen auf, die allerdings nicht mit unzureichender Grünzeit für diese Zufahrt sondern ursächlich mit offensichtlichen Leistungsdefiziten am benachbarten Knotenpunkt L232 / Kaiserstraße zusammenhängen. Die Verkehre in Richtung Herzogenrath können hierdurch die ihnen zugeteilte Grünzeit nicht voll nutzen. Hierdurch kommt es während der Nachmittagsspitze zu teilweise erheblichen Wartezeiten und entsprechenden Rückstauerscheinungen.
Die übrigen Knotenzufahrten, auch die Zufahrt Dornkaulstraße, können die prognostizierten Verkehre leistungstechnisch abwickeln.
Die im Verhältnis geringen Zusatzverkehre aus dem B-Plan II/65 haben insgesamt nur marginale Auswirkungen auf die Verkehrsabläufe am Knotenpunkt.

Aufgrund der offensichtlich vorhandenen Leistungsdefizite am Knotenpunkt L232/Kaiserstr. sollte dieser Knotenpunkt, und evtl. auch die im weiteren Verlauf der L232 liegenden Knotenpunkte, einer eingehenden verkehrstechnischen Begutachtung hinsichtlich möglicher Verbesserungsmaßnahmen unterzogen werden.

Als – zumindest zeitweise – Verbesserungsmöglichkeit am Knoten L232/Dornkaulstr. könnte die dortige „Busspur“ schon früher vor dem Knoten für die Rechtsabbieger in die Dornkaulstraße freigegeben werden. Hierdurch wäre eine Verringerung der Rückstauerscheinungen zu erreichen. Da diese Verkehre die L232 im Knotenpunkt - auch bei Rückstau von der Kaiserstr. - nach rechts verlassen können, ist eine – im Vergleich zu heute – stärkere Behinderung der ÖPNV-Verkehre hierdurch nicht zu erwarten.

Der Knotenpunkt Klosterstr. / J.-Lambert-Str. / Kämpchenstr. kann die prognostizierten Zusatzverkehre leistungsfähig abwickeln.

Weder die Koordinierung noch die ÖPNV-Beschleunigung im Zuge der L232 werden durch die prognostizierten Zusatzverkehre aus dem B-Plan II/65 negativ tangiert.

Die vorgesehenen Anbindungen an die Dornkaulstraße und Kämpchenstr. als unsignalisierte Standardknotengeometrien sind für die prognostizierten Quell- und Zielverkehre ausreichend.

Die Verkehrsbelastungen der umliegenden Straßenzüge Dornkaulstr. und Kämpchenstr. sind auch mit den zusätzlichen Verkehren aus der Grundstücksentwicklung verkehrstechnisch vertretbar.

Eschweiler, 13.04.15

Aufgestellt

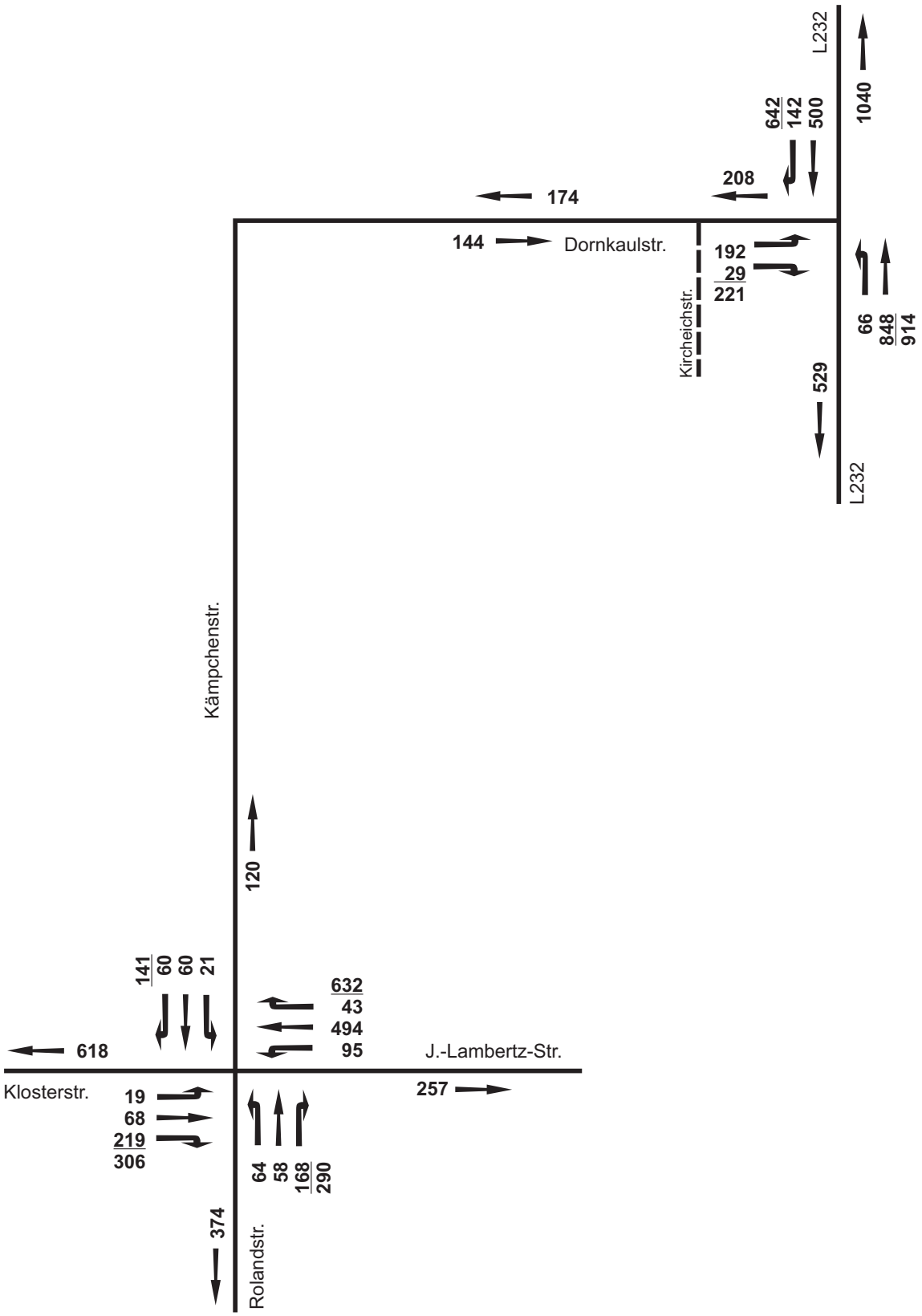


M. Geuenich

Stadt Herzogenrath - B-Plan II/65 -- Verkehrsuntersuchung
Gesamtübericht der Leistungsfähigkeiten

Knoten	Zufahrt	Strom	Sign. Grp	Morgenspitze						Nachmittagsspitze					
				Prognose-0-Fall 2025			Prognose-Planfall 2025			Prognose-0-Fall 2025			Prognose-Planfall 2025		
				Wz	95% Stau	QSV	Wz	95% Stau	QSV	Wz	95% Stau	QSV	Wz	95% Stau	QSV
Roermonder Str. / Dornkaulstr.	Roermonder Str. a.Ri. BAB	G [1)]	K1	17,2	66	A	17,2	66	A	*20,1*	*81*	*B*	*20,1*	*81*	*B*
		R [1)]	K1	14,4	35	A	14,4	36	A	*15,1*	*45*	*A*	*15,3*	*48*	*A*
	Dornkaulstr.	L	K4	51,6	55	D	65,5	66	D	56,0	55	D	63,3	60	D
		R	K4	36,0	12	C	36,1	14	C	36,5	20	C	36,5	20	C
	Roermonder Str. a.Ri. Kohlscheid	G	K3	9,7	71	A	9,7	71	A	7,5	55	A	7,5	55	A
		L	K33	27,1	25	B	27,1	25	B	26,6	19	B	26,7	21	B
Klosterstr. / J.-Lambert-Str. / Rolandstr. / Kämpchenstr.	Kämpchenstr.	L	K2	22,7	8	B	22,8	10	B	22,8	10	B	22,9	11	B
		G/R	K2	24,0	26	B	24,2	29	B	26,4	50	B	26,5	51	B
	Klosterstr.	L	K4	12,8	8	A	12,8	8	A	12,9	9	A	12,9	10	A
		G/R	K4	15,0	41	A	15,0	41	A	17,1	61	A	17,1	61	A
	Rolandstr.	L	K1	23,2	17	B	23,2	17	B	23,5	20	B	23,5	20	B
		G/R	K1	25,5	43	B	25,5	43	B	24,4	32	B	24,5	33	B
	J.-Lambert-Str.	L	K3	17,1	20	A	17,1	20	A	18,3	37	A	18,3	37	A
		G/R	K3	29,5	85	B	29,6	85	B	19,0	45	A	19,1	45	A

1) Die Berechnungsergebnisse für die Zufahrt der L232 a.Ri. BAB gelten aufgrund der im Gutachten beschriebenen Rückstauproblematik in der Nachmittagsspitze nur bedingt. Die tatsächliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Zufahrt ist zeitweise erheblich geringer.



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

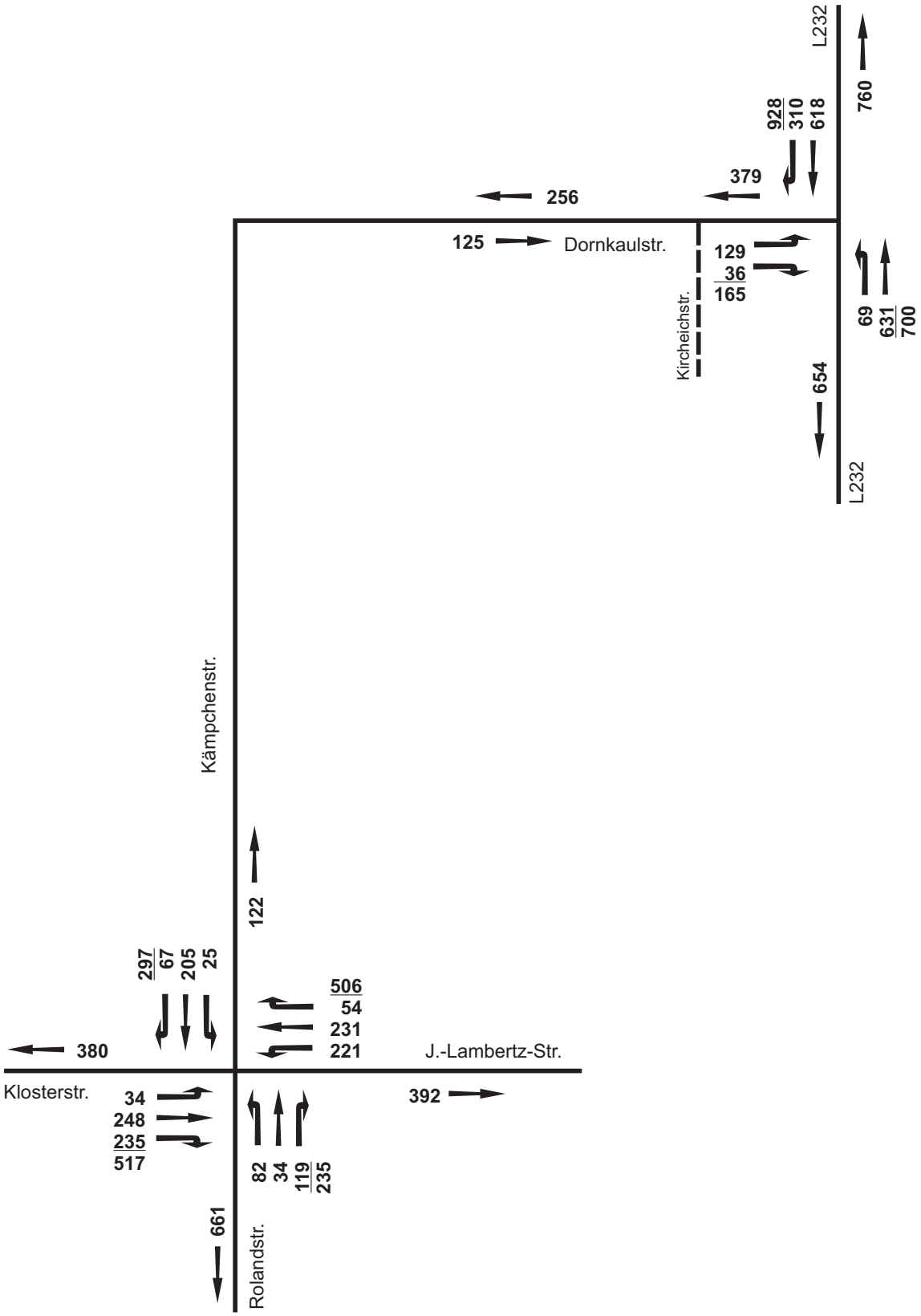
Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Analysebelastungen Morgenspitze

7:00 - 8:00 Uhr [Kfz/h]

Bild A1



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65
„Kämpchenstraße“
Verkehrsuntersuchung
Analysebelastungen Nachmittagsspitze
16:00 - 17:00 Uhr [Kfz/h]

Bild A2

Wohnen			
Bruttogeschossfläche (BGF)		m²	
Wohnfläche (NFL)		m²	5175
Wohnfläche / Einwohner (EW)			35,0 m²
Einwohner (EW)			**148 EW**

Parameteransätze			
Wegehäufigkeit/EW		3,5 - 4,0	3,8
Abschlag für Quell-/Zielrelevante EW-Wege		10 - 15 %	12 %
Besucherwege/Tag		5%	5 %
MIV-Anteil EW/Besucher		30 - 70 %	60 %
Pkw-Besetzungsgrad		1,2 - 1,3 P/Pkw-E	1,3
Wirtschaftsverkehre		0,1 Kfz-Fahrten/EW	0,1
Binnenverkehre		0 - 10 %	0 %

Berechnungen	
EW - Wege / Tag	562
Quell-/Zielrelevante EW-Wege / Tag	495
Besucherwege / Tag	28
Wirtschaftsverkehre [Kfz-Fahrten / Tag]	15
Quell-/Zielrelevante Kfz-Fahrten / Tag	**261**

Spitzenstunde		Morgen (7:00 -8:00 Uhr)		Nachmittag (16:00 - 17:00)	
Zielverkehr [Pkw-E/h]		2,00%	**3**	14,00%	**19**
Quellverkehr [Pkw-E/h]		14,00%	**19**	6,00%	**8**

IGEPA Verkehrstechnik GmbH
Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Ermittlung der Verkehrerzeugung

Bild V1

Wohnen			
Wohneinheiten (WE)			113
Einwohner / WE (lt. statistischem Jahrbuch BRD)			2,05
Einwohner (EW) *(aufgerundet)*			**232 EW**

Parameteransätze		
Wegehäufigkeit/EW	3,5 - 4,0	3,8
Abschlag für Quell-/Zielrelevante EW-Wege	10 - 15 %	12 %
Besucherwege/Tag	5%	5 %
MIV-Anteil EW/Besucher	30 - 70 %	60 %
Pkw-Besetzungsgrad	1,2 - 1,3 P/Pkw-E	1,3
Wirtschaftsverkehre	0,1 Kfz-Fahrten/EW	0,1
Binnenverkehre	0 - 10 %	0 %

Berechnungen	
EW - Wege / Tag	882
Quell-/Zielrelevante EW-Wege / Tag	777
Besucherwege / Tag	45
Wirtschaftsverkehre [Kfz-Fahrten / Tag]	24
Quell-/Zielrelevante Kfz-Fahrten / Tag	**410**

Spitzenstunde		Morgen (7:00 -8:00 Uhr)		Nachmittag (16:00 - 17:00)	
Zielverkehr [Pkw-E/h]		2,00%	**5**	14,00%	**29**
Quellverkehr [Pkw-E/h]		14,00%	**29**	6,00%	**13**

IGEPA Verkehrstechnik GmbH
Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Ermittlung der Verkehrerzeugung

Bild V2

Intravis					
Verkehrserzeugungen / Tag					
Beschäftigtenverkehr					
Anzahl Beschäftige				200	
Wege/Beschäftigten				2,5	
Anwesenheitsgrad/Tag				85 %	
MIV - Anteil				70 %	
Pkw-Besetzungsgrad				1,2	
Pkw-Kfz-Fahrten der Beschäftigten/Tag				**248**	
Besucher-/Kundenverkehre					
Besucher/Kunden / Besch.				0,40	
Wege/Besucher-Kunde				2,0	
MIV - Anteil				70 %	
Pkw-Besetzungsgrad				1,1	
Besucher/Kunden / Tag				80	
Pkw-Kfz-Fahrten der Besucher/Kunden /Tag				**51**	
Gesamt-Kfz-Fahrten/Tag				**299**	
Spitzenstundenrelevante - Verkehre		**Morgenspitze 7:00 - 8:00 Uhr**		**Nachmittagspitze 17:00-18:00 Uhr**	
Zielverkehr [Kfz/h]			**36**		
Quellverkehr [Kfz/h]					**15**

IGEPA Verkehrstechnik GmbH
Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Ermittlung der Verkehrerzeugung aus dem Plangebiet II/39

Bild V3

Freiflächen					
Nettobaulandfläche (NBF)		ha		1,9	
Verkehrsaufkommen Beschäftigte					
Beschäftigte je ha NBF		100		190	
Anwesenheitsgrad / Tag		85%		162	
Anzahl der Wege / Tag [1)]		2,5		405	
MIV-Anteil		70%		284	
Pkw-Besetzungsgrad		1,2		237	
Pkw-Kfz-Fahrten der Beschäftigten / Tag [1)]				**237**	
Wirtschafts- und Lieferverkehr					
Kfz-Fahrten/ha NBF		12		23	
Anzahl der Kfz-Fahrten				**23**	
davon Pkw-Fahrten (< 3,5t)		20%		5	
davon Lkw-Fahrten		80%		19	
Gesamt - Tagesverkehr [Kfz/Tag]				**260**	
davon Pkw-Fahrten				242	
davon Lkw-Fahrten				19	
Spitzenstunde Morgen (7:00-8:00 Uhr)		**[Pkw/h]**		**[Lkw/h]**	
Beschäftigtenverkehr					
Zielverkehr		28,70%	**35**	0,00%	**0**
Wirtschafts- und Lieferverkehr					
Zielverkehr		8,00%	**1**	8,00%	**1**
Summe Zielverkehr morgens [Kfz/h]			**37**		
Spitzenstunde Nachmittag (16:00-17:00 Uhr)		**[Pkw/h]**		**[Lkw/h]**	
Beschäftigtenverkehr					
Quellverkehr		11,75%	**14**	0,00%	**0**
Wirtschafts- und Lieferverkehr					
Quellverkehr		8,75%	**1**	8,75%	**1**
Summe Quellverkehr nachmittags [Kfz/h]			**16**		

[1)] Einschließlich Kunden-/Besucherverkehre

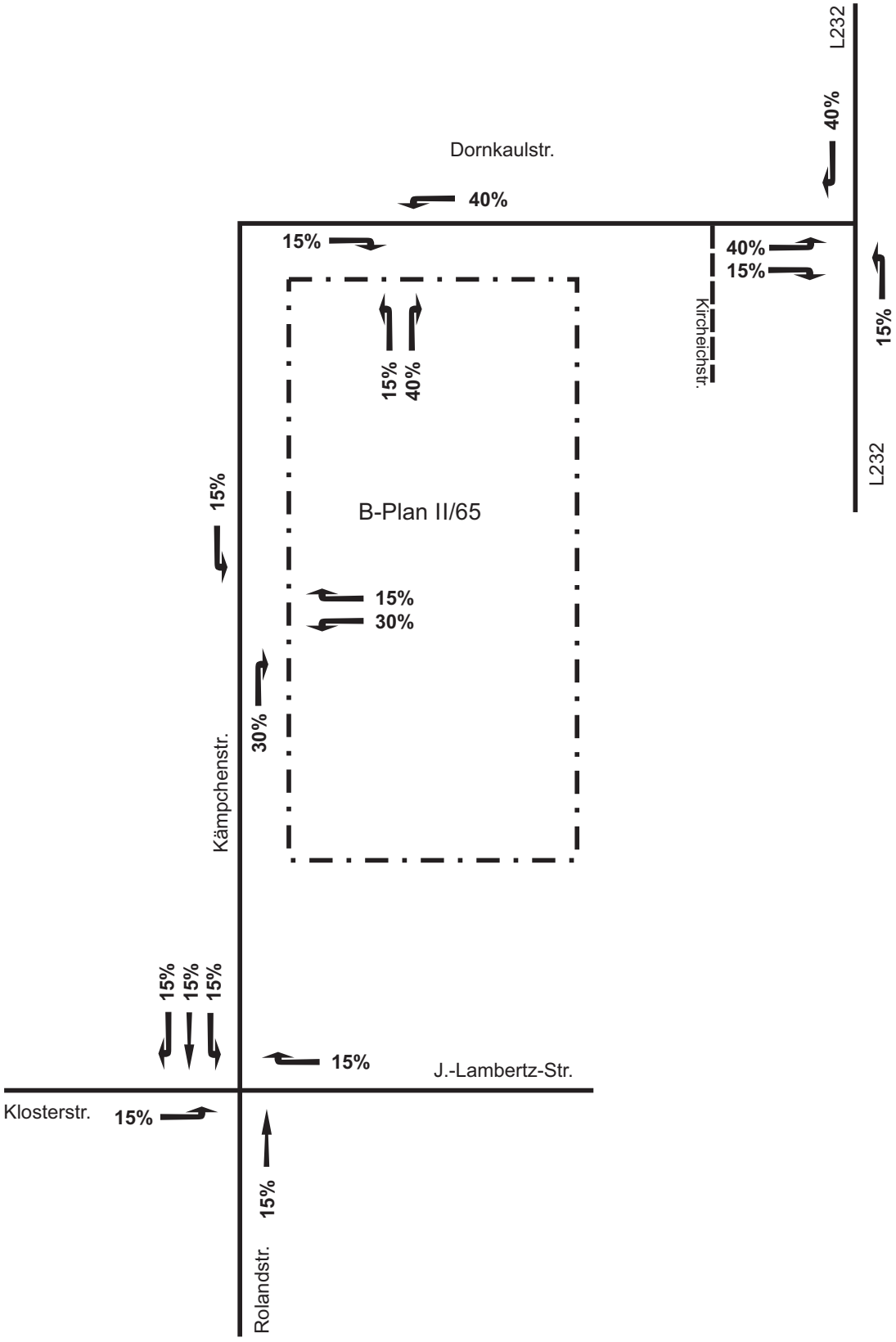
IGEPA Verkehrstechnik GmbH
Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Ermittlung der Verkehrerzeugung aus dem Plangebiet II/39

Bild V4



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

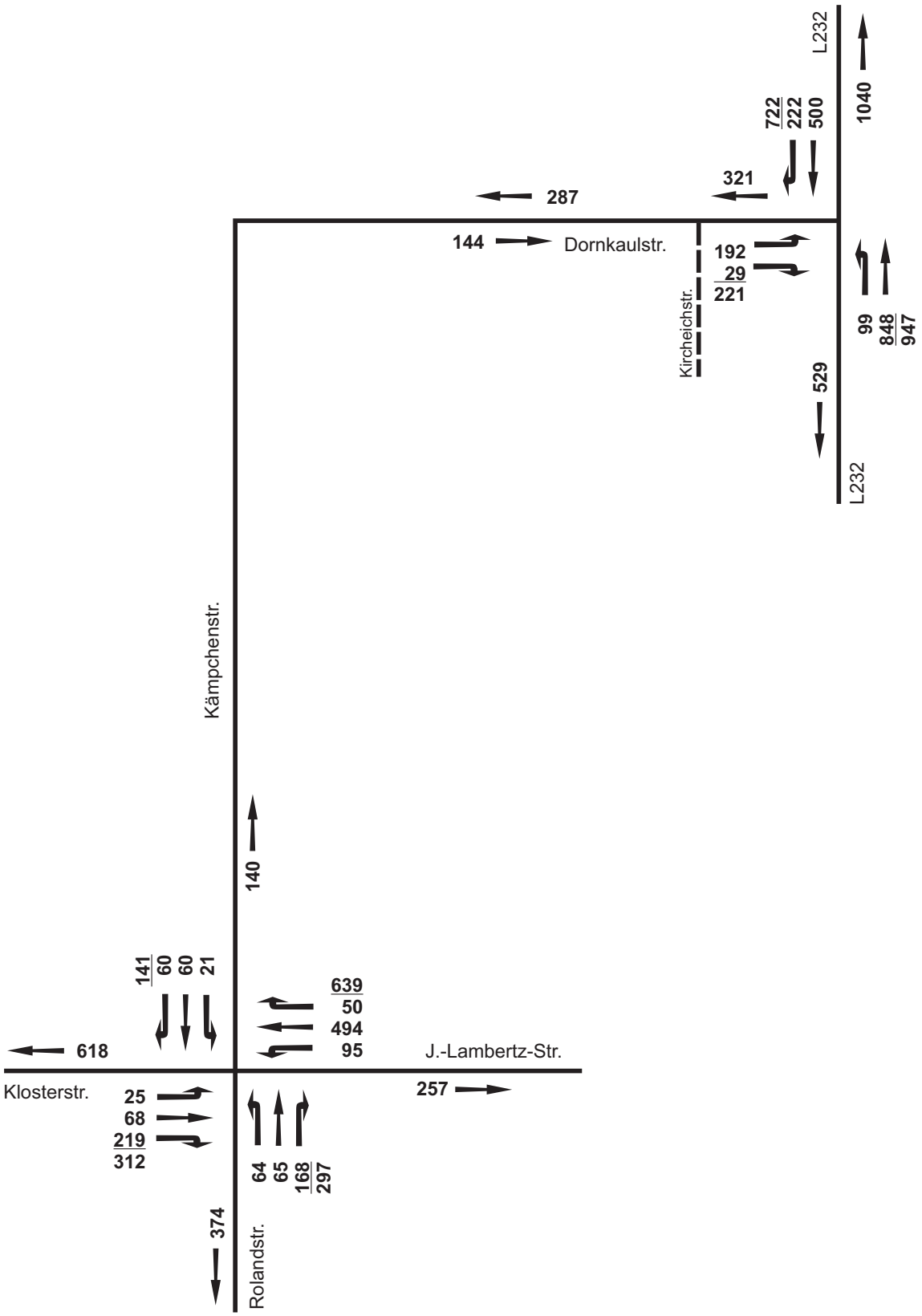
Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Verteilung der Zusatzverkehre im Netz

Bild V3



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

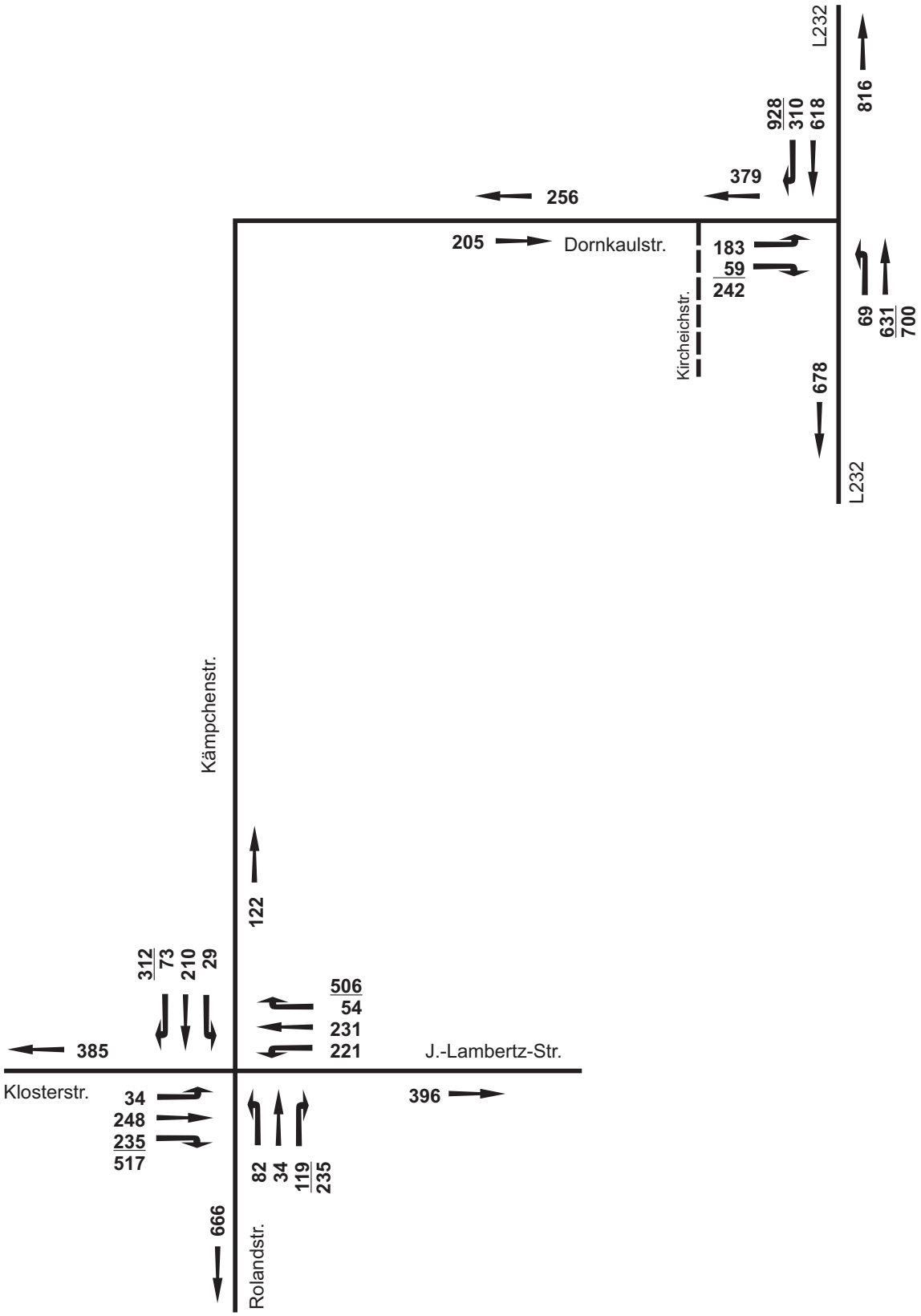
Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Prognose-0-Fall 2025 Morgenspitze

7:00 - 8:00 Uhr [Kfz/h]

Bild P01



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

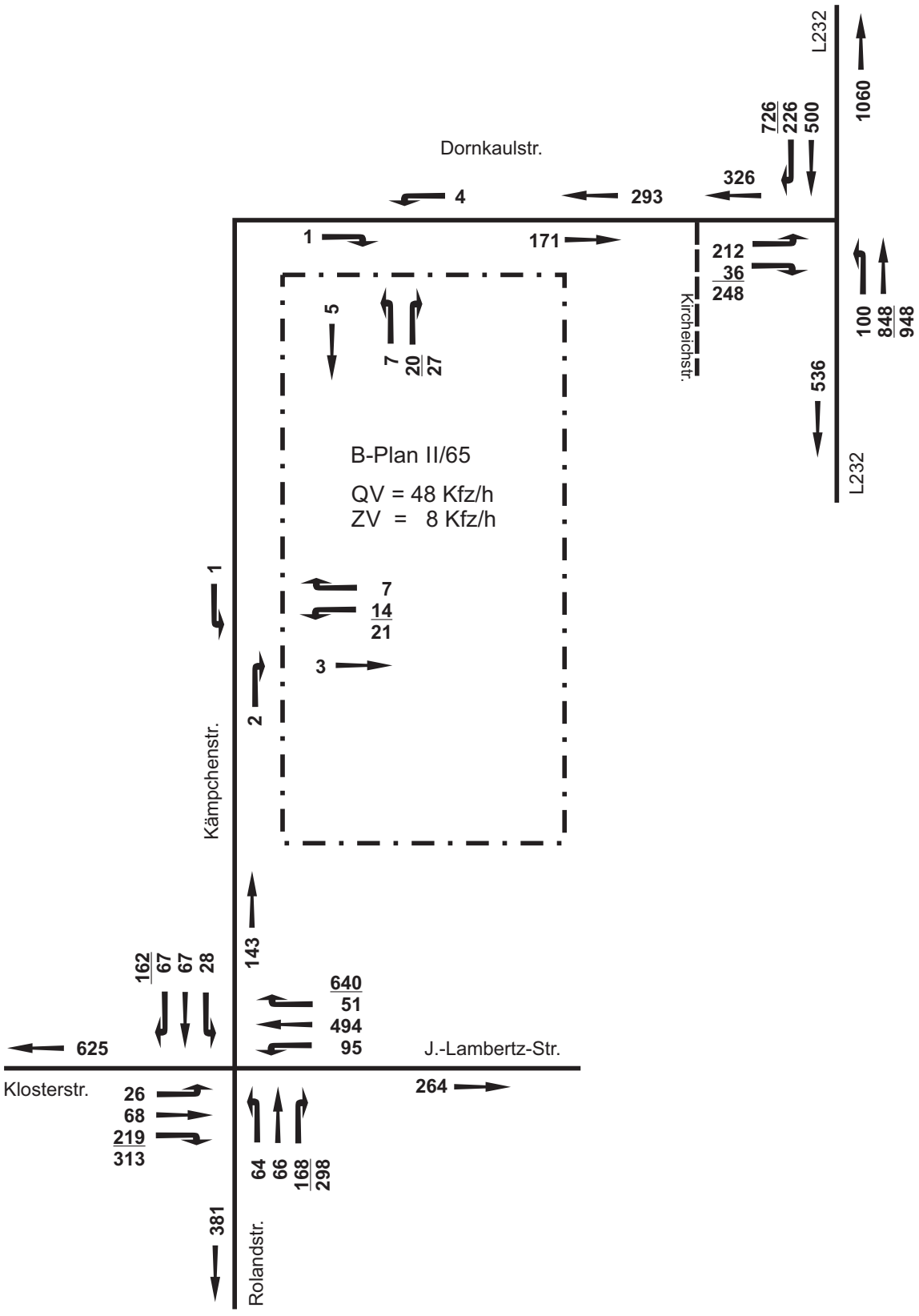
Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Prognose-0-Fall 2025 Nachmittagsspitze

16:00 - 17:00 Uhr [Kfz/h]

Bild P02



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

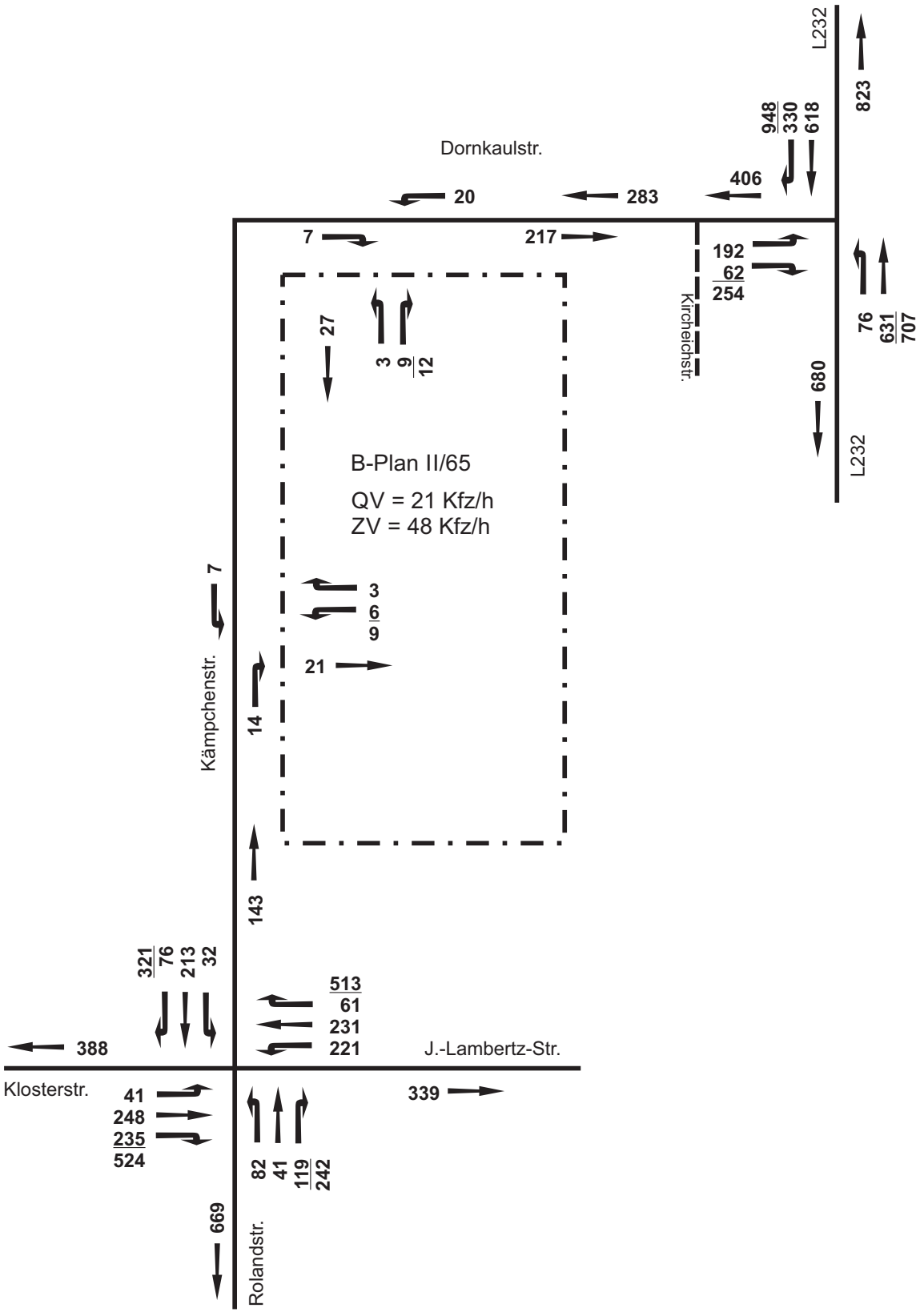
Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Prognose-Planfall 2025 Morgenspitze

7:00 - 8:00 Uhr [Kfz/h]

Bild PF1

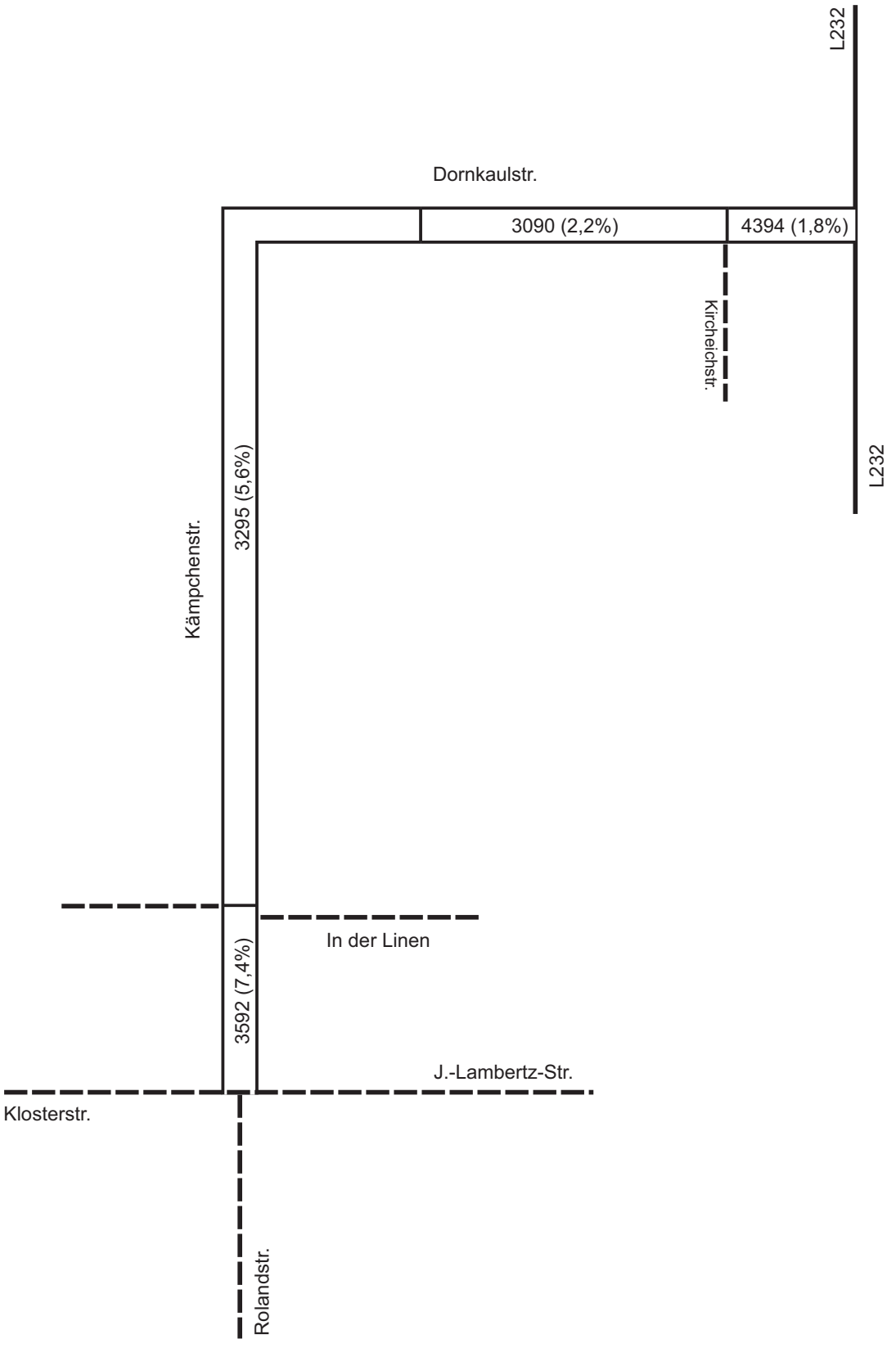


IGEPA Verkehrstechnik GmbH
Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65
„Kämpchenstraße“
Verkehrsuntersuchung
Prognose-Planfall 2025 Nachmittagsspitze
16:00 - 17:00 Uhr [Kfz/h]

Bild PF2



Hochgerechnet gemäß HBS, Anhang Kap.2

IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

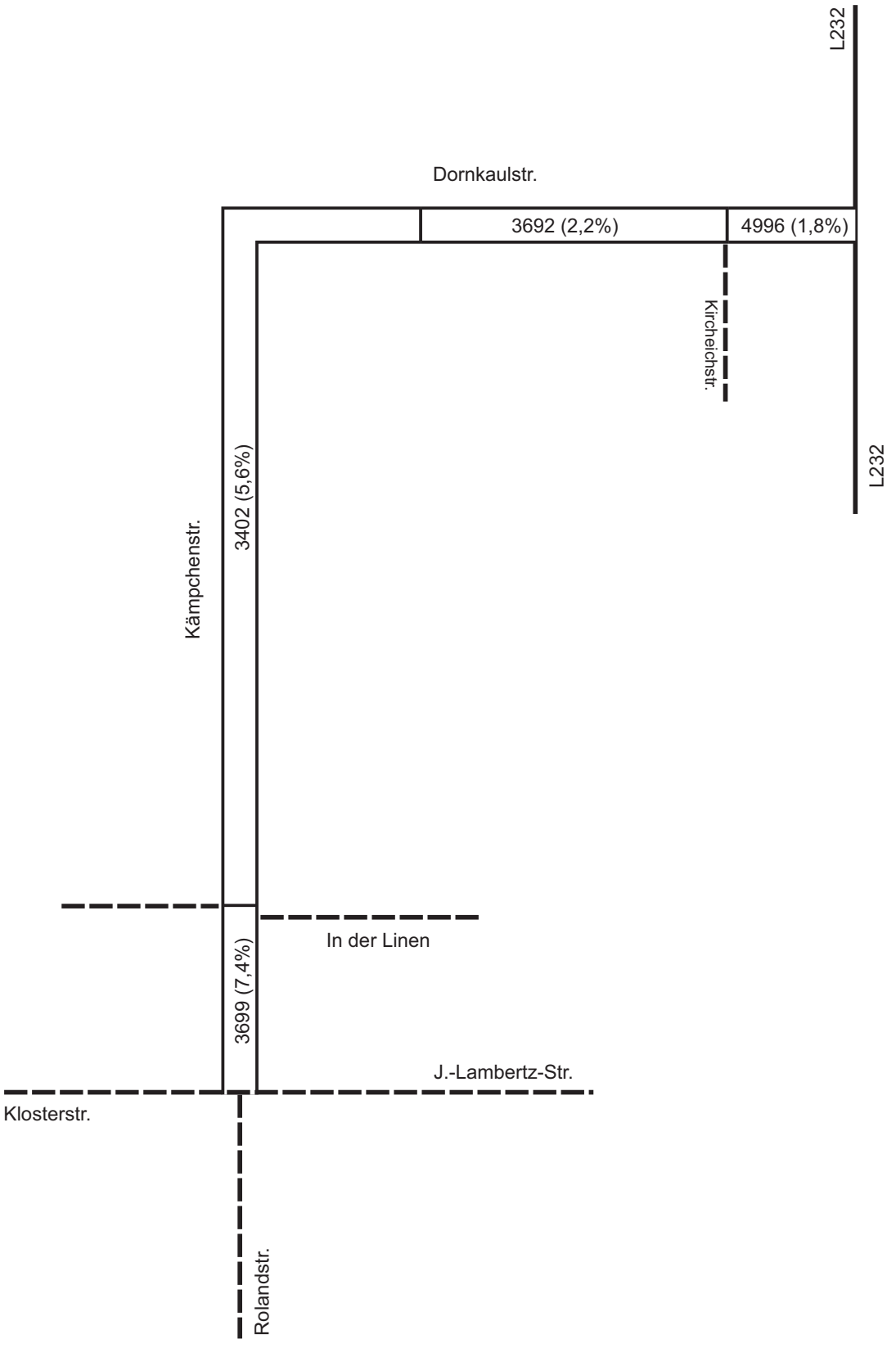
Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Analysebelastungen DTVa.T.

[Kfz/24h (Lkw%)]

Bild D1



Hochgerechnet gemäß HBS, Anhang Kap.2

IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

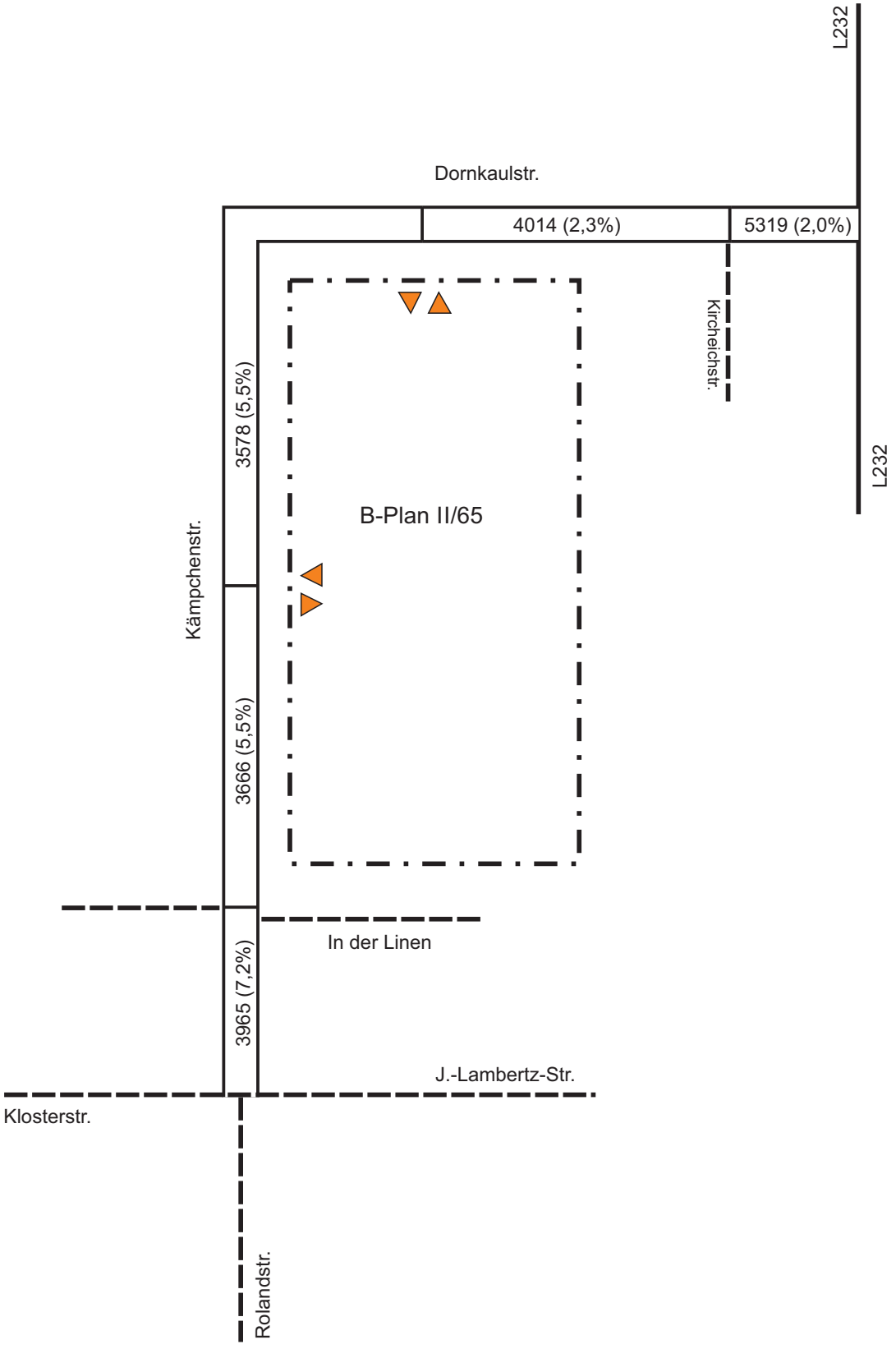
Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Prognose-0-Fall 2025 DTVa.T.

[Kfz/24h (Lkw%)]

Bild D2



IGEPA Verkehrstechnik GmbH

Ardennenstrasse 30 - 52249 Eschweiler
Tel.: 02403/5087349 - Fax: 02403/5087354
igepa@gmx.de

Stadt Herzogenrath

B-Plan II/65 „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung

Prognose-Planfall 2025 DTVa.T.

[Kfz/24h (Lkw%)]

Bild D3

ANLAGE 13

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Schallschutzgutachten

KEMPEN KRAUSE INGENIEURE

Schallimmissionsschutz

Schalltechnisches Gutachten zum B-Plan

Projekt:
Dornkaulstraße / Kämpchenstraße
Bebauungsplan II / 65 – A

Projektnummer: 2012-0481
Stand: 07.11.2014

Auftraggeber:
GEG Herzogenrath
Monnetstraße 24
52146 Würselen

Umfang:
23 Seiten Bericht
12 Seiten Anhang

Erstellt durch:
KEMPEN KRAUSE INGENIEURE GmbH

KEMPEN KRAUSE INGENIEURE GMBH°
info@kempenkrause.de • www.kempenkrause.de

KEMPEN KRAUSE BERATENDE INGENIEURE GMBH*
office@kempenkrausekoeln.de • www.kempenkrausekoeln.de

KEMPEN KRAUSE HARTMANN INGENIEURGESELLSCHAFT MBH*
mail@kempenkrausehartmann.de • www.kempenkrausehartmann.de

Ritterstraße 20
52072 Aachen°
Fon +49 241 88 99 0-0
Fax +49 241 88 99 0-990

Kaistraße 13
40221 Düsseldorf°*
Fon +49 211 54 23 47-0
Fax +49 211 54 23 47-49

Konrad-Adenauer-Ufer 41
50668 Köln°*
Fon +49 221 93 31 19-0
Fax +49 221 93 31 19-28

Mühlenstraße 69
13187 Berlin°
Fon +49 30 48 63 84 81
Fax +49 30 48 63 84 83

Unterlettenweg 1
85051 Ingolstadt°
Fon +49 841 9 68 61 70
Fax +49 841 9 68 61 72

Mühlenstraße 5-7
53879 Euskirchen°
Fon +49 22 51 95 04-0
Fax +49 22 51 95 04-99

Inhaltsverzeichnis SEITE

INHALTSVERZEICHNIS 2

1. PROJEKT UND AUFGABENSTELLUNG 4

1.1. Projektbeschreibung und Aufgabenstellung 4

2. ALLGEMEINE GRUNDLAGEN 4

2.1. Auftragnehmer und Bearbeiter 4

2.2. Grundlagen 5

2.2.1. Pläne 5
2.2.2. Gesetzliche Regelungen 6
2.2.3. Normen und Regelwerke 6
2.2.4. Verwendete Software 6

3. GRUNDLAGEN AUS REGELWERKEN 7

3.1. DIN 4109 7

3.2. TA Lärm 9

3.3. 16. BImSchV - Verkehrslärmschutzverordnung 11

4. SIMULATIONSMODELL 12

4.1. Grundeinstellungen des Simulationsprogramms 12

4.2. Berechnungsgrundlagen 12

4.2.1. Ortstermin 13

4.3. Geplantes Gewerbegebiet 14

4.4. Prognoseunsicherheit 14

4.5. Berechnungsergebnisse 15

4.5.1. Berechnungsergebnisse ohne zusätzliches Gewerbegebiet 15

4.6. Rechenergebnisse mit zusätzlichem Gewerbegebiet 18

4.7. Bewertung der Ergebnisse 21

5. ZUSAMMENFASSUNG 23

6. ANHANG 24

6.1. Plangebiet A, Städtebaulicher Entwurf – heins architekten 24

6.2. Plangebiet B, Städtebaulicher Entwurf – heins architekten 25

6.3. Einteilung Lärmpegelbereiche 26

6.4. Einteilung Lärmpegelbereiche mit zusätzlichem Gewerbegebiet 27

6.5. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet A – Tag 28

6.6. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet A – Nacht 29

6.7. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet B – Tag 30

6.8. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet B – Nacht 31

6.9. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet A – Tag 32

6.10. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet A – Nacht 33

6.11. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet B – Tag 34

6.12. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet B – Nacht 35

1. Projekt und Aufgabenstellung

1.1. Projektbeschreibung und Aufgabenstellung

Das Gebiet an der Kämpchenstraße Ecke Dornkaulstraße in Herzogenrath soll durch den Bebauungsplan II / 65 – A einer baulichen Nutzung zugeführt werden. Das Plangebiet befindet sich am südlichen Rand der Ortslage Kohlscheid. Auf dem derzeitig landwirtschaftlich genutzten Gelände sollen Wohngebäude angesiedelt werden. Im Rahmen dieses Bebauungsplans wurde die Kempen Krause Ingenieure GmbH mit der Ermittlung der zu erwartenden Schallbelastung an den Gebäuden beauftragt.

Zu diesem Zweck wird ein dreidimensionales Geländemodell mit den bekannten Schallquellen angelegt und die Schallimmission an den zukünftigen Gebäuden errechnet.

Die DIN 18005 Schallschutz im Städtebau – Teil 1: Grundlagen und Hinweise für die Planung [15] regelt den Schallschutz bei der städtebaulichen Planung. Diese gibt für die verschiedenen Lärmarten die jeweils heranzuziehenden Regelwerke an.

2. Allgemeine Grundlagen

2.1. Auftragnehmer und Bearbeiter

Kempen Krause Ingenieure GmbH
Ritterstraße 20
52072 Aachen

Bearbeiter:
Dipl.-Ing. Mirko Özek

2.2. Grundlagen

2.2.1. Pläne

Tabelle 1: Grundlagen Pläne

Bezeichnung		Maßstab	Datum	Verfasser
[1]	B-Plan II/65-A – „Kämpchenstrasse Teil A“, Gestaltungsplan	1:2000	28.03.2014	heins architekten
[2]	B-Plan II/65-B – „Kämpchenstrasse Teil B“, Gestaltungsplan	1:2000	28.03.2014	heins architekten
[3]	B-Plan II/65 – „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung – Analysebelastungen Bild D1		Übermittelt am 05.05.2014	IGEPA Verkehrstechnik GmbH
[4]	B-Plan II/65 – „Kämpchenstraße“ Verkehrsuntersuchung – Prognosebelastungen Bild D2		Übermittelt am 05.05.2014	IGEPA Verkehrstechnik GmbH
[5]	Bebauungsplan II/65 „Kämpchenstrasse – Teil A“ Textliche Festsetzungen Stand 16.06.2014, Rechtplanentwurf 13.06.14		Übermittelt am 16.06.2014	Stadt Herzogenrath
[6]	Bebauungsplan II/39 „Gewerbegebiet Kohlscheid-Süd, Dornkaul“ Verkehrsgutachten mit Ergänzungen zum Verkehrsgutachten und Verkehrsführungskonzept		28.11.2000	Ingenieurbüro Herbst
[7]	Betriebsbeschreibung Firma Arnoldi Zerspannungstechnik		21.01.2011	Herbert Olbertz Architekt
[8]	Prognose zum Schallimmissionsschutz Arnoldi Zerspannungstechnik		10.03.2011	BFT Cognos

[9] Betriebsbeschreibung CleanLaser		13.11.2006	Büchter und Barkhausen GbR
[10] Prüfung STUA – CleanLaser		02.01.2006	Staatliches Umweltamt Aachen
[11] Betriebsbeschreibung Spedition Robertz		31.01.2012	Nesseler Grünzig Plan GmbH
[12] Prognose zum Schallimmissionsschutz Spedition Robertz		07.02.2012	TAC Technische Akustik

2.2.2. Gesetzliche Regelungen

[13] TA Lärm in der Fassung von 1998

2.2.3. Normen und Regelwerke

[14] DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise 1989-11 und Änderungen A1 zu DIN 4109, 2001-01

[15] DIN 18005-1 Schallschutz im Städtebau – Teil 1: Grundlage und Hinweise für die Planung

[16] DIN ISO 9613-2 Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien, 1999

[17] Parkplatzlärmstudie, Bayerisches Landesamt für Umwelt, 6. überarbeitete Auflage, 2007

[18] RLS-90 – Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen, Der Bundesminister für Verkehr, Abteilung Straßenbau, Berichtigter Nachdruck 1992

[19] Zählung 2010 Bundesstraßen, Bundesamt für Straßenwesen

2.2.4. Verwendete Software

CadnaA Version 4.3

3. Grundlagen aus Regelwerken

In Deutschland gibt es keinen zulässigen Gesamtgeräuschpegel der je nach vorhandener Gebietseinstufung einzuhalten ist. Stattdessen gibt es Regeln für Nachbarschafts- und Gewerbelärm (TA Lärm), Verkehrslärm (16. BImSchV), Fluglärm (AzB), Freizeitlärm, Baulärm (AVV Baulärm) und mehr. Viele der Immissionsrichtwerte entsprechen dabei den Werten nach TA Lärm, weshalb auf diese Werte hier exemplarisch eingegangen wird. Eine Besonderheit stellen die Richtwerte der Verkehrslärmschutzverordnung dar, diese sind in der Regel 4 dB höher im Vergleich zu den Werten nach TA Lärm. Dieses Kapitel befasst sich mit den maximal zulässigen Pegeln, die fremde Nutzung aufgrund der vorgenannten Regelwerke auslösen dürften. Von Flugzeuglärm ist nach unserem Kenntnisstand nicht auszugehen und daher nicht Teil dieser Einschätzung.

3.1. DIN 4109

Die DIN 4109 regelt im Kapitel 5 „Schutz gegen Außenlärm“ die benötigten Schalldämmmaße von Außenbauteilen um in Abhängigkeit von dem maßgeblichen Lärmpegel den Schutz der Nutzer zu gewährleisten. Die Tabelle 8 der DIN 4109 gibt die Zahlenwerte für die resultierende Schalldämmung an. Resultierend bedeutet dabei, das die Kombination. z.B. aus Wand und Fenster, diese Schalldämmmaß erreichen muss. Dabei sind auch Rollladenkästen und ggf. Zuluftöffnungen zu berücksichtigen.

Tabelle 2: Tabelle 8 der DIN 4109

Spalte	1	2	3	4	5
Zeile	Lärmpegelbereich	„Maßgeblicher Außenlärmpegel“	Raumarten		
			Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume und ähnliches	Büroräume[1)] und ähnliches
		dB(A)	erf. $R'_{w,res}$ des Außenbauteils in dB		
1	I	bis 55	35	30	-
2	II	56 bis 60	35	30	30
3	III	61 bis 65	40	35	30

4	IV	66 bis 70	45	40	35
5	V	71 bis 75	50	45	40
6	VI	76 bis 80	[2)]	50	45
7	VII	> 80	[2)]	[2)]	50

[1)] An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.

[2)] Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Die Tabelle 9 der DIN 4109 gibt Korrekturwerte für das erforderliche Schalldämmmaß nach Tabelle 8 der DIN 4109 in Abhängigkeit vom Verhältnis $S_{(W+F)}/S_G$.

$S_{(W+F)}$ Gesamtfläche des Außenbauteils eines Aufenthaltsraumes in m²

S_G Grundfläche des Aufenthaltsraumes in m²

Die Korrekturwerte reichen dabei von +5 für Räume mit großen Wandflächen/Fenstern und kleinen Grundflächen bis -3 bei kleinen Wandflächen/Fenstern und großen Grundflächen.

Für die Prognose wird kein Korrekturwert vorgenommen.

Der Entwurf der DIN 4109 aus dem Jahr 2013 verweist für die rechnerische Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels auf eine separate Norm, die sich noch in der Vorbereitung befindet. Der Entwurf der DIN 4109 aus dem Jahr 2006 sah vor, dass bei Berechnungen des Beurteilungspegels nach der 16. BImSchV zu den errechneten Pegel 3 dB(A) hinzuzurechnen sind. Zum Schutz des Nachtschlafes ergibt sich der maßgebliche Außenlärmpegel aus dem um 3 dB erhöhten Beurteilungspegel nach 16. BImSchV für die Nacht und einem Zuschlag von 5 dB(A). Da unbekannt ist, wie diese Regelungen in der neuen DIN 4109 erfolgen, werden diese Zuschläge auf der sicheren Seite liegend bei der Ermittlung des maßgeblichen Außenlärmpegels beachtet.

3.2. TA Lärm

Als Lärm bezeichnet man unerwünschte Schallereignisse, die TA Lärm bildet seit 1998 die Basis für Bewertungen von Schallimmissionen in der Nachbarschaft.

Die TA Lärm teilt den Tag in einen 16 Stunden Bereich „Tag“ und 8 Stunden „Nacht“. Eine Besonderheit ist, dass für die Nachtzeit nicht die vollen acht Stunden zur Berechnung zur Verfügung stehen, sondern die sogenannte „lauteste Nachtstunde“ zur Bemessung relevant ist.

Dabei wird die „volle“ Stunde mit den höchsten Beurteilungspegeln ermittelt, welche unterhalb der nach TA Lärm geforderten Richtwerte liegen müssen.

Tabelle 3: Beurteilungszeiten nach TA Lärm

tags	06:00 – 22:00 Uhr
nachts	22:00 – 06:00 Uhr

Die Immissionsorte für die Immissionsrichtwerte liegen 0,5 m vor dem geöffneten Fenster des am stärksten betroffenen, für den dauerhaften Aufenthalt gedachten Raumes.

Tabelle 4: Immissionsrichtwerte nach TA Lärm

	Gebietsbezeichnung	**tags** **dB(A)**	**nachts** **dB(A)**
a)	Industriegebiete	70	70
b)	Gewerbegebiete	65	50
c)	Kerngebiete, Dorfgebiete, Mischgebiete	60	45
d)	Allg. Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete	55	40
e)	Reine Wohngebiete	50	35
f)	Kurgebiete, Krankenhäuser, Pflegeanstalten	45	35

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten. Für Zeiten erhöhter Empfindlichkeit (Ruhezeiten) sieht die TA Lärm einen Zuschlag von 6 dB bei der Bildung des Beurteilungspegels vor. Dieser Zuschlag wird nur in den Gebietseinstufungen d – f vergeben.

Tabelle 5 : Ruhezeiten nach TA Lärm

An Werktagen	06:00 – 07:00 20:00 – 22:00
An Sonn- und Feiertagen	06:00 – 09:00 13:00 – 15:00 20:00 – 22:00

Aufgrund der Einteilung im Bebauungsplan ist das Gebiet als allgemeines Wohngebiet zu betrachten, somit ist nach TA Lärm ein Pegel von L_r = 55 dB(A) zulässig. Dies entspricht nach Tabelle 2 dem Lärmpegelbereich I. Die TA Lärm sieht allerdings für Gebiete mit unterschiedlichen Nutzungen in den angrenzenden Bereich auch Übergangswerte vor. Im vorliegenden Fall tritt ein Wohngebiet auf ein Gewerbegebiet. Die Pegel könnten somit in begründeten Fällen auf die Werte eines Mischgebiets angehoben werden. Somit ist ein Pegel von L_r = 60 dB(A) zulässig, was noch dem Lärmpegelbereich II entspricht. Weiterhin darf nach TA Lärm der Immissionsrichtwert überschritten werden, wenn sichergestellt ist, dass die Überschreitung dauerhaft nicht mehr als 1 dB(A) beträgt.

Zu betrachtender Außenlärm aus TA Lärm im „worst-case“:

L_r = 61 dB(A) – Lärmpegelbereich III

3.3. 16. BImSchV - Verkehrslärmschutzverordnung

Die Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV) regelt die zulässigen Immissionsgrenzwerte infolge von Straßen- und Schienenverkehrslärm. Für die verschiedenen Gebietseinstufungen sieht die Verkehrslärmschutzverordnung die folgenden Immissionsgrenzwerte vor.

Tabelle 6: Immissionsgrenzwerte nach 16. BImSchV

Gebiet	**Tag**	**Nacht**
	dB(A)	**dB(A)**
1: an Krankenhäusern, Schulen, Kurheimen und Altenheimen	57	47
2. in reinen und allgemeinen Wohngebieten und Kleinsiedlungsgebieten	59	49
3. in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten	64	54
4. in Gewerbegebieten	69	59

Nach der Einteilung im Bebauungsplan ist das Gebiet als allgemeines Wohngebiet zu betrachten, somit ist ein Pegel von L_r = 59 dB(A) und daraus resultierend der Lärmpegelbereich II vorzusehen. Aufgrund des benachbarten Gewerbegebietes könnte eine Einstufung in ein Mischgebiet erfolgen. Daraus resultiert ein Pegel von L_r = 64 dB(A) und der Lärmpegelbereich III.

Zu betrachtender Außenlärm aus 16. BImSchV im „worst-case“:

L_r = 64 dB(A) – Lärmpegelbereich III

4. Simulationsmodell

4.1. Grundeinstellungen des Simulationsprogramms

Für die Berechnung wird das Schallimmissionsprogramm CadnaA in der Version 4.3 genutzt. Der Tageszeitraum betrachtet gemäß 16. BImSchV die Stunden zwischen 06:00 und 22:00 Uhr. Der Nachtzeitraum betrachtet die Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr. Für die Bodenabsorption wurde allgemein ein Wert von 0,2 angenommen. Dies bedeutet, dass ein größtenteils geschlossener Boden mit hoher Reflektion angenommen wurde. Dämpfung durch Meteorologie wird im aktuellen Modell nicht betrachtet, da die Abstände zwischen Emissions- und Immissionsorten sehr gering sind.

Der maximale Fehler in dB wurde auf 0.0 festgelegt; es erfolgt keine Rasterinterpolation. Der maximale Suchradius (Abstand Immissionsort zur Quelle) wurde mit 2000 m angegeben.

4.2. Berechnungsgrundlagen

Für die Berechnung der zu erwartenden Schallpegel an der zukünftigen Bebauung wird ein dreidimensionales Geländemodel entwickelt. Unter Berücksichtigung der Pläne [3] und [4] sowie den textlichen Festsetzungen in [5] werden die voraussichtlichen Höhen der zukünftigen Gebäude modelliert.

Als Gewerbelärm sind die Betriebe an der Dornkaulstraße / Konrad-Zuse Straße zu betrachten. Hier befindet sich u.a. die Firma AIXTRON mit einer Produktions- und Logistikhalle. Die vorhandenen Lärmquellen wurde auf Grundlage der Schallimmissionsprognose zum Nachweis der Richtwerte AIXTRON – 2. Bauabschnitt betrachtet. Die für die geplante Bebauung Kämpchenstraße relevanten Immissionen werden hauptsächlich durch den Werksverkehr ausgelöst. Gebäudetechnische Anlagen etc. müssen bereits an den näher gelegenen, vorhandenen Bebauungen an der Dornkaulstraße die gültigen Richtwerte nach TA Lärm einhalten und werden daher hier nicht explizit berechnet. Die Logistik- und Parkverkehre werden in der letzten bekannten Planung bei Vollausbau des AIXTRON–Geländes über die Konrad-Zuse-Straße geführt. In Form einer „worst-case“ Betrachtung wird dieses Szenario mit den Verkehrszahlen aus [4] kombiniert.

Weitere Gewerbe sind die Firmen „Clean-Lasersysteme“, „Arnoldi Zerspannungstechnik“ und die Spediton Robertz. Bei den genannten Firmen konnten beim Ortstermin am 11.07.2014 keine schallrelevanten Außenanlagen festgestellt werden. Es wird für die Prognose auf die jeweiligen Betriebsbeschreibungen und Schallimmissionsprognosen, sofern vorhanden, zurückgegriffen. Die Verkehre der Firmen sind durch die Verkehrsprognose erfasst.

4.2.1. Ortstermin

Weiterhin ist ein landwirtschaftlicher Betrieb des Landwirts Kornel Sturm an der Kämpchener Straße 95 gelegen. Es handelt sich dabei um einen reinen Ackerbaubetrieb, Nutztiere werden nicht gehalten. Bei einem Ortstermin am 11.07.2014 wurde der Betrieb in Augenschein genommen. Es konnten keine ständig vorhandenen Geräuschquellen festgestellt werden. Auf dem Gelände befindet sich im Innenhof ein kleiner Reparaturbereich für landwirtschaftliche Geräte. Es ist ein Traktor vorhanden. Nach Angaben von Herrn Sturm werden die Erntearbeiten etc. von Subunternehmen durchgeführt, die ihre eigenen Geräte (z.B. Mähdrescher, Rübenroder und Maishäcksler) mitbringen. Das Abarbeiten eines Feldes dauert dabei zwischen einem halben und einem ganzen Tag. Aus diesem Grund sind diese Arbeiten gemäß der Bestimmungen für seltene Ereignisse zu betrachten und werden nicht als Regelfall angesetzt.

In dem westlich gelegenen Gewerbegebiet „Dornkaul“ sind bereits einige Betriebe ansässig. Die Schallemissionen der Firma AIXTRON werden wie in Abschnitt 4.2 beschrieben betrachtet. Weitere Firmen sind „Arnoldi Zerspannungstechnik“, „Clean Lasersysteme“ und die Spedition Robertz.

Für die Firma Arnoldi ist gemäß Betriebsbeschreibung vom 21.01.2011 ein Zwei-Schicht-Betrieb in der Zeit zwischen 06:00 Uhr und 22:00 Uhr vorgesehen. In Ausnahmefällen an Sonn- und Feiertagen von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr im Ein-Schicht-Betrieb. Zu der Prognose sind keine Isophonenkarten angehangen, daher werden die zu erwartenden Pegel aus den gegebenen Immissionspunkten abgeschätzt. Der Immissionspunkt 3 liegt dabei an der bestehenden Gewerbebebauung an der Dornkaulstraße Ecke Konrad-Zuze-Straße und somit zwischen der Quelle und dem zukünftigen Wohngebiet. Hier wurde bei geöffneten Toren ein Beurteilungspegel von L_R = 53 dB(A) errechnet. Bei geschlossenen Toren liegt dieser bei L_R = 46 dB(A). Gemäß der Angabe im Schallimmissionsgutachten sind in Zeiten mit erhöhter Empfindlichkeit (siehe Tabelle 5) die Tore geschlossen zu halten.

Gemäß der Betriebsbeschreibung zu Clean Lasersysteme vom 13.11.2006 ist ein Ein-Schicht-Betrieb an Werktagen in der Zeit von 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr vorgesehen. Durch das Staatliche Umweltamt Aachen wurde am 02.01.2006 die Nebenbestimmung erlassen, dass die Richtwerte nach TA Lärm einzuhalten sind. Ein Nachtbetrieb ist unzulässig.

Die Spedition Robertz sieht in der Betriebsbeschreibung vom 31.01.2012 einen Ein-Schicht-Betrieb zwischen 06:00 Uhr und 22:00 Uhr vor. Gemäß der zum Schallimmissionsgutachten gehörenden Isophonenkarte ist für das geplante Wohngebiet mit einem Beurteilungspegel

unterhalb von $L_r \leq 45$ dB(A) zu rechnen. Die Verkehre durch die Spedition sind im Verkehrsgutachten erfasst und werden in dieser Prognose berechnet.

4.3. Geplantes Gewerbegebiet

Eine Sonderbetrachtung ist für das geplante Gewerbegebiet westlich der Kämpchenstraße nötig. Für das Gewerbegebiet sind nach aktuellem Kenntnisstand keine Lärmkontingente festgesetzt, daher wird davon ausgegangen, dass sich zukünftige ansiedelnde Gewerbe die Immissionsrichtwerte eines allgemeinen Wohngebiets einhalten.

Zu dem Gewerbegebiet gibt es aus dem Jahr 2000 ein Verkehrsgutachten mit Ergänzungen. Durch den bereits angesiedelten Standort der Firma AIXTRON ist bereits ein Teil der im Gutachten angenommenen Verkehre realisiert. Weiterhin führt die ehemalig geplante „Planstraße A“ direkt auf das AIXTRON Gelände, so dass der restliche Verkehr über die „Planstraße B“, jetzt Konrad-Zuse-Straße, abgewickelt werden muss.

Im Verkehrsgutachten werden 2000 Arbeitsplätze im Plangebiet angesetzt, bei einem Mobilitätsgrad von 2,5. Der Anteil der ÖPNV Nutzer wird auf 15% geschätzt. Damit verbleiben laut Gutachten 4.250 Bewegungen/Tag. Der Besetzungsgrad der Fahrzeuge wurde mit 1,1 angenommen, damit verbleiben 3.864 Fahrzeuge/Tag. 60% der Fahrzeuge sollen Richtung Roermonder Straße fahren, 40% die Kämpchenstraße nutzen. Damit ergeben sich 2.318 zusätzliche Kfz/ Tag in Richtung Roermonder Straße und 1.546 zusätzliche Kfz/Tag Richtung Kämpchenstr.

Die Verkehre werden als eigene Quellen modelliert und vom Programm arithmetisch an den Immissionspunkten addiert. Bei den Verkehren wird von einem Schwerlastanteil von 2% ausgegangen. Sollten Unternehmen mit Logistikanteil angesiedelt werden ist die Prognoseberechnung neu zu erstellen.

4.4. Prognoseunsicherheit

Eine Prognose ist nur so gut wie die zugrunde liegenden Daten. Der Ausbreitungskoeffizient der Unsicherheit wird gemäß der Formel

$$\sigma_d = 3 * \log(d/10)$$

berechnet. Dabei gibt „d“ den Abstand vom Quelle zum Empfänger an.

4.5. Berechnungsergebnisse

Die Auswertung der einzelnen Szenarien zeigt die Verkehrsbelastung als relevante Bemessungsgröße. Geräusche die nach TA Lärm zu beurteilen sind, liegen unterhalb der zulässigen Geräusche nach 16. BImSchV. Zur Berechnung werden sogenannte „Hausbeurteilungen“ genutzt. Dabei werden pro Gebäude mehrere Immissionspunkte angelegt, die vom Programm berechnet werden. Als Ergebnis wird dann jeweils der höchste Tages- bzw. Nachtwert angezeigt.

4.5.1. Berechnungsergebnisse ohne zusätzliches Gewerbegebiet

Tabelle 7 gibt die Berechnungsergebnisse unter Berücksichtigung der Verkehr auf der Dornkaulstraße gemäß Prognosefall [4] und Endausbau AIXTRON wieder. Tabelle 8 die Ergebnisse für das Plangebiet B.

Tabelle 7: Berechnungsergebnisse Plangebiet A, ohne Gewerbegebiet

ID	Mittelungspegel		Sigma		Beurteilungspegel	
	Tag	Nacht	Tag	Nacht	Tag	Nacht
	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]
001	60,8	51,8	2,6	2,3	***65,1***	***55,6***
002	61,3	52,4	2,9	2,5	***66,1***	***56,5***
003	61,3	52,4	2,9	2,5	***66,1***	***56,5***
004	61,2	52,4	3,1	2,6	***66,3***	***56,7***
005	61,2	52,4	3,6	2,9	***67,1***	***57,2***
006	61,2	52,5	3,1	2,6	***66,3***	***56,8***
007	60,3	51,8	3,1	2,5	***65,4***	***55,9***
008	60,4	53,8	1,4	1,3	***62,7***	***55,9***
009	57,5	49,4	2,4	1,9	***61,5***	***52,5***
010	54,3	46,5	3,0	2,4	***59,3***	***50,5***
011	56,1	50,5	3,6	2,8	***62,0***	***55,1***
012	57,1	51,6	3,2	2,6	***62,4***	***55,9***
013	58,0	52,9	2,3	1,8	***61,8***	***55,9***
014	54,3	45,0	4,0	3,6	***60,9***	***50,9***
015	52,5	43,2	3,8	3,3	58,8	48,6
016	53,2	44,6	3,2	2,8	58,5	***49,2***
018	51,9	43,0	3,9	3,4	58,3	48,6
019	50,9	42,5	3,5	2,7	56,7	47,0
020	50,4	41,6	3,6	2,9	56,3	46,4
021	55,0	48,3	3,8	3,0	***61,3***	***53,3***
022	54,8	47,9	3,7	2,8	***60,9***	***52,5***
023	54,6	47,6	3,5	2,7	***60,4***	***52,1***
024	54,5	47,1	3,4	2,7	***60,1***	***51,6***
025	54,4	47,0	3,9	3,1	***60,8***	***52,1***
026	54,3	46,8	4,0	3,4	***60,9***	***52,4***
027	54,3	46,7	3,9	3,3	***60,7***	***52,1***
028	54,4	46,7	3,8	3,2	***60,7***	***52,0***

029	54,4	46,6	3,9	3,4	***60,8***	***52,2***
030	54,3	46,6	4,0	3,4	***60,9***	***52,2***
031	52,8	43,4	3,5	3,1	58,6	48,5
032	50,2	40,7	3,9	3,6	56,6	46,6
033	52,6	43,1	3,8	3,4	58,9	48,7
034	52,1	42,5	4,1	3,7	58,9	48,6
035	50,1	40,5	4,2	3,9	57,0	46,9
036	52,0	42,4	4,2	3,9	58,9	48,8
037	50,1	40,4	4,3	4,0	57,2	47,0
038	51,2	41,9	4,3	3,9	58,3	48,3
039	51,8	42,2	3,9	3,6	58,2	48,1
040	51,5	41,9	3,8	3,5	57,8	47,7
041	50,8	41,2	4,1	3,7	57,6	47,3
042	50,2	40,6	4,4	4,2	57,5	47,5
043	50,1	40,4	4,5	4,2	57,5	47,3
044	49,9	40,2	4,6	4,3	57,5	47,3
045	51,0	41,7	4,1	3,5	57,8	47,5
046	50,8	41,4	3,7	3,2	56,9	46,7
047	50,4	41,0	3,9	3,4	56,8	46,6
048	50,3	40,9	4,2	3,7	57,2	47,0
049	49,9	40,4	4,4	3,9	57,2	46,8
050	50,0	40,7	3,9	3,4	56,4	46,3
051	50,0	40,6	4,2	3,6	56,9	46,5
052	49,7	40,4	4,1	3,8	56,5	46,7
053	49,4	40,2	3,9	3,3	55,8	45,6
054	49,5	40,1	3,9	3,4	55,9	45,7
055	49,7	40,5	3,6	3,1	55,6	45,6
056	50,0	41,0	3,4	2,8	55,6	45,6
057	54,8	47,0	3,5	2,9	***60,6***	***51,8***
058	50,2	40,7	4,1	3,8	57,0	47,0

Tabelle 8: Berechnungsergebnisse Plangebiet B, ohne Gewerbegebiet

ID	Mittelungspegel		Sigma		Beurteilungspegel	
	Tag	Nacht	Tag	Nacht	Tag	Nacht
	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]	[dB(A)]
060	51,0	41,3	4,3	4,0	58,1	47,9
061	50,1	40,4	4,4	4,1	57,4	47,2
062	50,0	40,3	4,4	4,1	57,3	47,1
063	50,0	40,3	4,6	4,3	57,6	47,4
064	49,4	39,7	4,6	4,3	57,0	46,8
065	49,5	40,1	4,3	4,0	56,6	46,7
066	49,1	39,4	4,5	4,1	56,5	46,2
067	49,0	39,6	4,2	3,9	55,9	46,0
068	49,3	39,9	3,9	3,4	55,7	45,5
069	50,7	42,6	4,4	4,0	58,0	***49,2***
070	50,7	42,7	4,4	3,9	58,0	***49,1***
071	48,7	39,0	4,3	4,1	55,8	45,8
072	49,0	39,3	4,3	4,0	56,1	45,9
073	49,5	39,8	4,7	4,5	57,3	47,2
074	49,0	39,3	4,6	4,3	56,6	46,4
075	48,9	39,2	4,6	4,3	56,5	46,3
076	48,8	39,1	4,3	3,9	55,9	45,5
077	49,9	40,1	4,5	4,3	57,3	47,2
078	49,7	39,9	4,7	4,5	57,5	47,3
079	49,3	39,6	4,7	4,5	57,1	47,0
080	49,2	39,5	4,6	4,4	56,8	46,8
081	49,7	40,0	4,8	4,6	57,6	47,6
082	48,4	38,8	4,6	4,3	56,0	45,9
083	48,3	38,7	4,5	4,2	55,7	45,6
084	48,4	38,7	4,6	4,4	56,0	46,0
085	49,3	39,6	4,6	4,3	56,9	46,7
086	48,4	38,8	4,6	4,3	56,0	45,9
087	47,5	37,9	4,7	4,5	55,3	45,3
088	47,5	37,8	4,7	4,5	55,3	45,2
089	48,7	39,3	4,4	4,1	56,0	46,1
090	48,6	38,9	4,6	4,4	56,2	46,2
091	48,3	38,6	4,6	4,3	55,9	45,7
092	48,5	38,8	4,6	4,2	56,1	45,7
093	47,9	38,2	4,5	4,2	55,3	45,1
094	48,3	38,8	4,5	4,1	55,7	45,6
095	47,8	38,2	4,8	4,5	55,7	45,6
096	47,6	38,6	4,5	4,1	55,0	45,4
097	47,7	38,1	4,5	4,1	55,1	44,9
098	48,7	40,1	4,1	3,6	55,5	46,0
099	49,2	41,2	4,4	4,1	56,5	48,0
100	48,9	39,7	4,3	3,9	56,0	46,1
101	48,9	39,6	4,4	4,0	56,2	46,2
102	51,2	43,2	4,3	3,9	58,3	***49,6***
103	51,1	43,2	4,1	3,7	57,9	***49,3***
104	51,2	43,2	4,6	4,2	58,8	***50,1***

105	51,1	43,2	4,3	3,8	58,2	***49,5***
106	51,1	43,1	4,2	3,8	58,0	***49,4***
107	50,3	42,4	4,3	3,9	57,4	48,8
108	50,8	43,0	3,4	2,8	56,4	47,6
109	47,8	38,3	4,5	4,1	55,2	45,1
110	50,9	43,0	3,5	3,0	56,7	48,0
111	48,5	39,8	4,1	3,7	55,3	45,9
112	50,6	42,7	3,8	3,3	56,9	48,1
113	47,8	38,1	4,8	4,6	55,7	45,7
114	47,7	38,1	4,8	4,5	55,6	45,5
115	48,2	39,0	4,4	4,0	55,5	45,6
116	47,2	38,1	4,5	4,1	54,6	44,9
117	47,4	37,8	4,6	4,2	55,0	44,7
118	47,3	38,4	4,2	3,8	54,2	44,7
119	47,3	39,0	4,0	3,5	53,9	44,8
120	47,1	38,5	4,7	4,3	54,9	45,6
121	47,2	37,6	4,7	4,4	55,0	44,9
122	46,7	37,3	4,7	4,4	54,5	44,6
123	47,4	37,7	4,7	4,4	55,2	45,0
124	47,4	37,7	4,8	4,5	55,3	45,1

4.6. Rechenergebnisse mit zusätzlichem Gewerbegebiet

Tabelle 9: Berechnungsergebnisse Plangebiet A, mit Gewerbegebiet

ID	**Mittelungspegel**		**Sigma**		**Beurteilungspegel**	
	Tag	**Nacht**	**Tag**	**Nacht**	**Tag**	**Nacht**
	[dB(A)]	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**
001	61,6	52,9	2,4	2,0	***65,6***	***56,2***
002	62,1	53,6	2,7	2,2	***66,6***	***57,2***
003	62,1	53,6	2,7	2,2	***66,6***	***57,2***
004	62,1	53,6	2,8	2,2	***66,7***	***57,2***
005	62,1	53,7	3,3	2,6	***67,5***	***58,0***
006	62,1	53,7	2,8	2,2	***66,7***	***57,3***
007	61,3	53,2	2,8	2,2	***65,9***	***56,8***
008	61,7	54,9	1,1	1,0	***63,5***	***56,6***
009	58,5	50,3	2,0	1,5	***61,8***	***52,8***
010	55,1	47,4	2,7	2,0	***59,6***	***50,7***
011	57,5	51,6	3,2	2,5	***62,8***	***55,7***
012	58,5	52,6	2,8	2,2	***63,1***	***56,2***
013	59,5	53,9	2,0	1,5	***62,8***	***56,4***
014	54,8	45,9	3,8	3,3	***61,1***	***51,3***
015	53,1	44,1	3,5	3,1	58,9	***49,2***
016	54,1	45,7	2,9	2,4	58,9	***49,7***
018	52,5	43,8	3,6	3,1	58,4	48,9
019	51,5	43,3	3,1	2,3	56,6	47,1
020	50,9	42,3	3,2	2,5	56,2	46,4
021	56,2	49,4	3,5	2,6	***62,0***	***53,7***
022	56,0	49,0	3,3	2,5	***61,4***	***53,1***
023	55,8	48,7	3,1	2,3	***60,9***	***52,5***

024	55,6	48,3	3,0	2,3	***60,6***	***52,1***
025	55,6	48,1	3,5	2,7	***61,4***	***52,6***
026	55,4	47,9	3,7	2,9	***61,5***	***52,7***
027	55,4	47,9	3,6	2,9	***61,3***	***52,7***
028	55,5	47,9	3,4	2,8	***61,1***	***52,5***
029	55,5	47,8	3,6	2,9	***61,4***	***52,6***
030	55,4	47,8	3,7	3,0	***61,5***	***52,8***
031	53,2	43,9	3,3	2,8	58,6	48,5
032	50,4	41,3	3,8	3,3	56,7	46,7
033	52,9	43,6	3,5	3,0	58,7	48,6
034	52,3	43,0	3,9	3,5	58,7	48,8
035	50,3	40,8	4,1	3,7	57,1	46,9
036	52,2	42,8	4,2	3,7	***59,1***	48,9
037	50,2	40,6	4,2	3,8	57,1	46,9
038	51,9	42,9	4,2	3,7	58,8	***49,0***
039	52,0	42,6	3,7	3,3	58,1	48,0
040	51,7	42,3	3,7	3,2	57,8	47,6
041	51,0	41,5	3,9	3,5	57,4	47,3
042	50,4	40,9	4,3	3,9	57,5	47,3
043	50,3	40,8	4,3	4,0	57,4	47,4
044	50,2	40,8	4,5	4,2	57,6	47,7
045	51,5	42,5	3,9	3,2	57,9	47,8
046	51,3	42,3	3,4	2,8	56,9	46,9
047	50,9	41,8	3,7	3,1	57,0	46,9
048	50,7	41,6	4,0	3,4	57,3	47,2
049	50,3	41,0	4,2	3,6	57,2	46,9
050	50,4	41,3	3,6	3,0	56,3	46,3
051	50,4	41,2	3,8	3,1	56,7	46,3
052	50,1	41,1	3,9	3,5	56,5	46,9
053	49,8	40,8	3,5	2,9	55,6	45,6
054	49,8	40,7	3,7	3,1	55,9	45,8
055	50,1	41,1	3,3	2,7	55,5	45,6
056	50,5	41,7	3,0	2,4	55,5	45,7
057	55,9	48,3	3,1	2,5	***61,0***	***52,4***
058	50,7	41,5	3,9	3,4	57,1	47,1

Tabelle 10: Berechnungsergebnisse Plangebiet B, mit Gewerbegebiet

ID	**Mittelungspegel**		**Sigma**		**Beurteilungspegel**	
	Tag	**Nacht**	**Tag**	**Nacht**	**Tag**	**Nacht**
	[dB(A)]	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**	**[dB(A)]**
060	51,2	41,6	4,2	3,8	58,1	47,9
061	50,3	40,7	4,3	3,9	57,4	47,1
062	50,2	40,6	4,3	3,9	57,3	47,0
063	50,2	40,6	4,4	4,0	57,5	47,2
064	49,6	40,2	4,5	4,1	57,0	47,0
065	49,9	40,7	4,1	3,6	56,7	46,6
066	49,4	39,9	4,3	3,8	56,5	46,2
067	49,4	40,2	4,0	3,5	56,0	46,0

068	49,6	40,5	3,6	3,0	55,5	45,5
069	51,6	43,8	4,2	3,7	58,5	***49,9***
070	51,7	43,9	4,1	3,5	58,5	***49,7***
071	48,9	39,4	4,1	3,7	55,7	45,5
072	49,2	39,7	4,1	3,7	56,0	45,8
073	49,7	40,2	4,6	4,3	57,3	47,3
074	49,2	39,7	4,4	4,0	56,5	46,3
075	49,0	39,5	4,5	4,1	56,4	46,3
076	48,9	39,4	4,1	3,7	55,7	45,5
077	50,0	40,3	4,4	4,1	57,3	47,1
078	49,9	40,3	4,5	4,2	57,3	47,2
079	49,5	39,9	4,6	4,3	57,1	47,0
080	49,4	39,8	4,5	4,1	56,8	46,6
081	49,9	40,4	4,7	4,3	57,7	47,5
082	48,7	39,2	4,4	4,0	56,0	45,8
083	48,5	39,1	4,3	3,9	55,6	45,5
084	48,6	39,1	4,5	4,2	56,0	46,0
085	49,5	39,8	4,5	4,2	56,9	46,7
086	48,6	39,1	4,5	4,2	56,0	46,0
087	47,7	38,2	4,7	4,4	55,5	45,5
088	47,6	37,9	4,7	4,4	55,4	45,2
089	49,0	39,7	4,3	3,9	56,1	46,1
090	48,7	39,2	4,5	4,2	56,1	46,1
091	48,5	38,9	4,4	4,1	55,8	45,7
092	48,6	39,0	4,4	4,0	55,9	45,6
093	48,0	38,5	4,3	3,9	55,1	44,9
094	48,5	39,2	4,3	3,9	55,6	45,6
095	48,0	39,0	4,6	4,3	55,6	46,1
096	47,9	39,6	4,4	3,9	55,2	46,0
097	47,9	38,4	4,3	3,9	55,0	44,8
098	49,4	41,0	3,8	3,2	55,7	46,3
099	50,2	42,4	4,2	3,8	57,1	48,7
100	49,4	40,3	4,1	3,6	56,2	46,2
101	49,3	40,2	4,1	3,7	56,1	46,3
102	52,2	44,3	4,1	3,5	59,0	***50,1***
103	52,1	44,3	3,8	3,3	58,4	***49,7***
104	52,2	44,4	4,4	3,9	***59,5***	***50,8***
105	52,1	44,4	4,0	3,5	58,7	***50,2***
106	52,1	44,3	3,9	3,4	58,5	***49,9***
107	51,3	43,6	4,1	3,5	58,1	***49,4***
108	51,9	44,2	3,0	2,4	56,9	48,2
109	48,0	39,2	4,3	3,9	55,1	45,6
110	52,0	44,3	3,2	2,6	57,3	48,6
111	49,1	40,6	3,9	3,3	55,5	46,0
112	51,7	43,9	3,5	3,0	57,5	48,9
113	47,9	38,2	4,8	4,5	55,8	45,6
114	47,8	38,4	4,7	4,4	55,6	45,7
115	48,6	39,6	4,2	3,7	55,5	45,7
116	47,4	39,0	4,4	3,9	54,7	45,4

117	47,5	38,8	4,4	3,9	54,8	45,2
118	47,6	39,5	4,1	3,5	54,4	45,3
119	48,2	40,1	3,8	3,2	54,5	45,4
120	47,8	39,4	4,6	4,3	55,4	46,5
121	47,3	38,3	4,7	4,3	55,1	45,4
122	46,8	37,9	4,6	4,3	54,4	45,0
123	47,5	37,9	4,7	4,3	55,3	45,0
124	47,5	37,9	4,7	4,4	55,3	45,2

4.7. Bewertung der Ergebnisse

Im Großteil des Plangebiets sind Beurteilungspegel durch den Verkehrslärm von unterhalb von 59 dB(A) tags zu erwarten. Lediglich an den Bebauungen direkt an der Dornkaulstraße und an der Kämpchenstr. werden die Werte im Plangebiet A überschritten. Im Plangebiet B wurden mehrere Überschreitungen zur Nachtzeit errechnet.

Die errechneten Pegel an der Dornkaulstraße liegen deutlich oberhalb der in den Gutachten zu den bestehenden Firmen Anroldi Zerspannungstechnik ($L_r \leq 53$ dB(A)), Clean Lasersysteme (durch Auflage des Staatlichen Umweltamtes Aachen auf $L_r \leq 59$ dB(A) an der nächstgelegenen Wohnbebauung beschränkt) und der Speditions Robertz ($L_r \leq 45$ dB(A)) angegebenen Werten. Somit sind die in dieser Prognose errechneten Werte maßgeblich.

An diesen Punkten werden passive Schallschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Der maßgebliche Außenlärm errechnet sich aus dem Beurteilungspegel plus einen Zuschlag von 3 dB gemäß DIN 4109 wenn die Beurteilungspegel aus Verkehrslärm errechnet wurden. Bei Überschreitungen der Nachtzeit durch Verkehrslärm errechnet sich der maßgebliche Außenlärm aus dem Beurteilungspegel plus einen Zuschlag von 3 dB plus einen weiteren Zuschlag von 5 dB. Da die Überschreitungen, die rein zur Nachtzeit auftreten, sehr gering sind, ist hier der Lärmpegelbereich II rechnerisch ausreichend.

Für die der Straße zugewandten Fassaden der geplanten Gebäude an der Dornkaulstraße ist der Lärmpegelbereich IV anzusetzen. Für die Häuser an der Kämpchenstraße ist Lärmpegelbereich III anzusetzen. Eine grafische Übersicht befindet sich in Anhang 6.3.

Unter Einbeziehung des zusätzlichen Gewerbegebietes steigen die Pegel nur geringfügig an. Durch diesen Anstieg kommt es allerdings am IP 104 zu einer Überschreitung am Tag, so dass auch hier der Lärmpegelbereich III anzusetzen ist. Eine grafische Übersicht befindet sich in Anhang 6.3.

Um den Nachtbereich zu schützen, sollte das Gebiet generell in den Lärmpegelbereich III eingestuft werden, mit Ausnahme der oben genannten Bebauungen an der Dornkaulstraße.

Die erforderlichen Schalldämmmaße sind der Tabelle 8 der DIN 4109 zu entnehmen. Bei Kenntnis des Aufbaus der Außenwände und der Flächenverhältnisse können anhand der Tabelle 10 der DIN 4109 Kombinationen von Außenwänden und Fenstern und deren erforderliche Schalldämmmaße abgelesen werden. Der Nachweis des erforderlichen Schallschutzes ist nach DIN 4109 zu führen.

5. Zusammenfassung

Das Gebiet an der Kämpchenstraße Ecke Dornkaulstraße in Herzogenrath soll durch den Bebauungsplan II / 65 – A einer baulichen Nutzung zugeführt werden. Das Plangebiet befindet sich am südlichen Rand der Ortslage Kohlscheid. Auf dem derzeitig landwirtschaftlich genutzten Gelände sollen Wohngebäude angesiedelt werden. Im Rahmen dieses Bebauungsplans wurde die Kempen Krause Ingenieure GmbH mit der Ermittlung der zu erwartenden Schallbelastung an den Gebäuden beauftragt.

Dazu wurden die Betriebe in der nähren Umgebung inkl. der aktuell vorhandenen und zukünftig geplanten Verkehre untersucht. Dabei wurde für die Betrachtung des AIXTRON-Geländes die vorhandene Schallimmissionsprognose zur Einhaltung der Richtwerte zurückgegriffen.

Bei einem Ortstermin am 11.07.2014 wurde der landwirtschaftliche Betrieb Sturm und die bereits vorhandenen Gewerbe begutachtet. Der landwirtschaftliche Betrieb ist ein reiner Ackerbaubetrieb, Tiere werden nicht gehalten. Es konnten keine ständig vorhandenen Schallquellen festgestellt werden. Für das geplante Gewerbegebiet an der Dornkaulstraße sind nach unserem Kenntnisstand keine Lärmkontingente ausgewiesen. Daher wird davon ausgegangen, dass zukünftige Betriebe die Immissionsrichtwerte eines Wohngebietes nach TA Lärm einhalten.

Unter den genannten Bedingungen ergeben sich keine Konflikte an der geplanten Wohnbebauung des B-Plans Kämpchenstr. II /65 Teil A und B nach TA Lärm.

Durch den Verkehrslärm sind an den in den Anlagen gekennzeichneten Orten Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte nach 16. BImSchV zu erwarten. Hier werden passive Schallschutzmaßnahmen vorgeschlagen. Die Einteilung in Lärmpegelbereiche ist der Anlage 6.3 gegeben. Damit ist ein Schutz der Wohnbebauung gemäß Baugesetzbuch gewährleistet.

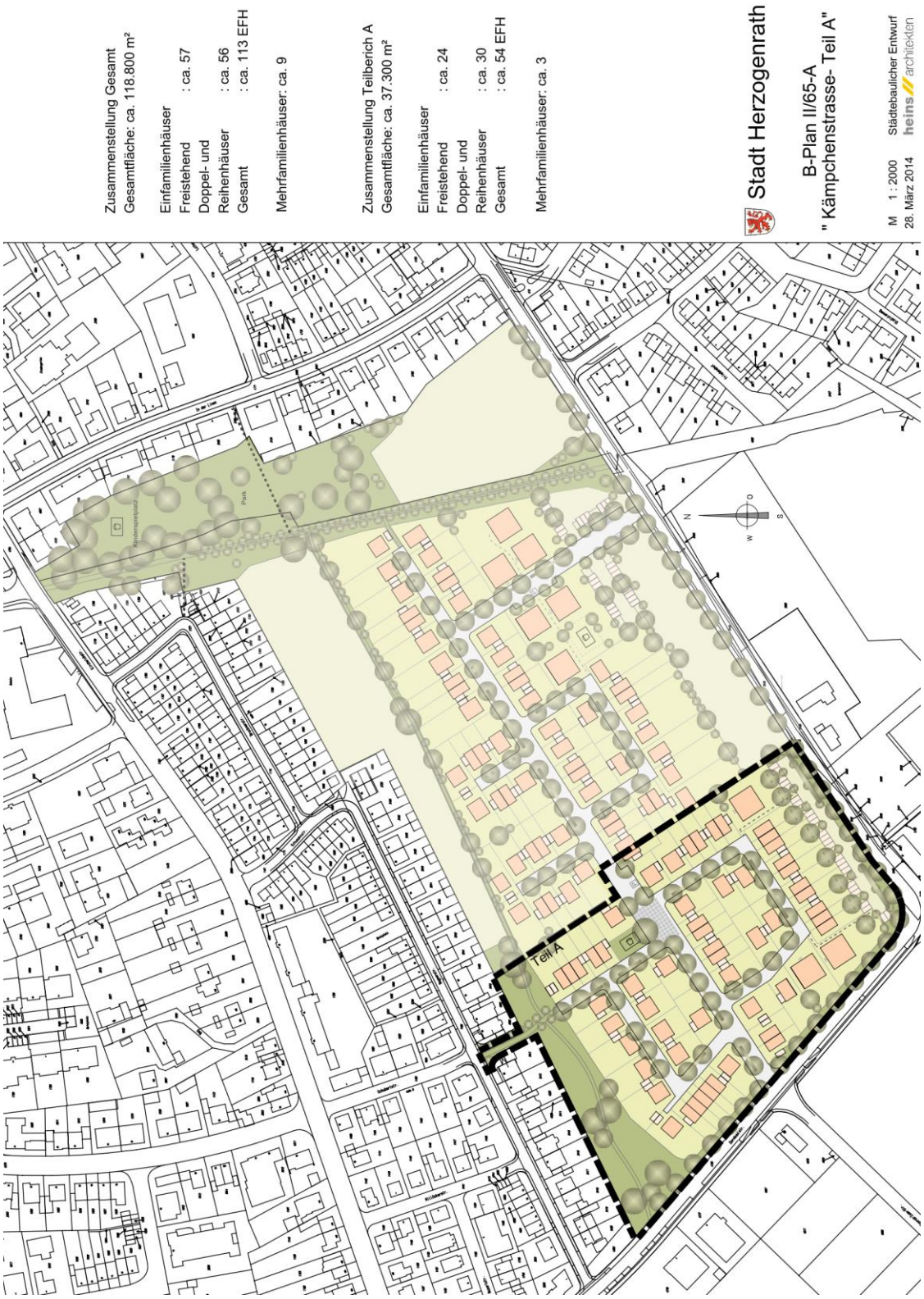
Köln, den 07.11.2014

Dipl.-Ing. Lars Laudien
staatl. anerkannter Sachverständiger für
Schall- und Wärmeschutz

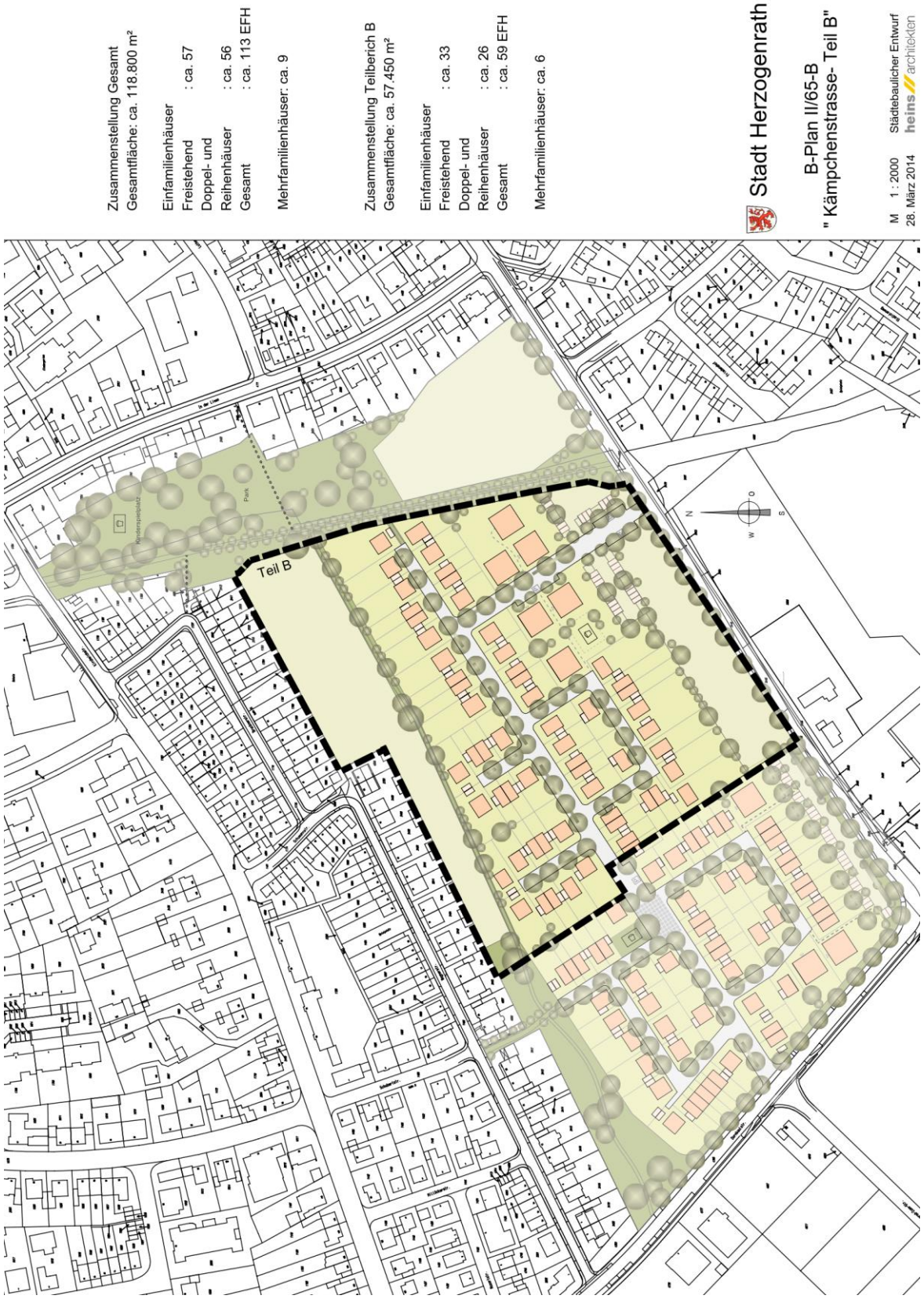
Dipl.-Ing. Mirko Özek
staatl. anerkannter Sachverständiger für
Schall- und Wärmeschutz

6. Anhang

6.1. Plangebiet A, Städtebaulicher Entwurf – heins architekten



6.2. Plangebiet B, Städtebaulicher Entwurf – heins architekten



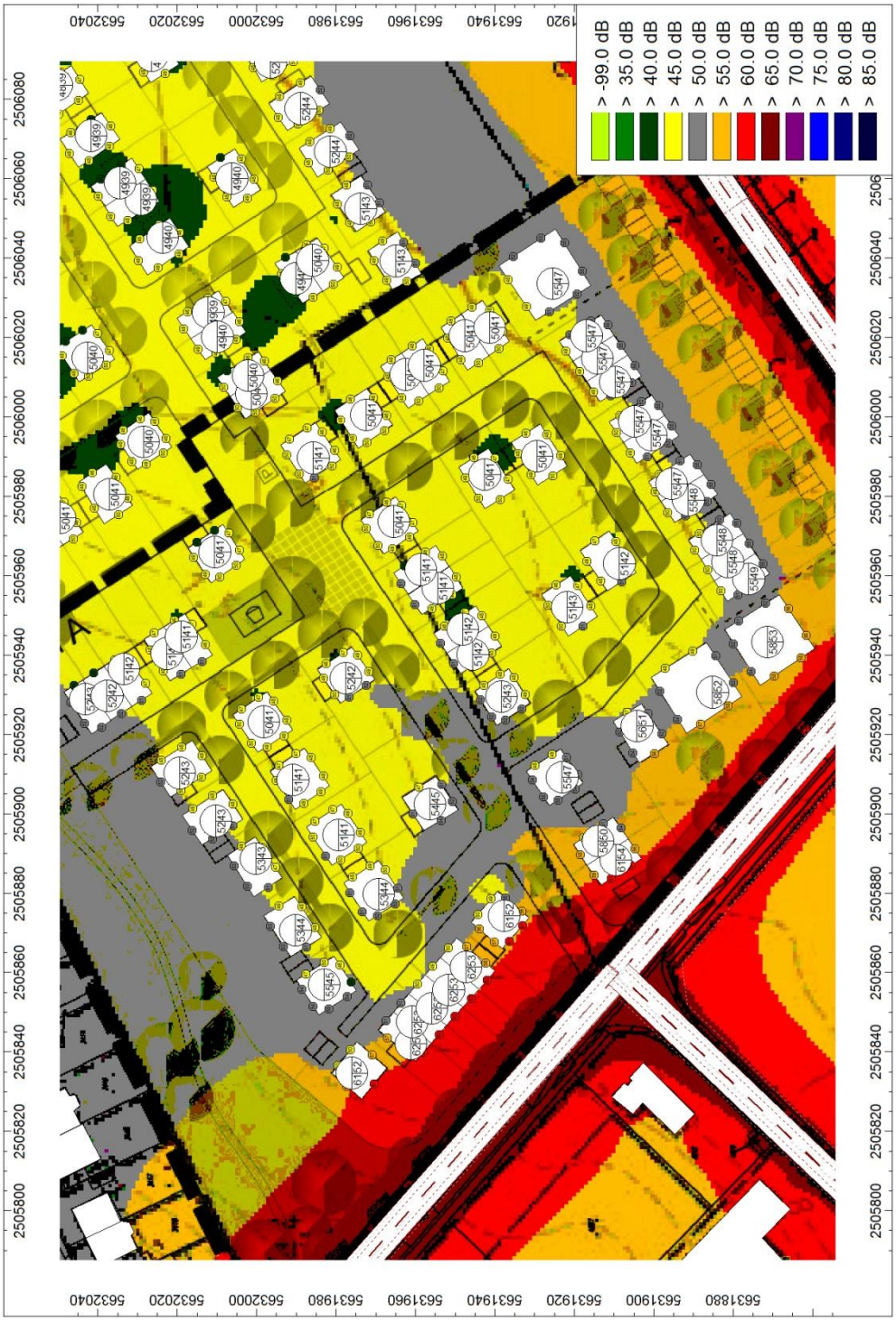
6.3. Einteilung Lärmpegelbereiche



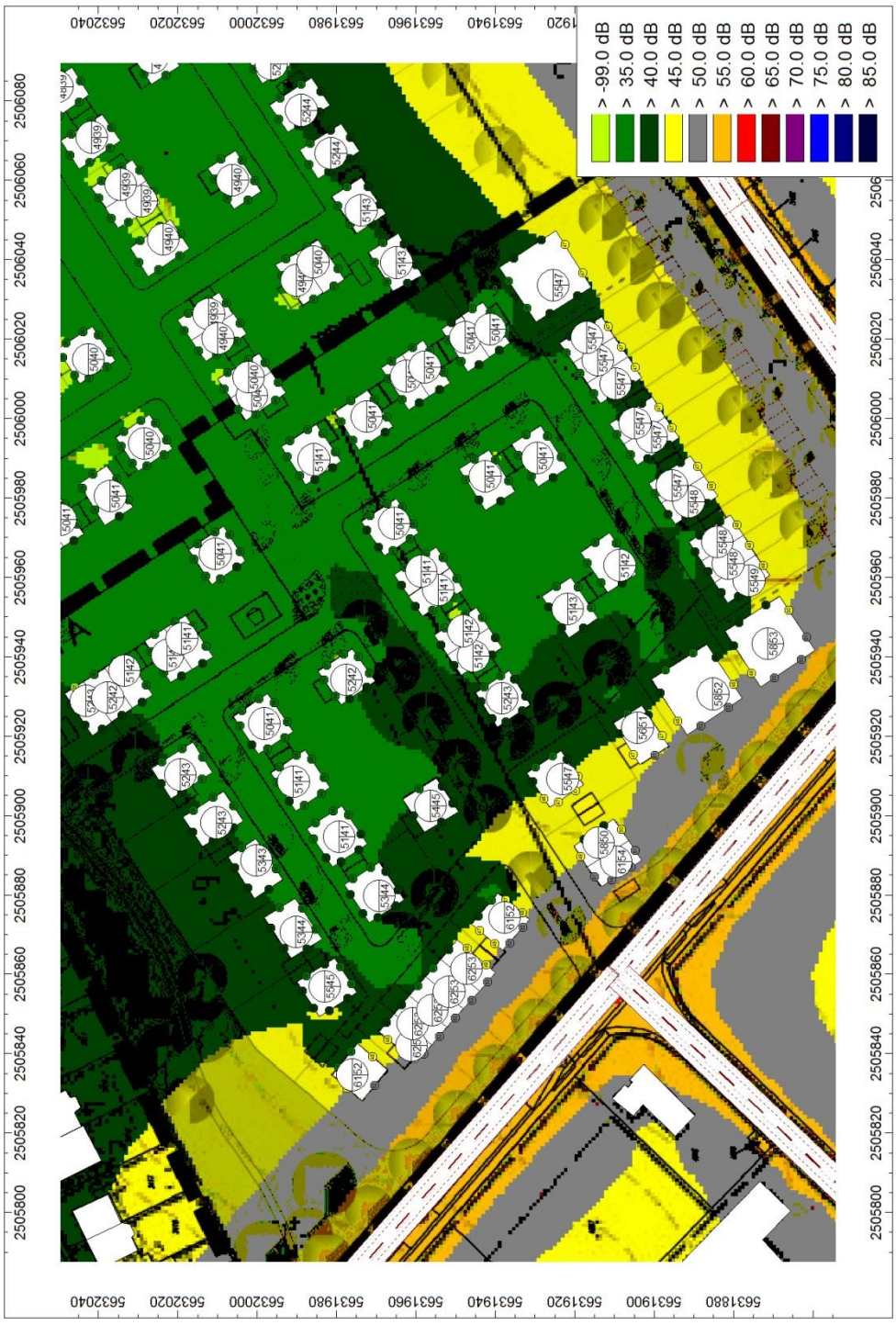
6.4. Einteilung Lärmpegelbereiche mit zusätzlichem Gewerbegebiet



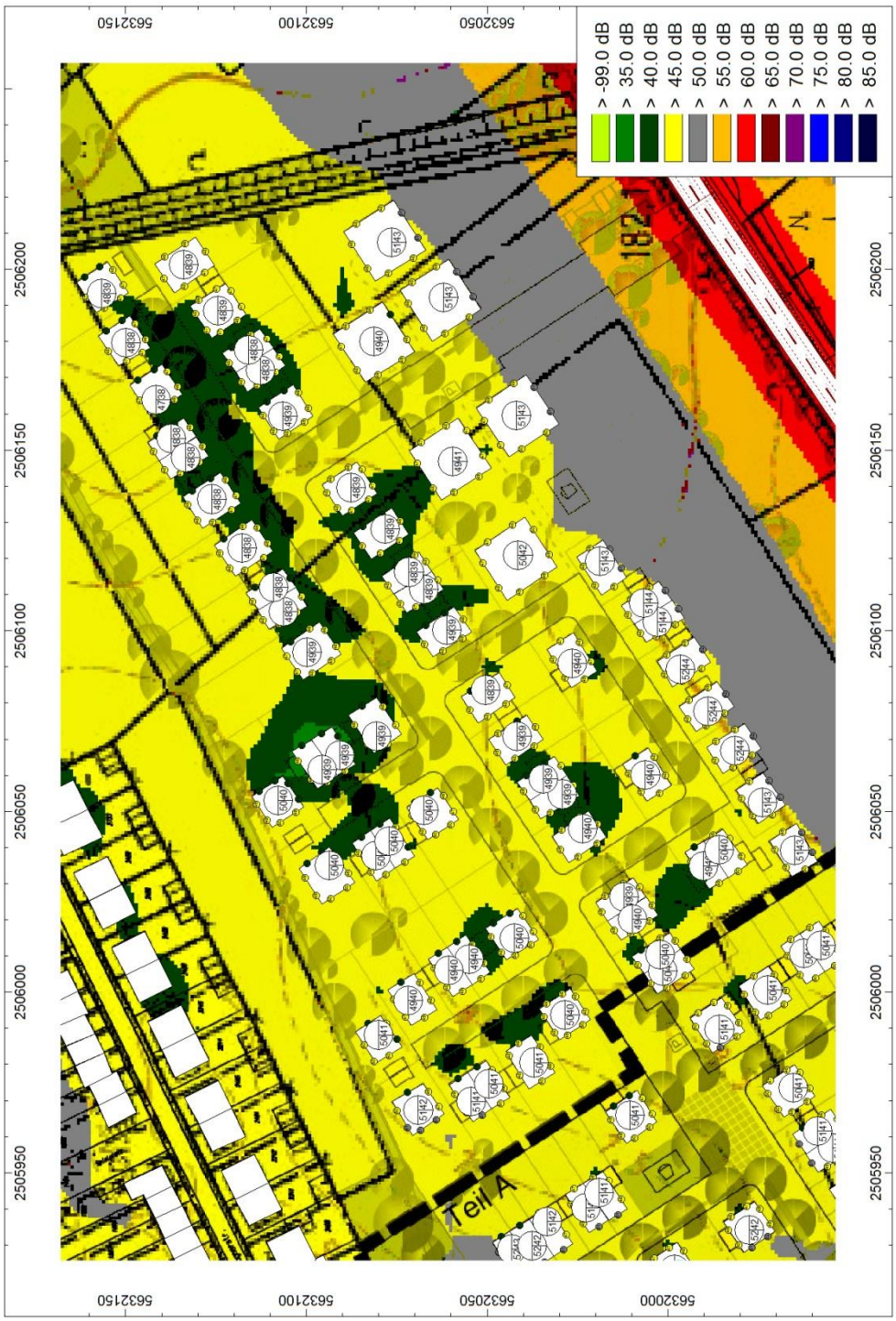
6.5. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet A – Tag



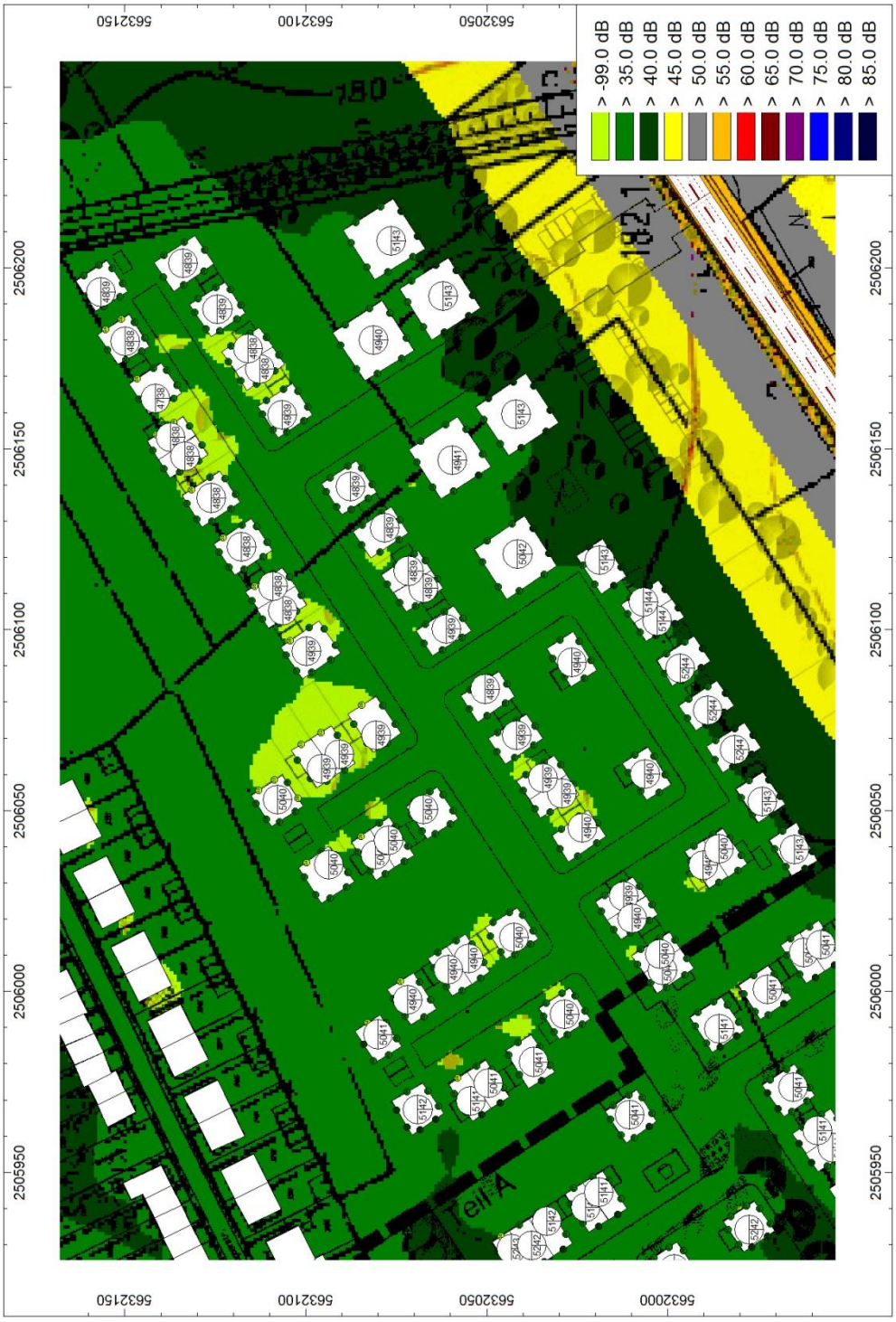
6.6. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet A – Nacht



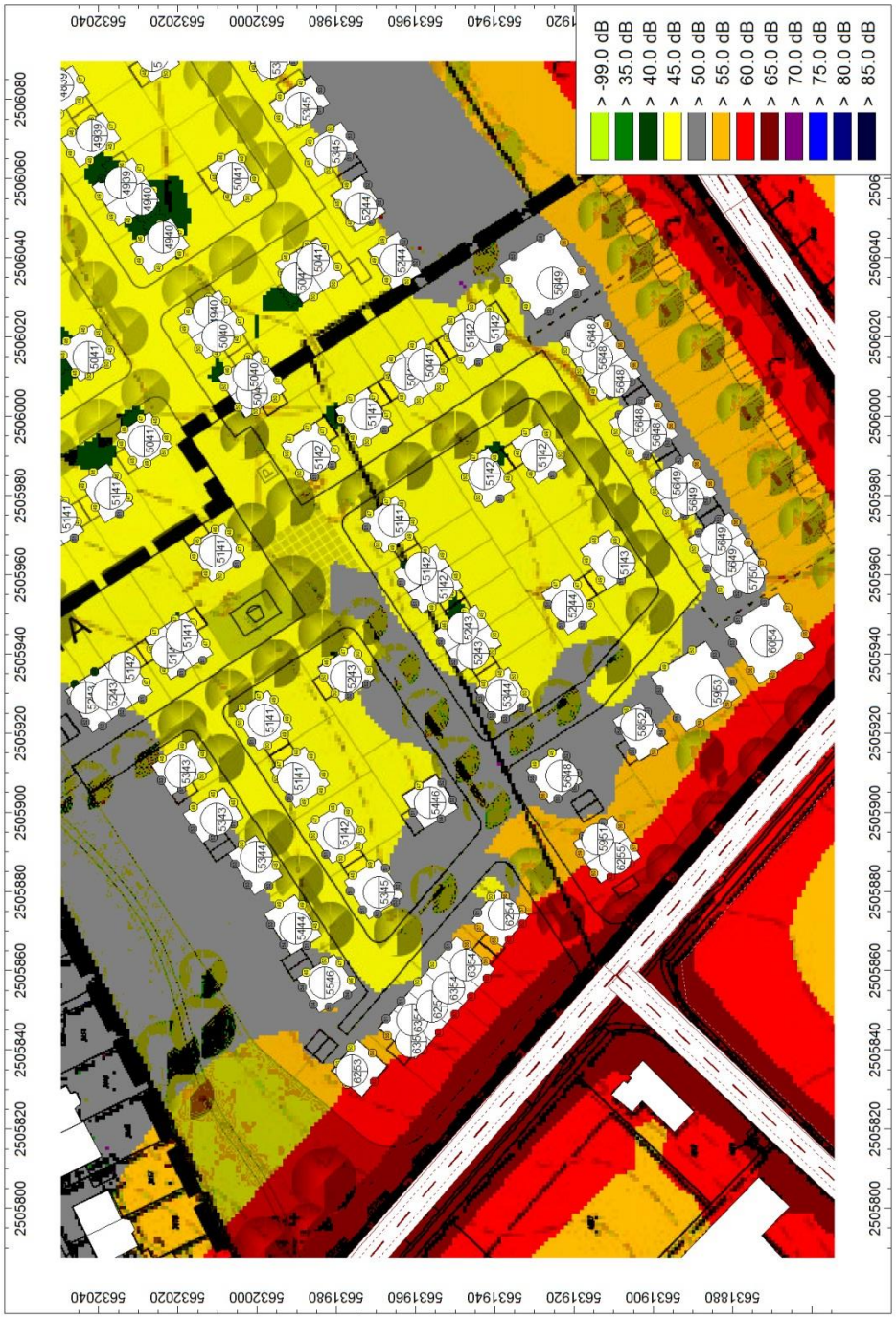
6.7. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet B – Tag



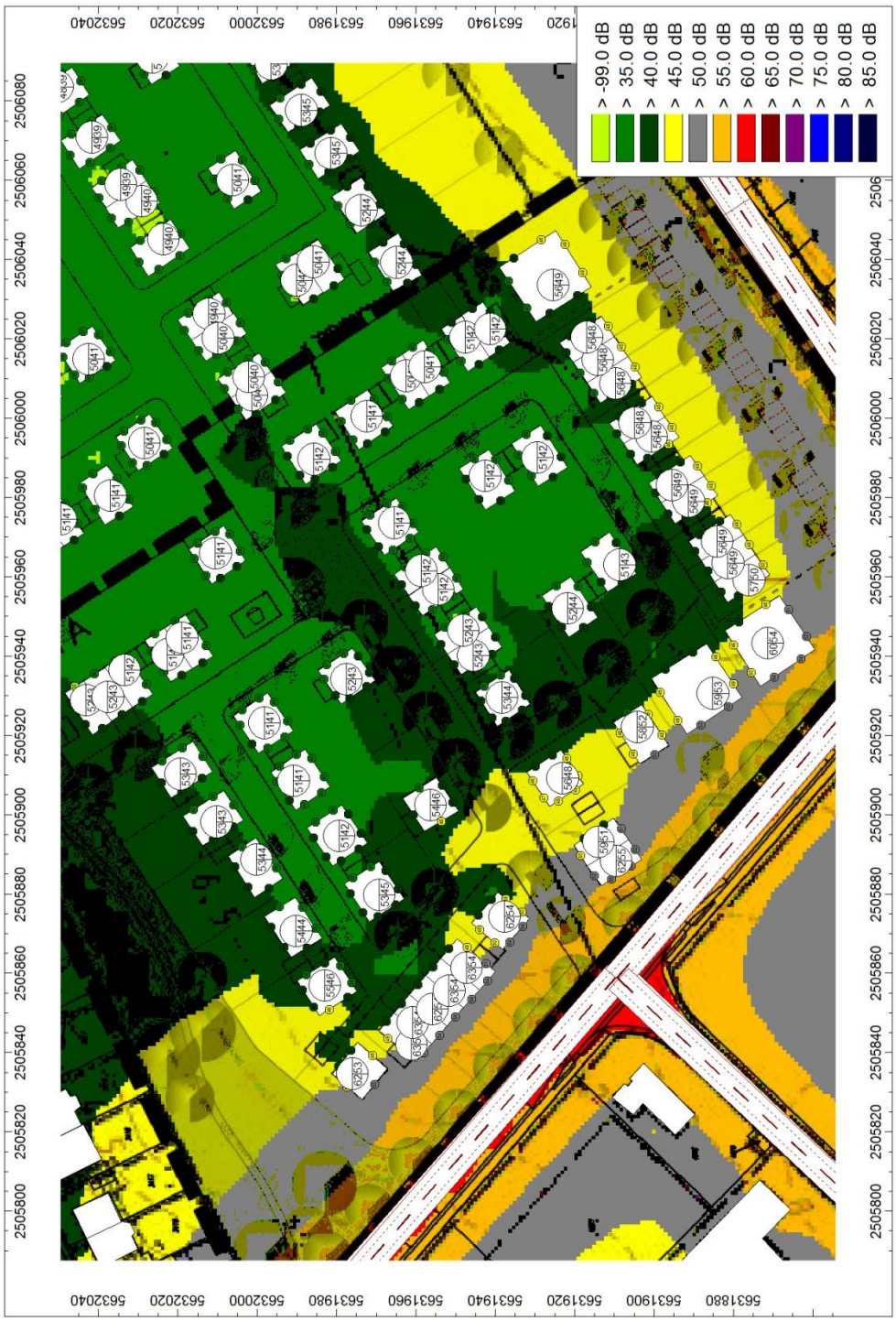
6.8. Raster ohne Gewerbegebiet Plangebiet B – Nacht



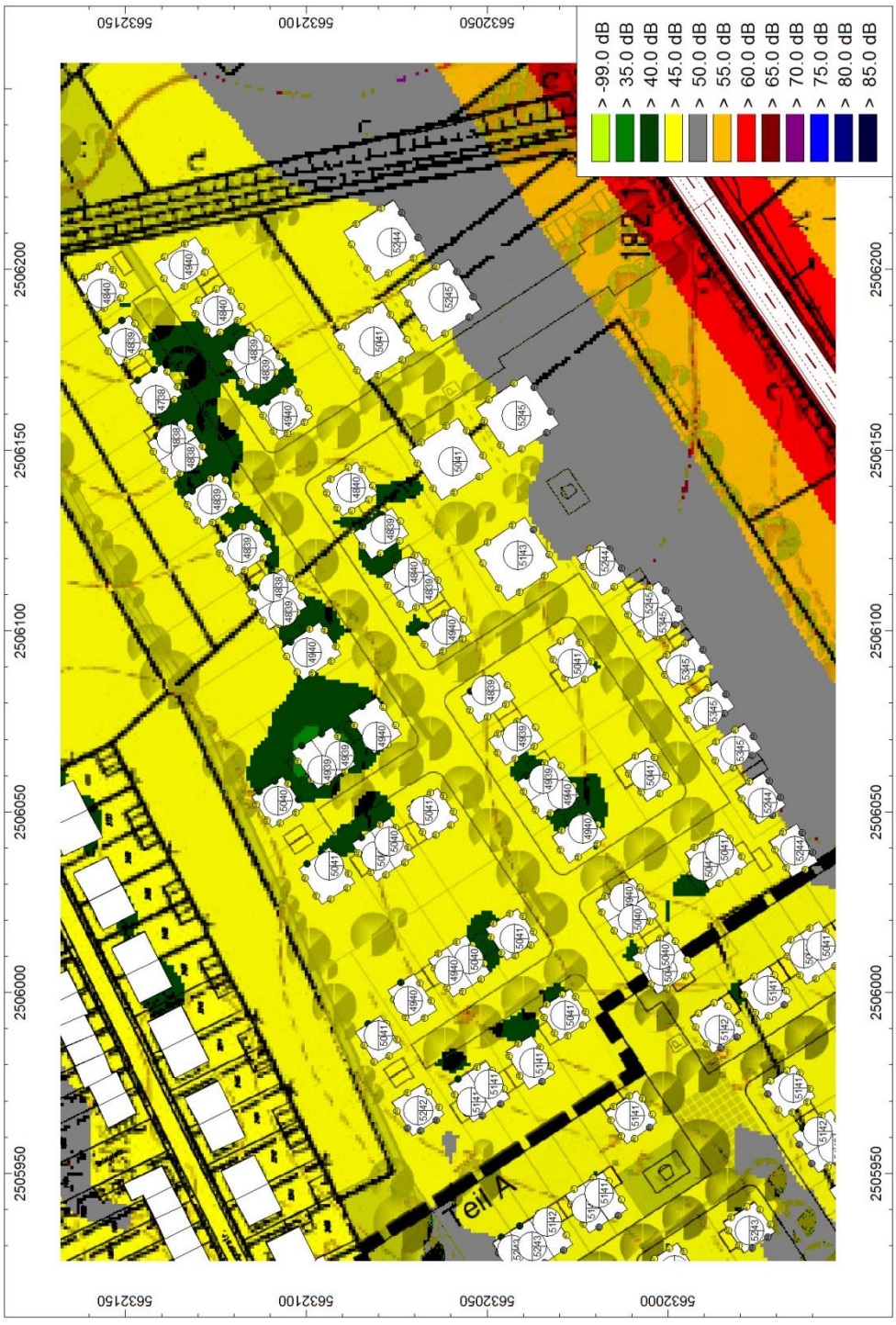
6.9. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet A – Tag



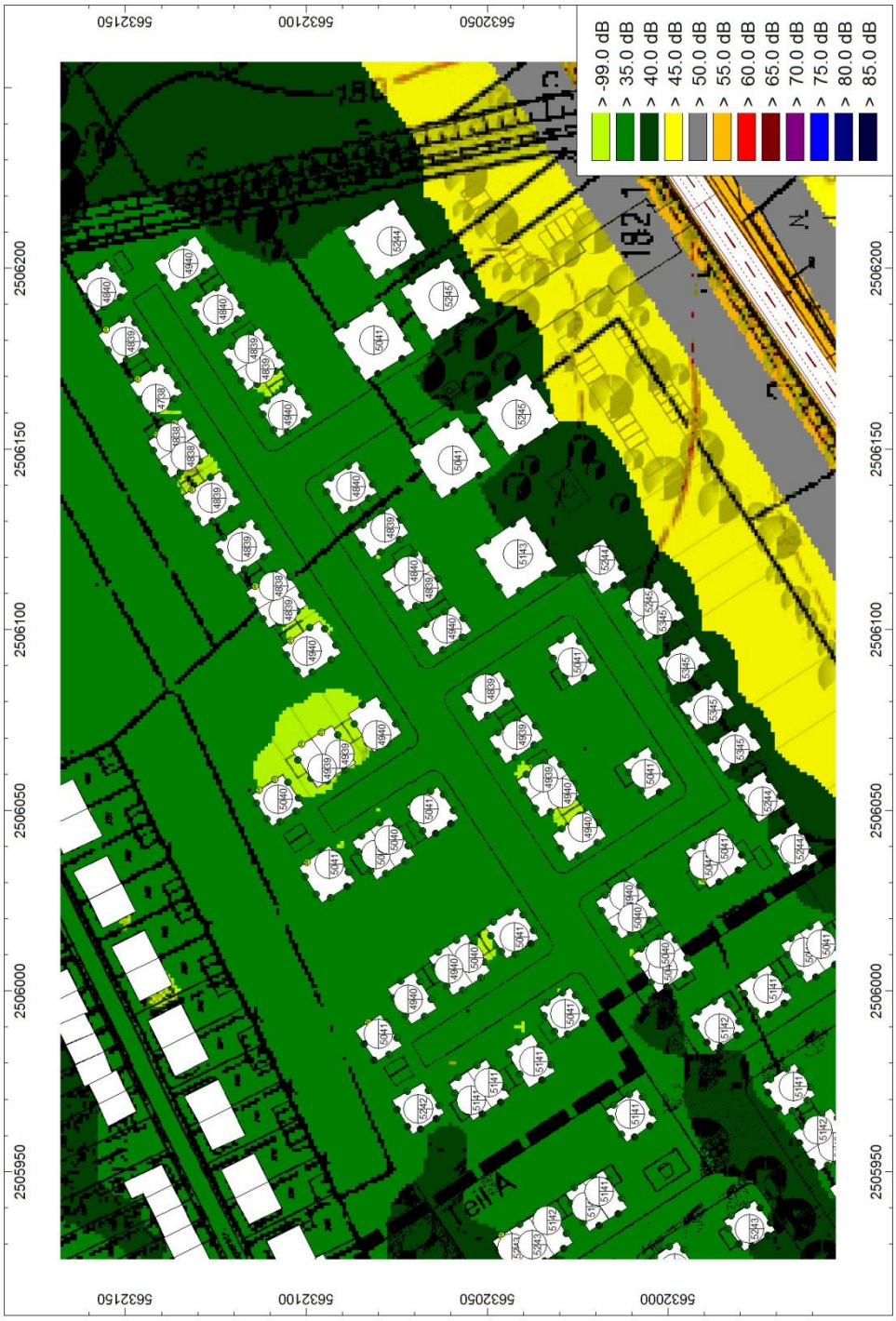
6.10. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet A – Nacht



6.11. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet B – Tag



6.12. Raster mit Gewerbegebiet Plangebiet B – Nacht



ANLAGE 14

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Artenschutzprüfung

Artenschutzprüfung (ASP)
nach den §§ 44 und 45 BNatSchG
Stufe I und Stufe II

zum B-Plan II/65 „Kämpchenstrasse“ (Teil A und Teil B)

der Stadt Herzogenrath

Auftraggeber:

Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung
Dipl.-Ing. Guido Beuster
Freier Landschaftsarchitekt
In Granterath 11
41812 Erkelenz

Bearbeitung:

Horst Klein, Diplom-Biologe
Sülzburgstr. 9
50937 Köln
Tel.: 0178/7080792
horst-klein@web.de

Köln, den 23.07.2014

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung ... 2

2 Datengrundlagen ... 3

3 Rechtliche Grundlagen ... 4

4 Baubeschreibung und Wirkfaktoren des Vorhabens ... 6

5 Stufe I der Artenschutzprüfung (Vorprüfung) ... 8

5.1 Vorgehensweise bei der Auswahl und Abhandlung der europäisch geschützten Arten ... 8

5.2 Lebensraumsituation im Wirkungsraum des Vorhabens ... 8

5.3 Vorkommen planungsrelevanter Arten des MTB 5102 im Wirkungsbereich des Vorhabens ... 9

5.4 Mögliche artenschutzrechtliche Betroffenheiten der im Wirkungsbereich des Vorhabens potenziell vorkommenden planungsrelevanten Arten ... 14

5.4.1 Säugetiere ... 14

5.4.2 Vögel ... 15

5.4.3 Zusammenfassung: Mögliche Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände bei planungsrelevanten Arten ... 17

6 Stufe II der Artenschutzprüfung: Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände ... 18

6.1 Ergebnisse Bestandserfassung ... 18

6.2 Maßnahmen zur Vermeidung und zum vorgezogenen funktionalen Ausgleich ... 20

6.3 Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände für die betroffene planungsrelevante Art ... 22

7 Zusammenfassung ... 23

Literaturverzeichnis ... 25

Literatur ... 25

Anhang ... 27

Abbildung Reviere Feldlerche ... 27

Formular A.) Protokoll Artenschutzprüfung - Gesamtprotokoll - ... 28

Formular B.) Art-für-Art Protokoll ... 30

1 Einführung

Die Stadt Herzogenrath verfolgt die Aufstellung des B-Planes II/65 „Kämpchenstrasse“. Dieser beinhaltet eine Ausweisung von Wohngebieten am südlichen Rand von Kohlscheid im südlichen Stadtgebiet von Herzogenrath auf zwei Teilflächen (Teil A und Teil B). Der vorliegende Beitrag beinhaltet eine Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens auf europarechtlich geschützte Tierarten sowie die Prüfung der Erfüllung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gemäß §§ 44 und 45 des Bundesnaturschutzgesetzes (Artenschutzprüfung).

Die Artenschutzprüfung (ASP) gemäß §§ 44 und 45 BNatSchG (2009) ist eine eigenständige Prüfung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulassung eines Bauvorhabens. In den §§ 44 und 45 BNatSchG sind die europarechtlichen Regelungen zum Artenschutz umgesetzt, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben. Nähere Vorgaben zur Durchführung der Artenschutzprüfung bei Planungs- oder Zulassungsverfahren in Nordrhein-Westfalen sind in der Verwaltungsvorschrift des MUNLV (Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (VV-Artenschutz) und in der Handlungsempfehlung zum Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (MWEBWV & MKULNV 2010) formuliert.

Im vorliegenden Beitrag werden die Stufen I und II der Artenschutzprüfung abgearbeitet:

Zunächst erfolgt eine Prognose, ob und bei welchen planungsrelevanten Arten artenschutzrechtliche Konflikte durch das geplante Vorhaben auftreten können (Vorprüfung, Stufe I). Sie beinhaltet eine Einschätzung, welche planungsrelevanten Arten im Wirkungsbereich des Vorhabens vorkommen könnten, auf Grundlage der Informationssysteme des LANUV NRW (insbesondere Zusammenstellung planungsrelevanter Arten für das Messtischblatt) und einer Bestandsaufnahme der Lebensraumausstattung im Bereich des Plangebietes und seiner Umgebung. In einem zweiten Schritt wird bewertet, für welche der als potenziell vorkommend eingestuften Arten artenschutzrechtliche Verbotstatbestände durch das geplante Vorhaben eintreten könnten.

Im Rahmen einer Bestandserfassung wurde ermittelt, welche der Arten, für die ein Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nicht von vorneherein ausgeschlossen werden kann, tatsächlich im Wirkungsbereich des Vorhabens vorkommen. Für diese Arten erfolgt eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände der §§ 44 und 45 BNatSchG (Stufe II der Artenschutzprüfung).

2 Datengrundlagen

Folgende Datengrundlagen wurden für die vorliegende Artenschutzprüfung herangezogen:

Stufe I (Vorprüfung):

- Fachinformationssystem des LANUV „Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen“: Aufstellung „Planungsrelevante Arten“ für das Messtischblatt 5102 „Herzogenrath“ (LANUV NRW 2013),
- Auswertung @LINFOS (Landschaftsinformationssystem, Fundortkataster für Pflanzen und Tiere, LANUV NRW 2010, Stand Juni 2014),
- Erfassung der Biotop- und Nutzungstypen sowie von Strukturen mit möglicher Relevanz als Fortpflanzungs-/Ruhestätten artenschutzrechtlich relevanter Tierarten (z.B. Horst-, Höhlenbäume, Gewässer) im Plangebiet und Umgebung (1 Begehungstermin im April 2014).

Stufe II (Vertiefende Prüfung):

- Brutvogelkartierung mit Schwerpunkt auf einer Erfassung der als potenziell vorkommend eingestuften Feldvogelarten Feldlerche, Rebhuhn und Wachtel im Rahmen von 3 Begehungen im Frühjahr 2014 (Begehungsdaten: 15.05., 23.05., 14.06.2014).

3 Rechtliche Grundlagen

Zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten vor Beeinträchtigungen durch den Menschen sind auf gemeinschaftsrechtlicher und nationaler Ebene umfangreiche Vorschriften erlassen worden. Europarechtlich ist der Artenschutz in den Artikeln 12, 13 und 16 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992 - FFH-Richtlinie - (ABl. EG Nr. L 206/7) sowie in den Artikeln 5 bis 7 und 9 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten vom 02.04.1979 - Vogelschutzrichtlinie - (ABl. EG Nr. L 103) verankert.

Der Bundesgesetzgeber hat in den §§ 44 und 45 der Novelle des BNatSchG vom Juli 2009 die europarechtlichen Regelungen zum Artenschutz, die sich aus der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ergeben, umgesetzt. Dabei hat er die Spielräume, die die Europäische Kommission bei der Interpretation der artenschutzrechtlichen Vorschriften zulässt, rechtlich abgesichert.

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 sind folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören."*

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 ergänzt:

[1] *„Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5.*

[2] *Sind in Anhang IVa der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*

[3] *Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden.*

[4] *Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gilt Satz 2 und 3 entsprechend.*

[5] *Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.*

[6] *Die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote gelten nicht für Handlungen zur Vorbereitung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungen, die von fachkundigen Personen unter größtmöglicher Schonung der untersuchten Exemplare und der übrigen Tier- und Pflanzenwelt im notwendigen Umfang vorgenommen werden."*

Entsprechend obigem Satz 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote bei nach § 15 zulässigen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 nur für die in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Tier- und Pflanzenarten sowie die heimischen europäischen Vogelarten gem. Art. 1 Vogelschutzrichtlinie.

Werden Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen für eine Projektzulassung die Ausnahmevoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein. Artikel 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie und Art. 9 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie sind hierbei zu beachten.

Folgende Ausnahmevoraussetzungen müssen nachgewiesen werden:

- Vorliegen von zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art;
- Es sind keine zumutbare Alternativen, die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der relevanten Arten führen, gegeben;
- Es ist keine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes der Population einer Art zu erwarten bzw. bei derzeitig schlechtem Erhaltungszustand wird eine Verbesserung nicht behindert.

Laut Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie gilt für Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, dass das Vorhaben zu keiner Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustandes führen und bei Arten, die sich derzeit in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, diesen nicht weiter verschlechtern darf.

Bei europäischen Vogelarten darf das Vorhaben den aktuellen Erhaltungszustand nicht verschlechtern (Aufrechterhaltung des Status Quo).

4 Baubeschreibung und Wirkfaktoren des Vorhabens

Das B-Plangebiet „Kämpchenstrasse“ befindet sich am südlichen Ortsrand von Kohlscheid. Es ist in zwei Teilbereiche (Teil A, Teil B) untergliedert, die nacheinander realisiert werden sollen. Geplant ist die Entwicklung von Wohnbauflächen, im Teilbereich A (3,7 ha) die Errichtung von ca. 54 Ein- und Zweifamilienhäusern (Einzel-, Doppelhäusern) sowie von 3 Mehrfamilienhäusern, im Teilbereich B (5,7 ha) von ca. 59 Ein- und Zweifamilienhäusern (Einzel-, Doppelhäusern) und 6 Mehrfamilienhäusern (Städtebaulicher Entwurf 28. März 2014, HEINS ARCHITEKTEN).

Das Plangebiet umfasst in erster Linie Ackerflächen. Im Süden bildet die Kämpchenstraße die Begrenzung des Plangebietes. Hier verläuft straßenbegleitend ein Saumstreifen mit einer Baumreihe. Im Osten verläuft die Grenze der Teilfläche B unterhalb des Dammes einer alten Bahntrasse (ehemalige Bahnstrecke Stolberg–Kohlscheid) mit Rad-/Fußweg, Baumbestand und Ruderalvegetation. Im Norden wird das Plangebiet von der Wohnbebauung von Kohlscheid begrenzt, im Westen von der Dornkaulstraße.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Vorhabens ist mit folgenden Wirkfaktoren auf Individuen bzw. Lebensräume artenschutzrechtlich relevanter Arten zu rechnen:

<u>Baubedingt:</u>

- Akustische und optische Störwirkungen durch Baubetrieb, z.B. Baustellenverkehr, Maschinenbetrieb, Baupersonal. Zu beachten sind auch mögliche Auswirkungen durch künstliche Beleuchtung (Baustellenbeleuchtung). Die baubedingten Störwirkungen sind zeitlich befristet.
- (Baubedingte) Flächenbeanspruchungen, z.B. durch Lager-, Abstellflächen, Baustellenzufahrt, Rangierflächen von Baumaschinen. Baubedingte Flächeninanspruchnahmen sind zeitlich begrenzt. Grundsätzlich können beanspruchte Vegetationsflächen wiederhergestellt werden, bei bestimmten Vegetationstypen bzw. strukturen (z.B. älteren Gehölzen) ist dies aber erst mittel– bis langfristig möglich. Im Fall einer baubedingten Flächenbeanspruchung kommt es zum (zumindest zeitweiligen) Verlust der Lebensraumfunktionen für Tiere.
- (Baubedingtes) Tötungsrisiko: Eingriffe in Vegetationsflächen und –strukturen (z.B. Gehölze) sind mit einer direkten Gefährdung von Tierindividuen bzw. Entwicklungsstadien verbunden, die in den betroffenen Bereichen vorkommen und nicht ausweichen bzw. flüchten können (z.B. Jungvögel, Vogeleier in Nestern, ruhende Fledermäuse).

<u>Anlagebedingt:</u>

- Flächenversiegelung durch Bebauung (Gebäude, Erschließungen, Parkplatzflächen etc.). Auf versiegelten Flächen gehen Lebensraumfunktionen für Pflanzen und Tiere weitgehend verloren.
- Umnutzung und Umgestaltung vorhandener Vegetationsflächen in Grün- und Abstandsflächen. Derartige Umgestaltungsmaßnahmen können mit Beeinträchtigungen von Lebensraumfunktionen für Tiere verbunden sein, etwa infolge der Veränderung der Vegetationsstruktur, sowie einer verstärkten Frequentierung und intensiven Unterhaltung der Freiflächen. Unter Umständen können Funktionen als Lebensräume/Teillebensräume aber auch zumindest teilweise erhalten bleiben (z. B. als Nahrungsräume für Fledermäuse).
- Kulissenwirkung: Die Bebauung und Begrünung offener Flächen kann sich auf Artvorkommen in der Umgebung auswirken, und zwar auf Arten, die ein Abstandsverhalten gegenüber Vertikalstrukturen (Gehölzen, Waldrändern, Bebauung…) zeigen. Zu diesen „Kulissenflüchtern“ gehört z.B. die Feldlerche.
- Hindernis-, Barrierewirkungen: Bauwerke können die Vernetzung bzw. den Verbund von Lebensräumen beeinträchtigen, etwa wenn sie lineare Strukturen unterbrechen, die von mo-

bilen Tierarten (z.B. Fledermäusen) als Leitlinien für Transfer- oder Nahrungsflüge genutzt werden, oder wenn sie sich in unmittelbarer Nähe von Fledermausquartieren oder Vogelbrutplätzen befinden und den freien Anflug zum Quartier bzw. Brutplatz behindern.

Betriebsbedingt:

- Verstärkte Störwirkungen. Der Vorhabensbereich liegt in einem Ortsrandbereich und ist aufgrund der angrenzenden Bebauung, des Straßenverkehrs auf der Dornkaulstraße und Kämpchenstraße und der Nutzung des auf der ehemaligen Bahntrasse verlaufenden Rad-/Fußweges durch Störwirkungen vorbelastet. Mit einem Auftreten besonders störempfindlicher Tierarten ist daher nicht zu rechnen. Dennoch sind störungsbedingte Beeinträchtigungen artenschutzrechtlich relevanter Tierarten denkbar, da unmittelbar an den Vorhabensbereich angrenzende Lebensräume (z.B. Gehölze in Gärten, am Rad-/Fußweg) nach der geplanten Bebauung stärkeren Störreizen ausgesetzt sein könnten als derzeit.

  Weiterhin sind mögliche Störwirkungen durch Beleuchtung zu beachten. Bestimmte Fledermausarten reagieren empfindlich auf künstliche Beleuchtung. Falls im Vorhabensbereich die Installation von Straßenbeleuchtungen vorgesehen ist, sind Beeinträchtigungen solcher Arten theoretisch denkbar, insbesondere ein Meideverhalten gegenüber beleuchteten Bereichen.

5 Stufe I der Artenschutzprüfung (Vorprüfung)

5.1 Vorgehensweise bei der Auswahl und Abhandlung der europäisch geschützten Arten

Der artenschutzrechtliche Prüfumfang beschränkt sich auf die europäisch geschützten FFH-Anhang IV-Arten und die europäischen Vogelarten. Dabei ist zu unterscheiden in planungsrelevante Arten und nicht planungsrelevante Arten, zu denen ausgestorbene Arten, Irrgäste sowie sporadische Zuwanderer gehören, weiterhin „Allerweltsarten“ mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit. Bei den nicht planungsrelevanten Arten kann im Regelfall (bei Berücksichtigung von Maßnahmen zur Tötungsvermeidung) davon ausgegangen werden, dass nicht gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen wird (vgl. MUNLV 2007).

Laut Datenabfrage im Landschaftsinformationssystem NRW (LANUV NRW 2010, Stand Juni 2014) liegen für den Vorhabensbereich und dessen nahe Umgebung keine Nachweise planungsrelevanter Arten vor.

Die Prüfung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände erfolgt im vorliegenden Fall auf Grundlage der Aufstellung der planungsrelevanten Arten für das Messtischblatt 5102 „Herzogenrath“ (LANUV NRW 2013), in dem der Vorhabensbereich liegt. Die Auswahl planungsrelevanter Arten im MTB 5102 für die im Betrachtungsgebiet (B-Plangebiete und Umgebung) vorhandenen Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken“, „Äcker“, „Säume, Hochstaudenfluren“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“, „Gebäude“ sowie „Deiche und Wälle“ enthält 47 planungsrelevante Tierarten, darunter 9 Säugetierarten, 34 Vogelarten, 3 Amphibienarten und eine Käferart.

Für diese Arten wird zunächst geprüft, ob sie im Wirkungsbereich des Vorhabens vorkommen könnten, auf Grundlage der artspezifischen Lebensraumansprüche und einer Erfassung der Biotop- und Nutzungstypen sowie artenschutzrechtlich relevanter Strukturen (siehe Kapitel 5.2) im Betrachtungsgebiet. Diese Prüfung erfolgt in tabellarischer Form in Kapitel 5.3.

Für diejenigen Arten, für die ein Vorkommen im Wirkungsbereich des Vorhabens nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann, erfolgt anschließend eine Einschätzung, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände durch vorhabensbedingte Wirkungen erfüllt werden könnten oder nicht. Diese Prüfung erfolgt art- bzw. artengruppenbezogen in Kapitel 5.4. Dabei werden Maßnahmen zur Vermeidung von artenschutzrechtlich relevanten Beeinträchtigungen bzw. Störungen (siehe Kapitel 6.2) mitberücksichtigt.

5.2 Lebensraumsituation im Wirkungsraum des Vorhabens

Im Rahmen einer Begehung im April 2014 erfolgte eine Übersichtserfassung der im Vorhabensbereich und der direkten Umgebung vorhandenen Biotop- und Nutzungstypen sowie artenschutzrechtlich relevanter Kleinstrukturen (v.a. Höhlen und Spalten an Bäumen), als Grundlage für eine Einschätzung möglicher Lebensraumfunktionen des Betrachtungsraumes für planungsrelevante Tierarten.

Die Teilflächen A und B des Plangebietes umfassen ackerbaulich genutzte Flächen zwischen der Dornkaulstraße im Westen, der Kämpchenstraße im Süden, dem Damm der ehemaligen Bahntrasse im Osten und dem derzeitigen Ortsrandbereich von Kohlscheid mit Wohnbebauung und Gärten im Norden. Der Teilbereich A ist 3,7 ha, der Teilbereich B 5,7 ha groß.

Die Teilfläche A weist einen Ausläufer nach Norden auf, der durch das Wohngebiet an der Wagnerstraße verläuft. Hier ist die Anlage eines Fußweges geplant.

Die Teilfläche A wird im Westen von der Dornkaulstraße begrenzt. Zwischen Straße bzw. begleitendem Fuß-/Radweg und Ackerfläche ist nur ein rudimentärer Saum ausgebildet. Westlich der Dornkaulstraße erstreckt sich Ackerland.

Im Süden werden die Teilflächen A und B von der Kämpchenstraße begrenzt. Entlang der nördlichen Straßenseite verlaufen ein geschotterter Fußweg sowie ein ca. 3 bis 5 m breiter Saum mit Ruderalbewuchs, der sich über eine zum Acker hin abfallende Hangböschung erstreckt. Auf dem Saum stockt eine durchgängige Reihe aus Spitzahorn-Bäumen im mittleren Baumholzstadium. Die Bäume weisen keine Horste von Greifvögeln oder Höhlen und Spalten auf, die als Quartiere für Fledermäuse oder Brutplätze für höhlenbrütende Vogelarten fungieren könnten.

Südlich der Kämpchenstraße befindet sich im Westen eine kleine Wohnsiedlung aus Mehrfamilienhäusern, weiter östlich ein Bauernhof mit angrenzenden Grünlandflächen, auf denen eine markante Gruppe älterer Pappeln steht. Das Grünland wird im Osten von Wohnbebauung begrenzt.

Die östliche Grenze der Teilfläche B verläuft entlang des Dammes einer ehemaligen Bahntrasse, auf dem ein asphaltierter Rad-/Fußweg verläuft. Der Damm weist eine dichte Ruderalvegetation nährstoffreicher Standorte auf (produktive Gräser, Nitrophyten). Zwischen dem Dammfuß auf der Westseite und dem Acker befindet sich ein Grasweg, der im südlichen Abschnitt durch die Nutzung noch offen und kurzwüchsig, im nördlichen Abschnitt verbracht ist (hochwüchsige Gras-, Staudenvegetation). Auf dem Damm verläuft entlang des Fußweges eine Baumreihe aus Obstbäumen, im nördlichen Abschnitt sind beidseitig Baumreihen vorhanden. Die Obstbäume (Apfel, Kirsche u.a.) sind überwiegend noch relativ jung (Jungbäume bis schwaches Baumholz), nur einzelne Kirschbäume erreichen das mittlere Baumholzstadium. Randlich der nordöstlichen Plangebietsgrenze stocken an der ehemaligen Bahntrasse auch einzelne stärkere Einzelbäume (Birke, Bergahorn) sowie dichte Gebüsche (Hartriegel, Holunder). Die Untersuchung des Baumbestandes auf Horstbäume und auf Höhlen und Spalten mit einer Eignung für Fledermäuse oder höhlenbrütende Vögel blieb ohne Ergebnis.

Östlich der ehemaligen Bahntrasse befinden sich eine Ackerfläche sowie Kleingärten, weiter nördlich ein Bolzplatz und Spielplatz mit randlichem Laubbaumbestand.

Im Norden werden die Teilflächen A und B durch die Wohnbebauung von Kohlscheid an der Wagnerstraße und Brucknerstraße begrenzt. An die Ackerflächen grenzen Wohngärten an, die z.T. gehölzreich sind, so z.B. an der Nordseite vom Teilbereich A. Hier befinden sich in den Gärten einige markante Koniferengruppen.

5.3 Vorkommen planungsrelevanter Arten des MTB 5102 im Wirkungsbereich des Vorhabens

In der nachfolgenden Tabelle sind die planungsrelevanten Arten, die laut Aufstellung des LANUV NRW (2013) im MTB 5102 in den im Betrachtungsraum vertretenen Lebensraumtypen zusammengestellt. Es handelt sich um 47 Tierarten: 9 Säugetierarten, 34 Vogelarten, 3 Amphibienarten und eine Käferart.

Für die Arten wird anhand ihrer ökologischen Ansprüche (vgl. u.a. MUNLV 2007) und des Lebensraumangebotes eingeschätzt, ob sie im Wirkungsbereich des Vorhabens vorkommen könnten. Zum möglichen Wirkungsbereich gehören die Teilbereiche A und B des B-Plangebietes sowie daran angrenzende Lebensräume, die von baubedingten Eingriffen oder bau-/anlage-/betriebsbedingten Störwirkungen betroffen sein könnten.

Für Arten, für die ein Vorkommen im Wirkungsbereich nicht mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann, erfolgt eine nähere Betrachtung hinsichtlich der möglichen Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände in Kapitel 5.4.

Tab. 1: Mögliche Vorkommen planungsrelevanter Arten des MTB 5102 (Auswahl für die Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken“, „Äcker“, „Säume, Hochstaudenfluren“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“, „Gebäude“ sowie „Deiche und Wälle“, LANUV NRW 2013) im Wirkungsbereich des Vorhabens

S Statusangabe für das MTB laut LANUV NRW (2013): b sicher brütend, (b) beobachtet zur Brutzeit, v Art vorhanden;
EZ Erhaltungszustand NW (KON): g günstig, u ungünstig/unzureichend, s ungünstig/schlecht, ubk unbekannt;
RL NW Rote Liste-Status für Nordrhein—Westfalen
RL NB TL Rote Liste-Status für Großlandschaft Niederrhein. Bucht bzw. für das Tiefland in NRW (Säugetiere)
RL D Rote Liste für Deutschland
0 ausgestorben oder verschollen, 1 vom Aussterben bedroht, 2 stark gefährdet, 3 gefährdet, 4 potenziell gefährdet, G Gefährdung anzunehmen, aber Status unbekannt, R extrem seltene Art mit geografischer Restriktion, V Arten der Vorwarnliste, D Daten defizitär, S von Naturschutzmaßnahmen abhängig, * ungefährdet, - keine Einstufung (keine Rote Liste vorliegend).

Rote Listen NRW: Säuger: MEINIG et al. (2011); Vögel: SUDMANN et al. (2008), Amphibien: SCHLÜPMANN et al. (2011), Rote Listen Deutschland: Säuger, Vögel, Amphibien: BFN (2009).

Blau: als potenziell vorkommend eingestufte Arten

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	S	EZ	RL NW	RL NB TL	RL D	Mögliches Vorkommen
Säugetiere							
Europäischer Biber	*Castor fiber*	v	g	3	3	V	**Nein**; keine geeigneten Lebensräume (Flussauen) im Plangebiet und Umgebung.
Feldhamster	*Cricetus cricetus*	v	s	1	1	1	**Nein;** nächstgelegene Vorkommen ca. 3,5 km vom Vorhabensbereich entfernt, räumlich funktionaler Zusammenhang der Feldflur ist durch Straßen, Siedlungen unterbrochen, daher ist nicht von einem Vorkommen der Art auszugehen (schriftl. Mitt. Hr. THYSSEN/Umweltamt Städteregion Aachen 2014).
Haselmaus	*Muscardinus avellanarius*	v	g	G	G	G	**Nein**; keine geeigneten Lebensräume (Wälder, Feldgehölze, größere Heckenkomplexe) im Vorhabensbereich.
Braunes Langohr	*Plecotus auritus*	v	g	G	G	V	**Ja**; keine Quartiermöglichkeiten im Vorhabensbereich, aber Vorkommen als Nahrungsgast an Gehölzen, Säumen randlich des Vorhabensbereiches denkbar.
Breitflügelfledermaus	*Eptesicus serotinus*	v	g	2	2	G	**Ja**; keine Quartiermöglichkeiten im Vorhabensbereich, aber Vorkommen als Nahrungsgast als Nahrungsgast an Gehölzen, Säumen

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	S	EZ	RL NW	RL NB TL	RL D	Mögliches Vorkommen
							randlich des Vorhabensbereiches denkbar.
Großer Abendsegler	*Nyctalus noctula*	v	g	R	V	V	**Ja**; keine Quartiermöglichkeiten im Vorhabensbereich, aber Vorkommen als Nahrungsgast denkbar (Jagd im freien Luftraum über Wald, Offenland, Siedlungen).
Großes Mausohr	*Myotis myotis*	v	u	2	2	V	**Nein**; keine Quartiermöglichkeiten im Vorhabensbereich, Nahrungsgast vor allem Waldgebieten, im Vorhabensbereich Auftreten sehr unwahrscheinlich.
Wasserfledermaus	*Myotis daubentonii*	v	g	G	G	*	**Nein**; Vorkommen sehr unwahrscheinlich, Quartiere vor allem in Wäldern, Jagdhabitate an größeren Gewässern.
Zwergfledermaus	*Pipistrellus pipistrellus*	v	g	*	*	*	**Ja**; Verbreitete Art im Siedlungsraum. Keine Quartiermöglichkeiten im Vorhabensbereich, aber Vorkommen als Nahrungsgast wahrscheinlich, v.a. an Gehölzen, Säumen randlich bzw. in der Umgebung des Vorhabensbereiches.
Vögel							
Baumfalke	*Falco subbuteo*	b	u	3	2	3	**Nein**; im Betrachtungsraum keine geeignete (störungsarme) Bruthabitate, Auftreten als Nahrungsgast aufgrund innerörtlicher Lage unwahrscheinlich.
Beutelmeise	*Remiz pendulinus*	b	u	R	R	*	**Nein**; im Betrachtungsraum keine geeignete Bruthabitate (Weiden-Röhricht-Komplexe).
Eisvogel	*Alcedo atthis*	b	g	*	3 S	*	**Nein**; keine geeigneten Brut-, Nahrungslebensräume im Betrachtungsraum (fischreiche Gewässer mit Steilwänden).
Feldlerche	*Alauda arvensis*	b	g	3 S	3	3	**Ja**; möglicher Brutvogel auf Ackerflächen im Vorhabensbereich.
Feldschwirl	*Locustella naevia*	b	g	3	V	V	**Ja**; Vorkommen in Brachvegetation am Bahndamm nicht sicher auszuschließen.
Gartenrotschwanz	*Phoenicurus phoenicurus*	b	u	2	1	*	**Nein**; keine geeigneten Brutlebensräume (Höhlenbäume in Komb. mit Freiflächen mit vielfältiger Krautschicht).
Graureiher	*Ardea cinerea*	b	g	* S	* S	*	**Nein**; keine geeigneten Brut-, Nahrungslebensräume im Betrachtungsraum (Baumbestände in Gewässernähe als Brutplätze, Feuchtgebiete, offene Agrarflächen als Nahrungsräume).
Habicht	*Accipiter gentilis*	b	g	V	*	*	**Nein**; keine geeigneten Brutplätze im Betrachtungsraum (störungsarme Waldbereiche), Auftreten als Nahrungsgast unwahrscheinlich.
Heidelerche	*Lullula arborea*	b	u	3 S	V	V	**Nein;** keine geeigneten Brutlebensräume (halboffene Landschaften mit vegetationsarmen Flächen).
Kiebitz	*Vanellus vanellus*	b	b	3 S	V	2	**Nein**; Ackerflächen (Wintergetreide) ohne Eignung als Bruthabitate.
Kleinspecht	*Dryobates minor*	b	g	3	3	V	**Nein**; keine geeigneten Bruthabitate im Betrachtungsraum (Wälder,

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	S	EZ	RL NW	RL NB TL	RL D	Mögliches Vorkommen
							Baumbestände mit Weichhölzern, Totholz).
Krickente	*Anas crecca*	b	u	3 S	2 S	3	**Nein,** im Betrachtungsraum keine geeignete Bruthabitate (dicht bewachsene Gewässer).
Mäusebussard	*Buteo buteo*	b	g	*	*	*	**Ja**; keine Brut im Untersuchungsgebiet. Auftreten als sporadischer Nahrungsgast möglich.
Mehlschwalbe	*Delichon urbicum*	b	g	3	3	V	**Ja**; keine Brut im Vorhabensbereich, aber evtl. in Siedlungsbereichen im Umfeld, Auftreten als Nahrungsgast möglich.
Nachtigall	*Luscinia megarhynchos*	b	g	3	2	*	**Nein**; keine geeigneten Bruthabitate (größere Gebüsche, unterholzreiche Baumbestände u.ä., ab ca. 0,2 ha Größe).
Neuntöter	*Lanius collurio*	b	u	V S	3	*	**Nein**; keine geeigneten Bruthabitate (Offenlandbereiche mit Hecken).
Pirol	*Oriolus oriolus*	b	u	1	1	V	**Nein**; Baumbestände randlich der Vorhabensfläche zu klein, isoliert und durch Störwirkungen belastet.
Rauchschwalbe	*Hirundo rustica*	b	g	3	3	V	**Ja**; keine Brut im Vorhabensbereich, aber evtl. im Umfeld, Auftreten als Nahrungsgast möglich.
Rebhuhn	*Perdix perdix*	b	u	2 S	2 S	2	**Ja**; Brutvorkommen theoretisch denkbar, mögl. Niststandorte v.a. in Ruderalfluren am Bahndamm, an der Kämpchenstraße.
Rotmilan	*Milvus milvus*	b	s	3	2	*	**Ja**; Auftreten als sporadischer Nahrungsgast theoretisch denkbar, wenn Brut in der weiteren Umgebung des Vorhabensbereiches.
Saatkrähe	*Corvus frugilegus*	b	g	* S	V S	*	**Ja**; keine Brutkolonie im Betrachtungsgebiet, aber Auftreten als Nahrungsgast auf den Ackerflächen möglich.
Schleiereule	*Tyto alba*	b	g	* S	V S	*	**Ja**; Brutvogel in Scheunen, Hofanlagen, Kirchtürmen u.ä., als Nahrungsgast im offenen Kulturland. Im Vorhabensbereich Auftreten als Nahrungsgast denkbar.
Schwarzkehlchen	*Saxicola rubicola*	b	u	3 S	2	V	**Nein**; im Untersuchungsgebiet keine geeigneten Bruthabitate (strukturreiche Lebensräume mit abwechslungsreicher Vegetation im Offenland)
Schwarzspecht	*Dryocopus martius*	b	g	* S	*	*	**Nein**; Betrachtungsgebiet ohne Anschluss an größere Waldgebiete, bietet keine geeigneten Brut-, Nahrungshabitate.
Sperber	*Accipiter nisus*	b	g	*	V	*	**Ja**; wg. Störeinflüssen keine Brut in Gehölzen randlich des Vorhabensbereiches zu erwarten, aber Auftreten als Gastvogel denkbar.
Steinkauz	*Athene noctua*	b	g	3 S	2	2	**Nein**; Auftreten im Vorhabensbereich nicht zu erwarten, auch kein Brutvorkommnen am Hof an der Kämpchenstraße (kein Baumbestand mit Höhlenbäumen), hier allenfalls Nahrungsgast im Grünland.

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	S	EZ	RL NW	RL NB TL	RL D	Mögliches Vorkommen
Turmfalke	*Falco tinnunculus*	b	g	V S	V S	*	**Ja**; kein Brutstandort im Betrachtungsgebiet zu erwarten, aber möglicher Nahrungsgast auf den Ackerflächen.
Turteltaube	*Streptopelia turtur*	b	u	2	1	3	**Nein**; im Betrachtungsgebiet keine geeigneten Bruthabitate (größere Gebüsche, unterholzreiche Waldränder u.ä.).
Uferschwalbe	*Riparia riparia*	b	g	V S	V	*	**Nein**; im Betrachtungsgebiet und Umgebung keine geeigneten Bruthabitate (Kies-, Sandgruben)
Wachtel	*Coturnix coturnix*	b	u	2 S	2 S	*	**Ja**; Auftreten auf Ackerflächen des Vorhabensbereiches nicht ausgeschlossen.
Waldkauz	*Strix aluco*	b	g	*	*	*	**Ja**; keine Höhlenbäume als mögl. Brutstandorte im Betrachtungsgebietes, aber Auftreten als Gastvogel denkbar.
Waldohreule	*Asio otus*	b	g	3	3	*	**Ja**; Fichten in Gärten nördlich des Vorhabensbereiches theoretisch geeignet als Brut-, Ruheplätze, weiterhin Auftreten als Nahrungsgast denkbar.
Wasserralle	*Rallus aquaticus*	(b)	u	3	3	V	**Nein**; im Betrachtungsgebiet keine geeigneten Bruthabitate (Röhrichte, Verlandungszonen).
Wiesenpieper	*Anthus pratensis*	b	g	2 S	3	V	**Nein**; im Betrachtungsgebiet keine geeigneten Bruthabitate (Extensivgrünland, Brachen in der offenen Feldflur).
Amphibien							
Geburtshelferkröte	*Alytes obstetricans*	v	u	2	2	3	**Nein**; im Betrachtungsraum befinden sich keine geeigneten Lebensräume (Abgrabungen, Brachflächen etc. mit Gewässern).
Kleiner Wasserfrosch	*Rana lessonae*	v	g	3	3	G	**Nein**; im Betrachtungsraum befinden sich keine geeigneten Lebensräume (Offenland-/Waldbereiche mit Gewässern).
Kreuzkröte	*Bufo calamita*	v	u	3	V	3	**Nein**; im Betrachtungsraum befinden sich keine geeigneten Lebensräume (vegetationsarme Offenlandbereiche mit Gewässern).
Käfer							
Eremit	*Osmoderma eremita*	v	s	-	-	2	**Nein**; aufgrund des Fehlens von Gehölzen mit Altholz bzw. Totholz ist ein Vorkommen ausgeschlossen.

Eine Anfrage zu einem möglichen Vorkommen der Art des Anhangs IV FFH-RL Feldhamster im Vorhabensbereich wurde seitens des Umweltamtes der StädteRegionAachen, Herrn THYSSEN (schriftl. Mitt. 12.05.2014), wie folgt beantwortet: Für den Bereich des Plangebietes und seiner Umgebung hat es in den letzten 3 Jahrzehnten keinen Nachweis der Art gegeben. Das B-Plangebiet ist ca. 3,5 km von den nächstgelegenen Nachweisbereichen ("Avantis-Hamster") entfernt. Dazwischen liegen eine Ortschaft, ein Gewerbegebiet und 2 stark befahrene Straßen. Insofern kann man davon ausgehen, dass im Plangebiet kein Feldhamster vorkommt.

5.4 Mögliche artenschutzrechtliche Betroffenheiten der im Wirkungsbereich des Vorhabens potenziell vorkommenden planungsrelevanten Arten

Im Folgenden werden für die Arten, für die ein Vorkommen im Wirkungsbereich des Vorhabens theoretisch denkbar ist, die möglichen Betroffenheiten durch vorhabensbedingte Wirkungen dargestellt und im Hinblick auf die Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände bewertet.

5.4.1 Säugetiere

Braunes Langohr (*Plecotus auritus*), Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*), Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*), Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)

Tötungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 (i. V. m. Abs. 5) BNatSchG:

Das Vorhaben ist nicht mit einer Rodung von Gehölzen mit Baumhöhlen oder -spalten oder mit Eingriffen in Gebäude verbunden, die als Quartiere für Fledermausarten fungieren könnten. Somit besteht kein eingriffsbedingtes Tötungsrisiko für in Quartieren ruhende Fledermausindividuen. Anlage-/betriebsbedingt besteht ebenfalls kein Tötungsrisiko. Tötungstatbestände treten nicht ein.

Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Bäume mit Höhlen und Spalten sowie Gebäude als mögliche Fortpflanzungs-/Ruhestätten der Fledermausarten sind nicht von vorhabensbedingten Eingriffen betroffen.

Indirekte Funktionsbeeinträchtigungen bzw. -verluste von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, etwa im Zusammenhang mit der Beanspruchung der Freiflächen als Nahrungsräume, sind nicht zu erwarten, da die Flächeninanspruchnahme im Wesentlichen Ackerbereiche mit einer geringen Eignung für jagende Fledermäuse und insgesamt nur einen geringen Anteil der potenziellen Nahrungsräume für evtl. vorhandene Vorkommen betrifft. Außerdem ist der Vorhabensbereich auch nach Realisierung der Bebauung von Fledermäusen als Nahrungsraum nutzbar. Nennenswerte Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Nahrungsräumen sind daher für keine der genannten Fledermausarten zu erwarten.

Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG:

Bestimmte Fledermausarten, darunter auch das Braune Langohr, sind empfindlich gegenüber Störwirkungen durch künstliche Beleuchtung. Das Braune Langohr könnte an Gehölzen bzw. Säumen randlich des Vorhabensbereiches als Nahrungsgast auftreten. Eine essenzielle Bedeutung dieser Randstrukturen als Nahrungshabitat oder als Leitlinie für Transferflüge ist aber in Anbetracht der Lebensraumsituation (Lage des Vorhabensbereiches am Ortsrand, nicht in der Nähe größerer Wald-, Baumbestände mit Baumhöhlen als mögliche Koloniestandorte) nicht zu erwarten. Somit können erhebliche Störungen des Braunen Langohrs ausgeschlossen werden.

Im Falle einer Installation von Außenbeleuchtungen an Erschließungen wird aber empfohlen, die Reduzierung von Lichtemissionen zu reduzieren, insbesondere am Bahndamm östlich des Vorhabensbereiches und an der Kämpchenstraße (Kapitel 6.2, Maßnahme V3).

Weitere vorhabensbedingte Störwirkungen mit möglicher erheblicher Auswirkung auf lokale Fledermausvorkommen, z.B. Zerschneidungswirkungen, sind nicht ersichtlich. Die Bahntrasse östlich der Teilfläche B und der Baumbestand an der Kämpchenstraße, die theoretisch als Leitstrukturen für Fledermäuse bei Jagd- bzw. Transferflügen fungieren könnten, bleiben erhalten.

Erhebliche Störungen lokaler Populationen von Fledermausarten können insgesamt ausgeschlossen werden. Der Störungstatbestand ist nicht erfüllt.

5.4.2 Vögel

Potenzielle Gastvogelarten: Mäusebussard *(Buteo buteo),* Mehlschwalbe *(Delichon urbicum),* Rauchschwalbe *(Hirundo rustica),* Rotmilan *(Milvus milvus),* Saatkrähe *(Corvus frugilegus),* Schleiereule *(Tyto alba),* Sperber *(Accipiter nisus),* Turmfalke *(Falco tinnunculus),* Waldkauz *(Strix aluco)*

Tötungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 (i. V. m. Abs. 5) BNatSchG:

Brutvorkommen dieser Arten können im Vorhabensbereich ausgeschlossen werden. Ein eingriffsbedingtes Tötungsrisiko entsteht somit nicht. Der Tatbestand ist nicht erfüllt.

Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Im Vorhabensbereich befinden sich keine Brutstandorte dieser Arten. Somit besteht keine direkte Gefährdung für Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch vorhabensbedingte Eingriffe.

Weiterhin sind keine Funktionsverluste von Fortpflanzungs- und Ruhestätten infolge von Störwirkungen oder vorhabensbedingten Inanspruchnahmen essenzieller Teillebensräume (z.B. Nahrungshabitate) zu erwarten. Der Vorhabensbereich hat zwar eine theoretische Eignung als Nahrungsraum für die Arten dieser Gruppe, eine essenzielle Bedeutung für evtl. in der Umgebung vorhandene Brutvorkommen ist aber nicht ersichtlich, da es sich jeweils um Vogelarten mit relativ großen Aktionsräumen handelt und für ggf. betroffene Vorkommen weitere mögliche Nahrungsräume in Gärten, Grün-/Abstandsflächen im Ortsbereich sowie in ortsnahen Offenlandflächen in geringer Entfernung vom Vorhabensbereich zur Verfügung stehen.

Der Schädigungstatbestand ist nicht erfüllt.

Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG:

Vorhabensbedingt sind, über die oben beschriebene Flächeninanspruchnahme hinaus, keine nennenswerten Lebensraumbeeinträchtigungen für Arten dieser Gruppe durch Störwirkungen ersichtlich.

Diesbezügliche Auswirkungen auf Lokalpopulationen können ausgeschlossen werden, der Störungstatbestand ist nicht erfüllt.

Potenzielle Brutvogelart: Waldohreule (*Asio otus*)

Tötungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 (i. V. m. Abs. 5) BNatSchG:

In Gärten nördlich des Vorhabensbereiches befinden sich einzelne Koniferengruppen, die von der Waldohreule als Brut- oder Ruheplatz genutzt werden könnten, u.a. auch unmittelbar randlich eines geplanten Weges von der Teilfläche A zur Wagnerstraße. Die Koniferen an dieser Wegtrasse sind nach Möglichkeit zu erhalten (Kapitel 6.2, Maßnahme V2). Falls Eingriffe nicht zu vermeiden sind, sind diese außerhalb der Brutzeit durchzuführen, um eingriffsbedingte Gefährdungen von Individuen bzw. Entwicklungsstadien zu vermeiden (Kapitel 6.2, Maßnahme V1).

Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Koniferen (Fichten) in Gärten, die im Norden an die Teilflächen A und B grenzen, könnten von der Art als Brut- oder Ruheplatz genutzt werden. Bau-/anlagebedingte Eingriffe in diese Nadelholzgruppen sind zu vermeiden (Kapitel 6.2, Maßnahme V2). Falls eine Entfernung einzelner Koniferen im Bereich des geplanten Weges von der Teilfläche A zur Wagnerstraße nicht zu vermeiden ist, ist eine Zerstörung einer Fortpflanzungs-/Ruhestätte der Waldohreule nicht auszu-

schließen. Verluste bzw. Beeinträchtigungen weiterer Koniferen in ihrer möglichen Funktion als Brut-/Ruheplätze für Waldohreulen sind nach den vorliegenden Planentwürfen nicht zu erwarten, da die geplante Bebauung nicht unmittelbar an die bestehenden Siedlungs-/Gartenbereiche anschließt.

Mögliche Eingriffe betreffen somit allenfalls Einzelbäume und einen insgesamt sehr geringen Anteil der Gehölze in den südlichen Ortsrandbereichen von Kohlscheid. Im (wenig wahrscheinlichen) Falle einer Betroffenheit eines Brut-/Ruheplatzes der Waldohreule stehen daher Baumbestände mit einer vergleichbaren Eignung als Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung. Somit bleibt die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang für das lokale Vorkommen der Waldohreule auch ohne weitere Maßnahmen gewahrt.

Dies gilt auch für den Fall, dass der Vorhabensbereich als Nahrungsraum für die Waldohreule fungiert: Die Flächeninanspruchnahme betrifft Ackerflächen, die keine besondere Eignung als Nahrungsraum aufweisen und nur einen sehr geringen Anteil der für ein evtl. vorhandenes Waldohreulen-Vorkommen theoretisch nutzbaren Nahrungsfläche einnehmen (Größe Brutrevier 20 – 100 ha, MUNLV 2007).

Der Schädigungstatbestand tritt nicht ein.

Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG:

Die Waldohreule kommt regelmäßig auch in Siedlungsbereichen bzw. Siedlungsrandbereichen vor, eine hohe Empfindlichkeit gegenüber anthropogenen Störwirkungen besteht nicht. Falls die Art Baumbestände in der Umgebung des Vorhabensbereiches als Brut- oder Ruheplätze nutzt, ist nicht davon auszugehen, dass diese aufgrund von Störwirkungen aufgegeben werden. Baubedingte sowie mit dem Vorhaben verbundene dauerhafte Störwirkungen wirken sich daher nicht erheblich auf die Lokalpopulation der Waldohreule aus. Der Störungstatbestand ist nicht erfüllt.

Potenzielle Brutvogelarten: Feldlerche (*Alauda arvensis*), Rebhuhn (*Perdix perdix*), Wachtel (*Coturnix coturnix*)

Tötungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 (i. V. m. Abs. 5) BNatSchG:

Die Arten werden als potenzielle Brutvögel auf den Ackerflächen eingestuft, wobei für das Rebhuhn insbesondere die randliche Saumvegetation (am Bahndamm, an der Kämpchenstraße) mögliche Brutbereiche bietet. Zumindest die Ackerflächen sind von bau-/anlagebedingten Eingriffen betroffen. Eingriffsbedingte Gefährdungen von Individuen bzw. Entwicklungsstadien können aber generell durch Vermeidungsmaßnahmen, insbesondere Ausschlusszeiten für die Bauflächenräumung, vermieden werden (Kapitel 6.2, Maßnahme V1).

Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Die Arten werden als potenzielle Brutvögel auf den Ackerflächen der Plangebiete bzw. in den randlichen Saumstrukturen eingestuft. Die Flächeninanspruchnahme könnte mit Verlusten von Fortpflanzungs-/Ruhestätten einhergehen. Es kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass für evtl. betroffene Vorkommen Ausweichmöglichkeiten in der Umgebung verfügbar sind, da Feldflurbereiche in der Umgebung entsprechend ihrer Kapazitäten bereits von diesen Arten besiedelt sein dürften. Die ökologische Funktion von Fortpflanzungs-/Ruhestätten bliebe somit nicht gewahrt, der Verbotstatbestand wäre erfüllt.

Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG:

Baubedingte sowie mit dem Vorhaben verbundene dauerhafte Störwirkungen auf Lebensräume dieser Arten im Bereich der Plangebiete würden durch die direkte Flächeninanspruchnahme überlagert (siehe oben). Für mögliche Vorkommen der Arten in Offenlandbereichen in der Umgebung der Plangebiete würden sich in Anbetracht der Vorbelastung durch bereits vorhandene Straßen und Siedlungen keine erheblichen Störungen ergeben. Der Störungstatbestand ist somit nicht erfüllt.

Potenzielle Brutvogelart: Feldschwirl (*Locustella naevia*)

Tötungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 1 (i. V. m. Abs. 5) BNatSchG:

Die Art wird als potenzieller Brutvogel in der Ruderalvegetation am ehemaligen Bahndamm eingestuft. Eine direkte Inanspruchnahme ist anlagebedingt nicht vorgesehen. Baubedingte Eingriffe könnten ggf. durch Schutzmaßnahmen vermieden werden. Eingriffsbedingte Gefährdungen von Individuen bzw. Entwicklungsstadien können weiterhin generell durch Vermeidungsmaßnahmen, insbesondere Ausschlusszeiten für die Bauflächenräumung, vermieden werden (Kapitel 6.2, Maßnahme V1).

Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG:

Anlagebedingt kommt es nicht zu einer direkten Inanspruchnahme der Ruderalvegetation am ehemaligen Bahndamm, die mögliche Brutbereiche bietet. Eine baubedingte Inanspruchnahme ließe sich ggf. vermeiden. Im Falle eines Vorkommens der Art am Bahndamm wäre aber eine Aufgabe des Reviers (und damit verbunden ein Funktionsverlust der Fortpflanzungs-/Ruhestätte) durch optische Wirkungen der Bebauung (Kulissenwirkung) sowie durch Störwirkungen infolge der unmittelbar angrenzenden Wohnnutzung denkbar. Es kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass für ein evtl. betroffenes Vorkommen Ausweichmöglichkeiten in der Umgebung verfügbar sind. Die ökologische Funktion von Fortpflanzungs-/Ruhestätten bliebe somit nicht gewahrt, der Verbotstatbestand wäre erfüllt.

Störungstatbestände gem. § 44 Abs.1, Nr. 2 BNatSchG:

Baubedingte sowie mit dem Vorhaben verbundene dauerhafte Störwirkungen könnten im Falle eines Vorkommens der Art am ehemaligen Bahndamm zu einer Aufgabe des Brutrevieres führen. Dies könnte mit einer Beeinträchtigung der Lokalpopulation verbunden sein.

5.4.3 Zusammenfassung: Mögliche Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände bei planungsrelevanten Arten

Für die als potenziell vorkommend eingestuften planungsrelevanten Vogelarten Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel und Feldschwirl ist denkbar, dass vorhabensbedingte Auswirkungen zur Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände führen. Im Rahmen einer Bestandserfassung wurde geprüft, ob diese Arten im Vorhabensbereich vorkommen (siehe Kapitel 6).

Bei weiteren planungsrelevanten Vogelarten sowie den als potenziell vorkommend eingestuften Fledermausarten ist nicht mit dem Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände zu rechnen, da vorhabensbedingte Beeinträchtigungen allenfalls nicht-essenzielle Teillebensräume (v.a. Nahrungsräume) betreffen oder (im Fall einer Betroffenheit von Brut-/Ruheplätzen) begründet davon ausgegangen werden kann, dass Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind (Waldohreule).

6 Stufe II der Artenschutzprüfung: Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände

6.1 Ergebnisse Bestandserfassung

Im Frühjahr 2014 erfolgte eine Bestandserfassung von Brutvogelarten, die schwerpunktmäßig auf eine Erfassung derjenigen planungsrelevanten Vogelarten abzielte, für die auf Grundlage der Potenzialeinschätzung von einer möglichen Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände auszugehen war (Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Feldschwirl).

Die Erfassung erfolgte im Rahmen von 3 Begehungsterminen (15.05., 23.05., 14.06.2014). Die Ergebnisse der Bestandserfassung sind in der nachfolgenden Artenliste zusammengestellt.

Tab. 2: Nachgewiesene Vogelarten im Wirkungsbereich des Vorhabens (B-Plangebiet Teilflächen A und B und unmittelbare Umgebung)

Status **Status im Untersuchungsgebiet**: B Brutvogel bzw. Brutverdacht , NG Nahrungsgast
RL NW **Rote Liste-Status für Nordrhein—Westfalen**
RL D **Rote Liste für Deutschland**
0 ausgestorben oder verschollen, 1 vom Aussterben bedroht, 2 stark gefährdet, 3 gefährdet, 4 potenziell gefährdet, G Gefährdung anzunehmen, aber Status unbekannt, R extrem seltene Art mit geografischer Restriktion, V Arten der Vorwarnliste, D Daten defizitär, S von Naturschutzmaßnahmen abhängig, * ungefährdet.

Rote Liste NRW: SUDMANN et al. (2008), Rote Liste Deutschland: Säuger, Vögel, Amphibien: BFN (2009).

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status	RL NW	RL D	Vorkommen
Amsel	*Turdus merula*	B	*	*	Verbreiteter Brutvogel in Gärten in der Umgebung des Vorhabensbereiches.
Bachstelze	*Motacilla alba*	B	V	*	1 Brutrevier am Hof südlich der Kämpchenstraße.
Blaumeise	*Parus caeruleus*	B	*	*	Brutvogel in Gehölzen nordöstlich und östlich des Vorhabensbereiches.
Bluthänfling	*Carduelis cannabina*	B	V	V	1 Brutrevier in Garten nordwestlich des Vorhabensbereiches.
Buchfink	*Fringilla coelebs*	B	*	*	Brutvogel in Gehölzen in der Umgebung des Vorhabensbereiches.
Buntspecht	*Dendrocopos major*	B	*	*	Vermutlich 1 Brutrevier im Baumbestand nordöstlich des Vorhabensbereiches.
Feldlerche	***Alauda arvensis***	**B**	**3 S**	**3**	**2 Brutreviere auf Ackerflächen des Vorhabensbereiches.**
Elster	*Pica pica*	NG	*	*	Nahrungsgast im Untersuchungsgebiet.
Graureiher	*Ardea cinerea*	NG	*	*	Nahrungsgast im Grünland südlich der Kämpchenstraße.
Grünfink	*Carduelis chloris*	B	*	*	Brutreviere in Gärten und Gehölzen im Umfeld des Vorhabensbereiches.
Hausrotschwanz	*Phoenicurus ochruros*	B	*	*	Brutreviere in der Bebauung nordwestlich und am Hof südlich des Vorhabensbereiches.

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Status	RL NW	RL D	Vorkommen
Haussperling	*Passer domesticus*	B	V	V	Kleine Brutkolonien in Gärten nordöstlich und am Hof südlich des Vorhabensbereiches.
Heckenbraunelle	*Prunella modularis*	B	*	*	Verbreiteter Brutvogel in Gehölzen im Umfeld des Vorhabensbereiches.
Kohlmeise	*Parus major*	B	*	*	Verbreiteter Brutvogel in Gehölzen im Umfeld des Vorhabensbereiches.
Mauersegler	*Apus apus*	NG	*	*	Regelmäßiger Nahrungsgast im Luftraum über dem Untersuchungsgebiet.
Mehlschwalbe	***Delichon urbicum***	**NG, B**	**3 S**	**V**	**Regelmäßiger Nahrungsgast im Vorhabensbereich, vermutlich Bruten am Hof an der Kämpchenstraße .**
Mönchsgrasmücke	*Sylvia atricapilla*	B	*	*	Brutvogel in Gehölzen nordöstlich und östlich des Vorhabensbereiches.
Rabenkrähe	*Corvus corone*	NG, B	*	*	Nahrungsgast im Vorhabensbereich, vermutlich Brut im Baumbestand nordöstlich des Vorhabensbereiches.
Rauchschwalbe	***Hirundo rustica***	**NG, B**	**3 S**	**V**	**Regelmäßiger Nahrungsgast im Vorhabensbereich, vermutlich Bruten am Hof an der Kämpchenstraße .**
Ringeltaube	*Columba palumbus*	NG, B	*	*	Nahrungsgast im Vorhabensbereich, Bruten im Baumbestand nordöstlich des Vorhabensbereiches.
Star	*Sturnus vulgaris*	NG, B	V	*	Nahrungsgast im Vorhabensbereich, vermutl. Bruten im Baumbestand nordöstl. des Vorhabensbereiches.
Stieglitz	*Carduelis carduelis*	B	*	*	Brutvogel in Gehölzen im Umfeld des Vorhabensbereiches, auch am Hof an der Kämpchenstraße.
Wiesenschafsstelze	*Motacilla flava*	B	*	*	2 -3 Brutreviere auf Ackerflächen des Vorhabensbereiches.
Zilpzalp	*Phylloscopus collybita*	B	*	*	1 Brutrevier in Garten südöstlich des Vorhabensbereiches.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme bestätigte sich ein Vorkommen der planungsrelevanten Brutvogelart Feldlerche auf den Ackerflächen im Plangebiet (2 Reviere). In dem westlich an die Dornkaulstraße angrenzenden Offenland wurden im Nahbereich der Teilfläche A, der von einer Kulissenwirkung der geplanten Bebauung betroffen sein könnte, keine Feldlerchen-Reviere festgestellt.

Mit der Mehlschwalbe und Rauchschwalbe wurden zwei weitere planungsrelevante Vogelarten als Nahrungsgäste im Vorhabensbereich nachgewiesen. Eine artenschutzrechtlich relevante Betroffenheit durch das geplante Vorhaben konnte aber von vorneherein ausgeschlossen werden (siehe Kapitel 5.4).

Die als potenziell vorkommend eingestuften planungsrelevanten Brutvogelarten Rebhuhn, Wachtel und Feldschwirl wurden nicht nachgewiesen. Daher ist nicht von einer vorhabensbedingten Betroffenheit dieser Arten auszugehen.

6.2 Maßnahmen zur Vermeidung und zum vorgezogenen funktionalen Ausgleich

Folgende Maßnahmen sind zu beachten, um Gefährdungen bzw. Beeinträchtigungen von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie oder europäischen Vogelarten zu vermeiden oder zu mindern. Die Ermittlung möglicher Verbotstatbestände in den Kapiteln 5.4 und Kapitel 6.3 erfolgt unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen.

Zwingend erforderliche Vermeidungsmaßnahme

V1 Ausschlusszeiten für die Bauflächenräumung zur Vermeidung von Verlusten von Individuen und Entwicklungsstadien während der Brutzeit wildlebender Vogelarten

Bau-/anlagebedingte Eingriffe in Vegetationsflächen und (falls nicht vermeidbar) in Gehölze im Zuge der Bauflächenräumung sind auf den Zeitraum 1. Oktober bis 28. Februar zu beschränken. Durch diese zeitliche Vorgabe können Gefährdungen von Vogelnestern, Eiern und Jungtieren in den von Eingriffen betroffenen Bereichen vermieden werden.

Dies gilt auch für die Ackerflächen, da hier Brutvorkommen von Feldvogelarten nachgewiesen wurden (siehe Tab. 2, planungsrelevante Art: Feldlerche; nicht-planungsrelevante Art: Wiesenschafstelze). Die Ackerflächen sind im Winter vor Baubeginn zu räumen, die Flächen sind bis zum Beginn der Baumaßnahmen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Grubbern) vegetationsfrei zu halten.

Diese Maßnahme dient zur Vermeidung des Tötungstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG. Sie ist aus artenschutzrechtlicher Sicht zur Vermeidung eingriffsbedingter Gefährdungen von Individuen bzw. Entwicklungsstadien planungsrelevanter Arten laut Definition MUNLV (2007) sowie von Individuen / Entwicklungsstadien aller wildlebenden Vogelarten zwingend erforderlich.

Weitere allgemeine Vermeidungsmaßnahmen

V2 Vermeidung bau- und anlagebedingter Inanspruchnahmen von Gehölzen

Bau- und anlagebedingte Verluste von Baum- und Strauchbeständen sind zu vermeiden. Im vorliegenden Fall gilt dies insbesondere für Nadelbäume am geplanten Weg von der Teilfläche A zur Wagnerstraße und für die Baumreihe entlang der Kämpchenstraße und den Baumbestand auf dem Bahndamm an der östlichen Plangebietsgrenze.

Es handelt sich um eine allgemeine Vermeidungsmaßnahme, zur Minimierung möglicher Lebensraumverluste für in Gehölzen ruhende bzw. brütende wildlebende Vogelarten. Eine Inanspruchnahme einzelner Gehölze ist aber (bei Beachtung der Maßnahme V1) nicht mit der Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände verbunden.

V3 Reduzierung von Lichtemissionen

Bestimmte Fledermausarten reagieren empfindlich auf künstliche Beleuchtung. Falls vorhabensbedingt eine Installation von Außenbeleuchtungen vorgesehen ist, sind die Lichtemissionen durch geeignete technische Maßnahmen zu reduzieren, z.B. durch Verwendung von Leuchten mit geringer Leuchtstärke, niedriger Leuchtpunkthöhe und gerichteter Lichtabgabe (Vermeidung von Streulicht) oder durch Verwendung von Natriumdampflampen. Dies ist insbesondere im Falle einer geplanten Außenbeleuchtung im Bereich der östlichen und südlichen Plangebietsgrenze zu beachten, da der ehemaligen Bahntrasse und dem Baumbestand entlang der Kämpchenstraße eine mögliche Funktion als Leitstruktur für Fledermäuse zuzuordnen ist.

Es handelt sich ebenfalls um eine allgemeine Vermeidungsmaßnahme, zur Minimierung möglicher Störwirkungen auf Fledermäuse. Sie ist aber zur Vermeidung des Eintretens eines artenschutzrechtlichen Tatbestandes nicht zwingend erforderlich.

CEF-Maßnahme

Die folgende Maßnahme ist erforderlich, um Verluste von Fortpflanzungs-/Ruhestätten der planungsrelevanten Brutvogelart Feldlerche funktional auszugleichen und den Erhalt der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang sicherzustellen (CEF-Maßnahme), so dass der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V. m. Abs. 5 BNatSchG nicht erfüllt wird (siehe Kapitel 6.3).

A1 Förderung der Lebensraumeignung für die Feldlerche im Ackerland

Vorhabensbedingt kommt es zu einem Verlust von 2 Brutlebensräumen der planungsrelevanten Vogelart. Der funktionale Ausgleich für diesen Lebensraumverlust kann durch lebensraumverbessernde Maßnahmen im Ackerland geleistet werden, die auf eine Steigerung der Siedlungsdichte der Art abzielen. CEF-Maßnahmen müssen zum Zeitpunkt der Beeinträchtigung bereits wirksam sein und sind daher mit entsprechendem zeitlichem Vorlauf zu realisieren. Weiterhin sind sie im „räumlichen Zusammenhang“ zum Eingriffsbereich zu realisieren. Dies entspricht laut VV Artenschutz NRW im Regelfall dem Lebensraum der „lokalen Population“ (Bezugsraum für flächig verbreitete Arten wie die Feldlerche: Bereich einer naturräumlichen Landschaftseinheit oder planerische Grenzen, z.B. Gemeinde).

Bei der Realisierung der Maßnahmen für die Feldlerche sind weiterhin folgende Anforderungen zu erfüllen (vgl. MKULNV 2013):

Lage der Maßnahmenbereiche:

- ausreichende Entfernung zu potenziellen Stör- und Gefahrenquellen, z.B. Straßen,
- offenes Gelände mit freiem Horizont, d. h. ohne Gehölze / Vertikalstrukturen. Abstand zu Vertikalstrukturen > 50 m (Einzelbäume), > 120 m (Baumreihen, Feldgehölze) und 160 m (geschlossene Gehölzkulisse), nicht unter Hochspannungsfreileitungen,
- Lage von streifenförmigen Maßnahmen nicht entlang von frequentierten (Feld-) Wegen,
- möglichst in Bereichen mit größeren Schlägen ohne breite Randstrukturen (hohes Aufwertungspotenzial),

Qualitative und quantitative Anforderungen:

- Maßnahmenumfang mind. 1 ha pro Brutpaar. In begründeten Fällen kann der Flächenbedarf auch geringer ausfallen. So wurde nachgewiesen, dass bei einer bestimmten Anordnung der Maßnahmenflächen Maßnahmen auf einer Gesamtfläche von 0,5 ha für die Kompensation eines Revieres ausreichend sein können (Mitteilung der STIFTUNG RHEINISCHE KULTURLANDSCHAFT).
- Herstellung in Form von Brache-/Blühstreifen oder Brache-/Blühflächen oder durch extensive Ackernutzung.

  Bei der Anlage von Brache-/Blühstreifen und –flächen sind folgende Aspekte zu beachten:

  - Anlage vorzugsweise durch Selbstbegrünung (Paket 4041 im Anwenderhandbuch Vertragsnaturschutz, LANUV NRW 2012), alternativ dünne Einsaat mit geeignetem Saatgut

(Paket 4042 im Anwenderhandbuch Vertragsnaturschutz), dichtwüchsige Kraut-/Stauden bestände sind ungeeignet,

- o Anlage nur in Kombination mit der Anlage offener Bodenstellen (sofern diese nicht vorhanden sind), z.B. durch Kombination von Dauerbrache mit Schwarzbrache.

Die extensive Ackernutzung umfasst eine Anlage von Getreidestreifen mit doppeltem Saatreihenabstand in Kombination mit einem Verzicht auf Düngung und Pflanzenschutzmittel (Paket 4026 + 4031 + 4034 im Anwenderhandbuch Vertragsnaturschutz); sie ist als streifenförmige oder flächige Maßnahme möglich.

- Regelmäßige Pflege bzw. Neuanlage der Maßnahmenflächen bzw. –streifen. Eine Rotation auf verschiedenen Flächen ist möglich. Keine Mahd/Ernte innerhalb der Brutzeit der Feldlerche (April bis August).

Alternativ zu Entwicklungsmaßnahmen im Ackerland sind auch Maßnahmen in intensiv genutztem Grünland möglich (Extensivierung).

Im vorliegenden Fall ergibt sich aufgrund der Betroffenheit von 2 Revieren durch das geplante Vorhaben für die Realisierung der CEF-Maßnahme ein Flächenbedarf von mind. 2 ha bzw. 1 ha (siehe oben).

Es ist davon auszugehen, dass mit der Realisierung des Teilbereiches A ein Feldlerchen-Revier verloren geht und für das 2. Revier zunächst im Bereich der Teilfläche B ein geeigneter Brutlebensraum verfügbar bleibt, der erst mit der Bebauung dieser Teilfläche verloren geht. Dementsprechend entsteht für die Teilflächen A und B ein Bedarf an Ausgleichsmaßnahmen für jeweils 1 Feldlerchen-Revier.

Die Ausgleichsmaßnahme für den Verlust des Feldlerchen-Revieres durch Realisierung der Teilfläche A kann grundsätzlich im Bereich der Teilfläche B umgesetzt werden, solange diese nicht bebaut wird. Der Maßnahmenbereich müsste zentral in der Teilfläche liegen, in größtmöglichem Abstand (mind. 50 m, besser mind. 70 m) zu der nördlich angrenzenden Bebauung, dem ehemaligen Bahndamm, der Kämpchenstraße und der Teilfläche A.

Bei den vorhabensbezogenen Erfassungen wurde ein Revierzentrum in ca. 40 m Entfernung zur vorhandenen Wohnbebauung festgestellt. Daher kann im vorliegenden Fall von den Vorgaben des Leitfadens (MKULNV 2013) zum Abstand zu Vertikalstrukturen (siehe oben) abgewichen werden.

6.3 Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände für die betroffene planungsrelevante Art

Die planungsrelevante Brutvogelart Feldlerche ist von vorhabensbedingten Beeinträchtigungen betroffen, die bei Beachtung der Maßnahmen zur Tötungsvermeidung (siehe Kapitel 6.2) artenschutzrechtliche Verbotstatbestände auslösen können. Betroffen sind zwei Brutreviere.

Die artbezogene Prüfung wird entsprechend der Vorgaben der VV Artenschutz NRW in Form eines „Art-für-Art-Protokolls“ durchgeführt. Das Protokoll findet sich im Anhang des vorliegenden Gutachtens.

Die artenschutzrechtliche Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass bei Beachtung von Maßnahmen zur Tötungsvermeidung und von CEF-Maßnahmen kein artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand eintritt.

7 Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag beinhaltet eine Ermittlung der Auswirkungen des B-Planes II/65 „Kämpchenstrasse“ der Stadt Herzogenrath auf europarechtlich geschützte Tierarten sowie die Prüfung der Erfüllung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gemäß §§ 44 und 45 BNatSchG (Artenschutzprüfung).

Zunächst erfolgt eine Prognose, ob und bei welchen planungsrelevanten Arten artenschutzrechtliche Konflikte durch das geplante Vorhaben auftreten können (Vorprüfung, Stufe I). Sie beinhaltet eine Einschätzung, welche planungsrelevanten Arten im Wirkungsbereich des Vorhabens vorkommen könnten, auf Grundlage der Informationssysteme des LANUV NRW (insbesondere Zusammenstellung planungsrelevanter Arten für das Messtischblatt) und einer Bestandsaufnahme der Lebensraumausstattung im Wirkungsbereich des Vorhabens. Die Prognose kommt zu dem Ergebnis, dass im Betrachtungsgebiet mit dem Auftreten von 4 Fledermausarten und 14 planungsrelevanten Vogelarten, darunter 5 potenziellen Brutvogelarten, zu rechnen ist.

Im nächsten Schritt wird bewertet, für welche der als potenziell vorkommend eingestuften Arten artenschutzrechtliche Verbotstatbestände durch das geplante Vorhaben eintreten könnten. Diese Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass für 4 planungsrelevante Brutvogelarten (Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Feldschwirl) eine Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände theoretisch denkbar ist, und dass dies (bei Beachtung vom Maßnahmen zur Tötungsvermeidung) für weitere planungsrelevante Vogelarten und die Fledermausarten von vorneherein ausgeschlossen werden kann, da vorhabensbedingte Beeinträchtigungen entweder nur nicht-essenzielle Teillebensräume (v.a. Nahrungsräume) betreffen oder (im Fall einer Betroffenheit von Brut-/Ruheplätzen, theoretisch möglich bei der Waldohreule) begründet davon ausgegangen werden kann, dass Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind.

Im Frühjahr 2014 erfolgte eine Bestandserfassung von Brutvogelarten, mit Schwerpunkt auf einer Erfassung der planungsrelevanten Vogelarten, für die von einer möglichen Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände auszugehen war (Feldlerche, Rebhuhn, Wachtel, Feldschwirl). Dabei wurden im Vorhabensbereich zwei Reviere der Feldlerche nachgewiesen.

Für die Feldlerche wird eine vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände durchgeführt. Zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind Maßnahmen zur Vermeidung eingriffsbedingter Tötungen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahme) erforderlich, die eine vorgezogene Kompensation des Verlustes der 2 Brutreviere der Feldlerche durch lebensraumverbessernde Maßnahmen in der Feldflur beinhalten. Bei Beachtung dieser Maßnahmen kommt es nicht zu einer Erfüllung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG für die Feldlerche.

Aus artenschutzrechtlicher Sicht sind eingriffsbedingte Tötungen sämtlicher wildlebender Vogelarten (auch nicht-planungsrelevanter Arten) durch geeignete Maßnahmen, insbesondere Ausschlusszeiten für Eingriffe in Vegetationsflächen und Gehölze, zwingend zu vermeiden.

Außerdem wird empfohlen, weitere allgemeine Vermeidungsmaßnahmen bezüglich der Inanspruchnahme von Gehölzen und der Installation von Außenbeleuchtungen zu beachten, um mögliche Beeinträchtigungen von Tierarten zu minimieren, die nicht zur Auslösung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände führen.

Fazit

Durch das geplante Vorhaben werden bei Beachtung von Maßnahmen zur Vermeidung eingriffsbedingter Tötungen wildlebender Vogelarten und von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahme) für die planungsrelevante Brutvogelart Feldlerche keine Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG ausgelöst.

Literaturverzeichnis

Gesetze, Normen und Richtlinien

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (BUNDESNATURSCHUTZGESETZ - BNATSCHG) in der Fassung vom 12.12.2007.

GESETZ ZUR NEUREGELUNG DES RECHTS DES NATURSCHUTZES UND DER LANDSCHAFTSPFLEGE vom 29. Juli 2009. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2009 Teil I Nr. 51. Bonn, 6. August 2009.

BUNDESARTENSCHUTZVERORDNUNG (BARTSCHV) –Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten. Vom 16. Februar 2005 (BGBl. I Nr. 11 vom 24.2.2005 S.258; ber. 18.3.2005 S.896) Gl.-Nr.: 791-8-1.

RICHTLINIE DES RATES 92/43/EWG VOM 21. MAI 1992 ZUR ERHALTUNG DER NATÜRLICHEN LEBENSRÄUME SOWIE DER WILD LEBENDEN TIERE UND PFLANZEN (FFH-RICHTLINIE); ABl. Nr. L 206 vom 22.07.1992, zuletzt geändert durch die Richtlinie des Rates 97/62/EG vom 08.11.1997 (ABl. Nr. 305).

RICHTLINIE DES RATES 79/409/EWG VOM 02. APRIL 1979 ÜBER DIE ERHALTUNG DER WILD LEBENDEN VOGELARTEN (VOGELSCHUTZ-RICHTLINIE); ABl. Nr. L 103 vom 25.04.1979, zuletzt geändert durch die Richtlinie des Rates 91/244/EWG vom 08.05.1991 (ABl. Nr. 115).

RICHTLINIE 97/49/EG DER KOMMISSION VOM 29. JULI 1997 zur Änderung der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten. - Amtsblatt Nr. L 223/9 vom 13.8.1997.

RICHTLINIE 97/62/EG DES RATES VOM 27. OKTOBER 1997 zur Anpassung der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt. - Amtsblatt Nr. L 305/42 vom 08.11.1997.

Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (VV-Artenschutz). Rd.Erl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. 13.04.2010**,** - III 4 - 616.06.01.17 – in der Fassung der 1. Änderung vom 15.09.2010.

Literatur

BAUER, H.-G., BEZZEL, E. & FIEDLER, W. (2005): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Ein umfassendes Handbuch zu Biologie, Gefährdung und Schutz. AULA-Verlag. Wiesbaden.

EU-KOMMISSION (2007): Leitfaden zum strengen Schutzsystem für Tierarten von gemeinschaftlichem Interesse im Rahmen der FFH-Richtlinie 92/43/EWG“; dt. Übersetzung „Guidance document on the strict protection of animal species of community interest provided by the Habitats Directive 92/43/EEC (endgültige Fassung, Febr. 2007).

LANUV NRW (LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN) (2010): @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung). Fundortkataster für Pflanzen und Tiere. www.lanuv.nrw.de/natur/arten/fundortkataster.htm.

LANUV NRW (LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN) (2012): Anwenderhandbuch Vertragsnaturschutz. Erläuterungen und Empfehlungen zur Handhabung der Bewirtschaftungspakte der Rahmenrichtlinien über die Gewährung von Zuwendungen im Vertragsnaturschutz. Stand Mai 2012.

LANUV NRW (LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN) (2013): Liste der geschützten Arten in NRW – Messtischblätter. www.naturschutzinformationen-nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt.

MUNLV NRW (MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN) (Hrsg.) (2007): Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. Vorkommen, Erhaltungszustand, Gefährdungen, Maßnahmen. 257 S. Düsseldorf.

MKULNV NRW (MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN) (2013): Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ für die Berücksichtigung artenschutzrechtlich erforderlicher Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen. Forschungsprojekt des MKULNV Nordrhein-Westfalen, (Az.: III-4 - 615.17.03.09). Schlussbericht (online).

MWEBWV & MKULNV NRW (MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE, BAUEN, WOHNEN UND VERKEHR NORDRHEIN-WESTFALEN & MINISTERIUM FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN) (2010): Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben. Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des - Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 22.12.2010.

PETERSEN, B. et al. (2003): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000, Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland, Band 1: Pflanzen und Wirbellose, BfN Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 69/Band 1. Bonn Bad Godesberg.

PETERSEN, B. et al. (2004): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000, Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland, Band 2: Wirbeltiere, BfN Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 69/Band 2. Bonn Bad Godesberg.

RICHARZ, K., BEZZEL, E. & M. HORMANN (HRSG.) (2001): Taschenbuch für Vogelschutz. AULA-Verlag. 630 S., Wiebelsheim.

TRAUTNER, J., & JOOSS R. (2008): Die Bewertung „erheblicher Störung“ nach § 42 BNatSchG bei Vogelarten. Naturschutz und Landschaftsplanung 40 (9). S. 265 - 272.

Anhang

Abbildung Reviere Feldlerche



Abb. 1: Reviere Feldlerche, Erfassung Mai/Juni 2014 (unmaßstäblich; Plangrundlage: GoogleEarth; © 2014 GeoContent)

Fl	Feldlerche, Revierzentrum

Formular A.) Protokoll Artenschutzprüfung - Gesamtprotokoll -

Allgemeine Angaben

Plan/Vorhaben (Bezeichnung): B-Plan II/65 "Kämpchenstrasse"

Plan-/Vorhabenträger (Name): Stadt Herzogenrath Antragstellung (Datum): _____

Entwicklung von Wohnbauflächen, im Teilbereich A (3,7 ha) Errichtung von ca. 54 Ein- und Zweifamilienhäusern (Einzel-, Doppelhäusern) sowie von 3 Mehrfamilienhäusern, im Teilbereich B (5,7 ha) von ca. 59 Ein- und Zweifamilienhäusern (Einzel-, Doppelhäusern) und 6 Mehrfamilienhäusern (Städtebaulicher Entwurf 28. März 2014)

Stufe I: Vorprüfung (Artenspektrum/Wirkfaktoren)

Ist es möglich, dass bei FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG bei Umsetzung des Plans bzw. Realisierung des Vorhabens ausgelöst werden? ☒ ja ☐ nein

Stufe II: Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände
(unter Voraussetzung der unter B.) (Anlagen „Art-für-Art-Protokoll“) beschriebenen Maßnahmen und Gründe)

Nur wenn Frage in Stufe I „ja“:
Wird der Plan bzw. das Vorhaben gegen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen (ggf. trotz Vermeidungsmaßnahmen inkl. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen oder eines Risikomanagements)? ☐ ja ☒ nein

Arten, die nicht im Sinne einer vertiefenden Art-für-Art-Betrachtung einzeln geprüft wurden:
Begründung: Bei den folgenden Arten liegt kein Verstoß gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG vor (d.h. keine erhebliche Störung der lokalen Population, keine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten sowie keine unvermeidbaren Verletzungen oder Tötungen und kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko). Es handelt sich um Irrgäste bzw. um Allerweltsarten mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit. Außerdem liegen keine ernst zu nehmende Hinweise auf einen nennenswerten Bestand der Arten im Bereich des Plans/Vorhabens vor, die eine vertiefende Art-für-Art-Betrachtung rechtfertigen würden.

Amsel, Bachstelze, Blaumeise, Bluthänfling, Buchfink, Buntspecht, Elster, Graureiher, Grünfink, Hausrotschwanz, Haussperling, Heckenbraunelle, Kohlmeise, Mauersegler, Mehlschwalbe, Mönchsgrasmücke, Rabenkrähe, Rauchschwalbe, Ringeltaube, Star, Stieglitz, Wiesenschafstelze, Zilpzalp

Stufe III: Ausnahmeverfahren

Nur wenn Frage in Stufe II „ja“:

1. Ist das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt? ☐ ja ☐ nein
2. Können zumutbare Alternativen ausgeschlossen werden? ☐ ja ☐ nein
3. Wird der Erhaltungszustand der Populationen sich bei europäischen Vogelarten nicht verschlechtern bzw. bei FFH-Anhang IV-Arten günstig bleiben? ☐ ja ☐ nein

Antrag auf Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG

Nur wenn alle Fragen in Stufe III „ja“:

☐ Die Realisierung des Plans/des Vorhabens ist aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt und es gibt keine zumutbare Alternative. Der Erhaltungszustand der Populationen wird sich bei europäischen Vogelarten nicht verschlechtern bzw. bei FFH-Anhang IV-Arten günstig bleiben. Deshalb wird eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt. Zur Begründung siehe ggf. unter B.) (Anlagen „Art-für-Art-Protokoll“).

Nur wenn Frage 3. in Stufe III „nein“:
(weil bei einer FFH-Anhang IV-Art bereits ein ungünstiger Erhaltungszustand vorliegt)

☐ Durch die Erteilung der Ausnahme wird sich der ungünstige Erhaltungszustand der Populationen nicht weiter verschlechtern und die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes wird nicht behindert. Zur Begründung siehe ggf. unter B.) (Anlagen „Art-für-Art-Protokoll“).

Antrag auf Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG

Nur wenn eine der Fragen in Stufe III „nein“:

☐ Im Zusammenhang mit privaten Gründen liegt eine unzumutbare Belastung vor. Deshalb wird eine Befreiung von den artenschutzrechtlichen Verboten gem. § 67 Abs. 2 BNatSchG beantragt.

Formular B.) Art-für-Art Protokoll

Angaben zur Artenschutzprüfung für einzelne Arten
(Für alle Arten, die im Sinne einer vertiefenden Art-für-Art-Betrachtung geprüft werden, einzeln bearbeiten!)

Durch Plan/Vorhaben betroffene Art: Feldlerche (Alauda arvensis)

Schutz- und Gefährdungsstatus der Art

- ☐ FFH-Anhang IV-Art
- ☒ europäische Vogelart

Rote Liste-Status
Deutschland: 3
Nordrhein-Westfalen: 3

Messtischblatt
5102

Erhaltungszustand in Nordrhein-Westfalen
☒ atlantische Region ☐ kontinentale Region

- ☒ grün — günstig
- ☐ gelb — ungünstig / unzureichend
- ☐ rot — ungünstig / schlecht

Erhaltungszustand der lokalen Population
(Angabe nur erforderlich bei evtl. erheblicher Störung (II.3 Nr.2) oder voraussichtlichem Ausnahmeverfahren(III))

- ☐ **A** günstig / hervorragend
- ☐ **B** günstig / gut
- ☐ **C** ungünstig / mittel-schlecht

Arbeitsschritt II.1: Ermittlung und Darstellung der Betroffenheit der Art
(ohne die unter II.2 beschriebenen Maßnahmen)

Im Vorhabensbereich befinden sich 2 Brutreviere. Die Realisierung des geplanten Vorhabens ist mit einem Lebensraumverlust für diese Vorkommen verbunden.

Arbeitsschritt II.2: Einbeziehen von Vermeidungsmaßnahmen und des Risikomanagements

Vermeidungsmaßnahme: Bau-/anlagebedingte Eingriffe in Vegetationsflächen inkl. Ackerflächen sind auf den Zeitraum 1. Oktober bis 28. Februar zu beschränken. Die Ackerflächen sind im Winter vor Baubeginn zu räumen, die Flächen sind bis zum Beginn der Baumaßnahmen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Grubbern) vegetationsfrei zu halten.

CEF-Maßnahme: Förderung der Lebensraumeignung für die Feldlerche im Ackerland.

Arbeitsschritt II.3: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände
(unter Voraussetzung der unter II.2 beschriebenen Maßnahmen)

Die Realisierung des geplanten Vorhabens ist mit einem Lebensraumverlust für 2 Brutvorkommen verbunden. Es kommt zu einer Zerstörung der jeweiligen Fortpflanzungs-/Ruhestätten.
Die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang bleibt erhalten, wenn lebensraumverbessernde Maßnahmen in der Feldflur durchgeführt werden, so dass Ansiedlungsmöglichkeiten für 2 Brutpaare geschaffen werden.

1. Werden evtl. Tiere verletzt oder getötet? (außer bei unabwendbaren Verletzungen oder Tötungen, bei einem nicht signifikant erhöhtem Tötungsrisiko oder infolge von Nr. 3)	☐ ja	☒ nein
2. Werden evtl. Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten so gestört, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtern könnte?	☐ ja	☒ nein
3. Werden evtl. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen beschädigt oder zerstört, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt?	☐ ja	☒ nein
4. Werden evtl. wild lebende Pflanzen oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur entnommen, sie oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört, ohne dass deren ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt?	☐ ja	☒ nein

Arbeitsschritt III: Beurteilung der Ausnahmevoraussetzungen
(wenn mindestens eine der unter II.3 genannten Fragen mit „ja“ beantwortet wurde)

1. Ist das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt? ☐ ja ☐ nein

2. Können zumutbare Alternativen ausgeschlossen werden? ☐ ja ☐ nein

3. Wird der Erhaltungszustand der Populationen sich bei europäischen Vogelarten nicht verschlechtern bzw. bei FFH-Anhang IV-Arten günstig bleiben? ☐ ja ☐ nein

ANLAGE 15

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Bergbauuntersuchung (Bericht)

Abschlussbericht

über die durchgeführten Arbeiten zur Erkundung von tagesnahem Altbergbau im Bereich des B-Plangebietes II/65 „Kämpchenstraße“, Planungsabschnitt II in 52134 Herzogenrath

erstattet von

INGENIEURBÜRO HEITFELD - SCHETELIG GMBH

BEARBEITER:

DR.-ING. M. HEITFELD
DR. J. KLÜNKER
DIPL.-GEOL. B. PAAPE

im Auftrag der
Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH

Aachen, den 29. November 2016

Dieser Bericht besteht aus 18 Seiten, 1 Anh. und 3 Anl.

Inhaltsverzeichnis

1	**Veranlassung**	**1**
2	**Verwendete Unterlagen**	**3**
3	**Durchgeführte Arbeiten**	**5**
4	**Kenntnisstand vor Beginn der Bohrarbeiten und grundsätzliche Zielsetzungen der Erkundungsmaßnahmen**	**6**
5	**Ergebnisse der Erkundungsbohrungen auf tagesnahen Flözabbau**	**9**
5.1	Allgemeines	9
5.2	Bohrungen auf Flöz Grafweck (Einwirkungsklasse 3, „blau“)	11
5.3	Bohrung auf Flöz Furth (Einwirkungsklasse 1, „rot“)	14
5.4	Bohrungen auf Flöz Grauweck (Einwirkungsklasse 1, „rot“)	14
6	**Zusammenfassende Bewertung**	**16**

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Wesentliche Daten der Erkundungsbohrungen 11

Anhangverzeichnis

Anh. 1: Schichtenverzeichnisse der Erkundungsbohrungen

Anlagenverzeichnis

Anl. 1: Lageplan mit Kenntnisstand vor Beginn der Bohrarbeiten, Maßstab 1:1.000 (Zeichnungs-Nr. 094-13-001)

Anl. 2: Lageplan mit Bohransatzpunkten sowie Bohrergebnissen im Planungsabschnitt II, Maßstab 1:1.000 (Zeichnungs-Nr. 094-13-002)

Anl. 3: Lageplan mit potenziellen Einwirkungsbereichen des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche, Schachtschutzzone und Ausgasungsschutzzone, Maßstab 1:1.000 (Zeichnungs-Nr. 094-13-003)

1 Veranlassung

Die Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH plant gemeinsam mit Heins Architekten die Entwicklung des B-Plangebietes II/65 „Kämpchenstraße" in 52134 Herzogenrath.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Altbergbaubereiches der Stadt Herzogenrath. Eine Vorprüfung der bergbaulichen Verhältnisse über die Positivkarte der Stadt Herzogenrath hat ergeben, dass für weite Bereiche des Plangebietes die Einschaltung eines Bergbausachverständigen gemäß § 36 GewO sowie im Regelfall auch vor Ort-Untersuchungen erforderlich sind.

Auf dieser Grundlage wurde vorab eine flächenscharfe Darstellung der bergbaulichen Hinterlassenschaften vorgenommen. Die Ergebnisse sind in dem „Bericht zu den bergbaulichen Verhältnissen in Bezug auf tagesnahen Altbergbau im Plangebiet „Dornkaul-Wohnbebauung" in 52134 Herzogenrath einschließlich Kostenschätzung" (IHS, 27.07.2012) zusammengefasst.

Basierend auf dieser Vorauswertung wurde von dem Projektplaner das Plangebiet in mehrere Planungsabschnitte unterteilt. Für den westlichen Planungsabschnitt I (Teilbereiche A und B) wurde im Herbst/Winter 2013/2014 eine Erkundung der altbergbaulichen Hinterlassenschaften durch Bohrungen durchgeführt. Die Ergebnisse der Erkundung sind in dem „Abschlussbericht über die durchgeführten Arbeiten zur Erkundung von tagesnahem Altbergbau im Bereich des B-Plangebietes II/65 „Kämpchenstraße", Teilbereiche A und B in 52134 Herzogenrath" (IHS, 30.01.2014) dokumentiert.

Auf Grundlage der Bohrergebnisse im westlichen Planungsabschnitt I wurde eine Prognose für die zu erwartenden Verhältnisse im Planungsabschnitt II ausgearbeitet (IHS, 06.02.2014).

Das Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH, Aachen (im Folgenden als IHS bezeichnet), wurde von der Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH mit der Planung, Bauüberwachung und Dokumentation der vor Ort-Untersuchungen im Planungsabschnitt II beauftragt. In dem vorliegenden Abschlussbericht sind die Ergebnisse der durchgeführten Arbeiten im Planungsabschnitt II dokumentiert und im Hinblick auf die geplante Entwicklung des B-Plangebietes bewertet.

2 Verwendete Unterlagen

U1 INGENIEURBÜRO HEITFELD-SCHETELIG GMBH (27.07.2012): Bericht zu den bergbaulichen Verhältnissen in Bezug auf tagesnahen Altbergbau im Plangebiet „Dornkaul-Wohnbebauung" in 52134 Herzogenrath einschließlich Kostenschätzung.- Bericht im Auftrag der Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH, 41 S., 27 Tab., 6 Anl.; Aachen.

U2 INGENIEURBÜRO HEITFELD-SCHETELIG GMBH (30.01.2014): Abschlussbericht über die durchgeführten Arbeiten zur Erkundung von tagesnahem Altbergbau im Bereich des B-Plangebietes II/65 „Kämpchenstraße", Teilbereiche A und B in 52134 Herzogenrath.- Bericht im Auftrag der Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH, 48 S., 4 Anh., 3 Anl.; Aachen.

U3 INGENIEURBÜRO HEITFELD-SCHETELIG GMBH (06.02.2014): E-Mail Schreiben an die Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH mit Lageplan „Prognose" für die zu erwartenden Verhältnisse im Planungsabschnitt II.

U4 INGENIEURBÜRO HEITFELD-SCHETELIG GMBH (01.12.2014): Bericht über die Ergebnisse der Sicherungsarbeiten an einem Abschnitt von Flöz Grafweck im B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Planungsabschnitt I, Teil A in 52134 Herzogenrath.- Bericht im Auftrag der Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH, 19 S., 2 Anh., 1 Anl.; Aachen.

U5 INGENIEURBÜRO HEITFELD-SCHETELIG GMBH (02.11.2015): Ausschreibungsunterlagen zu Bohrarbeiten B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Planungsabschnitt II, 52134 Herzogenrath.

U6 VERMESSUNGSBÜRO DIPL. ING. DIETER KROLL (28.09.2016): E-Mail Schreiben an das IHS mit Absteckungsskizze und vermessungstechnischem Absteckungsverlauf.

3 Durchgeführte Arbeiten

Im Rahmen der Untersuchungen im Planungsabschnitt II wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

- Ausarbeitung eines Untersuchungsprogramms;
- Abteufen von sieben geneigt angesetzten Voll-/Kernbohrungen mit einer Gesamtbohrmeterzahl von 276,4 m durch die Erdbohr und Handel-GmbH Wesel;
- laufende Anpassung des Erkundungsprogramms an die Ergebnisse der vorangegangenen Bohrungen;
- geologische Bohrkernaufnahme und Dokumentation;
- Auswertung und geologisch-bergbauliche Interpretation der Bohrergebnisse;
- Darstellung der gesamten Ergebnisse in Lageplänen;
- Dokumentation und Bewertung aller Untersuchungsergebnisse in dem vorliegenden Bericht.

4 Kenntnisstand vor Beginn der Bohrarbeiten und grundsätzliche Zielsetzungen der Erkundungsmaßnahmen

In Anl. 1 ist für den hier behandelten Planungsabschnitt II ein Lageplan mit den potenziellen Einwirkungsbereichen des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche gemäß dem Kenntnisstand vor Beginn der Bohrarbeiten (U2, U3) dargestellt.

Aus der Lageplandarstellung wird ersichtlich, dass im zentralen Teil des Planungsabschnitts II in weiten Bereichen Flächen vorliegen, die durch Ausstrichlinien des Flözes Grafweck mit der Einwirkungsklasse 3 („blau") gekennzeichnet sind. Da die Schichtenfolge in Faltenstrukturen gelegt ist und der tektonische Sattel Ib durch den Planungsabschnitt II in NE-SW-Richtung verläuft, streichen die Abschnitte von Flöz Grafweck nordwestlich und südöstlich der Sattelflanke mit teilweise unterschiedlichem Einfallen aus. Aus den Erkundungsbohrungen im benachbarten Planungsabschnitt I (U2) war bekannt, dass dieser Bereich eine sehr intensive tektonische Beanspruchung (Faltung) erfahren hat.

Im nordwestlichen Bereich des Planungsabschnitts II verlaufen nordwestlich der Sattelflanke S Ib bzw. der Ausstrichlinie von Flöz Grafweck die Flöze Furth, Croat, Geelarsch sowie das Flöz Meister (außerhalb des Plangebietes liegend). Das Flöz Furth und der östliche Abschnitt von Flöz Croat sind jeweils in die Einwirkungsklasse 1 („rot") eingeordnet. Der westliche Abschnitt von Flöz Croat sowie die Flöze Geelarsch und Meister sind der Einwirkungsklasse 3 („blau") zugeordnet.

Der östlich des Planungsabschnitts II an der Muldenachse ausstreichende Abschnitt von Flöz Furth ist der Einwirkungsklasse 1 („rot") zugeordnet.

Am südöstlichen Randbereich des Planungsabschnitts II verlaufen die Flöze Grauweck, Senteweck und Rauschenwerk; diese Flözabschnitte sind jeweils in die Einwirkungsklasse 1 („rot") eingeordnet.

Weiterhin ist in Anl. 1 am östlichen Rand des Planungsabschnitts I die ungesicherte Tagesöffnung TÖB 2506/5632/019 dargestellt; hier wurde eine Teilerkundung des potenziellen Lagebereichs durchgeführt (U2). Die Schachtschutzzone und die Ausgasungsschutzzone der Tagesöffnung ragen in den westlichen Randbereich des Planungsabschnitts II hinein.

Die generelle Zielsetzung der durchgeführten Erkundungsmaßnahmen im Planungsabschnitt II kann wie folgt zusammengefasst werden:

- Für das Flöz Grafweck im zentralen Planungsabschnitt II (Einwirkungsklasse 3, „blau") wurde erwartet, dass sich die günstigen Prognosen bestätigen. Bei erfolgtem Nachweis, dass kein Abbau stattgefunden hat, können die betroffenen Flurstücke ohne jegliche Restriktionen freigegeben werden.
- Für die Flöze der Einwirkungsklasse 1 („rot") wurde erwartet, dass sich die ungünstigen Prognosen bestätigen. Die Zielsetzung der Untersuchungen sollte darin bestehen, die Ausstrichlinien der Flöze Furth und Grauweck zu erkunden, um eine Verringerung der mit Restriktionen belegten Flächen zu erreichen (Reduzierung der Lageungenauigkeit).

Eine Erkundung der am nördlichen und südlichen Rand des Planungsabschnitts II ausstreichenden Flöze Meister, Geelarsch, Croat, Senteweck und Rauschenwerk wurde nicht durchgeführt.

Eine Erkundung des östlich des Planungsabschnitts II an der Muldenachse ausstreichenden Abschnitts von Flöz Furth wurde während der laufenden Bohrarbeiten diskutiert, war aber vom Untersuchungsbereich aus, auf Grund der ungünstigen Flözgeometrie und der Lage einer im vermuteten Ausstrichbereich des Flözes verlaufenden Ferngasleitung nicht mit vertretbarem Aufwand realisierbar.

5 Ergebnisse der Erkundungsbohrungen auf tagesnahen Flözabbau

5.1 Allgemeines

Da die Lage der Flöze und die Verhältnisse in den Deckschichten aus den vorangegangenen Untersuchungen im westlich anschließenden Planungsabschnitt I (U2) näherungsweise bekannt waren, konnten die erforderlichen weiteren Bohrungen zur Klärung der Flözverläufe und der Flözzustände zur Kostenminimierung überwiegend als Vollbohrungen abgeteuft werden. Nur die Bohrungen auf die Flöze der Einwirkungsklasse 1 („rot") wurden im Festgestein als Kernbohrung abgeteuft. Insgesamt wurden zur Erkundung der Lage und des Zustandes der Flözabschnitte im Zeitraum vom 24.10. bis 22.11.2016 sieben geneigt angesetzte Bohrungen mit einer Gesamtbohrmeterzahl von 276,4 m im Planungsabschnitt II abgeteuft.

Die Bohrarbeiten wurden von der Fa. Erdbohr und Handel-GmbH, 46472 Wesel, durchgeführt.

Im Hinblick auf die Kampfmittelsituation wurden, in Abstimmung mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD), durch die Fa. Erdbohr- und Handel GmbH Wesel die Deckschichten mit einer Kampfmittel-Vorbohrschnecke und minimalem Bohrandruck bis in 6 m Teufe vorgebohrt. Anschließend wurde mit einer Hohlbohrschnecke nachgebohrt.

Die durchgeführten Vollbohrungen wurden sowohl im Lockergestein als auch im Festgestein als Vollkronenbohrungen ausgeführt; aus dem Bohrgut wurden ab-

schnittsweise Bodenproben entnommen. Die Kernbohrungen wurden innerhalb der Lockergesteine ebenfalls als Vollbohrung niedergebracht; darunter wurde mit Kerngewinn im Seilkernrohr-Verfahren (SK6L) gebohrt. Im Festgestein wurden der Bohrandruck und der Bohrfortschritt jeweils dokumentiert.

Um die Flurschäden zu minimieren, erfolgte in Abstimmung mit der Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH vorab eine Festlegung der Zuwegungen und der Stellflächen für die geplanten Bohrpunkte. Die entsprechenden Zuwegungen, Stellflächen sowie die Bohransatz- und Bohrzielpunkte wurden durch das Vermessungsbüro Dipl. Ing. D. Kroll, 52070 Aachen, in der Örtlichkeit ausgepflockt (U6). In Tab. 1 sind die wesentlichen Daten der Bohrungen angegeben. Die zusätzlich abgeteufte Bohrung C 9 wurde in der Örtlichkeit unter Berücksichtigung der bestehenden Bohrungen ausgepflockt; die in Tab. 1 aufgeführten Koordinaten der Bohrung C 9 sind deshalb mit einer Genauigkeit im Meterbereich angegeben.

Die Schichtenverzeichnisse sind in Anh. 1 beigefügt; die Ansatzpunkte sind in Anl. 2 dargestellt. Die ursprünglich geplanten Bohrungen C 3 und C 5 wurden nicht abgeteuft.

Tab. 1: Wesentliche Daten der Erkundungsbohrungen

Benennung	Bohrverfahren im Festgestein	Neigung gegen Horizontale [°]	Bohrrichtung [°]	Bohrstrecke [m]	Ansatzhöhe ca. [mNHN]	Gauß-Krüger-Koordinaten der Ansatzpunkte Rechtswert 25..... [m]	Hochwert 56..... [m]
C 1	Kernbohrung	60	ca. 160	32,7	178,7	06.179,09	32.203,97
C 2	Vollbohrung	50	ca. 165	45,0	177,0	06.113,76	32.144,76
C 4	Vollbohrung	60	ca. 315	45,0	178,4	06.161,74	32.065,04
C 6	Vollbohrung	50	ca. 160	37,0	178,4	06.158,83	32.069,09
C 7	Vollbohrung	50	ca. 160	45,0	179,2	06.204,46	32.090,33
C 8	Kernbohrung	60	ca. 160	40,0	179,1	06.213,40	32.056,24
C 9	Kernbohrung	60	ca. 160	31,7	178,7	ca. 06.178	ca. 32.037

Die Bohrergebnisse im Bereich des B-Plangebietes II/65 (Planungsabschnitte I und II) lassen sich generell in vier Kategorien mit zunehmendem Gefährdungspotenzial für die Geländeoberfläche einteilen:

Kategorie 1: Kohle erbohrt

Kategorie 2: abgebauter Flözbereich erbohrt, Abbaubereich durch Hangendsenkungen teilweise wieder geschlossen

Kategorie 3: abgebauter Flözbereich und Hohlraum erbohrt

Kategorie 4: abgebauter Flözbereich mit eingebrochenem Deckschichtenmaterial erbohrt

5.2 Bohrungen auf Flöz Grafweck (Einwirkungsklasse 3, „blau")

In Anl. 2 ist der Planungsabschnitt II mit den Ansatzpunkten der Erkundungsbohrungen sowie den Bohrergebnissen und den sich daraus ergebenden Flözverläufen an der Karbonoberfläche dargestellt. Weiterhin sind in dem Lageplan die tektoni-

schen Verhältnisse im Bereich des karbonischen Festgesteins (Sattel- und Muldenstrukturen), wie sie sich nach der Interpretation der gesamten Bohrergebnisse ergeben, dargestellt.

Gemäß dem Kenntnisstand vor Beginn der Bohrarbeiten (s. Kap. 4) streicht im zentralen Planungsabschnitt II das Flöz Grafweck nördlich und südlich des Sattels S Ib sowie südlich der Muldenachse von SW nach NE an der Oberfläche des karbonischen Festgesteins aus. Die Abschnitte von Flöz Grafweck sind jeweils in die Einwirkungsklasse 3 („blau") eingestuft worden.

Zur Erkundung des Verlaufs und des Zustandes von Flöz Grafweck wurden im Bereich der Sattelumbiegung die Bohrungen C 2 und C 4 und im Bereich südlich der Muldenachse die Bohrungen C 6 und C 7 etwa senkrecht zum Schichtstreichen angesetzt (s. Anl. 2).

Die zuerst abgeteufte **Bohrung C 2** wurde mit 50° Neigung in südöstlicher Richtung abgeteuft. Mit der Bohrung wurde das Flöz Grafweck von 42,6 bis 42,9 m Bohrstrecke (rd. 32,6 bis 32,9 m Teufe) anstehend (nicht abgebaut) angetroffen. Das Bohrergebnis entspricht der Kategorie 1 (Kohle erbohrt).

Die anschließend abgeteufte **Bohrung C 4** wurde mit 60° Neigung in nordwestlicher Richtung abgeteuft. Mit der Bohrung wurde das Flöz Grafweck von 42,0 bis 42,2 m Bohrstrecke (rd. 36,4 bis 36,5 m Teufe) in Form von kohligem Tonstein anstehend (nicht abgebaut) angetroffen. Das Bohrergebnis entspricht der Kategorie 1 (Kohle erbohrt).

Die Bohrungen C 2 und C 4 haben das Flöz Grafweck im Bereich des Sattels S Ib in nur geringer Mächtigkeit (0,2 bzw. 0,3 m) und unterschiedlicher Ausbildung (Kohle bzw. kohliger Tonstein) erbohrt. Die auf Grundlage der Bohrergebnisse angepasste Lagerstättenprojektion belegt ein Umbiegen von Flöz Grafweck an der Sattelachse im zentralen Untersuchungsbereich (s. Anl. 2). Auf das Abteufen der im östlichen Untersuchungsbereich ursprünglich geplanten Bohrungen C 3 und C 5 konnte daher verzichtet werden.

Die auf den südlich der Muldenachse ausstreichenden Abschnitt von Flöz Grafweck angesetzten Bohrungen C 6 und C 7 wurden jeweils mit 50° in südöstlicher Richtung abgeteuft. Mit der **Bohrung C 6** wurde das Flöz Grafweck von 35,6 bis 36,3 m Bohrstrecke (rd. 27,3 bis 27,8 m Teufe) anstehend (nicht abgebaut) angetroffen. Die rd. 50 m weiter östlich angesetzte **Bohrung C 7** hat das Flöz Grafweck von 27,6 bis 28,3 m Bohrstrecke (rd. 21,1 bis 21,7 m Teufe) als kohligen Tonstein gleichfalls anstehend (nicht abgebaut) angetroffen. Die Bohrergebnisse entsprechen der Kategorie 1 (Kohle erbohrt).

Im Zuge der Verfüllung der Bohrung C 6 im Contractor-Verfahren kam die Rohrtour bei rd. 16 m Bohrstrecke innerhalb der Terrassensedimente fest und konnte nicht weiter gezogen werden. Bei dem anschließenden Bergungsversuch wurden die Rohre in 6 m Tiefe abgedreht; 10 m Rohrtour sowie die Bohrkrone verblieben im Bohrloch.

Die Bohrungen C 6 und C 7 haben die Lagerstättenprojektion gemäß U3 in sehr guter Näherung bestätigt. Weiterhin bestätigen die beiden Bohrungen die bereits in U2 sowie mit den Bohrungen C 2 und C 4 belegte unterschiedliche Ausbildung

von Flöz Grafweck im Untersuchungsbereich als anstehendes Kohleflöz in stark schwankender Mächtigkeit bzw. als kohliger Tonstein.

5.3 Bohrung auf Flöz Furth (Einwirkungsklasse 1, „rot")

Am nordöstlichen Rand des Planungsabschnitts II wurde die **Bohrung C 1** mit 60° Neigung in südöstlicher Richtung auf Flöz Furth angesetzt (s. Anl. 2). Die Bohrung C 1 hat von 29,5 bis 31,8 m (rd. 25,6 bis 27,5 m Teufe) einen Abbaubereich auf Flöz Furth durchteuft. Es wurde ein locker gelagertes Gemenge aus Kohlegrus und Kohlestücken mit Einschaltungen von Schluffen, Sanden und Kiesen erbohrt. Weiterhin trat ein 100 %-iger Verlust der Bohrspülung auf. Das Bohrergebnis entspricht der Kategorie 4 (abgebauter Flözbereich mit eingebrochenem Deckschichtenmaterial erbohrt).

Die Bohrung C 1 hat die Einstufung von Flöz Furth in die Einwirkungsklasse 1 („rot") gemäß U1 und U3 bestätigt. Gegenüber der Lagerstättenprojektion (U3) verläuft die Ausbisslinie von Flöz Furth im Untersuchungsbereich an der Karbonoberfläche rd. 2 m weiter nordwestlich.

5.4 Bohrungen auf Flöz Grauweck (Einwirkungsklasse 1, „rot")

Die **Bohrung C 8** wurde am südöstlichen Rand des Planungsabschnitts II mit 60° Neigung in südöstlicher Richtung auf Flöz Grauweck angesetzt. Mit der Bohrung C 8 wurde das Flöz Grauweck von rd. 38,3 bis 39,1 m Bohrstrecke (rd. 33,2 bis 33,9 m Teufe) anstehend (nicht abgebaut) angetroffen.

Um ausschließen zu können, dass die Bohrung C 8 einen Kohlepfeiler erbohrt hat, wurde, in Abstimmung mit der Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH, die Zusatzbohrung C 9 im südwestlichen Untersuchungsbereich in einem Abstand von rd. 40 m zur Bohrung C 8 wiederum mit 60° Neigung in südöstlicher Richtung angesetzt. Mit der **Bohrung C 9** wurde das Flöz Grauweck von 28,6 bis 29,4 m Bohrstrecke (rd. 24,7 bis 25,4 m Teufe) gleichfalls anstehend (nicht abgebaut) angetroffen.

Die Einstufung des im Planungsabschnitt II liegenden Abschnitts von Flöz Grauweck in die Einwirkungsklasse 1 („rot") gemäß U1 und U3 wurde durch die Bohrungen C 8 und C 9 nicht bestätigt. Der erkundete Flözabschnitt ist auf Grundlage der Bohrergebnisse keiner Einwirkungsklasse mehr zuzuordnen. Die Lagerstättenprojektion von Flöz Grauweck gemäß U3 wurde in sehr guter Näherung bestätigt.

6 Zusammenfassende Bewertung

Mit den im Zeitraum vom 24.10. bis zum 22.11.2016 abgeteuften Kern- und Vollbohrungen wurden die geologisch-bergbaulichen Verhältnisse im B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Planungsabschnitt II, in 52134 Herzogenrath im Hinblick auf tagesnahen Flözabbau erkundet.

- Erkundung von Flöz Grafweck

Mit den vier Erkundungsbohrungen (C 2, C 4, C 6 und C 7) auf Flöz Grafweck wurden im Planungsabschnitt II keine Hinweise auf tagesnahen Abbau festgestellt. Das Flöz Grafweck ist im Planungsabschnitt II auf Grundlage der Bohrergebnisse keiner Einwirkungsklasse zuzuordnen; die betroffenen Flurstücke können ohne jegliche Restriktionen freigegeben werden.

- Erkundung von Flöz Furth

Mit der Erkundungsbohrung C 1 wurde Flöz Furth im nordöstlichen Bereich des Planungsabschnitts II als abgebaut nachgewiesen. Unter Berücksichtigung der Bohrergebnisse im Planungsabschnitt I (U2) muss auch weiterhin davon ausgegangen werden, dass Flöz Furth über weite Strecken abgebaut wurde.

- Erkundung von Flöz Grauweck

Mit den Erkundungsbohrungen C 8 und C 9 wurde Flöz Grauweck im Planungsabschnitt II anstehend (nicht abgebaut) nachgewiesen. Das Flöz Grauweck ist im

Planungsabschnitt II im erkundeten Bereich auf Grundlage der Bohrergebnisse keiner Einwirkungsklasse zuzuordnen.

Die Breite des potenziell tagesbruchgefährdeten Bereiches an der Oberfläche des karbonischen Festgesteins quer zum Flözstreichen und die einwirkungsrelevante Tiefe werden in Abhängigkeit vom Flözeinfallen auf der Grundlage von Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet nach HOLLMANN & NÜRENBERG (1972) ermittelt.

Für die Ermittlung der Breite des einwirkungsrelevanten Bereiches an der Geländeoberfläche ist zusätzlich die sich aus der Lockergesteinsüberlagerung ergebende Einwirkung zu berücksichtigen. Diese Einwirkung wurde auf Grundlage von spezifischen bodenmechanischen Eigenschaften der Deckschichten berechnet. In die Berechnung gehen nur die nicht bindigen Schichten (Aufschüttung und Maas-Terrasse) ein. Weiterhin muss ein bautechnischer Sicherheitszuschlag berücksichtigt werden.

Da die Deckschichten im Rahmen der vorliegenden Untersuchungen generell mit Vollbohrungen durchteuft wurden, sind die Angaben hinsichtlich des Deckschichtenaufbaus im Planungsabschnitt II mit Unsicherheiten behaftet. Daher wurden die Angaben zum Deckschichtenaufbau aus dem westlich angrenzenden Planungsabschnitt I für die Berechnung zugrundegelegt.

Für **Flöz Furth** ergibt sich unter Berücksichtigung des Schichteinfallens und der Einwirkungen aus der Lockergesteinsüberlagerung eine einwirkungsrelevante Breite (an der Geländeoberfläche) von rd. 22,8 m ins Hangende (d.h. in NW-Richtung) und rd. 14,0 m ins Liegende (d.h. in SE-Richtung).

Für die Abschnitte von **Flöz Grauweck** am südöstlichen und südwestlichen Rand des Planungsabschnitts II ergibt sich unter Berücksichtigung des Schichteinfallens und der Einwirkungen aus der Lockergesteinsüberlagerung eine einwirkungsrelevante Breite (an der Geländeoberfläche) von rd. 20,6 m ins Hangende (d.h. in NW-Richtung) und rd. 15,2 m ins Liegende (d.h. in SE-Richtung). Für die nicht erkundeten Flöze Senteweck und Rauschenwerk im Liegenden von Flöz Grauweck sind die gleichen Werte anzusetzen. Zusätzlich muss hier eine Lagenauigkeit von ±5 m berücksichtigt werden, so dass sich insgesamt ein Betrag von 25,6 m ins Hangende ergibt. Wie Anl. 3 zeigt, reicht der potenzielle Einwirkungsbereich von Flöz Senteweck (EK 1 „roter Bereich“) in nordwestlicher Richtung bis über die erkundete Ausbisslinie von Flöz Grauweck hinaus.

Aachen, den 29. November 2016

Projektbearbeiter:

(Dr. J. Klünker)

(Dr.-Ing. M. Heitfeld)

Anhang 1

zum

Abschlußbericht über die durchgeführten Arbeiten zur Erkundung von tagesnahem Altbergbau im Bereich des B-Plangebietes II/65 „Kämpchenstraße“, Planungsabschnitt II in 52134 Herzogenrath

Schichtenverzeichnisse der Erkundungsbohrungen

erstattet von

INGENIEURBÜRO HEITFELD - SCHETELIG GMBH

im Auftrag der
Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH

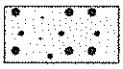
Aachen, den 29. November 2016

Legende

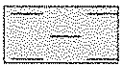
Boden- und Felsarten


Oberboden


Kies


Sand


Schluff

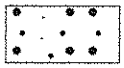

Verbruchbereich


Sandstein


Tonstein

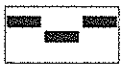

Kohle


kiesig


sandig


schluffig

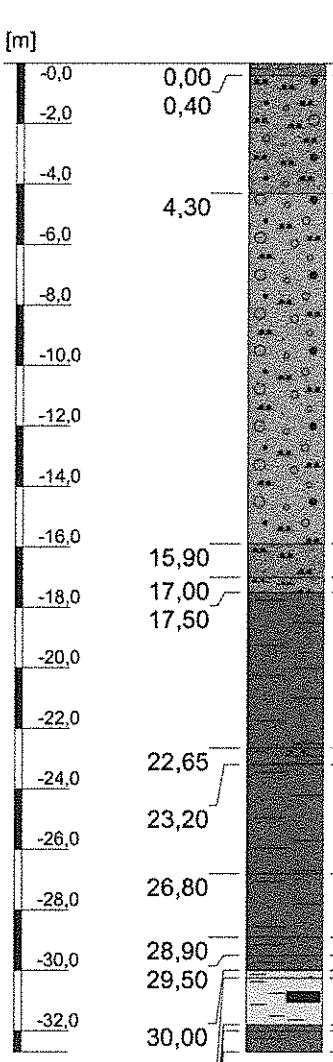

tonig


kohlig

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße“, Herzogenrath		**IHS**
Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH	**Anhang 1**
Bearbeiter:	Paape/Paffen	
Datum:	10.11.2016	

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen\Bohrungen\Leg_C.GGF

Kernbohrung C 1
(Schrägbohrung 60°, Richtung ca. 160°)



0,00	Oberboden
0,40	Schluff, sandig, kiesig, braun
4,30	Kies, sandig, schluffig, braun
15,90	Schluff, feinsandig, tonig, braun
17,00	Schluff, feinsandig, tonig, graugrün
17,50	Tonstein, deutlich bis stark verwittert, deutlich z.T. stark zerklüftet, grau, bei 22,5 m Schichtung 35° senkrecht zur Bohrachse
22,65	Wechsellagerung aus: Tonstein und Sandstein, deutlich verwittert, von 23,0 - 23,2 m stark zerklüftet, grau, braun, Schichtflächen mit rostroten Bestegen
23,20	Tonstein, deutlich verwittert, deutlich zerklüftet, grau, bei 24,1 m Schichtung 40° senkrecht zur Bohrachse
26,80	Tonstein, sehr stark verwittert, entfestigt, grau, graubraun, bei 27,2 m Schichtung 32° senkrecht zur Bohrachse
28,90	Tonstein, sehr stark verwittert, grau bis graubraun
29,50	Tonstein-Bruchstücke und Kohlestücke in schluffig-feinsandiger Matrix, dunkelgrau
30,00	Verbruchbereich: Gemenge aus Schluff, feinsandig, tonig, braun, z.T. graugrün, mit Kiesen, Kohle und Tonsteinstückchen, dunkelgrau
30,25	Verbruchbereich: Kohlegrus und Kohlestücke, schwarz, von 30,7 - 30,85 m Einschaltungen von Schluff, feinsandig, schwach kiesig, braun
31,80	Tonstein, sehr stark verwittert, sehr stark zerklüftet, grau
32,00	Tonstein, schwach verwittert, schwach zerklüftet, grau
32,70	

Anmerkung:
Von 29,5 bis 31,8 m Bohrstrecke abgebauter Bereich in Flöz Furth angetroffen; eingelagertes Deckschichtenmaterial (Schluff, Kies)

Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße“, Herzogenrath

Bohrung: Kernbohrung C 1

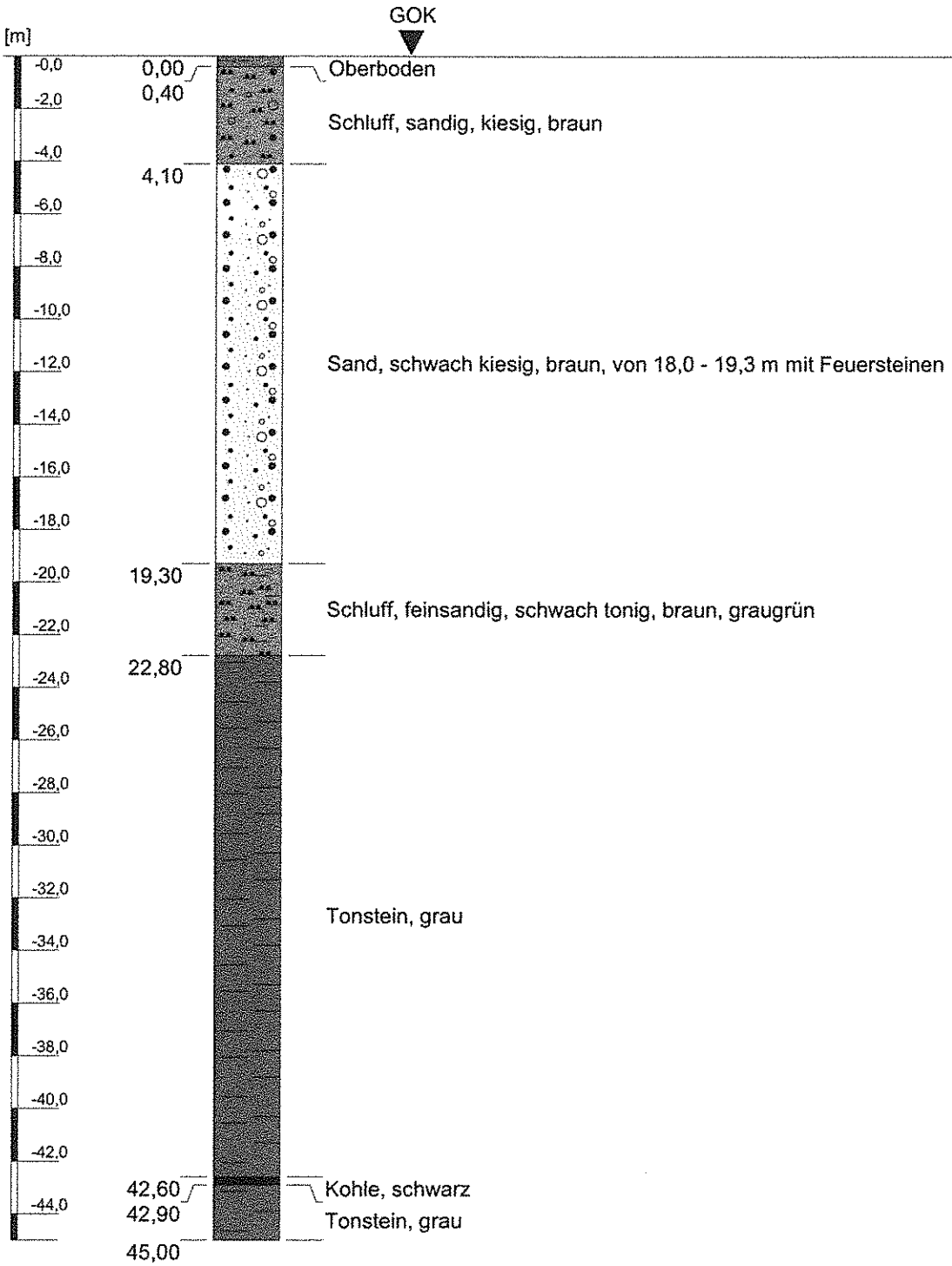
IHS

Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	2506179,09 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	5632203,97 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 178,7 mNHN
Datum:	10.11.2016	Endtiefe:	32,70 m

Anhang 1.1

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen\Bohrungen\C_01.GGF

Vollbohrung C 2
(Schrägbohrung 50°, Richtung ca. 165°)



Anmerkung:
Von 42,6 bis 42,9 m Bohrstrecke Flöz Grafweck angetroffen

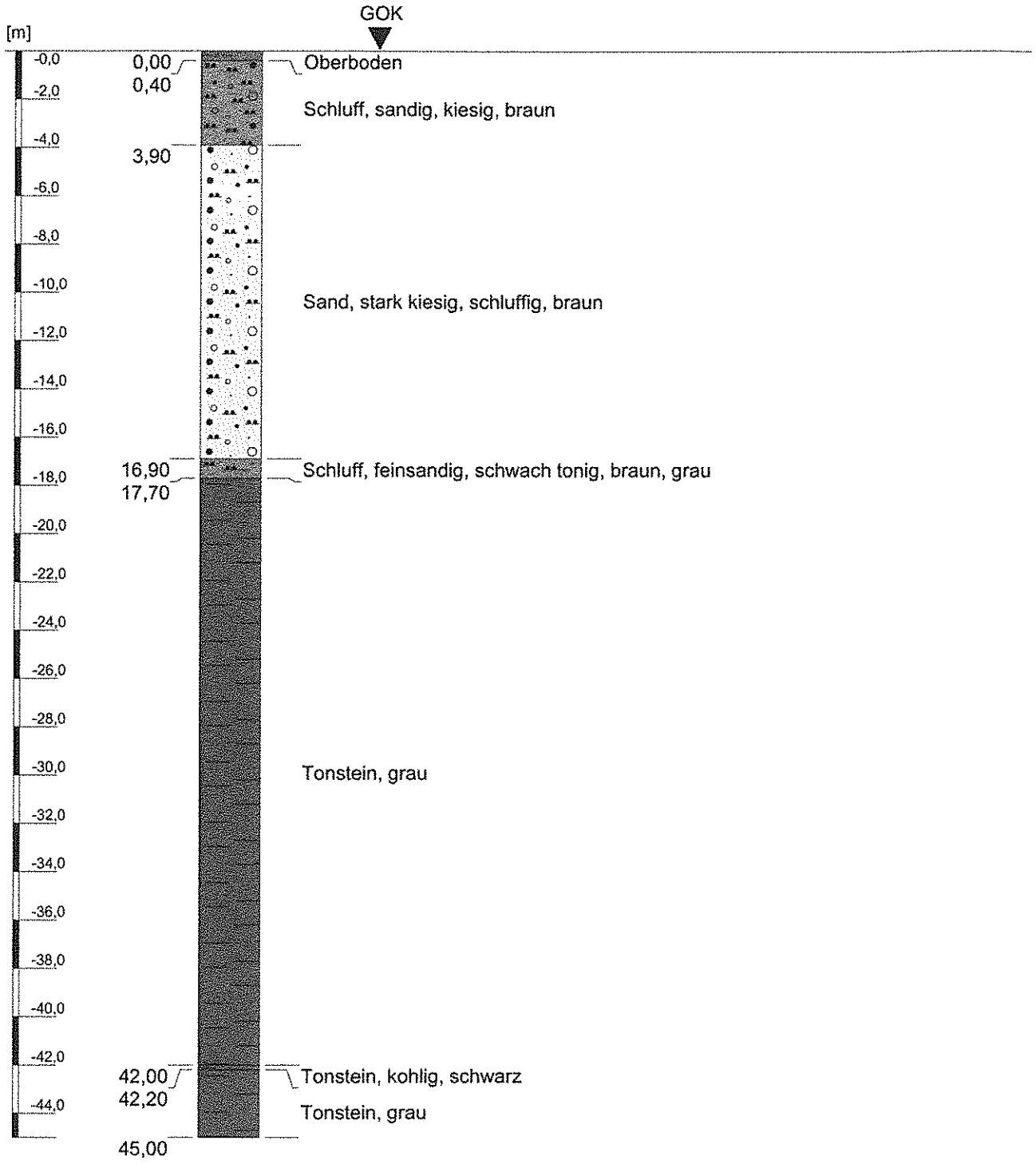
Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Herzogenrath			**IHS**
Bohrung: Vollbohrung C 2			
Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	2506113,76 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	5632144,76 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 177,0 mNHN
Datum:	15.11.2016	Endtiefe:	45,00 m

Anhang 1.2

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Domkaul_Wohnen\Bohrungen\C_02.GGF

Vollbohrung C 4
(Schrägbohrung 60°, Richtung ca. 315°)



Anmerkung:
Von 42,0 bis 42,2 m Bohrstrecke Flöz Grafweck angetroffen

Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße“, Herzogenrath

Bohrung: Vollbohrung C 4

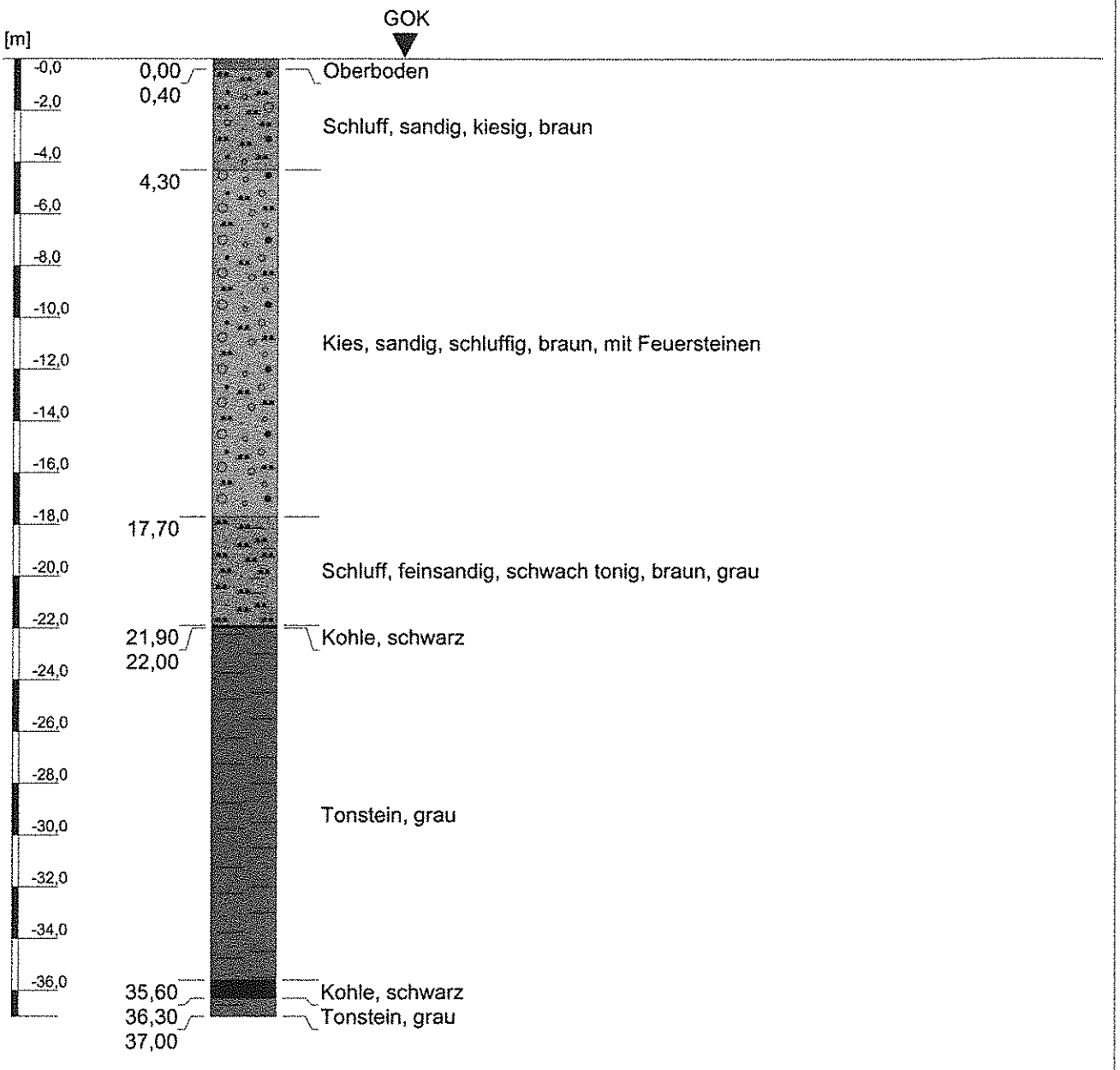
IHS

Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	2506161,74 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	5632065,04 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 178,4 mNHN
Datum:	15.11.2016	Endtiefe:	45,00 m

Anhang 1.3

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen\Bohrungen\C_04.GGF

Vollbohrung C 6
(Schrägbohrung 50°, Richtung ca. 160°)



Anmerkung:
Von 35,6 bis 36,3 m Bohrstrecke Flöz Grafweck angetroffen

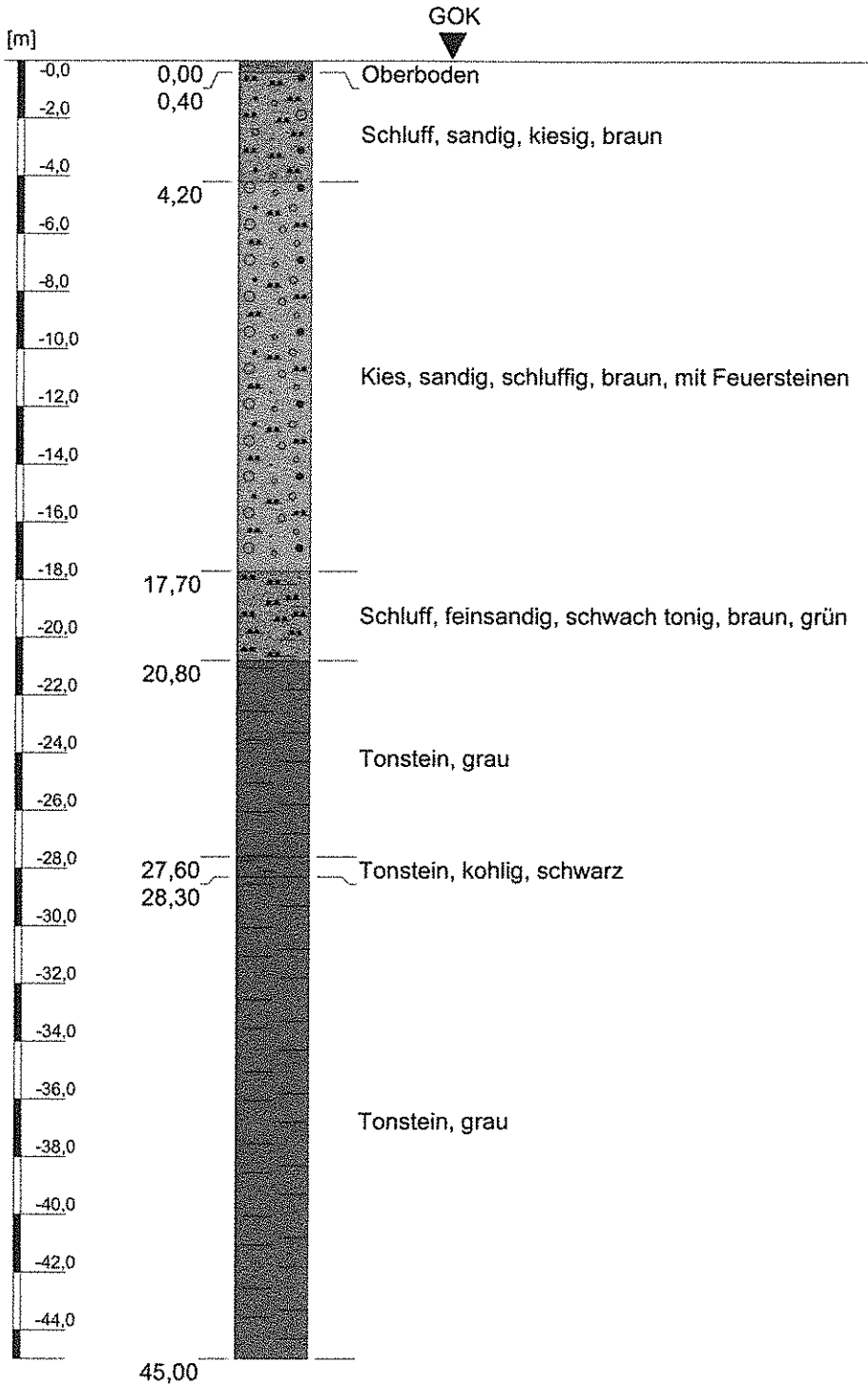
Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Herzogenrath			**IHS**
Bohrung: Vollbohrung C 6			
Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	2506158,83 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	5632069,09 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 178,4 mNHN
Datum:	15.11.2016	Endtiefe:	37,00 m

Anhang 1.4

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen\Bohrungen\C_06.GGF

Vollbohrung C 7
(Schrägbohrung 50°, Richtung ca. 160°)



Anmerkung:
Von 27,6 bis 28,3 m Bohrstrecke Flöz Grafweck angetroffen

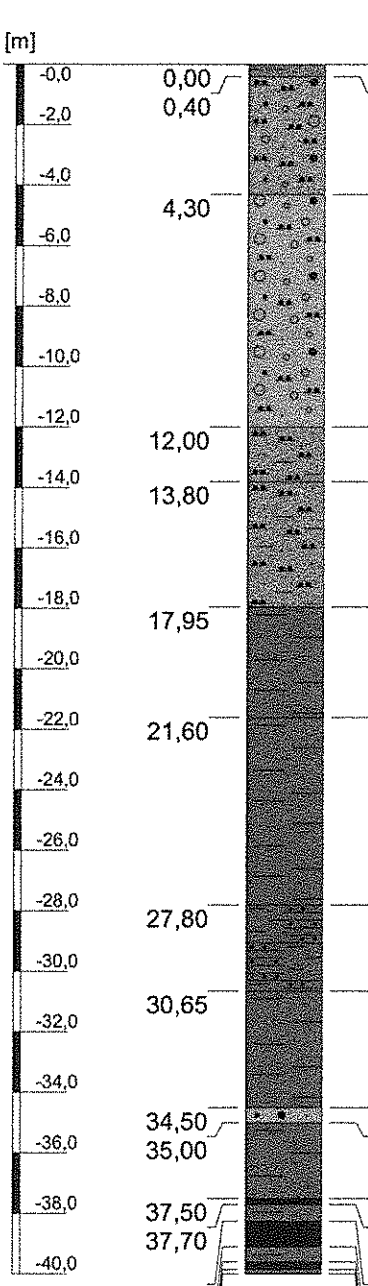
Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Herzogenrath			**IHS**
Bohrung: Vollbohrung C 7			
Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	2506204,46 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	5632090,33 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 179,2 mNHN
Datum:	15.11.2016	Endtiefe:	45,00 m

Anhang 1.5

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Domkaul_Wohnen\Bohrungen\C_07.GGF

Kernbohrung C 8
(Schrägbohrung 60°, Richtung ca. 160°)



0,00	Oberboden
0,40	Schluff, sandig, kiesig, braun
4,30	Kies, sandig, schluffig, braun, mit Feuersteinen
12,00	Schluff, feinsandig, tonig, braun
13,80	Schluff, feinsandig, tonig, graugrün
17,95	Tonstein, sehr stark verwittert, sehr stark zerklüftet, grau, von 18,5 - 18,7 m schwach kohlig, bei 20,5 m Kohleband 2 cm
21,60	Tonstein, schwach bis deutlich verwittert, deutlich bis stark zerklüftet, dunkelgrau
27,80	Wechsellagerung aus: Tonstein und Sandstein, schwach bis deutlich z.T. stark verwittert, deutlich bis stark zerklüftet, grau, z.T. deutlich gebändert, bei 28,8 m Schichtung 50° senkrecht zur Bohrachse
30,65	Tonstein, schwach verwittert, stark bis sehr stark zerklüftet, grau
34,50	Sandstein, schwach verwittert, stark zerklüftet, grau
35,00	Tonstein, schwach verwittert, deutlich zerklüftet, grau, bei 35,3 m Schichtung 40° senkrecht zur Bohrachse, bei 36,5 m Kohlelage 3 cm
37,50	Kohle und Tonstein, deutlich verwittert, deutlich zerklüftet, schwarz
37,70	Tonstein, deutlich verwittert, deutlich zerklüftet, dunkelgrau, bei 38,1 m Schichtung 40° senkrecht zur Bohrachse
38,25	Kohle, stückig, schwarz
39,10	Tonstein, deutlich verwittert, deutlich zerklüftet, grau
39,60	Kohle mit Tonstein-Zwischenlagen, stückig, schwarz
39,85	Tonstein, deutlich verwittert, grau
40,00	

Anmerkung:
Von 38,25 bis 39,10 m Bohrstrecke Flöz Grauweck angetroffen

Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Herzogenrath

Bohrung: Kernbohrung C 8

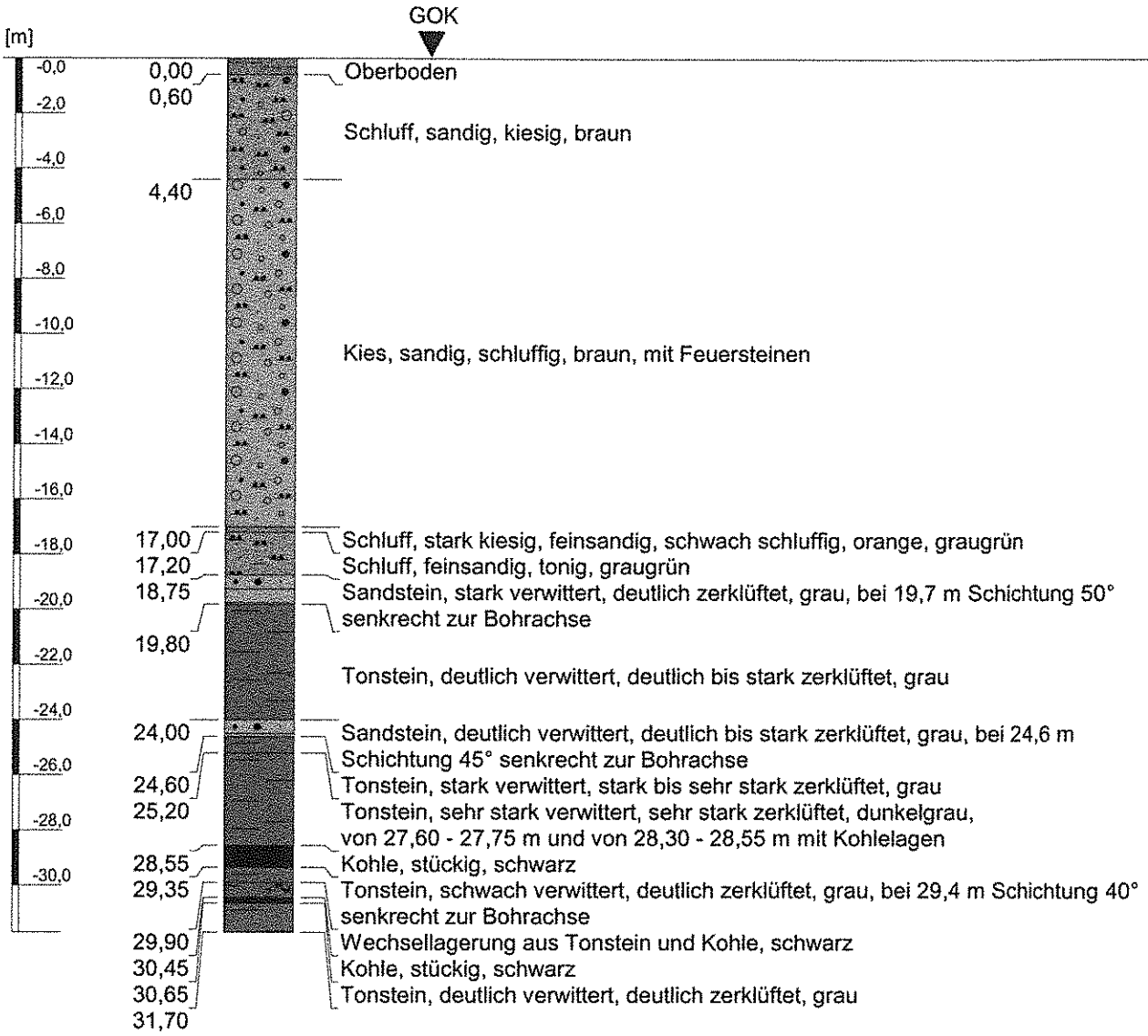
IHS

Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	2506213,40 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	5632056,24 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 179,1 mNHN
Datum:	17.11.2016	Endtiefe:	40,00 m

Anhang 1.6

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen\Bohrungen\C_08.GGF

Kernbohrung C 9
(Schrägbohrung 60°, Richtung ca. 160°)



Anmerkung:
Von 28,55 bis 29,35 m Bohrstrecke Flöz Grauweck angetroffen

Höhenmaßstab: 1:250

Projekt: B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße“, Herzogenrath

Bohrung: Kernbohrung C 9

IHS

Auftraggeber:	Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH	Rechts-Wert:	ca. 2506178 m
Bauüberwachung:	Ingenieurbüro Heitfeld - Schetelig GmbH	Hoch-Wert:	ca. 5632037 m
Bearbeiter:	Paape/Paffen	Ansatzhöhe:	ca. 178,7 mNHN
Datum:	21.11.2016	Endtiefe:	31,70 m

Anhang 1.7

server:\\Y:\Daten\projekt\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen\Bohrungen\C_09.GGF

ANLAGE 16

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Bergbauuntersuchung (Anlage mit Plänen)

2506100 2506200 2506300 2506400

5632200 5632100 5632000

N W E S

Meister ↓ 70°
Geelärsch ↓ 70°
Croat ↓ 70°
Furth ↓ 70°
Grafweck ↓ 70°
Grafweck 50° ↓
Furth ↓ 50°
Furth ↓ 75°
Grafweck ↓ 75°
Grauweck ↓ 70°
Grauweck ↓ 85°
Sentewerk ↓ 80°
Rauschenwerk ↓ 80°

Planungsabschnitt II

Planungsabschnitt I Teil B

S Ib

019

06/32

Kämpchenstr.

Legende

- Plangebiet
- 06/32 — Blattschnitte mit Bezeichnung der Eckkoordinaten
- geplante Bebauung Planungsabschnitt II

Bergbauliche Hinterlassenschaften (U2)

- Grenzlage der ungesicherten Tagesöffnung TÖB 2506/5632/019
- Schachtschutzzone
- Ausgasungsschutzzone

Lagerstättenprojektion Planungsabschnitt I (U2)

- Furth 70° — tagesnah abgebautes Flöz mit Benennung und Einfallen
- Grauweck 70° — anstehendes (nicht abgebautes) abbauwürdiges Flöz mit Benennung und Einfallen
- Potenzielle Einwirkungsbereiche des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche: Bei Baumaßnahmen auf diesen Flächen sind vorab Sicherungsmaßnahmen erforderlich

Planungsabschnitt II (U3)

- Furth 70° — Flöz der Einwirkungsklasse 1 mit Benennung und Einfallen
- Grauweck 70° — Flöz der Einwirkungsklasse 3 mit Benennung und Einfallen

Potenzielle Einwirkungsbereiche des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche

- Einwirkungsklasse 1: Tagesbruch-, Senkungs-/Setzungsgefährdung mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhanden
- Einwirkungsklasse 3: Tagesbruch-, Senkungs-/Setzungsgefährdung mit nur geringer Wahrscheinlichkeit vorhanden

Tektonische Verhältnisse

- Muldenachse
- S Ib — Sattelachse mit Benennung

Index	Änderungen	Datum

Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH

IHS Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH
Jean-Bremen-Straße 1-3, 52080 Aachen Tel.: 0241/70516-0 Fax: 0241/70516-20

Benennung : Abschlussbericht Erkundung tagesnaher Altbergbau B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Planungsabschnitt II in 52134 Herzogenrath

Lageplan mit Kenntnisstand vor Beginn der Bohrarbeiten

Zeichnungs - Nr.: 094-13-001

Bearbeitet:	Gezeichnet:	Geprüft:	Maßstab
Name: B. Paape Datum: 29.11.2016	Name: B. Paape Datum: 29.11.2016	Name: M. Heitfeld Datum: 29.11.2016	1:1.000
			Anlage 1

Dokumentpfad: Y:\GIS\2_Kleinprojekte\2016\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen_Erkundung_Abschnitt_II_Anlagen\Anl_01_Bohrarbeiten_Dornkaul_Wohnen_Plangebiet_II.mxd

2506100 2506200 2506300 2506400

5632200 5632100 5632000

N W E S

Meister ↓ 70°
Geelarsch ↓ 70°
Croat ↓ 70°
Furth ↓ 70°
Furth ↓ 65°
Furth ↓ 50°
Furth ↓ 75°
Grafweck ↓ 70°
Grafweck 50° ↓
Grafweck ↓ 75°
Grauweck ↓ 70°
Grauweck 45° ↓
Grauweck ↓ 80°
Sentewerk ↓ 80°
Rauschenwerk ↓ 80°

t = 25,6 - 27,5 m
t = 32,6 - 32,9 m
t = 36,4 - 36,5 m
t = 27,3 - 27,8 m
t = 24,7 - 25,4 m
t = 21,1 - 21,7 m
t = 33,2 - 33,9 m

C 1 C 2 C 3 C 4 C 6 C 7 C 8 C 9

B 14 B 12 B 11 B 10 B 9 B 8 B 15

S Ib

Planungsabschnitt II

Planungsabschnitt I
Teil B

06/32

Kämpchenstr.

Legende

- Plangebiet
- 06/32 — Blattschnitte mit Bezeichnung der Eckkoordinaten
- geplante Bebauung Planungsabschnitt II

Vor Ort-Untersuchungen

Erkundung Planungsabschnitt I (2013)

- B 14 — geneigte Kernbohrung mit Bohrspur und Benennung

Erkundung Planungsabschnitt II (2016)

- C 3 — geneigte Vollbohrung mit Bohrspur und Benennung
- C 1 — geneigte Vollbohrung (Lockergestein) und Kernbohrung (Festgestein) mit Bohrspur und Benennung

Bohrergebnisse

Kategorie 1: Kohle erbohrt mit Teufe [m] (t = 27,3 - 27,8 m)

Kategorie 4: abgebauter Flözbereich mit eingebrochenem Deckschichtenmaterial erbohrt, mit Teufe [m] (t = 25,6 - 27,5 m)

Lagerstättenprojektion gemäß Bohrergebnisse

- Furth ↓ 70° — tagesnah abgebautes Flöz mit Benennung und Einfallen
- Grauweck ↓ 70° — anstehendes (nicht abgebautes) abbauwürdiges Flöz mit Benennung und Einfallen

gemäß U3

- Furth ↓ 50° — Flöz der Einwirkungsklasse 1 mit Benennung und Einfallen
- Croat ↓ 70° — Flöz der Einwirkungsklasse 3 mit Benennung und Einfallen
- Muldenachse
- S Ib — Sattelachse mit Benennung

Index	Änderungen	Datum

Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH

IHS Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH
Jean-Bremen-Straße 1-3, 52080 Aachen Tel.: 0241/70516-0 Fax: 0241/70516-20

Benennung : Abschlussbericht Erkundung tagesnaher Altbergbau B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Planungsabschnitt II in 52134 Herzogenrath

Lageplan mit Bohransatzpunkten sowie Bohrergebnissen im Planungsabschnitt II

Zeichnungs - Nr.: 094-13-002

Bearbeitet:	Gezeichnet:	Geprüft:	Maßstab
Name: B. Paape Datum: 29.11.2016	Name: B. Paape Datum: 29.11.2016	Name: M. Heitfeld Datum: 29.11.2016	1:1.000
			Anlage 2

Dokumentpfad: Y:\GIS\2_Kleinprojekte\2016\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen_Erkundung_Abschnitt_II_Anlagen\Anl_02_Bohrarbeiten_Dornkaul_Wohnen_Plangebiet_II.mxd

2506100 2506200 2506300 2506400

5632200 5632100 5632000

N W E S

Meister ↓ 70°
Geelarsch ↓ 70°
Croat ↓ 70°
Furth ↓ 70°
22,8 m
14,0 m
019
Furth ↓ 65°

Planungsabschnitt II

S Ib

Furth ↓ 50°
Furth ↓ 75°
Grafweck ↓ 70°
Grafweck 50° ↓
Grauweck ↓ 70°

Planungsabschnitt I
Teil B

Grauweck 45° ↓
Grafweck ↓ 75°
20,6 m
Grauweck ↓ 80°
25,6 m
15,2 m
Sentweck ↓ 80°
Rauschenwerk ↓ 80°

06/32

Kämpchenstr.

Legende

- Plangebiet
- 06/32 — Blattschnitte mit Bezeichnung der Eckkoordinaten
- geplante Bebauung Planungsabschnitt II

Bergbauliche Hinterlassenschaften gemäß U 2

- Grenzlage der ungesicherten Tagesöffnung TÖB 2506/5632/019
- Schachtschutzzone
- Ausgasungsschutzzone

Tektonische Verhältnisse gemäß Bohrergebnisse

- Furth ↓ 70° — tagesnah abgebautes Flöz mit Benennung und Einfallen
- Grauweck ↓ 70° — anstehendes (nicht abgebautes) abbauwürdiges Flöz mit Benennung und Einfallen
- Muldenachse
- S Ib — Sattelachse mit Benennung
- Potenzielle Einwirkungsbereiche des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche: Bei Baumaßnahmen auf diesen Flächen sind vorab Sicherungsmaßnahmen erforderlich

gemäß U3

- Furth ↓ 50° — Flöz der Einwirkungsklasse 1 mit Benennung und Einfallen
- Croat ↓ 70° — Flöz der Einwirkungsklasse 3 mit Benennung und Einfallen

Potenzielle Einwirkungsbereiche des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche

- Einwirkungsklasse 1: Tagesbruch-, Senkungs-/Setzungsgefährdung mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhanden
- Einwirkungsklasse 3: Tagesbruch-, Senkungs-/Setzungsgefährdung mit nur geringer Wahrscheinlichkeit vorhanden

Anmerkung: Überlagerungen der Einwirkungsklassen sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht dargestellt.

Index	Änderungen	Datum

Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH

Ingenieurbüro Heitfeld-Schetelig GmbH
Jean-Bremen-Straße 1-3, 52080 Aachen Tel.: 0241/70516-0 Fax: 0241/70516-20

Benennung : Abschlussbericht Erkundung tagesnaher Altbergbau B-Plangebiet II/65 „Kämpchenstraße", Planungsabschnitt II in 52134 Herzogenrath

Lageplan mit potenziellen Einwirkungsbereichen des tagesnahen Altbergbaus an der Geländeoberfläche, Schachtschutzzone und Ausgasungsschutzzone

Zeichnungs - Nr.: 094-13-003

Bearbeitet:	Gezeichnet:	Geprüft:	Maßstab
Name: B. Paape Datum: 29.11.2016	Name: B. Paape Datum: 29.11.2016	Name: M. Heitfeld Datum: 29.11.2016	1:1.000
			Anlage 3

Dokumentpfad: Y:\GIS\2_Kleinprojekte\2016\Herzogenrath_Dornkaul_Wohnen_Erkundung_Abschnitt_II_Anlagen\Anl_03_Bohrarbeiten_Dornkaul_Wohnen_Plangebiet_II.mxd

ANLAGE 17

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Bodengutachten

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG
Beratender Ingenieur für Geotechnik

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG, Adele-Weidtman-Str. 60, 52072 Aachen

Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH
c/o Sparkassen Immobilien GmbH

Monnetstraße 24
52146 Würselen

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG

Adele-Weidtman-Str. 60
52072 Aachen

Telefon: +49 241 980 97 90
Fax: +49 241 980 97 910

E-Mail: kramm@geotechnik-aachen.de

www.geotechnik-aachen.de

24.03.2018
2017-0677
16 Seiten

Bebauungsplan II / 65-B „Kämpchenstraße – Teil B“ in 52134 Herzogenrath

Geotechnischer Bericht

über

den Baugrund und seine Wasserführung mit

- Beurteilung der Versickerungsmöglichkeiten für nicht verunreinigtes Niederschlagswasser (hydrogeologische Stellungnahme)
- Beurteilung der generellen Gründungsmöglichkeiten für die künftige Wohnbebauung
- bautechnischen Rückschlüssen auf den Straßen- und Kanalbau (Erschließung)

Anlagen: 1 Lageplan zur Baugrunderkundung mit Darstellung der Ergebnisse in Form von höhenbezogenen Bohrsäulen im Tiefenmaßstab 1:100 auf drei Profilschnitten durch den erkundeten Baugrund

2 Dokumentation und Auswertung der Versickerungsversuche in den Bohrlöchern der Baugrunderkundung zur versuchstechnischen Bestimmung des Bodendurchlässigkeitsbeiwertes im Bereich versickerungswirksamer Bodenschichten

Inhalt

1. Aufgabenstellung

2. Geotechnische Untersuchungen

3. Geländehöhen
4. Geologische Stellung des Plangebietes und Grundwassers
5. Oberflächennahe Bodenschichtung
6. Bodendurchlässigkeit und Versickerung von Niederschlagswasser nach § 51 a, LWG
7. Wasserführung im Baugrund und seine bautechnischen Konsequenzen
8. Baugrundeigenschaften
9. Bodenklassifikation nach DIN 18 196 und DIN 18 300
10. Homogenbereiche nach VOB/C
11. Erschließungsmaßnahmen
11.1 Erdbau / Erschließung des Baufeldes
11.2 Baugrundverbesserungsmaßnahmen im Erdplanum im Bereich der Verkehrsflächen
11.3 Kanalbau

12. Gründung der Wohnhäuser

1. Aufgabenstellung

Der vorliegende Bericht gibt für das o.a. geplante Baugebiet auf der Grundlage einer örtlichen Baugrunderkundung Auskunft über

a) den oberflächennahen Baugrund und seine Wasserführung

b) die Versickerungsmöglichkeiten für nicht verunreinigtes Niederschlagswasser gemäß §51a LWG

c) die generellen Gründungsmöglichkeiten für die künftige Wohnbebauung

d) die bautechnischen Rückschlüsse auf die Planung und Ausführung der künftigen Straßen- und Kanalbaumaßnahmen (Erschließung).

2. Geotechnische Untersuchungen

Im Dezember 2017 wurden zur Erkundung der Bodenschichtung und der Wasserführung des Bodens in der Fläche des Baugebietes insgesamt acht Rammkernbohrungen als direkte Baugrundaufschlüsse bis in gründungsrelevante Tiefen abgeteuft. In vier Bohrungen wurden ferner im Tiefenbereich versickerungswirksamer Bodenschichten Versickerungsversuche durchgeführt, um den Bodendurchlässigkeitsbeiwert als Grundlage für die hydrologische Beurteilung und Bemessung späterer Versickerungsanlagen für eine gezielte Verrieselung anfallender Niederschlags- und Dränwässer in den anstehenden Boden zu ermitteln. Die Lage der einzelnen Bohrungen ist auf Anlage 1 in einem Lageplan zur Baugrunderkundung mit den Bezeichnungen RKB 1 bis RKB 8 eingetragen. Auf der gleichen Anlage sind auch die einzelnen Bohrergebnisse als höhenbezogene Bohrsäulen im Tiefenmaßstab 1:100 auf drei Profilschnitten durch den Geländeverlauf und die Bodenschichtung dargestellt. Die Geländehöhen an den Bohransatzstellen wurden von uns auf NN / NHN einnivelliert und sind auf Anlage 1 über den entsprechenden Bohrsäulen eingetragen. Als Höhenfestpunkt für das Nivellement diente die Oberseite eines Kanaldeckels (OK KD) in der Kämpchenstraße (Lage KD s. Lageplan Anlage 1), dessen Bezugshöhe mit +182,36 m angegeben ist. Die Zahlen rechts neben den Bohrsäulen sind Tiefenangaben in [m] unter der jeweiligen Geländeoberkante an den Bohransatzstellen und geben so Tiefen unter Flur an, in denen sich der Boden signifikant ändert.

Die in/an den Bohrsäulen verwendeten Kennbuchstaben und Bodensymbole sind auf Anlage 1 in einer Legende erklärt.

Die in den Bohrungen durchgeführten Versickerungsversuche sind in der Anlage 2 dokumentiert und ausgewertet.

3. Geländehöhen

Das Gelände liegt nach topografischen Karten zwischen rd. NN +176 m und NN +181 m.

4. Geologische Stellung des Plangebietes und Grundwasser

Der tiefere Untergrund im Plangebiet wird ab rd. 20 m Tiefe aus dem karbonischen Grundgebirge und seiner zu einem „Verwitterungslehm“ zersetzten Schichtoberseite gebildet. Darüber liegen Relikte tertiärer Schichten aus Feinsand und Ton (bis rd. 16 m unter Flur). Beide Schichten spielen aufgrund ihrer Tiefenlage für die Beurteilung der o.a. Themen keine Rolle.

Oberflächennah ist der geotechnisch relevante, gewachsene Baugrund wie folgt von oben nach unten zweigeteilt: Unter dem Ackerboden folgt bis rd. 1,4 m und 4,4 m unter Flur eine „lehmige“ Deckschicht aus „Löß“ (Flugsandablagerungen), die z.T. infolge Verwitterung zu „Lößlehm“ zersetzt ist. Darunter steht ein zwischen 11 m und 13 m dickes Paket aus mitteldicht bis dicht gelagerten Sanden und Kiesen eiszeitlicher Ablagerungen der „Hochterrasse“ an. Darunter beginnt dann ab rd. 16 m die o.a. tiefere Schichtenfolge aus tertiären Schichten und dem Grundgebirge. Das zusammenhängende, unbeeinflusste Grundwasser ist in den amtlichen hydrologischen Karten (z.B. im „Rahmenplan Rur“) ab rd. NN +160 m bis NN +165 m eingetragen, was bei Geländehöhen im Plangebiet zwischen rd. +176 m und +180 m Grundwasserflurabstände zwischen rd. 11 m und 20 m bedeutet. Baupraktisch bedeutet dies, dass das zusammenhängende Grundwasservorkommen bautechnisch keine Rolle spielt und für eine gezielte betriebssichere Versickerung von Niederschlagswasser eine ausreichend dicke ungesättigte Bodenzone oberhalb des Grundwasserspiegels vorhanden ist, um ggf. Restverschmutzungen im Niederschlagswasser natürlich zu reinigen.

5. Oberflächennahe Bodenschichtung

Schicht 1 - Oberboden (Ackerboden)

Die Baugrundoberseite besteht aus einer zwischen 0,3 m und 0,5 m dicken Schicht aus stark „lehmigen“ Oberboden (Ackerboden). Infolge der landwirtschaftlichen Bearbeitung (Pflügen) ist die Unterseite des Oberbodens mit der unterlagernden Baugrundoberseite durchmischt und dadurch nicht mehr als klare Schichtunterkante vorhanden. Infolge der Umlagerung sind örtlich geringe Nebenanteile (rd. 1%) von Ziegelbruch und Kohlereste in den Oberboden eingearbeitet worden. Die organoleptische Begutachtung des Oberbodens bei der Baugrunderkundung ergab keine konkreten Hinweise auf erhöhte Belastungen durch umweltrelevante Inhaltsstoffe.

Der Oberboden muss aufgrund seiner organischen Bestandteile im Bereich der künftigen Straßen, Wege und Gebäude flächig abgetragen werden, d.h. die Schichtdicke des Oberbodens bestimmt in Verbindung mit den derzeitigen Geländehöhen erst die endgültige Tiefenlage des Erdplanums. Der Oberboden aus den Abtragbereichen muss als schützenswerter Kulturboden erhalten und deshalb wiederverwertet werden.

Schicht 2 – „Löß“ und „Lößlehm“

Unter dem Oberboden steht an den Bohransatzstellen überall sofort die gewachsene Baugrundoberseite als eine zwischen 1,0 m und 3,8 m dicke und durchgehende „lehmige“ Deckschicht an, die bis 1,4 m und 4,4 m unter Flur reicht.

Geologisch handelt es sich, wie schon im Abschnitt 4 geschildert, um „Löß“, der örtlich mehr oder weniger stark zu „Lößlehm“ verwittert ist. Der „Löß“ wurde in den Kornverteilungen schwach bis stark feinsandiger Schluffe erbohrt. Der „Lößlehm“ weist eine Kornverteilung schwach toniger, feinsandiger Schluffe auf.

Der natürliche (jahreszeitlich bedingte) Schwankungsbereich des Bodenwassergehaltes in der Schicht 2 variiert nach statistisch abgesicherten Laborergebnissen zwischen rd. w_{min} = 15% bis $w_{max.}$ = 25%. Mit einem offenen Porenraum des ungestörten (in seiner natürlichen Lagerung belassenen) „Löß“ und „Lößlehm“ von rd. 28% und einem nicht verdrängbaren Bodenluftrestraum von rd. 1% bis 2% ist die Schicht 2 mit einem Wassergehalt von w = 26% vollkommen wassergesättigt, d.h. oberhalb dieses Wassergehaltes nimmt der Baugrund und das Erdplanum überhaupt kein Wasser mehr auf. Mit der charakteristischen Plastizitätszahl I_p = 0,06 und einer Fließgrenze von w_L

= 0,30 ergibt sich für die o.a. Wassergehalte aus den bodenmechanischen Zusammenhängen zwischen Fließgrenze, Wassergehalt und Plastizität i.M. eine steife Bodenkonsistenz (Konsistenzzahl I_c = 0,75 bis 1,00), die bei völliger Wassersättigung minimal auf die Konsistenzgrenze zwischen weich und steif (I_c = 0,75) absinken kann.

Der „Löß“ und „Lößlehm“ als Baugrund: Für die künftige Gründung von Wohnhäusern in dem neuen Baugebiet handelt es sich um einen generell zuverlässigen, mäßig belastbaren und mit einem charakteristischen Steifemodul der Erstbelastung von $E_{s,stat.}$ = 7 MN/m² ±10% um einen mittel zusammendrückbaren Baugrund.

Beim Straßenbau ist das charakteristische Verformungsmodul im Erdplanum aus ungestörtem „Löß“ und „Lößlehm“ zu beachten, der nur rd. E_{v2} = 10 MN/m² bis 20 MN/m² beträgt. Er ist damit kleiner als die Mindestfestigkeit des Erdplanums von $E_{v2} \geq$ 45 MN/m² nach RStO 12, um Verkehrsflächen allein mit der Standarddicke des frostsicheren Oberbaues ausführen zu können, d.h. es werden in den beiden v.g. Bereichen baugrundbedingte Zusatzmaßnahmen notwendig (s.u.).

Der „Löß“ und „Lößlehm“ während der Bauzeit: Der „Löß“ und „Lößlehm“ ist an seiner Oberseite sehr wasser-, frost- und erosionsempfindlich. Der bodenmechanische Hintergrund ist, dass sich der v.g. Porenraum an der Schichtoberseite infolge Entlastung (z.B. durch Aushub) und/oder durch Baubetrieb (Zerstörung der gewachsenen Kornstruktur) vergrößern und damit über das natürliche Maß mehr Wasser aufnehmen kann. Die Bodenkonsistenz kann in diesem Fall dann im Gegensatz zum gewachsenen Boden in seiner natürlichen Lagerung (s.o.) sehr schnell aufweichen und weich bis breiig-fließend zerfallen. Ist zusätzlich die gewachsene Bodenstruktur zerstört (z.B. durch Zerfahren mit Baugeräten), ist der Verlust an Baugrundfestigkeit nicht mehr reversibel, d.h. der Boden muss als unbrauchbarer Erdbaustoff und Baugrund abgefahren werden.

In der gewachsenen (durch rechtzeitige Schutzmaßnahmen geschützten) „Löß“- und „Lößlehm“-Oberseite kann bei hohen Bodenwassergehalten kurz nach dem Aushub und/oder Befahren kurzzeitig Porenwasserüberdruck auftreten, was sich in einem „puddingartigen“ Verhalten des Erdplanums bemerkbar macht. Ohne neue und weitere Belastungen baut sich dieser Porenwasserüberdruck jedoch nach einiger Zeit (einige Tage) selbstständig ab und der „Löß“ und „Lößlehm“ kehrt wieder in seine natürliche Baugrundfestigkeit zurück. Während der Bauzeit sind daher kurzzeitige Erscheinungen im Erdplanum infolge Porenwasserüberdruckes reversibel und allenfalls der Grund für Bauunterbrechungen oder einer Abänderung des Bauablaufes, nicht aber der Grund für Bodenaustauschmaßnahmen.

Der „Löß“ und „Lößlehm“ ist insgesamt nur schwach durchlässig (s. hierzu auch Abschnitt 9) und verhält sich bei stärkerer Wasserzufuhr (z.B. bei Starkregenereignissen), die sein geringes Schluckvermögen übersteigen, kurzfristig wie ein Wasserstauer. Dies ist insbesondere in der Bauzeit im Hinblick auf angrenzende Grundstücke zu beachten, in der es nach dem Oberbodenabtrag auf dem geneigten Erdplanum bei Starkregenereignissen zu einem oberflächigen Abfluss von Niederschlagswasser kommen kann. Entsprechende bauzeitliche Schutzmaßnahmen für die nachbarlichen, bebauten Grundstücke sind von den Bauausführenden zu ergreifen (z.B. Wälle, Auffanggräben).

Schicht 3 – Eiszeitliche „Terrassenkiese“

Ab den v.g. Tiefen unterhalb der Schicht 2 steigt die Baugrundfestigkeit sprunghaft um ein Vielfaches an, indem mitteldicht und dicht gelagerte sandige Kiese der eiszeitlichen „Terrassenablagerungen“ einsetzten. Bodenmechanisch wirkt diese Schicht wie eine feste, praktisch unzusammendrückbare Unterlage mit sehr großen Scherfestigkeiten auf der dementsprechend nahezu setzungsfrei mit großen zulässigen Sohlnormalspannungen gegründet werden kann. Der Haufwerksraum der Kiese ist durch schluffige Nebenanteile mehr oder weniger stark „verlehmt“ und dadurch in seiner Wasserdurchlässigkeit entsprechend mehr oder weniger beschränkt. Grundsätzlich sind bei nur schwacher „Verlehmung“ die Kiese für eine betriebssichere Versickerung von nicht verunreinigtem Niederschlagswasser geeignet. Bei stärkerer „Verlehmung“ dagegen bestimmen die schluffigen Anteile die Bodendurchlässigkeit und führen zu einer ähnlich geringen Durchlässigkeit wie in der überlagernden Schicht 2 – „Löß“ und „Lößlehm“

6. Bodendurchlässigkeit und Versickerung von Niederschlagswasser nach § 51a, LWG

Schicht 2 –„Lößlehm“ und „Löß“: Eine betriebssichere, gezielte Versickerung größerer Wassermengen in der Schicht 2 ist wegen der hauptsächlichen Schluffanteile d.h. wegen der zu geringen Bodendurchlässigkeiten entsprechend Durchlässigkeitsbeiwerten (k-Wert) von $< 1 \times 10^{-6}$ m/s, aus technischer Sicht nicht möglich. Grundsätzlich möglich ist dagegen eine gezielte Versickerung von Niederschlagswasser kleinerer versiegelter Flächen wie Terrassen sowie Haus- und PKW-Garagenzuwegungen. Eine ungezielte Versickerung (z.B. Dränpflaster) ist in der Schicht 2 möglich.

Schicht 3 – Eiszeitliche „Terrassenablagerungen: Eine gezielte Versickerung von Niederschlagswassermengen aus Bauwerksdränagen ist in der Schicht 3 dort möglich, wo die „Verlehmung“ in

den Kiesen nicht zu stark ist. Für die Versickerung größere Wassermenge, wie z.B. von Dachflächen und dicht versiegelten Verkehrsflächen, reicht auch die natürliche Durchlässigkeit in der Schicht 3 nicht aus, d.h. das Dachwasser muß über die Kanalisation abgeleitet werden.

Von der Unteren Wasserbehörde der StädteRegion Aachen wird eine gezielte Versickerung in der Schicht 3 aus wasserrechtlichen Schutzaspekten i.d.R. nur dann genehmigt, wenn die Tiefenlage der ausreichend durchlässigen Schicht nicht tiefer als 3 m unter Gelände liegt. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Baugrunderkundung Versickerungsversuche in den Bohrlöchern der Baugrunderkundung demzufolge nur dort durchgeführt, wo die Schicht 3 nicht tiefer als 3 m unter Gelände beginnt. Die entsprechenden Versickerungsversuche sind in der Anlage 2 in Form der Versuchsprotokolle dokumentiert und ausgewertet.

Gemäß Tabelle B1 des ATV-DVWK-A 138 müssen für die Bemessung der Versickerung die in den Feldversuchen methodenspezifischen k-Werte (wie im vorliegenden Fall) mit dem Korrekturfaktor 2,0 zu einem Bemessungs-$k_{cal.}$-Wert modifiziert werden.

	method.-spez.-k-Wert	Bemessung-k-Wert
Bohrloch RKB 3, Tiefe zwischen 2,4 m bis 3,0 m:	$k = 4{,}0 * 10^{-7}$ m/s	$k_{cal.} = 8{,}0 * 10^{-7}$ m/s
Bohrloch RKB 4, Tiefe zwischen 2,0 m bis 3,0 m:	$k = 5{,}1 * 10^{-7}$ m/s	$k_{cal.} = 1{,}0 * 10^{-6}$ m/s
Bohrloch RKB 5, Tiefe zwischen 2,4 m bis 3,0 m:	$k = 3{,}7 * 10^{-7}$ m/s	$k_{cal.} = 5{,}5 * 10^{-7}$ m/s
Bohrloch RKB 8, Tiefe zwischen 2,4 m bis 3,0 m:	$k = 2{,}4 * 10^{-5}$ m/s	$k_{cal.} = 4{,}8 * 10^{-5}$ m/s

Eine gezielte Versickerung von Niederschlagswasser ist damit nur in Teilbereichen des Bebauungsplangebietes möglich und muss daher entsprechenden Einzelprüfungen auf den späteren Baugrundstücken vorbehalten bleiben. Wo die o.a. Bedingungen erfüllt werden (z.B. im Bereich der Bohrung RKB 8) kann das Dränagewasser von Bauwerksdränierungen verrieselt und damit in diesem Fall eine einfachere Bauwerksabdichtung der erdberührten Bauteile ermöglicht werden (s.u.).

7. Wasserführung im Baugrund und seine bautechnischen Konsequenzen

Der natürliche Grundwasserspiegel liegt zwischen rd. 11 m und 20 m unter Flur. Zusammenhängendes Grundwasser ist damit bis in hier relevante Tiefen unter dem Baugebiet nicht vorhanden.

Für die Bauausführung, Bauablaufplanung, die Planung der Verkehrsflächen und für die Planung der Bauwerksabdichtungen ist damit allein die schon im Abschnitt 5 geschilderte, generell geringe Bodendurchlässigkeit von „Löß“ und „Lößlehm“ sowie seine jahreszeitliche Vernässung mit kapil-

larhangendem Porenwasser, die zeitweise bis in Geländehöhe reichen kann, von großer Bedeutung. Der Boden und das Erdplanum verhält sich deshalb sowohl bei plötzlicher starker als auch bei langanhaltender Wasserzufuhr aus Niederschlägen, die das geringe, natürliche Schluckvermögen des Bodens übersteigen, kurzzeitig nahezu wie ein Wasserstauer. In Phasen jahreszeitlich bedingter Wassersättigung im „Löß“ und „Lößlehm“, -d.h. i.d.R. Winter bis Frühjahr-, nimmt der Boden kurzfristig überhaupt kein zusätzliches Wasser mehr auf. Im Sommer bis zum Spätherbst zieht sich die „Vernässung“ des Bodens dagegen infolge mangelnden Wassernachschubes aus Niederschlägen und kapillarer Bodenverdunstung langsam in den tieferen Untergrund zurück. Aus dem im Abschnitt 5 geschilderten bodenmechanischen Zusammenhängen zwischen dem Wassergehalt im Boden und seiner Bodenkonsistenz folgt, dass der Boden während der Bauzeit in erdbautechnischer Sicht je nach Jahreszeit „zwei sehr verschiedene Gesichter“ hat. Viele der u. geschilderten Mehraufwendungen zum Schützen und Befahren des Erdplanums während der Bauzeit sind im Winter und Frühjahr in weitaus stärkerem Maße notwendig, als nach langer Trockenheit bei einem Erdbau im Sommer und Spätherbst.

Für die Planung der Bauwerksabdichtungen in dem Baugebiet haben die Bodendurchlässigkeiten folgende Konsequenzen

a) Erdberührte Bauteile, die in die Schicht 2 einbinden, erfahren eine maximale Wasserbeanspruchung durch zeitweise aufstauendes Sickerwasser. Dem entspricht nach den Regeln der DIN 18 533 die Wassereinwirkungsklasse W2.1-E mit einer damit verbundenen notwendigen Abdichtung gemäß Abschnitt 8.6.1 der DIN 18 533. Die gleiche Wassereinwirkungsklasse sowie die gleiche notwendige Abdichtung gilt auch für Bauteile, die in die Schicht 3 einbinden.

b) Für die Bereiche im Baugebiet, wo die Schicht 3 oberhalb des Tiefenhorizontes weniger stark „verlehmt“ ist und eine Bodendurchlässigkeit entsprechend einem Durchlässigkeitsbeiwert von $k \geq 1 \times 10^{-6}$ m/s vorhanden ist, besteht alternativ zu a) die Möglichkeit beim Bau einer Bauwerksdränage nach DIN 4095 das anfallende Dränagewasser gezielt über eine entsprechend tiefe Kiesrigole in den Untergrund zu versickern. Bei einer Dränierung der erdberührten Bauteile liegt die geringere Wassereinwirkungslasse W1.2-E vor, wodurch eine einfachere Abdichtung nach Abschnitt 8.5.1 möglich wird.

c) Liegen die erdberührten Bauteile nicht unterkellerter Gebäude ≥ 0,50 m über dem gewachsenen Erdplanum, so dass kurzzeitige Stauwassserbildungen nicht bis an die Bauteile gelangen können, liegt die Wassereinwirkungsklasse W1.1-E. In diesem Fall kann eine Ab-

dichtung der erdberührten Bauteile nach Abschnitt 8.5.1 auch ohne Dränierung ausgeführt werden.

8. Baugrundeigenschaften

Aus den bei der Baugrunderkundung festgestellten Grundkenngrößen wie Konsistenz, Plastizität, Lagerungsdichte und Kornverteilung können mittels Korrelation mit statistisch abgesicherten Laborergebnissen für die geotechnische Bemessung folgende charakteristische Bodenkenngrößen, die gemäß DIN 1054-100 deutlich unterhalb des arithmetischen Mittelwertes gewählt sind, angesetzt werden:

Tafel 1 - Bodenkenngrößen

Schicht	Wichte γ [KN/m^3]	Kohäsion c [KN/m^2]	Reibungswinkel φ (^{o})	Steifemodul E_s [MN/m^2]
2 – „Löß“ und „Lößlehm“	20	2	30,0	7±10%
3 – Eiszeitliche „Terrassenkiese“	19	0 bis 2	35,0 bis 37,5	≥ 100

9. Bodenklassifikation nach DIN 18 196 und DIN 18 300

Tafel 2 - Bodengruppen und Bodenklassen

Schicht	Bodengruppen nach DIN 18 196	Bodenklassen nach DIN 18 300
1 - Oberboden	A [OU]	1
2 – „Löß“ („Lößlehm“)	TL, SŪ	4
3 – Eiszeitliche „Terrassenkiese“	GU, GŪ, GW	3 und 4

Erläuterung der Tafel 2:

Maßgebend im Bereich des gewachsenen und angefüllten Erdplanums und des Gründungsbodens sind bezüglich der bautechnischen Eigenschaften die Bodengruppen TL und SŪ. Herausragende Eigenschaften dieser Bodengruppen sind im Einzelnen:

- schwache bis sehr schwache Durchlässigkeit
- sehr große Erosions- und Witterungsempfindlichkeit
- mittlere Zusammendrückbarkeit
- verdichtungsunwillig, d.h. als Erdbaustoff zum standfesten Wiedereinbau ungeeignet
- sehr große Frostempfindlichkeit (Frostempfindlichkeitsklasse F3 nach ZTVE)
- mit einem natürlichen E_{v2}-Wert von 10 MN/m^2 bis 20 MN/m^2 des anstehenden Erdplanums ist die Festigkeit für einen Regelaufbau der Verkehrsflächen nach RStO 12 zu gering (Voraussetzung $E_{v2,min} \geq 45$ MN/m^2), d.h. es werden Zusatzmaßnahmen notwendig, z. B eine weitere Verdickung der v.g. frostsicheren Oberbaudicken

10. Homogenbereiche nach VOB/C

Tafel 3 - Homogenbereiche

Schicht Nr.	Homogenbereich A	Homogenbereich B
Ortsübliche Bezeichnung	„Löß“ und „Lößlehm“	Eiszeitliche “Terrassen-kiese“
Korngrößenverteilung	U,fs / U,fs,t*	
Anteil Steine, Blöcke	keine	G,s,u, G,s,u´*
Dichte, feucht	20 KN/m³	keine
undränierte Scherfestigkeit c_u	50 KN/m^2 bis 100 KN/m²	19 KN/m^3 bis 20 KN/m³
Wassergehalt w	15% bis 25%	-
Konsistenzzahl I_c	0,50 bis 0,75	10% bis 18%
Lagerungsdichte D	-	-
Organischer Anteil	1% bis 3 %	0,30 bis >0,50
Bodengruppe n. DIN 18196	TL, SŪ	0% bis 1% SŪ, SU, GU, GŪ, GW

* Erklärung s. Legende Anlage 1

11. Erschließungsmaßnahmen

11.1 Erdbau / Erschließung des Baufeldes

Wie schon geschildert, ist das anstehende Erdplanum und der Baugrund in jahreszeitlicher Abhängigkeit mal trocken (Sommer, Frühherbst) und mal mit kapillarhangendem Porenwasser vollständig gesättigt (i.d.R. Winter Frühjahr). Bei völliger Wassersättigung, wie es in der hydrologisch „nassen" Jahreshälfte von Winter und Frühjahr i.d.R. der Fall ist, wirkt in dem „Löß" und „Lößlehm" beim Überfahren mit Baugeräten sofort Porenwasserüberdruck, der sich in einem „puddingartigen" Verhalten des Erdplanums äußert. Der Oberboden- und Erdabtrag muss daher grundsätzlich rückschreitend erfolgen, wobei das freigelegte Erdplanum mit Baustraßen aus grobstückigen, kantigem Material (z.B. Überkorn 120/60 RC-Material auf Filtervlies GRK ≥ 3) in Vor-Kopf-Bauweise befestigt werden muss. Die Mindestdicke der Baustraßen sollte nach Bauerfahrungen nicht unter d=60 cm gewählt werden und muss über die Bauzeit unterhalten werden (d.h. bedarfsweises Auswechseln mit neuem Material im Bereich von Schlaglöchern und stark frequentierten Ein-/Ausfahrts- und Kurven-/ Wendebereichen).

Unbelastete Baugruben- und Grabenböschungen können für die Bauzeit grundsätzlich unter $\beta = 60^0$ (gegen die Horizontale) angelegt werden. In Zeiten völliger Wassersättigung des Bodens (Winter und Frühjahr) können diese Böschungen jedoch unter dem auf die Böschungsoberfläche hydrostatisch einwirkenden Kapillarwassers örtlich schollenartig zusammenstürzen und eine rückschreitende Erosion auslösen. In diesem Fall müssen die Böschungen bedarfsweise zurückgenommen und durch Vorschütten eines mindestens d=1,0 m breiten Filterkeiles aus grobem Schotter (mit Geotextilunterlage) stabilisiert werden.

Der gesamte Bodenaushub ist weitgehend verdichtungsunwillig und daher für den standfesten Wiedereinbau, d.h. als Erdbaustoff ungeeignet.

Für das Freilegen von Baugrubensohlen und Gründungsebenen sind zahnlose Baggerschaufeln notwendig. Freigelegte Gründungssohlen sind zum Schutz und Erhalt ihrer natürlichen Baugrundfestigkeit sofort dem Aushub nacheilend mit einer Sauberkeitsschicht oder Tragschicht abzudecken und zu belasten.

Baugruben und Gräben müssen in der „nassen" Jahreszeit mittels offener Wasserhaltung (Baudränage) trockengehalten werden. Der Wasseranfall aus der „Staunässe" (s.o.) ist aber sehr gering (Erfahrungswert: Q < 0,5 m³/h und Baugrube, bzw. 10 m Grabenlänge).

11.2 Baugrundverbesserungsmaßnahmen im Erdplanums im Bereich der Verkehrsflächen

Wie schon im Abschnitt 5 geschildert, ist die vorhandene Festigkeit im Erdplanum aus dem „Löß“ und „Lößlehm“ entsprechend einem natürlich vorhandenen Verformungsmodul E_{v2} zwischen 10 MN/m² und 20 MN/m² zu gering, um die Verkehrsflächen allein mit den Mindestdicken des standardisierten Oberbaues nach RStO 12 ausführen zu können. Es sind also baugrundbedingte Zusatzmaßnahmen notwendig.

Möglichkeit 1: Baugrundverbesserung mittels zusätzlicher Tragschichtdicken

Hierbei wird die Baugrundfestigkeit im Erdplanum durch den zusätzlichen Einbau von verdichtungsfähigem Fremdmaterial mit gebrochenem Korn (Naturstein- oder RC-Schotter) auf Geotextilunterlage erhöht. Im Fall der Verkehrsflächen muss damit ein E_{v2}-Wert von ≥ 45 MN/m² erzielt werden. Nach Erfahrungswerten ist bei mittleren Wassergehalten im „Löß“ und „Lößlehm“ von einer voraussichtlich rd. 0,25 m dicken zusätzlichen Tragschichtdicke auszugehen, die allerdings im Fall völliger Wassersättigung des Erdplanums auch größer werden kann. Verbindlich lassen sich die erforderlichen Tragschichtdicken ohnehin erst in der Bauzeit in kleinen Versuchsfeldern mit anschließender Beprobung mit Plattendruckversuchen nach DIN 18 134 festlegen und optimieren.

Möglichkeit 2: Verbesserung des Planums durch Verfestigung/Stabilisierung durch Kalk und/oder Zement

Hierbei wird in das anstehende Erdplanum rd. 35 cm tief Feinweißkalk (Stabilisierung) oder ein Kalk-Zement-Gemisch (Verfestigung) eingefräst und ausgiebig verdichtet. Auf die gleiche Weise lässt sich auch aus in Abtragbereichen gewonnener örtlicher Bodenaushub an anderer Stelle lagenweise wieder einbauen. Die Zugabemengen an Kalk oder Kalk-Zement (mit jeweils 50% Anteilmengen) müssen von den Bauausführenden eigenverantwortlich auf der Grundlage von Eignungsversuchen festgelegt werden. Als unverbindlicher Erfahrungswert kann vorab eine Zugabemenge von rd. 7 M-% angegeben werden.

Die Verfestigung/Stabilisierung kann grundsätzlich nicht bei anhaltendem Regenwetter ausgeführt werden und es muss nach Niederschlägen, die zu einer völligen Vernässung des Erdplanums und des wieder einzubauenden Bodens geführt haben, eine Phase der Abtrocknung abgewartet werden. Des Weiteren kann es in Nasszeiten sein, dass die Fräse wegen des Porenwasserüberdruckes im Erdplanum (s.o.) nicht sofort eingesetzt werden kann und der Abbau des Porenwasserüberdruckes abgewartet werden muss. Die Möglichkeit 2 ist also in einem viel stärkeren Maße von

der Witterung abhängig als die Möglichkeit 1, d.h. es besteht insbesondere bei der Ausführung im Winter und Frühjahr ein nicht zu unterschätzendes Risiko in der Bauzeit!

11.3 Kanalbau

Soweit keine geböschten Gräben ausgeführt werden, ist grundsätzlich der Einsatz von Normverbau möglich. Vorgeschlagen wird ein Dielenkammerverbau

Aufgrund der jahreszeitlichen „Staunässe“ im „Löß“ und „Lößlehm“ wird man die Dielen wegen der geringen Kurzstandfestigkeit der Grabenwände immer wieder sofort nach dem Freilegen in sehr kleinen Arbeitsabschnitten nachstoßen müssen, wobei die Dielen stets „dicht an dicht“ gesetzt werden müssen. Des Weiteren wird das Einbringen des Verbaus nur im aufwendigeren Absenkverfahren (also nicht im Einstellverfahren) möglich sein.

Offene Verbaustöße und -ritzen müssen im „Staunässe“-Bereich bedarfsweise mit Vlies und Holzkeilen provisorisch dicht „verstopft“ werden. Hinter dem Verbau muss ggf. zum kraftschlüssigen Anliegen mit Sand nachgestopft werden.

Die geotechnische Bemessung des Verbaus nach den Rechenregeln der EAB („Empfehlungen des Arbeitskreises Baugruben“) kann für den einfachen aktiven Erddruck erfolgen. Für die Erddruck- und Erdwiderstandsermittlung gelten die Bodenkenngrößen gemäß Abschnitt 6.

Auf den Grabensohlen ist eine einfache offene Wasserhaltung zur Fassung örtlicher Staunässehorizonte über eine „Sickerpackung“ (Schotter-Splitt, d = 0,2 m, Vliesunterlage, Längsdränage DN 100) erforderlich. Der Wasseranfall ist wegen der geringen Bodendurchlässigkeit entsprechend klein (Erfahrungswert: $Q < 0{,}5\ m^3/h$ und Haltungslänge von rd. 10 m).

Die Grabensohle aus den Schichten „Löß“ und „Lößlehm“ weist bei der natürlichen, mindestens steifen Bodenkonsistenz eine ausreichende natürliche Festigkeit als Unterlage für die Rohrauflager auf. Auf die große Wasser-, Frost- und Erosionsempfindlichkeit der Schicht 2 sei aber nochmals hingewiesen.

12. Gründung der Wohnhäuser

Geeigneter Gründungsboden für nicht unterkellerte und unterkellerte Gebäude ist die Schicht 2 – „Löß"/„Lößlehm", die mit ihrer steifen Konsistenz einen ausreichend tragfähigen und mäßig belastbaren Gründungsboden darstellt. Der „Löß"/„Lößlehm" steht direkt unter dem Oberboden an. In größeren Teilen des Plangebietes wird bei unterkellerten Häusern auch die Oberseite der Schicht 3 – Eiszeitliche „Terrassenkiese" aufgedeckt (s. Profilschnitte auf Anlage 1). Auf diesem Boden kann ebenso zuverlässig gegründet werden. Durch die große Lagerungsdichte ist die Gründung hier sogar setzungsfrei und es können generell höhere Bemessungswerte beim Gründungsentwurf als in der Schicht 2 angesetzt werden.

Für geotechnische Vorbemessungen können Gründungen mithilfe der Bemessungswerte des Sohlwiderstandes gemäß den Tabellen der DIN EN 1997-1 entsprechend den Bodengruppen nach DIN 18 196 (s. o.a. Tafel 2) dimensioniert werden.

Baugrundbedingte Gründungsmehrtiefen sind daher nicht zu erwarten.

Für den Nachweis des Gebäudetragwerkes gegen Erdbebenkräfte gelten folgende Angaben (Quelle: Deutsches Geoforschungszentrum Helmholtz-Institut Potsdam):

Erdbebenzone: 3
Untergrundklasse: R

Ferner gilt als Ergebnis der örtlichen Baugrunderkundung die

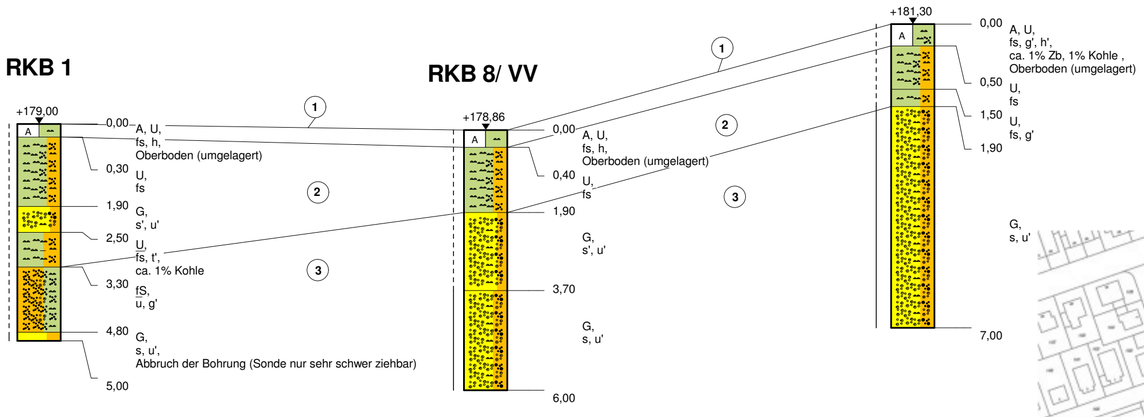
Baugrundklasse: C

Dipl.-Ing. Rüdiger Kramm

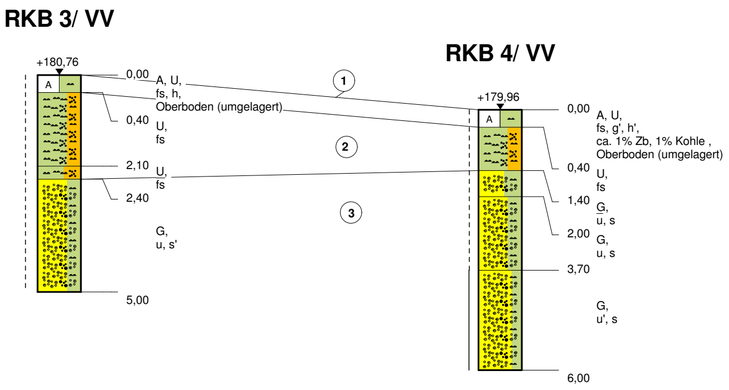
Anlage 1

Lageplan zur Baugrunderkundung mit Darstellung der Ergebnisse in Form von höhenbezogenen Bohrsäulen im Tiefenmaßstab 1:100 auf drei Profilschnitten durch den erkundeten Baugrund

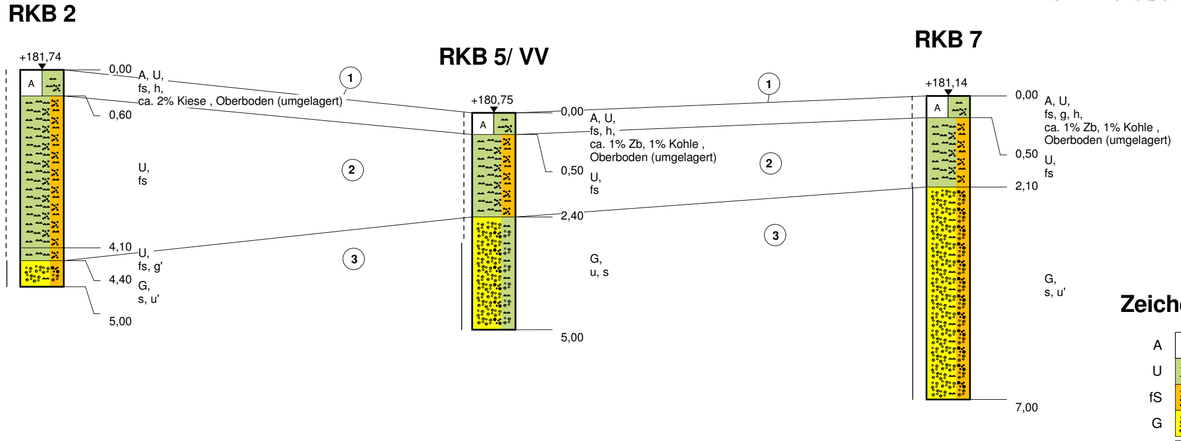
Profil 1-1



Profil 2-2



Profil 3-3



Lageplan



Zeichenerklärung

A	Anschüttung
U	Schluff
fS	Feinsand
G	Kies
u	schluffig
fs	feinsandig
s	sandig
g	kiesig
h	torfig, humos
t	tonig
	Schicht halbfest
	Schicht steif

Schicht	Bezeichnung
1	Aufschutt
2	"Löß" und "Lößlehm"
3	Eiszeitliche "Terrassenkiese"

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG
Beratender Ingenieur für Geotechnik
Adele-Weidtman-Straße 60
52072 Aachen
E-Mail: kramm@geotechnik-aachen.de

Auftraggeber:	**Sparkassen Immobilien GmbH** Monnetstraße 24, Würselen	Projekt-Nr. 17-0677
Projekt:	**Bebauungsplan II / 65-B** Kämpchenstraße, Herzogenrath	Anlage-Nr. 1

Maßstab	Höhen-Maßstab	Gezeichnet:	Geprüft:	Gutachter:	Datum
	1 : 100	ag			13.12.2017

Anlage 2

Dokumentation und Auswertung der Versickerungsversuche in den Bohrlöchern der Baugrunderkundung zur versuchstechnischen Bestimmung des Bodendurchlässigkeitsbeiwertes im Bereich versickerungswirksamer Bodenschichten

Projekt: Herzogenrath-Kohlscheid, Kämpchenstraße, 2. Bauabschnitt
Projekt-Nr.: 2017-0677

Versickerungsversuch im offenen Bohrloch — VV in RKB 3

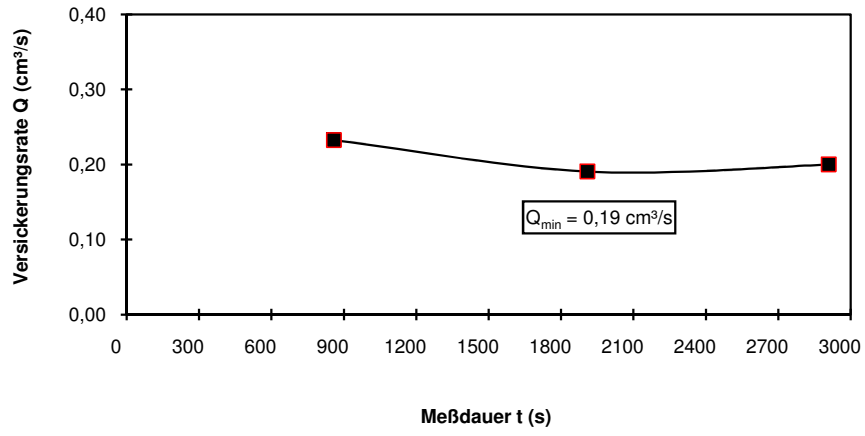
Datum:	04.12.2017		
Bohrverfahren:	RKB	**Bohrdurchmesser:**	0,05 m
Bohrtiefe:	3 m	**Flurabstand (ca.):**	10,0 m
Bohrprofil:	siehe Schichtenverzeichnis RKB 3		

Durchlässigkeitsbeiwert: k = 4,0E-7 m/s

Auffüllversuch mit konstanter Druckhöhe

Höhe der Wassersäule: 0,6 m

Meßdauer		Wassermenge		
t (h)	**t** (s)	**q** (ml)	**Q** (l/s)	**Q** (cm³/s)
00:14:20	860	200	2,33E-04	0,23
00:31:50	1910	200	1,90E-04	0,19
00:48:30	2910	200	2,00E-04	0,20



Projekt: Herzogenrath-Kohlscheid, Kämpchenstraße, 2. Bauabschnitt
Projekt-Nr.: 2017-0677

Versickerungsversuch im offenen Bohrloch — VV in RKB 4

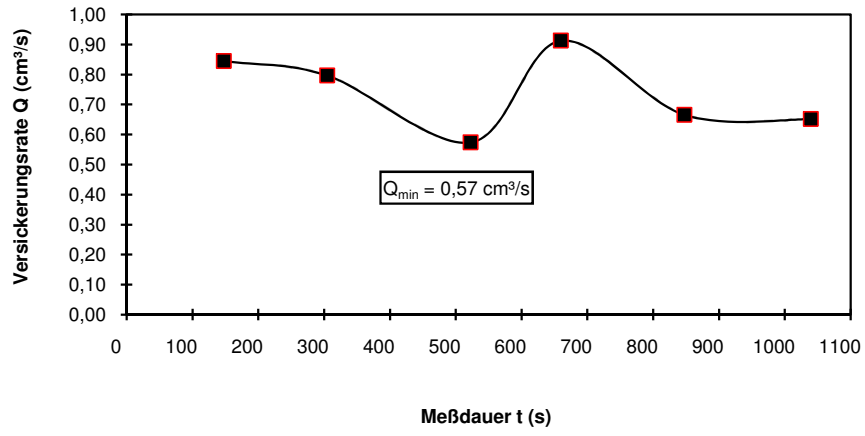
Datum:	04.12.2017		
Bohrverfahren:	RKB	**Bohrdurchmesser:**	0,05 m
Bohrtiefe:	3 m	**Flurabstand (ca.):**	10,0 m
Bohrprofil:	siehe Schichtenverzeichnis RKB 4		

Durchlässigkeitsbeiwert: k = 5,1E-7 m/s

Auffüllversuch mit konstanter Druckhöhe

Höhe der Wassersäule: 1 m

Meßdauer		Wassermenge		
t (h)	**t** (s)	**q** (ml)	**Q** (l/s)	**Q** (cm³/s)
00:02:28	148	125	8,45E-04	0,84
00:05:05	305	125	7,96E-04	0,80
00:08:43	523	125	5,73E-04	0,57
00:11:00	660	125	9,12E-04	0,91
00:14:08	848	125	6,65E-04	0,66
00:17:20	1040	125	6,51E-04	0,65



Projekt: Herzogenrath-Kohlscheid, Kämpchenstraße, 2. Bauabschnitt
Projekt-Nr.: 2017-0677

Versickerungsversuch im offenen Bohrloch — VV in RKB 5

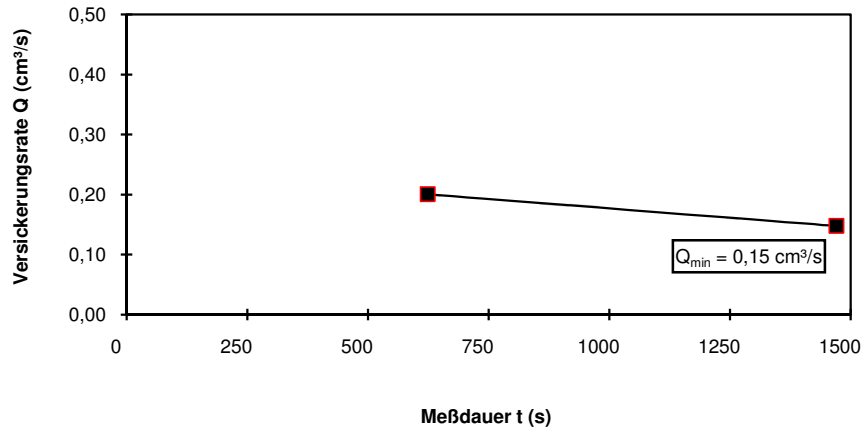
Datum:	04.12.2017		
Bohrverfahren:	RKB	**Bohrdurchmesser:**	0,05 m
Bohrtiefe:	3 m	**Flurabstand (ca.):**	10,0 m
Bohrprofil:	siehe Schichtenverzeichnis RKB 5		

Durchlässigkeitsbeiwert: k = 3,7E-7 m/s

Auffüllversuch mit konstanter Druckhöhe

Höhe der Wassersäule: 0,55 m

Meßdauer		Wassermenge		
t (h)	**t** (s)	**q** (ml)	**Q** (l/s)	**Q** (cm³/s)
00:10:24	624	125	2,00E-04	0,20
00:24:31	1471	125	1,48E-04	0,15



Projekt: Herzogenrath-Kohlscheid, Kämpchenstraße, 2. Bauabschnitt
Projekt-Nr.: 2017-0677

Versickerungsversuch im offenen Bohrloch — VV in RKB 8

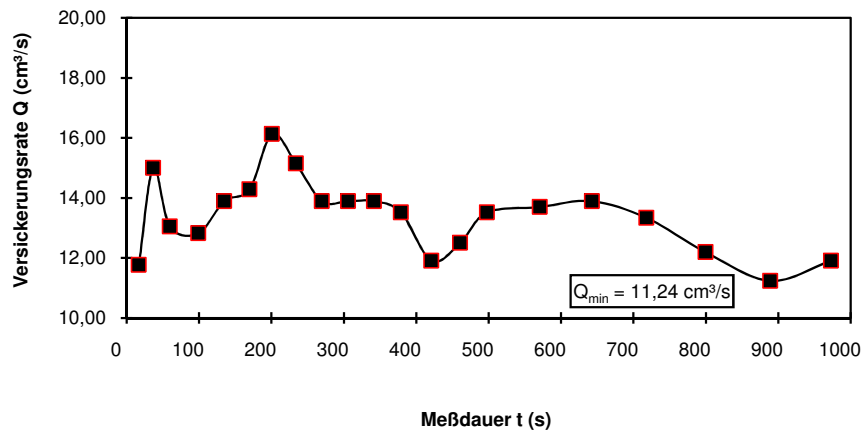
Datum:	04.12.2017		
Bohrverfahren:	RKB	**Bohrdurchmesser:**	0,05 m
Bohrtiefe:	3 m	**Flurabstand (ca.):**	10,0 m
Bohrprofil:	siehe Schichtenverzeichnis RKB 8		

Durchlässigkeitsbeiwert: k = 2,4E-5 m/s

Auffüllversuch mit konstanter Druckhöhe

Höhe der Wassersäule: 0,6 m

Meßdauer		Wassermenge		
t (h)	**t** (s)	**q** (ml)	**Q** (l/s)	**Q** (cm³/s)
00:00:17	17	200	1,18E-02	11,76
00:00:37	37	300	1,50E-02	15,00
00:01:00	60	300	1,30E-02	13,04
00:01:39	99	500	1,28E-02	12,82
00:02:15	135	500	1,39E-02	13,89
00:02:50	170	500	1,43E-02	14,29
00:03:21	201	500	1,61E-02	16,13
00:03:54	234	500	1,52E-02	15,15
00:04:30	270	500	1,39E-02	13,89
00:05:06	306	500	1,39E-02	13,89
00:05:42	342	500	1,39E-02	13,89
00:06:19	379	500	1,35E-02	13,51
00:07:01	421	500	1,19E-02	11,90
00:07:41	461	500	1,25E-02	12,50
00:08:18	498	500	1,35E-02	13,51
00:09:31	571	1000	1,37E-02	13,70
00:10:43	643	1000	1,39E-02	13,89
00:11:58	718	1000	1,33E-02	13,33
00:13:20	800	1000	1,22E-02	12,20
00:14:49	889	1000	1,12E-02	11,24
00:16:13	973	1000	1,19E-02	11,90



ANLAGE 18

Umwelt- und Planungsausschuss am 14.05.2019
Stadtrat am 14.05.2019

Bodenuntersuchung gem. LAGA

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG
Beratender Ingenieur für Geotechnik

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG, Adele-Weidtman-Str. 60, 52072 Aachen

Grundstücksentwicklung Herzogenrath GmbH
c/o Sparkassen Immobilien GmbH

Monnetstraße 24
52146 Würselen

Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG

Adele-Weidtman-Str. 60
52072 Aachen

Telefon: +49 241 980 97 90
Fax: +49 241 980 97 910

E-Mail: kramm@geotechnik-aachen.de

www.geotechnik-aachen.de

24.07.2018
2017-0677
2 Seiten

Bebauungsplan II / 65-B „Kämpchenstraße – Teil B“ in 52134 Herzogenrath

Ergebnisse der chemisch-analytischen Bodenuntersuchungen nach LAGA TR-Boden zur Beurteilung der Wiederverwertungsmöglichkeiten

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Baugrunderkundung für den Geotechnischen Bericht vom 24.03.2018 wurden acht Rammkernbohrungen bis in maximal 7 m Tiefe abgeteuft. Zur Feststellung der Wiederverwertungsmöglichkeiten von möglichem Bodenaushub wurden aus dem geförderten Bohrgut für die nachgeschaltete chemisch-analytische Laboruntersuchung zwei Bodenmischproben (MP 1 und MP 2) aus den anstehenden, natürlich gewachsenen „Löß“-Böden hergestellt und diese als chemische Deklarationsanalyse nach dem Untersuchungskatalog der LAGA TR-Boden untersucht.

Die Mischproben MP 1 und MP 2 wurden im Auftrag des Unterzeichners im Labor der SEWA Laborbetriebsgesellschaft mbH chemisch analysiert. Die entsprechenden Laborergebnisse liegen in Form des Untersuchungsberichtes mit der Nummer AU62218 diesem Bericht als Anlage 1 bei.

a) Die Bodenmischprobe MP 1 wurde im Einzelnen wie folgt zusammengestellt:

RKB 2/G2:	Entnahmetiefe: 0,6m bis 1,6 m
RKB 5/G2:	Entnahmetiefe: 0,5 m bis 1,5 m

b) Die Bodenmischprobe MP 2 wurde im Einzelnen wie folgt zusammengestellt:

RKB 7/G2:	Entnahmetiefe: 0,5 m bis 1,5 m
RKB 8/G2:	Entnahmetiefe: 0,4 m bis 1,4 m

Ein Abgleich der einzelnen Analyseergebnisse mit den Grenzwerten zu den Zuordnungswertebereichen nach LAGA TR-Boden führt zu folgenden Klassifizierungen:

Ergebnis der MP 1:

Z 0* nach LAGA TR-Boden

Ergebnis der MP 2:

Z 0* nach LAGA TR-Boden

(Dipl.-Ing.R.Kramm)

INGENIEURKAMMER-BAU NORDRHEIN-WESTFALEN
BERATENDER INGENIEUR
100846

Jochen Tietjen
Dipl.-Geologe

Anlage 1: Prüfbericht mit der Berichtsnummer AU62218 der SEWA Laborbetriebsgesellschaft mbH

Anlage 1

Prüfbericht mit der Berichtsnummer AU62218 der SEWA Laborbetriebsgesellschaft mbH

Untersuchungsbericht

Untersuchungsstelle:	**SEWA GmbH** Laborbetriebsgesellschaft m.b.H Lichtstr. 3 45127 Essen Tel. (0201) 847363-0 Fax (0201) 847363-332
Berichtsnummer:	AU62218
Berichtsdatum:	07.05.2018
Projekt:	2017-0677 Kämpchenstraße, Herzogenrath
Auftraggeber:	Kramm Ingenieure GmbH & Co. KG Adele-Weidtman-Strasse 60 52072 Aachen
Auftrag:	24.04.2018
Probeneingang:	24.04.2018
Untersuchungszeitraum:	24.04.2018 — 07.05.2018
Probenahme durch:	Auftraggeber/Gutachter
Untersuchungsgegenstand:	2 Feststoffproben

Andreas Görner
Laborleitung

Die Untersuchungen beziehen sich ausschließlich auf die eingegangenen Proben. Die auszugsweise Vervielfältigung des Untersuchungsberichtes ist ohne die schriftliche Genehmigung der SEWA GmbH nicht gestattet.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 1	MP 1	

62218 - 1

- Untersuchungen im Königswasseraufschluß

Metalle

Arsen	mg/kg	9,4
Blei	mg/kg	14
Cadmium	mg/kg	<0,20
Chrom	mg/kg	35
Kupfer	mg/kg	11
Nickel	mg/kg	22
Quecksilber	mg/kg	<0,060
Zink	mg/kg	50

- Untersuchungen im Salpetersäureaufschluß

Metalle

Thallium	mg/kg	<0,40

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 1	MP 1	

62218 - 1

- Untersuchungen im Feststoff

TOC	%	0,29
EOX	mg/kg	<0,50
Cyanid (ges.)	mg/kg	<0,050
KW-Index	mg/kg	<50
C10-C22	mg/kg	<50
C22-C40	mg/kg	<50
LHKW		
Dichlormethan	mg/kg	<0,025
trans-1,2-Dichlorethen	mg/kg	<0,025
cis-1,2-Dichlorethen	mg/kg	<0,025
Trichlormethan	mg/kg	<0,025
1,1,1-Trichlorethan	mg/kg	<0,025
Tetrachlormethan	mg/kg	<0,025
Trichlorethen	mg/kg	<0,025
1,1,2-Trichlorethan	mg/kg	<0,025
Tetrachlorethen	mg/kg	<0,025
Chlorbenzol	mg/kg	<0,025
1,1,1,2-Tetrachlorethan	mg/kg	<0,025
Summe LHKW	mg/kg	n. berechenbar
BTEX		
Benzol	mg/kg	<0,025
Toluol	mg/kg	<0,025
Ethylbenzol	mg/kg	<0,025
m/p-Xylol	mg/kg	<0,025
o-Xylol	mg/kg	<0,025
Summe BTEX	mg/kg	n. berechenbar

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 1	MP 1	

		62218 - 1
PAK nach US EPA		
Naphthalin	mg/kg	<0,010
Acenaphthylen	mg/kg	<0,010
Acenaphthen	mg/kg	<0,010
Fluoren	mg/kg	<0,010
Phenanthren	mg/kg	<0,010
Anthracen	mg/kg	<0,010
Fluoranthen	mg/kg	<0,010
Pyren	mg/kg	<0,010
Benzo(a)anthracen	mg/kg	<0,010
Chrysen	mg/kg	<0,010
Benzofluoranthene	mg/kg	<0,010
Benzo(a)pyren	mg/kg	<0,010
Dibenz(ah)anthracen	mg/kg	<0,010
Benzo(ghi)perylen	mg/kg	<0,010
Indeno(123-cd)pyren	mg/kg	<0,010
Summe PAK n. US EPA	mg/kg	n. berechenbar
Summe PAK n.TrinkwV	mg/kg	n. berechenbar
PCB nach DIN		
PCB 28	mg/kg	<0,010
PCB 52	mg/kg	<0,010
PCB 101	mg/kg	<0,010
PCB 138	mg/kg	<0,010
PCB 153	mg/kg	<0,010
PCB 180	mg/kg	<0,010
Summe PCB n. DIN	mg/kg	n. berechenbar
Summe PCB n. AltÖlV	mg/kg	n. berechenbar

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 1	MP 1	

62218 - 1

- Untersuchungen im Eluat

pH-Wert	ohne	9,29
Elektr. Leitfähigkeit	µS/cm	36
Chlorid	mg/l	1,4
Sulfat	mg/l	1,1
Cyanid (ges.)	mg/l	<0,0050
Phenolindex (w.f.)	mg/l	<0,0080
Metalle		
Arsen	mg/l	<0,0010
Blei	mg/l	<0,0050
Cadmium	mg/l	<0,00050
Chrom	mg/l	<0,0050
Kupfer	mg/l	<0,0050
Nickel	mg/l	<0,0050
Quecksilber	mg/l	<0,00020
Zink	mg/l	0,011

Die untersuchte Probe hält die Zuordnungswerte Z0* der LAGA TR-Boden ein.

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 2	MP 2	

62218 - 2

- Untersuchungen im Königswasseraufschluß

Metalle

Arsen	mg/kg	10
Blei	mg/kg	16
Cadmium	mg/kg	<0,20
Chrom	mg/kg	37
Kupfer	mg/kg	13
Nickel	mg/kg	23
Quecksilber	mg/kg	<0,060
Zink	mg/kg	51

- Untersuchungen im Salpetersäureaufschluß

Metalle

Thallium	mg/kg	<0,40

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 2	MP 2	

62218 - 2

- Untersuchungen im Feststoff

TOC	%	0,18
EOX	mg/kg	<0,50
Cyanid (ges.)	mg/kg	<0,050
KW-Index	mg/kg	<50
C10-C22	mg/kg	<50
C22-C40	mg/kg	<50
LHKW		
Dichlormethan	mg/kg	<0,025
trans-1,2-Dichlorethen	mg/kg	<0,025
cis-1,2-Dichlorethen	mg/kg	<0,025
Trichlormethan	mg/kg	<0,025
1,1,1-Trichlorethan	mg/kg	<0,025
Tetrachlormethan	mg/kg	<0,025
Trichlorethen	mg/kg	<0,025
1,1,2-Trichlorethan	mg/kg	<0,025
Tetrachlorethen	mg/kg	<0,025
Chlorbenzol	mg/kg	<0,025
1,1,1,2-Tetrachlorethan	mg/kg	<0,025
Summe LHKW	mg/kg	n. berechenbar
BTEX		
Benzol	mg/kg	<0,025
Toluol	mg/kg	<0,025
Ethylbenzol	mg/kg	<0,025
m/p-Xylol	mg/kg	<0,025
o-Xylol	mg/kg	<0,025
Summe BTEX	mg/kg	n. berechenbar

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 2	MP 2	

		62218 - 2
PAK nach US EPA		
Naphthalin	mg/kg	<0,010
Acenaphthylen	mg/kg	<0,010
Acenaphthen	mg/kg	<0,010
Fluoren	mg/kg	<0,010
Phenanthren	mg/kg	<0,010
Anthracen	mg/kg	<0,010
Fluoranthen	mg/kg	<0,010
Pyren	mg/kg	<0,010
Benzo(a)anthracen	mg/kg	<0,010
Chrysen	mg/kg	<0,010
Benzofluoranthene	mg/kg	<0,010
Benzo(a)pyren	mg/kg	<0,010
Dibenz(ah)anthracen	mg/kg	<0,010
Benzo(ghi)perylen	mg/kg	<0,010
Indeno(123-cd)pyren	mg/kg	<0,010
Summe PAK n. US EPA	mg/kg	n. berechenbar
Summe PAK n.TrinkwV	mg/kg	n. berechenbar
PCB nach DIN		
PCB 28	mg/kg	<0,010
PCB 52	mg/kg	<0,010
PCB 101	mg/kg	<0,010
PCB 138	mg/kg	<0,010
PCB 153	mg/kg	<0,010
PCB 180	mg/kg	<0,010
Summe PCB n. DIN	mg/kg	n. berechenbar
Summe PCB n. AltÖlV	mg/kg	n. berechenbar

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsergebnisse

Labornummer	Ihre Probenbezeichnung	Probenentnahme
62218 - 2	MP 2	

62218 - 2

- Untersuchungen im Eluat

pH-Wert	ohne	8,85
Elektr. Leitfähigkeit	µS/cm	33
Chlorid	mg/l	1,4
Sulfat	mg/l	1,0
Cyanid (ges.)	mg/l	<0,0050
Phenolindex (w.f.)	mg/l	<0,0080
Metalle		
Arsen	mg/l	<0,0010
Blei	mg/l	<0,0050
Cadmium	mg/l	<0,00050
Chrom	mg/l	<0,0050
Kupfer	mg/l	<0,0050
Nickel	mg/l	<0,0050
Quecksilber	mg/l	<0,00020
Zink	mg/l	<0,010

Die untersuchte Probe hält die Zuordnungswerte Z0* der LAGA TR-Boden ein.

Die Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf die Trockensubstanz.

Untersuchungsmethoden

- Untersuchungen im Königswasseraufschluß

Aufschluß	DIN EN 13657
Arsen	DIN EN ISO 11885
Blei	DIN EN ISO 11885
Cadmium	DIN EN ISO 11885
Chrom	DIN EN ISO 11885
Kupfer	DIN EN ISO 11885
Nickel	DIN EN ISO 11885
Quecksilber	DIN EN ISO 12846
Zink	DIN EN ISO 11885

- Untersuchungen im Salpetersäureaufschluß

Aufschluß	VDI 3796-1
Thallium	VDI 3796-1

- Untersuchungen im Feststoff

Cyanid (ges.)	DIN ISO 11262
EOX	DIN 38414 S17
KW-Index	DIN EN 14039
TOC	DIN EN 13137
LHKW	DIN ISO 22155
BTEX	DIN ISO 22155
PAK nach US EPA	DIN ISO 18287
PCB nach DIN	DIN EN 15308

- Untersuchungen im Eluat

Chlorid	DIN EN ISO 10304-1
Cyanid (ges.)	DIN 38405 D7
DEV S4 Eluat	DIN EN 12457
Elektr. Leitfähigkeit	DIN EN 27888
Phenolindex (w.f.)	DIN EN ISO 14402 H37
Sulfat	DIN EN ISO 10304-1
pH-Wert	DIN EN ISO 10523
Arsen	DIN EN ISO 11885
Blei	DIN EN ISO 11885
Cadmium	DIN EN ISO 11885
Chrom	DIN EN ISO 11885
Kupfer	DIN EN ISO 11885
Nickel	DIN EN ISO 11885
Quecksilber	DIN EN ISO 12846
Zink	DIN EN ISO 11885